Jahrbuch der Grillparzer-Gesellschaft.

Einundzwanzigster Jahrgang.



Wien,
Verlag von Carl Konegen.





Jahrbuch

der

Grillparzer-Gesellschaft.

Jahrbuch

der

Grillparzer-Gesellschaft.

Herausgegeben
von
Karl Glossy.

Einundzwanzigster Jahrgang.



Wien.
Verlag von Carl Konegen
1912.

Gesellschafts-Buchdruckerei Brüder Hollinek, Wien III. Steingasse 25

Inhalt.

Vorwort.

In den letzten Jahren sind einige Arbeiten über das Wirken jener Literaten erschienen, die unter der Bezeichnung „Junges Deutschland" großes Aufsehen und vielfach auch die Aufmerksamkeit der deutschen Regierungen erregt haben. Andere Publikationen behandeln das Leben und Treiben jener Flüchtlinge, die an der politischen Bewegung nach der Julirevolution tätigen Anteil genommen hatten. In einem umfassenden Werke hat uns Heinrich Houben die Schicksale Gutzkows geschildert, des Hauptes der jungdeutschen Literaten. Briefe und Aktenstücke sind hiezu benützt worden, die er in erstaunlicher Fülle gesammelt und mit großem Verständnis erläutert hat. Dann A. Dreger, der uns das Leben eines anderen Jungdeutschen, Theodor Mundts, geschildert hat, ebenfalls mit Benützung von Aktenstücken, darunter auch jener, die das Verhalten Metternichs und des deutschen Bundestages gegenüber der jungdeutschen literarischen Richtung in helles Licht stellen. Auch Ludwig Geiger hat in seiner Schrift „Das junge Deutschland" einige im Staatsarchiv und im Ministerium des Innern in Wien erliegende Akten benützt, deren Inhalt sich auf die vom deutschen Bundestag verfehmten Literaten bezieht. Zwei Schriften, die bisher erschienen sind, betreffen die Schicksale politischer Flüchtlinge: „Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz und die erste Arbeiterbewegung 1833—1836" von Dr. Heinrich Schmidt (Zürich 1899) und Otto Wiltbergers „Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg 1830—1849" (Berlin 1910).

Nicht minder wichtig zur Kenntnis der Kämpfe um die politische Freiheit und die Einheit Deutschlands ist J. R. Muckes 1875 erschienenes Werk „Die politischen Bewegungen in Deutschland 1830—1835", ebenso A. Sterns großangelegte „Geschichte Europas seit den Wiener Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871".

Zu allen diesen Werken und zu so manch anderer Schrift aus früherer Zeit haben die Archive Deutschlands und Österreichs willkommenes Material geboten. Die Liberalität der Wiener Archivleitungen hat wesentlich zur Aufhellung einer Geschichtsperiode beigetragen, deren Quellen noch vor Jahrzehnten ängstlich gehütet worden sind.

Auch die an verschiedenen Orten verstreuten, von mir gesammelten und nunmehr veröffentlichten Geheimberichte aus den Jahren 1833—1847 scheinen geeignet, die schon bekannten Quellen zu ergänzen und einen Einblick in die literarischen und publizistischen Verhältnisse im Vormärz zu ermöglichen. In der nachfolgenden Einleitung habe ich Näheres über die Entstehung dieser Geheimberichte sowie über deren Verfasser ausgeführt. Aus der großen Anzahl der teils im Staatsarchiv, teils im Archiv der ehemaligen Polizeihofstelle erliegenden Geheimberichte habe ich jene Stellen ausgewählt, die sich auf Literatur und Publizistik im dritten und vierten Jahrzehnt des verflossenen Jahrhunderts beziehen. Zur Ergänzung wurden auch einige diplomatische Berichte, wie auch solche von Polizeibehörden aufgenommen. Der weitaus größte Teil dieser Geheimberichte lag mir nur in Abschrift vor, wodurch sich auch manche Fehler in der Wiedergabe der Namen erklären, die aber teils in den Anmerkungen, teils in dem Verzeichnisse der Berichtigungen und Druckfehler gebessert wurden. Auch zu den Anmerkungen wurden größtenteils Archivalien verwendet, die auch in diesem Teil viel Neues bieten. Um den Umfang hier nicht allzuweit auszudehnen, war ich genötigt, Verweise auf gedruckte Quellen zu unterlassen. Bei mehreren in den Berichten vorkommenden Namen war ich bei dem Mangel

verläßlichen lokalhistorischen Materials außerstande, weder die richtige Schreibung festzustellen, noch nähere biographische Angaben zu machen. Den Berichten habe ich eine Einleitung vorangestellt, worin ich eine Übersicht des politischen und geistigen Lebens in den letzten Jahrzehnten vor Eintritt des Völkerfrühlings zu bieten versuchte.

Noch habe ich an diesem Orte den Leitern und Beamten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs und des Archivs des Ministeriums des Innern zu danken. Ganz besonders aber dem Archivdirektor des Ministeriums des Innern, Herrn Universitätsprofessor Dr. Kretschmayr, der mich wie so viele Benützer dieses Archivs, bereitwilligst unterstützt hat.

Wien, im November 1912.

Karl Glossy.

Einleitung.

I.

Tausende von Männern hatten im Kampfe gegen den Weltdespoten ihr Leben geopfert zur Ehre des Vaterlandes. Und als die Kriegsfackel verloschen und der Friede wiedergekehrt war, schwellten die Herzen in froher Hoffnung auf eine glückliche Zukunft. Aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht, ebensowenig wie das Versprechen, das die deutschen Herrscher in der Bundesakte gegeben hatten. Denn nur ein geringer Teil der Bundesfürsten hatte die versprochene Verfassung und der Presse die lang ersehnte Freiheit zugestanden, indes die Hauptmächte, Österreich und Preußen, allzuschnell die Opfer vergaßen, die das Volk in schwerer Kriegszeit gebracht hatte. War es doch der König von Preußen, der, an sein Versprechen einer Nationalrepräsentation erinnert, lakonisch antwortete: man müsse es ihm überlassen, den Zeitpunkt zur Einlösung dieses Versprechens zu bestimmen. Und doch erhoffte man von Preußen das Glück, das von Österreich, abgesperrt von Deutschland, nicht zu erwarten war. Auf Preußen fiel der Blick, als man wieder von der Einheit Deutschlands sprach. Hier, so träumte man, sollte der deutsche Kaiserthron wiedererstehen, hier die Gesamtheit des deutschen Volkes ihre Repräsentation finden. Blütenträume, auf die bald ein Erwachen voll Enttäuschung folgte. Statt der Volksrepräsentation wurde die Einheit Deutschlands durch den Deutschen Bundestag verkörpert, eine

Vereinigung, die nicht in der Gesinnung und der Überzeugung der Nation wurzelte, die ihr nicht die geringste Zuneigung widmete die sie vielmehr haßte und bespöttelte. Man brachte seinen Mitgliedern wenig Ehrfurcht entgegen, nannte sie verächtlich „Nachtwächter im Deutschen Reich“ und verglich die Versammlung mit einem Kartenspiel, wobei Österreich alle Trümpfe und die Vorderhand habe. Schon 1816 schrieb Christian Daniel Voß, Professor der Geschichte zu Halle, in seinem Blatte „Die Zeiten“: die deutsche Bundesversammlung habe fast nichts von alledem ausgeführt, was von den Deutschen erwartet worden sei. Schließlich ersah man in dieser Vertretung der Fürsten nur eine Art oberster Polizeibehörde, berufen, jede freie Regung zu unterdrücken, nicht die Rechte des Volkes, sondern nur die der Fürsten zu wahren. Über diese Vereinigung waltete die Hand eines Staatsmannes, der sich selbst den „Minister Europas“ nannte und der von sich selbst sagte, daß außer ihm niemand eine politische Rolle spiele: Fürst Klemens Lothar Metternich. Er war der große Drahtzieher, dem die Marionetten willig folgten, allen voran Preußen, dessen Staatsminister Wittgenstein sich in tiefer Ehrfucht vor ihm neigte und dem die bilderreiche Sprache des gewandten Diplomaten die größte Bewunderung erregte. Als sich 1839 die Nachricht verbreitet hatte, Metternich sei schwer erkrankt, schrieb Wittgenstein an Baron Werner, der Verlust des Fürsten wäre für ihn der härteste Schlag, der ihn treffen könnte, und die Veranlassung, sich von allem zurückzuziehen. Metternichs Abgang wäre mehr eine europäische als eine österreichische Kalamität. Auch König Friedrich Wilhelm III. nahm wiederholt Gelegenheit, seine Bewunderung dem österreichischen Staatskanzler auszudrücken, dessen Stimme in allen Fragen der Zeit den Ausschlag gab und in dem die preußische Bureaukratie den glänzendsten Vertreter ihrer antinationalen Gesinnung erblickte. Deutsche Einheit galt ihr für Tollheit und das Verlangen danach als Hochverrat. Das Volk dachte

freilich anders, nicht die große Masse, die sich allmählich mit dem drückenden Absolutismus zufrieden gab, wohl aber die Intelligenz und in heller Begeisterung die Jugend sowie deren Lehrer auf den Universitäten. Hier, wie in einem großen Teil der Presse kam die nationale Gesinnung lebhaft zum Ausdruck und gegen beide hatte die Reaktion ihre schärfsten Waffen gerichtet. Das Wartburgfest und die Ermordung Kotzebues gaben Metternich und der deutschen Bundesversammlung willkommenen Anlaß zu Maßregeln, die Wilhelm v. Humboldt schändlich und beleidigend nannte. Auf der Karlsbader Konferenz beraten, wurden sie vom Deutschen Bundestag genehmigt, und nun begann jene furchtbare Demagogenhetze, welche die Kerker Deutschlands überfüllte, die Zukunft so vieler junger Männer vernichtete. Nicht mit Unrecht nannte man die in Mainz tagende Bundeskommission die „schwarze Kommission“. Überall Verfolgungen und Untersuchungen, die einzelnen Länder von einem Polizeinetz umspannt, Männer wie Jahn und Ernst Moritz Arndt eingekerkert, die Presse geknebelt, der Angeberei Tür und Tor geöffnet, bot Deutschland das Bild des starrsten Absolutismus. Nur in den konstitutionellen Staaten leuchtete in diesem Dunkel ab und zu eine frische Helle auf, die daran gemahnte, daß der Sinn für Freiheit und Recht sowie das nationale Gefühl noch nicht ganz erloschen waren. Sonst herrschte Stille. Da brauste mit einemmal der Revolutionssturm von Westen her und rüttelte Deutschland aus seinem Dornröschenschlummer.

* * *

„Die Zeit hat bereits jeden Pulsschlag in uns kriegerisch und aufrührerisch gemacht.“ Mit diesen Worten hat der Jungdeutsche Theodor Mundt der Stimmung Ausdruck gegeben, von der Deutschland nach den Julitagen von 1830 erfüllt war. In dem großen Freiheitsdrama, das damals begann

und erst im Sturmjahre 1848 abschloß, trat Deutschland ebenfalls auf die Schaubühne. Die Handlung des ersten Aktes, der in Frankreich spielte, setzte scharf ein: Ein König ward vertrieben, eine Revolution war ausgebrochen, die bald darauf im Königreich der Niederlande Nachahmung fand. In der Schweiz errang die demokratische Partei den Sieg über das aristokratische Regiment; Polen erhob sich, um das Joch seines Bedrückers abzuschütteln. Und schneller als die Machthaber es erwartet hatten, begann das Revolutionsfieber sich über Deutschland auszubreiten, wo ein Aufstand nach dem anderen folgte und der Geist der Unzufriedenheit sich in lauten Kundgebungen äußerte. Im südlichen wie im nördlichen Deutschland: in Bayern, Württemberg, in Hessen, Sachsen, Hannover und Braunschweig. Hier jagte man den verlotterten Großherzog Karl davon, in Göttingen stürmten am 8. Jänner 1831 Bürger und Studenten aufs Rathaus und setzten die Errichtung einer Nationalgarde durch. In Württemberg beabsichtigten Verschworene, den König gefangen zu nehmen, die Bundesgesandten in Frankfurt zu ermorden und Deutschland in eine Republick umzugestalten. Tollkühne Pläne, die wie der Frankfurter Wachensturm nur die Ausgeburt erhitzter Phantasie waren. Im Norden wie im Süden Deutschlands hatte der Juliaufstand Widerhall gefunden, nur in Österreich war es still geblieben. So versicherte wenigstens die Polizei dem Kaiser, daß die Loyalität der Wiener durch das Pariser Ereignis nicht gelitten und das Publikum mit einer an Verachtung grenzenden Indignation die Lobsprüche der Pariser Zeitungen aufgenommen habe. Der Berichterstatter wußte sogar zu melden, daß beinahe alle Klassen der Bevölkerung ihre Empfindung in den Worten ausgedrückt hatten: „Wohl gut, daß so etwas bei uns nicht eintreten kann; es gibt doch nur ein Österreich.“ Ein Ausruf, der viele Jahre vorher bereits in einer Bäuerleschen Posse in der Variation „Es gibt nur eine Kaiserstadt, es gibt nur ein Wien“ erfolgt war. Damit noch nicht zufrieden,

glaubte der Verfasser dieses Stimmungsbildes noch kräftigere Farben auftragen zu müssen. „Das Gefühl der Ruhe und der Sicherheit“ — fährt er fort — „in der man in den österreichischen Staaten lebt, schien bei dieser Gelegenheit recht lebhaft gefühlt worden zu sein, übrigens hat das Publikum dieser ganzen Sache keine höhere Wichtigkeit beigelegt, als die ist, die aus einer unerwarteten Neuigkeit hervorgeht.“ Am Schlusse dieses byzantinischen Berichtes hielt es die Polizei doch für notwendig, zu melden, daß eine besondere Aufmerksamkeit auf alle Fremden, insbesondere auf Franzosen und Italiener verwendet werden müsse, denn obwohl es auch ganz richtig sei — meinte sie — „daß alle abgeschossenen giftigen Pfeile an der redlichen Brust der biederen Österreicher zurückprallen werden, so sei es doch besser, wenn diese giftigen Pfeile vor dem Abdruck von der Armbrust genommen werden“. Auch der Bericht des Landespräsidenten von Niederösterreich lautete beruhigend. Sämtliche Kreisvorsteher meldeten übereinstimmend, daß die neuesten politischen Verhältnisse des Auslandes auf die Stimmung der Bewohner Niederösterreichs keinen Einfluß gehabt hätten. Kaiser Franz ließ sich aber trotz alledem nicht beruhigen. „Für die echten Wiener“ — resolvierte er — „bin ich nicht besorgt, auf diese rechne ich in jedem Ereignis, allein es gibt in Wien allerlei Menschen und es fehlt nicht in der Welt an Emissären und Aufhetzern, die, von der Revolution gesendet, die ruhigen Menschen in Unordnung versetzen wollen und sich hierzu des Pöbels bedienen. Diese zu entdecken, die Gutgesinnten anzuweisen, hierzu mitzuwirken, dürfte in Wien nicht schwerfallen.“ Also schärfste Beobachtung und unnachsichtliche Strenge gegen Fremde, Maßregeln, die sich steigerten, als im Frühjahre 1831 an den Kaiser Anzeigen gelangten, daß sich unter dem Titel verschiedener Handelsgesellschaften französische Emissäre in die österreichischen Staaten eingeschlichen hätten. Fremde erhielten nicht früher Gewerbsbefugnisse, bis sich die Polizei über ihr Verhalten ausgesprochen hatte. Alles, was nur

irgendwie an die Julirevolution hätte erinnern können, wurde ängstlich verhütet. Selbst Werke der bildenden Kunst unterlagen einer eingehenden polizeilichen Prüfung und mit ganz besonderem Eifer wurde auf Bildnisse von Revolutionären gefahndet. Die Furcht, daß durch solche bildliche Darstellungen „der Geist der Unruhe und des modernen Liberalismus" neue Nahrung erhalte, gab zu einem mitunter vehementen Bildersturm Anlaß. Ging doch die Verfolgung so weit, daß selbst Pfeifenköpfe mit bildlichen Darstellungen aus der älteren und neueren Revolutionszeit der Vernichtung preisgegeben wurden. Manch harmloser Reisende hatte unter dem polizeilichen Übereifer zu leiden und wurde, als der Propaganda verdächtig, über die Grenze gebracht. Was die Polizei über die Gesinnung der Wiener berichtete. mag, soweit es die indifferente Masse betraf, richtig sein. Keineswegs aber blickte die Intelligenz teilnahmslos auf die Vorgänge in Frankreich. In diesen Tagen — am 5. August 1830 — schrieb einer der bestgesinnten Österreicher, Franz Grillparzer, in sein Tagebuch: „Die Franzosen haben ihren König verjagt, der so die Verfassung zu brechen und sie zu einer Art Österreicher zu machen wagte, was denn, bürgerlich und politisch, offenbar das schlimmste ist, was man irgend werden kann. Ich wollte, ich wäre in Frankreich und ein Eingeborener, ich wäre jetzt in der Stimmung, mich für eine interessante Sache totschießen zu lassen." Zwar befürchtete Grillparzer, daß der Demokratismus die Oberhand gewinnen werde. „Und doch!" — fährt er mit Bezug auf Österreich fort — „immer besser: als der Geist unterliegt und die edelsten Bedürfnisse der Menschen werden einem scheußlichen Stabilitätssystem zum Opfer gebracht." So urteilte der Dichter über sein Vaterland, das er über alles liebte. Und während an anderen Orten der Ruf nach politischer Freiheit laut wurde, klagte Grillparzer in einsamer Stube über sein Vaterland:

Dort tönt kein Wort durch spähenwache Lüfte,
Scheu kriecht das Denken in sich selbst zurück,
Die Brust vernietet krummgebogne Stiffte
Und gentzlich stumpf gilt dort für ganzes Glück [1]).

Versank der Dichter des „Treuen Dieners“ in stille Klage, so jubelte dagegen der temperamentvolle Bauernfeld auf. „Revolution in Frankreich! Viktoria!“ — schrieb er 1830 — „Der König fortgejagt, der Herzog von Orleans Generalleutnant des Königreiches. Die schändlichen Minister flohen gleichfalls. Paris ist groß!“ So dachten die beiden Poeten Österreichs und mit ihnen dachten und sprachen — allerdings nur im vertraulichen Kreise — auch die Intellektuellen der Kaiserstadt.

Im Gegensatz zu dieser Resignation in Österreich zuckten am politischen Horizont in Deutschland hie und da Blitze auf, die ein heftiges Gewitter besorgen ließen. Der Absolutismus hatte in einigen Ländern tiefe Spuren der Mißstimmung hinterlassen. Die Unruhen waren von den kleineren Staaten ausgegangen, deren Landesfürsten wie Despoten herrschten und mit dem Staatseigentum nach Willkür schalteten. Nicht minder gaben auch die Zustände im Zollwesen des mittleren Deutschlands mehrfach Anlaß zu allerlei Emeuten. In anderen Ländern, in Sachsen und Bayern, zeigte sich die erregte Stimmung infolge kleinlicher Anlässe und nicht selten erklangen, wie in Leipzig, Hochrufe auf die Freiheit und — Lafayette.

Radikale Blätter, solang sie die Zensur in den konstitutionellen Ländern nicht hemmte, trugen nicht wenig zur Entflammung des revolutionären Geistes bei, nicht minder nach dem Falle von Warschau der Durchzug polnischer Flüchtlinge, die allgemein als Vorkämpfer der europäischen Freiheit gefeiert wurden. Besonders im südlichen Deutschland, wo der Polenenthusiasmus am stärksten war, folgten Ban-

[1]) Anspielung auf den Staatsrat und Leibarzt des Kaisers, Freiherr v. Stifft sowie auf Friedrich Gentz.

kette auf Bankette, Feste auf Feste. In München, Würzburg, Regensburg, Augsburg, im bayrischen Rheinkreise, in Erlangen und Frankfurt und in vielen anderen Städten Deutschlands bildeten sich Vereine zur Unterstützung durchreisender Polen. In Kempten sammelten Landwehroffiziere für die Verwundeten in Warschau; in Mainz hatte sich ein Mädchenverein die Unterstützung der Polen zur Aufgabe gestellt; Gießen illuminierte sogar, Mainz und Heidelberg trugen ebenfalls ihr Scherflein bei und Jenas Studenten fraternisierten mit den durchziehenden Polen. Auch der Norden Deutschlands zeigte seine Teilnahme für die Kämpfer gegen die absolute Gewalt. Alle diese Demonstrationen waren im Grunde gegen das absolute Regime gerichtet, aber auch gegen den Partikularismus in Deutschland. Konstitutionell und deutsch galten den Männern der Bewegung als idente Begriffe. So schrieb Lohbauer in seinem „Hochwächter" am 9. Januar 1832: „Ausland heißt in diesem Augenblicke den konstitutionellen Teutschen jeder Staat, der ein anderes als konstitutionelles Interesse verfolgt. Es klingt hart und scheint die unselige Trennung Teutschlands verewigen zu wollen, wenn wir sagen, daß wir unsere preußischen und österreichischen Stammesgenossen als Ausländer betrachten." Konstitutionelle Monarchie und verfassungsmäßige Reform waren von jeher das Ziel der Liberalen, indes die Radikalen alles Heil von der Revolution und der Republik erwarteten: beiden Parteien jedoch schwebte ein großes gemeinsames deutsches Vaterland vor. In dieser Einheit aber erblickte Metternich die gefährlichste Grundlage der Revolution. „Das Glück Deutschlands" — schrieb er am 25. Mai 1832 an Wittgenstein — „ist, daß es mehrere Staaten gibt; dies fühlt die Revolution und sie dringt sonach auf ein Zerfließen der Teile in ein Ganzes. Dieses Ganze wäre nicht zu bändigen und würde der Welt ganz andere Schaustücke aufführen, als selbst Frankreich in den großernsten Revolutionsperioden. Ein pedantischer Sansculotte ist weit ärger als ein leichtsinniger und die deutschen Altburschen sind eines kräfti-

geren Gelichters als die Voltigeurs der Jahre 1790—1794. Gott behüte Deutschland vor einer allgemeinen Revolution, deren Grenzen wären nicht zu berechnen." Diese Furcht vor der Einheit Deutschlands läßt es auch erklären, weshalb der Staatskanzler sich gegen die Idee eines allegorischen Siegesdenkmales auf die Befreiung Deutschlands aussprach, dessen Entwurf der akademische Maler Josef Wändele in Wien 1832 vorlegte. Die politischen Verhältnisse des Augenblickes gebieten, so meinte damals der Fürst, eine schuldige Schonung der kaum vernarbten Rückerinnerungen. Mit anderen Worten: die Idee der Einheit Deutschlands sollte vorläufig in das Dunkel der Vergessenheit gerückt werden. Aber der Gedanke an diese Einheit wurzelte zu tief in den Herzen der Deutschen, wenn auch darüber keine volle Übereinstimmung unter den Liberalen herrschte, da ein Teil derselben der Ansicht war, daß erst auf Grundlage der politischen Freiheit die Einheit geschaffen werden könne. Diese Einheit sollte durch ein gemeinsames deutsches Parlament verkörpert werden, als eine zweite Kammer neben dem Bundestag, der Versammlung der Fürsten. Welcker in der badischen Kammer und Silvester Jordan in der kurhessischen Ständeversammlung stellten darauf bezügliche Anträge, aber der Bundestag verhielt sich ablehnend und verbat sich alle an ihn gerichteten Adressen. Die untätige, volksfeindliche und nur dem Fürsteninteresse dienende Bundesversammlung versuchte vielmehr das monarchische Prinzip durch Beschlüsse zu befestigen, die auf Unterdrückung aller Volksrechte hinzielten. Diese Juni-Ordonnanzen in sechs Artikeln sprachen klipp und klar aus, daß die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupt vereinigt sein müsse, keine Steuerverweigerung stattfinden, kein Angriff in den Vertretungen auf den Bundestag erfolgen dürfe. Die Vorgänge auf dem Hambacherfeste, weit mehr aber die Tätigkeit der liberalen Vertreter in der badischen Kammer hatten wohl den größten Einfluß auf die Beschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli 1832.

Die Verhandlungen in der badischen Kammer, wo Rotteck, Welcker, Duttlinger, Itzstein, Mittermayer den Liberalismus kräftig vertraten, erregten damals die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland, zumal hier nicht wie in den übrigen Kammern und Ständeversammlungen nur partikulare Interessen, sondern auch Angelegenheiten beraten wurden, die das gesamte Vaterland betrafen. Auch in Württemberg war nach der Julirevolution frisches Leben eingezogen. Hier zählten unter den Liberalen Friedrich List, Menzel, Uhland zu den hervorragendsten Mitgliedern der Opposition, die aber gar zu bald zu erlahmen begann. In der zweiten Kammer in Bayern, im Großherzogtum Hessen sowie in der Ständeversammlung des Kurfürstentums Hessen herrschte ebenfalls der demokratische Geist, nur fehlte es mit wenigen Ausnahmen an Großzügigkeit der Verhandlungen, die sich besonders in der Beratung partikularer Interessen kleinlich gestalteten. Gab es doch sogar Debatten über die Frage, ob den Beamten das Tragen von Schnurrbärten zu gestatten sei.

Abgesehen von diesen Schwächen hatte der Konstitutionalismus vor allem Einfluß auch auf das individuelle Leben genommen, denn in den Verfassungsstaaten zeigte der Einzelbürger weit mehr Interesse am öffentlichen Leben als in den absolut regierten Ländern, wo sich der Einwohner nur als Untertan betrachtete. Daher auch die heftigste Opposition gegen jeden Versuch, die staatsbürgerlichen Rechte zu schmälern. Das größte Aufsehen in der Geschichte der Verfassungskämpfe im dritten Jahrzehnt hatte wohl der hannoverische Verfassungsstreit erregt. In Hannover, seit 1814 Königreich, hatte Wilhelm IV. ein Staatsgrundgesetz gegeben, das nach dessen Tode sein Nachfolger Ernst August, ohne die Stände zu befragen, 1837 aufhob und die Staatsdiener ihres Eides auf diese Verfassung entband. Dagegen erklärten sieben Professoren der Göttinger Universität: die Gebrüder Grimm, Dahlmann, Ewald, Weber, Albrecht und Gervinus in einem Protest, an ihren Eid gebunden zu sein.

Dahlmann, der an der Verfassung von 1833 tätig mitgewirkt hatte, unterzeichnete zuerst. Als Antwort auf diesen Protest erfolgte die Enthebung der Sieben von ihrem Amte; überdies wurden Dahlmann, Gervinus und Jakob Grimm des Landes verwiesen. Der Vorfall erregte in ganz Deutschland das größte Aufsehen, die Studenten in Göttingen schlugen Lärm, wurden aber von Landdragonern mit scharfen Säbelhieben auseinander getrieben. Mehr als 300 Studenten empfingen die Verwiesenen vor dem hessischen Städtchen Witzenhausen, spannten die Pferde von dem Wagen und zogen ihn bis zum Absteigquartier der Gefeierten. Ein großer Teil gab den gemaßregelten Gelehrten das Geleite bis Kassel. Dort schritt die Polizei ein und wies die Schar an, die Stadt noch in der Nacht zu verlassen. Inzwischen hatte sich in verschiedenen Teilen Deutschlands die Kunde von der Gewalttat gegen die oppositionellen Professoren verbreitet. Von allen Seiten strömten Adressen zu, wurden Geldsammlungen veranstaltet. In Cuxhaven benannte man ein Schiff nach Dahlmann, der in Leipzig festlich empfangen wurde. Auch in Preußen fanden Sammlungen statt zum Ärger des Minister Rochow, der den Rektor der Berliner Universität anwies, dies im stillen zu verhindern, und der den Elbingern zurief, der beschränkte Untertanenverstand sei nicht berechtigt zu kritisieren. Der Studentenaufruhr in Göttingen war die letzte Episode in der Bewegung der deutschen Universitäten in den dreißiger Jahren.

Wie zur Zeit der Befreiungskriege trat auch nach der Julirevolution, ungeachtet der Verfolgungen im vorausgegangenen Jahrzehnte, die deutsche akademische Jugend lebhaftest in die Bewegung ein. Nach längerem Stillstand begann die ehemals verfolgte und verbotene Burschenschaft sich wieder zu entfalten. Die ersten Spuren einer Erneuerung dieser akademischen Verbindung weisen auf die Universität Erlangen hin, wo die Burschenschaft mit jener zu Würzburg in ein Kartell trat, dem sich auch Jena anschloß. Diese drei Burschen-

schaften hatten den Grund zur allgemeinen Burschenschaft gelegt, der in der politischen Geschichte der dreißiger Jahre eine bedeutende Rolle zugemessen war. Das gemeinsame Ziel dieser Studentenbewegung war: mit Wort, Schrift und Tat für die Einheit Deutschlands einzutreten.

Aber wie zwischen Liberalen und Radikalen, trat auch in der Burschenschaft eine Spaltung hinsichtlich der zu erzielenden Einheit zutage. Die einen, Germanen genannt, wollten die politische Einheit, oder wie es in Studentenkreisen hieß, „ein gerecht geordnetes Ganzes", die anderen, die Arminen, eine ideale Einheit durch Volksbelehrung herbeiführen. Deutlich kam der Wandel zum Ausdruck auf den verschiedenen Burschenschaftstagen, die zwischen 1827 bis 1832 stattfanden. Noch auf dem ersten Burschenschaftstage zu Erlangen (1827) galt der Grundsatz, das Staatswesen durch ein moralisch-wissenschaftliches Leben zu fördern. Schärfer wird der Zweck schon 1830 dahin betont, einen geordneten Zustand selbst im Wege der Revolution nicht zu verschmähen. Auf dem wichtigsten Burschenschaftstage zu Frankfurt, im Herbst 1831 wurde ganz offen erklärt, die Freiheit solle nicht bloß vorbereitet, sie solle auch herbeigeführt, der Verbindungszweck also mit Gewalt erstrebt werden. Vollends in der letzten Versammlung zu Weihnachten 1832 in Stuttgart kam der revolutionäre Charakter durch den Beschluß zum Ausdruck, eine Erhebung zu erregen und dadurch Einheit und Freiheit zu erzwingen. Die Geschäftsführung wurde der Heidelberger Burschenschaft übertragen, die bald darauf einen politischen Klub begründete, in dem auch Bürger Aufnahme fanden. Dergleichen Verbindungen entstanden auch in Halle, Greifswald, Tübingen und München. Selbst bis in die Lyzeen und Gymnasien war der Geist der Bewegung gedrungen. In den Mittelschulen zu Neu-Brandenburg, Strelitz, Münster, Görlitz, Altenburg und Aschaffenburg bildeten sich Verbindungen politischer Richtung. In Koburg entstanden zwei Gymnasiastenvereine: der „Mittwochs-

gesellschaftsklub", 1833 aufgehoben, und die „Fremdenkasse". Im Großherzogtum Hessen wurden die Landräte und geistlichen Inspektoren angewiesen, die Jugend in den Schulen von dem verderblichen Geist des politischen Strebens fernzuhalten. In die Revolution kam also ein frischer Zug durch die Teilnahme der Jugend, die aber diese Begeisterung schwer büßen mußte. Wie zur Zeit der Mainzer Kommission begannen nun neuerlich die Verfolgungen der jugendlichen Brauseköpfe. Schon der bloße Verdacht genügte zu langwierigen Untersuchungen. Verurteilte büßten jahrelang im Gefängnisse. So hatte beispielsweise am 5. Dezember 1836 das Kammergericht in Berlin von 53 der Greifswalder Burschenschaft angehörigen Studenten 41 zu 6 und 2 zu $5^3/_4$ Jahren Festungshaft verurteilt und sämtliche Studenten für unfähig zum Staatsdienst erklärt. Nach dem Frankfurter Putsch, über den noch zu berichten ist, hatte Preußen 39 Burschenschafter zum Tode verurteilt, ihnen aber nachträglich das Leben geschenkt. Im Großherzogtum Hessen wurden Studenten der Teilnahme an demagogischen Umtrieben verdächtigt, weil sie langes Haar oder einen altdeutschen Rock trugen, andere, weil sie einen wegen Umtriebe verfolgten Kameraden zu Grabe geleitet hatten. In Tübingen erhielten Studenten Verweise, weil sie liberale Wähler gegrüßt hatten. In München wurden Teilnehmer an einer nicht genehmigten Verbindung von der Hochschule ausgeschlossen; Ausländer mußten nachweisen, daß gegen sie kein Verdacht bestehe, Mitglieder einer Burschenschaft gewesen zu sein; auch hatte jeder von einer fremden Universität zurückkehrende Student ein Zeugnis über seinen politischen und sittlichen Wandel vorzulegen. So traurig das Los so vieler Jünglinge war, so erfreulich erscheint die Charakterstärke, die sie bei den Verhören bekundeten. „Wir haben" — berichtet am 17. März 1834 der Vorsitzende der Bundeszentralbehörde v. Wagemann an Metternich — „die Erfahrung beinahe in allen Untersuchungen gemacht, daß sie gegen sich bald Ge-

ständnisse ablegen, aber gegen andere auszusagen, dazu sind sie nicht so leicht zu bringen, weil sie diesen Kameradschaftsverrat für besonders feig und schimpflich halten.“ Wenige Jahre hatten hingereicht, das Feuer der jugendlichen Freiheitskämpfer zu dämpfen, denn schon 1837 konnte dem Fürsten Metternich vertraulich mitgeteilt werden, daß an den deutschen Hochschulen im allgemeinen ein von den früheren Jahren sehr verschiedener Geist herrsche und nur mehr Kneipereien stattfänden. Gerade diese Trinkgelage galten dem Beobachter als ein günstiges Zeichen, da zur Zeit der geheimen politischen Studentenvereine das unmäßige Trinken sowie andere Ausschweifungen verpönt waren, um sich durch sittliche und geistige Veredlung zu dem großen Zwecke der Befreiung des deutschen Vaterlandes würdig vorzubereiten. Derlei vertrauliche Berichte über deutsche Hochschulen häuften sich seit dem Wartburgfeste von Jahr zu Jahr, sie bezogen sich aber nicht bloß auf das Treiben der Studenten, sie schilderten auch den Charakter der einzelnen Universitäten und die Gesinnungen der daselbst wirkenden Professoren. Die deutsche Bundeszentralbehörde wendete ihre Aufmerksamkeit gleichfalls den deutschen Universitäten zu, sie war es auch, die gegen die Professoren den Vorwurf erhob, an der Aufregung der studierenden Jugend mitschuldig zu sein. „Mögen auch andere Ursachen daran schuld sein“ — heißt es in einem Berichte des Freiherrn v. Wagemann — „so läßt sich doch nicht verkennen, daß ein Teil dieser Schuld auf die akademischen Lehrer zurückfällt. Nicht wenige finden wir in den Landständen unter den heftigsten Mitgliedern der Opposition der Regierung. Nicht bezweifeln läßt es sich, daß die öffentlich in den Kammern ausgesprochenen Grundsätze auch bei den Vortragenden ihre Stelle finden.“ In den Kanzleistuben der Minister und Diplomaten betrachtete man die Professoren und Gelehrten überhaupt sehr mißgünstig. Der preußische Staatsminister Wittgenstein nannte „die Stubengelehrten und rabulistischen Vielschreiber“ einen wahren Krebsschaden

der menschlichen Gesellschaft, zu deren Bekämpfung er mit Vergnügen beitragen werde.[1]) Auch Metternich gab wiederholt seine Abneigung zu erkennen. „Professoren" — schrieb er am 25. April 1832 an Wittgenstein — „mögen recht gute Lehrer sein, aber sie sind schlechte Exequenten. Ich weiß wohl, daß ich noch nie bedauert habe, vieles gelernt zu haben, weil ich hierdurch die Gelegenheit fand, vieles in den Skat zu legen. Der Satz klingt barbarisch, er ist aber ganz praktisch." Sein Vertrauter, Jarcke, Gentz' Nachfolger, ehedem selbst Professor zu Berlin, meinte freilich etwas spöttisch, der Sitz der Revolution sei nicht in der sogenannten akademischen Lehr- und Lernfreiheit der deutschen Universitäten, auch nicht einmal in den Studenten, ja nicht einmal ausschließlich in den Professoren zu suchen, sondern hauptsächlich und wesentlich in den Ministerien und Ministerialräten, denen die Anstellung, Beförderung und Beaufsichtigung der akademischen Lehrer in den verschiedenen Landen anvertraut worden. Auf Österreich konnte diese Bemerkung wohl nicht zielen, da bei der Besetzung einer Lehrkanzel in erster Linie die politische Gesinnung des Bewerbers erprobt und jeder Professor, der die vorgezeichnete Bahn zu überschreiten wagte, unverzüglich gemaßregelt wurde. Sorgte für Ruhe und Ordnung auf den österreichischen Hochschulen das wachende Auge des Grafen Sedlnitzky, so verhütete anderseits die Gesetzgebung den Inländern die Möglichkeit, ausländische Universitäten zu besuchen. Schon 1819 hatte Kaiser Franz angeordnet, daß keinem Studenten ohne kaiserliche Genehmigung ein Reisepaß in das Ausland erteilt werden dürfe. Die Furcht nach dem Attentat auf Kotzebue mag diesen Entschluß des Kaisers veranlaßt haben, zumal die Polizei auch einen Anschlag auf das Leben des damals in Karlsbad weilenden österreichischen Staatskanzlers besorgte und deshalb eine strenge Überwachung der Fremden verfügte. Der oberste Burggraf in Prag hatte diese

[1]) An Metternich, 3. März 1833.

Vorsicht mit der in Deutschland herrschenden und täglich mehr um sich greifenden bösen Stimmung begründet, von der niemand mehr überzeugt sei als er, der dem Schauplatz wilder Gärungen so nahe stehe und nicht ohne Besorgnis das Fortschreiten des zügellosesten Revolutionsgeistes in Böhmens nächster Nachbarschaft sehe. Wie so manche Verordnung im vormärzlichen Österreich war auch die über den Aufenthalt von Studierenden im Ausland in Vergessenheit geraten, weshalb sie den Behörden 1831 wieder in Erinnerung gebracht wurde. Überdies beauftragte Kaiser Franz im März 1831 die siebenbürgische Hofkanzlei, Paßbewilligungen für protestantische Jünglinge zum Zweck der Fortsetzung ihrer Studien an ausländischen Lehranstalten einzustellen, da der Geist der Unruhe und der Anmaßung in die meisten Lehranstalten eingedrungen sei und revolutionäre Bewegungen sowie ein verderblicher Schwindel daselbst in einem höheren Grade überhandgenommen haben. In seiner vollen Strenge konnte jedoch dieses Verbot nicht aufrechterhalten werden, da die siebenbürgische und die ungarische Hofkanzlei sich auf den 26. Artikel des Landtagsbeschlusses vom Jahre 1791 berufen hatten, wonach den protestantischen Studenten gestattet worden war, auswärtige Lehranstalten ungehindert zu besuchen. Um jeder weiteren Rekrimination auszuweichen, erlaubte die Staatskanzlei, Pässe an jene Studenten auszufolgen, die sich nach Berlin gemeldet hatten, wo, wie Metternich bemerkte, dank der Festigkeit und militärischen Strenge der dortigen Autoritäten, der Geist der Ordnung und der Folgsamkeit allmählich wiederzukehren begann. Dem Verbot des Besuches auswärtiger Universitäten schloß sich jenes der Verweigerung der Paßvisa zur Reise ausländischer Studenten in die österreichischen Länder an. Selbst nachdem die Stimmung auf den deutschen Universitäten durch die gerichtlichen Verfolgungen ruhiger geworden, wehrte der Präsident der Polizeihofstelle jeden Versuch deutscher Studenten, nach Österreich zu kommen, mit der Be-

gründung ab, daß die revolutionäre Propaganda noch immer einen Einfluß auf die Universitäten ausübe. Daß die akademische Jugend in dem Kampf für Einheit und Freiheit nicht zurückbleiben werde, davon waren die Staatsmänner wie die Männer der Bewegung im gleichen Maße überzeugt. Der Idealismus ist ja ein Vorrecht der Jugend, die der Zukunft träumerisch entgegeneilt, leicht empfänglich für alles, was Fortschritt und Entwicklung bedeutet.

Aber auch an der Romantik fehlte es in den Tagen nach der Julirevolution nicht; denn nicht bloß Männer, auch Frauen hatten sich für die Sache der Freiheit begeistert. Fast in allen Städten Deutschlands nahm das schwache Geschlecht lebhaften Anteil an dem Kampf gegen die Reaktion. In Gießen gingen die Damen so weit, ihre friedlichen, keineswegs revolutionär gesinnten Männer tüchtig aufzurütteln. In Mannheim, Heidelberg und Nürnberg entstanden sogar geheime weibliche Gesellschaften. Ganz besonders aber betätigten sich die Frankfurter Frauen. Obenan die junge, energische Gattin des Arztes Dr. Bunsen, die nicht wenig zur Verbreitung liberaler Gesinnungen beitrug und als Vorsteherin eines Vereines zur Unterstützung flüchtiger Deutscher äußerst tätig war. Dann Anna Stolze, genannt die Polenkönigin, die Tochter des Gastwirtes zum Rebstock, die für ihren Fanatismus vier Wochen lang gefänglich angehalten wurde. Selbst die während der Meßzeit herumziehenden Harfenmädchen bekundeten ihre liberale Gesinnung, indem sie den politischen Gefangenen auf der Konstablerwache Ständchen brachten. Und in dem nahegelegenen Bonames im Hause des radikalen Abgeordneten Neuhoff, dessen Söhne ebenfalls der Bewegungspartei angehörten, zählten Gattin und Tochter zu den fanatischesten Anhängerinnen der Freiheitssache. Die Mutter stolz, Söhne geboren zu haben, die ihr Leben dem Dienste des Vaterlandes zum Opfer bringen, von allen Freiheitsschwärmern verehrt, die Tochter Auguste eifrig bestrebt, politische Flüchtlinge zu unterstützen und revolutionäre

Flugschriften zu verbreiten. Vergebens hatten Gendarmen das Haus umzingelt, um sie zu verhaften; sie war rechtzeitig entflohen, wurde aber bald darauf in Männertracht verkleidet in einem Gartenhause an der sogenannten Pfingstweide entdeckt und in den Arrest gebracht, wo sie kurz nach ihrer Einlieferung die Werke von Jean Paul erbat.

Mochten manche Herren am Bundestag über diesen weiblichen Fanatismus ironisch lächeln, die Tatsache stand fest, daß sich fast in allen Klassen und Ständen der Geist der Unzufriedenheit zu regen begann. Selbst Männer, die das geistliche Gewand trugen, wirkten durch Wort und Schrift für die Sache der Einheit und Freiheit. Unter diesen Priestern ragten besonders hervor die Pfarrer: Glöckner in Lauterborn, Hochdörfer in Kaiserslautern, der vom Altar aus zum Beitritt in den von den Regierungen verpönten Preßverein aufforderte, Heinrich Christian Flick in Peterweil, Merz in Hanau und nicht als letzter Karl Juch in St. Wendel, dessen Predigt am Weihnachtsfeste 1831 großes Aufsehen erregte.

Neben der Propaganda auf der Kanzel ging jene in der Presse, in den Vereinen und Versammlungen einher und außerdem zeigten sich die nationalen Feste als ein äußerst wirksames Mittel, die Massen anzuregen. Bis zum Juli 1832 hatte das Vereinswesen in Deutschland zur Verbreitung der liberalen Ideen wesentlich beigetragen. In den meisten Städten waren unter den verschiedensten Titeln politische Vereine und Gesellschaften von mehr oder minder radikaler Tendenz entstanden. Da gab es — um nur einige aufzuzählen — in Würzburg einen „Großen Bund“, außerdem noch zwei Gesellschaften, „Die Reichstädter“ und „Die Ritter zum eisernen Helm“; in Hanau einen „Verein zur Aufrechthaltung der Verfassung“; in Stuttgart die Häuslersche- und Mittwochs-Gesellschaft“. In Freiburg versammelten sich wohlhabende Bürger im Gasthause „zum Schwert“ und in Koburg wurde 1832 ein Verein gebildet, dessen Mitglieder sich „Patrioten“

nannten. Um die Kosten für den Bezug freisinniger Zeitungen und Schriften zu decken, mußte für jeden Krug Bier ein „Bierkreuzer" bezahlt werden. Ganz außer dem Rahmen einer lokalen Vereinigung stand der „Preß- oder Vaterlandsverein". Der zweifache Titel entsprach auch dem doppelten Zweck: Unterstützung der freien Presse und Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes. Sein Gebiet erstreckte sich auf einen großen Teil Deutschlands vom Nord zum Süd, vom Osten bis zum Westen. Schon 1831 hatte die in Straßburg erscheinende Zeitung „Das konstitutionelle Deutschland" den Vorschlag gemacht, Vereine zur Verbreitung freisinniger Blätter zu bilden, doch blieb es dem Publizisten J. G. Wirth vorbehalten, diesen Plan zur Ausführung zu bringen. Seine Stimme blieb nicht ungehört. Auf einem Feste zu Babenhausen zu Ehren des im Jänner 1832 von der Münchener Ständeversammlung zurückgekehrten pfälzischen Abgeordneten Friedrich Schüler wurde der Gedanke, einen deutschen Vaterlandsverein zur Unterstützung der freien Presse zu gründen, zuerst ausgesprochen. Kurz darauf forderte Wirth in einem in der von ihm herausgegebenen „Tribüne" erschienenen Aufsatze „Deutschlands Pflichten" zum Beitritte auf. Ein Komitee, dem Schüler und die Advokaten am Appellgerichtshofe zu Zweibrücken, Savoye und Geib angehörten, übernahm die Geschäftsführung dieses Vereines und verbreitete Wirths Aufruf in 50.000 Exemplaren. Schon nach kurzer Zeit erfolgten Beitrittserklärungen aus Rheinbayern und Rheinhessen, aus Nassau und Kurhessen, Frankfurt, Gotha, Hildburghausen sowie auch von mehreren Universitäten, besonders Süddeutschlands. In Heidelberg, in Tübingen und in München hatten sich Studenten und Bürger zu Filialen des Preßvereins verbunden. In Koburg bestanden zwei Gesellschaften, deren Vorstände ein Komitee zur Unterstützung der freien Presse bildeten und die gesammelten Beiträge nach Zweibrücken übersendeten. Selbst bis Paris, wo Garnier, der Verfasser der Schrift über Kaspar Hauser, Subskriptionen unter

den deutschen Handwerksgesellen veranstaltete, verzweigte sich dieser Verein, zu dessen Leitern auch ein Wiener namens Karyl gehört haben soll. Die reichlich einfließenden Beiträge ermöglichten nicht nur die Unterstützung radikaler Zeitungen sondern auch die Verbreitung zahlreicher, zumeist bei Georg Rikes zu Zweibrücken gedruckter Flugschriften. Ein Teil des Geldes wurde überdies zur Unterstützung verhafteter Publizisten und politischer Gefangener sowie deren Familien verwendet. Das Wirken dieses Vereines zeigte sich gar bald in der zunehmenden Erregung in den verschiedenen Landesteilen Deutschlands. In jeden Verein, ja fast in jedes Bürgershaus flatterten Pamphlete und Flugblätter aufreizenden Inhaltes, und so sehr auch das Auge des Gesetzes wachte, auf Schleichwegen gelang es doch, alle diese verbotenen Schriftchen mit Erfolg einzuschwärzen. Dagegen gab es nun ein Radikalmittel: das Verbot dieser Vereine. Energisch schritt Preußen ein, indem es die Oberpräsidenten der Provinzen anwies, die Bildung solcher Vereine zu verhüten, damit es den auswärtigen Revolutionären nicht gelänge, den Geist der Untertanen zu verderben. Die Intelligenzblätter der bayrischen Kreise veröffentlichten im Februar 1832 die Verbotserlässe der Regierung und in Baden beauftragte ein Reskript des Ministers des Innern die Kreisregierungen, derlei Vereine aufzuheben. Überdies hatte der Deutsche Bundestag im Juli 1832 alle politischen Vereine und somit auch den Deutschen Preßverein verboten. Mit wenig Erfolg: denn trotz allen Maßregeln tauchten noch immer allerlei Schriften auf, die von Straßburg und der Schweiz her in Deutschland Eingang fanden.

Die Verbreitung von Druckwerken war aber nicht ausschließlich der Zweck des Vaterlandsvereines. Nicht allein durch die Schrift, auch durch das gesprochene Wort sollten die Massen aufgerüttelt werden. Kaum war etwas hierzu geeigneter als die nationalen Feste, die im Beginn der dreißiger Jahre auf deutschem Boden stattfanden. Patriotische Zwecke boten hierzu

willkommenen Anlaß: bald galt es den Jahrestag der Verfassung, bald, wie durch das Fest zu Weinheim, die erlangte Preßfreiheit zu feiern. Unter allen diesen Festen war jenes von weittragender Bedeutung, das am 27. Mai 1832 auf dem Schloßberge zu Hambach bei Neustadt an der Hardt stattfand. Bedeutend, weil hier der revolutionären Gesinnung rückhaltslos Ausdruck gegeben wurde, aber auch deshalb, weil es den Regierungen sowie dem Deutschen Bundestag willkommene Gelegenheit zu reaktionären Maßregeln bot. Ursprünglich als ein Konstitutionsfest gedacht, gelang es den Radikalen, dieser Feier einen anderen Charakter zu verleihen; sie sollte nicht dem Errungenen gelten, sondern dem zu Erringenden, nicht dem ruhmvollen Siege, sondern dem mannhaften Kampfe zur Abschüttlung innerer und äußerer Gewalt. Die bayrische Regierung hatte diese Worte richtig gedeutet, indem sie das Verbot dieser Versammlung aussprach, das sie aber nachträglich widerrufen mußte, nachdem der Landrat sein Fürwort eingelegt hatte. Bereits am 26. Mai langten in Neustadt an der Hardt die Festteilnehmer in langen Zügen an, Repräsentanten fast aller deutschen Stände. Am nächsten Morgen versammelten sich die Festgäste am Marktplatze, von wo aus der Zug sich in Bewegung setzte. An der Spitze die Bürgergarde mit Musik, dann ein Fähnrich, hierauf der Landrat von Rheinbayern, dem sich Deputationen aus Rheinpreußen, Baden, den beiden Hessen, Württemberg, Sachsen, Hannover, Nassau, Koburg anreihten, alle mit der dreifarbigen Kokarde geschmückt. Außerdem noch Polen und eine Abordnung aus Straßburg. Dann die politischen Schriftsteller Wirth, Siebenpfeiffer, Schüler, Savoye, Pistor, Große, Funk, Sauerwein, Herold, Veneden, Strohmeyer, Lohbauer und unter ihnen — Ludwig Börne. Man hörte im vollen Chor „Was ist des Deutschen Vaterland“ und hierauf Siebenpfeiffers Lied:

„Hinauf Patrioten, zum Schloß, zum Schloß,
Hoch flattern die deutschen Farben:

Es keimt die Saat und die Hoffnung ist groß,
Schon binden im Geiste wir Garben:
Es reifet die Ähr' mit goldenem Rand
Und die goldene Ernt' ist — das Vaterland."

Noch ertönt ein deutsches Mailied von Fitz, einem Bürger aus Dürkheim, dann der revolutionäre Sang: „Fürsten zum Land hinaus". Und nun, da alle versammelt sind und die Begrüßung erfolgt ist, betritt Siebenpfeiffer die Rednertribüne; er spricht über politische Freiheit und läßt am Schlusse jedes Volk leben, das seine Ketten bricht und mit den Deutschen den Bund der Freiheit schwört. Nach ihm Wirth; er spricht den Fluch über Deutschlands Fürsten aus, die er Hochverräter nennt und verwahrt sich gegen eine Unterstützung Frankreichs, denn der Kampf um die Freiheit Deutschlands müsse ohne fremde Einmischung durch eigene Kraft geführt werden; jeder Versuch Frankreichs, nur eine Scholle deutschen Bodens zu erobern, würde auf der Stelle alle Opposition im Innern schweigen und ganz Deutschland sich erheben machen; er endet mit einem Hoch auf das konföderierte republikanische Europa. Ein Student betritt die Tribüne; er hofft, Elsaß werde wieder mit Deutschland vereinigt werden. Ein Pole tritt auf und meint, es gebe kein Volk, das reifer sei, die freieste Verfassung dauerhaft zu begründen, als das der Deutschen. Noch sprechen Lohbauer und Strohmeyer, im ganzen 25 Redner.

Was sie sprachen, war freilich nicht nach dem Geschmacke der Herren in der Eschenheimergasse zu Frankfurt, auch mochten die Gesandten am Deutschen Bundestag wohl stutzig geworden sein über die vielen Zustimmungsadressen, die aus allerlei Städten Deutschlands und sogar aus Straßburg von den amis du peuple eingelaufen waren. Noch weniger aber konnte ihnen das Nachspiel am folgenden Tage behagt haben, das im Schießhause stattfand, wo Siebenpfeiffer eine Nationalvolksrepräsentation und in der Wohnung Schülers Rauschenplatt, dieser republikanische Überall darauf drang,

den Tag zu bestimmen, an dem die Fahne des Aufruhrs aufgepflanzt und losgeschlagen werden sollte. Der Deutsche Bundestag aber machte kurzen Prozeß, indem er am 5. Juli 1832 alle Volksversammlungen und Volksfeste, dann das Tragen von Abzeichen, Bändern und Kokarden untersagte. Denn nicht nur auf der Hambacher Schloßruine, auch anderswo in Deutschland hatten zur selben Zeit oder wenige Tage nachher Feste mit gleicher Tendenz stattgefunden. In Gaibach, im Untermainkreise, wo die Haupturheber der Bewegung in Unterfranken, der Würzburger Bürgermeister Hofrat Behr und der Journalist Eisenmann sprachen, erzielte jener eine solche Wirkung, daß einige Zuhörer ausriefen: Dies ist unser Frankenkönig! Am selben Tage fand auch im Fürstentum Lichtenberg eine Maifeier statt, bei welcher der Prediger Juch eine flammende Rede hielt. Ein Freiheitsbaum wurde errichtet und abends in die Stadt Wendel übertragen. Der Tod sollte jenen treffen, der ihn entfernte. Preußisches Militär rückte an und schuf Ruhe, aber kaum waren die Soldaten fort, ging der Tumult von neuem los, worauf die bewaffnete Macht abermals einschreiten mußte. Unmittelbar auf das Hambacherfest folgte jenes zu Wilhelmsbad bei Hanau, wo Wilhelm Schulz und Pfarrer Merz sprachen, jener, um zur Verweigerung der Steuern aufzufordern, dieser um die Gesinnung zu nähren, die seit den ruhmreichen Julitagen Frankreichs in den Herzen aufgegangen. Auch Brüggemann, der Heidelberger Student, war erschienen, um zur Bewaffnung aufzufordern; der Darmstädter Karl Buchner brachte ein Heftchen Festlieder und die bildende Kunst repräsentierte sich durch eine Verunglimpfung der europäischen Großmächte. Württemberg hatte sein „Kleinhambacherfest“ auf dem Dreifaltigkeitsberg nächst Speichingen. Auch hier wurden die Teilnehmer aufgefordert, die Steuern zu verweigern, und schließlich hörte man auch hier den Rundgesang „Fürsten, zum Land hinaus“. Ebenfalls äußerst stürmisch ging es zu Pfingsten auf dem Niederwalde zu, wo

die Anwesenden Arndts „Deutsches Vaterland“ und das Lied „Fürsten, zum Land hinaus“ sangen und Metternich, ein ehemalig großherzoglich hessischer Leutnant, eine Brandrede hielt, wofür ihm eine dreijährige Festungshaft zuerkannt wurde. Wo keine Feste stattfanden, wurde wenigstens ein Freiheitsbaum gepflanzt. Im Rheinkreise fast in allen Ortschaften, manchmal auch als Ironie bei patriotischen Anlässen. So wurde in dem rheinhessischen Dorfe Westhofen am Geburtstage des Großherzogs Ludwig eine Pappel eingepflanzt und an deren Gipfel eine dreifarbige Fahne befestigt. An dem Stamme war eine Tafel mit der Inschrift befestigt, die jedem den Tod androhte, der sich an diesem Freiheitsbaum vergreifen würde. Die Wormser Zeitung meldete diesen Vorfall mit dem Bemerken, es sei ein freundlicher Ludwigsbaum gewesen, um die Verehrung gegen den geliebten Landesfürsten anschaulich zu machen.

Alle diese Feste, Versammlungen, Freiheitsbäume und sonstigen Kundgebungen revolutionärer Stimmung ließen eine allgemeine Erhebung nicht befürchten. Weit gefährlicher erschien aber die Bewegung, seit Frankfurt der Zentralpunkt politischer Unruhen wurde. Inmitten unzufriedener Provinzen, bedeutend durch seine historischen Erinnerungen und als Sitz des Bundestages, gab die Gährung in dieser Stadt den deutschen Fürsten begründeten Anlaß zur Besorgnis. Stand doch Frankfurts mehr republikanische Verfassung mit den strengen Grundsätzen der deutschen Bundesversammlung durchaus nicht im Einklange. In vielen Berichten wurde auch darüber Klage geführt, daß die Gesetzgebung dieser freien Stadt mangelhaft, ihre Polizei unzuverlässig sei. Zudem war Frankfurt nach dem Hambacherfest der Mittelpunkt des Deutschen Preßvereines geworden; auch waren daselbst Vereine und geheime Klubs entstanden, in welchen der revolutionäre Geist durch Zeit- und Flugschriften stets neue Nahrung empfing. So das Mittwochskolleg im Gasthof „zum König von Preußen“, wo die Häupter des Liberalismus

und Radikalismus sich zusammenfanden: der Bankier Hinkel, die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers Dr. Reinganum und Dr. Jucho, die Buchhändler Körner und Meidinger, die Schriftsteller Funk und Sauerwein und der radikale Arzt Dr. Bunsen. Dann eine Gesellschaft „Nummero 16", so benannt nach der Nummer des Zimmers im Gasthofe „zum Schwan", und noch einige andere kleine Vereinigungen. Auch in den bürgerlichen Kreisen wie in den unteren Schichten der Bevölkerung war die Stimmung keineswegs günstig. Bereits im Mai 1832 meldete die „Allgemeine Zeitung", daß die Frankfurter, die sonst friedlich beim Glase Wein abends zusammenkamen, jetzt an öffentlichen Orten leidenschaftlich über politische Kombinationen zanken. Und in einem Berichte aus dem Jahre 1833 heißt es: „Jeder Fremde, der mit den hiesigen Gewerbsleuten in Verbindung kommt, macht die Erfahrung, daß der größte Teil die Revolution für ein unausbleibliches Ereignis und als einziges Mittel zum Übergang in einen besseren Zustand ansieht." Der kurhessische Polizeidirektor Hupfeld meldete, daß in Frankfurt alle Wirtshäuser voll Liberaler seien, die ohne Scheu Freiheitslieder singen und auf die deutsche Freiheit und Republik anstoßen. Trotz aller Verbote wurden auf den Straßen dreifarbige Pfeifenköpfe ausgeboten, die sogar von Organen der Polizei gekauft wurden; nicht minder erzielten Sacktücher, worauf das Hambacherfest und die hervorragendsten deutschen Liberalen abgebildet waren, großen Absatz. Bedenklich war der unbefugte Handel mit Feuergewehren und Munition, der ungeachtet strenger Verbote lebhaft betrieben wurde. Auch an Exzessen hatte es im Beginn der dreißiger Jahre nicht gefehlt. Ein solcher fand bereits im Herbst 1831 statt, veranlaßt durch die Verordnung, daß die Stadttore, die zur Zeit der Weinlese stets bis 10 Uhr abends geöffnet blieben, nun zur gewöhnlichen Sperrstunde, um 8 Uhr, geschlossen werden sollten. Ein Jahr später, am 25. Oktober 1832, dem ersten Tage der Weinlese, brach abermals ein Tumult los, weil der

Literat Christoph Freieisen, der Sohn eines Frankfurter Bürgers, wegen einer revolutionären Broschüre, „Die Republik“ betitelt, verhaftet und auf die Hauptwache gebracht wurde. Abends zog ein bewaffneter Haufe durch das Allerheiligentor zu der Wache, wo man den Gefangenen mit dem Rufe begrüßte: Es lebe unser Republikaner Freieisen! Diese Exzesse, so scheinbar harmlos sie waren, zeigten immerhin, wie selbst bei geringfügigen Anlässen die erregte Stimmung sich Luft zu machen suchte. Weit ernster aber war jener Frankfurter Putsch vom 4. April 1833, mit dem die Propaganda von Wort und Schrift zur Tat überging.

Schon auf dem Hambacherfest hatten die Radikalen einen Aufstand mit Waffen in Aussicht genommen. Was bis jetzt in einzelnen Provinzen drückender Lokalverhältnisse wegen zum Aufruhr sich gestaltet hatte, sollte jetzt in eine Gewaltmasse vereinigt werden. Von Frankfurt aus sollte die Revolution den Weg durch Deutschland nehmen und der Gedanke einer allgemeinen deutschen Republik verwirklicht werden. Hierzu war die Verbindung der Frankfurter Verschwörer mit denen anderer deutschen Länder die Voraussetzung des Gelingens. Zu jenen zählten die Brüder Bunsen, Dr. Körner, Dr. Gärth, Dr. Jucho, Buchhändler Oehler, der Literat Funk und als besonders tätig Rauschenplatt. In Oberhessen wirkten als Hauptagenten: Rektor Weidig aus Butzbach, Gartenhof von Bonames und die Brüder Breidenstein von Homburg. In den Beratungen zur Zeit des Hambacherfestes wurde die Landkarte Deutschlands in bezug auf die Revolutionsfähigkeit eingehend geprüft. Als besonders reif für eine Insurrektion wurden damals bezeichnet: die Rheinlande, Schwaben, Hessen, Franken, Allemanien, Thüringen und Niedersachsen und als geeignete Städte hierzu: Frankfurt, Hanau, Würzburg, Kassel, Fulda, Heidelberg, Mainz und Freiburg. Der erste Schlag aber sollte in Frankfurt geschehen, hierauf Aufstände in Oberhessen, in dem Landstrich von Friedberg, Butzbach bis Homburg vor der Höhe folgen. Im Südosten hoffte man auf Hanau, auf die Land-

striche im Spessart und im Oberwalde. Vor dem Frankfurter Aufstand sollte die von dem Offizier Koseritz geleitete Militärverschwörung in Ludwigsburg ausbrechen; aber Koseritz, von dem Frankfurter Dr. Gärth bestürmt, lehnte dies mit der Erklärung ab, noch nicht genügend vorbereitet zu sein. Auch Weidig hielt den Augenblick noch nicht für günstig, um mit Erfolg losschlagen zu können.

Voll Hoffnungen dagegen waren die Verschworenen in Frankfurt. Als dort am 2. April 1833 die zur Teilnahme geworbenen Burschenschafter von Erlangen, Würzburg, Heidelberg, Göttingen und Gießen sowie auch einige Bürger aus Butzbach und eine Anzahl Polen kamen, begrüßte sie Dr. Bunsen in Bockenheim und prophezeite einen günstigen Erfolg. Auch von dem großen Vorrat an Waffen und Munition wurde gesprochen, der aber in der Tat nur aus 120 Gewehren bestand, die der Schwertfeger Glauth hergestellt und in die Wohnung des Dr. Bunsen geschafft hatte, wohin auch Signalraketen, schwarz-rot-goldene Binden und Schärpen gebracht wurden. Das Revolutionsheer aber bestand im ganzen aus einem Häuflein von 43 Mann, wovon der überwiegende Teil Studenten waren. Mit dieser Mannschaft meinten die Verschworenen die Revolution am 3. April 1833 in Deutschland einleiten zu können.

Ob die Führer wirklich daran glaubten, daß zwei preußische, in der Nähe Frankfurts gelegene Regimenter und auch nassauisches Militär sich beteiligen werden, oder ob sie durch solches Bramarbasieren nur den Mut der jungen Leute befeuern wollten, ist aus den vorliegenden Akten nicht festzustellen. Auch die Annahme, daß, sobald der Aufstand ausgebrochen, die Bürger Frankfurts sich anschließen werden, stellte sich als ein Hirngespinst dar. Wenn auch so mancher den Mund voll liberaler Phrasen nahm und auf dem Balle der Bürger-Artillerie sogar ein Walzer nach der Melodie „Fürsten, zum Land hinaus“ gespielt wurde, aktiv beteiligte sich doch nur ein einziger Bürger, der Schwertfeger Glauth,

derselbe, der die Waffen für die Aufständischen geliefert hatte. Den Frankfurtern war jedoch der bevorstehende Aufstand kein Geheimnis geblieben, man sprach an verschiedenen Orten davon, glaubte jedoch, es werde höchstens einen Krawall geben, eine Frankfurter und Hanauer Belustigung, die gewöhnlich mit Freiheitsliedern anfange und mit blutigen Köpfen endige. Noch kurz vor dem Ausbruch, an demselben Abend des 4. April äußerte sich ein Teil der Gäste in der „Brückenau", wo die revoltierenden Studenten mit großem Appetit das Abendbrot verzehrten, es werde außer dem Winde, der an den Fenstern tobte, heute wohl noch etwas anderes pfeifen. Auch die Behörden wußten längst, daß es abends losgehen werde. War es Absicht oder Sorglosigkeit, es wurden keinerlei Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Man glaubte durch Vermehrung der Hauptwache um 10 Mann genug getan zu haben und betraute mit dem Kommando nicht etwa einen erfahrenen Offizier, sondern einen blutjungen Leutnant. Überdies waren die Gewehre der Soldaten nicht geladen und außerhalb des Wachzimmers aufgestellt, wohin die Hüter der Ordnung sich zurückgezogen hatten.

Über diesen Abend des 4. April 1833 ist viel und vieles geschrieben worden. Immerhin dürfte eine kurze Schilderung nach den Aufzeichnungen eines an dem Aufstande beteiligten Studenten, wovon die Wiener Polizeiakten eine Abschrift enthalten, von einigem Interesse sein. Nach der Ordre de bataille wurden die Teilnehmer in drei Fähnlein geteilt: das eine sollte die Hauptwache, das zweite die Konstablerwache überfallen, ein drittes den Pfarrturm besetzen und die Sturmglocke ziehen. Die Verschworenen, welche berufen waren, die Hauptwache zu überrumpeln, versammelten sich in der Wohnung des Dr. Bunsen, in der alten Münze, jene, deren Aufgabe es war, die Konstablerwache anzugreifen, im Gasthause hinter der Rose. Um halb zehn Uhr wurde ausmarschiert. Rauschenplatt führte den Zug zur Hauptwache, ein polnischer Offizier jenen zur Konstablerwache. An der Ecke der Haupt-

wache, gegen die Katharinenkirche zu, rief der Posten an und gab Feuer, stürzte aber von einer Kugel getroffen tot zu Boden. Unter Hurrarufen und unter Absingung des Liedes „Fürsten, zum Land hinaus" drangen nun die Aufrührer in die Halle. Von den herauseilenden Soldaten wurden vier verwundet, der Sergeant getötet. Der Kommandant hatte inzwischen das Hasenpanier ergriffen. Rauschenplatt forderte nun die Soldaten auf, sich mit seinen Genossen zu vereinigen. „Diese Worte" — schrieb der Student — „unterstützt von dreißig Bajonetten, welche, die Wahl nicht erschwerend, in die Tür starrten, machten sie geneigt zu fraternisieren. Sie riefen: ‚Es lebe die Freiheit!' rissen ihre Knöpfe von den Röcken und mischten sich unter uns, die meisten in der Absicht, Geld zu erhalten und bei nächster Gelegenheit zu desertieren." Nun wurden die Gefängnisse erbrochen, die verhafteten Schriftsteller Funk und Freieisen befreit. „Diese Bursche — bemerkt der Student — „benahmen sich recht als Federhelden; Funk ergriff einen Augenblick ein Gewehr, entledigte sich aber bald dieser gefährlichen Bürde und machte sich auf die Beine." An die herumstehende Menge wurde die Aufforderung gerichtet, die Waffen zu ergreifen, der Augenblick sei gekommen, die Freiheit zu erlangen. Aber niemand ließ sich verlocken, ein Teil machte verduzte Gesicher, der andere lachte und schlich davon. Auf der Konstablerwache derselbe Vorgang; auch hier wird von den Soldaten, die von ihren Waffen getrennt waren, einer getötet, drei werden verwundet, die übrigen fliehen. Nun hinauf zu den Gefängnissen! Der Aufseher nicht anwesend, er sitzt im Wirtshause, seiner Frau werden die Schlüssel abgenommen und die Gefängnisse geöffnet. Einige der Verhafteten wollen ihre Zelle nicht verlassen, sie werden gezwungen. Auch hier fruchtlose Aufforderung an die Bürger, für die Freiheit mitzukämpfen. Endlich sieht man über den Roßmarkt das Linienmilitär gegen die Hauptwache ziehen. Noch eine Salve, dann werfen die Stürmer Gewehre, Kokarden und Bänder weg und laufen gegen die Katharinenpforte hinab.

Noch stürmischer ging es bei der Konstablerwache zu. Hier leisteten die Aufrührer energischen Widerstand, bis endlich der Kapitän der Schützenkompagnie seinen Leuten zurief: „Laßt sie durch! Die Bursche sind ja besessen!“ Und ehe die zehnte Stunde schlug, war das Revolutionsspiel zu Ende. Resultat: 9 Tote und 24 Verwundete, Frankfurt in ein Kriegslager verwandelt durch den Einzug von 2500 Mann Bundestruppen aus der Mainzer Festung. In der Eschenheimergasse aber schmunzelten die Bundestagsgesandten und dachten wohl dasselbe, was der preußische Minister Ancillon ausgesprochen: „Dieses Attentat kann Deutschland retten, wenn es recht benutzt wird.“ Das Rettungswerk wurde denn auch bald begonnen durch die Einsetzung einer Bundeszentralbehörde, der die Aufgabe zugewiesen wurde, „die näheren Umstände, den Umfang und Zusammenhang der gegen den Bestand des Bundes und gegen die öffentliche Ordnung in Deutschland gerichteten Komplotte, insbesondere des am 3. April zu Frankfurt stattgehabten Attentats zu erheben, fortwährend von sämtlichen Verhandlungen der verschiedenen mit Untersuchungen beschäftigten Behörden Kenntnis zu nehmen und für die Gründlichkeit, Vollständigkeit und Beschleunigung der Untersuchungen Sorge zu tragen.“

Die Zeit der Demagogenhetze war wieder angebrochen.

Die Hoffnung des Bundestages, daß nach dem verunglückten Aprilattentat in Frankfurt und an anderen Orten Ruhe und Ordnung einkehren werde, hatte sich nicht erfüllt. Im Gegenteil; es traten Erscheinungen auf, die besorgen ließen, daß die politische Leidenschaft, von neuem angefacht, in Kreise gedrungen sei, die sich bisher von der revolutionären Bewegung ferngehalten hatten. Es zeigte sich gar bald, daß das revolutionäre Miasma fast in allen Ständen und Klassen verbreitet war. Ein Vertrauter Metternichs nannte damals Frankfurt den Waffenplatz der deutschen revolutionären Partei, da sich von hier aus die Fäden nach Hessen, Rheinbayern, Baden und selbst bis in die Schweiz zogen. Auch der Vor=

sitzende der Bundeszentralbehörde stellte dem österreichischen Staatskanzler Frankfurt als den gefährlichsten Feuerherd nächst der Schweiz dar. Auf den Straßen und in den Wirtshäusern wurden wieder revolutionäre Lieder gesungen und die dagegen einschreitende Polizei wiederholt insultiert; bei einer Produktion des musikalischen Vereines „Liederkranz“, der sich immer mehr und mehr zu einem politischen Klub gestaltete, wurden Freiheitshymnen und auch das Hambacher Lied gesungen: der Literat Funke veranstaltete Waffenübungen mit Bürgern und jungen Leuten, die in geschlossenen Kolonnen nach den benachbarten Dörfern zogen und nach der Rückkehr wiederholt das Spottlied anstimmten:

Wie gut ist uns're Polizei,
Wir danken ihr so mancherlei,
Wenn einer nur die Ohren regt,
Ist der Senat sogleich bewegt.

Derselbe Funk, einer der tätigsten Agitatoren, erlahmte auch nicht, allerlei revolutionäre Druckschriften zu verbreiten: das „Bauern-Konversationslexikon“ und die in Straßburg gedruckte Schrift „Die Rechte des Menschen und des Bürgers“ sowie auch die von ihm selbst verfaßten Schriften, darunter die „Blicke auf die deutschen Lande“. Das Bestreben der Radikalen zielte dahin, die Massen aufzurütteln, insbesondere die Handwerker für die Ideen der Einheit und politischen Freiheit zu gewinnen. Zu dem Zwecke, das Wiederaufleben des deutschen Vaterlandes zu befördern und die Einführung einer allgemeinen republikanischen Regierungsform zu erzielen, hatte sich, nach dem Verbote politischer Vereine als Fortsetzung des aufgehobenen Preß- oder Vaterlandsvereines ein geheimer Klub, „der Männerbund“, gebildet, dessen Wirksamkeit sich über die Gemarkung der Stadt erstreckte und der nach dem Muster der „Gesellschaft der Menschenrechte“ in Paris organisiert wurde. An der Spitze dieses Geheimbundes, dessen Versammlungen in der Weinwirtschaft „Brückenau“ stattfanden, stand Dr. Karl

Bunsen, der Bruder des inzwischen entflohenen Dr. Gustav Bunsen. Die Mitglieder teilten sich in Sektionen, deren zwölf eine Union bildeten. Jeder Teilnehmer erhielt einen Decknamen: Bunsen hieß „das Gutchen", Funke „Kapitän", Freieisen „Wolf", Sauerwein „Essig". Nach der Aussage eines Verhafteten soll die Leitung des Bundes, an der auch der Frankfurter Bankier Hinkel großen Anteil nahm, zu Lafayette in Beziehung gestanden sein und dieser im Herbst 1833 an den Bund ein Schreiben gerichtet haben, worin er mitteilte, daß bald die Franzosen kommen, die Räuberhöhle in der Eschenheimergasse ausbrennen und an deren Stelle eine Gedenksäule errichten werden, mit der Aufschrift „Hier liegt Deutschlands Schande begraben." Mit diesem Bunde brachte man auch die häufigen Entweichungen politischer Gefangener und die verschiedenen Demonstrationen vor den Gefängnissen in Verbindung. Seit im Herbst 1833 durch das Einwirken der Zentralbundesbehörde die bis dahin lässig geführten Untersuchungen einen ernsten Charakter erhielten, nahm die Aufregung in Frankfurt in bedenklicher Weise zu. Die Ursache — so meinte ein Geheimagent Metternichs — sei darin zu suchen, daß die politische Inquisition gleichsam unter den Augen der Einwohner stattfinde. Ganz besonders erregten die gefangenen Studenten das Mitleid der Frauen und Mädchen, die nicht selten vor der Konstablerwache in Tränen ausbrachen. Hier auf der Zeil erschien wiederholt eine aufgeregte Menge, das Lied „Fürsten, zum Land hinaus" singend, um den Gefangenen eine Ovation zu bringen und die Republik hochleben zu lassen. Zu einem blutigen Auftritt kam es vor der Konstablerwache am 2. Mai 1834, als der Versuch unternommen wurde, die gefangenen Studenten zu befreien. Die Verschworenen, die den Studenten durch ihren Barbier Feilen hatten zukommen lassen, begannen auf die Wache zu schießen, die ebenfalls feuerte und vier Teilnehmer tötete. Inzwischen ließen sich fünf Gefangene, nachdem sie die Gitter durchfeilt hatten, auf Stricken herab, doch gelang es nur

einem Häftling, dem Studenten Alban aus Gräfentonna, zu entkommen. Schon vorher war es dem Studenten Lizius gelungen, aus dem Gefängnisse zu entspringen und mittels Eilwagen über Kehl nach Straßburg zu gelangen. Die Kühnheit dieser Flucht erregte großes Aufsehen und allerlei spöttische Bemerkungen. Gassenjungen sangen damals: „O Polizei, wie viel Verdruß, macht dir Studiosus Lizius.“ Auch den Hauptbeteiligten am Frankfurter Putsch war es nach mancherlei Abenteuern geglückt, über die Grenze zu kommen.

Mit dieser Flucht begann ein neues Kapitel in der Geschichte der revolutionären Bewegung.

* * *

Seit dem Mißlingen des Frankfurter Aufstandes und der darauf folgenden strengen Maßregeln des Bundestages, war die revolutionäre Propaganda vom offenen Wege auf heimliche Pfade gelenkt worden. Wieder begann, wie einst, als die Mainzer schwarze Kommission wütete, die Demagogenhetze, wieder folgten in allen Teilen Deutschlands langwierige Untersuchungen und wieder füllten sich die Kerker mit Schuldigen und Unschuldigen. Ein großer Teil der bisherigen Führer und hervorragenden Teilnehmer an der Bewegung in den letzten Jahren hatte es jedoch vorgezogen, sich einer sicheren langjährigen Haft durch die Flucht zu entziehen. Frankreich, die Schweiz und einige Zeit auch England waren die Asyle der deutschen Radikalen, wie auch der italienischen und polnischen Flüchtlinge. Von nun an wendeten sich die Blicke der deutschen Regierungen auf diese Länder, wo die Propagandisten neue Pläne schmiedeten. Geheimagenten, dahin und dorthin entsendet, wußten ihre Auftraggeber in steter Besorgnis zu erhalten, über allerlei abenteuerliche Pläne, über beschlossene Monarchenmorde, geplante Einfälle in Deutschland und sonstige in Aussicht genommene Gewalttaten zu berichten. Immerhin hatten die Regierungen

Grund genug, das Wirken der Flüchtlinge im Auslande zu befürchten, denn fast allen bedeutenden Demokraten und Revolutionären war es gelungen, eine mehr oder minder sichere Zuflucht zu finden. Mehr oder minder, denn es wird sich zeigen, daß in Frankreich und in der Schweiz der Enthusiasmus für die Flüchtlinge nicht lange gedauert hat. Die Flüchtlingsschar war im Laufe der Zeit nicht nur größer geworden, sie erhielt auch einen gemischten Charakter. Denn zu den ersten, zumeist der Intelligenz angehörigen Flüchtlingen, von denen der größte Teil, mit der Feder vertraut, publizistisch tätig war, gesellten sich später die Handwerksgesellen, aber auch Abenteurer, Provokateure, Spione und Müßiggänger, die im Trüben fischten und unter dem Scheine politisch Verfolgter ihre schmutzigen Geschäfte besorgten. Wir sehen auf fremdem Boden den Einberufer zum Hambacherfest, den Pfälzer Siebenpfeiffer, den mutigen Herausgeber der „Tribüne" und bedeutendsten Redner auf dem Hambacherfest Johann Georg Wirth, den Advokaten Savoye aus Zweibrücken, den wanderlustigen Nordfriesen, Dichter und Freiheitskämpfer Harro Harring, den Führer des Göttinger und Frankfurter Aufstandes Ernst Johann Rauschenplatt, die Darmstädter Ernst Schüler, Wilhelm Schulz und den Verfasser des „Hessischen Landboten", den Dichter Georg Büchner. Ihnen reihten sich an: der ehemalige Redakteur des unterdrückten „Hochwächters am Rhein", Franz Strohmeyer, der Schwärmer Georg Venedey aus Köln, der Mecklenburger Hundt-Radowsky, dessen „Geißel" den schärfsten Schriften der Revolutionsliteratur angehört, und noch manch andere, die durch ihr Wirken Gefahr liefen, eingekerkert zu werden. Nicht zu vergessen den Braunschweiger Georg Fein, der als Dichter, Publizist und Redner zu den eifrigsten Republikanern zählte und in den vierziger Jahren, vor seiner durch die österreichische Regierung veranlaßten Deportation nach Amerika, einige Zeit in Wien verweilte. Er war einer der wenigen Publizisten, der, ungetrübt durch das öster-

reichische Polizeiregiment, die Deutschen in Österreich für ein „gesundes Kernvolk" erklärte, „aus dem noch einmal etwas Tüchtiges werden wird, sobald die geistigen Fesseln von oben gesprengt werden."

Mit den Deutschen teilten das Los des Flüchtlingslebens auch Italiener und Polen. Die warme Aufnahme, die diese in Deutschland gefunden hatten, ist ihnen auch in Frankreich, in England und in der Schweiz zuteil geworden. Am stärksten war die polnische Emigration in Frankreich verbreitet, wo man 1839 noch 6800 Köpfe zählte. Die meisten Polen gehörten der demokratischen Partei an, geführt von Professor Joachim Lelewel, „der Seele der Umtriebe der polnischen Emigranten", wie ihn Metternich nannte. An der Spitze der aristokratischen Fraktion, die sich in Frankreich seßhaft gemacht, stand Fürst Czatoriski, in dessen Hause (Faubourg du Roule) wöchentlich Assembléen stattfanden, zu welchen sich außer den Polen auch französische Oppositionsmänner und angesehene italienische Flüchtlinge einfanden. Eine dritte Partei, 1838 entstanden, stellte sich zur Aufgabe, Irreligiosität und Sittenverderbnis zu bekämpfen, zu welchem Zweck in Paris das Journal „Mlada polska" erschien, dem als Mitarbeiter unter anderen der Dichter Mickiewicz und der Schriftsteller Janski angehörten.

Damit war jedoch die Vereinstätigkeit der Polen nicht erschöpft. Es gab noch eine europäische Gesellschaft, begründet von Loniewski und Borkowski, einen Verein der Nationalfreiheit und die Legion des Scävola. Alle diese Vereine zielten auf die Wiederherstellung des polnischen Reiches hin; den Mittelpunkt der Polen in Frankreich aber bildete das polnische Nationalkomitee, an dessen Versammlungen auch Lafayette teilnahm, der zugleich Präsident eines Vereines zur Unterstützung dürftiger Polen war. In einem von Armand Carrel, Beranger, Kasimir Delavigne, Viktor Hugo, Odilon Barrot u. a. unterzeichneten Aufrufe wies Lafayette auf die Verdienste der Polen, auf das Unglück ihrer Nation hin

und auf die Sympathie Frankreichs für deren Angehörige. Der Appell an die Franzosen hatte großen Erfolg. In den meisten Departements wurden Komitees gebildet, in vielen Städten der Jahrestag des revolutionären Ausbruches in Polen gefeiert.

Unter allen Flüchtlingen am meisten in den verschiedenen Departements Frankreichs zerstreut, waren jedoch die Italiener. Ein Dislokationstableau der französischen Regierung aus dem Jahre 1834 stellt deren Zahl mit 887 fest. In Paris, wo sich die tätigsten Mitglieder der von Mazzini gegründeten „Giovine Italia“: Menotti, Lamberti, Accoursi und Tentolini, aufhielten, fanden regelmäßige Versammlungen teils bei dem Speisewirte Giordini in der rue Froidmanteau, teils im Café Nancy in der rue Honoré statt. Die vornehmen Italiener fanden sich im Palais der Fürstin Belgiojoso ein, die in ihren Salons auch einige Male einen Bazar zum Besten der Flüchtlinge veranstaltete, an welchen als Verkäuferinnen außer der Prinzessin und ihrer Schwester, der Gräfin von Aragon, auch die Fürstin Czatoriska sowie die Gräfin Guiccioli, die Freundin Lord Byrons, und andere Damen der Gesellschaft mitwirkten. Auf diese Italiener war das Augenmerk des österreichischen Botschafters, des Grafen Apponyi, und der Geheimagenten Metternichs besonders gerichtet. Wiederholt erhob Apponyi bei dem französischen Ministerium Beschwerde über die allzu große Nachsicht der französischen Behörden gegenüber den italienischen Flüchtlingen. Bei einer neuerlichen Unterredung mit dem Minister Thiers im Sommer 1834, erklärte Graf Apponyi ganz offen, daß man in Österreich der gerechtfertigten Ansicht sei, als trete die französische Regierung nur dann gegen die Umtriebe der Propaganda auf, wenn sie gegen Frankreich gerichtet seien; dagegen dulde, ja ermutige sie derlei Umwälzungsprojekte, wenn sie das Ausland betreffen. Thiers, in die Enge getrieben, bemerkte hierauf, daß diese Ansicht irrig sei, eine Emeute in Frankreich erschiene ihm nicht so wichtig als bei-

spielsweise eine in Mailand, da die Emeuten in Frankreich nicht gefürchtet, sogleich gedämpft und vergessen werden, indessen eine solche Bewegung in Österreich, werde sie auch noch so schnell besiegt, doch Folgen nach sich ziehe. Obwohl sich damals der Minister bereit erklärte, die italienischen, insbesondere die aus der Schweiz ausgewiesenen Flüchtlinge überwachen zu lassen, so hielt es Metternich doch für geboten, eine Art Nebenpolizei in Paris einzurichten und sich selbst über geringfügige Details der italienischen Flüchtlingsschaft berichten zu lassen, wie dies auch bezüglich der deutschen Flüchtlinge in Frankreich geschehen ist.

Die meisten deutschen Flüchtlinge hatten ihre Schritte zuerst jenseits des Rheins in die elsässische Hauptstadt gelenkt, die schon früher den durch die Mainzer Kommission Verfolgten ein schützendes Asyl geboten hatte. Den deutschen Regierungen, insbesondere dem Fürsten Metternich, galt Straßburg stets als der Sammelplatz politischer Parteigänger, als das Hauptlager revolutionärer Tätigkeit, und die Besorgnis, daß von daher Einfälle in das deutsche Gebiet erfolgen könnten, machte den Elsaß zu einem ganz besonderen Beobachtungspunkt heimlicher Kundschafter, die über jeden Schritt der Flüchtlinge zu berichten wußten. Auch den diplomatischen Vertretern an den süddeutschen Höfen wurde von ihren Regierurgen die strengste Aufmerksamkeit empfohlen. Noch in den vierziger Jahren galt Straßburg als Zentralpunkt der revolutionären Partei. In dieser Stadt nahmen von den deutschen Flüchtlingen: Rauschenplatt, Harro Harring, Georg Fein, Hundt-Radowsky, Venedey, Wirth und noch andere Angehörige der Bewegungspartei einige Zeit hindurch Aufenthalt. Mit Argwohn betrachtete die französische Regierung den Zuwachs an deutschen Flüchtlingen; sie mochte es sich nicht verhehlen, daß Männer, die für die Einheit Deutschlands schwärmten, auch für die Idee der Wiedergewinnung des Elsasses revolutionäre Pläne schmieden könnten. Dachten ja auch deutsche Diplomaten so, unter anderen der österreichische Gesandte in Württemberg,

der im März 1833 dem Fürsten Metternich mitteilte, daß in Straßburg eine Gesellschaft Deutscher bestehe, die offen gegen die französische Regierung die Revolution predige und den Anschluß des Elsasses an Deutschland plane. Gegen eine allzu große Ansammlung fremder Revolutionäre in den Grenzstationen schützten immerhin Frankreichs Flüchtlingsgesetze, die es der Regierung ermöglichten, Flüchtlingen, die eine Unterstützung beanspruchten, einen bestimmten Ort zum Aufenthalt anzuweisen. Im allgemeinen galt als Norm, der Aufenthalt von Flüchtlingen solle 20 Meilen von der Grenze und 40 Meilen von Paris entfernt sein, eine Vorsicht, die sowohl der Ruhe im Innern Frankreichs wie auch jener der benachbarten fremden Länder galt. So genau wurde es aber in Straßburg mit diesen Gesetzen nicht genommen und besonders bei Reklamationen auswärtiger Regierungen geschah es nicht selten, daß der Präfekt den Betroffenen Winke erteilte, worauf sie sich auf einige Tage entfernten, um dann heimlich zurückzukehren.

Die Besorgnis der deutschen Regierungen hinsichtlich des Straßburger Asyls war durchaus nicht unbegründet. Man wußte, daß dort von der Propaganda durch allerlei Druckschriften und eine von Revolutionären geleitete Zeitung auf die Deutschen eingewirkt werde. Denn so manches Flugblatt, in den Druckereien von Silbermann und Schuler hergestellt, ward im Schmuggelwege über die Grenze gebracht und auf deutschem Gebiete verbreitet worden. Übrigens war ja Straßburg das Tor, das in das Innere Frankreichs führte, in dessen Mittelpunkt die Propaganda in vollster Tätigkeit war. Von jeher galt Frankreich, dieser durch so viele aufeinandergefolgte Umwälzungen ganz durchwühlte Boden, als der Hauptsitz der Umtriebe und Paris als das Dorado aller revolutionär Gesinnten. Es gab daher Gründe genug, den Zusammenfluß so vieler Flüchtlinge verschiedener Nationen zu beargwöhnen und deren die Ruhe Deutschlands bedrohendes Wirken zu

fürchten, um so mehr, als die deutschen Regierungen durchaus keine günstige Meinung von der Aufrichtigkeit Louis Philipps hatten. So schrieb der österreichische Gesandte in Württemberg bereits am 8. März 1833, also noch vor dem Frankfurter Putsch, an den Fürsten Metternich: „Der König ist fest überzeugt, daß die französische Regierung und namentlich Louis Philipp die Umtriebe in Deutschland heimlich in der Absicht unterstütze, um künftig hieraus Vorteil zu seinen ehrgeizigen Absichten oder zu seiner Selbsterhaltung zu ziehen.“ Die Zukunft lehrte freilich, daß unter diesem Julikönig die Hoffnungen der revolutionären Partei sich nicht erfüllten. Unter allen deutschen Staatsmännern war es Fürst Metternich, der dem Flüchtlingsleben der Deutschen in Paris eine besondere Aufmerksamkeit zuwendete. Es gab wohl keinen Schritt der Propaganda, von dem er nicht durch seine Vertrauten unterrichtet worden wäre. Und so erfuhr er auch, daß die deutschen Flüchtlinge in der Seinestadt die freundlichste Aufnahme gefunden hatten, Vereine mit revolutionärer Tendenz gebildet wurden, eine Zeitschrift „Der Geächtete“ entstanden sei und Pläne zur systematischen Insurgierung Europas entworfen wurden. Er war auch wohlunterrichtet über den Verkehr der Flüchtlinge mit Cabet, Mauguin, Garnier, Odilon-Barrot, besonders aber über den Einfluß Lafayettes, des von allen Parteien gleich angesehenen Chefs der Propaganda. In dem Verzeichnisse der Revolutionäre, das 1833 dem Fürsten Metternich vorgelegt wurde, wird Lafayette der Großmeister aller demagogischen Verbindungen genannt, von dem alle polnischen, deutschen und italienischen Agenten Befehle erhalten. Im Gegensatz zu der allgemeinen Ansicht, Lafayette habe an allen seit den Julitagen in Europa vorgefallenen Revolutionsscharmützeln unmittelbar Anteil gehabt, berichtete der nach Paris entsendete Polizeibeamte Karl Eduard Bauernschmid, es sei gewiß, daß Lafayette die belgische und polnische Revolution vorbereitet und mit Rat und Tat unterstützt habe. „Alle übrigen in Deutschland

ausgebrochenen insurrektionellen Bewegungen" — schrieb Bauernschmid — „kamen ihm zu früh und fanden gegen seinen Willen statt. Es ist hierbei wohl zu bemerken, daß Lafayette zwar alle revolutionären Verbindungen in den verschiedenen Ländern Europas leitete, den Widerstand der repräsentativen Körper unterstützte und ermutigte, mit einem Wort das ganze Kriegsmaterial zum Umsturz der alten Ordnung organisierte, nur den Zeitpunkt des Ausbruches wollte er hinausgeschoben wissen. Daher kamen ihm alle Revolutionsversuche in den deutschen Landen, welche als vereinzelte Bestrebungen leicht von den Regierungen unterdrückt wurden, sehr zur ungelegenen Zeit." In einem anderen Berichte, der kurz nach Lafayettes Tod an Metternich gelangte, wird Lafayette der einzige Mann genannt, „dessen Persönlichkeit genügte, sowohl in die Pläne der französischen Propaganda als der Republik eine gewisse Einheit zu bringen" und in dieser Beziehung sei sein Hinscheiden ein wahrer Todesstoß für die Partei der Bewegung in ganz Europa. Mit den deutschen Flüchtlingen stand der General in lebhaftem Verkehr, doch widmete er die letzte Zeit seines Lebens mehr den Angelegenheiten Italiens, ohne jedoch den deutschen Flüchtlingen sein Interesse zu entziehen. An einer Verbindung der Deutschen in Paris, die kurz nach der Julirevolution entstand, nahm er lebhaften Anteil; es war dies der Deutsche Volksverein, der im Februar 1832 gegründet wurde. Sein Zweck war, den Preßverein in Rheinbayern, sowie polnische und deutsche Flüchtlinge zu unterstützen und eine Änderung der Regierungsform in Deutschland herbeizuführen. In den Versammlungen wurden politische Reden gehalten, die hauptsächlich die Einheit Deutschlands betrafen, Freiheitslieder gesungen und revolutionäre Schriften verteilt, die von der Schmidtschen Buchdruckerei in der rue Montmorency, hergestellt wurden. Seine Proklamationen fanden auch in den Rheingegenden Verbreitung. In einer derselben wird den Herrschern Deutschlands vorgeworfen, daß sie, statt die Aufklärung zu fördern, das Volk im Irr-

tum erhalten. In einer anderen, gegen den König Ludwig von Bayern, den „Freiheitsabtrünnigen" gerichteten Proklamation heißt es: „Angefüllt sind die Kerker in München, denn um gefangengesetzt zu werden bedarf es nur, seine politische Meinung frei zu äußern oder Student zu sein. Prozessionen läßt er anstellen, um Gott zu bitten, die Liberalen zu bekehren. Würdige Handlungsweise eines Mannes, der mit Schiller und Körner die Freiheit besang." Einige Geheimberichte enthalten auch Mitteilungen über den Anteil Heines und Börnes an diesem Vereine. Von Bedeutung jedoch ist nur ein Bericht des Ministerresidenten Rumpff vom 12. Jänner 1834 „Über die Verbindung der beiden Schriftsteller Heine und Börne mit dem Vereine" — heißt es daselbst — „ist schwer ins klare zu kommen. Sie sind beide, besonders der erstere, zu klug, um sich mit jenen unbedeutenden Individuen zu kompromittieren. Heine schreibt meistens lediglich nur um Geld zu gewinnen, aber die hiesige Polizei glaubt dennoch, daß er mit den Propagandisten in näherer Berührung steht und daß er am 22. Dezember (1833) eine Versammlung deutscher Schriftsteller bei sich gehalten habe, in der beschlossen worden sei, die Redaktion der Druckschriften und Pamphlets des Patriotenvereines, die bisher so mangelhaft verfaßt worden sind, künftig geübteren Federn anzuvertrauen."

Eine lange Dauer war übrigens diesem Vereine nicht beschieden, denn als im Frühjahr 1834 ein Gesetz erschien, wodurch sämtliche geduldete politische Verbindungen aufgehoben wurden, löste sich auch der Volksverein auf, unter dessen Teilnehmern keineswegs Einigkeit herrschte.

Aus Mitgliedern dieses Vereines gründeten noch im selben Jahre Venedey und Schuster den „Bund der Geächteten", der sich zur Aufgabe stellte, Freiheit und Gleichheit zu verwirklichen und ganz Deutschland zu einer Republik zu vereinigen. Eine große Anzahl von Arbeitern war unter dem Vorwande, den Handwerkerstand zu heben, hierfür

gewonnen worden. Die Mitglieder wurden in „Zelte“ eingeteilt, die verschiedene Namen hatten: Bürgertugend, Volkswille, Gutenberg, Rütli ꝛc. Über diese Zelte, die nicht mehr als 8—10 Mitglieder enthalten durften, standen die „Lager“, die an den „Brennpunkt“, die oberste Leitung, zu berichten hatten. Die Mitglieder führten Kriegsnamen, teils geschichtliche, teils solche, die sich auf persönliche Verhältnisse bezogen. Selbstverständlich fehlte es auch nicht an allerlei Firlefanz bei der Aufnahme und an geheimnisvollen Erkennungszeichen bei Begegnungen. Wichtiger als der Deutsche Volksverein war der Bund der Geächteten durch seine Verbreitung in Deutschland. Zur Werbung eigneten sich besonders die aus Paris zurückkehrenden Handwerker. Der erste Versuch in Frankfurt war von bestem Erfolge, die Verbindung am Sitze des Bundestages gewann an Ausdehnung und bald waren Zelte auch in Bockenheim, Höchst, Homburg, Wiesbaden und in Darmstadt errichtet. Aber wie im Deutschen Volksverein traten auch im Bund der Geächteten gar bald Spaltungen ein. Eine Anzahl von Mitgliedern lehnte sich gegen die Bezeichnung der Verbindung auf. Sie seien, so erklärten sie, Deutsche, nicht aber Geächtete, und traten aus, um eine andere Vereinigung, den „Bund der Gerechten“, zu gründen. Auch dieser Bund, der übrigens denselben Zweck verfolgte wie jener der Geächteten, war in verschiedene Grade geteilt; den niedrigsten bildete die „Gemeine“, den höchsten die „Volkshalle“.

Den Abschluß der deutschen Verbindungen in Frankreich machte der 1840 entstandene „Bund der Deutschen“, in Gemeinden und in Kreise geteilt, mit der obersten Bundesbehörde, dem „Volksrat“, an der Spitze. Auch diese Vereinigung strebte die Errichtung eines ganz Deutschland umfassenden Freistaates an, worin alle Regierungsgewalt der gesamten Nation angehören sollte.

Die weitaus größere Zahl der Mitglieder dieser Verbindungen gehörte dem Handwerkerstande an, ihre Führer

dagegen den Flüchtlingen, die sich der Verfolgung in der Heimat entzogen hatten. Ein Geheimagent teilte sie in drei Klassen, in solche, die der französischen Polizei unzugänglich, also nationalisiert sind, wie Pistor und Savoye, in solche, die Protektion genießen, und in jene, die unter Beobachtung der Polizei stehen, wie Venedey, Hübotter, Koloff, Schuster, Fein, Strohmeyer, Breidenstein und Rochau. Zu den gefährlichen Deutschen wurden damals auch Heine und Börne gezählt, doch bald hieß es in den Berichten, es sei zu verwundern, daß man Heine für gefährlich halte. Sein Charakter wird in den Berichten höchst ungünstig geschildert, von Börne dagegen mit Achtung gesprochen, wenngleich er als einer der gefährlichsten Propagandisten bezeichnet wird. Auch über die deutschen Flüchtlinge, die sich publizistisch betätigten, liegen charakterisierende Berichte vor. Es geht daraus hervor, daß sie in ihren publizistischen Arbeiten nicht immer ihre persönliche Meinung vertraten. So arbeitete Garnier für ein ministerielles Blatt, Strohmeyer für die „Foreign review“, Venedey für den „Constitutionel“. Ihr Los war kein glänzendes, so wenig wie das der Handwerker, die von einer besseren Zukunft träumten. Und schließlich wurde die Begeisterung durch den lähmenden Druck der französischen Regierung gedämpft, die teils aus Furcht vor der Bewegung im eigenen Lande, teils um den Wünschen der fremden Mächte zu entsprechen, durch allerlei Mittel und zuletzt durch Ausweisungsbefehle der Gastfreundschaft Frankreichs ein Ziel setzte.

* * *

Auch das Asyl in der Schweiz war kein dauerndes, denn hier hatte der Einfluß der fremden Mächte ebenfalls eine Umwandlung der freundlichen Gesinnung, welche die Eidgenossenschaft den Flüchtlingen anfänglich entgegenbrachte, hervorgerufen. Von jeher galt die Schweiz den Verfolgten als sicherer Hort. Schon Zwingli sagte, daß „alle, so in

fernen Landen wider Billigkeit gedrängt wurden, Zuflucht zu den Eidgenossen nehmen". Hier fand 1580 Giordano Bruno Schutz, der auch den vielen politischen monarchisch gesinnten Flüchtlingen zur Zeit der ersten französischen Revolution gewährt wurde, hierher war Louis Philipp, nachmals der Julikönig, 1793 mit falschem Paß nach Basel gekommen und hatte als Lehrer in Reichenau gewirkt und hier lebte seit 1815 Königin Hortense mit ihren beiden Söhnen Louis — nachmals Napoleon III. — und Charles Louis. Welch ein Land konnte den Flüchtlingen nach der Julirevolution bessere Aussichten bieten als die Schweiz, die von jeher im Absolutismus ihren Todfeind erblickte, als jenes Land, in dem seit 1830 tiefeingreifende Reformen stattgefunden hatten. In Zürich war im März 1831 die Verfassung revidiert worden, St. Gallen und Solothurn folgten diesem Beispiel, in Bern wurde die aristokratische Partei gestürzt und das Landvolk in Basel hatte sich gegenüber dem städtischen Regiment Rechtsgleichheit erzwungen. Von allen Kantonen war es besonders jener von Bern, der den Flüchtlingen am längsten ein gastfreundliches Asyl bot. Es war aber nicht etwa das Mitleid, das die radikale Regierung von Bern zur Aufnahme der Flüchtlinge bewog, vielmehr war es die Hoffnung, die Flüchtlinge als Mittel für ihre Zwecke zu gewinnen. In kurzer Zeit hatten sich auf Schweizer Gebiet Polen, Italiener und Deutsche eingefunden, die, in verschiedene Kantone zerstreut, größtenteils ohne sicheren Erwerb, den Bewohnern zur Last fielen. Als 1833 nahezu 400 bewaffnete, aus Frankreich kommende Polen in Bern mittellos anlangten, versuchte die Regierung, die Unterhaltskosten der Eidgenossenschaft aufzuwälzen, die jedoch diese Zumutung mit dem Bemerken abwehrte, die Unterstützung der Flüchtlinge sei eine rein kantonale Angelegenheit. Mit der Einigkeit in der Eidgenossenschaft war es überhaupt nicht weit her. Dies zeigte sich gar bald in anderen Fällen der Flüchtlingsschaft. Aus einem Kanton abgeschafft, fand der Ausgewiesene sofort in einem

anderen Aufnahme. Metternich hatte recht: die Schweiz war ein gefährlicher Punkt. Nicht nur der Flüchtlinge wegen, die hier ihre agitatorische Tätigkeit eifrigst fortsetzten, weit mehr jedoch durch den Eintritt eines neuen Elementes in die radikale Bewegung. Es war den Führern längst klar geworden, daß ihre Pläne nur durch die Masse verwirklicht werden könnten. Mit Studenten allein war ein Erfolg nicht zu erzielen, das bewies am deutlichsten der Frankfurter Aufstand. Ganz anders mit den Handwerkern, ein Wort, das damals allgemein für die Arbeiter gebraucht wurde. Sie schienen den Führern die geeignetste Mannschaft, geeignet schon durch die Sitte des Wanderns von Ort zu Ort. Sie waren, wie der Hesse Ernst Schüler treffend bemerkte, die wirksamste Propaganda zu Fuß. „Das Felleisen auf dem Rücken, ein paar Batzen in der Tasche, den Knotenstock in der Hand, wandernd von Berlin nach Konstanz, von Wien nach Hamburg", sollte der Arbeiter der Apostel der Freiheit auch in Deutschland werden. In der Schweiz zählten damals die deutschen Wandergesellen zu den tüchtigsten Handwerkern. Die Arbeitsstätten der Waadt und Neuenburgs waren fast alle mit Deutschen besetzt und auch in Bern zählten Tiroler im Baugewerbe, und in anderen Gewerbszweigen Schwaben und Badener zu den tüchtigsten Arbeitern. Diese braven Burschen, voll Liebe zum Vaterland und zur Freiheit, für die radikale Partei zu gewinnen, war für deren Führer gewiß verlockend. Das Mittel hierzu war bald gefunden. Frankreich hatte das Vorbild gegeben. Dort waren ja schon längst Handwerkervereine gebildet worden zu dem Zwecke, um durch Lesen politischer Schriften und Tagesblätter sowie durch Vorträge belehrend zu wirken. Ein solches Lesekränzchen ward nun auch auf Schweizer Boden 1833 von Ernst Schüler in Biel errichtet worden, dem bald ebensolche Vereine in Zürich, Luzern, Genf, Lausanne und Liestal folgten, die durch Korrespondenz miteinander in Verbindung standen. Sie waren die Pflanzstätten

jener großen und weitverzweigten Verbindung, die unter der Bezeichnung „Das junge Deutschland“ in den dreißiger Jahren für die Verbreitung demokratischer Grundsätze am tätigsten war.

Längst vorher war unter der Patronanz des für die Vereinigung Italiens in eine Republik erglühenden Mazzini die „Giovine Italia“ gegründet worden, deren Zentralkomitee 1834 von Marseille nach der Schweiz übersiedelte. Im Gegensatz zu der das Weltbürgertum verkündenden Carbonaria sollte in dem jungen Italien als oberstes Prinzip die Nationalität gelten, ihr Ziel die Einheit Italiens in Gestalt der Republik und Rom deren Mittelpunkt sein. Ihr gegenüber stand, fast zur selben Zeit im Königreich Sizilien gebildet, die Carbonaria riformata, bestrebt, ganz Italien unter dem Zepter eines konstitutionellen Königs zu vereinigen. Dieses junge Italien, dem nach den Satzungen nur Männer unter 30 Jahren angehören durften, hatte dem Fürsten Metternich viele schwere Stunden bereitet. Die zahlreichen Berichte der Gouverneure in der Lombardei und in Venezien bewiesen, mit welch scharfem Blick die österreichische Regierung die einzelnen Phasen dieser Verbindung verfolgt hatte. Denn auch in die italienischen Provinzen Österreichs hatte die „Giovine Italia“ ihre Emissäre entsendet sowie auch auf Schleichwegen das Organ dieser Sekte oder wie sie Mazzini bezeichnete, dieses Apostolats, die Zeitschrift „L' amico del popolo italiano“ eingeschmuggelt. In allen österreichischen Kronländern erschienen 1833 Zirkulare, die den Eintritt österreichischer Untertanen in diese Verbindung mit der Strafe des Hochverrates bedrohten. „Die Tendenz dieser Vereinigung“ — heißt es daselbst — „ist der Umsturz der bestehenden Regierungen und der gesamten bürgerlichen Ordnung; die Mittel, deren sie sich bedient, sind die Verführung und selbst der durch geheime Obere in Form von Femgerichten ausgesprochene Mord.“

Von der Schweiz aus sollte der erste Schritt zur Be-

freiung Italiens erfolgen. Eine bunt zusammengewürfelte Masse aus Italienern, Polen und Deutschen, darunter selbstverständlich Rauschenplatt, dem sich Georg Fein, Harro Harring und der aus dem Gefängnisse in Frankfurt entsprungene Lizius anschlossen, unternahm, geführt von dem General Romarino, einen Einfall in das savoyische Gebiet, der aber bei der Disziplinlosigkeit der Teilnehmer kläglich endigte. Die ganze Heldentat bestand in dem Überfall eines Zollpostens, worauf Harro Harring den Völkerfrühling verkündigte, einen Freiheitsbaum pflanzte und ein altes Weib die Waffen segnete. Wie lächerlich diese Farce auch war, die übrigens von der Diplomatie zu einer großen politischen Affäre aufgebauscht wurde, so war sie doch insofern von Bedeutung, als sie mittelbar den Anlaß zu einer Verbindung gab, die unter dem Titel „Das junge Europa" in der Geschichte der Geheimbünde eine hervorragende Stellung einnimmt. Hervorragend schon deshalb, weil sein Entstehen einen Bruch mit der haute vente der Carbonaria in Paris bedeutete, ja sogar eine tiefe Gegnerschaft zu ihr. In dem Aufruf des „jungen Europa" an die Patrioten der Schweiz warf Mazzini der Carbonaria vor, daß sie sich in mittelalterlichen Formelkram hülle, über den Plan der absoluten Einheit Europas brüte, den Gedanken verberge, alle Länder zu beherrschen, aller Völker Rechte zum Vorteil einer Nation zu zertrümmern. Mazzinis Idee eines Nationalitätenbundes reicht übrigens schon in das Jahr 1833 zurück, denn in einem im Februar an Josef Garnier gerichteten Schreiben gedachte er der Organisation des jungen Italien und eines Planes zu ähnlichen Verbindungen für Deutsche und Polen sowie deren Zentralisierung zu einem jungen Europa. Die Verbrüderung kam aber erst kurz nach dem Savoyerzug in einer Versammlung von 15 Delegierten am 15. April 1834 zu Biel, im Hause Mazzinis zustande. In der Akte hierüber erklärten die republikanischen Nationalverbindungen ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, gleiche

Richtung und gleiche Grundsätze unter dem Symbol „Freiheit, Gleichheit und Humanität“ zu beobachten, in allem übrigen aber frei und unabhängig zu sein. Die Tendenz dieses Bundes sollte sein: „Kampf der jungen Freiheit gegen die alte Sklaverei, der jungen Gleichheit gegen die alten Privilegien, der Sieg der neuen Ideen über den alten Glauben.“ In dieser Verbrüderung gab es also ein junges Deutschland, ein junges Italien und ein junges Polen, die zusammen das junge Europa bildeten. „Jung“, heißt es in der Verbrüderungsakte, „ist mehr als ein Wort, es ist ein Programm, es drückt uns allen verständlich aus, daß es hauptsächlich der jüngeren Generation vorbehalten ist, die Wiedergeburt Europas zu bewirken.“ In einer Instruktion für die Initiateurs wurden die Begriffe Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen näher erläutert. Die Freiheit wird als das jedem Menschen zustehende Recht bezeichnet, ungehindert seine Kräfte zur Erfüllung seiner besonderen Aufgaben auszuüben und ungehindert die Mittel zu wählen, welche ihn dahin führen können. Die Gleichheit erfordere, daß für alle dasselbe als Recht und als Pflicht anerkannt werde. Die menschliche Brüderschaft bestehe in der gegenseitigen Liebe. Demnach sei jedes Vorrecht ein Eingriff in die Gleichheit, jede Willkür ein Eingriff in die Freiheit, jede eigennützige Handlung ein Eingriff in die Brüderschaft. Für jede dieser Verbindungen wurden zwei Grade festgesetzt: die Initiateurs mit dem Rechte, neue Mitglieder aufzunehmen und die Organisateurs, durch welche die Verbindung mit dem Zentralkomitee stattfinden solle. Ein feierlicher Eid verpflichtete jedes Mitglied, seine Kräfte, sein Handeln, sein Denken dem Kampfe gegen jene, die das Gesetz Gottes und der Menschen verletzen, zu weihen, niemand etwas zu entdecken, was ihm als Geheimnis anvertraut wurde und sein Wort nötigenfalls mit seinem Blute zu besiegeln.

Ähnlich lautet auch das Statut des jungen Deutschlands, dessen Aufgabe es war, die Idee einer künftigen euro-

päischen Republik zu verwirklichen. Kein Mitglied sollte einer anderen Verbindung — die Freimaurerei ausgenommen — angehören, jedes hatte einen Kriegsnamen zu führen. Mindestens 5 Mitglieder sollten einen Klub bilden und dessen Verbindung mit der obersten Leitung durch einen Kommissär erfolgen. Verrat wurde mit dem Tode bedroht.

Dieses junge Deutschland, an dessen Spitze die Brüder August und Friedrich Breidenstein aus Hessen-Homburg, die Rheinbayern Barth und Scharpff, sowie der Berliner Peters standen und zu dessen Mitgliedern auch Fein und der Gießener Student Scriba zählten, bestand schon nach kurzer Zeit aus 14 Klubs mit 168 Mitgliedern. Emissäre versuchten auch in Deutschland Mitglieder zu werben und aufrührerische Druckschriften zu verbreiten. Zwei Proklamationen, die eine „an die Unterdrückten Deutschlands", die andere „an die deutschen Soldaten", gedruckt bei Jenni in Bern, nötigten die schweizerische Behörde, die Unterzeichneten zu verhaften, über die Grenze zu schaffen und den Klub aufzulösen. Aus den verschiedenen Lese- und Singvereinen bildete sich später ein neues „junges Deutschland", an dessen Spitze Ernst Schüler stand, bis endlich nach Auflösung dieser Verbindung der Sitz nach England verlegt wurde.

Alle diese Verbindungen der Flüchtlinge und Handwerker erachteten es als ihre Hauptaufgabe, die Einheit Deutschlands auf revolutionärer Grundlage zu fördern. Auf einem Feste der Handwerker im Steinhölzli bei Bern am 27. Juli 1834, kam diese Idee auch symbolisch zum Ausdruck, indem die Teilnehmer kleine Fahnen mit den Wappen der verschiedenen Länder zerstampften und an deren Stelle eine große schwarz-rot-goldene Fahne aufpflanzten, zum Zeichen, daß hier nicht Württemberger, Bayern und sonstige den einzelnen Ländern Angehörige, sondern d e u t s c h e Männer beisammen seien. Aber bei solchen harmlosen Veranstaltungen sollte es nicht verbleiben. In einem

Häuschen im Dorfe Engi nächst Wollishofen, wo einst Lavater seinen Meditationen nachhing und das deshalb das Lavater-Gütlein genannt wurde, hatten sich in der Nacht vom 23. auf den 24. Mai 1836 unter Rauschenplatts Vorsitz Anhänger des jungen Deutschlands versammelt, darunter auch ein gewisser Eyb, der sich später als Spion und Provokateur entpuppte, um über einen bewaffneten Einfall in badisches Gebiet zu beraten. Die Beratung wurde jedoch von der Tochter des Hauswirtes belauscht, die alles ihrem Vater und dieser dem Dorfschulzen mitteilte, der es der Polizei meldete, worauf die Verhaftung Eybs und auch Rauschenplatts erfolgte, der jedoch aus dem Gefängnisse entkam und nach Kreuzlingen nahe bei Konstanz flüchtete. Ob der Plan jemals hätte ausgeführt werden sollen, oder ob es sich nur um eine Provokation handelte, um der Schweiz eine Verlegenheit zu bereiten, konnte nicht festgestellt werden. Der Diplomatie aber boten der Savoyerzug sowie das Steinhölzlifest Gelegenheit genug, um gegen das Treiben der Flüchtlinge in der Schweiz einzuschreiten.

Einer der ersten diplomatischen Schritte wurde bereits nach dem Einmarsch der Polen von dem österreichischen Gesandten Graf Bombelles unternommen. In einer Note vom 21. Mai 1833 verlangte er, die Eidgenossenschaft möge vorsehen, daß die Umtriebe der in die Schweiz eingedrungenen Polen keinen Einfluß auf den bisher glücklichen Verkehr zwischen Deutschen und der Schweiz haben. Der Vorort Zürich antwortete hierauf, alle Stände werden diese Angelegenheit vom höheren Gesichtspunkt beurteilen. Auch der Deutsche Bundestag verwahrte sich, daß auf schweizerischem Boden Herde der Verschwörung entstehen, welche den benachbarten Nationen fortwährend Stoff zu gerechten Besorgnissen geben und sie in die Notwendigkeit setzen, jeden Tag zur Wehr gegen plötzliche Überfälle bereit zu sein. Schärfer wurde der Notenwechsel aber nach dem Savoyerzug. Man merkt von nun an die leitende Hand Metternichs, der damals an den Botschafter

in Paris schrieb: „Die Zivilisation kennt seit langem Quarantänen gegen die Pest des Orients; wir werden einen moralischen Gesundheitskordon um die Schweiz ziehen und wir werden sehen, ob die Schweizer oder ob Europa am meisten daran zu leiden hat.“ Aus den Kabinetten flogen nun spitze Pfeile in Notenform; von allen Seiten forderte man nicht nur die Entfernung der bei dem Attentat beteiligten Fremden, sondern aller Flüchtlinge, die auf direkte oder indirekte Weise der nachbarlichen Ruhe gefährlich erschienen. Österreich, Bayern, Baden, Württemberg und auch der Deutsche Bundestag erhoben eindringliche Beschwerden, worauf der Vorort Zürich die Teilnehmer am Savoyerzug des Asyls verlustig erklärte und die Kantone hiervon verständigte. Die meisten derselben kamen dieser Aufforderung nach. Bern aber hielt diese Maßnahmen weder für ausführbar, noch der Würde und Ehre eines freien Volkes angemessen. Die Diplomaten drohten weiter. Endlich gab auch Bern nach, aber die Noten der Diplomaten, die energisch die Ausweisung aller notorisch zur Störung der Ruhe der Nachbarstaaten mittelbar oder unmittelbar wirkender Individuen sowie Garantien gegen ähnliche Versuche forderten, schienen kein Ende zu nehmen. Die angedrohte Grenzsperre und die Bewegung der Truppen an der Grenze blieben nicht ohne Erfolg. Der Vorort gab die gewünschte Erklärung ab und fügte sich überdies dem Vorschlage des österreichischen Gesandten, den König von Sardinien in Chambery zu begrüßen. Wenn aber die Diplomaten glaubten, ihre Noten hätten die Schweiz von den „Umstürzlern“ gereinigt, so irrten sie; denn die meisten der gewaltsam Entfernten verstanden es, sich nach kurzer Zeit wieder einzuschleichen.

Kaum war die Angelegenheit des Savoyerzuges zu Ende, gab das Steinhölzlifest der Diplomatie neuerlich Anlaß, einzuschreiten. In einer energischen Note forderte Graf Bombelles, die Berner Regierung solle gewährleisten,

daß die deutschen Untertanen vor Verführungen zu auflehnenden Handlungen gegen ihre Fürsten bewahrt werden; auch wurden die als Handwerksgesellen arbeitenden Untertanen aufgefordert, den Kanton Bern innerhalb 8 Tagen zu verlassen, eine Verfügung, die auch von anderen deutschen Staaten und auch vom Deutschen Bundestage getroffen wurde. Die Berner Regierung aber trotzte und verlangte von dem Vorort, daß die Eidgenossenschaft sich gegen das Ausland vereinige. Der österreichische Gesandte hingegen erklärte, es vertrüge sich nicht mit der Würde Österreichs, mit einem Kanton zu verkehren, der den Grundsätzen der öffentlichen Ruhe und Ordnung Hohn spreche. Inzwischen erfuhr der schweizerische Geschäftsträger in Paris, daß in dieser Angelegenheit Verhandlungen zwischen Wien und Paris stattgefunden hatten, und nun, da sich Bern von Frankreich, „dem natürlichen Freund (?) der Schweiz“, verlassen sah, gab es in einem Memorandum die Erklärung ab, den Auftritt im Steinhölzli weder rechtfertigen noch billigen zu wollen. Metternich aber erklärte, hierin keine Gewähr für die Zukunft zu sehen. Der Notenwechsel dauerte fort und ward um so heftiger, als inzwischen Bern Vorort der Eidgenossenschaft wurde. Graf Bombelles forderte, daß ruhestörende Fremde und Flüchtlinge nicht bloß aus einem oder dem anderen Kanton, sondern aus dem Lande überhaupt verwiesen werden sollen. Die Antwort darauf bewegte sich in allgemeinen Sätzen, ohne auf diese Angelegenheit näher einzugehen. Endlich kroch aber Bern doch zu Kreuz und sprach die volle Mißbilligung der Steinhölzliaffäre aus.

Kaum war diese Affäre beigelegt, als eine andere den Mächten Gelegenheit gab, die Schweiz abermals mit Noten zu überhäufen. Das junge Deutschland war in den Handwerkervereinen wieder aufgeblüht und man sprach nun wieder von allerlei politischen Umtrieben, ja sogar von einem beabsichtigten Einfall in deutsches Gebiet. Mit aller Strenge schritt Bern ein, Haussuchungen wurden vor=

genommen, revolutionäre Schriften konfisziert, viele Flüchtlinge über die Grenze gebracht. Der Leiter der jungdeutschen Bewegung, Ernst Schüler, der inzwischen das schweizerische Bürgerrecht in Biel erworben hatte, wurde angeklagt, dem Staate eine Kriegsgefahr herbeigeführt zu haben; er wurde in Haft genommen, aus der er erst nach fünf Monaten durch einen Freispruch entlassen wurde. Stand bisher Österreich an der Spitze der diplomatischen Aktion, so war es nun Frankreichs Gesandter, der Herzog von Montebello, der erklärte, daß, wenn die Garantie, welche Europa von der Schweiz erwarte, sich auf bloße Erklärungen beschränken sollte, die Mächte sich in ihrem Interesse für berechtigt halten müßten, nur auf sich selbst zu zählen und der Toleranz in der Schweiz ein Ende zu machen. Frankreich, selbst nicht imstande, die Propaganda im eigenen Lande zu steuern, forderte nun von der Schweiz die schärfsten polizeilichen Maßregeln. Das Vorgehen Frankreichs und der übrigen Mächte zielte dahin, die Schweiz zu veranlassen, den Flüchtigen überhaupt das Asyl zu verwehren. Bern, das sich noch vor zwei Jahren stolz gegen die Mächte erhoben hatte, zeigte sich nun als ihr gefügiges Werkzeug.

In einem Kreisschreiben an die eidgenössischen Stände (vom 22. Juni 1836) wurden diese angewiesen, Flüchtlinge, welche die schweizerischen Interessen gefährdet haben oder noch gefährden dürften, sei es durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten, sei es durch Anschläge auf benachbarte Staaten, sofort anzuhalten und zur Verfügung des Vorortes zu stellen, der sie aus der Schweiz förmlich verweisen werde. Nachdem die eidgenössische Tagsatzung am 11. August 1836 die Verordnung des Vorortes Bern gebilligt hatte, erließ dieser abermals ein Kreisschreiben, worin die Flüchtlinge bezeichnet wurden, die aus der Schweiz zu entfernen seien. Aber nur wenige Kantone antworteten darauf oder auf eine Weise, die die Erfüllung des Tagsatzungskonklusums unmöglich machte. Manche Kantone

leiteten gar keine Untersuchung ein, andere nur zum Schein. Es herrschte damals überhaupt eine erregte Stimmung gegen die deutschen Mächte. „Welche Verpflichtungen" — schrieb am 11. Juni 1836 die „St. Galler Zeitung" (Nr. 47) — „hat denn die Schweiz, daß sie so um die Gunst der deutschen Fürsten buhlen und bei jedem Anlaß zu Kreuz und Asche kriechen soll. Die Zeichen der Zuneigung, die uns die deutschen Fürsten gegeben haben, sind: ihre Verfahrungsweise gegen uns in den letzten Jahren, unser Farbenglanz in den Blättern deutscher Söldlinge, geheime Polizei in unserem Lande, Aufseher unter unserem Volke, Verbindung mit Landesverrätern . . ." Nicht minder heftig ging es über Frankreich her, das noch strengere Maßregeln gegen die Flüchtlinge forderte, als die Tagsatzung beschlossen hatte. Diese antwortete gereizt, die Schweiz habe die Pflicht, den Forderungen des Völkerrechtes Genüge zu leisten; sie halte aber auch daran, ihre Rechte zu bewahren, namentlich das Recht der Gastfreiheit. Keines der Komplotte sei gegen Frankreich gerichtet gewesen, im Gegenteil, es habe sich gezeigt, daß Paris der Herd der Verschwörungen sei. Nach dieser geharnischten Erklärung zog der französische Gesandte mildere Saiten auf. Frankreich, entgegnete er besänftigend, appelliere von der auf Irrwege geleiteten Schweiz an die aufgeklärte und freie Schweiz. Nach so vielerlei Widerstreit zeigte sich zum Schlusse die volle Nachgiebigkeit der Schweiz. Und merkwürdig, gerade jene Stände, die dem Tagsatzungsbeschluß am meisten widerstrebten: Thurgau, St. Gallen, Waadt und Genf, gingen mit größtem Eifer daran, ihr Gebiet rein zu machen. So konnte also ein Vertrauensmann Metternichs am 11. Oktober 1836 berichten, daß die „Evakuation" der Schweiz zum größten Teil vollendet, die Entfernung der führenden Deutschen: Rauschenplatt, Kombst, Fein, Harro Harring, Johannes Müller, erfolgt sei, kurz daß die meisten hommes d'actions sich außer den Grenzen der Eidgenossenschaft befänden. Man hatte in der Eile auch Deutsche deportiert, die nicht den Handwerker-

verbindungen des jungen Deutschlands angehörten, unter anderen auch Karl Mathy, nachmals badischen Minister. Durch die Ausweisung der Flüchtlinge war, wie der mit der Flüchtlingsbewegung in der Schweiz wohlvertraute österreichische Polizeibeamte Noe in einem Berichte (10. Oktober 1836) bemerkte, zwar viel für die gute Sache geschehen, „aber niemand, der die geheime Kette der noch keineswegs ausgerotteten politischen Sekten kenne, werde glauben, daß sie in ihren Bemühungen nachgelassen haben."

Die Schweiz war freilich, wenn auch nur scheinbar, von revolutionären Elementen gesäubert, nicht aber der revolutionäre Geist unterdrückt. Die von ihm erfüllt waren, hatten inzwischen den Weg nach London genommen, nächst Paris von jetzt an ein Hauptzentrum der Flüchtlinge. Hier, wo die englische Sektion der haut monde „The little union" die Leitung der revolutionären Angelegenheiten hatte, fanden sich bei 1400 Flüchtlinge aller Nationen ein: Deutsche, Polen und Italiener. Unter diesen Mazzini und Ruffini. Von den polnischen Emigranten war bereits 1833 ein kleiner Teil nach England gekommen, wo ihnen mehrere Städte, darunter Birmingham, Glasgow, Liverpool und Nottingham, warme Teilnahme bekundeten. Weniger die großbritannische Regierung, die sich nicht wie jene in Frankreich und der Schweiz zu einer Unterstützung verstehen wollte. So kam es, daß nach und nach die Zahl der Flüchtlinge in England geringer wurde, da sich ein großer Teil nach Frankreich begeben hatte. Auch die aus der Schweiz verwiesenen deutschen Flüchtlinge, die, von Landjägern nach Frankreich und von da durch Gendarmen nach Dover gebracht, am 2. August 1836 nach London kamen, erhielten von der Regierung keine Unterstützung. Sie betätigten gleich nach der Ankunft ihren Gemeingeist, indem sie ihre Barschaft zu einer gemeinschaftlichen Kasse vereinigten; auch erhielten sie Unterstützung von einem Komitee, das sich aus radikalen Parlamentsmitgliedern gebildet hatte. Die für die Flüchtlinge eingeleitete Subskription erzielte den besten

Erfolg. Im großen und ganzen war also die Aufnahme der Deutschen eine freundliche, besonders der Handwerker, die unter den Flüchtlingen den meisten Anklang fanden. Schon nach kurzem Aufenthalt in England konstituierten sie sich als junges Deutschland, dessen Leitung Österreicher, ehemaliger Redakteur des „Augsburger Tagblattes", übernahm; sie verbanden sich mit den Vereinigungen der Franzosen Polen und Italiener zu einer Réunion des refugiés politiques, um sowohl durch Aufklärung als auch mit den Waffen die Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Humanität zu verbreiten. Lange währte diese Verbindung auf englischem Boden nicht und auch nicht das junge Deutschland, denn infolge eintretender großer Not sahen sich die meisten Deutschen genötigt, England zu verlassen, so daß 1838 ihrer nicht mehr als zehn Männer zurückblieben. Von den hervorragenden Flüchtlingen hatten sich die meisten nach Belgien gewendet: Bianco, der eigentliche Urheber des Savoyerzuges, die Führer des demokratischen Polenklubs Lelewel und Ledochowski und von den Deutschen Harro Harring und Rauschenplatt. Andere waren inzwischen nach Nordamerika ausgewandert, darunter die Frankfurter Gustav Körner und die beiden Bunsen, wie auch die Hessen Paul Follen und Friedrich Münch.

Zu Ende der dreißiger Jahre konnte ein geheimer Berichterstatter Metternichs melden, daß man das große Werk Mazzinis, die Conféderation européenne als aufgelöst betrachten könne und die Revolutionäre der verschiedenen Nationen in die alten, von ihren einzelnen Interessen gebotenen Schranken zurückgetreten seien; er konnte auch dem Fürsten mitteilen, daß die Amnestie des Kaisers Ferdinand der italienischen Emigration den Todesstoß gegeben habe und daß ohne die unaufhörlichen Spaltungen nur die polnische Emigration wahrhaft zu fürchten wäre. Auch über die deutsche Flüchtlingsschaft enthält dieser Bericht manche bemerkenswerte Einzelheiten, besonders über das junge

Deutschland und seine Sektionen in London, Paris, Straßburg und in der Schweiz, sowie über die losen Handwerkervereine in Frankreich. „Im ganzen" — schließt der Bericht — „ist der revolutionäre Geist der deutschen Flüchtlinge von keiner großen Bedeutung und die mannigfachen Intrigen, wie die Entfernung, machen jede Zentralisierung, jedes gemeinsame Wirken unmöglich." Der Traum einer deutschen Republik war also nicht in Erfüllung gegangen; und statt politischer Freiheit herrschte am Ende der dreißiger Jahre noch immer die Reaktion, verkörpert durch die deutsche Bundesversammlung.

* * *

Das Jahrzehnt, in dem der Völkerfrühling erstand, brachte mancherlei Erscheinungen auf politischem, kirchlichem und sozialem Gebiete. Neue Hoffnungen und ebenso viele Enttäuschungen.

Gleich im Beginne richteten sich die Blicke auf Preußen, das einen neuen König erhalten hatte. Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. wurde von allen Deutschen enthusiastisch begrüßt. Eine neue Zeit werde anbrechen, nicht bloß für Preußen, auch für das übrige Deutschland, so hoffte man aller Orten und erwartete, daß dieses Land von nun an das Vorbild für die anderen deutschen Staaten sein werde. Überall wurde des Königs Phantasie, seine Liebe zur Kunst und Wissenschaft gerühmt, und wie er ganz anders sei als sein Vater, der trocken und wortkarg gewesen. Aber es gab schon damals Zweifler, die in den Vorzügen des Königs das Bild einer ungetrübten Zukunft nicht erblicken wollten. Hatte doch Fürst Metternich kurz nach dem Tode Friedrich Wilhelms III. an Wittgenstein geschrieben, ein Regierungsübergang sei eine harte und gefahrvolle Epoche im Leben der Staaten, worauf Wittgenstein am 9. Juli 1840 antwortete: „Dieses wird sich auch nun, wie ich besorge, leider bei uns bewähren: w i e, ist es noch nicht klar, ob der jetzige

König so ganz, wie dieses zu wünschen wäre, in den Wegen seines Herrn Vaters wandeln wird. Der König hat gewiß die besten Absichten und die wohlwollendsten Gesinnungen. Die Natur hat Ihn aber mit einer genialen Phantasie begabt und dieses ist ein schwer zu überwindender Feind, besonders wenn man gegen die Popularität nicht gleichgiltig ist." Und in einem anderen Briefe an Metternich stellte Wittgenstein Betrachtungen an über die gegenwärtige Regierung in Preußen im Vergleiche mit der früheren, wo keine geniale Phantasie erforderlich gewesen. Fast zur selben Zeit hatte auch Jarcke, Metternichs publizistischer Berater, sich über die mutmaßlichen Folgen der Thronveränderung in Preußen geäußert. Die Aktion der Regierung, so meinte er, sei unter Friedrich Wilhelm III. in der Beamtenhierarchie gelegen, die negierende Gewalt, die vis inertiae, dagegen im König, ohne daß dieser von einem tieferen konsequenten Prinzip geleitet worden wäre. Friedrich Wilhelm IV. sei einer der genialsten Denker, der einen Reichtum von Ideen, das heißt von solchen Zwecken, Vorsätzen und Begriffen habe, deren Verwirklichung er als die Aufgabe und das Ziel seiner Regierung betrachten werde. Auch die Geheimagenten Metternichs in Deutschland unterließen es nicht, wohl zumeist in der Absicht, hierfür ein gefälliges Ohr zu finden, Charakteristiken des neuen Preußenkönigs zu entwerfen. So schrieb einer dieser Konfidenten 1844: „Gewiß! er ist ein König für ein Gedicht, aber kein König für einen Thron. Wenn er selbst nur Gedichte machen könnte wie der König von Bayern, so würde Europa weit besser mit ihm daran sein als jetzt, wo er Regierungshandlungen dichtet, Kölner Dombauten, Herweghs-Audienzen, Schwanenorden, Verdienstorden usw." Noch schärfer urteilte Metternich selbst, als er 1845 an Ficquelmont schrieb: „Nichts in seinen Gedanken ist praktisch, alles läuft auf unklare Träume hinaus." Die Hoffnung, daß von Berlin aus eine Umgestaltung der Zustände in Deutschland durch den moralischen und physischen Einfluß Preußens ausgehen werde,

hatte sich wirklich nicht erfüllt, vielmehr zeigte sich in der Mitte der vierziger Jahre eine Mißstimmung gegen den König und seine Regierung, die sich sogar in den höheren Kreisen fühlbar machte. „Der Anfang" — berichtete damals ein gewandter Geheimagent — „hatte den König verwöhnt, seine Eitelkeit hatte glänzende Triumphe gefeiert. Schlag auf Schlag fiel aber der Hammer des Zeitgeistes auf die königlichen Luftschlösser und vernichtete sie." Man hatte von dem König erwartet, daß er dem vielfach ausgesprochenen Wunsche nach Einführung von Reichsständen entsprechen und seinem Lande eine Verfassung geben werde. Als der Landtag der Provinz Posen und Preußen beschlossen hatte, den König zu bitten, der preußischen Nation eine schriftliche Urkunde als Verfassung zu geben, wies der König diese Bitte energisch zurück. Eine Flugschrift, „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen" (1841), von dem Königsberger Arzt Dr. Johann Jacoby, die betonte, daß das Volk ein Recht habe, eine reichsständische Verfassung zu fordern, wurde in Preußen wie auch durch Bundesbeschluß in dem gesamten Bundesgebiete verboten und der Verfasser außerdem in kriminalgerichtliche Untersuchung gezogen. Um jede Erinnerung an das 1815 von Friedrich Wilhelm III. gegebene Versprechen einer Verfassung zu unterdrücken, verbot die Regierung den Wiederabdruck des Gesetzes vom 22. Mai 1815. In den ständischen Vertretungen der einzelnen Provinzen aber entwickelte sich eine heftige Opposition, die immer wieder die Forderung nach einer Reichsverfassung stellte, aber auch Preßfreiheit, sowie öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren begehrte. Unter den rheinpreußischen Deputierten waren es besonders Camphausen und Merkens in Köln, Mohr in Trier und Hansemann in Aachen, die in erster Reihe der Opposition standen. Aber auch in Ost- und Westpreußen hatte der gesetzliche Widerstand seinen Höhepunkt erreicht, und wie hier Königsberg, stand in Schlesien Breslau an der Spitze der politischen Bewegung. Die vom

König begünstigte strenggläubige Richtung, die auf das sich immer mehr entfaltende Geistesleben in Preußen im reaktionären Sinne Einfluß zu nehmen suchte, trug nicht wenig bei, die Mißstimmung noch lebhafter zu gestalten. In Berlin zirkulierte damals der Witz, die Regierung wolle, da sie aus gewissen Rücksichten das irdische politische Glück der Untertanen nicht befördern könne und dürfe, ihnen wenigsten den Weg zum jenseitigen Glück nach Kräften anbahnen. Die allmähliche Verschärfung der Zensur, das Verbot oppositioneller Zeitungen, die Maßregelung freisinniger Lehrer, der rückschrittliche Einfluß des Ministers Eichhorn auf das Unterrichtswesen, die Verordnung über die Wahl der Schul- und Lehrbücher für die Elementar- und Bürgerschulen, dann die Kabinettsorder, als Volksschullehrer ausgediente Unteroffiziere zu verwenden und diese wissenschaftlich gebildeten Bewerbern vorzuziehen: alles dies ließ die Klage über reaktionäre Tendenzen vollauf gerechtfertigt erscheinen. In politischer Beziehung war es aber doch immerhin ein Fortschritt, daß der König, wenn auch nur als Gnade, dem wiederholten Drängen nach einer reichsständischen Verfassung insofern entsprach, als er durch ein Patent vom 3. Februar 1847 die Provinziallandtage zu einem Körper vereinigte. Keineswegs aber sollten sich nach der Meinung des Königs die Abgeordneten als sogenannte Volksrepräsentanten betrachten, da das Volk die Teilung der Vollgewalt seiner Könige nicht wolle; er werde nimmer zugeben, daß sich zwischen dem Herrgott im Himmel und Preußen ein geschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge.

Mochte auch der König die Abgeordneten beschwören, Vertreter und Wahrer der Stände zu sein, die Majorität wenigstens fühlte sich doch nur als Volksvertreter und hoffte, endlich doch eine wirkliche Verfassung zu erlangen.

Wie anders hätte sich wohl das Verfassungsleben in Preußen gestaltet, wenn die im Beginne dieses Jahrzehntes neuerlich aufgetauchte Idee eines gemeinsamen deutschen

Vaterlandes verwirklicht worden wäre. Das Verlangen nach Einheit, noch vor wenigen Monaten mit Zuchthaus bestraft, wurde in dem Augenblicke, als Frankreichs Eroberungsgelüste nach dem linken Rheinufer erwachten, als ein Ausfluß patriotischer Gesinnung betrachtet und von den deutschen Fürsten begünstigt. In der deutschen Presse konnte wieder von Nationaleinheit gesprochen werden und Hessen, Badenser, Braunschweiger, Sachsen, Bayern, Hannoveraner wie Württemberger durften sich endlich, wenn auch nur zur Zeit der drohenden Kriegsgefahr, wieder als Deutsche fühlen. Niklas Beckers „Sie sollen ihn nicht haben", in allen deutschen Gauen gesungen, wurde zum Nationallied, und Fürsten wie Städte beeilten sich, den Dichter mit Ehrengeschenken zu überhäufen. Wenn auch in materieller Beziehung ein gemeinsames Band der deutschen Länder durch Zollverein und Eisenbahnen geschaffen war, so reifte doch allmählich die Erkenntnis, daß, wolle man den Gefahren von Westen und Osten her vorbeugen, es auch einer geistigen Einheit bedürfe. Aber dieser Einheitstraum währte nur kurze Zeit und mit der beseitigten Kriegsgefahr flaute gar bald auch das Nationalgefühl ab. An Stelle der Begeisterung trat der Spott und Beckers Rheinlied ward verhöhnt. „Niemals" — so berichtete ein Geheimagent — „trat die Lüge von der Einheit Deutschlands so grell hervor, wie jetzt; man müßte denn darin eine Einheit erkennen wollen, daß fast überall eine Verstimmung herrscht und daß die Fürsten Deutschlands darin einig sind, alle Bestrebungen des Volkes, die zu einer wahren Gesamtheit führen könnten, zu vereiteln und auf Bahnen zu lenken, deren Ziel nicht die Zukunft, sondern eine trübe Vergangenheit ist." In der Tat herrschte überall Unzufriedenheit, auch in den kleinen Staaten, genährt noch durch Druckschriften aus dem Elsaß und der Schweiz, worin das Volk unaufhörlich gemahnt wurde, was es sein könnte. Getäuschte Hoffnungen auf eine Verfassung in Preußen, Metternichs Stabilitätssystem in Österreich, kurz in allen Ländern die

Reaktion in vollster Blüte, die Regierungen in heftigem Widerstande gegen alle politischen Freiheiten. Die gereizte Stimmung infolge des schweren Druckes äußerte sich besonders im badischen Oberlande, im Schwarzwaldkreise, in Kurhessen sowie in den Mosel- und Eifelgegenden. Kräftig trat die Opposition in Baden zutage, in dessen Kammern flammende Worte auch gegen den Deutschen Bund fielen, mit der Aufforderung, aufzuhören ein geheimer Rat der Fürsten zu sein und ein Bund des deutschen Volkes zu werden. Gar mutige Kämpfer saßen in dieser zweiten Kammer: Itzstein, mit allen Liberalen Deutschlands in enger Verbindung, Welcker, Sander, Bassermann, Mathy und später Friedrich Hecker. War vorher Frankfurt der Mittelpunkt der Bewegung, so war jetzt Mannheim der Hauptort des Radikalismus, der in der „Mannheimer Abendzeitung" den schärfsten Ausdruck erhielt. In Freiburg wirkte der Historiker Schlosser als eine der Hauptstützen des Liberalismus und ihm zu seiten standen Kriegk, Dr. Ludwig Frey und Karl Hagen.

Nicht minder bedeutend war Konstanz, der Hauptplatz des badischen Seekreises, schon wegen der Nähe der Schweiz und der sich an der Grenze aufhaltenden Revolutionsmänner. Hier hatte der ultraradikale Advokat Vanotti bereits 1838 das Oppositionsblatt der „Leuchtturm" gegründet, den Wirth sodann in die „Volkshalle" verwandelte. In keinem anderen Lande aber kam der Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung und der Zwiespalt zwischen der ersten und zweiten Kammer so kräftig zum Ausdrucke wie in Baden, wo die Zeitideen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens kräftigen Ausdruck fanden. Ruhiger dagegen war es im Großherzogtum Hessen geworden, wo inzwischen die liberale Fraktion ihre energischesten Führer verloren hatte.

Georg Büchner war als Flüchtling gestorben und Pfarrer Weidig hatte den Qualen seiner Untersuchungshaft durch Selbstmord ein Ende gemacht. Schwere Vorwürfe

wurden aus diesem Anlasse gegen die Justizverwaltung des Großherzogtums Hessen erhoben, die einen an Säuferwahnsinn leidenden Beamten mit der Untersuchung gegen Weidig betraut hatte. Alle Versuche, diese Schandtat eines deutschen Gerichtes zu verteidigen, mißlangen und nur der Eindruck war geblieben, daß ein deutsches Gericht die Zeiten der Inquisition hatte wieder aufleben lassen. Zwar nicht so grauenvoll, aber immerhin tyrannisch zeigte sich auch die kurhessische Gerechtigkeitspflege in dem Prozesse gegen den Marburger Universitätsprofessor Jordan, der erst nach langjähriger Haft durch ein freisprechendes Urteil von den Qualen seiner Gefangenschaft erlöst wurde. Auch im übrigen Deutschland gab es der Anlässe genug, die Mißstimmung zu steigern. In Bayern, wo der Ultramontanismus jede freiheitliche Entwicklung hemmte und die Abenteuerin Lola Montez den König beherrschte, in Nassau, wo die zu weit getriebene Vorliebe des Herzogs für russische Einrichtungen große Unzufriedenheit erregte, in Braunschweig, wo der Gegensatz zwischen Adel und Bürgerstand die Bevölkerung zerklüftete. Unter allen deutschen Städten war es besonders Leipzig, wo die Stimmung von Tag zu Tag bedenklicher wurde und im August 1845 zu einem blutigen Aufstand führte. „Hier ist alles zur Revolution reif“ — berichtete am 21. August Legationsrat Hübner dem Fürsten Metternich — „versöhnt wird hier niemand, der Geist der Revolte muß und kann nur durch eine feste Haltung der Regierung gedämpft werden.“ In den schwärzesten Farben schilderte Hübner, wie die Bevölkerung durch die Presse revolutioniert und durch die Schwächen der Behörden an ungestrafte Verhöhnung der königlichen Regierung gewöhnt sei; die Leipziger Universität wird eine Pflanzstätte des seichtesten Rationalismus genannt, eine Herberge aller fahrenden Literaten, die ungestraft ihr Wesen treiben und als immatrikulierte Studenten den Schutz der Universität genießen. In mehreren Berichten wird auch der demagogischen Tätigkeit Robert Blums gedacht.

Zufriedener lauteten Hübners Berichte zwei Jahre später, als er den Umschwung der Stimmung in Leipzig meldete. Eine der Ursachen dieser Wandlung, meinte er, liege in der Erkenntnis der besitzenden Klassen über ihre gefahrvolle Lage. Die Furcht vor dem Kommunismus hatte in Deutschland das Mißtrauen nach unten, dagegen größeres Vertrauen nach oben erregt. Kommunismus! Es gibt kaum ein Wort, das damals in Deutschland häufiger genannt worden wäre. Von Etienne Cabet 1840 geprägt, wurde es am meisten von der Polizei benutzt, um damit dem sozialen Radikalismus eine Signatur zu geben. Man vereinigte unter diesem Begriffe einige Zeit hindurch die gesamte soziale Strömung, die von Frankreich, Belgien und der Schweiz bis nach Deutschland gedrungen war, ohne den Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus festzuhalten. In erster Linie war es wieder die Schweiz, auf die sich die Aufmerksamkeit der deutschen Behörden lenkte; kurze Zeit auch Straßburg, wo sich in den vierziger Jahren die Führer der Bewegung des vergangenen Jahrzehntes: Fein, Rauschenplatt, Geib, Schüler, Venedey und andere Flüchtlinge, darunter auch viele Polen, eingefunden hatten. Und wenn auch Paris noch immer einen Beobachtungspunkt für die deutschen Behörden bildete, besonders der „Bund der Deutschen", so war doch von dem Vereinswesen der Deutschen daselbst für die öffentliche Ruhe in Deutschland nichts zu befürchten. Anders stand es jedoch in der Schweiz. Hier fanden sich in Mitte der vierziger Jahre nicht nur die alten deutschen Parteigänger wieder ein, es hatte sich daselbst auch ein zumeist aus Handwerkern bestehendes neues junges Deutschland mit sozialistischer Tendenz gebildet. „Nie hat die Schweiz" — berichtete 1845 der zur Beobachtung abgeordnete österreichische Polizeibeamte v. Engelshofen — „der fremden Umsturzpartei ein günstigeres Feld geboten als jetzt, wo der Kampf gegen die Jesuiten immer allgemeiner entbrennt und wo das radikale Element in den meisten Kantonen im Volke vorherrschend zu immer größerer und überwiegenderer Geltung

kommt.“ Dazu noch die Tätigkeit der italienischen Faktion, die in Genf unter der Leitung Ruffinis Filialen der Giovine Italia gegründet hatte, die gar bald an Bedeutung gewannen.

War in dem vorausgegangenen Jahrzehnt die Schweiz der Mittelpunkt der subversiven politischen Propaganda, die hauptsächlich in den Handwerkerkreisen wirkte, so trat nunmehr im Assoziationswesen der soziale Charakter immer kräftiger in den Vordergrund. Den Grütlivereinen und dem Bund der Jungdeutschen gesellten sich im vierten Jahrzehnt die Kommunistenvereine, deren Tendenz auf Abschaffung des Eigentums, des Erbrechts und auf gleiche Verteilung der Arbeit wie der Genüsse hinzielte. Ihr Anfang weist in die französische Schweiz, nach Genf, Lausanne und Vevey, wo die ersten kommunistischen Vereine deutscher Arbeiter entstanden, die sodann auch in der deutschen Schweiz Nachahmung fanden: in Zürich, Aarau, St. Gallen, Winterthur, Kreuzlingen (im Thurgau) und Zofingen. So waren also die Grundsätze des Kommunismus auch in die östliche Schweiz gedrungen, wo Zürich trotz aller Gegenmaßregeln der Regierung den Zentralpunkt des sozialen Radikalismus bildete. Hier waren bereits 1844 acht Vereine zum gemeinsamen Betriebe verschiedener Gewerbe gebildet worden, hier wirkte der Schneider Weitling, dessen Schrift „Garantien der Harmonie und der Freiheit“ in den Arbeiterkreisen weite Verbreitung fand. Während die Regierung in Zürich mit großer Strenge gegen die Sekte der Kommunisten verfuhr, sah man im Aargau deren Treiben ruhig zu, und in der westlichen Schweiz fand der Kommunismus durch die Munizipalbehörden sogar Unterstützung und Förderung. Der Kanzler Gay in Lausanne erklärte ganz offen, im Kommunismus keine Gefahr zu erblicken. „Ehemals — meinte er — hatten sich am Sonntag und am guten Montag die Handwerker tüchtig herumgeprügelt und ganz Lausanne sei in Aufruhr geraten, nunmehr herrsche aber Ruhe.“ Auch im Kanton Waadt ließ man die Kommunistenverbände ruhig ge-

währen, in Lausanne stand sogar ein Mitglied der Regierung an der Spitze einer Abteilung.

Die meisten Anhänger der kommunistischen Richtung gehörten dem Schneidergewerbe, der jungdeutschen politisch und praktisch revolutionären Richtung dagegen Schlosser und Schuster an. Auf die Schweiz sollte jedoch der Kommunismus nicht beschränkt bleiben. Weitlings Plan zielte dahin, die kommunistische Lehre durch wandernde Handwerker auch in Deutschland zu verbreiten und, da an den in Freiburg in der Schweiz bestehenden kommunistischen Klubs auch österreichische Handwerksgesellen teilnahmen, befürchtete die österreichische Regierung das Einschleichen des Kommunismus auch in die kaiserlichen Staaten. An der Gründung kommunistischer Vereine in der Rheinprovinz waren hauptsächlich Heinzen und Grün tätig, die sich mit den Führern im Baselland und im Aargau in enge Beziehungen setzten. Ein geeignetes Mittel zur Verbreitung kommunistischer Grundsätze boten die Bildungsvereine für die arbeitenden Klassen, in welche die zahlreichen Flugschriften aus der Schweiz auf Schleichwegen eingeschmuggelt wurden. Im Gegensatze zur kommunistischen Lehre versuchte am Niederrhein ein gewisser Dr. Kuhlmann, der ein österreichischer Konfident gewesen ist, die Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände durch Veredlung des Menschengeschlechtes zu erzielen und den Sozialismus auf religiös-sittlichen Boden zu verpflanzen. Erfolge hatte dieser Phantast nicht erzielt, im Gegenteil, er wurde überall ausgelacht.

Im Gegensatz zu dieser radikalen Strömung traten in Deutschland aus dem Kreise der Besitzenden Männer auf, die sich das Wohl der arbeitenden Klassen wärmstens angelegen sein ließen.

Hatte bereits Pfizer in seinem „Briefwechsel zweier Deutscher" das Los der Landleute, „dieses Ackerviehes, dieses zu Lasttieren herabgestoßenen Geschlechtes" beklagt, so trat 1844 der Sozialpolitiker und Industrielle Friedrich

Wilhelm Harkort in seiner Schrift „Bemerkungen über die Hindernisse der Zivilisation und Emanzipation der unteren Klassen" für die Interessen der Industriearbeiter ein. In dieser Schrift forderte er nicht nur den Staat auf, gegen die Gefahren des Fabrikwesens einzuschreiten, er trat auch für das Verbot der Kinderarbeit und für eine feste Grenze der Arbeitsstunden sowie für gesunde Wohnungen und Pferdebahnen ein, um es den Arbeitern zu ermöglichen, auf dem Lande zu wohnen. Noch in demselben Jahre, kurz nach der Berliner Gewerbeausstellung, wurde ein Verein zum Wohle der arbeitenden Klassen gegründet, dem bald Lokalvereine, insbesondere in den Rheingegenden folgten. Die wegen zunehmender Not ausgebrochenen kleineren Aufstände in Königsberg, Breslau und Liegnitz sowie die Weberunruhen in den schlesischen Gebirgsdörfern Peterwaldau und Langenbielau waren sonach keineswegs Folgen einer sozialistischen Agitation als vielmehr Ausbrüche der Verzweiflung einer dem Hungertode nahen Menge.

Zu all der Zerfahrenheit in politischer wie sozialer Hinsicht kamen noch kirchliche Wirren, die bereits zu Ende der dreißiger Jahre begonnen und im folgenden Jahrzehnt ihren Höhenpunkt erreicht hatten.

Zunächst war es ein kirchlicher Konflikt, der zwar nur Preußen berührte, der aber doch den Gegensatz zwischen Katholizismus und Protestantismus und zwischen Altpreußen und der zumeist von Katholiken bewohnten Provinz Rheinpreußen ins helle Licht rückte. Es war dies der Streit der preußischen Regierung mit dem katholischen Episkopat in Angelegenheit der gemischten Ehen. Ein päpstliches Breve hatte die kirchliche Einsegnung gemischter Ehen verboten und nur die passive Assistenz gestattet, falls nicht vorher die Brautleute sich mittels Reverses verpflichtet hatten, die aus der Ehe stammenden Kinder in der katholischen Religion zu erziehen.

In geheimer Abmachung zwischen der preußischen Re-

gierung und dem Kölner Erzbischof Spiegel wurde aber 1834 entgegen dem Breve festgesetzt, daß die kirchliche Einsegnung ohne Rücksicht auf die Erziehung der Kinder und die passive Assistenz nur stattfinden sollte, falls die katholische Braut einen „mutwilligen sträflichen Leichtsinn“ zeige. Schon im nächsten Jahre starb Spiegel. Sein Nachfolger, der ultramontane Heißsporn Klemens August Droste-Vischering hatte zwar erklärt, an dem mit Spiegel getroffenen Übereinkommen festzuhalten, er hatte jedoch sein Wort gebrochen, indem er den ihm untergebenen Klerus anwies, keine gemischte Ehe ohne die bindende Erklärung, die Kinder in der katholischen Religion zu erziehen, kirchlich einzusegnen. Der halsstarrige Bischof erklärte, sich an die Zusage, soweit sie dem Breve widerspreche, nicht gebunden zu erachten. Zur Wahrung ihrer Autorität ließ die Regierung den Kirchenfürsten verhaften und auf die Festung Minden bringen. Dem Beispiel Drostes folgte auch der Erzbischof Martin von Dunin in Posen, der in einem Hirtenbriefe die Einsegnung gemischter Ehen ohne vorhergegangene Erklärung hinsichtlich der Kindererziehung untersagte. Auch er wurde wegen Verletzung der Staatsgesetze verhaftet, vor Gericht gestellt, das seine Amtsentsetzung und eine sechsmonatliche Festungshaft aussprach. Eine zahlreiche Literatur war inzwischen über diesen Kölner Streit angewachsen. Berufene und Unberufene hatten für und gegen Preußen geschrieben, je nach ihrer religiösen und politischen Überzeugung. Auch in den diplomatischen Kabinetten wirbelte der Konflikt mit der Kurie viel Staub auf. „Die Kölner Geschichte“ — schrieb im Oktober 1838 Metternich an Wittgenstein — „gleicht einer Rakete, welche zwischen Heu- und Pulvermagazinen geflogen ist und nun geht das Brennen und das Knallen los.“ Die Stellung Metternichs zu dieser Frage charakterisiert am besten die Bemerkung des Kardinals Lambruschini gegenüber dem österreichischen Vertreter bei der Kurie, Grafen Lützow: „Wir überlassen uns gänzlich der weisen Leitung des kaiserlichen Hofes.“ Obwohl den österreichischen Zeitungen

untersagt worden war, über den Konflikt zwischen Preußen und dem Erzbischof von Köln Artikel aufzunehmen, die nicht vorher in der „Wiener Zeitung" oder im „Österreichischen Beobachter" erschienen waren, bildete sich die Wiener Intelligenz doch ihre eigene Meinung, die in dieser Angelegenheit trotz des politischen Antagonismus für Preußen günstig war. Es fehlte nicht an Stimmen gegen die römische Kurie, deren Plan und Zweck — so urteilte man — dahin zielen, das richtige Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu verrücken. Selbstverständlich konnte, auch ohne spezielles Verbot, infolge der strengen Zensur eine Erörterung der Frage in den öffentlichen Blättern nicht stattfinden, es hätte sich sonst allerdings gezeigt, daß auch in Österreich das Bestreben bestand, das Toleranzpatent unwirksam zu machen. So kümmerte sich beispielsweise das Linzer Ordinariat blutwenig um die bestehenden Verordnungen, indem es der Diözesangeistlichkeit die Pflicht auferlegte, ohne schriftlichen Revers keine gemischten Ehen einzusegnen. Selbst in Wien hatten einige Pfarrer sich geweigert, bei gemischten Ehen ohne den früher unterzeichneten Revers aktiv zu assistieren. Ein Fall, der sich in der Pfarre St. Peter zugetragen, erregte damals ganz besonderes Aufsehen. Ein Brautpaar war dort bereits zum zweitenmal verkündet worden und erst jetzt, nachdem die bevorstehende Vermählung wegen der hohen Stellung des Brautvaters, des Vizepräsidenten H . . . r, bereits Stadtgespräch war, stellte der Pfarrer das Verlangen nach einem Revers. Ein solches Vorgehen fand denn auch in den Wiener Gesellschaftskreisen die schärfste Verurteilung und trug nicht wenig zu dem Indifferentismus bei, der damals in kirchlichen Fragen überhaupt, besonders aber in der Mittelklasse herrschte.

Wichtiger als der Streit über die gemischten Ehen gestalteten sich im Beginn der vierziger Jahre die religiösen Fragen, die sogar für einige Zeit das politische Interesse in den Hintergrund drängten. In der protestantischen wie in

der katholischen Kirche waren Neuerer aufgetreten, die dem alten Glauben den Krieg erklärten. In der protestantischen Kirche waren es die „Lichtfreunde", die gegen den Buchstabenglauben wie auch gegen den Symbolzwang eiferten und den Pietismus, der durch Hengstenberg in der „Evangelischen Kirchenzeitung" und in Halle durch Professor Leo vertreten wurde, bekämpften. Wie immer, gab auch hier die allzu energisch auftretende Reaktion den Anstoß zur kräftigen Gegenbewegung. Die Absicht des preußischen Ministers Eichhorn, die Forschung auf theologischem Gebiete fernzuhalten und den alten, durch die symbolischen Bücher in enge Schranken gewiesenen Kirchenglauben zur alleinigen Richtschnur zu erheben, hatte jenen Zwiespalt in der protestantischen Kirche veranlaßt, der sich in der schroffen Gegenüberstellung der Rationalisten gegen den muckerischen Pietismus äußerte. In ihrem Eifer gegen den Materialismus waren die Vertreter des orthodoxen Buchstabenglaubens soweit gegangen, sogar die Eisenbahnen als ein Werk des Satans zu bezeichnen. Gegen dieses Muckertum trat nun die mit der Philosophie vereinigte Theologie auf und außerdem wirkte die Presse, in der vordersten Reihe die „Rheinische Zeitung", für die Umgestaltung des Protestantismus. „Der kirchliche Boden" — schrieb 1840 der Metternichsche Publizist Jarcke — „ist in eine zitternde Bewegung geraten. Die Religion ist jetzt schon und wird in kurzer Zeit noch mehr die Achse sein, um welche sich die Welt und mit ihr die Politik bewegt." Und ein Kundschafter Metternichs berichtete, daß nun der Geist des Widerstandes in allen Richtungen Deutschlands hervorgerufen sei und es nur eines großen Ereignisses bedürfe, um eine allgemeine Konflagration zu bewerkstelligen. Der Fürst selbst brachte den theologischen Fragen der Zeit großes Interesse entgegen. Denn nicht nur, daß er die theologische Literatur genau kannte, er selbst dachte oft und viel über die brennenden religiösen Fragen der Zeit nach. „Für viele, ja selbst für sehr viele Menschen" —

schrieb er an Wittgenstein am 20. Jänner 1836 — „dürfte es wunderlich scheinen, daß ich Laie, keineswegs Theologe und ebenso wenig spekulativer Philosoph, so viel über Gegenstände denke, welche diese Leute meinem Geschäftsfelde als fremd erkennen."

Von größerem Interesse als die protestantische Bewegung, mußten für den fürstlichen Staatskanzler die Reformbestrebungen sein, die innerhalb der katholischen Kirche zum Ausdrucke kamen. Schon im Jahre 1831 war das Flüchtlingsblatt zu Straßburg, „Das konstitutionelle Deutschland" für die Gründung einer deutschnationalen Kirche eingetreten. Desgleichen hatte 1836 das in Sachsen erschienene radikale Blatt „Der Eremit" die Trennung von Rom und die Bildung einer deutschen Kirche angeregt. Am klarsten und überzeugendsten ist aber von Gervinus in der Schrift „Die Mission der Deutschkatholiken" die Idee einer deutschen Nationalkirche ausgesprochen worden. Doch blieb es dem einfachen Kaplan Czerski vorbehalten, den ersten Schritt zur Trennung von Rom durch die Gründung einer deutschkatholischen Gemeinde zu unternehmen. Den Anlaß hierzu gab die Ausstellung des heiligen Rockes zu Trier in der Zeit vom 18. August bis Ende September 1844. Man wollte in dieser Ausstellung nicht einen frommen Akt, vielmehr eine Manifestation der römischen Hierarchie erblicken im Gegensatze zu dem nationalen Empfinden und dem Gedanken der deutschen Einheit auf allen Gebieten der materiellen wie der geistigen Kultur. Als hervorragendster Kämpfer für die nationale, von Rom losgelöste Kirche trat Johannes Ronge auf, der in einem in den „Sächsischen Vaterlandsblättern" veröffentlichten Briefe an den Bischof Arnoldi, den er den Tezel des 19. Jahrhunderts nannte, gegen dieses „Götzenfest" protestierte und deshalb der Exkommunikation verfiel. „Ronges Name" — berichtete Hübner im Dezember desselben Jahres — „ist in jedermanns Munde und die Begeisterung für den angeblichen Märtyrer sehr laut." Den

beiden Geistlichen schloß sich als Dritter der Priester Kerbler aus Lindenau an, ein energischer Apostel der neuen Lehre und ein begeisterter Anhänger der nationalen Einheitsidee. Noch ein anderer Vorkämpfer tritt in der Geschichte dieser religiösen Bewegung in den Vordergrund: Robert Blum, einer der eifrigsten Verbreiter der neuen Lehre, der geistige Leiter der Vaterlandsblätter, die in diesen Tagen fast den Charakter einer Kirchenzeitung angenommen hatten. Blum, einer der heftigsten Gegner des Papsttums, hatte seine Ansichten über das Christentum aus David Strauß und Feuerbach geschöpft. Durch sein Eintreten gab er dem Deutschkatholizismus den Anstrich einer politischen Demonstration und daher den Feinden dieser Sekte willkommenen Anlaß, sie in Verbindung mit der Demagogie zu bringen. Die rasche Verbreitung der neuen Lehre mochte allerdings der römischen Hierarchie bange machen. Im Herbst 1844 noch auf die preußische Provinz Schlesien, auf Schneidemühl in Posen und auf das Königreich Sachsen beschränkt, gab es bereits im nächsten Jahre mit Ausnahme von Österreich und Bayern auf der rechten Rheinseite keinen deutschen Staat, wo nicht eine deutschkatholische Gemeinde bestanden hätte.

Auf seinen Reisen in Deutschland hatte Johannes Ronge überall die begeistertste Aufnahme gefunden und in Mannheim, Heidelberg und Worms sowie in anderen Städten Triumphe gefeiert. Nur in den kleinen Städten am Rhein kam es während der Anwesenheit der Reformatoren wiederholt zu Reibungen, die mitunter sogar in Tätlichkeiten ausarteten. In Württemberg hatte zuerst der Österreicher Chownitz in Ulm eine deutschkatholische Gemeinde gegründet, der bald noch andere folgten. Selbst die Regierung förderte die neue Lehre, indem sie für den Gottesdienst den Gebrauch evangelischer Kirchen gestattete. In Baden ward Ronge von den Abgeordneten Bassermann und Mathy wärmstens aufgenommen worden. Auch der Publizist Wirth hatte sich mit Ronge nach dessen Eintreffen am Bodensee

in Verbindung gesetzt, wohin auch Ruge und Fröbel als Vertreter des Züricher Komitees zu einer Versammlung kamen, da eine solche von der Behörde auf badischem Boden nicht gestattet worden war. In Darmstadt gründete der Österreicher Eduard Duller am zweiundsiebzigsten Geburtstag des Großherzogs Ludwig eine deutschkatholische Gemeinde und ein anderer Österreicher, Franz Schuselka, wirkte in Jena und Weimar für die Lehre Ronges. In Frankfurt, wo dieser Apostel mit höchsten Ehren empfangen wurde und die meisten Klubs, darunter auch die einst Nr. 16, jetzt Iris genannte Gesellschaft, agitatorisch tätig waren, erschienen damals zahlreiche Flugschriften, die in den benachbarten Gemeinden große Verbreitung fanden. Aber nicht nur in katholischen Kreisen, auch von den Protestanten fand diese kirchliche Bewegung lebhafte Unterstützung; in Stettin bildete sich sogar für diesen Zweck ein Hilfsverein und auch in anderen Städten mit protestantischer Bevölkerung wurde der Entwicklung der neuen Sekte das wärmste Interesse entgegengebracht. Selbst aus Paris langte in der österreichischen Staatskanzlei die Nachricht ein, daß Heine, A. Weill und Herwegh sich der neuen Sekte angeschlossen hätten und daß die malkontenten deutschen Literaten die kirchliche Bewegung vom Standpunkt der Politik aus lebhaft begrüßten. Nirgends aber trat die Reformbewegung so lebhaft zutage als in Leipzig, wo mit Robert Blum an der Spitze im Februar 1845 eine deutschkatholische Gemeinde gegründet wurde. In einem Konzil daselbst, das in der Zeit vom 23. bis 26. März 1845 stattfand, wurde für die neue Kirche das Glaubensbekenntnis festgestellt; nicht ohne vorhergegangene heftige Debatten, da Blum bei diesem Anlaße auch seine religiösen Ansichten aufgenommen wissen wollte, indes Kerblers Bestreben dahin ging, die Reformbewegung ausschließlich auf das rein kirchliche Gebiet zu lenken und selbst den Schein demagogischer Agitation zu vermeiden, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, von den Regierungen verfolgt zu werden. Kerbler mochte

wohl die Stimmung in Leipzig, diesem eigentlichen Brennpunkt der Bewegung, gekannt haben, die schon zu jener Zeit einen wilden Ausbruch befürchten ließ, der denn auch am 12. August 1845 erfolgte, als der streng katholisch gesinnte Prinz Johann nach Leipzig gekommen war, um die Kommunalgarde zu inspizieren. „Schon tags vorher" — berichtete Hübner am 21. August 1845 dem Fürsten Metternich — „waren sämtliche kleinen Holzpfeifen aufgekauft, wovon jedoch die Behörde keine Notiz nahm. Der Prinz erschien, wurde von der Kommunalgarde kalt, vom Pöbel mit Hohngelächter empfangen. Vor dem „Hôtel de Prusse", wo der Prinz nach geendeter Revue die Behörden zum Diner gezogen hatte, begann der Tumult. An der Tafel läßt man sich anfangs nicht stören. Ein Kommunalgardist stürzt herein, um dem zur Seite des Prinzen sitzenden Kommandanten von dem wachsenden Aufruhr Meldung zu tun. Dies hat aber keinen Erfolg. Ebensowenig findet sich der Bürgermeister bewogen, seinen Platz im Rathaus einzunehmen, und der Rektor der Universität, Dr. Günther, ein Mann, der durch sein Buhlen um die Gunst der Menge sowie durch seine Nachgiebigkeit zur Verschlechterung des Geistes der hiesigen studierenden Jugend wesentlich beiträgt, versichert den Prinzen, daß die Studenten sich ruhig verhalten würden, während sie bereits unter Absingung des Liedes „Eine feste Burg", von Halleschen und Jenaer Burschen verstärkt, den Angriff auf das Hotel zu organisieren beschäftigt waren. Militär wurde requiriert und, nachdem sämtliche Fenster des Hotels eingeworfen, das Leben des Prinzen bedroht, er selbst auf jede Art beschimpft, die Truppen mißhandelt und mehrere Offiziere und Soldaten durch Steinwürfe verwundet worden waren, der Befehl zum Feuern gegeben. Sieben Tote und mehrere Verwundete blieben auf dem Platze, das Volk stob auseinander, das Militär bewachte den Prinzen, der am anderen Morgen, halb sieben Uhr früh, entfloh." Kurz vor Einlangen dieses Berichtes, bereits am 17. August, hatte Graf Sedlnitzky dem Kaiser einen

Vortrag über die Leipziger Vorgänge erstattet und darin wohl mit Bedacht der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Urheber teils der deutschkatholischen Sekte, teils jener der sogenannten protestantischen Lichtfreunde angehören, die ihre Wut gegen den Prinzen Johann deshalb gekehrt hätten, weil sie in diesem einen Gegner ihrer Sache erblickten.

In Österreich hatten die leitenden Staatsmänner der kirchlichen Bewegung schon in ihrem Beginne ein wachsames Auge zugewendet. Sowohl der Deutschkatholizismus wie die protestantischen Lichtfreunde erschienen der österreichischen Regierung als revolutionäre Institutionen mit der Tendenz, den Glauben als Mittel für politische Zwecke auszunutzen. Es galt nun wirksam einzugreifen, um die Gefahr einer Ausbreitung des Deutschkatholizismus in Österreich zu verhindern. Mit Handschreiben vom 1. April 1845, worin die Deutschkatholiken „eine der guten Ordnung und der öffentlichen Ruhe abträgliche Religionssekte“ genannt wurden, beauftragte der Kaiser den Grafen Sedlnitzky, auf das Treiben dieser Sekte und deren „Pflanzung“ in die österreichischen Staaten aufmerksam zu sein und die untergebenen Behörden „zur sorgfältigen Wachsamkeit gegen das Einschmuggeln und die Verbreitung von dieser Sekte ausgehender Schriften“ anzuweisen. Am Schlusse dieses Handschreibens befahl der Monarch, daß, um bedenklichen Mißverständnissen zu begegnen, für die neue Sekte die Bezeichnung „katholisch“ zu unterlassen sei. Mit weitem Blick hatte auch Fürst Metternich diese Erscheinungen auf dem kirchlichen Gebiete betrachtet; er ersah vor allem in dem „lösenden und nichts bauenden Protestantismus“ den tatsächlichen Gegensatz der von Österreich gepflegten Prinzipien. Zum Schutze des Katholizismus sei aber vor allem der Kaiser von Österreich berufen, der Schirmherr der katholischen Kirche in und außer seinem Reiche. Nähme der Kaiser eine rein passive Stellung ein, würde er seinen Regentenpflichten entsagen. Aus diesem Grundsatze erklärt sich denn auch die Haltung Österreichs

in allen kirchenpolitischen Fragen und demgemäß auch der Eifer Hübners in Leipzig, der die neue Kirche stets als ein Mittel der Umsturzpartei in Deutschland betrachtete. Sein Einfluß bewirkte es denn auch, daß die sächsische Regierung Ronges Sendschreiben an den niederen Klerus, trotzdem die königliche Zensur die Drucklegung gestattet hatte, mit Beschlag belegte. In Österreich selbst fand der Deutschkatholizismus nur in den an Sachsen und Schlesien angrenzenden Teilen von Böhmen Anklang. Der österreichische Gesandte in Dresden Graf Kuefstein meinte, da die Sektierer sub utraque kommunizieren, so dürfte die neue Lehre in einem Lande, in welchem die Tendenzen des Utraquismus nicht ganz erloschen seien, auflohen und teilweise auch Sympathien erregen.

Wirklich fanden sich auch Emissäre in den Grenzbezirken ein, deren Vorsteher angewiesen wurden, derlei Sendlinge unnachsichtlich zu verhaften. Zudem kamen auf Schleichwegen zahlreiche deutschkatholische Druckschriften nach Böhmen, wo von der tschechischen Übersetzung des Rongeschen Briefes mehr als 10.000 Exemplare abgesetzt wurden. „Seit einiger Zeit" — schrieb von Prag aus am 2. Februar 1845 Alfred Meißner an Moriz Hartmann — „sind die Geister hier in gewaltiger Aufregung. Der Rongesche Brief, etwas spät hier angelangt, hat große Sensation erregt. Zuerst hat man ihn abgeschrieben, dann hat eine hiesige Buchhandlung ihn per nefas nachdrucken und ins Böhmische übersetzen lassen." Neben diesen Flugschriften zur Beförderung des Deutschkatholizismus, von welchen die meisten über Annaberg, manche auch von Hirschberg nach Böhmen befördert wurden, war es besonders die protestantische Presse Sachsens, die auf heimlichen Wege über die Grenzen gelangte. Besonders die beiden zu Löbau erschienenen Blätter „Der sächsische Postillon" und „Die Abendglocke", zwei Zeitungen, die für die Los-von-Rom-Bewegung mit den schärfsten Waffen kämpften, waren in Leitmeritz und Umgebung so sehr verbreitet, daß der Bischof von Leitmeritz, Augustin Bartho-

lomäus Hille, sich veranlaßt sah, das böhmische Gubernium um Abhilfe gegen die vom „infernalischen" Geiste beherrschten Blätter aus Sachsen zu ersuchen. Die Besorgnis der Regierung, daß ein starker Abfall des katholischen Klerus erfolgen werde, hatte sich zu ihrer Freude nicht erfüllt. In ganz Böhmen waren nur drei Geistliche zum Deutschkatholizismus übergetreten: der Kaplan in Königswart Josef Lorenz, dann die Kapläne Franz Rauch zu Graslitz und Josef Kodym in Czellakowitz. Dem Fürst-Erzbischof von Prag, der sich damals an die Regierung mit dem Ersuchen gewendet hatte, einer Wiederholung solcher Entweichungen vorzubeugen, wurde geantwortet, daß außer der genauen Handhabung der Paßvorschriften nicht leicht eine andere Verfügung getroffen werden könnte. Auch Metternich stimmte dieser Antwort bei, denn wie Graf Sedlnitzky meinte auch er, daß es vor allem Sache der geistlichen Obrigkeit sei, auf ihre Untergebenen ein obachtsames Auge zu haben. Als endlich diese Angelegenheit dem Kaiser berichtet wurde, schrieb dieser an den Fürsterzbischof, das bedauerliche Ereignis lasse besorgen, daß in der Erziehungsanstalt des Klerus auf die Bildung des intellektuellen, moralischen und kirchlichen Charakters nicht genügend eingewirkt werde. Außer den drei Mitgliedern des böhmischen Klerus waren in den österreichischen Staaten nur noch der Weltpriester Thomas Woynarski in Galizien und der Brixener Diözesanpriester zu Büchelbach in Tirol, Ignaz Gintner, der jedoch bald als ein Reuiger im Trappistenkloster zu Oelenberg im Ober-Elsaß Aufnahme fand, abtrünnig geworden.

So heftig die Agitation in Böhmen eingesetzt hatte, um der neuen Lehre Proselyten zu gewinnen, so gering war das Interesse in den übrigen Provinzen der Monarchie, am geringsten wohl in der Reichshaupt- und Residenzstadt. Als Graf Sedlnitzky im März 1845 den Polizeidirektor Amberg beauftragte, zu erheben, inwiefern die neue Lehre in Wien Eingang gefunden habe, berichtete dieser am 15. Juli, daß

bei dem geringen Anteil, der sich in Wien an den religiösen Bewegungen in Deutschland kundgebe, eine Verbreitung nicht zu befürchten stehe. Dieses Resultat sei weniger eine Folge des religiösen Sinnes der Wiener, als vielmehr das Ergebnis des Indifferentismus, der sich in allen den Katholizismus betreffenden Gegenständen bei dem größeran Teil der Bevölkerung zeige und der die Ursache sein dürfte, daß derlei in Deutschland mit so vieler Wärme besprochenen Fragen in Wien so wenig Anklang finden. Allmählich liefen auch vertrauliche Berichte aus Deutschland über den Rückgang der kirchlichen Bewegung ein und Legationsrat Hübner konnte dem Fürsten Metternich bereits im Juli 1846 melden, daß die religiöse Bewegung täglich an Bedeutung verliere. „Auf dem katholischen Gebiete" — schrieb er am 21. Juli — „kann man sie so gut als beendigt betrachten und auch die protestantischen Bestrebungen ähnlicher Art vermögen nicht mehr die Aufmerksamkeit des Publikums noch viel weniger dessen Teilnahme sich zuzuwenden. Der Rongianismus ist als politisches Instrument für untauglich befunden und zur Seite geworfen worden."

Die deutschkatholische Bewegung war trotz alledem für Österreich nicht ohne Folgen geblieben. Die Stellung zu dieser kirchlichen Frage und die in dieser Angelegenheit von der Regierung an den deutschen Höfen geführte Sprache hatten nicht wenig beigetragen, den Geist der Gehässigkeit gegen Österreich im nördlichen Deutschland zu nähren, der sich gelegentlich der galizischen Unruhen in heftigen Angriffen der liberalen Tagespresse äußerte. „Die öffentliche Meinung mit Bezug auf Galizien und Österreich" — schrieb Hübner am 7. April 1846, der hierüber dem Staatskanzler berichtete — „ist beirrt. Sie ist es aber mindestens ebensosehr durch die Haltung der preußischen Regierungsorgane (Militär- und Zivilbeamte) als durch die Freischar der Literaten. Die Bahnhöfe und Waggons zweiter Klasse sind das Forum, auf welchem sogar preußische Offiziere es

nicht verschmähen, den moralischen Kreuzzug gegen Österreich zu predigen. Man glaubt sich um 100 Jahre, in die Zeiten des siebenjährigen Krieges, zurückversetzt." Auch Jarcke — dessen Aufgabe es war, über die Preßstimmen in Deutschland zu berichten — meinte, daß es nur einer langen und konsequenten Wirksamkeit gelingen könnte, Österreich wieder Gehör zu verschaffen. Und merkwürdig! Dieser reaktionäre Publizist wußte kein anderes Mittel als — Freimütigkeit. Erlauben diese die Umstände nicht, so bliebe als einzige Waffe nichts anderes übrig, als — unverbrüchliches Stillschweigen. Ein Vorschlag, der bei dem Zustande im vormärzlichen Österreich wirklich das geeignetste Mittel war. Überblickt man die Flugschriften- und Zeitungsliteratur dieser Periode von Pfizers Briefwechsel zweier Deutschen an, bis zu den in der Schweiz erschienenen Pamphleten, immer wird Österreich als der Hort der Reaktion und Metternich als der Feind jedes Fortschrittes geschildert. Als ob es in dieser Zeit in Deutschland keinen Rückschritt gegeben und die Freiheit geblüht hätte. Berechtigt war unzweifelhaft der Vorwurf, daß Österreich sich gegen alle Bestrebungen nach Volkssouveränität durch Abschließung von Deutschland zu schützen suche, den Panslavismus begünstige und das geistige Leben auf das tiefste Niveau herabdrücke.

Aus der Furcht vor der Aufklärung entsprang auch die Abneigung der Regierung gegen das Vereinswesen, das unter Sedlnitzkys Polizeiregiment der schärfsten Beobachtung unterzogen wurde. Mit scheelem Blicke betrachtete man sogar die Turnvereine, die sich in den vierziger Jahren fast in allen Kronländern gebildet und die ihren eigentlichen Zweck, die körperliche Kräftigung, niemals überschritten hatten. Gleichwohl hielt es Graf Sedlnitzky 1847 für angezeigt, die Länderchefs anzuweisen, den politischen Charakter derjenigen genau ins Auge zu fassen, die sich als Leiter an die Spitze solcher Anstalten stellten oder sich deren Förderung besonders angelegen sein ließen. Allerdings ging dieser Verordnung ein Geheimbericht

über die deutschen Turnvereine voraus, die ihren politischen Impuls im Jahre 1840 erhalten hatten. In diesem Berichte wurde auf die häufigen in den verschiedenen Teilen Deutschlands unternommenen Turnerfahrten als ein sicheres Zeichen gewiesen, daß das Turnwesen von jenen trüben Auswüchsen, die es einst zum Gegenstand der Verfolgungen gemacht habe, nicht frei sei. „Die Art" — heißt es weiter — „wie es von einzelnen Vertretern der Emanzipationsrichtung ausgebeutet, wie von denselben in diesem Wege auf Zeitigung politischer Mündigkeit, auf Vereinigung der gesamten deutschen Jugend hingewirkt wird, das unverkennbare Bestreben der obersten Leiter, zwischen den verschiedensten Turnvereinen einen engeren Zusammenhang herbeizuführen und einen förmlichen Bund zu begründen: diese Umstände machen die Turnerei immer bedenklich." So geschrieben 1847 und nicht etwa zu einer Zeit, als man den Turnvater Jahn wegen seiner deutschen Einheitsbestrebung gefangensetzte. Bezeichnend für die Furcht der Regierung vor jeder Art der Assoziation ist die Tatsache, daß man ernstlich bestrebt war, sogar Versammlungen von Gelehrten zu verhüten, und harmlose Unterhaltungen, wie sie damals in dem Schriftstellerverein Concordia geboten wurden, unter polizeiliche Aufsicht stellte. Daß in diesem Polizeistaate ein Fortschritt im politischen Leben nicht zu erwarten war, braucht wohl nicht näher begründet zu werden. Auch nicht auf sozialem Gebiete, obwohl 1845 die Exzesse in Prag und der Aufstand der Fabriksarbeiter in Reichenberg die heftige Gärung in den Arbeiterkreisen bezeugten. Metternichs Furcht, daß sich die sozialistische oder kommunistische Bewegung auch auf österreichisches Gebiet erstrecken könnte, war nicht begründet. Der Möglichkeit einer Grenzüberschreitung hatte Sedlnitzky längst vorgebeugt, als er den Länderchefs die strengste Wachsamkeit auf alle Provenienzen aus der Schweiz und Frankreich, insbesondere auf die aus diesen Ländern kommenden, der arbeitenden Klasse angehörigen Reisenden empfahl. Ein genaues Verzeichnis der den kommunistischen

Vereinen angehörigen Handwerker gab ihm überdies Gelegenheit, jedem Teilnehmer an derlei Vereinen den Eintritt in die österreichischen Staaten verweigern zu lassen. Überdies wurde dem Wandern der Handwerker nach der Schweiz durch ein strenges Verbot vorgebeugt. Es mochte Metternich einige Beruhigung gewährt haben, als der Gouverneur von Tirol und Vorarlberg meldete, daß diese Provinz, obwohl dem Sitze der kommunistischen Machinationen in der Schweiz so nahe, von diesem Übel noch nicht ergriffen worden sei und die Bewohner des südlichen Teiles den Kommunismus nicht einmal dem Namen nach kennen.

So sehr auch das Metternich-Sedlnitzkysche Regiment jeden freien Hauch des politischen wie sozialen Lebens verscheuchte, so war doch die Zeit nicht mehr fern, in der die prophetischen Worte sich erfüllen sollten, die Freiherr von Andrian in seiner 1841 erschienenen Schrift „Österreich und dessen Zukunft" ausgesprochen hatte: „So wie es ist, kann es in Österreich nicht bleiben, kann es kein Menschenalter bleiben!"

II.

Wie zu allen Zeiten heftiger Bewegung kam auch nach der Julirevolution die Gärung auf politischem Gebiet in der Literatur zum Ausdrucke. Die Ideen der Einheit Deutschlands und der politischen Freiheit haben sowohl in der Tendenzpoesie wie auch in massenhaften Flugschriften ihre Vertretung gefunden. Noch ist dieser Zweig der Literatur, soweit er das dritte Jahrzehnt betrifft, kaum in Umrissen, geschweige denn kritisch behandelt worden, wie dies mit der politischen Lyrik der vierziger Jahre geschehen ist. Eine tiefe Kluft liegt zwischen dieser Poesie und den revolutionären Sturmliedern, die in der Zeit nach der Julirevolution entstanden sind. Literarisch zumeist ohne Bedeutung, sind diese Revolutionslieder in politischer wie in kulturhistorischer Hinsicht nicht zu unterschätzende Quellen für die Geschichte jener Tage, in

welchen der Groll gegen den Absolutismus und der Haß gegen dessen Repräsentanten die breiten Volksschichten ergriffen hatten. Das revolutionäre Lied war eines der wichtigsten Mittel, die Massen zu erregen und dem Radikalismus neue Anhänger zu gewinnen. Ästhetisch dürfen daher diese literarischen Erzeugnisse — wenige ausgenommen — nicht bewertet werden. Je klobiger die Sprache, desto wirksamer dienten sie dem Zwecke. Aufforderungen zur Empörung, zum Fürstenmord und zum Abschütteln des Untertanenjochs bedingten vor allem eine Sprache, die den unteren Bevölkerungsschichten geläufig war. Nur auf den Inhalt, nicht auf die Form kam es daher an. Zumeist waren es bekannte Melodien, nach welchen diese Lieder gesungen wurden, wie die Marseillaise und das Fischerlied aus der „Stummen von Portici"; doch gibt es auch eine Reihe von Gesängen, für welche die Melodie in Noten vorgeschrieben ist. Neben jenen Aufruhrliedern finden sich auch sentimentale Gesänge, in welchen die Liebe zum Vaterland und die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft Ausdruck fanden.

Einige Lieder sind von Handwerkern verfaßt, die fern von der Heimat die Freiheit besangen und nicht ohne Wehmut des Fleckchens deutscher Erde gedachten, auf dem einst ihre Wiege stand. Die Mehrzahl aber ist von revolutionärem Geist erfüllt. So wurden in dem „Lied des Verfolgten", dessen Verfasser der Frankfurter Sauerwein ist, die Fürsten aufgefordert, die Purpurmäntel herzugeben, um gute Hosen für das Freiheitsheer anfertigen zu können; in dem Liede „Die Kopfmaschine" wird mit der Guillotine gedroht; in vielen anderen werden Minister und Staatspersonen an den Pranger gestellt. Unter allen Liedern war „Das deutsche Treibjagen" am meisten verbreitet und wurde nicht nur von Handwerkern, auch von Bürgern und Studenten gesungen. Als es strengstens verboten wurde, pfiff man die Melodie auf den Straßen. „Es war" — erzählt Wilhelm Marr in seiner Schrift ‚Das junge Deutschland in der Schweiz' —

„bei den Handwerkern ebenso berühmt geworden als der Goethesche Faust bei den Gebildeten." In aller Mund aber war damals der Name Harro Harrings, des produktivsten unter den Revolutionsdichtern. Seine Gedichte, von denen viele verschollen sind, trug, wie Marr berichtet, jeder Arbeiter im Felleisen; auch gab es keine Versammlung, in der nicht eines oder das andere Lied dieses Freiheitsfanatikers gesungen worden wäre; am häufigsten wohl das „Deutsche Mailied". In seinem Gedichte „Hundert Handwerker", das unter dem Pseudonym John Felleisen erschienen ist, werden hundert Handwerker sprechend angeführt, wie jeder nach seiner Zunft zur Umwälzung beitragen wolle. Der Verfasser begrüßt die Handwerker mit den Versen:

Gott grüß Euch all, ihr braven Leut!
Wollt ihr das Leben wagen?
Seid ihr bereit zu jeder Zeit,
Wenns not tut, dreinzuschlagen?
Das Handwerk ist des Volkes Zier,
Nenn' jeder seinen Namen hier.

Am Schluß ist ein Galgen mit einem Gehenkten zu sehen. Andere revolutionäre Gedichte, worin zum Kampfe für die Freiheit aufgefordert wird, hat Harro Harring 1832 in einer Sammlung unter dem Titel „Blutstropfen" herausgegeben, zur selben Zeit, als das Gedichtbuch „Männerstimmen, zu Deutschlands Einheit" erschien, eine Sammlung eigener und fremder Dichtungen, alle mehr oder minder revolutionären Inhaltes, darunter auch Lieder von Handwerksgesellen.

Nicht nur im Lied, auch im Drama ist Harro Harring als Revolutionär aufgetreten. In dem dramatischen Gedicht „Die Völker" läßt er Revolutionäre aller Völker sich mit den Volksfreunden verbinden, um den Hochverrat am Volk an dem Geschlechte derer von Gottes Gnaden zu rächen. Ein anderer Dramatiker, Walter Berg, schrieb 1831 das Schauspiel „Der Bürger", in welchem der Aufruhr in

Braunschweig im Jahre 1830 dargestellt wird. Nächst Harro Harring haben Sauerwein, Fein, Cornelius, Siebenpfeiffer, Ernst Herold, der Arzt Ludwig Herr und auch ein Österreicher, der Theatersänger Josef Krow aus Neustraschitz, revolutionäre Lieder verfaßt. Eine ganz besondere Aufmerksamkeit der deutschen Regierungen erregte eine Sammlung von Gesängen, die unter dem Titel „Vaterländische Lieder“ 1833 angeblich in Offenbach bei L. Brunnet, sehr wahrscheinlich aber in Paris oder Straßburg erschienen ist. Außer Körner, Arndt sind daselbst auch Sauerwein, Siebenpfeiffer und Harro Harring durch Lieder vertreten, in welchen die Empörung, der Fürstenmord und die Republik besungen werden. Eine andere Sammlung, „Der Zeitgeist“, 1832 in Zweibrücken bei Rost erschienen, enthielt unter anderem auch das Lied „Hört, deutsche Brüder, meine Klage“ von dem Buchhandlungsgehilfen Cornelius. Auch lithographierte Lieder gab es, die der Lithograph Jakob Reith hergestellt hatte. Eins davon, an Karl v. Rotteck gerichtet, schließt mit den Versen:

Einen Fußtritt der Bagage
Unserer Zeit! Und einen Pranger
Für den feilen Mammonsknecht!
Rechte Mitte: Schinderanger
Zwischen Thron und Menschenrecht.

Fast jeder Handwerksbursche in der Schweiz besaß ein und das andere Liederbuch, darunter die „deutsche Volksstimme“ sowie auch Gesänge, die gelegentlich des Steinhölzlifestes erschienen sind, die auch in Frankfurt und in Mainz sehr verbreitet waren. Bereits 1834 schrieb Sedlnitzky an die Länderchefs: „Noch vor vier Monaten hörte man die Handwerksburschen in der Schweiz nichts singen als gewöhnliche Zotenlieder; seitdem sie aber in die Hände der Revolutionsmänner gefallen sind, hört man bei ihnen die grellsten revolutionären Lieder.“ Nicht bloß in der Schweiz, auch in Deutschland war der Gesang ein wichtiges Mittel der Propaganda. Bei den verschiedenen Festen stellte sich jedesmal ein

Gelegenheitsdichter ein, und auch bei anderen Anlässen fehlte es nicht an aktuellen Liedern. So pries der Schreinergehilfe Beringer den Frankfurter Aufstand als eine edle Tat, so besang der Redakteur Elsner die in Frankfurt gefangenen Studenten, und aus vielen hundert Kehlen ertönten Lieder zum Preis der deutschen Einheit und Freiheit. Andere Gesänge galten der Freiheit der Presse. In einem derselben, der „Deutschen Preßfreiheit“, heißt es:

Wenn der Deutsche ein deutsches Wort reden will,
Muß er über den Rhein;
Denn schweigt er in Deutschland vor Deutschland nicht still,
Stecken Deutsche den Deutschen ein.

Der Begeisterung für Einheit und Freiheit des Vaterlandes entquollen in dieser Zeit auch Studentenlieder, und gar mancher Burschenschafter hatte für seinen Sang im Kerker schwere Buße erlitten. Selbst Gymnasiasten fühlten sich gedrängt, revolutionäre Lieder zu verfassen, und in Homburg sangen sogar Schulkinder:

Aristokraten
Können nicht schaden,
Werden gebraten;
Fürsten und Grafen
Werden gehenkt.

Als Denkmale der Literatur kann der größte Teil aller dieser Lieder nicht betrachtet werden, wohl aber als ein Zeichen der tiefen Erregung, die damals in den verschiedenen Bevölkerungsschichten herrschte. Dafür zeugen auch die vielen Flugschriften und Broschüren dieser Zeit, die den Zweck hatten, revolutionäre Grundsätze unter die Massen zu verbreiten und den Ideen der Einheit und Freiheit Ausdruck zu geben. Ein Teil dieser Schriften zielte auf eine vollständige Änderung der Staatsform hin, der andere auf Reformen unter Aufrechthaltung des monarchischen Prinzips. Trat der Liberalismus für die Erweiterung der Volksrechte ein, so forderte dagegen der Radikalismus die vollste Volks-

souveränität. Dem Inhalt entsprachen auch Form und Sprache. Zumeist auf sehr schlechtem Papier gedruckt, wurden die revolutionären Flugschriften in einer den unteren Volksschichten angepaßten Sprache verfaßt, im Gegensatze zu jenen publizistischen Schriften, die ein gebildetes Publikum voraussetzten. Zum größten Teil waren es deutsche Flüchtlinge, die, vor Verfolgung geschützt, solche Druckwerke im Ausland erscheinen und hierauf in deutschen Landen verbreiten ließen. In Straßburg waren es die Firmen Schuler und Silbermann, die sich mit der Vervielfältigung und Verbreitung solcher Schriften nach Baden und Württemberg beschäftigten. Nicht selten geschah es, daß in Deutschland von irgendeiner Winkelpresse hergestellte Drucke, um die Behörde irrezuführen, fälschlich als Impressen der Silbermannschen Offizin in Straßburg bezeichnet wurden. Immerhin hatte auch Deutschland sein gut Teil an diesem Literaturzweige und daß gerade am Sitze des Bundestages so manches revolutionäre Erzeugnis vervielfältigt wurde, gab der Zentral-Untersuchungsbehörde wiederholt den Anlaß zu heftigen Klagen über mangelhafte Polizei und Zensur in Frankfurt. Auch aus Würzburg flatterte manches Pamphlet aus der Offizin des Buchdruckers Thein in die deutschen Staaten und trotz aller Beschwerden der österreichischen Regierung auch aus Hildburghausen und Altenburg. Ganz besonders aber trieben die Schweizer Jenni in Bern, Orell und Füßli in Zürich, Horneyer in Biestal, Wartmann in St. Gallen einen ausgebreiteten Handel mit solchen Broschüren und Flugschriften; auch Sauerländer im Aargau soll derlei nach Deutschland, ja sogar nach Wien befördert haben. Nicht selten geschah es, daß ausländische Verleger bedenklicher Druckschriften in ihren Prospekten österreichische Firmen als Abnehmer anführten, um den Schein zu erwecken, als hätte die Metternichsche Zensur ihre Zustimmung gegeben. Wie aus Straßburg und der Schweiz kamen auch aus Paris in deutscher Sprache verfaßte Schriften in großer Zahl nach Deutschland, darunter das „Glaubensbekenntnis eines Geächteten“, Lamennais’

„Menschenrechte"; ferner „Einige Worte zur Beherzigung aller deutschen Volksfreunde im In- und Auslande" mit dem falschen Druckorte „München im Juni 1838. Druckerei der deutschen Republik". Die meisten dieser Erzeugnisse wurden teils von dem „Patriotischen Volksverein" in Briefen nach den benachbarten deutschen Staaten gesendet, teils durch Agenten der Pariser Feuerversicherungsanstalt eingeschwärzt. Auch polnische Schriften wurden in Paris in deutscher Übersetzung hergestellt, wie die von Adam Mickiewicz verfaßten „Bücher des polnischen Volkes und der polnischen Pilgerfahrt" mit einer Widmung an das deutsche Volk „als Zeichen aufrichtiger Achtung und Dankbarkeit für seine und seiner unglücklichen Landsleute brüderliche Aufnahme auf ihrer Pilgerfahrt". Aus Brüssel sandte der Buchhändler Sommershausen die Schriften des polnischen Führers Lelewel an die Buchhandlung Boos in Leipzig, die sie dann in Deutschland weiterverbreitete. Zu den Buchhändlern, die sich mit dem Vertriebe revolutionärer Schriften befaßten, zählten noch Campe in Hamburg und Brunsen in Schleswig, die besonders die Verbreitung der zu Paris und London erschienenen Drucke unternahmen. Wäre das Einschmuggeln nur auf den Buchhandel beschränkt geblieben, würde Freiherr von Wagemann kaum Gelegenheit gehabt haben, über die große Zahl der aufrührerischen Schriften zu klagen, die ohne Scheu unter den Augen der Obrigkeit in vielen Gegenden Deutschlands, besonders in Städten und Dörfern Rheinbayerns und Rheinhessens, abgesetzt wurden. „Die ungeheure Verbreitung aufregender oder liberaler Blätter" — schrieb dieses Mitglied der Bundes-Zentralbehörde im Dezember 1833 an Metternich — „dürfte wohl andeuten, in welch zahlreichem Umfange die Menschen von dem gefährlichen Geist schon ergriffen sind. Dieser Zweig der Druckwerke wird auch deshalb um die geringsten Preise losgeschlagen." Wie billig solche Drucke waren, beweist die Tatsache, daß Robespierres Schriften um 36 Kreuzer verkauft wurden.

Nicht bloß die revolutionäre Partei, auch die liberale Opposition wendete nicht unbeträchtliche Geldmittel für publizistische Zwecke auf. Wirths Aufsatz „Deutschlands Pflichten" wurde von dem Komitee des Preßvereines in 50.000 Exemplaren versendet und in vielen Städten Deutschlands übernahmen liberale Bürger die Kosten der Herstellung von Broschüren und Flugblättern. Die Flut politischer Zeit- und Streitschriften bedrohte allmählich den Absatz wissenschaftlicher und schöngeistiger Werke, und je mehr sich die Verbote gegen diese ephemeren publizistischen Erzeugnisse häuften, desto lebhafter gestaltete sich das Interesse für diesen Literaturzweig, in den Kreisen der Gebildeten, wie auch in den der unteren Bevölkerungsschichten. So finden sich neben maßvoll gehaltenen, nicht selten doktrinären Abhandlungen, Pamphlete der niedersten Gattung, ruppige Satiren auf das Gottesgnadentum der Fürsten und schwulstige Brandschriften, die zur offenen Empörung aufreizten. Ihr Inhalt bezog sich anfänglich größtenteils auf die Forderung politischer Freiheiten, und was die soziale Frage betrifft, begnügte man sich, den Unterschied zwischen Arm und Reich kräftig hervorzuheben; die sozialistische und kommunistische Flugschrift trat erst in den vierziger Jahren in den Vordergrund. Bis dahin stand also die Politik in erster Reihe, vor allem der Wunsch einer parlamentarischen Vertretung der gesamten Nation, die Frage der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens, die Preßfreiheit, die allgemeine Wehrpflicht und die freie Religionsübung. Während die meisten Schriften der dreißiger Jahre gegen die Bundesversammlung gerichtet waren, beschäftigte sich der größte Teil der Broschüren in den vierziger Jahren mit Preußen, als dem Staate, von welchem seit der Thronbesteigung Wilhelms IV. ein neuer Kurs erhofft worden war.

Wollte man auch nur oberflächlich die in der Zeit von 1830—1848 erschienenen Pamphlete und Flugschriften ihrem Titel nach aufzählen, würde es sich zeigen, daß alle brennenden

Fragen der Zeit publizistisch erörtert worden sind. Wie gierig wurden einst die Schriften eines Wirth gelesen, der in der Geschichte der freiheitlichen Bewegung zu den eifrigsten Kämpfern zählte; wie verbreitet waren — um nur ein Beispiel aus der publizistischen Literatur der vierziger Jahre anzuführen — die „Vier Fragen eines Ostpreußen" des Königsberger Arztes J. Jacoby. Auch Pfizers „Briefwechsel zweier Deutscher", worin die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die deutschen Fürsten sich unter einer gemeinschaftlichen Bundesfahne zum Neubau des gemeinsamen Vaterlandes brüderlich die Hand reichen werden, dann Wilhelm Schulz' „Über die Einheit Deutschlands durch Nationalvertretung" und Siebenpfeiffers „Wiedergeburt des Vaterlandes" fanden beifällige Aufnahme in liberalen Kreisen. Die Revolutionäre begrüßten die Schriften von Harro Harring, Cornelius und Pistor, der in seinem „Bürgerkatechismus für ganz Deutschland" die Republik als das Ideal der Staatsverfassung gepriesen hatte, ebenso Strohmeyers „Eins ist not", eine direkte Aufforderung, die Republik in Deutschland mit Gewalt herbeizuführen, die sich auch in Hundt-Radowskys „Über die Gewaltstreiche der Regierungen in konstitutionellen Staaten . ." findet, wo überdies die deutschen Krieger ermahnt werden, sich nicht zu Schergen und Henkersknechten gegen ihre Mitbürger brauchen zu lassen. Nicht zu vergessen die drei Frankfurter: Freieisen, Funk und Sauerwein, die durch ihren Radikalismus dem Senat manche Verlegenheiten und der hohen Bundesversammlung vielen Ärger bereitet hatten. Noch wäre der Schwärmer Venedey zu nennen und Weddo von Glümer, der die revolutionäre Literatur zu seinem Gewerbe machte. Zu den in Frankfurt und Umgebung am meisten verbreiteten Flugschriften gehörte auch das „Bauern-Konversationslexikon", das die Artikel: Republik, Staat, Abgabe, Bürger, Briefgeheimnis, Aristokratie, Bund, Kongreß, Konstitution und Soldat enthält. Es spricht sich darin ein glühender Fürstenhaß aus und eine Verachtung der Diplomaten, die als Volksverräter bezeichnet

werden. Auch hier wird die Republik als die einzig richtige Staatsform gepriesen und gleiches Recht für alle, daher Aufhebung der Standesunterschiede gefordert.

Wegen seiner derben Sprache und des die Volksmassen aufhetzenden Inhaltes ist dieses Lexikon von den Regierungen als eines der gefährlichsten Erzeugnisse der revolutionären Propaganda bezeichnet und daher strengstens verboten worden. Besondere Aufmerksamkeit erregten auch die in Hessen erschienenen Flugschriften und Pamphlete. Hier gab das reaktionäre Regiment des Ministers du Thil Anlaß zu heftiger Gegenwehr. Zwei Geistliche, die Pfarrer Dr. Friedrich Ludwig Weidig und Heinrich Flick, wirkten durch Wort und Schrift im Sinne der radikalen Partei; jener durch die Flugschrift „Leuchter und Beleuchter für Hessen oder der Hessen Notwehr", dieser durch die „Aufrufe an die hessischen Wahlmänner und an die hessischen Stände". Unter allen Schriften, die damals in Hessen von den Verschworenen zur Verbreitung gelangten, ragt aber die nur vier Oktavblätter umfassende Schrift des jungen, genialen Dichters Ludwig Büchner hervor, die unter dem Titel „Der hessische Landbote" im Juli 1834 erschienen ist und den Zweck hatte, auf die Massen, besonders auf die Bauern, einzuwirken. Dem Motto „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!" entspricht der Inhalt dieser ersten Botschaft des „Hessischen Landboten". Der Gegensatz von Reich und Arm bildet die Grundlage dieses Pamphlets. Büchner nennt das Leben der Reichen einen langen Sonntag, das Leben der Bauern einen langen Werktag. An der Hand statistischer Daten weist er nach, daß die öffentlichen Einkünfte von dem Leib des Volkes genommen werden, um die Legion von Beamten damit zu füttern, die des Volkes Hirten, Melker und Schinder sind; Willkür heiße Gesetz, jeder Bissen zwischen den Zähnen werde besteuert. „Der Fürst ist der Kopf des Blutegels" — heißt es an einer Stelle — „der über euch hinkriecht, die Minister sind seine Zähne und die Beamten sein Schwanz." Mit

flammenden Worten eifert Büchner gegen die deutschen Fürsten, die das Vaterland zerrissen, den Kaiser verraten haben. Besonders scharf geht der Verfasser mit dem König von Bayern zu Gericht, der redliche Männer zwinge, vor seinem Bilde niederzuknien. Büchners Schrift ist nicht in der ursprünglichen Fassung zum Druck gelangt; sie ist von Weidig überarbeitet und an einigen Stellen mit Zitaten aus der Bibel versehen worden. Daß sie verboten wurde, daß sie den Anlaß gab zur Verfolgung des Dichters, war bei der Erregung, die sie erzielte, zu erwarten. Es war dem Dichter von „Dantons Tod" aber gelungen, sich einer langjährigen Kerkerhaft durch die Flucht nach Straßburg zu entziehen. Durch seine Flugschrift ist Büchner in die vorderste Reihe der Kämpfer für die Interessen der Unterdrückten gerückt.



Im Gegensatz zu den radikalen Dichtungen und Flugschriften, die auf die materielle Revolution hinzielten, stand das Wirken anderer Schriftsteller, die sich an den Kreis der Gebildeten wendeten und eine geistige wie auch eine soziale Reform anstrebten. Man hat diese Schriftsteller allgemein das „Junge Deutschland" genannt. Einige Zeit hindurch ist darüber gestritten worden, wer diese Worte zuerst geprägt habe. Bis vor kurzem ist die Priorität Wienbarg zuerkannt worden, der seine „Ästhetischen Feldzüge" dem „Jungen Deutschland" gewidmet hatte. Neuere Forschungen räumen den Vorrang Laube ein, auch ist nachgewiesen worden, daß von einer „jeune Allemagne" bereits in einem Briefe Gutzkows an Cotta (November 1833) die Rede ist. Richtiger scheint es, daß keinem von den dreien der Vorzug zugebilligt werden könne, denn Jung-Deutschland gehört in erster Reihe der politischen Zeitgeschichte an und nichts lag näher, als diese gang und gäbe Bezeichnung auf jene Schriftsteller zu übertragen, die dahin-

strebten, auch der Literatur eine neue Richtung zu geben. Jung ist ja im Grunde alles, was sich dem Hergebrachten entgegenstellt, aber dieses Wörtchen war in jener Zeit gleichbedeutend mit radikal oder weit mehr noch mit revolutionär. Gab es doch damals auf revolutionärem Gebiete eine „giovine Italia“, ein „junges Deutschland“, ein „junges Polen“, eine „junge Schweiz“, Geheimbünde, die ihren Mittelpunkt im „jungen Europa“ hatten. Was lag also näher, als das literarisch junge Deutschland auch für einen Geheimbund zu halten? So dachten wenigstens die leitenden Staatsmänner der Zeit, allen voran Metternich, dessen Meinung auch der preußische Minister des königlichen Hauses Fürst Wittgenstein beitrat. Und wenn auch der eine und der andere dieser Schriftsteller die gemeinsame Richtung als „jeune Allemagne“, oder in die Muttersprache übertragen, als „Junges Deutschland“ bezeichneten, ihre eigentliche Bedeutung erhielt diese Benennung doch erst durch die feindselige Haltung des deutschen Bundestages und der einzelnen Regierungen gegen jene Schriftsteller, die sich zur Aufgabe gestellt hatten, Staat, Kirche und Gesellschaft neu zu beleben, für die Freiheit der Individualität, für die Emanzipation der Juden und auch für die Emanzipation des Fleisches einzutreten. So weitgreifende Reformbestrebungen waren wohl geeignet, die Furcht der Regierungen vor dieser Gruppe zu erregen, in die der Deutsche Bundestag die Schriftsteller Heine, Wienbarg, Laube, Mundt und Gutzkow reihte. Schriftsteller, die im Sinne St. Simons wirkten, für das Recht des Sinnlichen gegen die Anmaßungen des Spiritualismus eintraten, an den Grundfesten des Christentums rüttelten, mußten nach der Meinung Metternichs und seiner Anhänger Revolutionäre und tätige Mitglieder der Propaganda sein, daher auf das schärfste bekämpft werden. Literarisch geschah dies zuerst durch den Renegaten Menzel nach dem Erscheinen des Romans „Wally“ von Gutzkow, dem Haupte der neuen Schule. Und wie dieser wurden auch Wienbarg und Mundt unter die kritische Hechel gezogen. Der literarische

Denunziant, dessen Angriffe sich weniger auf ästhetische, als vielmehr auf egoistische Ursachen zurückführen lassen, hatte schließlich seinen Zweck erreicht: Die Kampagne gegen das Junge Deutschland, vor allem gegen den vermeintlichen Führer Karl Gutzkow, wurde mit den schärfsten Waffen eröffnet. Bereits am 23. Oktober 1835 schrieb der österreichische Vertreter am Stuttgarter Hofe Fürst Schönburg an Metternich: „Die Uneinigkeit hat ihr Haupt erhoben und bringt Verwirrung in die feindlichen Reihen. Menzel, der Demagog, tritt offen in die Schranken gegen das Junge Deutschland. ... Es liegt hierin ein neuer Sieg der guten Sache, nachdem schon so viele ihrer Gegner überwältigt oder abgenützt wider ihren Willen ihr die besten Dienste leisteten." Schönburg war es auch, der fast zur selben Zeit die Frage aufwarf, ob nicht von Bundes wegen entscheidende Schritte zur Verhütung weiteren Skandals einzuleiten wären. Es scheint, daß Fürst Metternich bis dahin von den meisten Werken aus dem Kreise des Jungen Deutschland keine Kenntnis hatte, da er erst am 28. Oktober den Generalkonsul Berks in Leipzig beauftragte, die neuesten Produkte der unchristlich-unsittlichen Autoren, zu denen er damals außer Gutzkow, Wienbarg und Heine auch den in Frankfurt lebenden österreichischen Dichter Duller zählte, an ihn zu senden, welchem Auftrage Berks am 7. Dezember entsprach, nicht ohne zugleich über die täglich zunehmende Zahl von Modeschriftstellern und deren politische und antireligiöse Gesinnung zu klagen. In der Korrespondenz, die Fürst Metternich mit den österreichischen Vertretern an den deutschen Höfen und mit seinem ihm sklavisch ergebenen Freunde, dem preußischen Minister Fürsten Wittgenstein, eröffnete, erging sich der österreichische Staatskanzler in den heftigsten Ausdrücken gegen die Jungdeutschen. Haßerfüllt spricht er von der Bagage aus dem Norden, von der neuen Monstruosität, die sich unter dem literarischen Gewande über Deutschland verbreitet und deren Zweck es sei, die gesamte bürgerliche Gesellschaft

in ihren Grundlagen zu zerstören, von dem Bubenwerk des Tages, von den liederlichen Buben, einer in geschlossener Reihe fechtender, der Propaganda angehörigen Bande: er schilt die Literatoren schafsköpfige Menschen, die da glauben, mittels des Begriffes Geist die Dinge abzutun. Sein Zorn richtete sich besonders gegen Gutzkow, den Wortführer und Vorkämpfer der „gottlosen Sekte“, den er durch Geheimagenten in Frankfurt überwachen ließ und dessen Aufnahme als Bürger der freien Stadt Frankfurt er zu vereiteln wußte. Vor allem sollte Preußen als Verbündeter für diesen Kreuzzug gewonnen werden, denn es gälte, wie er an Wittgenstein schrieb, „die Verteidigung des Christentums, der Moral und der Zucht“. Schneller als Metternich selbst glaubte, gehorchte Preußen den Winken des österreichischen Kanzlers, denn bereits am 15. November wurden sämtliche Verlagsartikel der Löwenthalschen Buchhandlung in Mannheim, wo Gutzkows „Wally“ erschienen war, verboten, ebenso erging es allen nicht in Preußen und nicht mit preußischer Zensur erschienenen Schriften von Gutzkow, Wienbarg, Laube und Mundt. Außerdem wurden die Zensoren angewiesen, keiner neuen Schrift der genannten Autoren das Imprimatur zu erteilen. Schon am nächsten Tage berichtete der österreichische Gesandte in Berlin über die gegen die „Venusritter“ ergriffenen Maßregeln. „Die Zwecke der Assoziation“ — setzte er fort — „sind zu verwerflich, ihre Tendenz, die gesellschaftliche Ordnung auf einem andern Wege zu untergraben, zu gefährlich, als daß man anders als mit dem größten Nachdruck gegen selbe zu Werke gehen könne.“ Daß „die Wächter in Berlin“ im Einklange mit Metternich standen, erfüllte diesen mit großer Befriedigung, aber von einem vollständigen Siege über die Propheten einer antichristlichen Zeit konnte doch erst die Rede sein, wenn der Deutsche Bundestag sein Anathem gegen die Feinde des Staates und der Kirche ausgesprochen, worauf bereits von Schönburg hingewiesen worden war. Ohne die preußischen Verfügungen

abzuwarten, hatte Metternich bereits zu Ende Oktober den Präsidialgesandten am Bundestage mit seinem Plane vertraut gemacht. „Unsere Aufmerksamkeit" — schrieb er ihm — „ist seit einiger Zeit in hohem Grade durch das Treiben der unter dem Namen des Jungen Deutschlands sich ankündigenden, nach dem Vorbilde von Heine und Börne arbeitenden literarischen Schule in Anspruch genommen. Ihre Richtung geht dahin, im Wege des Romans und des Gedichtes sich auf die große Lesewelt in Deutschland Einfluß zu verschaffen und diesen Einfluß zur Untergrabung aller und jeder geoffenbarten wie natürlichen Religion und zur Vergötterung der rohesten Sinnlichkeit anzuwenden. Sind einmal, so denken ohne Zweifel die Leiter dieser gottlosen Sekte, die Bande des religiösen und moralischen Lebens in Deutschland durchschnitten, so werden jene, die das politische Gebäude des Staates zusammenhalten, sicher sich schnell von selbst lösen. Die deutschen Fürsten sind es ihrer Ehre und jener der ganzen deutschen Nation schuldig, nicht zu dulden, daß das bis jetzt mit so vielem Ruhm bebaute Feld der deutschen Literatur durch das ungestörte Fortwuchern jener Giftpflanzen vermindert und unserem Volke seine sittliche Würde und die höchsten Güter der denkenden Menschen planmäßig und mutwillig geraubt werden." Zugleich übersandte Metternich einen Aufsatz, der seine Ideen über die zu ergreifenden Maßregeln enthielt, und die dahin zielten, die bis jetzt für die Verleger „gewinnvollen Spekulationen zu entschiedener ruinösen zu machen." Dabei vergaß er nicht, Münch aufmerksam zu machen, auch Heine, „den geistigen Vater des Jungen Deutschlands" in die Liste der zu interzidierenden Schriftsteller aufzunehmen und die Hofmann-Campesche Buchhandlung in Hamburg durch den Bundestag verwarnen zu lassen. Unermüdlich in seinem Bestreben, den gefährlichen Feind zu vernichten, hatte Metternich auch die Höfe von München, Stuttgart, Karlsruhe und Dresden für seinen Plan gewonnen, nachdem ihm der preußische Gesandte in Wien, Graf von Maltzahn

den Beitritt des königlichen Hofes zu den zu ergreifenden Maßregeln zugesichert hatte. Und so konnte denn der Präsidialgesandte seinem Chef den einhelligen Bundesbeschluß vom 10. Dezember melden, wodurch sämtliche deutsche Regierungen sich verpflichteten, gegen das Junge Deutschland die Straf- und Polizeigesetze ihres Landes sowie die Preßvorschriften nach ihrer vollen Strenge in Anwendung zu bringen, die Verbreitung ihrer Schriften zu verhindern, die Buchhändler wegen des Verlages und Vertriebes zu verwarnen und die Regierung der freien Stadt Hamburg aufzufordern, der Hofmann- und Campeschen Buchhandlung eine geeignete Verwarnung zugehen zu lassen. Formell war also dem Wunsche Metternichs Genüge getan, wenn auch ein gänzliches Verbot der jungdeutschen Schriften mit Rücksicht auf die Gesetzgebung der konstitutionellen Staaten nicht erfolgen konnte; aber auch materiell hatte dieser Bundesbeschluß nicht den gewünschten Erfolg, da der Absatz der verpönten Schriften nunmehr auf Schleichwegen geschah. Um so mehr mußte also Metternich die Nachricht überraschen, daß Preußen bereits am 16. Februar 1836 sein im November 1835 erlassenes scharfes Edikt modifiziert und den verfemten Schriftstellern gestattet habe, ihre Schriften unter preußischer Zensur drucken zu lassen. Schon am 29. Jänner hatte Fürst Wittgenstein dem Staatskanzler eröffnet, „daß man in Berlin der Ansicht sein dürfte, diese Schriftsteller unter einer strengen und aufmerksamen Zensur schreiben zu lassen, besonders wenn sie über ihre frühere Verkehrtheit Reue bezeugen.“ „Der Laube in Naumburg“ — fügte er bei — „scheint hierzu geneigt zu sein“. Diesmal war es der Polizeiminister von Rochow, der in Übereinstimmung mit dem obersten Zensurkollegium den jungdeutschen Schriftstellern ihre arg gefährdete Existenz wieder ermöglichte. Die Befürchtung Wittgensteins, Metternich werde über diese neue Verfügung ungehalten sein, traf auch zu; denn bald darauf bemerkte der Staatskanzler ziemlich spitz, daß Berlin etwas rasch im Zurücknehmen der

ergriffenen Maßregeln gewesen sei und nunmehr die königliche Regierung mittels der Zensur Teilnehmerin an der gefährlichen Lehre werde. Rochow, der sich durch diese Bemerkung empfindlich berührt fand, legte nun in einer Darstellung klar, daß von dem während seiner Krankheit ihn vertretenden Justizminister Mühler, ohne Antrag des Zensurkollegiums in das Edikt aufgenommen worden sei, keiner neuen Schrift jener Literaten das Imprimatur zu erteilen. In dieser Verfügung läge ein Mißtrauen in die preußische Zensur. „Es könne nicht die Absicht sein" — bemerkte das Kollegium — „die in Rede stehenden Schriftsteller von jeder schriftstellerischen Tätigkeit abzuhalten. Auch Minister Ancillon habe erklärt, daß eine so unbedingte Ausschließung nicht im Einklange mit dem Bundesbeschluß stehe". Rochow bezeichnete Mühlers Reskript als ungesetzlich, weshalb er sich vor der Teilnehmerschaft an einer Anordnung hatte bewahren müssen, für welche es an der gesetzlichen Ermächtigung fehle. Metternichs Vorwurf sei daher unbegründet, „der" — so schließt Rochows Bericht — „wenn überhaupt irgend, nur gegen die bestehende Gesetzgebung auszusprechen gewesen wäre". . . . Wie ungelegen diese neue preußische Verfügung Metternich kam, geht schon daraus hervor, daß er seinen literarischen Beirat, den ultrakonservativen Schriftsteller Karl Ernst Jarcke, nach Berlin sandte, um die Bedenken (dagegen) an kompetenter Stelle geltend zu machen. Jarckes Mission war insofern von Erfolg, als der König für die Schriften der jungen deutschen Literatur einen besonderen Zensor bestimmte. Wittgenstein, der hiervon seinem fürstlichen Freunde Mitteilung machte, benutzte diese Gelegenheit, um seinem Unmut über die Zerfahrenheit in der Bureaukratie Ausdruck zu geben „Jeder" — klagte er — „zieht so ziemlich seinen eigenen Strang; es existieren hier gewisse Parteilichkeiten, Reibungen, Eitelkeiten, Eifersüchtigkeiten, die man in Wien nicht kennt und die ich hier auch fast nur allein kenne. Die Sachen gehen daher nicht so, wie sie gehen könnten und

sollten und wie Sie sich dieses in Wien denken. Alle Organe, über welche Euer Durchlaucht zu disponieren haben, sind bei uns matt und fehlerhaft; . . . es existiert unter unserem Beamtenvolk der Samen eines bösen Prinzips. Dieses ist der Grund der immerwährenden lästigen Bataille bei uns." Metternich dürfte über diesen Herzenserguß seines ihm ergebenen Freundes wohl geschmunzelt haben, und das Kompliment des preußischen Ministers, daß in Österreich alles am Schnürchen gehe, mochte ihm willkommen gewesen sein; weniger jedoch Preußens teilweiser Rückzug in der jungdeutschen Angelegenheit, der wohl die Ursache war, daß in Hannover die verpönten Novellen von Gutzkow, Heines Buch der Lieder, Mundts Schriften und Laubes Moderne Charakteristiken wieder zugelassen wurden und außerdem der Auftrag erging, die seit Herbst 1836 in den Bundesstaaten gedruckten neuen Werke von Heine, Gutzkow, Laube, Wienbarg und Mundt in den Buchläden, vorbehaltlich des etwa nötigen Verbotes in einzelnen Fällen, zu gestatten. Die Bemerkung des Gesandten in Hannover, Grafen Knefstein, er vermute, daß sowohl Preußen wie Hannover mit Zustimmung Metternichs gehandelt haben, entbehrt nicht eines ironischen Anstriches. Jedenfalls hatte Preußen etwas Wasser in Metternichs feurigen Wein gegossen, denn seither ward es in der Staatskanzlei immer stiller, bis endlich der Schlachtruf ganz verstummte und der diplomatische Notenwechsel über das literarisch junge Deutschland sein Ende erreichte. Nicht wenig mögen hierzu die reumütigen Bekenntnisse der Verfolgten beigetragen haben: Gutzkows de- und wehmütiger Brief an den allgewaltigen Tzschoppe; Mundts Versicherung „diejenige Schuld, die auf ihn falle, wieder auszutilgen": Laubes gänzliches Lossagen von dem „Jungen Deutschland"; vielleicht auch Varnhagens beruhigende Worte, die er, von Metternich zu einem Gutachten über das Junge Deutschland aufgefordert, an den Staatskanzler gerichtet hatte. An eine „Verbündung", so berichtete er, sei nicht zu denken; daß

eine gewisse Zeitstimmung in den jungen Köpfen herrsche, könne nicht geleugnet werden. Von jeher sei in der Literatur ein Element von Opposition gewesen, das mit dem Staat mehr oder minder in Kampf geriet. Varnhagen wies auf die einstigen Frevler gegen die Sitten, den Götterglauben, die Regierung, auf Friedrich Schlegel, Fichte, Schleiermacher, die allmählich in ein ehrenhaftes Ansehen getreten seien. Gutzkows „Wally" sei ein schwaches Kind im Vergleiche zu Schlegels „Luzinde". Ohne die Verfolgungen hätte man längst die ärgerlichen Erzeugnisse der neuesten Zeit vergessen; auch lasse sich erwarten, daß diese Schriftsteller ebenso zu Ansehen gelangen werden wie Schlegel und Tieck. Schließlich erinnerte Varnhagen den Fürsten, daß er 1834 selbst gesagt habe, in den meisten Menschen lebe das Gute mit dem Bösen gemischt und der Staatsmann müsse beides immerfort scheiden. Hätte damals Metternich Grillparzers Urteil eingeholt, es würde jedenfalls so gelautet haben, wie er es in diesen Tagen niedergeschrieben: „Diese junge Schule hat bei aller Verächtlichkeit eine löbliche Eigenschaft, die gegenwärtig in Deutschland sehr fehlt, eine, wenn auch täppische Geradheit nämlich. Sie ist frech, weil das Zeitalter frech ist; irreligiös, und die ganze Religion der Zeit ist Selbsttäuschung oder Heuchelei; sie sagt, was sie denkt, indes man in Deutschland häufig nichts denkt bei dem, was man sagt." Grillparzer nannte das Verbot der jungdeutschen Schriften verwerflich, in literarisch-menschlicher Hinsicht einen Fehler und einen Schaden.

Trotz allem Verbote waren also die Schriften des Jungen Deutschlands auch in die Hände des österreichischen Dichters gelangt, wie deren Verbreitung in Wien überhaupt nicht gering gewesen zu sein scheint. Es dürfte die österreichische Zensur gegen die Werke dieser neuen Richtung, insbesondere gegen Gutzkows Wally, anfänglich nicht mit besonderer Strenge verfahren sein, da Metternich sich im Dezember 1835 bei dem Präsidenten der Polizeihofstelle beschwerte, daß Gutzkows Roman „mit sehr weniger Zurückhaltung" von den Wiener

Buchhändlern verkauft werde, was auf den Eifer der Staatsverwaltung in Vollziehung der Bundesbeschlüsse nur ein schiefes Licht werfen könnte; er wies auf die strenge Maßregel in Berlin hin, die nicht nur materiell ersprießlich wirken, sondern, und noch mehr moralisch, einen sehr großen allgemeinen und wohl heilsamen Eindruck machen müsse. Metternichs Wink genügte, um die Zensurbehörde zu fieberhafter Tätigkeit anzuspornen. Sämtliche Länderchefs wurden zur größten Strenge aufgefordert und angewiesen, zeitweilig Visitationen in den Buchhandlungen vornehmen zu lassen. Auch das Zentral-Bücherrevisionsamt wurde beauftragt, über jede Sendung von Büchern aus der Schule des Jungen Deutschlands zu berichten. Es waren äußerst niedere Ziffern, die diese Behörde mitteilte; aber in Wirklichkeit ließ die Verbreitung der verpönten Schriften auf Schleichwegen nichts zu wünschen übrig. Auf geradem Wege war deren Bezug keineswegs leicht. Zahlreiche Gesuche wurden abgelehnt und ausnahmsweise die Bewilligung von allerlei Kautelen abhängig gemacht. In den späteren Jahren trat allmählich ein Wandel zum Besseren ein. Die Scheden, so hießen die Erlaubniszettel zum Bezug von der Zensur nicht freigegebener Bücher, wurden immer häufiger, so daß es in den intelligenten Kreisen nur noch wenige gab, die von dem Bezug dieser Schriften ausgeschlossen waren. Fürst Metternich aber konnte aus den Berichten seiner Geheimagenten entnehmen, wie wenig gefährlich die von ihm so viel geschmähten Jungdeutschen geworden waren, die er vormals so eifrig hatte verfolgen lassen.

* *
*

Auch im vierten Jahrzehnt wurden die republikanischen Grundsätze in einer großen Anzahl von Schriften aus der Schweiz und dem Elsaß nach Deutschland verbreitet. Wilhelm Schulz, Rauschenplatt, Wirth, Kombst, Fröbel, Sehring und Venedey bemühten sich, das deutsche Volk im Sinne der

Revolutionspartei zu bearbeiten. Die laue Behandlung der Bücherballen durch die badischen und württembergischen Grenzämter ermöglichte es, daß viele verbotene Pamphlete nach Leipzig gelangten, von wo aus ganz Norddeutschland und, trotz aller Wachsamkeit, auch Österreich mit derlei Schriften versehen wurden. Das Aufrollen der sozialen Frage erweiterte überdies den Umfang der verbotenen Literatur, die hauptsächlich in der Schweiz im Verlag des Literarischen Comptoirs zu Zürich und Winterthur sowie der Firma Orell, Füßli & Komp. erschien und durch Schmuggel auch in Deutschland und Österreich Abnehmer fand. An der Vermehrung politischer Schriften hatte aber auch der deutsche Buchhandel sein gut Teil. In Hamburg bei Hoffmann und Campe, in Leipzig bei Reclam sind die meisten der gegen Österreich gerichteten Schriften erschienen. Diese antiösterreichische Literatur, die so manche Wahrheit enthüllte, die es aber auch an Bosheit und Tücke nicht fehlen ließ, erregte begreiflich das größte Mißfallen der leitenden Staatsmänner. „Durch die Flut dieser Schmählibellen" — klagte Graf Sedlnitzky im August 1843 dem Fürsten Metternich — „werde das Ansehen und die Würde der größten Macht des Deutschen Bundes herabgesetzt." Wie sehr sich auch Sedlnitzky bemühte, diesen Zweig der Literatur den Augen der österreichischen Bevölkerung zu entziehen, so mußte er doch zugestehen, „daß mehr als jemals von der Zensur verbotene und sogar mit Beschlag belegte oder der Zensur nicht vorgelegte Bücher von Buchhändlern heimlich verkauft wurden". Es war die Überwachung solcher Schriften dadurch besonders erschwert, daß deren Ankündigung zumeist erst dann erfolgte, wenn der größte Teil der Auflage in Österreich bereits abgesetzt worden war. In diesen Schriften, die hauptsächlich das österreichische System betrafen, ist Metternich stets als der Hemmblock des Fortschrittes dargestellt, obwohl es schon damals an Stimmen nicht fehlte, die dieser Behauptung entgegentraten und den Fürsten zu entschuldigen suchten, daß er von dem ehernen,

unwandelbaren, Jahrhunderte alten System füglich nicht abweichen könne, ohne sich eine unhaltbare Stellung zu bereiten. Von allen über Österreich erschienenen Schriften ist der Staatskanzlei keine einzige verborgen geblieben, denn zu den Obliegenheiten des österreichischen Konsuls in Leipzig gehörte auch die fortlaufende Beobachtung der politischen Literatur. Diese Aufgabe ist von dem damaligen Generalkonsul Josef Alexander Hübner, dem späteren Botschafter am französischen Hof und beim Vatikan, gewissenhaft erfüllt worden. Aus Hübners Berichten ist zu ersehen, wie häufig seine Beschwerden in Sachsen und in Preußen erfolglos geblieben sind, denn bei allem Abscheu der sächsischen Regierung über die Auswüchse im Leipziger Buchhandel gewann doch immer die Erwägung die Oberhand, daß eine Industrie geschützt werden müsse, die jährlich einen Umsatz von mehreren Millionen Talern erziele. Auch in Berlin, wo Hübner bei dem Staatsminister Grafen Arnim sowie bei dem Justizminister Savigny vorsprach, hörte er ebenfalls über die Leipziger Presse mit Entrüstung sprechen; aber auch hier wurde ihm gesagt, daß es sehr schwer sei, aktiv einzugreifen. So erschien trotz allen Bemühungen Hübners und des Gesandten am sächsischen Hof, Grafen Kuefstein, im Verlag der Buchhändler Wigand und Reclam ein Pamphlet nach dem andern, und je mehr man in Wien zeterte, desto lebhafter gestaltete sich der Vertrieb dieser verpönten Schriften. „Die Firma Reclam" — berichtete Kuefstein am 16. April 1844 — „hat gefunden, daß die ergiebigste mine a exploiter für ihre pekuniären Interessen die österreichische Monarchie ist und sie scheint sich das Monopol dieser Ausbeutung durch Verträge mit Korrespondenten gesichert zu haben." Dem Beispiel Reclams folgte auch das Grimmasche Verlagscomptoir, das Hübner als einen „Hauptsitz der gewöhnlichsten und gewissenlosesten Buchmacherei" bezeichnete. Die meisten Verfasser dieser unter den verschiedensten Titeln erscheinenden Broschüren, in erster Reihe der begabte, aber charakterschwache Groß-Hoffinger und der Vielschreiber Graf

Schirnding, wußten sich der drohenden Verfolgung durch den Aufenthalt im Ausland zu entziehen. Auf Sachsen blieb jedoch der literarische Angriff gegen Österreich nicht beschränkt, denn auch in Hamburg war ein neuer Gegner erstanden. „Hoffmann und Campe" — „schrieb Metternich 22. Februar 1845 an Sedlnitzky — „Reclam, Wigand und Brockhaus und viele andere haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Bestrebungen der pseudonymen Firma Peter Hammer in Schatten zu stellen und es ist notorisch, daß ihr ganzer Verlag hauptsächlich gegen Österreich und für dessen lesendes Publikum berechnet ist". Unter allen Schriften aus Hoffmanns und Campes Verlag hatte „Österreich und dessen Zukunft" das größte Aufsehen erregt. Dieses Werkchen, als dessen Verfasser sich später der Freiherr von Andrian bekannte, wurde in allen Kreisen gierig gelesen, vom Hochadel an bis herab zum Fiaker auf dem Kutschbock. Die Polizei entwickelte eine fieberhafte Tätigkeit in den Buchläden und drang sogar in Privatwohnungen ein, um diese Schrift zu konfiszieren. Die Zensurbehörde gab sich alle Mühe, den Verfasser festzustellen; der Zensor Hohler meinte sogar, Napoleon habe den Buchhändler Palm erschießen lassen, weil dieser den Verfasser von „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung" nicht habe verraten wollen: man könne zwar dies nicht nachahmen, wohl aber den Hamburger Senat als Mitglied des Deutschen Bundes verhalten, diese Schrift außer Umlauf zu setzen. Überdies hatte Metternich der Firma Hoffmann und Campe durch den bevollmächtigten Minister Kaisersfeld androhen lassen, daß ihr, falls sie noch weiters Anlaß zu Beschwerden geben sollte, der Debit ihrer sämtlichen Verlagsartikel in Österreich entzogen werden würde. Campe aber hatte sich durch diese Drohung nicht abschrecken lassen und dem Abgesandten Metternichs lächelnd erwidert, ein Verbot könne der Firma nur zum Vorteil gereichen. Daran sei jedenfalls etwas Wahres, meinte Metternich, weshalb er sich vorläufig damit begnügte, den Vertrieb der erlaubten Artikel zu erschweren.

In gleichem Maße wie die deutschen Libellen wurde auch die Literatur bekämpft, die in der Schweiz von der Bewegungspartei ausging, deren tätigste Partisane in dem Literarischen Comptoir zu Zürich und Winterthur ihr Feldlager aufgeschlagen hatten. Prutz, Jacobi, B. Bauer, Herwegh und Walesrode hatten sich in diesem von Fröbel geleiteten Institut zu einer literarischen Macht vereinigt, gegen die sowohl der Deutsche Bundestag wie auch die meisten deutschen Regierungen sich durch strengste Verbote wehrten. Nicht immer mit glücklichem Erfolg, da die deutschen Buchhandlungen die Schweizer Verlagsartikel so rasch verbreiteten, daß die Polizei in den meisten Fällen zu spät kam. Auch das literarische Institut zu Herisau hatte eine große Verlagstätigkeit mit radikalen Schriften entwickelt, die nach Deutschland über Konstanz und Friedrichshafen gelangt waren. Auf diese Weise nahm nebst anderen Broschüren auch Heinzens „Der deutsche Tribun" den Weg nach Deutschland und Österreich. Obgleich die österreichische Polizei sich eifrig bemühte, diese Druckschriften abzuwehren, vermochte sie deren Verbreitung doch nicht zu verhindern; es gelang sogar, eine Anzahl von Weitlings Schriften nach Österreich zu schmuggeln. Während in der Schweiz die radikalpolitische und kommunistische Literatur stets neue Blüten trieb, beschäftigten sich zwei auf deutschem Boden erschienene und Aufsehen erregende Broschüren: „Woher und Wohin" und „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen" mit Preußens innerer Lage. Jene hatte den Oberpräsidenten Schön, diese den Königsberger Arzt Dr. Johann Jacoby zum Verfasser. Beide traten für eine wirkliche Volksrepräsentation ein. Schön riet, das Gute aus der Zeit zu ergreifen, Jacoby forderte die Stände auf, das, was sie bisher als Gunst erbaten, nunmehr als ein erwiesenes Recht zu begehren. Noch eine Reihe von Broschüren über die inneren Angelegenheiten Preußens und anderer deutscher Staaten war erschienen, sie wurden aber der Zahl nach weit von der Flut jener

Schriften übertroffen, die sich auf die kirchlichen Fragen in Deutschland bezogen. Nahezu zweihundert solcher Druckwerke wurden in der Zeit des Kölner Streites veröffentlicht und ihnen folgten, zwar nicht an Zahl, aber an Heftigkeit gleich, die kirchlichen und religiösen Streitschriften aus den Kreisen der protestantischen Lichtfreunde und der Deutschkatholiken. Die bemerkenswertesten Erscheinungen dieses Literaturzweiges hatte Hübner seinem obersten Chef mitgeteilt, wie er denn auch als aufmerksamer Beobachter über das Leipziger Literatenkasino und dessen Mitbegründer Robert Blum wiederholt Berichte nach Wien sandte. Auch über die Schriftstellerversammlung zu Leipzig im April 1845, die sich hauptsächlich mit der Beratung eines Gesetzentwurfes über die Rechtsverhältnisse zwischen Schriftstellern und Verlegern beschäftigte, liegt ein Bericht Hübners vor, worin er seine Ansichten über die Abhängigkeit der Brotschriftsteller von den Verlegern darstellte. „Es läßt sich ohne Übertreibung behaupten" — schrieb er — „daß sie sich zu letzteren ungefähr verhalten wie der Arbeiter zum Fabrikherrn: ja vielleicht dürfte sich ihre Lage noch ungünstiger herausstellen: denn sie erfreuen sich nicht wie jene des speziellen Schutzes der Regierungen, die Produkte ihrer Feder werden nicht wie die Erzeugnisse der Industrie durch einen immer wiederkehrenden materiellen Bedarf getragen und nicht einmal die Sympathien eines philanthropischen Publikums für die arbeitenden Klassen kommen diesen Proletariern des Gedankens zugute." Auch auf die in Leipzig anwesenden österreichischen Schriftsteller hatte sich die Aufmerksamkeit des Generalkonsuls gelenkt. „Die hier lebenden oder doch schreibenden österreichischen Literaten" — berichtete Hübner im Oktober 1845 — „seien sie nun Österreicher von Geburt oder gehören sie nur durch ihre literarische Tätigkeit dieser neuen sogenannten Österreicher-Literatur an, zerfallen in zwei Fraktionen: in die gemäßigte konstitutionelle, zu deren vorzüglicheren Vertretern Kuranda gezählt wird, und in die ultrarevolutionäre,

die ihre Produkte in der Reclamschen Offizin drucken läßt. Die zweite ist offenbar die schlechtere von beiden, aber weil sie sich in den Augen des deutschen und, wie zu hoffen ist, auch des österreichischen Lesepublikums gerichtet hat, die minder gefährliche. Anders aber verhält es sich mit den Freunden des sogenannten Fortschrittes, wie Kuranda und Konsorten (auch Schuselka, wenngleich überspannter, gehört zu ihnen). Diese können, was sie auch sehr gut wissen, auf die öffentliche Meinung in Deutschland und, wie sie sich schmeicheln, zum Teil auch innerhalb der Monarchie rechnen." Über diese Fraktion wußte Hübner manche Einzelheiten zu berichten, ohne jedoch das Wirken der übrigen Österreicher: Herloßsohn, Chownitz, Groß-Hoffinger, Rollet, Moritz Hartmann, Isidor Heller, Siegmund Kolisch und Karl Beck zu übersehen. Hübners amtliche Berichte wie auch jene der Geheimagenten in anderen Städten Deutschlands spiegeln das Interesse, das Metternich den literarischen Erscheinungen der vierziger Jahre gewidmet hatte. Sprach es Hübner doch 1841 ganz deutlich aus, der revolutionäre Geist werde in Deutschland nicht sobald die Bahn der Komplotte und materiellen Unternehmungen wieder betreten, aber er habe sich in die Literatur und in die ständischen Verhandlungen geflüchtet und in dieser Form müsse der Radikalismus überwacht werden. Selbstverständlich galt dies auch für die sogenannte „leichte Literatur", unter welcher Bezeichnung in erster Linie die politische Lyrik gemeint war, die gerade in diesem Jahrzehnt so reichlich Blüten trieb.

Ein garstig Lied! Ein politisch Lied! Hier stimmte Metternich mit Goethe überein, dessen rein moralische und religiöse Begriffe er in einem Briefe an Wittgenstein (30. November 1835) absprechend beurteilt und dessen „Wahlverwandtschaften" er „ein höchst unmoralisches, der neuen Religion des Fleisches hingeneigtes Buch" genannt hatte. Er mochte sich in diesen Tagen auch an Anastasius Grün und dessen „Spaziergänge eines Wiener Poeten" erinnert haben, an diesen Österreicher, der jenen Dichtern zum Vorbild wurde, die im

vierten Jahrzehnt der Stimmung der Gegenwart so kräftig Ausdruck gaben. Im dunklen Österreich war es ja, als der Dichter sang:

Politisch Lied, du Donner, der Felsenherzen spaltet,
Du heil'ge Oriflamme, zum Siegeszug entfaltet,
Du Feuersäule, dem Volke aus Knechtschaftswüsten hellend,
Du Jerichoposaune, der Zwingherrn Bollwerk all' zerschellend!

Weit entfernt von der Revolutionslyrik, die in den vergangenen zehn Jahren die Massen aufrütteln und auf diese durch eine wuchtige, klobige, dem Proletarier schmeichelnde Sprache wirken sollte, war die nunmehr auftauchende politische Lyrik. Unmittelbar aus dem Zeitgeist hervorgehend, entsprang sie der Gesinnung der Gegenwart, der Stimmung des Volkes, dem Streben nach Freiheit und dem Haß gegen deren Feinde. In dieser Hinsicht war sie allerdings tendenziös und auch in der Form durch die Ereignisse der Tage beeinflußt. Gediegenheit und hohles Pathos, Ernst und Satire schritten nebeneinander her und warmfühlender Patriotismus wechselte mit beißendem Spott, dieser Waffe der Ohnmacht gegen den Übermut der Gewalt. Von diesem Gesichtspunkt müssen die Poesien dieses Dichterkreises, die Lieder Hoffmanns von Fallersleben, Herweghs, Freiligraths, Dingelstedts, Jordans und Prutz' beurteilt werden. Von der Tagesströmung beeinflußt und zumeist Geburten des Augenblickes, waren nicht alle diese Dichtungen in bunte Sonntagskleider gehüllt. In manchen Liedern, wie in jenen Hoffmanns von Fallersleben, scheint uns heute die Form allzu salopp; aber wir dürfen nicht vergessen, daß sie ehemals ihre Wirkung nicht verfehlt hatten. Und wenn revolutionäre Zeitgenossen den Charakter des Sängers von „Deutschland, Deutschland über alles“ zu verunglimpfen suchten, die Nachwelt wird ihn immer einen der wackersten Vorkämpfer für die politische Freiheit nennen. Denn nichts kann uns den Geist der damaligen Zeit besser versinnlichen als die Schöpfungen dieser

Dichter, die mit den schärfsten Waffen der vormärzlichen Zensur bekämpft wurden.

* * *

Zu allen Zeiten haben reaktionäre Regierungen in den Zeitungen einen mächtigen Feind erblickt und daher kein Mittel unversucht gelassen, das freie Wort zu unterdrücken. Wann aber Gefahr drohte, oder in den Tagen schwerer Schicksalsschläge wußten sich die leitenden Staatsmänner stets der Zeitungen zu bedienen, um den Patriotismus der Untertanen zu befeuern und deren Opfermut zu stählen. Derselbe Staatsmann, der 1819 die strengsten Maßregeln gegen die Presse veranlaßte, derselbe Fürst Metternich hatte 10 Jahre vorher den Ausspruch getan, daß ein gut geschriebenes Zeitungsblatt unstreitig das einfachste Organ sei, wodurch die öffentliche Verwaltung, die Nationalbildung gehoben, eingewurzelte Vorurteile vernichtet, irrige Volksbegriffe berichtigt und unvermerkt, ohne den geringsten Anschein von Planmäßigkeit auf die Gemüter des Volkes gewirkt werden könne. Allerdings meinte Metternich nur die Organe der Regierung, nicht auch die unabhängige Presse; daher galten ihm oppositionelle Journalisten als Volksverführer, die energisch bekämpft werden müßten. Aber trotz der Karlsbader Beschlüsse und dem reaktionären Preßgesetz des Deutschen Bundestages konnte die journalistische Opposition doch nicht niedergerungen werden, vielmehr entstand nach der Julirevolution neben der gemäßigten liberalen Presse eine Reihe radikaler Zeitungen, deren Tendenz dahin zielte, nicht nur die Blößen der einzelnen Regierungen, sondern auch die Tätigkeit, oder besser gesagt, die Untätigkeit der Bundesversammlung einer scharfen Kritik zu unterziehen. Vom südwestlichen Deutschland aus, der Wiege des radikalen Journalismus, verbreitete sich die oppositionelle Presse, wenn auch langsam, über das mittlere und nördliche Deutschland und wirkte

neben den Flugschriften für die Ideen der politischen Freiheit sowie der Vereinigung der deutschen Lande zu einem mächtigen Staatskörper. Welchen Einfluß das massenhafte Erscheinen von Flugschriften und Zeitungen auf die höheren Zweige der Literatur hatte, zeigt ein Bericht des Generalkonsul Berks der am 12. Juli 1832 meldete, daß der deutsche Buchhandel sich in pekuniärer Hinsicht nur noch durch Journale und Flugblätter politischen Inhaltes aufrecht zu erhalten vermöge; ein solcher Mangel an Absatz wissenschaftlicher und klassischer Werke habe noch nie stattgefunden und man müsse gewärtigen, daß Schriftsteller und Verleger sich, an diesen Notanker haltend, vorzugsweise auf das Fach der Politik werfen und einander durch Verwegenheit und Anmaßung und durch auf den großen Haufen berechnete, treulose Verführungskünste überbieten werden. Ein Blick in die radikalen Journale eines Wirth, des Herausgebers der „Tribüne", des „Boten aus dem Westen" von Siebenpfeiffer, des Stuttgarter „Hochwächters", des „Bayrischen Volksblattes" von Eisenmann, des „Konstitutionellen Deutschlands" in Straßburg, der „Neckarzeitung", der „Zeitschwingen" und anderer in der ersten Zeit des dritten Jahrzehnts erschienenen Zeitungen zeigt uns die Schärfe der Sprache, mit welcher damals die radikalen Blätter die schwersten Anklagen gegen die deutschen Fürsten und den Bundestag, diesen „Kinderspott in politischer Beziehung", erhoben hatten. Begreiflich, daß, gegenüber den farblosen Aufsätzen eines Jarcke, Lindner und sonstiger besoldeter reaktionärer Publizisten, die Kühnheit der radikalen Journalisten großes Aufsehen erregte, und deren Artikel daher gierig gelesen wurden. Die Regierungen wie der Deutsche Bund hatten sonach alle Ursache, den Einfluß dieser radikalen Presse auf die verschiedenen Volksklassen zu befürchten. „Der deutsche Zeitungsleser" — so berichtete Graf Dietrichstein aus Karlsruhe — „ist gewöhnt, mehr Aufmerksamkeit, Ernst und Überlegung der Zeitungslektüre zu widmen als der Franzose. So kommt es,

daß, was dieser belächelt und vergißt, bei jenem durch fortgesetzte Wiederholung einer so verderblichen Geistesnahrung und bei dem Mangel des Antidots einer besseren Zeitung zum politischen Glaubensbekenntnis wird." Wenn Metternich in diesen Tagen an Wittgenstein schrieb, daß die Preßfragen die allerwichtigsten wären und es nicht umsonst sei, daß die Revolutionäre die Presse über alles stellen, wenn er einige Monate später Münchs Aufmerksamkeit auf den populären Teil der Tagesliteratur lenkte und es als besonders wichtig erklärte, darauf zu wachen, „daß die ehrenwerte Gesinnung des deutschen Bürgerstandes nicht am Ende durch das täglich gereichte Gift einer schlechten populären Zeitungsliteratur zugrunde gerichtet werde", so zeigen alle diese und noch viele andere Ausbrüche seines Zeitungshasses, wie richtig der Fürst die Kraft der oppositionellen Presse einzuschätzen vermochte. Er wußte genau, wie schlecht es um die konservative Presse und besonders um die Journalistik in Österreich bestellt sei, und daß die sogenannten gutgesinnten Zeitungen wegen ihrer Langweile und ihres geringen Stoffkreises kein Interesse erwecken konnten; er stimmte, als ihn der schweizerische Delegierte Bluntschli besuchte, diesem zu, daß auch ein konservatives Blatt eine freie Sprache führen solle. Gerade deshalb, meinte Metternich, müßte ein solches Blatt — außerhalb Österreich erscheinen. „Ich selbst" — bemerkte er — „habe wohl zwanzigmal gesagt: Wäre ich nicht im Kabinett, sondern ausgetreten aus dem Staatsdienste, so hätte ich mich wohl geeignet und auch die Lust dazu gehabt, ein solches Blatt zu dirigieren." Umsichtig, federgewandt, für alle Erscheinungen des Tages empfänglich, hatte der Fürst alle Eigenschaften zu einem hervorragenden Publizisten. Daß er auch ein tüchtiger Redakteur gewesen wäre, zeigt seine organisatorische Tätigkeit in der Überwachung der deutschen Presse. In dieser Beziehung kam ihm kein zeitgenössischer Staatsmann gleich, vielmehr mußte Fürst Wittgenstein zugestehen, daß die preußischen Oberbehörden Zeitungen nicht

in dem Umfang und mit jener Aufmerksamkeit und nützlicher Anwendung lesen, wie dies in Österreich stattfinde: in allen diesen Sachen sei man in Preußen nicht sehr gewandt oder vielmehr unbeholfen. Gehörte in Österreich schon in früher Zeit die Überwachung der deutschen Presse zu den Obliegenheiten der Zensurhofstelle, so gab nunmehr die Julirevolution den Anlaß, die Aufmerksamkeit bezüglich der auswärtigen Presse zu verschärfen. Zunächst waren es die bayrischen Zeitungen, die wegen ihrer Ausfälle gegen Österreich ein ganz besonderes Interesse erregten und den Anlaß gaben, einen Polizeibeamten in geheimer Mission nach München zu entsenden, um über die Umtriebe der Presse in Bayern und insbesondere über die Quellen, aus welchen Wirths „Tribüne" ihre Artikel gegen Österreich schöpfte, zu berichten. Was der geheime Sendling von dort schrieb, war wohl nicht geeignet, den zensurgewaltigen Grafen Sedlnitzky zu befriedigen. Man dürfe, meldete jener, in Bayern sich des Wortes „Österreicher" nicht bedienen, weil man sonst Gefahr liefe, behelligt zu werden. Den Österreichern werde vorgeworfen, noch immer in der Finsternis zu leben und mit sich tun zu lassen, wie es der Regierung gefalle. Während alle anderen Staaten mit dem Zeitgeist fortschreiten, gehe Österreich in Wissenschaft und Kunst immer mehr zurück und der Geist werde unterdrückt, weil man die Aufklärung des Volkes fürchte. In Wien vermutete man, daß diese scharfen Ausfälle auf den Einfluß des aus Österreich ausgewanderten Freiherrn von Hormayr, des ehemaligen Archivdirektors und Historiographen, zurückzuführen seien. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die radikale Presse in Bayern erst durch diesen Renegaten zu so heftigen Angriffen veranlaßt wurde; vielmehr lag die Ursache in dem starren Festhalten Österreichs an den absolutistischen Grundsätzen, im Gegensatze zu jenen des Konstitutionalismus in Bayern.

Klagte doch schon 1819 der oberste Burggraf in Prag über die deutschen Zeitungsschreiber, daß sie bestrebt seien,

die monarchische Verfassung anzugreifen, die unruhigsten Köpfe Deutschlands als Helden des Zeitgeistes und der Volkstümlichkeit anzupreisen und den Regierungen Obskurantismus vorzuwerfen. Und nun in den Tagen, als das „revolutionäre Miasma" sich auch über Deutschland verbreitete, mußte die Sprache eines Wirth, Siebenpfeiffer, Coremans und der übrigen radikalen Publizisten Bayerns nicht minder gefährlich erscheinen, als jene der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in Stuttgart, des Amtsblattes der französischen Propaganda, das sich die Aufgabe gestellt hatte, alles, was in den Bundesstaaten im föderativen Sinne von den Regierungen verfügt wurde, auf das heftigste anzugreifen. Gefährlich schon deshalb, weil dieses Blatt ein ausgedehntes Lesepublikum in der gebildeten Klasse gefunden hatte. Mit demselben Eifer kämpften in Baden Rottecks „Annalen" und der „Freisinnige", dessen erste auf Atlas gedruckte Nummer Freiburger Studenten im feierlichen Zuge durch die Stadt trugen. Auch in Heidelberg traten die Studenten für die liberale Presse ein; ihr Haß gegen die den Absolutismus verteidigenden Zeitungen ging so weit, daß sie sogar den Redakteur der konservativen „Mannheimer Zeitung" aufhängen wollten. Während Rottecks „Freisinniger" für eine Reform im Wege der Gesetzgebung wirkte, trat der „Wächter am Rhein" für die volle Volkssouveränität im Wege der Revolution ein. Gegen alle diese radikalen Zeitungen hatte die Deutsche Bundesversammlung ihr Veto ausgesprochen und überdies in die Preßgesetzgebung konstitutioneller Staaten eingegriffen, indem sie beispielsweise Baden zwang, sein im Geiste des Konstitutionalismus gegebenes Preßgesetz zurückzuziehen. Nächst Bayern, Württemberg und Baden hatte seit der neuen Verfassung des Jahres 1831 auch in Sachsen die Presse eine freiere Sprache führen dürfen, die in Österreich Anlaß zu wiederholten Beschwerden gegen die sächsische Zensur gab; man warf ihr vor, wie wenig sie geneigt sei, bei den Zeit- und sonstigen Druckschriften, namentlich der „Staatsbürger-

zeitung" und der „Ameise", die religiösen und politischen Verhältnisse der deutschen Bundesstaaten zu berücksichtigen und den hämischen Ausfällen in diesen Journalen sowie in verschiedenen Flugschriften Einhalt zu tun. Geradezu Entsetzen erregte das in Altenburg von Gleich herausgegebene Blatt „Der Eremit", das die Wiener Gewaltigen als die revolutionärste Zeitschrift Deutschlands bezeichneten. Die Strenge der österreichischen Zensur gegen die sächsischen Blätter ging so weit, daß sogar die lammfromme Dresdener „Abendzeitung" verboten wurde. Selbst das Auflegen der belletristischen Leipziger Blätter: „Eilpost", „Lesefrüchte" und „Blätter der Gegenwart" in den Wiener Kaffeehäusern wurde untersagt, wie denn überhaupt auswärtigen Redaktionen, die um Zulassung in Österreich baten, bedeutet wurde, daß es von ihrer ferneren Haltung und von dem bewiesenen Bestreben, eine in jeder Hinsicht korrekte Tendenz zu verfolgen, abhänge, ihren Journalen Aufnahme in das Verzeichnis erlaubter Zeitungen zu gewähren. Auch Brockhaus erhielt einen solchen Bescheid, als er für die von ihm 1837 begründete „Leipziger Allgemeine Zeitung" freien Absatz in Österreich erbeten hatte. Preußischen Zeitungen, die an Farblosigkeit und Inhaltsleere den österreichischen Blättern nahestanden, wurden dagegen keine Hindernisse in den Weg gelegt; für ihre Unschädlichkeit sorgten schon das Berliner Zensurkollegium und sein tätigstes Mitglied, der Geheime Regierungsrat Tzschoppe.

Noch schärfer war die Kontrolle gegen die im Auslande erschienenen deutschen Blätter gerichtet. Vor allem gegen das in Straßburg von Flüchtlingen 1830 herausgegebene „Konstitutionelle Deutschland", das besonders in Baden sehr verbreitet war, dann gegen den von Veneden in Paris redigierten „Geächteten", der wie das „Konstitutionelle Deutschland" von der Bundesversammlung verboten wurde, ein Schicksal, das auch den „Niederrheinischen Kurier" ereilte. Und erst gar die Schweizer Blätter, die im dritten Jahrzehnt massenhaft auftauchten und eine Sprache führten, geeignet

für das Ohr radikaler Heißsporne, aber keineswegs für jenes der Machtträger. Den heftigen Angriffen im „Journal de Geneve“, im „Freien Schweizer“ und in dem „Basellandschaftlichen Volksblatt“ standen die in den von Flüchtlingen herausgegebenen oder geleiteten Zeitungen erschienenen Aufsätze nicht nach. Wie Mazzini in der „Europe centrale“, Granier im „Proscrit“, eiferten unter den deutschen Flüchtlingen: Herold im „Rauracher“, Kombst im „Republikaner“, Fein in der „Neuen Zeitung“, Coremans in der „St. Galler Zeitung“, Lizius im „Beobachter“ und in der Zeitschrift „Des Tellen Pfeil“ Grosse, dessen Absicht dahin zielte, Tirol aufzurütteln. Zu den radikalen Zeitungen der Schweiz zählten noch: die „Annalen des Satans“, der „Oberländer Wächter“, der „Hochwächter am Säntis“, das „Züricher Freitagsblatt“, worin auch politische Dichtungen Aufnahme fanden, der „Erzähler“ und nicht zuletzt der „Republikaner“ mit seinen gegen Österreich gerichteten Korrespondenzen. Von ganz besonderem Interesse für die deutschen Regierungen war jedoch das 1835 erschienene zweisprachige Organ des Jungen Europa „La jeune Suisse“, das jeden Mittwoch und Samstag ausgegeben wurde. Als Leiter dieser Zeitschrift, die sich die Aufgabe gestellt hatte, die Jugend Europas für den internationalen Völkerstaat heranzubilden, wirkten: Garnier, der ehemalige Redakteur des „Proscrit“, Mazzini, Mathy und Ernst Schüler, der es jedoch vorzog, sich hinter dem Strohmann Weingart zu verschanzen. Redaktion und technisches Personal bestanden durchweg aus Flüchtlingen, von welchen der größte Teil 1836 verhaftet und des Landes verwiesen wurde. Alle Vorsicht, die Verbreitung dieser Zeitung sowie der 1836 zu Biel erschienenen Monatschrift „Das junge Deutschland“ über die schweizerische Grenze zu verhindern, konnte doch nicht verhüten, daß ein Teil der Auflage nach Deutschland und nach Österreich gelangte. Auch die radikalen Pariser Blätter „Bon sens“, begründet von der Société des amis du peuple, der republikanisch-satirische „Charivari“, das „Journal du

peuple", Raspails derbsprachiger „Reformateur" sowie der von Carrel geleitete „National", dem der deutsche Musikgelehrte Mainzer als Mitarbeiter angehörte, waren wie auch die deutsch-amerikanische Zeitung „Die Alte und die Neue Welt" und Garniers in London erschienene Zeitschrift „Deutsches Leben, Kunst und Poesie", wenn auch in geringer Zahl in Deutschland verbreitet. Vom „Panorama d'Allemagne" das der Flüchtling Savoye herausgab, gelangten einige Hefte sogar nach Österreich.

Überblickt man den Zustand der Presse am Ausgange des dritten Jahrzehnts, so ergibt sich, daß die meisten freisinnigen Zeitungen schon nach kurzem Bestehen unterdrückt und deren Redakteure gemaßregelt worden waren; die übrigen Blätter hatten sich infolge der strengen Zensur allmählich verflacht und insbesondere in Österreich auf das lokale Gebiet und hauptsächlich auf das Theater beschränkt.

Die „Augsburger"- und „Leipziger Allgemeine Zeitung" waren schließlich die einzigen Blätter größeren Stils, die sich von dem Wust der ephemeren Tagesliteratur vorteilhaft abhoben.

Mit dem Eintritt des vierten Jahrzehnts begann wie in der Politik auch in der Journalistik eine größere Regsamkeit. In Preußen, wo die Besprechung inländischer Angelegenheiten gestattet wurde, konnte man auf eine freiheitliche Entwicklung der Presse hoffen. Freilich nur für kurze Zeit, da nur allzubald der Zensurdruck sich wieder fühlbar machte. Zwei Zeitungen waren es, die damals allgemein beachtet wurden: die „Königsberger Zeitung" wegen ihrer leitenden Artikel und das Organ der Junghegelianer, die „Rheinische Zeitung", die auch der politischen Entwicklung in den übrigen Staaten ihre Aufmerksamkeit widmete und überdies ausführliche Berichte über literarische Erscheinungen veröffentlichte. In mancher Hinsicht aber wurden diese Zeitungen von der freisinnigen schlesischen Presse übertroffen, sowohl von den Hauptblättern in Breslau wie auch von den Lokalblättern der kleinen Städte. Im allgemeinen zeigte

sich die preußische Publizistik sehr rührig, zumal auch die Berliner Korrespondenten: Buhl, Mügge, Mundt, Nauwerk, Hermes und Meyen eifrig bestrebt waren, sowohl in preußischen wie auch in auswärtigen Blättern über die Zustände in der Residenzstadt und über die Stimmung in den verschiedenen Gesellschaftskreisen zu berichten. An Zahl wie auch an Schärfe des Inhaltes die preußischen Blätter überragend, trat seit dem Aufschwung des Liberalismus die sächsische Presse in den Vordergrund. So streng auch die Zensur gegen die einzelnen Preßorgane verfuhr, konnte sie es doch nicht hindern, daß für ein unterdrücktes Blatt sofort ein neues Unternehmen mit derselben Tendenz eintrat. Kaum war die radikale „Lokomotive" verboten, als auch schon gleichgestimmte Organe wie die „Freikugeln" und der „Salamander" folgten. Am heftigsten aber vertraten den politischen Radikalismus die von Robert Blum inspirierten „Sächsischen Vaterlandsblätter", bis ihnen unter dem Ministerium Falkenstein die Konzession entzogen wurde. Aus Hübners Berichten läßt sich der Einfluß feststellen, den Metternich in Preßangelegenheiten auf die sächsische Regierung geübt hatte. Wiederholt wurden von dem österreichischen Generalkonsul in Leipzig gegen die sächsische Presse Vorstellungen erhoben und eine strenge Zensur erwirkt, die so weit ging, daß Hübner 1846 berichten konnte, die sächsischen Blätter seien infolge der weisen Ratschläge Metternichs bereits zahmer geworden. Mit großem Mißtrauen verfolgte der österreichische Staatskanzler die „Leipziger Allgemeine Zeitung", die als Konkurrenzunternehmen gegen die „Augsburger Allgemeine" gedacht war. Anfänglich in Opposition gegen Preußen und wegen des Abdruckes des Herweghschen Briefes an den König verboten, verwandelten sich nach und nach die Angriffe jener Zeitung, die inzwischen ihren Titel in „Deutsche Allgemeine Zeitung" geändert hatte, in unbedingte Lobrednerei der preußischen Regierung, worauf das ursprüngliche Verbot aufgehoben wurde.

Seither mehrten sich die Angriffe gegen Österreich, die Metternich zu wiederholten Beschwerden veranlaßten und die zur Folge hatten, daß das Blatt von der Kreisdirektion besonders streng überwacht und einer scharfen Zensur unterzogen wurde, an der mit Genehmigung der sächsischen Regierung auch der österreichische Generalkonsul mitwirkte. Noch im Februar 1845 berichtete Hübner an den Staatskanzler, das Blatt enthalte so viel Anstößiges, daß die Wahl des auszuscheidenden Stoffes schwer sein werde; aber schon im nächsten Jahre konnte er dem Fürsten melden, wie auffällig die Wandlung dieser Zeitung in bezug auf Österreich sei, die nun sogar anfange, günstige Originalartikel aufzunehmen. So konnte es denn Brockhaus wagen, im Oktober 1847 an den Präsidenten der Polizeihofstelle, Grafen Sedlnitzky, mit der Bitte heranzutreten, seinen Einfluß geltend zu machen, daß der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" mit Beginn des Jahres 1848 der Eingang in die österreichischen Staaten erlaubt werde; er konnte in dem Gesuche auf den bewährten Charakter seiner Zeitung und auf die loyale Gesinnung ihres Redakteurs, des Professors Bülau, hinweisen, in dessen Geschichtswerken die gute Gesinnung für Österreich unzweideutig Ausdruck gefunden habe. Auch Bülau versprach alles zu vermeiden, was den Glauben der österreichischen Bewohner irgend verletzen, der Staatsregierung mißfällig sein könnte. Brockhaus hatte in Sedlnitzky einen warmen Fürsprecher bei Metternich gefunden, der endlich den Eingang der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in die österreichische Monarchie gestattete. Es war aber keineswegs die korrekte Haltung dieses Blattes allein, die den Staatskanzler zu dieser Entscheidung veranlaßte, vielmehr war es die Absicht, dadurch der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" eine unerwünschte Konkurrenz zu bieten. Dieses bisher in Österreich so begünstigte, dem Fürsten Metternich so untertänige Blatt hatte zur selben Zeit wiederholt dem Staatskanzler die Stirne geboten und seine Spalten auch Aufsätzen eröffnet, die in dem

österreichischen Kabinett sehr mißgünstig aufgenommen wurden. Sedlnitzky wie Metternich erwogen sogar das Verbot dieses Blattes, kamen aber mit Rücksicht auf das Aufsehen, das die Anwendung einer solchen Maßregel erregen würde, davon ab und beschränkten sich darauf, Cotta verständigen zu lassen, daß, wofern die Haltung seines Blattes im Verlauf des ersten Semesters 1848 nicht vollkommen korrekt sein sollte, die Regierung genötigt wäre, von dem zweiten Halbjahre angefangen die Pränumeration bei den Postämtern gänzlich einzustellen.

Ein ganz besonderes Augenmerk richtete Metternich in dieser Zeit auf die Presse in Baden, wo neben dem liberalen „Mannheimer Journal" das radikalste deutsche Blatt, die „Mannheimer Abendzeitung", erschien, die für die Grundsätze von Marx, Ruge und Heinzen eintrat und das Hauptorgan der badischen Opposition war. Nächst diesem von Dr. Karl Grün und nach ihm von Karl Ludwig Bernays redigierten Blatte war es die von Gervinus und Mittermaier in Heidelberg geleitete, seit 1. Juli 1847 erschienene „Deutsche Zeitung", gegen die in Österreich das schärfste Verbot erging. In einer Note an den Grafen Sedlnitzky erklärte Metternich, daß es Pflicht der Staatsverwaltung sei, die Verbreitung eines so gefährlichen Organs der revolutionären Presse zu verhindern, und in Betracht des Umstandes, daß gerade nach dieser Zeitung ein so starkes Begehren im Publikum bemerkt werde, niemandem, wer es immer sei, den Bezug dieses Blattes zu gestatten. Bezeichnend für die Furcht des Staatskanzlers vor jeder freien Regung der Presse ist, daß ihm sogar das Organ des Bundestages, die Frankfurter „Oberpostamts-Zeitung", Anlaß zur Unzufriedenheit gab. In einem Schreiben an den Fürsten von Thurn und Taxis beschwerte sich Metternich, daß diese Zeitung, seit Professor Malten als Redakteur vorstehe, die Mißbilligung aller Gutgesinnten errege und sich zum Arsenal der subversiven Partei herabwürdige. Nur Rücksichten für den

Fürsten Thurn und Taxis waren es, die dieses Blatt vor einem Verbot in Österreich schützten; überdies konnte bereits im Dezember 1847 der Ministerresident in Frankfurt berichten, daß infolge Veränderung in der Redaktion eine bessere Richtung dieser Zeitung zu erwarten sei.

So sehr sich die Verbote gegen deutsche Blätter mehrten, die Angriffe gegen das österreichische System dauerten dennoch fort. In entschiedener Weise traten in leitenden Artikeln die „Kölnische"-, die „Bremer"- und die „Weser-Zeitung" gegen Österreich auf, ebenso die „Augsburger Abendzeitung" und die „Konstitutionellen Jahrbücher" in Stuttgart, in welchen zum größten Teil die Zustände im Kaiserstaate besprochen wurden. Auch in den grünen Heften der „Grenzboten", von dem Österreicher Kuranda herausgegeben, erschienen allerlei Aufsätze, die in das Dunkel der österreichischen Verwaltung leuchteten und daher Metternichs Unzufriedenheit erregten. Je mehr sich das Verzeichnis der verbotenen Zeitungen und Flugschriften von Jahr zu Jahr erweiterte, desto lebhafter entwickelte sich der Schmuggel, der besonders an der böhmischen Grenze lebhaft betrieben wurde. An vielen Orten, besonders zwischen Gabel und Zittau, wurde der Schleichhandel sogar durch Weiber getrieben, die sich nach sächsischen Ortschaften auf Gemüsemärkte begaben und, heimwärts kehrend, in ihren Körben allerlei verbotene Druckschriften und Zeitungen einschwärzten.

Noch trauriger als in den deutschen Landen war es um die österreichische Journalistik bestellt, die im Beginn der vierziger Jahre allerdings an Umfang und Ausdehnung gewonnen hatte, deren geistiger Gehalt aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein Bild bedauernswerten Tiefstandes bot. Eine Denkschrift der Wiener Zeitungsherausgeber, die im Dezember 1842 dem Grafen Sedlnitzky überreicht wurde, schildert den in moralischer und materieller Beziehung gleich jämmerlichen Zustand der Presse, der durch die beengende und höchst drückende Zensur geschaffen wurde. Der öster-

reichischen Journalistik — heißt es daselbst — sei der Lebensnerv unterbunden, alle besseren Kräfte zögen es vor, für ausländische Blätter zu schreiben, weshalb die inländischen Redaktionen genötigt seien, ihre Mitarbeiter aus dem Abhub der Skribler zu nehmen. Sehr bezeichnend ist auch die Bitte, der Journalistik gnädigst zu gestatten, daß sie in artistischen, literarischen und ästhetischen Angelegenheiten eine Meinung haben, eine Ansicht aussprechen, ein Urteil fällen, eine Tendenz festhalten dürfe, ohne befürchten zu müssen, daß der Zensor seine eigene ästhetische Meinung mit in sein Amt ziehe und so zum Antikritiker werde. Kürzer und eindringlicher als durch diesen Notruf hät'e die Lage der österreichischen Journalistik nicht geschildert werden können. Allenfalls wäre noch Bauernfeld als Zeuge zu führen, der 1845 an August Lewald schrieb, daß sich die Zensurverhältnisse gewaltig ändern müßten, sollten sich die besseren Schriftsteller der Journalistik anschließen.

Es gab eine Zeit, in der Metternich als wirksamstes Mittel, die inländischen Zeitungen zu verbessern, die Notwendigkeit betonte, verständige Männer als Redakteure zu gewinnen und den Zeitungen einen größeren Spielraum zu gewähren. Aber der Freund der Presse hatte sich gar bald in ihren bittersten Feind verwandelt. „Deutschland" — schrieb er kurz nach Kotzebues Ermordung — „ist vielleicht der einzige zivilisierte Staat, in welchem jemals alle Worte, welche zu dem Volke gesprochen werden, nur Aufruhr predigen, ohne daß sich aus eigenem Antriebe nur eine Stimme zugunsten der Vernunft erhoben hätte." Die Zeitungsschreiber erschienen ihm jetzt nur mehr als Volksverführer, die Presse als ein verderbliches Werkzeug in den Händen einer beschränkten Menge elender halbgelehrter Ruhestörer.

Vom Geiste Metternichs erfüllt, hatte der Bundestag in der Sitzung vom 20. September 1819 ein Gesetz beschlossen, das entgegen dem Artikel 18 der deutschen Bundesakte, womit gleichförmige Verfügungen über die Preßfreiheit

im Aussicht gestellt wurden, das Schrifttum mit dem schwersten Zensurdrucke bedrohte. Die Geister aber regten sich doch, und als im dritten Jahrzehnt die Stimmen in der Presse lauter wurden, da war es wieder Metternich, der den lahmen Bundestag zu strengen Maßregeln gegen die Presse anspornte. „Die Preßfragen" — schrieb er 1832 an Wittgenstein — „sind heute die allerwichtigsten. Im revolutionären Interesse haben die Revolutionärs einen sehr richtigen Takt. Es ist nicht umsonst, daß sie die Presse über alles stellen und behaupten, daß in ihr alles Heil liegt." Wieder wie ehemals warnte er vor dem täglich gereichten Gift einer schlechten populären Zeitungsliteratur und wieder zeigte sich der Bundestag als ein gefügiges Werkzeug dieses Staatsmannes, der keine Gelegenheit vorübergehen ließ, die liberale Journalistik zu bekämpfen. Noch kurz vor seinem Rücktritte hatte er die Meinung ausgesprochen, daß bei Vollziehung der Karlsbader Beschlüsse weit öfter zuwenig, als zuviel geschehen sei.

Das Preßgesetz des Jahres 1819, eine Schöpfung der Reaktion, stand mit den Verfassungen der süddeutschen Staaten in grellem Widerspruch und fand in Bayern wie in Baden heftige Gegner. Die bayrische Regierung hatte dieses Gesetz mit der Klausel publiziert, daß es nur insofern Wirkung habe, als es mit der Verfassung und den bestehenden Landesgesetzen übereinstimme; sie ließ 1824 die Verlängerung des Geltungstermines nur unter der Bedingung zu, daß baldmöglichst ein allgemeines deutsches Preßgesetz zustande komme. Indessen traten auch in Bayern an Stelle der liberalen Grundsätze gesetzliche Verfügungen, die sich von der Strenge des Bundesgesetzes fast nicht mehr unterschieden. Die Maßregeln gegen Wirth und Siebenpfeiffer zeigten, daß auch im konstitutionellen Bayern die Publizistik allerlei Quälereien ausgesetzt war. Bezeichnend ist es, daß König Ludwig in Aschaffenburg gelegentlich der Audienz eines Mitgliedes der Bundeszentralbehörde sagte: „Ich selbst war einst ein Freund der Preßfreiheit; ich habe mich aber noch vor der Julirevo-

lution überzeugt, daß es unmöglich ist, mit derselben in Deutschland zu regieren."

Auch in der badischen Deputiertenkammer ist die Gültigkeit des Bundespreßgesetzes bestritten worden. Unbekümmert um dieses Gesetz legte die Regierung am 21. Oktober 1831 ein Preßgesetz vor, das am 1. März 1832 in Kraft trat, von der Bundesversammlung aber als unvereinbar mit dem Bundesgesetz erklärt wurde. Die badische Regierung, aufgefordert, das liberale Preßgesetz zu suspendieren, erklärte, diesem Ansinnen nicht Folge leisten zu können. Nun setzten Österreichs und Preußens Gesandte am badischen Hof ein, anfänglich nicht ohne Widerstand, im Laufe von wenigen Monaten aber mit vollem Erfolg. Bereits am 30. Juli 1832 erschien im badischen „Staats- und Regierungsblatt" eine Verordnung, die alle dem Bundesgesetze widersprechenden Bestimmungen als unwirksam erklärte, die Zensur wieder einführte und die Öffentlichkeit des Verfahrens aufhob.

Mehr als zwanzig Zeitungen waren seit der Wirksamkeit des Bundesgesetzes unterdrückt worden und sicherlich hätten die Verfolgungen eine noch höhere Zahl erreicht, würde nicht in den Vertretungskörpern der konstitutionellen Länder wiederholt auf die Notwendigkeit einer Reform der Preßgesetzgebung hingewiesen worden sein, würden nicht Männer wie Welcker, Uhland, Itzstein und Mathy ihre Stimmen gegen die Übergriffe der Zensur erhoben haben, die der berühmte Rechtslehrer Mittermaier als eine unkluge und ungerechte Anmaßung bezeichnete, „durch welche das böse Gewissen oder der Unverstand der Machthaber das Verdammungsurteil über die Unmündigkeit des Volkes ausspreche".

III.

Schon vor dem Frankfurter Attentate hatte Metternich den im Deutschen Bunde maßgebenden Staaten den Plan eines polizeilichen Zentrums in Deutschland mitgeteilt. „Es ist hier

nicht die Rede von einem richterlichen Benehmen" — schrieb er am 26. Februar 1833 an den österreichischen Vertreter am württembergischen Hofe — „sondern von einem polizeilichen. Vor allem ist es nötig, die Dinge genau kennen zu lernen, und man hängt die Diebe nicht, bevor man sie hat." Im gleichen Sinne schrieb er an den preußischen Minister Wittgenstein: „In einem Fokus vereint, werden aus den bis jetzt getrennten Strahlen Lichtmassen entstehen, und werden die Regierungen — die Erforschungen zweckmäßig geleitet — in die Möglichkeit setzen, zu Maßregeln würdig zu schreiten." Anfang März berichtete Wittgenstein bereits, daß der König mit dem Vorschlag einverstanden sei und bald darauf konnte Metternich seinem preußischen Kollegen mitteilen, daß auch die Könige von Bayern und Württemberg ihre Zustimmung gegeben; er sei nicht der Ansicht, daß man von diesen beiden Höfen absehen solle. „Die Menschen" — setzte er belehrend bei — „glauben weit mehr an das, wo sie die Hand selbst im Spiele haben, und es wird stets von unseren beiden Höfen abhängen, in einer richtigen Verteilung der Rollen die oberste Leitung des Ganzen zu behalten." Was Metternich bezweckte, war keineswegs die Errichtung eines polizeilichen Zentrums mit exekutiver Gewalt, sondern lediglich die Errichtung einer Informationsbehörde mit der Aufgabe, die Spuren revolutionärer Umtriebe zu verfolgen und hierüber zu berichten. Als Sitz dieser Geheimbehörde wurde nicht Frankfurt, welche Stadt Metternich „ein wahres Klatschnest" nannte, sondern Mainz gewählt. Hier begann kurz nach dem Frankfurter Putsch das Zentral-Informationsbureau seine Tätigkeit. Organisation und Leitung wurde einem der tüchtigsten Wiener Polizeibeamten, dem Oberkommissär Karl Noé übertragen, der unter dem Pseudonym Nordberg und unter dem Titel eines Sekretärs des Mainzer Militärgouverneurs sein schwieriges Amt antrat. Eine Instruktion, die Metternich seinem Vertrauensmann mit auf den Weg gab, enthielt nähere Weisungen und auch die Begründung

dieses Zweiges der geheimen Polizei. „Jene verruchte Verbindung“ — schrieb der Fürst am 20. April 1833 — „welche seit einem halben Jahrhundert an dem Umsturze der bestehenden und selbst aller möglichen gesetzlichen Ordnung und aller Throne unablässig arbeitet, hat im Jahre 1830 in Frankreich einen bedeutenden Sieg errungen, welcher ihr jedoch keineswegs genutzt. Ihr Plan geht weiter, er umfaßt die Welt, und von Paris, wo die revolutionäre Propaganda sitzt, bearbeitet diese Gesellschaft die verschiedenen Reiche Europas, um ihre verderblichen Lehren den Nationen einzuimpfen und die Völker gegen ihre Regierungen aufzuwiegeln. Der leitende Ausschuß, welcher das Zentrum dieser permanenten Verschwörung bildet, hat unter sich ebenso viele oberste Klubs als es Nationen gibt, deren Revolutionierung gehofft werden kann. Was der spanische, italienische, belgische, polnische und der schweizerische Klub gewirkt haben, lehrt uns die Geschichte der drei letzten Jahre. Die Arbeiten des deutschen Klubs sind in voller Tätigkeit und die Frankfurter Ereignisse vom 3. April waren das Vorspiel eines ganz Deutschland umfassenden Planes. Der Augenblick ist entscheidend; der Kampf des ewigen Rechtes gegen das revolutionäre Prinzip ist nahe und unvermeidlich. Gegen Österreich wenden sich die Blicke aller Regierungen, welche Rettung suchen. Jede Machination der Pariser Propaganda ist für Österreich von hohem Interesse; insofern aber diese Ränke Italien, Deutschland, Ungarn und Polen zum Gegenstand haben, wird die Erforschung solcher Komplotte uns eine wahre Selbsterhaltungspflicht.“

Also nicht auf Deutschland allein sollte die Tätigkeit des Mainzer Institutes beschränkt bleiben, sie sollte sich mit Rücksicht auf den internationalen Charakter der Propaganda auch über die deutschen Grenzen erstrecken: auf Frankreich, den Sitz der Verschwörungen, auf die Schweiz, den Hort der Flüchtlinge, auf Belgien, den Zufluchtsort der vielen Polen. Das Informationsbureau hatte nicht nur die deutsche

Publizistik zu überwachen, es hatte auch die Pläne der Umwälzungsparteien zu erforschen und die Zentralbehörde in Frankfurt in ihren Aufgaben zu unterstützen, Arbeiten, die eine genaue Kenntnis von Land und Leuten bedingten, vor allem aber eine völlige Vertrautheit mit den Plänen der vielverzweigten Propaganda in den einzelnen Ländern. Dazu bedurfte es tüchtiger Kundschafter, die zu gewinnen gleichfalls dem Mainzer Bureau oblag. Von hier sollten die Instruktionen an die Berichterstatter erfolgen, hier deren Nachrichten „konzentriert und depuriert" werden, hier der Austausch von Noten mit den befreundeten Regierungen erfolgen. Die von Mainz nach Wien gesendeten Berichte wurden sodann der „Zentral-Informationskommission" zugewiesen, der Vertreter der Polizei, der Justiz und der Staatskanzlei angehörten. Eine solche Einrichtung bestand auch in Berlin, wo zu den Mitgliedern des „Zentralkomitees", dessen Protokoll Tzschoppe führte, die beiden Justizminister, der Polizeiminister, Ancillon, Graf Lottum und der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürst von Wittgenstein zählten.

Schon Gutzkow hatte in seinen „Rückblicken" dieses Mainzer Bureaus gedacht, und in neuester Zeit sind von Ludwig Geiger, in seinem Buche „Das junge Deutschland" auch einige Geheimberichte veröffentlicht sowie zwei Konfidenten mit dem Bemerken charakterisiert worden, daß zur Entscheidung der Frage, ob noch andere an solchen Berichten beteiligt waren, das vorhandene Material nicht ausreiche. Zahlreiche, bisher noch nicht veröffentlichte Geheimberichte geben jedoch von der umfassenden Tätigkeit noch anderer als der genannten Agenten hinlänglich Zeugnis, ebenso von dem Organisationstalent und den besonderen Fähigkeiten jener Polizeibeamten, die Metternich und Graf Sedlnitzky zur Dienstleistung nach Mainz entsendet hatten. Der an die Spitze gestellte Oberkommissär Karl Noé hatte von seinen umfassenden Kenntnissen, seiner diplomatischen Gewandtheit und seiner scharfen Auffassungsgabe, die ihm

oft mit Leichtigkeit in verwickelten Fällen den richtigen Weg wies, längst hinlängliche Proben gegeben. Schon gelegentlich der Kongresse zu Verona und Mailand und einer 1828 unternommenen Dienstreise nach Brüssel zum Zwecke des Studiums der maçonnerie, nicht minder auch 1830, als er beauftragt worden war, über die Stimmung in Galizien zu berichten. Noé war es auch, der Silvio Pellico und Pietro Maroncelli nach ihrer Entlassung aus der Haft am Spielberg in die Heimat zu geleiten hatte. In seinem Werke „Le mie prigioni“ gedenkt Silvio Pellico seines Begleiters, von dessen jeder Hinterlist unfähigen edlen Natur er sich mit jedem Tage der Reise überzeugt hatte. Als sie schieden, schrieb Pellico in das Stammbuch seines „angelo custode“: „Carlo! Tu sei puell' Angiolo! Jo conobbi il tuo cuore: ed il mio agognera sempre d' assomigliarsi.“ Es ist bemerkenswert, daß mit wenigen Ausnahmen die höheren Polizeibeamten der vormärzlichen Zeit den wegen politischer Umtriebe Verfolgten die Brutalität der Übermacht nicht hatten fühlen lassen. Auch während seines Wirkens als Leiter der Mainzer Geheimpolizei war Noé mit schwierigen Missionen wiederholt betraut worden. Wir finden ihn in geheimer Sendung in Paris und in diplomatisch-polizeilicher Eigenschaft 1845 in der Schweiz, um Siegwart Müller, dem Präsidenten der Luzerner Regierung, von der Berufung der Jesuiten nach Freiburg und Luzern abzuraten sowie über den Verlauf des ausgebrochenen Sonderbundskrieges, der für die konservativen Kantone unglücklich endete, zu berichten. Müller hatte damals gebeten, kaiserliches Militär an der Grenze aufzustellen, um den radikalen Kantonen zu imponieren; einem Wunsche, dem Metternich zu entsprechen geneigt gewesen wäre, „wenn König Louis Philipp zu jener Zeit auch nur über einen Mann in der französischen Armee hätte verfügen können“.

Kein starrer Bureaukrat, hatte Noé als eine der wichtigsten Bedingungen der staatlichen Ordnung die Aus-

gestaltung der Volksschule vorgeschlagen und auf die Förderung der materiellen Interessen durch kommerzielle und landwirtschaftliche Vereine, durch Errichtung von Sparkassen auch in kleinen Orten sowie durch öffentliche Unternehmungen hingewiesen. Diesem in jeder Hinsicht tüchtigen Staatsdiener stand, nicht minder mit wichtigen Aufgaben betraut, der Polizeibeamte Clannen von Engelshofen zuseiten. Auch er hatte den größten Teil Deutschlands, Frankreich und die Schweiz bereist und über seine Wahrnehmungen berichtet, die Täler der Saar und der Mosel durchwandert und durch längere Zeit in Köln wie in Aachen, wo die Arbeiter durch belgische und französische Agenten in Gärung erhalten wurden, Aufenthalt genommen. Diesen beiden erprobten Beamten wurde als Dritter in der untergeordneten Stellung eines Praktikanten der Polizeihofstelle ein junger Mann zugesellt, der sich in nachmärzlicher Zeit als einer der tüchtigsten Publizisten betätigt hat: Karl Eduard Bauernschmid. Zu Himberg in Niederösterreich 1801 geboren, absolvierte er das Gymnasium in Krems, wo sein Vater Syndikus war, studierte hierauf die Rechte an der Wiener Universität und trat 1825 als Praktikant bei dem Wiener Magistrat ein. Schon damals wurde seine umfassende Bildung, seine Gewandtheit in verschiedenen Sprachen sowie sein schriftstellerischer Talent gerühmt, das er durch mehrere Arbeiten für die „Wiener Zeitschrift" bekundete. Diese Qualitäten gaben ihm unter vielen Bewerbern um einen Posten bei der Polizeihofstelle den Vorzug, ebenso bei der Auswahl eines fähigen Beamten für das Mainzer Informationsbureau. Bald darauf wurde er unter dem Decknamen Braun nach Paris entsendet, wo er unter anderen politischen Persönlichkeiten auch mit Lafayette und Lamennais verkehrte und den Erscheinungen auf dem Gebiete der politischen Literatur sein Augenmerk zuwendete. „Denken Sie sich" — schrieb er im März 1834 an Noé — „daß ich oft an einem Abend zwei oder drei Klubs besuche, in die entferntesten Vorstädte fahre, in allen

Lesekabinetten das Pikanteste und Neueste zu meiner Disposition haben muß.“ So sehr auch seine Leistungen anerkannt wurden, fühlte sich der junge Schriftsteller als Geheimpolizist doch recht unbehaglich, weshalb er bat, seine ebenso mühevolle als seiner Empfindung widerstrebende Dienstleistung sobald als möglich mit einer anderen vertauschen zu dürfen. Erst nach wiederholtem Drängen wurde er des Geheimdienstes enthoben und als Bücherrevisor nach Graz versetzt. Von dieser seiner Gesinnung ebenfalls widerstrebenden Aufgabe erlöste ihn erst die große Bewegung im Jahre 1848, die ihm einen neuen Beruf als Schriftsteller eröffnete.

War Bauernschmids Mission in Paris eine geheime, so erfolgte dagegen Noés Entsendung im Jahre 1836 offiziell, da sie im Einvernehmen mit der französischen Regierung geschah. Der erfahrene Beamte hatte eine heikle Aufgabe zu lösen, zumal Fürst Metternich die französische Administration selbst für ein revolutionäres Produkt hielt. Noés erste Unterredungen mit Thiers, Montalivet und dem Chef der Pariser Geheimpolizei, Grafen Gasparin, ließen den österreichischen Abgesandten ziemlich deutlich erkennen, daß die französische Behörde mehr erfahren als mitteilen wollte. Man sagte ihm, die Umtriebe der Deutschen in Frankreich hätten wenig Bedeutung und die Gefahr eines bewaffneten Angriffes sei ausgeschlossen. Einen solchen besorgte Metternich auch nicht, wohl aber befürchtete er die Schädlichkeit der Presse und den Schleichhandel mit revolutionären Schriften. Nur in einem Punkte gab es eine volle Übereinstimmung der Ansichten: daß nunmehr der Augenblick gekommen sei, in der Schweiz eine feste Sprache zu führen und den Verschwörungsherd daselbst zu sprengen. Im allgemeinen aber zeigte es sich, daß der österreichische Polizeibeamte in die Geheimnisse der Propaganda weit besser eingeweiht war als die französische Polizei, trotz ihrer hohen Dotation. Was Noé mitgeteilt wurde, bewies nur, daß

die französische Geheimpolizei entweder keine Kenntnis von dem Verhalten der Deutschen in Frankreich hatte oder absichtlich keine Mitteilungen machen wollte. Es ist nahezu unglaublich, daß der Chef der Pariser Geheimpolizei erst durch Noé über die Beziehungen Börnes zu den Republikanern, die Tendenz der „Balance" und des „Geächteten" sowie über die Aufenthaltsorte der deutschen Demagogen unterrichtet worden sein soll. Erst in einer späteren Unterredung gestand Gasparin das Bestehen eines „Jungen Deutschlands", dessen Zweig in Paris sich „Neue Hütte" nannte, zu, ohne sich jedoch in nähere Details einzulassen, weshalb Noé es für zweckmäßig hielt, einen Konfidenten mit der Aufgabe zu betrauen, die deutschen Handwerker zu überwachen. Bei allen Konferenzen mit Noé zeigte die französische Regierung nur für die Unterdrückung der Propaganda in der Schweiz lebhaftes Interesse. Thiers, der schon früher den Grafen Apponyi ersucht hatte, einen der in der Schweiz verwendeten österreichischen Geheimagenten mit dem Herzog von Montebello in Verbindung zu bringen, um über die Flüchtlinge in der Schweiz Nachrichten zu erhalten, wiederholte diesen Wunsch auch Noé gegenüber, der, als er im Juni 1836 abberufen wurde, sich erbötig machte, auch von Deutschland aus Mitteilungen zu liefern, die sich der Chef der französischen Geheimpolizei unter der Adresse seines Freundes Taguard erbat. Eine zweite Sendung Noés — diesmal mit Zustimmung des Königs Ludwig Philipp — erfolgte im August 1838 zu dem Zwecke, die französische Regierung abermals von der Gefährlichkeit der revolutionären Propaganda zu überzeugen und darauf aufmerksam zu machen, daß gerade Frankreich am meisten von der Umwälzungspartei bedroht sei. Wieder zeigte es sich, daß die Regierung von den geheimen Vorgängen nicht genügend unterrichtet war und daß Fürst Metternich recht hatte als er bemerkte, so gewandt auch die französischen Polizeiagenten seien, wenn es sich um die Feststellung einer bestimmten Tatsache handle, so wenig besäßen

sie die Eignung, das ganze Feld zu übersehen und den Zusammenhang verschiedener revolutionärer Entwürfe zu erkennen. In einem Memoire, das Noé damals dem Konseilspräsidenten Grafen Molé überreichte und das eine Darstellung der Propaganda mit besonderer Berücksichtigung der Epoche nach der Julirevolution enthielt, schilderte er eingehend die verschiedenen Arten, sowie den Organismus der geheimen Verbindungen und ihrer Mittel. Noch während Graf Molé mit dem Studium dieses Schriftstückes beschäftigt war, konnte Noé seiner Regierung interessante Einzelheiten über „den jungen Abenteurer" Louis Bonaparte mitteilen und berichten, daß, wenn dieser nicht bald die Schweiz verlasse, die Revolutionäre sich auf diesem Boden sammeln werden, um zu einem Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen der Schweiz und Frankreich nach Kräften beizutragen und dem Prinzen zu einer republikanisch-militärischen Diktatur in Frankreich zu verhelfen. Noés zweite Mission nach Frankreich hatte insofern Erfolg, als Graf Molé nicht nur die Fortsetzung von Nachrichten, sondern auch dauernden Aufenthalt eines österreichischen Polizeibeamten in Paris wünschte, um einen gegenseitigen Austausch von Mitteilungen bewerkstelligen zu können. Metternich beeilte sich denn auch, dem Wunsche des Grafen zu entsprechen und den mit dem Treiben der Propaganda ebenfalls vertrauten Polizeibeamten von Engelshofen in geheimer Mission nach Paris zu senden. Was Molé gewünscht hatte, schien jedoch dem Grafen Montalivet bedenklich; er befürchtete durch die Anwesenheit eines österreichischen Polizeibeamten in Paris eine Bloßstellung des französischen Gouvernements und außerdem erfüllte ihn der Gedanke, Österreich beabsichtige am Ende gar im Zentrum der Verwaltung eine Art Polizei zu organisieren, mit einiger Besorgnis. Obgleich es Engelshofen gelungen war, Montalivets Bedenken zu zerstreuen, schien es ihm doch zweckmäßig, Paris zu verlassen, zumal Metternichs Geheimagenten in der Seinestadt der Pariser Propaganda ohnehin die vollste Aufmerksamkeit zuwendeten.

„Paris" — heißt es in einem dieser Geheimberichte — „ist wichtig als Sitz der Zentralloge, der Emissionen, der Sozialreformgesellschaften, der Handwerkervereine, endlich als Sitz der Revolution selbst, die nie als erschöpft anzusehen ist, sondern einem Vulkan gleicht, der nur neuen Brennstoff sammelt, um auszubrechen."

Wie aus Paris, langten auch aus Brüssel und London, aus verschiedenen Teilen der Schweiz und aus deutschen Städten Berichte der Mainzer Geheimagenten in Wien ein. Manche dieser Berichte flossen nicht aus lauterer Quelle und nicht selten wurden Kombinationen für Tatsachen aufgetischt, wodurch die exekutiven Behörden nur beirrt wurden. „Unter allen Erfordernissen des politischen Beobachters" — schrieb damals Bauernschmid an Noé — „ist, worauf man gerade am wenigsten denkt, die Ehrlichkeit das unerläßlichste, aber auch am seltensten anzutreffen, weil infolge der Natur dieser geheimen Operationen die Lüge ebenso theuer bezahlt wir , als die Wahrheit." Es wäre aber irrig, diese Berichte samt und sonders als gefärbt, der Wahrheit widersprechend und als gänzlich wertlos zu bezeichnen, zumal die Beamten des Mainzer Bureaus den Weizen von der Spreu genau zu unterscheiden wußten. Mit wenigen Ausnahmen waren die Berichterstatter dieses Institutes Leute, die durch ihren Verkehr hinlänglich Gelegenheit hatten, in das Zeitgetriebe Einblick zu gewinnen. Besonders die der Publizistik angehörenden Geheimagenten waren schon beruflich in der Lage, sich über Literaten und deren Wirken zu unterrichten, mithin nicht genötigt, den Mangel an genauer Kenntnis durch müßige Erfindungen zu ersetzen. Sind auch nicht alle diese Berichte objektiv, so kann doch der weitaus größere Teil die Wahrheitsprobe bestehen, im Gegensatz zu den Berichten der nichtliterarischen Konfidenten, die, zumeist selbst im feindlichen Lager stehend und als Provokateure tätig, ihre Doppelrolle mehr oder minder geschickt spielten. Gab es doch darunter Abenteurer, die sich nicht scheuten,

bald dieser, bald jener Regierung ihre Dienste anzubieten, arbeitsscheue Individuen, die unter der Maske politischer Flüchtlinge ihr unsauberes Gewerbe betrieben, stets in Angst, entlarvt und gezüchtigt zu werden. Zu dieser Klasse zählte ein gewisser Aldinger aus Dörzbach, der sich, wie aus Rochows Briefen an Kelchner hervorgeht, auch als preußischer Spion verdingt hatte und unter allerlei Decknamen an verschiedenen Orten aufgetaucht war: in Bonn, in Frankfurt, in Rheinbayern und in Straßburg. Als sich die Schweiz mit Flüchtlingen gefüllt hatte, erschien auch Aldinger, der als „Baron Eyb“ mit Mazzini viel verkehrte, Teilnehmer an der Druckerei der „Jungen Schweiz“ und mit allen Plänen der geheimen Klubs wohlvertraut war. Voll Ränke, denunzierte er sogar sich selbst, um bei seiner Verhaftung die Namensliste der Verschworenen finden zu lassen, deren Vertrauen er erschlichen hatte. Seine unsaubere Tätigkeit in der Schweiz endete mit einem Prozeß, in den er wegen Verdachtes der Mitwisserschaft an der Ermordung des preußischen Spions Lessing verwickelt worden war. Ein Beweis hierfür konnte nicht erbracht werden; die schweizerische Presse aber sprach es ganz offen aus, daß der falsche Baron Eyb das Geschäft eines Spions betrieben und auf Kosten einer fremden Macht ein luxuriöses Leben geführt habe.

Mit weit größeren Geistesgaben als Aldinger ausgestattet, wirkte unter dem Decknamen Schäfer ein ehemaliger Jurist aus Aschaffenburg, der, als einer der hervorragendsten Teilnehmer an dem Frankfurter Putsch verhaftet, aus dem Gefängnisse entwichen war und sich zuerst nach Zürich, und von hier ausgewiesen, nach Bern flüchtete, wo er als Anhänger der Charbonnerie den Haß der zum „Jungen Deutschland“ gehörigen Parteihäupter erregte. Dieser Flüchtling, der als einer der gefährlichsten unter den deutschen Revolutionären verfolgt wurde, bot sich im Jahre 1836 als geheimer Berichterstatter an und eröffnete seine Tätigkeit zunächst in Paris; auf Antrag der preußischen Gesandtschaft ausgewiesen,

begab er sich nach London, um daselbst Mazzini, Ruffini, Kombst, Fein und Garnier zu überwachen.

Im nächsten Jahre nach Paris zurückgekehrt, berichtete er über die bonapartistische Bewegung und über die Vereinigung der Société des amis du peuple mit der geheimen Ligue Napoléon, der auch die polnisch-demokratische Emigration beigetreten war. Dieser unter verschiedenen Namen wirkende Geheimagent, wohl der schlaueste unter allen Konfidenten, hatte immer neue Mittel und Wege gefunden, die Pläne seiner Gegner zu durchschauen; er selbst rühmte sich, das revolutionäre Europa wie eine Karte vor sich zu haben sowie die Orte und Beziehungen der einzelnen Parteien genau zu kennen, und so wenig ihm Metternich anfänglich traute, so mußte er doch dessen Gewandtheit und Verwendbarkeit anerkennen.

Einige Zeit in enger Verbindung mit ihm stand der ehemalige Redakteur des „Wächters am Rhein", Franz Strohmeyer aus Tauberbischofsheim, der wegen Amtsbeleidigung in Untersuchung gezogen, zuerst nach Straßburg und von hier ausgewiesen nach der Schweiz entfloh, wo er als Mitbegründer des „Jungen Deutschlands" verhaftet und abgeschafft wurde. Bald darnach finden wir ihn in Paris als Agenten des Ministers Molé und schon nach kurzer Zeit als Berichterstatter für Österreich unter den Decknamen Lindner und West. Aus Paris entfernt, begab er sich nach London, wo er sich als Mitarbeiter verschiedener englischer Blätter und nebstbei als Lehrer der Mathematik in einer Ingenieurschule betätigte. In der Folge tauchte er in geheimer Mission bald in Straßburg, bald in Paris und Lyon auf, sodann in der Schweiz, wo er die Aufgabe hatte, das kommunistische Sektenwesen zu beobachten. Nach Deutschland zurückgekehrt, berichtete er über die Vorgänge in Baden und Württemberg und wirkte zuletzt in Konstanz als Redakteur des „Tagesherold". Dieser ehemals radikale Publizist, dessen vielbewegtes Leben ebenso reich an Erfahrungen wie an Enttäuschungen war,

soll, wie die „Karlsruher Zeitung“ meldete, im Jahre 1847 gestorben sein.

Abwechselnd mit diesem Schriftsteller, der sich auch als lyrischer Dichter versucht hatte, berichtete über die Bewegung der Kommunisten in der Schweiz sowie auch über die Fourieristen in Frankreich, Dr. Kuhlmann, ein absonderlicher Kauz, Phantast und Schöpfer einer neuen Lehre vom Reiche des Geistes und der Wirklichkeit, für die er in der Schweiz wie auf deutschem Boden Proselyten zu werben unternahm.

Außer diesen deutschen Agenten waren auch die Italiener Garolfo und Salvadori mit allerlei Aufträgen betraut; dieser beobachtete in Paris die Häupter der republikanischen und der aristokratischen Parteien unter den Italienern, jener die geheimen Verbindungen seiner Landsleute im übrigen Frankreich und in der Schweiz.

Hatten diese Konfidenten die Aufgabe, das Leben und Treiben der Flüchtlinge im Auslande zu überwachen, so oblag es einer Reihe anderer Geheimagenten, teils über politische Vorgänge in den deutschen Staaten, teils über Literaten und Publizisten zu berichten. Frankfurt und Leipzig boten hierfür die beste Ausbeute. Dort lebte ja einige Zeit hindurch Gutzkow mit seinem Anhange; hier, in der Stadt an der Pleiße, dem Stapelplatz des deutschen Buchhandels, vereinigten sich viele Literaten und Publizisten, zu welchen auch einige junge Österreicher zählten, die wegen Übertretung der Zensurgesetze den Weg ins Ausland genommen hatten. Schon vor Errichtung der Polizeistelle zu Mainz waren aus Frankfurt literarische Geheimberichte nach Wien gelangt, unter anderen über Börne. Frankfurt war mit Kundschaftern aller Art überfüllt; fast jeder Bundesstaat hatte hier seine Geheimpolizisten, zu welchen auch untergeordnete Beamte der Gesandtschaften zählten. Man wies in den Straßen bald auf diesen, bald auf jenen und gar häufig freute man sich, einen und den anderen dieser Schleicher mit falschen Nachrichten versehen zu haben.

Metternichs literarische Agenten dagegen waren Leute, die die Augen offen und den Mund verschlossen hielten, Männer, die im Rufe des Liberalismus standen und mitten im Getriebe des literarischen Lebens ihre Doppelrolle längere Zeit hindurch meisterlich zu spielen wußten. Da wäre zunächst der ehemalige Redakteur des weimarischen Oppositionsblattes und Nachfolger Börnes in der Leitung der „Zeitung der freien Stadt Frankfurt“ Dr. Johann Baptist Pfeilschifter zu nennen, dem Goethe einen Stachelvers gewidmet hatte. Dieser ehemals liberale Journalist, der auch Korrespondent der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ war und später ein konservativer Zeitungsschreiber wurde, hatte sich wiederholt als Geheimagent Metternichs verwenden lassen. In gleicher Eigenschaft betätigte sich auch Ludwig Beurmann, der in Pfeilschifters Berichten als Angehöriger der jungdeutschen Literatur bezeichnet wurde. Ehemals Advokat in Bremen, hatte er diesem Beruf entsagt, um Schriftsteller zu werden, als welcher er sich auch in Frankfurt aufhielt, an Dullers „Phönix“ mitarbeitete und später gemeinschaftlich mit Karl Gutzkow, dem er freundschaftlich verbunden war, den „Telegraph“ begründete. Kurze Zeit auch Redakteur der „Oberpostamts-Zeitung“, übernahm er 1841 die Leitung des „Journal de Francfort“, das die Interessen Rußlands vertrat. Außer seiner journalistischen Tätigkeit hatte er sich bei seinen Zeitgenossen durch eine Reihe von Schriften bemerkbar gemacht, die heute aus ihrem Schlummer in den Bibliotheksregalen von emsigen Forschern ab und zu geweckt werden. Dieser Beurmann, von vorteilhafter Erscheinung und großen intellektuellen Fähigkeiten, war 1836 für den Geheimdienst von Engelshofen geworben worden, der in der Wahl zwischen Wienbarg und Beurmann diesen seiner besonderen Fähigkeiten wegen bevorzugte. „Es hätte nicht schwer gefallen“ — berichtete am 29. April 1836 Engelshofen seinem Vorgesetzten — „Wienbarg trotz seiner stark wurzelnden demagogischen Grundsätze zu gewinnen.“ Ob Engelshofens Meinung be-

züglich Wienbargs begründet war, wird sich kaum feststellen lassen, aber mit Bestimmtheit kann gesagt werden, daß aus Wienbargs Feder kein einziger Geheimbericht stammt. Beurmann begann seine geheime Tätigkeit in Brüssel, wo sich damals Lelewel, „der Pulsschlag des umherwandelnden demokratischen Polens", Julius Arrent und Coremans aufhielten. Am 3. Mai 1836 angekommen, hatte er binnen wenigen Tagen Gelegenheit, das Terrain kennen zu lernen, das ihm jedoch kein genügendes Feld für seine Tätigkeit zu bieten schien, da er bereits Ende August diese Stadt zu verlassen wünschte; dennoch war er in der Lage, einige Berichte von literarischem Interesse zu verfassen, darunter einen über den Einfluß der französischen und englischen Oppositionsblätter auf die Stimmung in Deutschland. Anregender für ihn war seine Sendung nach Paris, wo er Ende September 1836 eintraf und bis zum Schlusse dieses Jahres verblieb. Börne und Heine bildeten hier den Mittelpunkt seiner Beobachtungen; ein Bericht über die Charaktereigenschaften der beiden zeigt, wie sehr er sich mit ihrem Gehaben vertraut gemacht hat. In einigen Punkten stimmt seine Ansicht über Heine mit den Mitteilungen des preußischen Agenten Bornstedt überein, dessen Bericht bereits im Oktober 1835 an den Fürsten Metternich gelangt war. Wie Beurmann, spricht auch Bornstedt sehr abfällig über Heine, im Gegensatz zu Börne, dessen Charakter er lobend gedenkt. Nicht ohne Einfluß auf Beurmann mag das Benehmen Heines gegen diesen Geheimagenten gewesen sein, den er gelegentlich einen Agent provocateur nannte, während Börne ihn seines Umganges würdigte und ihn sogar zu Auteuil als Gast begrüßte. Seiner Verehrung Börnes gab Beurmann übrigens auch in der Schrift „Ludwig Börne als Charakter" Ausdruck; er stimmt in seinem Urteil mit Bornstedt überein, der ebenfalls Börne als Schriftsteller wie als Menschen weit über Heine gestellt und diesen ein „moralisches und politisches Chamäleon" genannt hatte. Unter allen Geheim-

agenten war Beurmann der kenntnisreichste und durch seine Beziehungen zum literarischen jungen Deutschland am besten unterrichtet. Daß jedoch alle Berichte über Gutzkow bis April 1836 nicht von ihm verfaßt sind, darüber kann nicht der geringste Zweifel mehr bestehen, da dieser Konfident erst im Mai dieses Jahres für den Geheimdienst gewonnen wurde. Dagegen stammen nach dieser Zeit die Mitteilungen über Gutzkow größtenteils aus der Feder Beurmanns, der auch noch in den vierziger Jahren über seinen ehemaligen Kampfgenossen berichtete. Von den übrigen Frankfurter Korrespondenzen sind die meisten von einem damals der „Oberpostamts-Zeitung“ angehörigen Publizisten verfaßt, der auch über Einzelheiten aus dem Leben Ferdinand Freiligraths zu berichten wußte.

Wie vorzugsweise Pfeilschifter und Beurmann in den dreißiger Jahren, so wirkten in dem darauffolgenden Jahrzehnt als Berichterstatter die Literaten Wilhelm Fischer und Dr. Jakob Singer. „Die liberalen Literatoren“ — schrieb Metternich am 4. November 1841 an Noé — „handeln planmäßig und ihr Plan umfaßt nicht bloß das publizistische Feld, sondern auch das kommerzielle und kirchliche Gebiet und sie haben auch auf die leichte Literatur Beschlag gelegt. Berichterstatter wie Fischer sind ganz geeignet, uns wahrhafte und nützliche Daten über so wichtige Gegenstände zu verschaffen und uns zugleich verläßliche Charakteristiken und Biographien der Schriftsteller zu liefern.“ Fischer, von Geburt Preuße, gehörte einige Zeit dem Richterstande an, widmete sich hierauf der Journalistik, gab den „Rheinischen Postillon“ heraus und übernahm sodann die Redaktion der „Badischen Zeitung“. Als Redakteur wirkte er im liberalen Sinne und trat für die konstitutionellen Grundsätze ein. Seine Berichte, die hauptsächlich das Gebiet der Presse betrafen, zeigen im großen und ganzen das Bestreben objektiver Darstellung, einige, wie die über preußische Zustände, sogar rückhaltslosen Freimut; zuweilen nimmt er die Maske des Rückschrittlers an, besonders dem

Neuhegelismus gegenüber, dessen Beobachtung zu den Aufgaben seiner Mission gehörte.

Ebenso eifrig wie Fischer betätigte sich bereits zu Ende der dreißiger Jahre als literarischer Geheimagent Dr. Jakob Singer, Verfasser der 1836 erschienenen Schrift „Portofoglio eines deutschen Journalisten" und Korrespondent mehrerer deutschen Zeitungen. Schilderungen der Stimmung in Rheinpreußen und in den Nachbarländern zur Zeit des Kölner Kirchenstreites sowie Berichte über hannoversche Angelegenheiten zeigen von genauer Kenntnis der damals so wichtigen Zeitfragen. Später in Leipzig tätig, bot sich ihm vielfach Gelegenheit zu Berichten über literarische Fragen und über Schriftsteller, in deren Kreisen er sich keiner Beliebtheit zu erfreuen schien, denn Corvin stellt ihn in seinen Memoiren in ein keineswegs günstiges Licht.

Fragt man, ob diese geheimpolizeiliche Schöpfung Metternichs große Erfolge erzielt habe, so muß dies im allgemeinen verneint werden, da erhebliche Entdeckungen nicht erfolgten; für den Staatskanzler aber war sie insofern von Bedeutung, als er von allen Zeitereignissen, so schnell es eben anging, Kenntnis erlangte. Daß es unter den Konfidenten auch Lockspitzel gab, ist nicht zu bestreiten, wohl aber kann der Wahrheit gemäß behauptet werden, daß die österreichische Regierung ein solches Treiben niemals begünstigt hat. In einem Protokoll der Zentral-Informationskommission wurde ausdrücklich betont, „daß Österreich nicht dahin strebe, Leute unglücklich zu machen und in das Garn zu locken, vielmehr habe es bei der über die Sekten und Emigrationen ausgeübten Überwachung keinen anderen Zweck, als die politische Ruhe Europas und die eigene vor den unsinnigen Entwürfen einer tollkühnen und verworrenen Schar sicherzustellen".

Von mancher Seite ist übrigens behauptet worden, die Geheimberichte seien eine österreichische Spezialität gewesen, wie denn überhaupt die Geheimpolizei in engste Ver-

bindung mit dem Metternichschen System gebracht wurde. Daß es aber in Preußen und anderswo nicht besser bestellt war, dafür liegen hinlänglich schriftliche Beweise vor, nicht minder auch dafür, daß Berichte preußischer Agenten der österreichischen Regierung mitgeteilt wurden. Im August 1833 fand sich sogar ein preußischer Kundschafter bei dem Fürsten Metternich in Königswart ein, um diesem über die Ergebnisse seiner Mission nach der Schweiz zu berichten. Nicht verborgen ist es auch geblieben, daß ein preußischer Agent von zwei Polen durch Deutschland bis nach Krakau verfolgt wurde, wo er ihrem Mordstahl erlag. Dasselbe Los traf auch den ehemaligen Studenten aus Freienwalde, Ludwig Lessing, der 1833 wegen Teilnahme an einer geheimen akademischen Verbindung verhaftet, jedoch bald in Freiheit gesetzt wurde und nun als preußischer Agent und Provokateur in der Schweiz sein Unwesen trieb. Besonders klug scheint er sein Geschäft nicht besorgt zu haben, da ihn die Berner Polizei bald durchschaute, die Handwercker vor ihm warnte, und nachdem ihn auch die öffentlichen Blätter, in erster Reihe der in Burgdorf erschienene „Volksfreund" als Spion bezeichnet hatten, seine Ausweisung verfügte. Schon damals wurde ihm von deutschen Flüchtlingen der Tod angedroht, der ihn auch in der Nacht vom 3. zum 4. November 1835 in der Nähe von Zürich, am Ufer der Sihl, ereilte. Sein Leichnam wies achtundvierzig Stichwunden auf. Wer der Täter gewesen, ist gerichtlich nicht aufgeklärt worden. Alle Anzeichen deuten auf einen politischen Mord hin, der schon deshalb angenommen werden muß, da in dem Statut des „Jungen Deutschlands" auf Verrat die Todesstrafe gesetzt erscheint. Treitschkes Meinung, daß manche Anzeichen auf ein gemeines Verbrechen deuteten, wird wohl niemand beipflichten, dagegen sprechen schon, ganz abgesehen von der erwiesenen Spionage Lessings, dessen achtundvierzig Stichwunden!

Das Kundschaftswesen war, wie diese wenigen Beispiele beweisen, durchaus keine Spezialität Österreichs, vielmehr eine

Einrichtung aller Regierungen, die in der politischen Freiheit der Untertanen eine Gefahr für den Staat erblickten; auch schien es bei dem Tiefstand der meisten Zeitungen geboten, noch auf anderem Wege als dem der geknebelten Presse Nachrichten über die Ereignisse der Zeit zu erhalten. Darf man also das Konfidentenwesen keineswegs eine österreichische Spezialität nennen, so soll anderseits die Wahrheit nicht bemäntelt werden, daß im vormärzlichen Österreich die Geheimpolizei einen wichtigen Bestandteil des Metternichschen Systems gebildet hatte, bezüglich dessen der Publizist Bülow-Cumerow in seiner 1845 erschienenen Schrift: „Die europäischen Staaten nach ihren inneren und äußeren Verhältnissen . . .“ prophezeite, „daß, wenn auch der Repräsentant dieses Systems, der Fürst Metternich, dasselbe überleben sollte, dieses ihn wenigstens nicht überleben werde“.

Anmerkungen.

14. Juli 1833. Laube, seit 1832 in Leipzig, übernahm am 1. Jänner 1833 die Redaktion der „Zeitung für die elegante Welt", die er bis zu seiner im Juli 1834 erfolgten Ausweisung aus Sachsen führte, worauf Binzer eintrat, der am 1. Juni 1835 von Gustav Kühne abgelöst wurde. Ihm folgte, von seinem Aufenthalt in Frankreich wieder nach Leipzig zurückgekehrt, 1843 Laube, der diese Zeitschrift bis 1846 redigierte. Der hier erwähnte satirische Roman ist betitelt: Briefe eines Hofrats oder Bekenntnisse einer bürgerlichen Seele. Leipzig 1833.

Die Zeitschrift „Politisches Wochenblatt" erschien von 1836—1840. Erster Redakteur war Karl Ernst Jarcke, geb. 1801 zu Danzig, gest. 1852 zu Wien Als er 1832 an Stelle Gentz' nach Wien b.rufen wurde, übernahm Dr. P. W. Streit die Redaktion. Das Blatt wurde gegründet, um „der Revolution in jeder ihrer Gestalten entgegenzutreten und die schlechten politischen Lehren durch die guten zu bekämpfen".

München, 5. August 1833. Am 13. Juli 1833 stellte die Leipziger Polizei für Heinrich Laube einen auf zwei Monate gültigen Paß aus zu einer Vergnügungsreise über Karlsbad nach München und Venedig. Als der Präsident der Polizeihofstelle in Wien, Graf Sedlnitzky, hiervon Nachricht erhielt, ersuchte er den Oberstburggrafen in Prag Grafen Chotek, seine Aufmerksamkeit auf diesen Ausländer zu lenken, ihm auf keinem Fall die weitere Reise in die k. k. Staaten zu erlauben, vielmehr Sorge zu tragen, daß Laube nach beendigter Badekur auf dem kürzesten Wege die Reise in das Ausland antrete. Bereits am 14. August meldete Graf Chotek, „daß der berüchtigte Redakteur Rudolf (!) Laube sich am 31. Juli aus dem Kurorte Karlsbad entfernt und am 1. August mit dem Nürnberger Eilwagen in der Richtung nach München abgereist sei. Die Kurinspektion ha e kein anstößiges Betragen beobachtet". — Zur näheren Charakteristik Gutzkows bemerkt der österreichische Gesandte in München, Graf Spiegel, daß Gutzkow der Verfasser der Schrift „Briefe eines Narren an eine Närrin" sei, einer Schrift im Geiste des liberalen Modetons verfaßt. Gutzkow reise mit einem preußischen Paß und nehme seinen Weg nach Wien über Tirol und Venedig.

9. September 1833. Kaiser Franz hatte bereits am 8. Dezember 1832 den Hofkanzler Grafen Mittrowsky beauftragt, zu veranlassen, daß die Kreisämter und politischen Behörden ein besonderes Augenmerk auf Bücher und Schriften richten. Als trotzdem, besonders in Böhmen, verbotene Bücher ungescheut verkauft wurden, befahl der Kaiser am

19. Februar 1834, daß von Zeit zu Zeit förmliche Revisionen in den Buchhandlungen vorzunehmen seien. Wie die Wiener Buchhändler sich der Aufsicht der Zensurbehörde zu entziehen wußten, darüber gibt ein mit dem Buchhandlungsgehilfen Cornelius (siehe Anmerkung zu 30. Juni 1834) aufgenommenes Verhör Aufschluß. Cornelius bemerkt, „dies geschehe auf hunderterlei Weise"; er selbst habe es mitangesehen, daß dem Zensor Professor Deinhardstein die Pakete derjenigen Bücher, welche einer Zensur bedurften, und denjenigen, bei welchen dies nicht mehr nötig war, vor seinen Augen verwechselt wurden. Zuweilen seien die Buchhandlungen auch von niederen Beamten visitiert worden, die von Büchern nichts verstanden. Über eine andere Art des Einschwärzens von Büchern berichtet das Polizeikommissariat zu Bregenz am 14. Mai 1832: „Es werden die Titelblätter von den zur Einfuhr verbotenen Büchern ausgeschnitten und in einen sogenannten Pappendeckel eingelegt, auf dem ein zweiter Deckel aufgeleimt wird. Diese Deckel werden als gewöhnliche Packdeckel oben und unten, nötigenfalls auch an den Seiten, bei der Verpackung gebraucht. Die Bücher, von welchen die Titel ausgeschnitten sind, werden in zur Einfuhr erlaubte Bücher auf unauffällige Weise eingelegt."

3. Oktober 1833. Als Buchhändler wirkten damals: Karl Friedrich Wigand in Preßburg; Friedrich Wigand in Ödenburg; Georg Wigand in Kaschau und Otto Wigand in Leipzig. Im Verlage des Letztgenannten erschienen viele gegen die österreichische Regierung gerichtete Broschüren. — Anton Johann Groß-Hoffinger (Pseudonym Hans Normann), ein Wiener, Verfasser vieler Flugschriften, gesinnungsloser Schriftsteller, der Österreich bald lobte, bald tadelte. Im Jahre 1833 erschien von ihm: „Österreich wie es ist." Näheres bei Wurzbach: Biographisches Lexikon. In einem Verzeichnisse, betitelt: „Individuen, welche direkt oder indirekt Anteil an der Propaganda genommen haben", das Noé, der Leiter des Informationsbureaus, 1833 vorlegte, befindet sich über Groß-Hoffinger folgende Stelle: „Ein geborener Wiener, treibt sich in Leipzig herum und hat sich durch seine Ausfälle im ‚Kometen', durch ‚das Reich der Finsternis' und neulich durch ‚Österreich wie es ist' sehr kompromittiert. Als Schriftsteller ist er höchst erbärmlich. Sein literarischer Name ist Hans Normann." Näheres über ihn enthalten der Bericht vom 1. September 1834 und die dazugehörige Anmerkung. — „Der Eremit", von Dr. Fr. Gleich, gedruckt in Altenburg. Ein Blatt schärferer Tonart, das in der Sache des jungen literarischen Deutschlands gegen Menzel auftrat.

16. Dezember 1833. Félicité Robert de Lamennais, geb. St. Malo 19. Juni 1782, gest. Paris 27. Februar 1854, theologisch-politischer Schriftsteller, der nach der Julirevolution für die Trennung von Kirche und Staat eintrat und deshalb von Gregor XVI. verurteilt wurde, worauf 1833 seine Paroles d'un croyant erschienen. Bauernschmid, der den Abbé in Paris besuchte, schrieb über ihn in einem Berichte vom 7. September 1834: „Herr Lamennais ist ein ganz kleines schmächtiges Männchen mit stechenden unruhigen Augen und scheint ein angehender Fünfziger zu sein. Er spricht langsam und bedächtlich und muß wie alle gehaltreichen Menschen erst warm gemacht werden, ehe er sich mitteilt. Hat man ihn einmal so weit gebracht und eine gewisse ekle Scheu überwunden, die sein aszetischer Zynismus, welchen er absichtlich zur Schau trägt, hervorruft, so ist sein geselliger Vortrag äußerst bequem und belehrend. Es gibt vielleicht wenig Leute in Paris, welche sich mit ihm so

tief eingelassen, wie ich. Alle Punkte, worüber es mir interessant sein konnte, ihn zu vernehmen, wurden im Laufe des Gespräches aufs Tapet gebracht und von ihm mit der gefälligsten Ausdauer sehr weitläufig diskutiert. So bildete nicht nur Literatur und Geschichte den Stoff der Konversation, sondern er teilte mir auch vieles aus seinem Leben mit, welches hier anzuführen überflüssig sein dürfte. Besonders aber war es die Religion, worüber er sich am liebsten ausließ, wie er denn überhaupt keinen Augenblick außer acht läßt, seinen Beruf als Priester herauszustellen. Der Charakter dieses Mannes bietet eine eigene Erscheinung dar. Sein positives Wissen ist wie bei den meisten Franzosen von geringem Volumen. Dessenungeachtet ist es eine wahre Lust, ihn über die Ereignisse der letzten 40 Jahre, besonders in bezug auf die gallikanische Kirche, sprechen zu hören und man zählt ihn gegenwärtig nicht mit Unrecht zu den beredtesten Männern Frankreichs. So verständig er übrigens auch über vieles spricht, so wird er doch gleich hyperbolisch, dunkel und phantastisch, wenn von dem gegenwärtigen Zustande Europas die Rede ist. Er erinnert hierdurch an jene eigene Haltung Wahnsinniger, die sich in allen ihren Gesprächen und Handlungen ganz gescheit benehmen, aber gleich, wenn ihre fixe Idee berührt wird, Spuren von Narrheit merken lassen. Ich würde der Übertreibung beschuldigt werden, wollte ich es versuchen, den Eindruck zu schildern, welchen der bloße Name Louis Philipp auf ihn hervorbringt. Alles, was Monarch heißt, verfolgt er mit dem giftigsten Hasse, und das Wort „König" verursacht ihm, nach seinem eigenen Geständnisse, ein der Wasserscheu ähnliches Gefühl. Obgleich ich ihm oft widersprach und durchweg meine Meinung nicht verleugnete, schien er mir doch sehr gewogen. Besonders erschloß sich mir sein Herz, als ich ihn einen zweiten Petrus Eremita nannte, der den Kreuzzug gegen die Könige predigt und das gelobte Land abermals erobert. Da er der Eitelkeit bis zur Karikatur ergeben, so ist es gerade nicht schwer, sich ihm zu nähern. Hört er sich doch sogar von seinen Adepten gern mit Jesus Christus vergleichen. Man würde sich aber sehr irren, wenn man aus seinem Gespräche großen Nutzen für politische Zwecke ziehen wollte, da er selbst nur in phantastischen Regionen schwebt und jeder festen tatsächlichen Richtung ermangelt. Auch weiß er von dem eigentlichen Mechanismus der Propaganda in Frankreich äußerst wenig, weil man ihn nie recht in die Karten blicken ließ. Im Hause Lafayettes hielt man ihn für einen träumerischen Enthusiasten, den man zwar zu republikanischen Rekrutierungen unter der Geistlichkeit benutzen könne, der aber persönlich nicht das geringste Vertrauen verdiene. Wer die Denkungsart der heutigen französischen Republikaner über die katholische Religion kennt, wird es sehr erklärbar finden, daß der Abbé diesen Herren mit seinem monströsen Projekte zu einem christkatholischen Sansculottismus höchst abgeschmackt und verächtlich vorkommt. Viele halten ihn für einen ehrgeizigen Betrüger und beinahe alle stimmen dahin überein, daß seine Vorschläge zur Ausrottung der Fürstenhäuser und zur gewaltsamen Beraubung des Adels, woran in Frankreich selbst unter den Republikanern keine Seele mehr denkt, Ausgeburten eines kranken Gehirns seien. Daher kommt es auch, daß sein Buch „les paroles d'un croyant", ungeachtet dasselbe bei seinem Erscheinen eine Art Explosion verursachte, wenig Nachwirkung haben wird. Nur unter dem nachwachsenden Klerus hat Lamennais leider zahlreiche Proselyten gemacht, so wie er auch mit dem geistlichen Gesindel Belgiens, durch dessen Intrigen die Brüsseler Revolution bekanntlich hervorgerufen, in fortwährender Ver-

bindung steht. Es darf wohl nicht erinnert werden, daß die zur Lehre Lamennais' sich bekennenden Priester Frankreichs, Belgiens, Sardiniens und der Lombardei durchaus nichts mit den Mitgliedern der sogenannten „apostolischen Partei“ gemein haben, die in Spanien und dem südlichen Frankreich zu Hause sind und rücksichtlich ihrer rein monarchischen Gesinnungen die Antipoden der Obigen genannt werden dürfen, eine Verwechslung, die in vielen Journalen ausgeboten wird. Der Abbé ist durch seine unglückselige robespierrische Monomanie zu einem politischen Zwitter geworden, den keine Partei in ihrem Schoße dulden will. Die Henriquinquisten glaubten auf ihn wegen gemeinschaftlicher religiöser Sympathien bald nach der Julirevolution rechnen zu dürfen und waren nicht wenig erstaunt, den ehrwürdigen Herrn statt der Mitra die rote Mütze aufsetzen zu sehen. Ebensowenig paßt er zu den Republikanern, welche bei ihren Bestrebungen allen dogmatischen Wortkram und jegliche Mystik verbannen. Am allerwenigsten taugt er aber mit seinen Extremen ins juste milieu. Diese sonderbaren Widersprüche traten am grellsten hervor, als die letzten Deputiertenwahlen stattfanden, wo sich die Verehrer Lamennais' in den Kopf setzten, ihn zum Abgeordneten, und zwar für Paris wählen zu machen. Nun war es ergötzlich mit anzusehen, wie der Abbé an alle Türen der Wahlmänner pochen ließ und es anfangs mit den Republikanern, endlich sogar mit den Legitimisten versuchte. Jedoch war, wie vorauszusehen, alles vergeblich. Es ist unglaublich, wie ein Mann von solchen Antezedenzien wie Herr Lamennais träumen konnte, daß man sich in Paris je entschließen würde, ihn zum Deputierten zu wählen, wenn man auch gar nicht in Anschlag bringt, daß ihm in seiner Eigenschaft als Priester, nach den gegenwärtigen Begriffen, der Weg zur Legislatur verschlossen bleibt. Wer sich zu solchen Illusionen verleiten läßt, verrät wenig politischen Takt. Seine nächsten Projekte wird er wohl in einem neuen Buche der Welt kundgeben. Soviel mir davon bekannt geworden, ist er im Werke, den Plan zu einer allgemeinen Republik zu entwerfen, welche nach seinen Begriffen Europa beruhigen und alle Interessen vereinigen wird. Das Ganze ist eine Art Theokratie mit einem geistlichen Oberhaupte, welches aber nicht in Rom, sondern in Paris residieren muß. Nach diesen Prämissen dürfte es nicht schwer sein, zu erraten, wer nach des Herrn Abbé Ansichten künftighin Papst werden soll. Wer möchte nun nach reiflicher Erwägung des Gesagten wohl glauben, daß Herr Lamennais seine geistlichen Pflichten mit einer Strenge beobachtet, wie dies in Frankreich selten der Fall sein dürfte. Was Fasten, Beten, Beichten anbelangt, so tut es ihm in ganz Paris niemand gleich. Alle seine Schüler und Anhänger wurden von ihm zu denselben Observanzen angehalten und man glaubt sich in dieser Beziehung in die ersten Zeiten der Christenheit versetzt, wenn man sein Haus betritt. Ebenso ausgebreitet ist sein Wirkungskreis als Beichtvater und directeur des consciences unter den Damen. Der Abbé Lamennais ist ein Januskopf mit einem Doppelgesichte, dem es vor allem darum zu tun ist, den Propheten zu spielen und von sich sprechen zu machen. Sollte er noch einige Zeit dieses Handwerk forttreiben, und seine Rechnung dabei nicht finden, so ist es bei seiner schwankenden Gesinnung nicht unmöglich, daß er neuerdings reumütig zurückkehrt, um im Vatikan Gnade zu suchen und als Betbruder zu endigen.“ Über seinen Verkehr mit Lamennais berichtet Bauernschmid: „Der Abbé Lamennais examinierte mich genau über alle Staats- und Familienverhältnisse Österreichs. Ich vermute, ihn

mit meinen längst für diesen Fall vorbereiteten fix und fertigen Antworten hinlänglich befriedigt zu haben. Der Abbé forderte mich gleich nach dieser ersten Unterredung dringend auf, ihm ein Memoire über die österreichische Monarchie zu schreiben, welches ich aber abzulehnen suchte. Lamennais ist ein sehr klarer und verschmitzter Kopf. Daß es ihm mit dem Katholizismus nicht im geringsten Ernst ist, braucht wohl nicht erwähnt zu werden. Sein religiöses System, welches in einem abstrakten christlichen Sansculottismus besteht, ist den Grundsätzen der römischen Kirche zu sehr entgegengesetzt, als daß man seine Unterwerfung unter die Aussprüche des Heiligen Vaters für mehr als eine bloße Komödie ansehen sollte. Von unersättlichem Ehrgeize beherrscht, trägt er ein großes Verlangen nach weltlicher Macht, vielleicht sogar nach dem Kardinalshute. Übrigens gehört der Abbé gegenwärtig zu den gefährlichsten Männern Frankreichs. Er korrumpiert die katholische Religion auf eine unmerkliche, aber desto verderblichere Weise. Durch seine Auslegungen macht er das Evangelium zu einem Buche der Propaganda und wandelt mit seinen Deklamationen alte Betschwestern in eifrige Republikanerinnen um."

27. Jänner 1834. Über Börne enthält das Archiv der Polizeihofstelle mehrere geheime Berichte aus den Jahren 1818—1820: 27. Dezember 1818: „Der Verfasser der ‚Wage' schreibt, ohne witzig zu sein, bloß um das Blatt zu füllen, beißende und niemand schonende Kritiken. Es wäre doch auffallend, wenn die Bundesversammlung die ‚Wage' nicht einstellen würde, denn Börne scheine der Nachhall der Liberalen in Frankreich zu sein oder wenigstens ihre liberalen Gesinnungen in Deutschland vertreten zu wollen." — Am 24. Februar 1819: „Manche unter Zensur stehende Journalisten lassen die gestrichenen Stellen in auswärtigen Zeitungen abdrucken und schimpfen dabei tüchtig über den Zensor. Der Jude Börne, der die ‚Zeitung der freien Stadt Frankfurt' schreibt, zeichnet sich hierin mit beispielloser Frechheit aus." — 31. Juli 1819: „Die meisten Stimmen im gesetzgebenden Körper zu Frankfurt waren der Meinung, den Druck der ‚Wage' zu untersagen. Bürgermeister Mahler hat das Gegenteil durchgesetzt, weil er bewies, daß Börne sie dann auswärts drucken lassen und Frankfurt noch mehr an den Pranger stellen würde. — Die Absicht des Frankfurter Senats, die Juden einzuschränken und sie nur in gewissen Straßen wohnen zu lassen, hat Börne veranlaßt, sogleich den kurhessischen Bundestagsgesandten Freiherrn von Legel zu verständigen. Wenige Tage darauf wurde Bockenheim zur Stadt erhoben und in den ‚Zeitschwingen' ein Aufruf an die Juden veröffentlicht, Frankfurt zu verlassen und nach Bockenheim zu ziehen. — Börne hat sich von dem geistlichen Inspektor Bertuch zu Rödelheim taufen lassen. Ein Versuch, ins preußische Ministerium zu kommen, ist nicht geglückt; er steht mit einem gewissen Geoffroy, der in Wien privatisiere, in Korrespondenz." — 20. August 1819: „Geheimagent Le Monnier übersendet eine Biographie Börnes, dessen Verfasser Bournye ist." Siehe Jahrbuch XX. — 5. Oktober 1819: „Die ‚Zeitschwingen', gedruckt zu Offenbach, sind seit 6. Oktober der Zensur unterworfen. In einem kurz vorher erschienenen Hefte schlägt sich Börne öffentlich der Kommission in Mainz zum Spion vor, jedoch unter der einzigen Bedingung, daß er ihr seine Berichte öffentlich senden dürfe. Dieser Vorschlag soll die Zensur seines Blattes in Offenbach bewirkt haben. Börne äußerte sich lächelnd: ‚Ich sehe mich schon im Geiste am Galgen in Mainz, aber die Liberalen werden die Köpfe doch nicht verlieren und erschienen noch so viele Protokolle d r 35. Sitzung.'"

13. November 1819: „Görres rechte Hand in Paris ist Börne und Benjamin Constant. Börne ist daselbst förmlich als Mitarbeiter an drei Zeitungen mit monatlich 600 Franken angestellt. Börne soll in Paris scharf beobachtet und an öffentlichen Orten nie ohne das wachsame Auge der Polizei zu finden sein." — 29. November 1819: „Börne ist hier und wird nicht wieder nach Paris zurückkehren; er wohnt bei seinem Vater Baruch in der Fohrgasse im Johanniterhof." — 4. Dezember 1819: „Börnes plötzliches Wiedererscheinen erregte die Aufmerksamkeit des Publikums um so mehr, da die Gewißheit seiner Anstellung als Mitarbeiter an der ‚Renommée' und der ‚Minerve' in Paris keinem Zweifel unterliegt; freilich will man wissen, daß beide Blätter eingehen und Börne an dem ‚Constitutionell' künftig gebraucht werden soll. Börne wird seinen künftigen Aufenthalt meist in Frankfurt nehmen und nur zuweilen nach Paris gehen; es hat den Anschein, als ob er zu Missionen gebraucht werde, weshalb es notwendig wäre, seine Schritte genau zu beobachten. Börnes erste Visite war bei Murhard, dem Verfasser und Einsender jener Artikel in den Pariser Blättern, die mit der Überschrift Trarafort bezeichnet sind." — 11. Dezember 1819: „Dr. Börne sagte zu einem Vertrauten (Dr. Bournye): ‚Wenn ich nur reden dürfte, ich wollte die Karlsbader Verschwörung schon aufdecken.' Seinen weiteren Äußerungen zufolge scheint es, er habe Paris auf Befehl des französischen Ministers verlassen müssen; er wird die gegenwärtige Krisis hier abwarten, gedenkt sich aber dann in Paris ansässig zu machen und nie mehr nach Deutschland zurückzukehren. Er hat Bournye versichert, daß auch der bisherige Redakteur der ‚Zeitung der freien Stadt Frankfurt' Dr. Pfeilschifter dahin geschrieben habe, um sich von Neujahr an eine literarische Wirksamkeit daselbst zu verschaffen. ‚Minerve', ‚Renommée' und ‚Constitutionell' sind beständig auf Börnes Zimmer zu finden; es leidet keinen Zweifel, daß er in dieser Hinsicht mit Paris korrespondiert. Nach dessen Äußerungen ist es gewiß, daß die meisten Mitarbeiter der ‚Minerve' es auch an der ‚Renommée' und dem ‚Constitutionell' sind. Börne liefert jetzt Aufsätze in Kotzebues literarisches Wochenblatt und in die ‚Zeitgenossen' (Altenburg bei Brockhaus). Den Prozeß wegen 14tägigem Arrest hat er durch die Universität gewonnen, er hat ihn gegen die hiesige Polizei gewonnen; die übrigen mit der Geldstrafe belegten hat er aber verloren. Um Milderung zu erlangen, schlägt er nun beim Senat den Weg der Gnade ein. Wer hätte das von Börne denken sollen, der diesen Senat so oft lächerlich und verächtlich gemacht hat." — 19. Dezember 1819: „Folgende Notizen, welche man über Dr. Börne aus guter Quelle eingezogen, scheinen um deswillen nicht uninteressant, weil sie diesen Mann, sein Treiben und sein Tun, sowie seinen Hang, eine eigene sonderbare Rolle zu spielen, charakterisieren. Ungefähr seit einem Jahre ist er zum Christentum, und zwar zum protestantischen übergegangen, doch ohne es bekannt werden zu lassen. Er verheimlicht es noch und nur wenige Leute wissen darum; wie man behauptet, so will er es mit seinen Verwandten, welche eifrige Juden sind, nicht verderben. Der bekannte Volkstümler und Tugendbündler Justizrat Hofmann von Rödelheim vertrat bei seinem Übertritt Patenstelle. Man erklärt sich nun, warum er, als er im vorigen Jahre von einer Lesegesellschaft, wo man bloß christliche Mitglieder zuläßt, abgewiesen wurde und als ihm mehrere Teilnehmer in der Eigenschaft eines damaligen Zeitungsredakteurs aufgenommen haben wollten, keine Beschwerde führte,

auch die Gesellschaft nicht, wie man sicher erwartete, öffentlich ins Gerede brachte. Er hätte nämlich in diesem Falle nur als wirklicher Jude sprechen oder seinen christlichen Glauben verleugnen müssen, von dem doch niemand wissen sollte. Ebenso erhält nun die damals zweideutige und dunkle Zurechtweisung der ‚Aarauer Zeitung‘, welche unlängst gegen Dr. Börne als gegen einen Juden sich ausgelassen hatte, ‚es sei jene Zeitung über seine Person sehr im Irrtum‘, Aufschluß. Noch mehr aber ist in dieser Hinsicht sein neuerlicher Besuch bei Professor Görres in Bonn bemerkenswert, weil er dort in einer christlichen geschlossenen Gesellschaft als Christ Zutritt suchte und fand. — Was übrigens die Wiederkehr des Dr. Börne aus Paris und seinen gegenwärtigen Aufenthalt in seiner Vaterstadt Frankfurt anlangt, so hieß es anfangs, er werde in Paris als Mitarbeiter an der ‚Minerve‘ oder einem anderen periodischen Blatt angestellt werden. Jetzt aber vernimmt man von gut unterrichteten Männern, welche ihn selbst gesprochen haben, daß er mit dem Buchhändler Cotta zu Tübingen in Unterhandlung steht wegen der Redaktion eines deutschen Journals, wofür ihm 2000 fl. geboten wurden.“ — 19. Dezember 1819: „Bekanntlich wurde Börne im verwichenen Sommer wegen eines in der ‚Zeitung der Stadt Frankfurt‘ ohne Erlaubnis der Zensur aufgenommenen, gegen Kaiser Franz gerichteten Artikels auf diesfällige Beschwerde des Herrn von Handel bei dem Senat von Frankfurt von dem hiesigen Polizeigericht zu einer 14tägigen Gefängnisstrafe verurteilt. Dagegen ergriff Börne die Appellation und verlangte nach den bestehenden Gesetzen die Versendung der Akten an eine deutsche Universität. Dieses geschah auch und vor kurzem erfolgte von daher ein reformatorisches Erkenntnis, worin Börne von aller Strafe freigesprochen wird. Das Polizeiamt hat nun mit Zustimmung des Senats den Prokurator Tisel beauftragt, dagegen die Revision einzulegen. Auffallend ist es, daß einige frühere Erkenntnisse gegen Börne im gleichen Betreff in der Appellationsinstanz auf eingeholte Universitätsgutachten bestätigt worden sind und daß sogar eines derselben den Börne als einen offenbaren Volksaufwiegler erkennt. Was die nach Frankreich Geflüchteten Professor Görres und Dr. Börne betrifft, so sieht man sich, wie man hört, zu ganz eigenen Urteilen veranlaßt. Sie sind über den Jordan zu den Philistern entflohen, heißt es; wie wird man die Freunde aufnehmen? fragt man sich. Wie werden sich die Franzosen gegen sie anstellen, da Görres und Börne mit so entschiedenem Haß gegen sie geeifert haben; es müßte denn sein, daß sie sich mit einem Male zu anderen Grundsätzen bekennten oder vielleicht nur antifranzösische Stimmung heuchelten, um desto freier revolutionäre Grundsätze predigen und verbreiten zu können. — Dr. Börne soll Mitarbeiter an der französischen Zeitung ‚La Renommée‘ geworden sein.“ — 2. Jänner 1820: „Dr. Börne ist noch in Frankfurt und scheint mit sich und seinen Verhältnissen schwer ins reine kommen zu können, wie es denn nach solchen Vorgängen nicht anders sein kann. Bald geht er mit diesem, bald mit jenem Plan um, ohne daß man bis jetzt etwas realisiert findet. Die Verhaftung des Sichel in Bonn soll übel auf ihn gewirkt haben. Man sagt allgemein, Börnes und Görres' Aussichten, in Paris oder Straßburg bei französischen oder deutschen Zeitungen angestellt zu werden, seien gänzlich gescheitert.“ — 9. Jänner 1820: „. . . Ein Artikel im zweiten Stück des ‚Journal des Debats‘ von diesem Jahre hat hier großes Aufsehen gemacht. Es sind nämlich die Frankfurter Korrespondenten der

‚Minerve‘ mit dem Anfangsbuchstaben ihres Namens und charakterisierenden Beisätzen angegeben. B. ein Jude, L. ein ehemals bei der österreichischen Polizei Angestellter, zwei Brüder M., ein Gelehrter H. und ein S. heißt es darin. Allgemein glaubt man hier, der erste sei Börne. Börne rühmt sich laut, von dem Herausgeber des österreichischen ‚Beobachters‘ in Wien eine Aufforderung erhalten zu haben, Mitarbeiter an jenem Blatte zu werden, ja er behauptet, es sei ihm dafür ein Honorar von 1000 Gulden zugesichert worden.“ — 16. Jänner 1820: „Börne hat sein Zimmer mit zwei verbotenen Karikaturen über die Preßfreiheit und den Zeitgeist geschmückt oder vielmehr charakterisiert, die uns Stoff zu manchen Bemerkungen über die Politik des Augenblicks geben. Er behauptet, Preußens Untergang müsse nun nahe sein, da es sich ganz gegen die Grundsätze der Liberalität bereits blind in Österreichs Willen füge, das im Hintergrund stehe, es auslache und zuletzt zu seiner längst erwünschten Beute machen werde. Überdem könne Preußens Politik nie die Österreichs sein. Jenes könne — als unfruchtbarer Boden — nur durch Liberalität und Geistesfreiheit — dieses durch die Fruchtbarkeit desselben — nur durch das Gegenteil bestehen, da beide Völker notwendig etwas haben müßten, woran sie sich hielten. Nun sei Preußen alles genommen und Österreich stehe wie ein Koloß da und freue sich seines Sieges vor der Hand noch insgeheim, aber in Kürze unverhohlen. Er nennt Hardenberg einen Schwächling, Bernstorff einen Aristokraten, der die französische Korrespondenz wieder für vaterländische Angelegenheiten im preußischen Kabinett eingeführt habe, und den König nennt er einen blinden Jochherrn, ohne Blick und Selbstvertrauen. Er will die Sache noch eine Zeitlang mit ansehen und dann nach Amerika gehen, in der Voraussetzung, daß durch des Papstes und Österreichs Einfluß in fünf Jahren alle Protestanten in Deutschland katholisch und alle Katholiken in Frankreich protestantisch sein würden.“ — 24. November 1820: „Der Dr. Börne machte die Bemerkung: Die französischen Zeitungsredaktionen (jene des ‚Constitutionell‘ und des ‚Courier‘) suchten jetzt mehr als je nach politischen liberalen Artikeln aus Deutschland und bezahlten für jeden Artikel von nur einer schmalen Spalte und geringer Größe 100 Franken.“ — Außer den Frankfurter Berichten fand ich noch folgende geheime Mitteilung, datiert: Wien, am 1. Juni 1822: „Ein junger Israelit, der Geist und Wissen mit zügellosem Oppositionssinn, flammendem Liberalismus und einer vielgewandten Feder vereinigt, soll auf der Pilgerschaft nach dem gelobten Wien begriffen sein. Dr. Börne nämlich, der nur allzu bekannte Herausgeber der ‚Wage‘. Die baldige Ankunft desselben soll sein Vater, welcher hier im vertrauten Umgang mit Rothschild lebt, verkündet haben. Man setzt die Vermutung hinzu, der junge Börne werde sich taufen lassen.“ — In dem im Mai 1833 von Noé in Mainz verfaßten Verzeichnis der Mitglieder der revolutionären Partei heißt es: „Ludwig Börne, Schriftsteller. Zu Frankfurt geboren und jüdischer Abkunft. Einer der geistvollsten und unstreitig der gelesensten aller liberalen Schriftsteller Deutschlands. Ungeachtet der verderblichen Tendenz finden sich in seinen Werken Witz, Gründlichkeit, philosophischer Scharfsinn, gepaart mit dem ganz eigentümlichen Talent, seine Ideen zu popularisieren. Er gab vor 13 Jahren zu Frankfurt eine Zeitschrift ‚Die Wage‘ heraus, in welcher besonders seine Theaterkritiken großes Aufsehen erregten. Seit dem Erscheinen seiner Briefe aus Paris (1831) wird er als einer der ersten Koryphäen der deutschen Bewegungs-

partei angesehen. Gegenwärtig lebt er zu Paris und liefert Artikel für die ‚Revue européenne‘. Er steht mit Odillon Barrot, Manguin ꝛc. in der genauesten Verbindung. Früher bezog er von dem Frankfurter Stadtrat eine Pension von 400 fl. Rheinisch, welche seit einem Jahr eingestellt ist."

Dr. Georg Fein, geb. 1803 zu Helmstedt, studierte zu Göttingen, Berlin und Heidelberg die Rechte, nahm 1830 an der Verjagung des Herzogs Karl von Braunschweig teil, war 1832 Mitredakteur der seit Juli 1831 von Wirth herausgegebenen „Deutschen Tribüne", die im März 1832 unterdrückt wurde. Wegen seiner Reden am Hambacher Fest und an jenem zu Wilhelmsbad bei Hanau als Volksaufwiegler unter polizeiliche Aufsicht gestellt, entzog er sich dieser durch die Flucht zuerst nach Straßburg, dann nach Paris. Zu Ende 1833 begab er sich nach Zürich, wo er eine Handwerkervereinigung begründete; auch leitete er kurze Zeit die „Neue Züricher Zeitung". Im September 1834 aus Zürich verwiesen, übersiedelte er nach Liestal (im Baselland), wo er die Leitung des Zentralausschusses des „Jungen Deutschland" übernahm, aber Anfang 1836 ausgewiesen wurde. In Paris in längerer Haft, dann in London und später in Christiania, wo er den demokratischen Verein „Germania" gründete, kam er 1840 wieder nach Straßburg und begab sich hierauf nach der Schweiz, schloß sich hier der Freischar an zur Unterstützung der Liberalen gegen das klerikale Regime in Luzern, wurde aber gefangen und der österreichischen Regierung ausgeliefert, die ihn nach Amerika einschiffte. Im Jahre 1848 nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er als Ausländer verwiesen, worauf er sich in die Schweiz begab, wo er eine Fortbildungsschule begründete; er starb am 18. Jänner 1869 zu Dießenhofen.

In dem von Noé entworfenen „Index der Revolutionäre" wird Fein zu den mächtigsten Vorkämpfern und eifrigsten Verbreitern revolutionärer Schriften gezählt. Eine Anzahl von Berichten betreffen das Wirken dieses Mannes, dem Metternich als einem „der gefährlichsten Werkzeuge der Revolutionspartei" die vollste Aufmerksamkeit der Geheimagenten zuwenden ließ. Feins letzte Aktion im Vormärz war die Beteiligung an dem Freischarenzug gegen Luzern (1844). Nach seiner Gefangennahme griff die österreichische Regierung in die weiteren Schicksale des Revolutionsmannes mit großem Eifer ein. Von der Luzerner Regierung um seinen Rat gebeten, erwiderte Fürst Metternich, daß für den Fall, als man sich entschließen wolle, den Dr. Fein als Vagabunden schubweise in seine Heimat befördern zu lassen, die österreichischen Behörden nicht anstehen würden, hierzu hilfreiche Hand zu bieten. Diesem Winke kam die Luzerner Regierung nach. Am 30. Oktober 1845 wurde Fein an die lombardische Einbruchsstation Sesto Calende gebracht, von der österreichischen Grenzpolizei übernommen und nach Mailand abgeführt, dann von einem Polizeibeamten nach Wien geleitet, wo er am 5. Dezember 1845 anlangte und im Polizeihause in Verwahrung genommen wurde. Sein Wiener Aufenthalt erstreckte sich bis zum 28. April 1846, während welcher Zeit er in Begleitung des Regierungsrates Noé die Merkwürdigkeiten der Stadt besichtigte. Inzwischen fanden Verhandlungen mit der braunschweigischen Regierung statt, die jedoch Fein als Staatsangehörigen nicht anerkannte und daher dessen Übernahme ablehnte. Nun bat Fein um Freilassung gegen schriftliches Ehrenwort, binnen drei Jahren nicht nach der Schweiz zurückzukehren, sondern in Norwegen seinen Wohnsitz zu nehmen. Die humane Behandlung in Österreich — so gab er zu Protokoll —

müsse die leiseste Entschuldigung eines Wortbruches unmöglich machen. Aber auch die Antwort der norwegischen Regierung lautete ablehnend, da Fein sich während seines früheren Aufenthaltes in Norwegen in revolutionäre Umtriebe eingelassen habe. Hierauf bat Fein, ihm die Auswanderung nach den nordamerikanischen Staaten zu erlauben und ihm ein Reisegeld zu bewilligen. In Begleitung eines Polizeiaktuars reiste er am 28. April 1846 nach Triest ab und schiffte sich am 6. Mai nach Amerika ein, wo er nach einer Fahrt von 71 Tagen am 17. Juli ans Land stieg. „Das Geldopfer" — schrieb am 29. Juni 1846 Fürst Metternich an den Grafen Sedlnitzky — „wird aufgewogen durch die wenigstens zeitweilige Entfernung eines der gefährlichsten Werkzeuge der Umsturzpartei von dem bisherigen Schauplatz seiner Umtriebe und durch die dadurch gewonnene größere Aussicht auf Hintanhaltung von Unruhen, deren Ausbruch jederzeit auf unserem Staate in allen Beziehungen am empfindlichsten lasten würde. Jeder österreichische Staatsmann, der sich die Folgen eines von der Staatsverwaltung in dieser Frage etwa eingehaltenen entgegengesetzten Verfahrens wird deutlich machen wollen — die üble Stimmung, welche in der ganzen katholischen Schweiz unsere Weigerung, den Fein zu übernehmen, gegen uns erregt haben würde, die dadurch für Luzern hervorgebrachte Notwendigkeit, den gedachten Verschwörer auf gut Glück freizulassen, den hiermit der Freischarenpartei erwachsenen Triumph und die unfehlbare Belebung aller ihrer Anschläge — jeder solche Staatsmann wird es gewiß nicht bereuen, daß man unserseits nicht zweifelhaft gewesen ist, sofort voranzugehen."

Feins Aufenthalt in Wien zählt zu den angenehmsten Erinnerungen seines reichbewegten Lebens. In einem an Noé gerichteten Brief aus Newyork vom 7. Oktober 1846 findet sich hierüber folgende Stelle: „Wie ich glaube, könnte ein Lustreisender, der die vergnügtesten Faschingswochen in Wien zugebracht hätte, kaum mit größerem Behagen bei seinen Rückerinnerungen verweilen, als ich gegenwärtig an meinen Wiener Aufenthalt zurückdenke. Teilweise hat dies seinen Grund freilich auch darin, daß mein langgenährter Jugendwunsch, Wien, diese unsere Hauptveste deutscher Bildung und Gesittung gegen Osten, näher kennen zu lernen, gerade infolge einer unglücklichen Wendung meines Schicksals zur Erfüllung kam."

In demselben Briefe erhebt Fein mahnende Worte in Betracht der nahen zukünftigen Ereignisse: „Trügen nicht alle Zeichen der Zeit" — schreibt er — „und alle bisherigen Erfahrungen der Geschichte, so drohen uns heftige und gewaltsame Parteikämpfe, denen keine Menschenmacht und keine Menschenklugheit vorzubeugen imstande ist; ja, je länger sie zurückgehalten werden, desto zerstörender wird ihr endlicher Ausbruch sein, indem sich die friedlichen Gegensätze von Tag zu Tag schroffer gestalten. Gebe daher der Himmel, daß bei den Besseren, deren jede Partei ebensogut wie der Schlechten und Eigennützigen zählt, der Mensch nicht ganz und gar im Parteimann untergeht. Es muß sich gleichsam eine Schule reiner Humanität bilden, deren Anhänger, wie streng sie auch sonst ehrlicher Überzeugung gemäß an ihrer besonderen Partei festhalten und für sie kämpfen, gleichwohl noch einen höheren als den bloß politischen Maßstab an jeden einzelnen anlegend, so im besseren Sinne des Wortes und keineswegs mit charakterlosen Indifferenten zu verwechseln, über den Parteien stehen und in dieser Stellung, wohin sich auch immer der Sieg neigen möge, versöhnend und vermittelnd einzuwirken vermögen. Erst alsdann wird dem Kampfe und dem endlichen Siege nicht für ewige

Zeiten eine Spaltung und Zerklüftung folgen, deren Früchte nur den Feinden des deutschen Volkes im allgemeinen zugute kämen. Diese Feinde haben wir sowohl im Osten wie im Westen und werden schon deshalb darauf hingewiesen, über unseren unvermeidlichen inneren Parteikämpfen doch nie das gemeinsame Band reiner Menschenwürde und deutschen Volkstums außer Augen zu lassen."

Ein anderes Schriftstück enthält die von Noé aufgezeichneten gesprächsweisen Mitteilungen Feins, die sich im wesentlichen als eine Selbstbiographie dieses homme d'action darstellen. Fein erzählt: „Mein erstes öffentliches Auftreten auf der politischen Bahn knüpft sich an das Hambacher Fest. Ich wirkte mit Siebenpfeiffer, Frei und anderen vorbereitend für die Zwecke des Festes und das, was mehrere öffentliche Blätter damals über meine dahin zielende Tätigkeit, insbesondere über meine Reisen in Mitteldeutschland, gesagt, war ganz richtig. In Neustadt an der Hardt bestand ein förmlich organisierter Ausschuß, dem es an Hilfsmitteln nicht gebrach und der seine Ausläufer kräftig unterstützte. Jener Zeitabschnitt bildet überhaupt einen der wichtigsten Momente des Umtriebwesens, das sich infolge der Julirevolution fast in allen Teilen Deutschlands bemerkbar machte, und das Hambacher Fest war der Kulminationspunkt der Wirksamkeit der deutschen Patrioten, die sich's damals zum Zwecke gemacht, die Geschicke ihres Vaterlandes zu lenken. Wir hatten in den Tagen der Feste an 20.000 entschlossene Teilnehmer an der Hardt und es hätte bei der allgemeinen Aufregung, die um jene Zeit in der Pfalz, in Rheinhessen, in Nassau und Kurhessen, im Hannoverischen und in Baden herrschte, nur eines entschiedenen Impulses bedurft, um uns mit der Gewalt einer Lawine von Rheinbayern aus über die angrenzenden Länder zu wälzen und mit Hilfe der aus Frankreich uns zugesicherten Unterstützung einen allgemeinen Aufstand herbeizuführen. Daß dies nicht geschah, lag allein in dem Mangel entschlossener Führer. In der bekannten stürmischen Versammlung im Schießhause zu Neustadt fehlte es zwar nicht an Stimmen, die ein gewaltsames Losbrechen in einem Augenblick, wo man sich dessen in Deutschland nicht versah, als das ‚allein Heilbringende' forderten; doch sprach sich damals die unter sich uneinige Mehrzahl gegen eine bewaffnete Unternehmung und den Aufruf an die Massen aus, und so ging der günstige Moment verloren, wo alles aufzubieten und an einen günstigen Moment kaum zu zweifeln war. Das vielseitige Einschreiten der aufmerksam gemachten Regierungen zersplitterte kurz darauf die besten unserer Kräfte und so wandten sich die meisten Führer — als die Stellung des bekannten Wirth vor den Assisen in Rheinbayern uns an dem Schicksal nicht zweifeln ließ, das unser harrte — dem Auslande zu, wodurch sich der erste Kern der deutschen Emigration bildete, die nachfolgend durch eine Reihe von Jahren von Straßburg, Paris und von der Schweiz aus das vorgesteckte Ziel mit so vieler Beharrlichkeit verfolgte. Die meisten jener Emigrierten nahmen ihren Zug nach dem Elsaß. Von dort aus wurden vielseitig Verbindungen mit Deutschland unterhalten und ich selbst unternahm öfters Ausflüge nach Rheinbayern und dem Badischen, wo uns namentlich Garnier, der bekannte Verfasser der Broschüre über Kaspar Hauser, mit ergebenen Patrioten in Verkehr setzte. So gelangte ich auf meinen Streifzügen mehrmals selbst bis Frankfurt und Hanau, in welchen Städten ich aus früherer Zeit viele Bekannte zählte. Während meines damaligen Aufenthaltes in Straßburg gingen wir mit den dort zahlreich versammelten Polen Hand in Hand und letztere

waren es vorzüglich, welche unsere Verbindung mit Württemberg unterhielten, wo namentlich Ludwigsburg als eine der Hauptstationen unseres Werkes angesehen wurde. In den Jahren 1834, 1835 brachte ich meine Zeit meistens zwischen Straßburg und den verschiedenen Städten der benachbarten Schweiz zu. Im Elsaß suchte ich auf die Belebung deutschen Sinnes zu wirken, ohne daß die dortigen Behörden unsere eigentlichen Absichten, die nichts weniger als dem Franzosentum und seiner Herrschaft im Elsaß und in Lothringen geneigt waren, erraten hätten. Übrigens fehlte es im Elsaß nicht an vielen deutschgesinnten Männern, die wir auf unserer Seite hatten und auf deren Unterstützung wir zählen konnten. Damals war es, als hauptsächlich auf meinen Antrag und mein Betreiben die sogenannten loseren Vereine, eine Art politischer Kränzchen, gestiftet wurden, die, von deutschen und elsässischen Handwerkern besucht und von Réfugiés geleitet, zunächst den Zweck hatten, mehr Zusammenhang unter den im Ausland zerstreuten Deutschen herzustellen, sie im liberalen Sinne zu bearbeiten und in dieser Weise die Organisierung politischer engerer Vereine allmählich vorzubereiten. Diese Methode fand vielen Anklang und gelang in ihrer Ausführung so gut, daß schon im Laufe des ersten Jahres an hundert solcher Kränzchen gestiftet waren, wo die Arbeiter über ihre wahren Interessen aufgeklärt und am Ende dazu benutzt wurden, in gleichen Zwecken auch nach der Rückkehr in ihre Heimat zu wirken. Aus diesen loseren Vereinen gingen in der Folge viele Mitglieder des „Jungen Deutschland" hervor, welche Assoziation so beliebt und tief wurzelnd wurde, daß sich noch heutzutage Spuren desselben im Elsaß vorfinden, obgleich man sich gegenwärtig mehr darauf beschränkt, kommunistische Tendenzen zu verbreiten, die früher davon ferngehalten wurden. Über meinen Aufenthalt in der Schweiz bis zu meiner Expulsion im Jahre 1836 haben die von seiten der Züricher Behörden darüber gepflogenen Untersuchungen so viel Licht verbreitet, daß ich der richtigen Darstellungsweise desselben nur Gerechtigkeit widerfahren lassen und zugestehen muß, daß sie frei von aller Übertreibung und Erdichtung sind, die sonst häufig als Beigaben solcher offiziellen Leistungen vorkommen. Die Verbindung des Jungen Deutschland hatte sich übrigens bis zum Jahre 1836 ungemein entwickelt und ohne das bekannte Drama der Ermordung des als preußischen Agenten erkannten Studiosus Lessing, welche den Behörden in Zürich die Verpflichtung auferlegte, gegen die Bestrebungen der dort zahlreich versammelt gewesenen fremden Demagogen ohne Schonung vorzugehen, war das Junge Europa, dessen integrierender Bestandteil auch die Assoziation des Jungen Deutschland gewesen, in Kürze zu einer Wichtigkeit gediehen, welche das Verbindungswesen vordem nie erreicht hatte. In der Tat haben die Züricher Behörden damals den deutschen Fürsten den größten Dienst erwiesen, denn sie gaben einen triftigen Anlaß zu jenen Koerzitivmaßregeln, die für die Existenz der Vereine und die Wohlfahrt ihrer Mitglieder in der Folge so unheilbringend waren. Die Schweiz, nach ihrer günstigen geographischen Lage und mit ihrer im ganzen unserer Sache doch nur geneigten Bevölkerung, wird zu jeder Zeit der beste Zentralpunkt für die ausländische Fortschrittspartei bleiben, darum benutzen auch die Führer jede Gelegenheit, um zur Fortsetzung ihrer Kämpfe wieder dahin zurückzukehren, und wenn Mazzini bisher seine Absicht, das Londoner Komitee nach den Ufern des Genfer Sees zu übertragen, nicht verwirklichen konnte, lag es wohl ausschließlich in der Furcht, seine Partei und insbesondere

seine Person einer erbitterten Verfolgung in einem Lande auszusetzen, wo der Einfluß der benachbarten Regierungen insolang mächtig bleiben wird, als in den regenerierten Kantonen der Sieg der Demokratie nicht vollkommen gesichert ist. Ich komme nochmals auf meine Exportation aus der Schweiz vom Jahre 1836 zurück, die mich nach England führte, wo ich mich aber nur durch kurze Zeit aufhielt, weil ich es vorzog, in Christiania zu leben, indem mir das Volksleben dort mehr zusagte und ich hier auch Verwandte fand. Der deutsch-patriotische Klub hatte daselbst schon vor meiner Ankunft bestanden." Fein negiert, daß er auf das skandinavische Vereinswesen Einfluß genommen, er habe vielmehr dort erst kennen gelernt, wieviel sich durch Vergesellschaftung leisten lasse. Nach mehreren Ausflügen nach London und Paris und einem abermaligen sehr ruhigen Aufenthalt in Norwegen sei er erst 1843 nach dem Kontinent zurückgekommen. „Ich ging" — setzt er fort — „durch Deutschland nach Straßburg, hielt mich einige Zeit dort auf und fand zu meinem Bedauern, daß sich hier manches zum Nachteil unserer Sache geändert hatte, da die Seele der dortigen Handwerker- und Flüchtlingsvereine — Rauschenplatt — sich beinahe gänzlich zurückgezogen und eine Anstellung auf dem Stadtarchiv angenommen hatte. Ich begab mich hierauf nach kurzem Verweilen im Elsaß nach der Schweiz, wo ich zuletzt im Baselland mich aufhielt, bis ich mit den Trümmern des Freischarenzuges in Luzerner Gefangenschaft geriet." Auf die Frage, von welcher Bedeutung die Verbindung des Jungen Deutschlands mit der Schweiz sei, bemerkte Fein: „daß die gegenwärtige Verbindung nicht die Wichtigkeit der gleichnamigen Assoziation vom Jahre 1835 habe. Sie ist weniger förmlich organisiert und der Zusammenhang der Vereine wie der einzelnen Mitglieder, die beinahe durchgehends dem Handwerkerstande entnommen sind, ist weniger eng, als er es damals gewesen, wo die entschlossensten Männer der Flüchtlingschaft Teilnehmer derselben waren. Die Mitglieder des Jungen Deutschland neigen sich größtenteils dem Kommunismus zu, dessen Vorteile den unteren Klassen zu verführerisch sind, daher derselbe als das Hauptvehikel für die Gewinnung der Massen angesehen werden darf. Ihre Hauptpunkte sind Zürich, Baselland und Thurgau". — Kurz nach Feins Verhaftung schrieb Engelshofen am 5. Juni 1845: „Durch Feins Verhaftung erleidet das fremde Umtriebswesen in der Schweiz bedeutenden Abbruch, da er es gewesen, der einen innigen Zusammenhang unter die verschiedenen Assoziationen brachte und das Vereinswesen nach Art des älteren Jungen Deutschland organisierte. Keiner von den deutschen Revolutionskoryphäen hatte so viel Ausdauer wie Fein."

Über Franz Strohmayer, der auch wiederholt in der Schreibung Strohmeyer vorkommt, vergl. Abschnitt III der Einleitung.

25. Mai 1834. Über die Gesellschaft der Menschenrechte berichtete Noé 1833, daß sie in Frankreich 235.624 Mitglieder zähle. Sie war der oberste Repräsentant der Propaganda und hatte in der Armee wie in der Nationalgarde großen Anhang. Ihr Zweck war, die Republik in Frankreich und eine Nationalallianz in Deutschland gegen Österreichs und Preußens Einfluß einzuführen. Buchhändler Heideloff und dessen Gesellschafter verbreiteten im Auftrage dieser Gesellschaft verbotene Bücher in Deutschland. Die Gesellschaft hatte Verbindungen mit den Carbonari und Freimaurern und bearbeitete die untersten Volksklassen, an welche sie die Reden Robespierres sowie Auszüge aus den Werken von St. Just verteilte. Aus den Resten der Gesellschaften „De droits de l'homme"

und „Des saisons", die sich aufzulösen gezwungen waren, bildeten sich drei andere Assoziationen in Paris: Die „Société des egalitaires" unter der Leitung Bastides; der Geheimbund der Handwerker „Les travaillers", geleitet von Louis Blanc und dem deutschen Flüchtling Schuhmacher, und die Assoziation der Kommunisten. — Zweck der Charbonnerie, neben der sich 1834 „das junge Europa" gebildet hatte, war, wie in einem Berichte Noés über die innere Organisation und das Wirken der revolutionären Verbindungen ausgeführt wird: Gestaltung einer universellen Republik, das heißt einer Anzahl großer und kleinerer Republiken, welche in allen inneren Angelegenheiten unabhängig für sich handeln, in den allgemeinen Fragen aber von einer Zentralbehörde mit dem Sitze in Paris geleitet werden sollen. An der Spitze der Charbonnerie stand Buonarroti, der jedoch mehr als Vater und Lehrer, weniger als politischer Chef der Verbindung anzusehen war, da ihn sein hohes Alter hinderte, das Ruder selbst zu führen. Politischer Chef war vielmehr Voyer d'Argenson, in dessen Hause 1837 Buonarroti starb. Bis 1835 gingen alle Ruhestörungen von der Charbonnerie aus. Der Juniaufstand mag zufällig gewesen sein, planmäßig aber und weithin berechnet war der Aufstand in Lyon und Paris. Um die inneren Bewegungen besser leiten zu können, stiftete der geheime Ausschuß verschiedene Arten von Verbindungen: Die Gesellschaft der Menschenrechte, die revolutionären Legionen von Paris, die Mutuellistenvereine, die Gesellschaft der Sozialreformer, die Phalangisten. Von dieser alten revolutionären Verbindung sagte sich in einem Akte vom 15. April 1834 Mazzini mit seinem Anhange los und stiftete eine neue unter dem Titel: Junges Europa. — Filippo Buonarroti, geb. Pisa 11. November 1761 gest. Paris 15 September 1837, der Freund Robespierres und Teilnehmer an der Verschwörung Babeufs, deren Geschichte er geschrieben hat. — Johann Adam von Itzstein, geb. Mainz 28. September 1775, gest. auf seinem Gute Hollgarten 14. September 1855, seit 1822 Mitglied der badischen Kammer und einer der Führer der liberalen Opposition. — Karl Wenzeslaus Rodecker von Rotteck, geb. Freiburg i. Br. 18. Juli 1775, gest. 26. November 1840, Geschichtschreiber und Politiker, seit 1831 oppositionelles Mitglied der zweiten badischen Kammer. — Paul Achatius Pfizer, geb. Stuttgart 12. September 1801, gest. Tübingen 30. Juli 1867, württembergischer Politiker und Publizist, von 1831 — 1838 oppositionelles Mitglied der zweiten Kammer, Verfasser der Schrift „Briefwechsel zweier Deutscher" (Stuttgart 1831), worin er für die Hegemonie Preußens als des Repräsentanten und Wortführers der deutschen Nation eintritt, wogegen er Österreich als einen vom deutschen Stamme losgerissenen auf fremdes Holz gepfropften Zweig erklärt. Seine 1835 bei Liesching in Stuttgart erschienene Schrift „Über die Entwicklung des öffentlichen Rechtes in Deutschland durch die Verfassung des Bundes" wurde mit Beschlag belegt, vom Kriminalgericht in Stuttgart aber wieder freigegeben. 1842 gab er in zwei Bänden „Gedanken über Recht, Staat und Kirche" heraus. — Christian Albert Schott, geb. Sindelfingen 30. April 1782, gest. Stuttgart 6. Juni 1861, Mitglied der württembergischen Kammer, wo er für Preßfreiheit und Reform der Schule eintrat. Beim ersten Schillerfeste in Stuttgart hielt er die Festrede. — Dr. Jakob Siebenpfeiffer, geb. Lahr 12. November 1789, gest. 14. Mai 1845 in der Irrenanstalt zu Bümplitz bei Bern. Noé berichtet über ihn 1833: „Dieser in den vordersten Reihen der deutschen

Revolutionäre befindliche Vorkämpfer war zuletzt königlich bayrischer Landkommissär. Im Jahre 1814 bald nach der Okkupation des linken Rheinufers wurde er von dem damaligen k. k. österr. Kommissär v. Drossdig als k. k. Gouvernementssekretär angestellt und erhielt infolge seiner Dienstleistung von Sr. Majestät dem Kaiser von Österreich im Jahre 1817 die große goldene Zivilehrenmedaille mit Öhr und Band. Noch in amtlicher Stellung gründete er 1830 die Zeitschrift ‚Rheinbayern', die später unter dem Titel ‚Deutschland' erschien und trat in offene Opposition gegen die Regierung. Eine zweite von ihm redigierte Zeitschrift ‚Westbote', ebenfalls der Oppositionspresse angehörend, trat für die Einheit Deutschlands ein und bekämpfte den Bundestag. Siebenpfeiffer war auch der Verfasser des Aufrufes zur Beteiligung am Hambacher Feste. Wegen revolutionärer Umtriebe und Preßvergehen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, entfloh er in der Nacht vom 14. auf den 15. November 1833 aus dem Gefängnis des Bezirksgerichtes Frankenthal nach Weißenburg, wo er von dem daselbst amtierenden Unterpräfekten einen Paß nach der Schweiz erhielt. In Bern zum Professor an der Universität ernannt, zog er sich allmählich vom politischen Leben zurück." Bereits 1835 berichtet Noé: „Lebt seinem Berufe und seinen wissenschaftlichen Forschungen, ohne direkte Teilnahme an politischen Umtrieben. Er verzweifelt an der deutschen Sache und trat anfangs 1835 förmlich aus dem Klub der deutsch-revolutionären Fraktion in der Schweiz."

30. Juni 1834. Der Titel lautet: „Vorrede zu Heinrich Heines Französischen Zuständen" nach der französischen Ausgabe ergänzt und herausgegeben von P. G . . g . r, Leipzig, Heideloff & Campe, 1833, 58 SS. (vergl. Katalog Nr. 94 der Buchhandlung Friedrich Meyer in Leipzig), pag. V—VIII Vorwort des Herausgebers, unterzeichnet 30. Juni 1833, P. G . . g . r, S. 9—58 Text, unterzeichnet: Geschrieben zu Paris den 18. Oktober 1832. Ludwig Geiger: „Das Junge Deutschland" (S. 14—37) veröffentlichte das mit J. J. W. Campe vor dem Hamburger Senat aufgenommene Protokoll. Aus den mir vorgelegenen Akten der Bundeszentralbehörde zu Frankfurt entnehme ich folgenden Vorgang in dieser Angelegenheit: Am 16. Februar 1834 wurde der Buchhandlungsgehilfe Paul Gauger wegen Heines Vorrede bei dem Kriminalamt in Stuttgart vernommen. In dem hierüber aufgenommenen Protokoll erklärte Gauger: „P. G . . g . r soll mein Name sein. Heine wünschte einen anderen Namen in Chiffren und der Verleger bestimmte meinen Namen hiezu." Die Frage, ob die Buchhandlung Heideloff & Campe zu Paris das Werk verlegt habe, beantwortete Gauger bejahend; es stehe zwar Leipzig darauf, allein es sei in Paris gedruckt worden. Da es als ausländische Schrift in Deutschland nochmals hätte die Zensur passieren müssen, wurde der Ort „Leipzig" beigesetzt, um dadurch die Zensur zu umgehen. Von dieser Schrift wurden bei Dupré, rue St. Louis Nr. 46 in Paris, 1500 Exemplare gedruckt und alle nach Deutschland versendet, teils nach Leipzig an die Dyksche, teils nach Frankfurt an die Karl Jägersche Buchhandlung. Früher, ehe die Schrift zu Paris unter die Presse gegeben ward, wurde sie bei Hoffmann & Campe in Hamburg gedruckt. Diese Handlung aber weigerte sich sie auszugeben und die ganze Auflage, beiläufig 3000 Exemplare, muß daher noch bei ihr lagern. Die Handlung und Heine kamen über die Weigerung der Versendung in Streit und als Heine die Schrift hierauf in Paris drucken ließ, machte ihm Campe Vorwürfe darüber.

Gauger wurde wegen Verbreitung der Heineschen Vorrede zu zweijähriger Kriminalarbeitshausstrafe verurteilt. In den Entscheidungsgründen des Gerichtshofes für den Neckarkreis heißt es: „Inkulpat ist zwar als Übersetzer auf dem Titelblatt angedeutet, der Stil der Schrift spricht aber für seine Behauptung, daß auch die Übersetzung von Heine herrührt." Außer dem an den Bürgermeister Bartels in Hamburg gerichteten Schreiben (Geiger, S. 15) der Bundeszentralbehörde erliegt in den Akten auch ein Schreiben an das Polizeiamt der freien Stadt Frankfurt folgenden Inhaltes: „Die Schrift des Heinrich Heine zu Paris ‚Französische Zustände' erschien mit einer Vorrede, in welcher viele Stellen wegen der darin enthaltenen Schmähungen gegen deutsche Fürsten und Regierungen und revolutionärer Ausfälle von der Zensur gestrichen werden mußten. Heinrich Heine hat aber diese Vorrede unverkürzt in verschiedenen Ausgaben abdrucken lassen. Eine Ausgabe derselben, angeblich nach der französischen Ausgabe ergänzt und herausgegeben, auch mit einem Vorwort begleitet von P. G . . g . r, erschien in der Mitte des vorigen Jahres bei Heideloff & Campe in Paris. Auf dem Titelblatt stand indes Leipzig, auf der inneren Seite gedruckt bei Doudey-Dupré, Ludwigstraße 46. Die Handlung Heideloff schickte einen bedeutenden Teil der Auflage an die hiesige Buchhandlung Karl Körner und einen anderen Teil an die Dykische Buchhandlung in Leipzig. Letztere Handlung wollte sich mit dem Debit der Schrift nicht befassen, deponierte anfangs die ihr zugesandten Exemplare für Rechnung von Heideloff & Campe in dem Magazin von K. H. Redlau in Leipzig, nahm dieselben jedoch später wieder an sich und übersandte sie der hiesigen K. Jägerschen Buchhandlung. Diese Handlung hat nicht allein die erhaltenen Exemplare abgesetzt, sondern noch mehrere nachverlangt. Die Buchhandlungen in Süddeutschland, namentlich in Württemberg, sind von hier aus mit Exemplaren der fraglichen Schrift versehen, ein Teil ist spediert durch die K. Jägersche Handlung und ein Teil durch den Spediteur und Bankier Immanuel Müller. Heideloff in Paris war früher einer der Inhaber der Buchhandlung Schubert & Heideloff in Paris, welche Bankrott gemacht hat. Bei Heideloff & Campe in Paris sind übrigens auch andere revolutionäre für Deutschland bestimmte Schriften erschienen." — Gustav Friedrich Wilhelm Cornelius, der Sohn eines Schiffbaumeisters in Stralsund, trat als Lehrling bei dem Buchhändler Georg Reimer in Berlin ein, kam dann zu Erhard nach Stuttgart, wo er Uhland, Schwab, Osiander kennen lernte. 1830 hielt er sich in Karlsruhe auf, machte im Sommer eine Geschäftsreise, die ihn auch nach Wien führte. Die ständischen Verhandlungen in Karlsruhe sowie die polnische Revolution bestimmten seine politischen Ansichten; er war eines der tätigsten Mitglieder der Bewegungspartei, wirkte als Redner und Schriftsteller und nahm auch an dem Hambacher Feste des Jahres 1832 teil. In Straßburg gab er „Das konstitutionelle Deutschland" heraus, das am 19. November 1831 vom Deutschen Bundestag für das gesamte Bundesgebiet verboten wurde. Im selben Jahre erschien von ihm die Broschüre „Badens Volkskammer von 1831, ein Volksgespräch", die großes Aufsehen erregte; er schrieb auch zahlreiche politische Lieder, von welchen „Deutschlands Fürsten", „Neue unschuldige Fibelreime", „Deutscher Boden, deutsches Volk", „Hört, deutsche Brüder, meine Klage" (nach der Melodie des Fischerliedes aus „Die Stumme von Portici") die verbreitetsten waren. Nach Preußen zurückgekehrt, wurde er verhaftet, wegen

Verbreitung aufrührerischer Schriften, der Teilnahme am Hambacher Feste und der Majestätsbeleidigung angeklagt und zu sechsjährigem Festungsarrest verurteilt, jedoch begnadigt. Man hielt ihn später für einen preußischen Agenten.

Paris, Juni 1834. Übersetzungen der „Paroles d'un croyant" erschienen damals noch von Ehrenfried Stöber bei Schuler in Straßburg, ferner in Grimma von Philippi, von der sächsischen Regierung verboten und mit Beschlag belegt; eine polnische Übersetzung unternahm Graf Viktor de Rochetin im Gefängnisse zu Paris, eine ungarische besorgte Kossuth. Der Druck einer italienischen Übersetzung dürfte aus Chur stammen. Eine böhmische Übersetzung wurde in vielen tausenden Exemplaren verbreitet. Der bei Hoffmann & Campe in Hamburg 1834 mit kritischen Materialien erschienenen Übersetzung ist vorangestellt die Lehre vom Verhältnisse des Christentums zum Staat, nach einem Vortrage F. A. W. Neanders, als Anleitung zur Würdigung der Lehren der Gläubigen. Auch der Göttinger Flüchtling Rauschenplatt beschäftigte sich damals mit einer Übersetzung dieser Schrift und in Zürich erschien eine solche von Carl Wartaud. Das Journal „Le National" kündigte am 19. September 1834 eine neue wohlfeile Ausgabe des Pariser Buchhändlers Renduel an; „La Tribune" meldete bereits am 20. September d. J., daß ungeachtet 20.000 Exemplare abgezogen wurden, diese bereits vergriffen seien. Kurz nach Erscheinen der deutschen Übersetzungen schrieb Metternich am 18. Juni 1834 an Sedlnitzky, er zweifle nicht, daß dieser gegen die Einschleppung „dieses giftigen Produkts der Presse" alle nur möglichen Vorkehrungen getroffen habe. Auch die Gegenschrift: „Worte der Vernunft, des Rechts und der Freiheit gegen Abbé de Lamennais, Worte eines Gläubigen, Leipzig 1834" wurde in Österreich verboten, „weil" — wie Metternich in einer Zuschrift an Sedlnitzky (20. Dezember 1834) bemerkt — „der Verfasser von einem leidenschaftlichen Haß gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche geleitet wurde, wozu sich auch noch einzelne Österreich betreffende unpassende Äußerungen gesellen. Aus diesen Gründen und weil überhaupt eine ungenügende, schwache und selbst auf irrigen Ansichten beruhende Widerlegung einer gefährlichen und verbotenen Schrift zur Vermehrung des etwaigen schlechten Einflusses der letzteren beitragen könne, sehe er sich zu dem Antrag auf gänzliches Verbot dieses Buches veranlaßt. Anders als Metternich urteilte über Lamennais' Buch einer seiner Vertrauten. Am 15. Mai 1834 schrieb Prokesch-Osten in sein Tagebuch: „,Paroles d'un croyant' von Lamennais gestern und heute gelesen. Wie will man dies Buch überwinden? dies Evangelium der Armen? Die geheimsten Wünsche spricht es aus mit ungeheurer Kraft, einfach und groß wie ein Alpenhaupt; es erlaubt ihre Erfüllung nicht nur, es gebietet sie im Namen der Religion! Wer will heutzutage noch ein solches Buch überwinden?" Ein Gegenstück zu den Paroles, betitelt: „Satan und die Revolution" von Ludwig von Heller, erschien 1834 zu Luzern.

16. Juli 1834. Eduard Jerrmann, geboren Berlin 1798, gestorben daselbst 4. Mai 1859, wirkte auf verschiedenen Bühnen Deutschlands, gastierte auch in Wien und war von 1845—1846 Mitglied des Hofburgtheaters; zu seinen Virtuosenstückchen zählt auch der Versuch, als Karl und Franz Moor in einer und derselben Vorstellung aufzutreten. Durch ein kaiserliches Handschreiben, ddto. Baden, 29. Juli 1834, wurde

Sedlnitzky verständigt, „daß der bekannte, durch sein beständiges Hin- und Herreisen verdächtig gewordene Schauspieler Jerrmann nach Österreich reisen wolle, um allda ein bleibendes Engagement zu suchen". Verdächtig mag sich Jerrmann dadurch gemacht haben, daß er sich längere Zeit in Paris aufhielt, wo er in französischer Sprache eine Anzahl von Rollen in der Comédie française spielte.

25. Juli 1834. Josef Garnier, geb. 1800 zu Rastatt, studierte zu Heidelberg Theologie, wurde hierauf Lehrer der lebenden Sprachen an der Universität Freiburg und begab sich anfangs 1829 nach Paris, wo er als Sprachlehrer und Journalist wirkte. Er stand daselbst an der Spitze des Preßvereins der Deutschen und trat bei dem am 27. März 1832 unter dem Vorsitze Lafayettes zur Feier des Hambacher Festes veranstalteten Banketts als Sprecher auf. Ende Februar 1833 nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er als Angehöriger der revolutionären Propaganda verdächtig, verhaftet, von dem Rastatter Hofgericht aber freigesprochen, worauf er wieder nach Frankreich zurückkehrte. — Über Garniers „Kaspar Hauser" berichtete am 25. Juli 1834 Freiherr von Wagemann an Metternich, daß in dieser Schrift Hauser als Sohn des ehemaligen Großherzogs von Baden und Major Hennenhofer als dessen Mörder dargestellt wird. Die deutschen Fürsten und Diplomaten seien vorzüglich der Gegenstand dieser Schmähschrift. Der König von Preußen werde als Brudermörder, der König von Bayern und der Herzog von Nassau als Vatermörder bezeichnet. Auch Österreich sei darin heftig angegriffen und es werde in dieser Schrift auch behauptet, daß man in Deutschland politische Gefangene der Tortur unterziehe. Es ist wohl selbstverständlich, daß diese Broschüre in Österreich verboten wurde, desgleichen die 1840 erschienene Flugschrift „Kaspar Hauser, der Thronerbe von Baden", die der Polizeikommissär Bernhart zu Bregenz nach Wien sendete mit einem Schreiben des badischen Oberamtmanns Pfister zu Konstanz, worin dieser mitteilte, daß die badische Regierung alle Maßregeln getroffen habe, um diese Schrift zu unterdrücken. Das Büchlein wurde aber anstandslos in der Schweiz verkauft. Am 19. Dezember 1840 legte Sedlnitzky diese in Paris erschienene Schrift dem Fürsten Metternich mit der Mitteilung vor, daß für Österreich das strengste Verbot verfügt worden sei. Metternich dankte (19. Jänner 1841) für die Übersendung dieses „schändlichen, gegen eine befreundete Regentenfamilie gerichteten Pamphlets" und erklärte sich mit dem Verbot einverstanden. Es scheint diese Broschüre in Österreich wirklich keine Verbreitung gefunden zu haben, denn in den Akten ist nur ein einziger Fall eines Versuches, sie einzuschmuggeln, verzeichnet. In einem Schreiben vom 24. April 1841 teilt der Gouverneur von Brünn, Graf Ugarte, dem Präsidenten der Polizeihofstelle mit, daß bei Revision eines an die Gastlsche Buchhandlung gelangten Zeitungspakets die Schmähschrift gegen das badische Regentenhaus entdeckt wurde. Wie sehr die badische Regierung sich für die strengen Maßregeln der österreichischen Polizei dankbar zeigte, geht aus einem Bericht des Polizeikommissärs Bernhart an den Innsbrucker Polizeidirektor Hahn hervor. Bernhart meldet am 5. Mai 1841, daß der großherzoglich badische Gendarmerieoberstleutnat von Renz aus Karlsruhe und der Oberamtmann Pfister aus Konstanz im Auftrage des großherzoglichen Ministerpräsidenten nach Bregenz gekommen seien, um im Namen des Ministeriums für die vielen Beweise nachbarlicher Dienstesfreundschaft zu danken. Renz bemerkte, das Erscheinen dieser Broschüre habe den

Großherzog und den Markgrafen Wilhelm im höchsten Grade betrübt; es sei der Wunsch der badischen Regierung, sich der österreichischen Polizei angeschlossen zu sehen, um von ihr mit Rat und Tat unterstützt zu werden. — G. L. Schuler, Buchhändler in Straßburg (Gewerslaubenstraße 5). In seinem Verlag sowie in jenem der Straßburger Buchhändler Heinz, Levrauss, Schmidt und Silbermann erschien eine große Anzahl der von Flüchtlingen verfaßten Flugschriften. Mit Bundesbeschluß vom 11. September 1834 wurde der Vertrieb sämtlicher bei Schuler erschienenen und erscheinenden Schriften im Umfang des ganzen deutschen Bundesgebiets verboten. In einem Zirkular der Polizeihofstelle vom 6. Juli 1835 wird Schuler als der beachtenswerteste Buchhändler bezeichnet, der mit allen schreiblustigen Revolutionären in literarischer Verbindung stehe und ein wohlassortiertes Lager von derlei Schriften besitzen solle. Es sei dringend nötig, die Folgen dieses höchst gefährlichen Mittels der Ruhestörer, auf den Volksgeist einen verderblichen Einfluß zu nehmen, durch entsprechende Gegenvorkehrungen wirksam zu paralysieren und daher unablässig auf die Einschwärzung solcher Schriften wachsam zu sein.

29. Juli 1834. Harro Harring, geb. zu Ibersdorf am 28. August 1798, gest. auf der Insel Jersey am 21. Mai 1870, Maler und Schriftsteller, ein Mann, dessen ereignisvolles Leben ihn im steten Wechsel der Verhältnisse durch fast alle Länder Europas und über den Ozean führte. In Wien hielt er sich 1826 auf, wo er als Theaterschriftsteller dem Direktor Carl verpflichtet war, in dessen Auftrag er das von Karl Meisl verfertigte Drama: „Die Sterner und Psitticher" metrisch bearbeitete, worauf es unter dem Titel „Rudolf von Habsburg vor Basel" aufgeführt wurde. Sein Wiener Aufenthalt fand jedoch ein jähes Ende, denn schon im Dezember desselben Jahres wurde er auf Befehl des Grafen Sedlnitzky ausgewiesen. Als Grund wurde angegeben, daß man sich aus seinen Schriften überzeugt habe, daß er zu den Philhellenen gehöre und weil er keinen anderen Erwerb als die Schriftstellerei habe. Von Wien begab sich Harring nach Prag, wo er am 20. März 1827 anlangte. Hier schrieb er das Trauerspiel „Thekla", das auf dem städtischen Theater aufgeführt wurde, jedoch keine günstige Aufnahme fand. In Prag verkehrte er in einigen aristokratischen Häusern und zeigte — wie die Stadthauptmannschaft berichtete — „ein sehr bescheidenes Benehmen, indem er weder durch Äußerungen, noch durch Handlungen seine Anhänglichkeit an die Sache der Griechen, noch sonst einen bedenklichen Charakter verriet. Am 24. Oktober reiste er über Regensburg nach München und hierauf nach Warschau, wo er in ein russisches Gardelancierregiment eintrat. Nach Deutschland zurückgekehrt, jedoch wegen politischer Umtriebe ausgewiesen, kam er im Herbst 1831 nach Straßburg, redigierte daselbst das „Konstitutionelle Deutschland", das, nachdem es der Deutsche Bundestag verboten hatte, unter dem Titel „Deutschland" bis Ende März 1832 erschien. In das Innere Frankreichs verwiesen, trat er mit Mazzini in Verbindung, nahm an dem Savoyer Zug teil und begab sich, nachdem ihm auch der Aufenthalt in der Schweiz untersagt wurde, nach London. Als er im Jänner 1835 eine Reise nach Brüssel unternahm, wurde er in Ostende verhaftet, jedoch bald entlassen und nach England zurückgewiesen. Nach einem Aufenthalt in Nord- und Südamerika kehrte er nach England zurück, begab sich dann abermals nach Amerika und kam 1856 wieder nach England. 1870 beendete

sein Leben durch Gift. Harro Harring nannte sich selbst „Rebell aus Überzeugung“ und seine Schriften geben dieser Überzeugung beredten Ausdruck. Er ist ebenso heftig in der Prosa wie im Vers und gleich feurig, ob er für Deutschlands Einheit oder für dessen politische Freiheit eintritt. Nicht nur in zahlreichen Liedern, auch im Drama zeigt er seine revolutionäre Gesinnung. Nicht minder radikal sind seine vielen Flugschriften, darunter „Die Monarchie oder die Geschichte vom König Saul“ (Straßburg 1832), in der er die Legitimität lächerlich zu machen versucht; ferner „Gedanken über Wahrheit, Liebe und Gerechtigkeit. Entwurf zu einer Volksvertretung und zur Bildung eines Volkes nach demokratischen Grundsätzen“ (Straßburg 1832). Am meisten gelesen wurden seine „Worte eines Menschen“, die unter dem Einfluß von Lamennais' Paroles d'un croyant entstanden sind (Bern 1834). Mag man wie immer über den Wert seiner politischen Schriften urteilen, sie sind nicht nur Dokumente zur Zeitgeschichte, sondern auch Werke eines Mannes, der in ehrlicher Überzeugung seinem Drange nach Einheit und Freiheit Deutschlands Ausdruck gegeben. „Sie werden“, schrieb er 1826 an den Wiener Volksdichter Meisl, „in mir einen Mann kennen lernen, der die ernste Seite des Lebens empfand, durch manche Erfahrungen gebeugt, aber auch ein Vertrauen aufrecht hält, wo die innere Stimme ihm Mut einflößt.“ — An dem Zuge nach Savoyen im Februar 1834 nahmen italienische, deutsche und polnische Flüchtlinge teil. Über das verunglückte Unternehmen äußert sich Noé in einem nicht datierten Berichte, daß es mehr durch die Intrigen der Carbonaria als durch die Tätigkeit der Schweizer Behörden mißlungen sei. General Romarino, ein politischer Flüchtling, der sich mit anderen polnischen Generälen und Offizieren auch einige Zeit in Österreich aufhielt und von General Welden, damals Brigadier in Budweis, gut aufgenommen wurde, hatte es angelegt, durch absichtliche Verteilung der Kräfte die ganze Unternehmung als eine Torheit ablaufen zu lassen und den Häuptern des Jungen Europa, die ohne Sanktion des geheimen Ausschusses der Carbonaria gehandelt hatten, begreiflich zu machen, daß ohne Unterstützung der obersten revolutionären Gewalt nichts durchzusetzen sei. Noé bemerkt weiters, daß den geheimen Ausschuß neben der eifersüchtigen Behauptung seiner höchsten revolutionären Autorität noch der Umstand leitete, daß die Carbonaria zur nämlichen Zeit mit den Vorbereitungen jener großen Bewegung zu Ende eilte, die im April desselben Jahres den Süden Frankreichs erschütterte. In einer Broschüre: „Precis des derniers évènemens de Savoye par le général Romarino. Paris Dupont 1834“ suchte sich Romarino gegen die Beschuldigungen, welche die „Giovine Italia“ ausstreute, so gut als möglich zu rechtfertigen.

15. August 1834. Wahrscheinlich der Notar Gottlieb Stöber. In literarischer Hinsicht von Bedeutung sind der elsässische Dichter Daniel Ehrenfried Stöber und dessen beide Söhne August und Adolf. Sie gehörten einer Partei an, die sich die Pflege der deutschen Literatur auf elsässischem Boden zur Aufgabe stellte. In diesem Kreise verkehrte Georg Büchner während seines Straßburger Aufenthaltes sehr häufig. Ein Geheimagent berichtet 1842 über diese Partei: „Es ist dies gewissermaßen die elsässische deutsche Dichterschule, die ein Zweig der schwäbischen ist. Zu ihr gehören Stöber, Zetter, Mühl. Diese Schule sucht altelsässische deutsche Sprach- und Sinnesart zu erhalten. Dieselbe Idee sprach der Maire von Straßburg Dr. Schützenberger, früher selbst ein

deutscher Poet, in einem Prolog aus, den er zur Aufführung (durch Liebhaber) des durch Goethe in Deutschland bekannt gewordenen ‚Pfingstmontags' verfaßte. Diese Partei ist es, die mit Rauscheplatt und Fein nahen Umgang pflegt. Sie betrachten diese Flüchtlinge als Repräsentanten deutscher Geistesbildung und des deutschen Liberalismus auf französischem Boden." Siehe auch zweite Abteilung, S. 72. — Hartwig Hundt-Radowsky studierte die Rechte, war einige Jahre Hofgerichtsadvokat in Parchim, gab aber bald diesen Beruf auf und widmete sich der Schriftstellerei. In politischer Hinsicht zählte er zu den heftigsten Radikalen und wurde von den Regierungen als einer der gefährlichsten Demagogen bezeichnet. Schon 1819 erregte er die Aufmerksamkeit der österreichischen Polizei, als sein satirisch-komischer Roman „Truthähnchen" erschien, der konfisziert wurde. Nach der Julirevolution ließ er eine Reihe der heftigsten Schriften erscheinen, darunter besonders bemerkenswert: „Polen und seine Revolution", Stuttgart 1831; „Schweizerspiegel", Stuttgart 1831; „Über die Gewaltstreiche der Regierungen in konstitutionellen Staaten, besonders in Rücksicht der neuesten Maßregeln gegen die Preßfreiheit in Bayern, Württemberg und Baden", Straßburg 1832. Im selben Jahre gab er daselbst in Heften „Die Geißel" heraus, deren Inhalt — wie Graf Sedlnitzky am 16. Dezember d. J. an Metternich schrieb — „an schamloser Frechheit alles übertreffe, was die zügellosen Druckerpressen bisher zutage gefördert haben". Im zweiten Heft erschien unter anderem „Steine und Kalk zum Ehrendenkmal für den Fürsten von Metternich". In diesem Aufsatz heißt es am Schlusse: „Fragt an den Säulen des Herkules und am Fuße des Vesuvs und des Ätna, in Griechenland und in Polen, in Deutschland, in Frankreich, in der Schweiz, überall wird er gehaßt und verwünscht! Durch seine Federstriche ist mehr Blut, sind mehr Tränenströme geflossen, als durch das Schwert manches großen Feldherrn. Er ist der Teufel der Mitternacht, der mit tyrannischer Faust jeden Aufschwung des menschlichen Geistes zu hemmen, jedes Streben nach Freiheit und höherer Veredlung zu ersticken sucht. Frech und verwegen greift er in die Pläne der Vorsehung, denn er möchte die Menschheit gern auf ewig mit Ketten der Finsternis fesseln." Einige Zeit leitete Hundt-Radowsky den in Burgdorf erschienenen „Berner Volksfreund", dessen Redaktion er 1834 verlor. Seither lebte er im tiefsten Elend in der Schweiz, wo er zu Burgdorf am 15. August 1835 starb. Seine letzte Schrift war die Broschüre: „Die sieben Todsünden der Liberalen", worin gezeigt wird, wie viel den Liberalen noch zu tun übrig bleibe, um den höheren Zweck des Liberalismus zu erreichen. Noé charakterisiert diesen Schriftsteller mit den Worten: „Ohne Zweifel, der wütendste aller deutschen liberalen Schriftsteller, ein wahrer literarischer Robespierre, jedoch ohne jene blendenden Gaben, welche allein imstande sind, den Volksschriftsteller eigentlich gefährlich zu machen." — Friedrich Karl Johannes Müller aus Berlin, Verfasser einer großen Anzahl von philosophischen und naturwissenschaftlichen Schriften, Herausgeber der „Pallas", einer Monatschrift für Theosophie, Staats- und Naturwissenschaft, wurde wegen einiger politischer Broschüren verfolgt, worauf er nach Straßburg flüchtete; später nahm er in der Schweiz Aufenthalt. In seiner Schrift „Die Politik Preußens seit Friedrich des Großen Tode", Altenburg 1832, Rotteck gewidmet, wird volle Umwandlung der preußischen Politik, nämlich Anschließung an Frankreich, verlangt und der Satz aufgestellt: „Haltet nur fest an Frankreich, all ihr Völker Deutschlands, nur in dieser Verbindung ist noch Heil für euch." 1836

arbeitete Müller an einem Werke: „Geist der Geschichte seit 1789", dessen erste bei Siegfried in Zürich erschienene Lieferung das Mainzer Informationsbureau dem Fürsten Metternich übersendete.

28. August 1834. Jakob Venedey, geb. 24. Mai 1805 zu Köln, gest. 8. Februar 1871 zu Oberweiler bei Müllheim, Advokat, entfloh, wegen revolutionärer Umtriebe verhaftet, im September 1832 aus dem Gefängnisse zu Frankental nach Straßburg, begab sich von dort nach Paris, wo er sich mit Schriftstellerei beschäftigte und die Zeitschrift „Der Geächtete" (Paris bei Paulin, Straßburg bei Schüler) herausgab. Er hatte großen Anteil an der Organisierung und Leitung des Bundes der Geächteten, erweckte durch Wort und Schrift republikanische Gesinnungen unter den in Paris befindlichen deutschen Handwerkern und klärte diese über ihre politischen Rechte auf. In seinen publizistischen Schriften verfocht er deutsche Interessen gegenüber französischer Anmaßung. In den „Briefen aus Paris" (1842) rühmt Gutzkow Venedeys Liebe zu Deutschland und wie er für die Verherrlichung des deutschen Namens nur Mißtrauen, Undank und Verfolgung geerntet habe.

29. August 1834. Am 10. Oktober 1834 eröffnete Fürst Metternich dem Grafen Sedlnitzky, daß in der Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 26. September der großherzoglich badische Hof die Anzeige gemacht habe, daß von dem bekannten Josef Heinrich Garnier in London eine Zeitschrift erschienen sei unter dem Titel: „Deutsches Leben, Kunst und Poesie". Der Name des Herausgebers verbürge den Zweck der Zeitschrift und deren Tendenz; deshalb habe sich die großherzogliche Regierung veranlaßt gesehen, ihre Behörden sofort anzuweisen, darauf ein obachtsames Auge zu haben und die Verbreitung auf jede mögliche Art zu verhindern. Die Bundesversammlung habe hierauf beschlossen, sämtliche deutschen Regierungen auf diese Zeitschrift aufmerksam zu machen, damit sie gegen deren Verbreitung geeignete Maßregeln treffen. Sedlnitzky beauftragte hierauf am 15. Oktober sämtliche Landesstellen, dieses Journal mit Beschlag zu belegen. — Zu den Mitarbeitern dieser Zeitschrift zählte auch Harro Harring, der 1836 einem ihm nicht als solchen bekannten österreichischen Konfidenten mitteilte, daß Garnier seine Zeitschrift bald eingehen ließ; im Sommer 1835 sei dieser als Agent eines deutschen Hofes erkannt und über ihn in geheimer Sitzung von 13 in London lebenden deutschen Flüchtlingen Gericht gehalten und er zum Tode verurteilt worden. Diese Nachricht bewahrheitete sich jedoch nicht. — Gemeint ist Gotthilf August Reichsfreiherr von Maltitz, geb. Königsberg 9. Juli 1794, gest. Dresden 7. Juni 1837. Die „Pfefferkörner" erschienen 1831—1834.

1. September 1834. Fürst Hermann von Pückler-Muskau, geb. 30. Oktober 1785 zu Muskau, gest. 4. Februar 1871 zu Branitz bei Kottbus. Die Anerkennung, welche dieser Fürst dem Wirken Metternichs zuteil werden ließ, kommt auch zum Ausdruck in mehreren Briefen Pücklers, die im Metternich'schen Archiv zu Plaß erliegen. Am 12. Oktober 1848 schreibt er an Hügel, daß Metternich schon in frühester Jugend sein Ideal war. „Wenn die Gegenwart" — fährt er fort — „ihn grausam ungerecht verletzte (was übrigens der philosophische Fürst, wie ich ihn kenne, gewiß mit großer Seelenruhe trägt), so wird die Geschichte ihm gerecht werden, ihm, der unter allen schwankenden Wetterfahnen der Zeit allein konsequent in seiner Ansicht blieb, mit seinem System stand und ging. So handelten alle großen Charaktere des Altertums ... Ich war vor kurzem in Wien, konnte aber keinen Eingang

finden, weil eben eine der häufigen Emeuten stattfand, die jetzt an der Tagesordnung sind, und mußte in entfernter Vorstadt ein Unterkommen suchen. Diesen sonst so glänzenden Ort, diese sonst so heiteren, lebensfrohen Menschen in diesem, der Barbarei ähnlichen Zustande wiederzufinden, alle Erinnerungen der Vergangenheit, der rosigen Zeit, die ich selbst noch miterlebte, dieser schwarze Kontrast mit der Gegenwart, alles machte einen solchen Eindruck auf mich, daß ich wie von einem bösen Traum mich befangen glaubte . . . Die Villa Metternich zu sehen habe ich mich nicht entschließen können." — Am 13. Jänner 1849 schreibt er an Metternich: „Sie handelten nach Ihrer innersten individuellen Überzeugung, ohne einen anderen weltlichen Richter über sich anzuerkennen als die Geschichte. Damit geht der größere Mensch konsequent und sicher dem Ruhm zu, wenn er sich auch nicht immer vor dem Falle bewahren kann. Aber erscheinen Hannibal und Napoleon nicht im Exil in noch erhabenerem Glanz als in der Mitte ihrer Siege? Denn sie haben nun die tragische Weihe des Unglücks, des rätselhaften Schicksals, dem die höchsten Kräfte, ja selbst die Götter unterliegen müssen . . ." In einem Briefe vom 19. Juli 1857 bittet Pückler den Fürsten, zu gestatten, ihm auf dem Johannisberg alle drei Goetheschen Ehrfurchten zu Füßen zu legen. Sein Enthusiasmus für ihn dauere ungeschwächt mehr als ein halbes Jahrhundert . . . Wenige Tage darauf, am 25. Juli 1857, dankt er für die liebenswürdige und wohltuende Freundlichkeit, mit der Metternich seinen Besuch aufgenommen habe. „Ich behalte davon die tiefe Empfindung, wie glücklich diejenigen Menschen gewesen sein müssen, die mit Ihnen auf lange in mehr intimer und geschäftlicher Verbindung gestanden haben, denn das Eigentümliche in Euer Durchlaucht ist, daß Sie durch den Gehalt und die merkwürdige Klarheit Ihres Wesens — stets dabei in die anmutigste, wohlwollendste Form gekleidet — auf jedes für das Große und Schöne irgend empfängliche Gemüt einen Eindruck machten . . ." — Groß-Hoffinger, der Österreich wiederholt verließ, aber ebenso oft zurückkehrte, suchte 1836 um Wiederaufnahme in den österreichischen Staatsverband an und bat zugleich um Begünstigung seiner neuen Zeitung „Weltchronik". Metternich lehnte diese ab, indem er bemerkte, es stehe nicht in seiner Macht, dem Bittsteller deshalb, weil er zum Besseren zurückzukehren die Absicht und den Willen habe, nun schon Vorteile zuzuwenden, die anderen, welche stets auf der rechten Bahn geblieben sind, nicht zuteil werden. In einem Reskript an den österreichischen Gesandten am württembergischen Hofe (31. Jänner 1836) äußerte sich Metternich: „Es ist nicht die österreichische Regierung, welche den Groß-Hoffinger zu ihrer Verteidigung zu gewinnen gesucht, sondern dieser Schriftsteller selbst, der sich unaufgefordert zu wiederholten Malen erboten hat, die von ihm früher verfolgte Bahn einer schädlichen und übelgesinnten literarischen Tätigkeit zu verlassen und künftig seine Bemühungen der guten Sache und dem damit unzertrennlich verbundenen österreichischen Interesse zu widmen." Der Staatskanzler verwahrte sich gegen die Zumutung, Groß-Hoffinger für die Verluste schadlos zu halten, die dieser durch das Aufgeben seiner oppositionellen Tätigkeit erlitten zu haben vorgab. „Ich bin vielmehr der Überzeugung" — fährt der Fürst fort — „daß jedweder wahrhaft talentvolle und gediegene Schriftsteller die reichsten Hilfsquellen in sich selbst trage, daß der einzige, ehrenhafte Lohn eines Mannes, der seine wahre Überzeugung verteidigt, in seinem eigenen Bewußtsein liege und daß die wissenschaftliche Tätigkeit schriftstellerischer

Leistungen das einzige Mittel sei, die Achtung des Publikums zu gewinnen und die Meinung zu begründen, daß der, welcher eine Sache verteidigt, ihr um ihrer selbst und nicht um egoistische Vorteile huldige." In der mit dem Grafen Sedlnitzky über Groß-Hoffingers Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft eingeleiteten Korrespondenz trat Metternich für deren Bewilligung um so mehr ein, als dadurch dieser Schriftsteller an die österreichische Zensur gebunden werde, was nur erwünscht sein könne. Und Groß-Hoffinger unterwarf sich, nicht zu seinem Nachteil. 1837 erfolgte seine Wiederaufnahme in den österreichischen Staatsverband, bald darauf erlangte er nach lebhafter Fürsprache der Staatskanzlei eine Konzession zur Herausgabe der Zeitschrift „Der Adler", die anfänglich nur übersichtliche Darstellungen der wichtigsten Weltbegebenheiten und Schilderungen „vaterländischer Zustände" enthielt. Diesen reihten sich teils unterhaltende, teils belehrende Aufsätze an, denen Notizen über Kunst, Literatur, Handel und Gewerbe folgten. Von Zeit zu Zeit erschienen auch Tendenzartikel im streng konservativen Sinne, denen aber das Publikum wenig Gewicht beilegte. Trotz aller Lockmittel, wie Bilderbeilagen, Prämien 2c., vermochte sich der „Adler" nicht aufzuschwingen und schon im Februar 1838 erklärte Groß-Hoffinger, Konkurs anmelden zu müssen, falls ihm nicht Geldhilfe zuteil werde. Die angehoffte Subvention wurde zwar nicht erzielt, doch erhielt Groß-Hoffinger aus der Polizeidotation ein Gnadengeschenk, das ihn wenigstens für den Augenblick vom Untergang rettete. Im Juni 1843 zeigte Groß-Hoffinger das Ende seiner Zeitschrift an, deren Titel er inzwischen in „Vindobona" umgeändert hatte. Nun begab er sich wieder nach Deutschland zurück. In Leipzig kam Groß-Hoffinger in mehrfache Berührung mit den Generalkonsul Hübner, den er wiederholt behelligt hatte. Hübner gewann — wie er am 26. Jänner 1846 an Metternich berichtete — die Überzeugung, daß Groß-Hoffinger sich in einem an Geisteszerrüttung grenzenden Zustand befinde. Zu derselben Zeit erschien von ihm „Fürst Metternich und sein System". „Es besteht" — schrieb Hübner am 4. März 1846 an den Staatskanzler — „aus gänzlich wert-, ja sinnlosem Wortkram . . . Der Stempel der Leidenschaftlichkeit, der Unwahrheit und einer bis zur Verrücktheit gesteigerten Selbstüberschätzung ist übrigens dieser Diatribe zu sehr aufgedrückt, um sie nicht im vorhinein ihres Stachels zu berauben." — Spaziergänge: Gemeint sind die „Spaziergänge eines Wiener Poeten" von Anastasius Grün.

10. September 1834. Über den Anteil Heines und Börnes an der Propaganda schrieb Rumpff, der Ministerresident der vier freien Städte in Paris, am 12. Jänner 1834 aus Paris: „Sie sind beide, besonders Heine, zu klug, um sich mit jenen unbedeutenden Individuen (den Handwerkern) zu kompromittieren. Heine schreibt meistens lediglich um Geld zu gewinnen, aber die hiesige Polizei glaubt dennoch, daß er mit den Propagandisten in näherer Berührung steht und daß er am 22. Dezember eine Versammlung deutscher Schriftsteller bei sich gehalten habe, in der beschlossen worden sei, die Redaktion der Druckschriften und Pamphlets des Patriotenvereins, die bisher so mangelhaft verfaßt worden sind, künftig geübten Federn anzuvertrauen. Deshalb sei eine Redaktionskommission ernannt worden, die aus folgenden Personen besteht: Heine, Savoye, Dr. Meyer, Dr. Arent und A. Traxel. Börne wollte bei dieser Versammlung nicht erscheinen, da er mit Heine in bitterer literarischer Feindschaft lebt und Heine als unzuverlässig darstellen will. Der hiesigen Polizei war es, wahr-

scheinlich durch perlustrierte Depeschen oder aus Berlin, wo dem französischen Gesandten viele Quellen offen stehen, bekannt geworden, daß der hiesige preußische Gesandte schon im November den Auftrag erhalten habe, Heine von hier wegschaffen zu lassen. Seit der Publikation der französischen Ausgabe der heimischen ‚Französischen Zustände‘, worin der König nicht sanft behandelt wird, ist Heine vom Minister des Innern unter polizeiliche Aufsicht gestellt.“ — Dr. Josef Savoye aus Zweibrücken, Rechtsanwalt, Deputierter des Rheinkreises, Verfasser der Schrift „Garantien der freien Presse im bayrischen Rheinkreise“, Verlag von Ritter in Zweibrücken, entfloh 1832 nach Paris, gründete in der rue Richelieu ein Institut für deutsche Sprache, wo fleißig Schiller und Goethe gelesen wurde. Er schrieb im „Temps“ und in verschiedenen französischen Revuen geistvolle Aufsätze und verfaßte auch eine treffliche deutsche Sprachlehre. — Urban Muschani aus Steißlingen in Baden, Lithograph, wegen staatsgefährlicher Verbindungen in Untersuchung gezogen, entfloh nach Paris, wo er Vizepräsident der deutschen Assoziation wurde. — Dr. Richard Spazier (1803—1854), der Neffe Jean Pauls, nahm, nachdem er 1831 aus Bayern ausgewiesen wurde, in Leipzig Aufenthalt und übersiedelte 1833 nach Paris. Von 1830—1831 gab er die „Nürnberger Blätter für öffentliches Leben, Literatur und Kunst“ heraus; in Leipzig schrieb er die „Geschichte des Aufstandes des polnischen Volkes in den Jahren 1830 und 1831“. Er war auch einer der Mitredakteure der „Revue du Nord“, die 1836 zu erscheinen aufhörte. Seit März 1836 korrespondierte er für die „Augsburger Allgemeine Zeitung“. In den vierziger Jahren war er der Pariser Korrespondent der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“. — Breidenstein: Zwei Brüder dieses Namens, Söhne des Oberhofpredigers Breidenstein, des Hauptes der Liberalen in Homburg. Beide gehörten zu den eifrigsten Anhängern der radikalen Partei in Mitteldeutschland. Dr. August Breidenstein, Militärarzt, hatte an der polnischen Insurrektion teilgenommen und wurde als Angehöriger einer Verbindung, bezweckend den Umsturz der deutschen Staatsverfassung, und der Werbung hierzu gerichtlich verfolgt, entfloh aber nach der Schweiz, wo er als Mitglied des Jungen Deutschlands in Bern einen Aufruf an die Unterdrückten Deutschlands verfaßte, weshalb er am 18. Juni 1834 ausgewiesen wurde; er starb bereits am 24. April 1835 zu Neu-Orleans. — Sein Bruder Friedrich Breidenstein, Rechtskandidat, Mitglied der Burschenschaft in Gießen, war Führer einer Truppe, die in der Nacht vom 3. auf den 4. April 1833 Frankfurt bedrohte, weswegen er vom Hofgerichte zu Gießen steckbrieflich verfolgt wurde. Nach der Schweiz entflohen, gehörte er ebenfalls dem Jungen Deutschland an und nahm, wie sein Bruder, auch an dem Savoyerzug teil. 1838 amnestiert, kehrte er in seine Geburtsstadt Homburg zurück. — Dr. Karl Wilhelm Schuster, Privatdozent an der Universität in Göttingen, beteiligte sich 1831 an dem Aufstande daselbst und entfloh nach Paris, wo er zu den eifrigsten Mitgliedern der Propaganda zählte und auf die deutschen Handwerker den mächtigsten Einfluß übte; er unterhielt tätige Verbindungen mit den Provinzen Oberhessen und Marburg und dem hannoverschen Harzgebiet. Er war der oberste Leiter des Bundes der Geächteten, Mitarbeiter der „Revue démocratique“, Verfasser mehrerer Flugschriften und stand zu Heine in freundschaftlicher Beziehung. — Leopold Maximilian Langenschwarz, geb. 1806 zu Rödelheim, kam 1827 nach Wien und trat als Kommis in die Geistingersche

Buchhandlung ein. Vom Beichtvater der Kaiserin in der katholischen Religion unterrichtet, ließ er sich 1828 taufen und wurde Schreiber bei dem Hofagenten Walcher. Schon damals befaßte er sich mit Literatur, schrieb Gedichte, Journalartikel und auch einige Theaterstücke. Sein Talent zur Improvisation ermöglichte ihm den Zutritt in angesehene Wiener Häuser. Öffentlich trat er zuerst in Preßburg auf. Im Mai 1830 begab er sich nach München, kam nach einem Aufenthalt in Petersburg Ende 1832 wieder nach Wien, wo er als Improvisator auftrat. Während seines Wiener Aufenthaltes wurde er wegen Verdachtes politischer Umtriebe polizeilich überwacht. Als er bald darauf nach Leipzig kam, warnte Metternich den österreichischen Generalkonsul Berks vor Langenschwarz. „Die früheren im schlechtesten Sinne geschriebenen Geistesprodukte dieses Improvisators" — schrieb der Fürst am 8. Oktober 1833 — „beweisen hinlänglich, was er war. Langenschwarz hat zwar dem Anscheine nach seine verderblichen Ansichten aufgegeben. Ich besitze indessen Daten, die auch an der Aufrichtigkeit dieser Bekehrung zweifeln lassen, ja selbst zu beweisen scheinen, daß diese korrekte Außenseite ihm als Mittel dient, um desto ungehinderter seine Umtriebe verfolgen zu können. Ich empfehle daher, auf Ihrer Hut zu sein, seinen Äußerungen keinen unbedingten Glauben zu schenken und ihn — soweit es tunlich ist — im Auge zu behalten." Nach Österreich kam Langenschwarz nicht mehr, wohl aber gab er der österreichischen Regierung Gelegenheit, sich mit ihm wieder zu beschäftigen, als 1836 das von ihm verfaßte Libell „Europäische Geheimnisse eines Mediatisierten" erschien. — Über Franz Reichel berichtete am 26. März 1835 die Wiener Polizeidirektion, daß er als Professor der Philosophie zu Graz angestellt war, sein öffentliches Lehramt aber 1814 wegen Augenschwäche aufgegeben habe. In den Jahren 1818 und 1819 mit den deutschen Burschenschaften ziemlich bekannt, habe er in Wien Privatvorlesungen über Philosophie gehalten, denen aber wegen des kühnen Vortrages nur wenige Zuhörer, darunter die in der Burschenschaftsuntersuchung bekannten Studenten Dobblhoff, Kiesewetter 2c., anwohnten. Mit Ausnahme von vier Jahren, die er in Ungarn als Hofmeister bei der Gräfin Brunswick zugebracht, halte er sich fortwährend in Wien auf, führe ein sehr zurückgezogenes, nur seinen Studien gewidmetes Leben, unterhalte jedoch eine mehrseitige Briefkorrespondenz, die er aber der Post nicht anvertraue. — Über den Professor in Wiener-Neustadt und den Korrespondenten einer rheinischen Freimaurerloge daselbst wird polizeilich berichtet, daß die Nachforschungen in beiden Beziehungen auf den in der Militärakademie als Professor der Philosophie angestellten Piaristen Adam Nusser hindeuteten. Dieser, aus Günzburg gebürtig, trat im Jahre 1813 in den Piaristenorden der österreichischen Provinzen ein, wurde anfangs als Lehrer in der Normalschule in der Josefstadt verwendet, kam im Jahre 1820 als Professor an das akademische Gymnasium und wurde 1826 Pfarrer in der Josefstadt, worauf er im Jahre 1829 als Professor der Philosophie in die Wiener-Neustädter Militärakademie übertreten mußte. „Schon als Professor am akademischen Gymnasium" — berichtet die Polizeidirektion am 26. Mai 1835 — „legte er nebst einem unverträglichen Charakter einen ziemlich freien Vortrag an den Tag, er wurde auch dieserwegen von der Professur entfernt und zum Pfarrer bei den Piaristen in der Josefstadt bestimmt. Allein auch hier konnte er sich mit niemandem recht vertragen und brachte es durch sein rohes Benehmen gegen seine

Ordensbrüder sowie gegen mehrere der eingepfarrten Gemeindeglieder, dann auch durch seine freien, gegen das legitime System mehrmals abgehaltenen Predigten dahin, daß eine Zusammentretung aller Ordensgeistlichen veranstaltet und in derselben einstimmig erkannt wurde, daß Russer in der Zukunft unter seinen Ordensbrüdern nicht mehr belassen werden könne, weshalb er dann nach Wiener-Neustadt als Professor der Philosophie abgegeben worden ist. Auch dort hat er den Ruf eines sehr freigesinnten Geistlichen, der sich über Staat und Religion unumwunden ausspricht und selbst in öffentlichen Vorträgen seine freie Denkungsart zeigen soll. Sein Charakter soll überhaupt von der Art sein, daß man ihm zumutet, daß er sich mit ausländischen liberalen Schriftstellern in eine Verbindung einlassen könnte."

24. September 1834. Johann Georg Wirth, geb. 20. November 1798 zu Hof, Publizist und Historiker, gab 1831 in München den „Kosmopolit" und für Cotta „Das Inland" heraus; er gründete als Oppositionsblatt gegen die Regierung „Die deutsche Tribüne". Wegen seiner freisinnigen Artikel verfolgt, übersiedelte er nach Rheinbayern, um, durch die französische Gesetzgebung geschützt, weniger behindert zu sein. Als Teilnehmer am Hambacher Feste, wo er über die Notwendigkeit der Vereinigung aller deutschen Staaten zu einem „Gesamtdeutschland" sprach, und als Verfasser des „Aufruf an die Volksfreunde in Deutschland" in Untersuchung gezogen, wurde er von dem Schwurgericht in Landau nach einer glänzenden, sieben Stunden langen Rede freigesprochen. Diese Rede erschien zu Nancy im September 1833 unter dem Titel: „Die Rechte des deutschen Volkes". Neuerlich wegen Beleidigung in- und ausländischer Behörden angeklagt, wurde er zu zweijähriger Haft verurteilt, die er teils in Kaiserslautern, teils in Passau verbüßte. Unter Polizeiaufsicht gestellt, entfloh er nach Frankreich, übernahm 1839 die Redaktion des „Leuchtturms" in Konstanz, den er in die „Deutsche Volkshalle" umwandelte. 1847 nach Karlsruhe übersiedelt, wurde er im nächsten Jahr in das deutsche Parlament zu Frankfurt gewählt, wo er am 26. Juli starb.

19. Dezember 1834. Ernst Karl Christian Graf Benzel-Sternau, geb. Mainz 9. April 1767, gest. 15. August 1849 auf seinem Landsitz Mariahalden am Züricher See, ehemals Staats- und Finanzminister des Großherzogs von Frankfurt, dann Abgeordneter der zweiten bayrischen Kammer. Seinen Freisinn bekundete er in einer Reihe politischer Schriften, auch trat er, sechzigjährig, aus Widerwillen gegen die Umtriebe der ultramontanen Partei zur evangelischen Kirche über und gab mit dem Pastor Friedrich in Frankfurt die im Verlag der Metznerschen Buchhandlung erschienene Zeitschrift „Der Protestant" heraus. Als sich im Sommer 1832 in Hanau aus dem infolge der Bundesbeschlüsse aufgehobenen Preßverein ein „Verein zur Aufrechthaltung der vaterländischen Verfassung" gebildet hatte, wurde Benzel-Sternau zum Ehrenmitglied ernannt. In Wirths Beschreibung des Hambacher Festes (Seite 27—29) wird eines Briefes von Benzel gedacht, in welchem er sein Ausbleiben von diesem Fest entschuldigt. Daselbst sind auch zwei von ihm verfaßte, auf dieses Fest bezügliche Gedichte abgedruckt. Benzel-Sternau war auch Mitarbeiter des „Wächter am Rhein" und des „Freisinnigen". Auf seinem Gute Mariahalden am Züricher See fand so mancher politische Flüchtling freundliche Aufnahme. — Am 3. Februar 1832 ließ Wirth in Nr. 29 der „Deutschen Tribüne" einen Aufsatz mit der

Überschrift „Deutschlands Pflichten“ erscheinen, worin ganz Deutschland zur Bildung eines Vereines zur Unterstützung der freien Presse aufgefordert wurde. Es wurde angekündigt, daß bis zur Wahl eines Komitees der Deputierte des bayrischen Rheinkreises Friedrich Schüler und der Advokat am Appellhof in Zweibrücken J. Savoye die Leitung der Geschäfte übernommen hatten. Bald darauf, in der Beilage zu Nr. 47 der „Deutschen Tribüne“, kündigten sich Schüler, Savoye und Geib als provisorisches Komitee an. Nach und nach bildeten sich Lokalkomitees des Preß- oder Vaterlandvereines in Neustadt a. d. Hardt, Lindau, Frankental, Kirchheimbolanden, Kaiserslautern. Nicht bloß in den südlichen Gegenden Deutschlands, auch in Norddeutschland hatte der Verein seine Verzweigung, insbesondere in Schwerin und in mehreren Ortschaften des Thüringer Waldes. Nachdem die „Deutsche Tribüne“ unterdrückt worden war, wurde die „Zweibrücker Zeitung“ das Organ des Preßvereins. Nach Savoyes und Schülers Flucht versahen die Filialkomitees zu Kaiserslautern und Neustadt die Funktionen des Zentralkomitees.

23. Jänner 1835. Rudolf Lohbauer aus Ludwigsburg in Württemberg, Herausgeber des in Stuttgart erschienenen „Hochwächters“, entfloh, als er in Untersuchung gezogen wurde, 1832 nach Straßburg, begab sich dann nach der Schweiz und wurde Professor an der Berner Universität, wo er Vorlesungen über Kriegswissenschaft hielt; er war auch Mitarbeiter der „Helvetischen Militärzeitschrift“. Noé schildert ihn 1833 in seinem handschriftlichen „Verzeichnis der Revolutionäre“ als „einen der überspanntesten Anhänger der Freiheitsideen“. — Außer Lohbauer wirkten als Professoren an der Berner Universität noch die deutschen Flüchtlinge: Ludwig und Wilhelm Snell, Hundshagen aus Gießen und Dr. Siebenpfeiffer. — Wilhelm Sauerwein, neben Harro Harring ein Liebling Jung-Deutschlands, wirkte in Frankfurt mit Funk und Freieisen als revolutionärer Dichter. Aus seiner Vaterstadt vertrieben, flüchtete er in die Schweiz, wo er mehrere Schriften für das Junge Deutschland herausgab; er ist auch der Verfasser des „Abc-Buch der Freiheit für Landeskinder“ (Verlag von Fried. König 1832) und der „Gedichte aus der Zeit für die Zeit“ (Biel 1835). In der Schweiz betätigte er sich auch journalistisch. Später begab er sich nach Frankreich, wo er als Lehrer wirkte. Als er daselbst erkrankte, wurde für ihn in Frankfurt eine Kollekte veranstaltet.

9. Mai 1835. Im Silbermannschen Verlag erschienen auch der „Niederrheinische Kurier“, das „Konstitutionelle Deutschland“ sowie 1833 die „Hausbibliothek für das deutsche Volk aller Stände. In zwanglosen Heften herausgegeben von einem Freund und Mitkämpfer für Freiheit und Recht“. Erschienen sind zwei Hefte, jedes zu 16 Seiten. Erstes Heft: Vorwort. — Was fordern Ehre und Pflicht vom deutschen Staatsbürger in der Gegenwart. Zweites Heft. Das Entstehen und die Rechtsbeständigkeit deutscher Fürstensouveränität. — Noch einiges zur Beantwortung der Frage: Was fordern Ehre und Pflicht vom deutschen Staatsbürger in der Gegenwart. Als Verfasser dieser Schrift wurde der Bundeszentralbehörde der als Mitarbeiter mehrerer freisinniger Journale bekannte Karl Weddo von Glümer bezeichnet, der 1833 nach Straßburg flüchtete. Näheres in „Aus einem Flüchtlingsleben (1833—1839)“ von Claire von Glümer. Dresden und Leipzig, Heinrich Mieden, 1904. — Das Verbot der sämtlichen Verlagsartikel der Pariser Buchhandlung Heideloff und Campe erfolgte durch Beschluß der Bundesver-

sammlung am 10. Juli 1834. — Die Bemerkung über die Schrift von David Justus Hansemann (geb. 12. Juli 1790 Finkenwerde bei Homburg, gest. Berlin 4. August 1864) dürfte sich entweder auf die 1830 an den König Friedrich Wilhelm III. gesendete Denkschrift wegen Einführung des konstitutionellen Systems oder auf die 1833 erschienene Schrift „Preußen und Frankreich" beziehen.

11. November 1835. Mit diesem Berichte beginnen die konfidentiellen Mitteilungen über das literarische „Junge Deutschland". Daß die Regierungen die Jungdeutschen als eine geheime Verbindung betrachteten, geht auch aus Noés Einbegleitung dieses Berichtes hervor, worin er auch bemerkt, daß diese Verbindung von Heine und Börne beeinflußt werde. — Der „Phönix, Frühlingszeitung für Deutschland" erschien vom 1. Jänner 1835 bis 30. Juni 1838. Duller redigierte das Hauptblatt, Gutzkow bis 28. August 1835 das Literaturblatt. 1836 versuchte Duller (geb. Wien 8. November 1809, gest. Wiesbaden 24. Juli 1853) den Vertrieb dieser Zeitschrift in Österreich zu erhalten; er wurde aber mit der Begründung abgewiesen, daß seine bisherigen schriftstellerischen Leistungen zu wenig Vertrauen eingeflößt hätten, um in sein Gesuch willigen zu können. — Auf Eduard Duller beziehen sich zwei Berichte des Wiener Bücherrevisionsamtes aus dem Jahre 1831. In dem einen wird die Vermutung ausgesprochen, Duller sei der Verfasser der „Spaziergänge eines Wiener Poeten", in dem anderen werden Dullers bis dahin erschienene Schriften aufgezählt. Der Schluß dieses Berichtes lautet: „Seit Duller in München lebt, hat er sich vornehmlich durch seine Balladen über die Wittelsbacher (München, Frankfurt 1831) bemerkbar gemacht. Zu diesem Panegyrikus auf das bayrische Regentenhaus wurde Duller vorzüglich durch den Freiherrn von Hormayr angefeuert, und wenn diese Balladen nicht gleich den Schriften Hormayrs von Gift und Galle gegen Österreich übersprudeln, so ist nur das harmlose, kindliche Gemüt des Verfassers Duller daran Ursache, der es jetzt schon bitter bereuen soll, den Einflüsterungen Hormayrs Gehör gegeben zu haben und nach München gegangen zu sein. Duller ist Mitarbeiter an Spindlers ‚Damenzeitung' und geht sicher in Vielschreiberei unter, wenn er nicht sein unverkennbares Talent aus dem Strudel der bayrisch-liberalen Journalistik noch beizeiten zurückzieht." — Am häufigsten in diesen Blättern ist das Haupt des Jungen Deutschlands Karl Gutzkow (geb. Berlin 17. März 1811, gest. Sachsenhausen 16. Dezember 1878) genannt. Der Maßregeln des Deutschen Bundestages gegen ihn und die übrigen Angehörigen des jungen literarischen Deutschlands ist bereits in der Einleitung gedacht worden. — Wolfgang Menzel redigierte das mit dem „Morgenblatt" verbundene „Literaturblatt" von 1825—1848. Cotta stellte das Erscheinen des „Literaturblattes" 1852, des „Morgenblattes" 1856 ein. — Ludolf Christian Wienbarg, geb. Altona 1802, gest. Schleswig 2. Jänner 1872, der 1834 seine „Ästhetischen Feldzüge" dem „Jungen Deutschland" widmete, kam 1835 von Kiel, wo er sich für Ästhetik und Literatur habilitiert hatte, zu Gutzkow nach Frankfurt, um mit ihm die „Deutsche Revue" zu gründen. (Näheres bei Schweizer: Ludolf Wienbarg. 1898.) Unter den interzipierten Briefen der Polizeihofstelle findet sich auch einer von Hermann Rollet, der am 22. September 1845 an Anton Joseph schrieb: „Wienbarg wohnt in Altona, hat eine robuste Gestalt und weinglühendes Gesicht, das den Erwartungen nicht entspricht, die wir uns immer von seinem edlen Äußern machten. Obwohl äußerst geist-

reich und freundlich, kam er mir doch eher vor wie ein Hamburger Schiffsmäkler." — Dr. Franz Kottenkamp (aus Lingen), Freund Gutzkows, der ihn veranlaßte, von Berlin nach Frankfurt zu kommen. „Zu den zahlreichen Widersachern" — schrieb Generalkonsul Verks in Leipzig am 21. November 1835 an Metternich — „des gegen die verderbliche Tendenz der deutschen Modeschriftsteller ankämpfenden Menzel hat sich ein Dr. Franz Kottenkamp gesellt, dessen ‚Anti-Menzel oder Wolfgang Menzel vom Standpunkt der historischen Kritik betrachtet' kürzlich zu Stuttgart erschienen ist." Kottenkamp war später Redakteur der „Allgemeinen Zeitung" und beteiligte sich auch an der von Adrian im Verein mit mehreren Literaten besorgten Übersetzung von Viktor Hugos sämtlichen Werken (1834—1842). Die Frucht eines langen Aufenthaltes in England war das Werk „Die Engländer". Seine „Geschichte des südamerikanischen Unabhängigkeitskampfes" rühmt Gutzkow als ein „gründliches und anerkanntes Buch". — Dr. Ludwig Georg Beurmann, geb. Bremen 1804, gest. Berlin 16. Juli 1883. (Näheres im Absatz III der Einleitung.) — Dr. Theodor Mundt, geb. Potsdam 19. September 1808, gest. Berlin 30. November 1861, veröffentlichte seine ersten kritischen und literargeschichtlichen Arbeiten in Saphirs „Beiwagen zur Schnellpost" und später im „Berliner Konversationsblatt". Seit 1832 war er Redakteur der „Blätter für literarische Unterhaltung". (Vgl. Dr. Otto Draegers Monographie: „Theodor Mundt und seine Beziehungen zum Jungen Deutschland", Marburg 1900.) — Ludwig Wihl, geb. Wevelinghofen 24. Oktober 1807, gest. Brüssel 16. Jänner 1882. Dichter, Sohn jüdischer Eltern, kam, unterstützt von dem Erzbischof Graf Spiegel, ans protestantische Gymnasium in Köln, studierte hierauf in Bonn und München klassische Philologie und orientalische Sprachen. 1840 gründete er in Frankfurt ein Erziehungsinstitut, das jedoch nur kurze Zeit bestand. Hierauf begab er sich nach Amsterdam, dann nach Paderborn, wo er wegen eines Artikels zu einer Festungsstrafe verurteilt wurde, der er sich durch die Flucht nach Frankreich entzog. Hier blieb er bis zum Beginn des Deutsch-Französischen Krieges und übersiedelte dann nach Brüssel. Wihl zählte zu Gutzkows intimen Freunden. — Karl Peter Berly, geb. Frankfurt 10. November 1781, gest. daselbst 9. Mai 1847, einer der tätigsten Publizisten, redigierte von 1821—1829 die „Zeitung der freien Stadt Frankfurt" und übernahm hierauf die Redaktion der „Oberpostamts-Zeitung", der er bis zu seinem Tode angehörte. In einem Berichte vom 30. Jänner 1836 wird er als der eifrigste Enthusiast des jungen literarischen Deutschlands bezeichnet. — Die „Deutsche Revue" sollte eine Wochenschrift im Umfange von 3 Bogen nach dem Muster der „Revue des deux Mondes" werden. In Nr. 430 der „Allgemeinen Zeitung" vom Jahre 1835 veröffentlichten Gutzkow und Wienbarg das Verzeichnis der Mitarbeiter, von welchen jedoch einige nach der Konfiskation von Gutzkows „Wally" ihre Zusage öffentlich zurückzogen, zuerst Prof. Ulrici, dann am 16. November Varnhagen; auch Laube erklärte, daß er mit dem „Jungen Deutschland" nichts zu schaffen habe. (Houben: Gutzkow-Funde, S. 63.) Die ersten 3 Bogen waren bereits gedruckt, kamen aber nicht zur Ausgabe. Nun wollte Gutzkow ein Blatt allein schreiben unter dem Titel „Deutsche Blätter"; auch von dieser Zeitschrift war die erste Nummer bereits gedruckt, kam aber nicht zur Ausgabe, da sich der Verleger zurückzog, weil ihm angedeutet worden war, daß er, falls er nicht abstehe, den Druck der

Bundestagsprotokolle verlieren würde. Einen Neudruck der „Deutschen Revue“ besorgte 1904 J. Dresch, der in der Einleitung hierzu auch die Geschichte dieser Zeitschrift erzählt. — Eduard Kolloff aus Friedland im Mecklenburgischen, Lehrer am Bunsenschen Institut zu Frankfurt, wegen Teilnahme an dem Frankfurter Aufstand (3. April 1836) verfolgt, entfloh nach Lyon und lebte später als Kunstkritiker in Paris. — Gutzkows Artikel „Bernadotte“ erschien in der außerordentlichen Beilage Nr. 51 der „Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Dezember 1835. — Der richtige Titel von Wienbargs Aufsatz lautet „Elbe und Nordsee“.

15. November 1835. Eine Rezension Feuchterslebens über Wienbargs „Wanderungen durch den Tierkreis“ in Nummer 101 der „Blätter für Literatur, Kunst und Kritik“ (Beiblatt zur „Österreichischen Zeitschrift für Geschichte und Staatskunde“) veranlaßte Metternich, den Grafen Sedlnitzky zu ersuchen, diese Zeitschrift einem anderen Zensor zu überweisen. „Wenn nun“ — schrieb Metternich am 31. Dezember 1835 — „schon die Tatsache, daß ein Zensor einen rezensierenden Aufsatz billigt, ohne das rezensierte Werk zu kennen, der Gründlichkeit seiner Amtswirksamkeit nicht eben das Wort redet, so ist in diesem besonderen Fall auch noch der fernere Umstand in Betracht zu ziehen, daß seit Monaten das Treiben der jungen Literatur und die Tätigkeit des Wienbarg in selber Gegenstand der allgemeinen Kunde ist, daß die von Preußen und anderen Staaten gegen die Koryphäen derselben ergriffenen Maßregeln in allen öffentlichen Blättern zu lesen waren und daß daher die von einem Zensor gegebene Approbation eines das Treiben dieser Schule lobenden Artikels von bedeutender Unkunde dessen, was in der literarischen Welt vorgeht, zeugt.“ Zum Schluß ersuchte Metternich, den Zensoren die strengsten Weisungen zu erteilen, „daß die durch den Bundesbeschluß vom 10. Dezember 1835 aus Deutschland verbannte verderbliche Literatur in den inländischen Zeitungen und Zeitschriften überhaupt so wenig als möglich und jedenfalls immer nur mit großer Vorsicht und in einem den Grundsätzen der Regierung angemessenen Sinne besprochen werden darf“. — Von den Frankfurter Literaten, deren Wirken auf eine materielle Revolution hinzielte, kommen außer Sauerwein, dessen schon gedacht wurde, noch Freieisen und Funk in Betracht. Johann Christian Freieisen, geb. Sachsenhausen 1. März 1803, gest. Frankfurt 24. April 1849, studierte in Heidelberg bis 1827 Medizin, widmete sich aber, nach Frankfurt zurückgekehrt, dem Schriftstellerberufe. Von seiten des Polizeiamtes in Frankfurt wurde er am 9. Juli 1832 angewiesen, sich aller die Ruhe Deutschlands im Innern gefährdenden Artikel in Zeitblättern zu enthalten. Da er ungeachtet dieser Warnung fortfuhr, in die zu Hanau erschienene Zeitschrift „Die deutsche Volkshalle“ aufrührerische Artikel zu schreiben, wurde er am 17. September 1832 zu einer vierwöchentlichen Gefängnisstrafe verurteilt, in der Appellationsinstanz aber freigesprochen. Kurze Zeit danach, am 25. Oktober, wurde er als Verfasser der Schrift „Die Republik“ wieder in Kriminaluntersuchung gezogen. In dieser Schrift, die auch Ausfälle gegen Österreich enthält, wird den Fürsten vorgeworfen, die Volksbildung zu hemmen und die Würde des Menschen zu verhöhnen. Am Schlusse läßt der Verfasser die Republik und die Völker leben, die sich ihrer wert zeigen. Freieisen wurde deswegen von der Juristenfakultät zu Tübingen, respektive dem Frankfurter Appellationsgerichte zu einer viermonatlichen Gefängnishaft verurteilt. Ein Versuch seiner Freunde, ihn aus der Haft zu be-

freien, scheiterte. Nachdem er seine Strafe verbüßt hatte, begab er sich zu längerem Aufenthalt nach Straßburg, wo er zu den tätigsten Teilnehmern des dortigen Klubs zählte, hierauf nach Bern, wo er Musikunterricht erteilte und an der „Jungen Schweiz" mitarbeitete. Ende 1848 kehrte er krank in seine Heimat zurück. Freieisen beschäftigte sich auch viel mit deutscher Literatur und schrieb unter anderem über Friederike von Sesenheim. — Friedrich Funk, geb. Frankfurt 10. Februar 1804, gest. daselbst 15. Februar 1857, einer der radikalsten Publizisten, Herausgeber der Zeitschrift „Die deutsche Volkshalle", in welcher er aufreizende Artikel gegen die Bundestagsbeschlüsse schrieb, weswegen ihn das Polizeiamt in Frankfurt zu vierwöchentlicher Gefängnisstrafe verurteilte, die jedoch das Appellgericht aufhob. Wegen der Flugschrift „Die Fackel" wurde ihm von der Juristenfakultät in Tübingen eine fünfmonatliche Gefängnisstrafe zuerkannt und dieses Urteil im Berufungswege von der Juristenfakultät zu Leipzig bestätigt. Nach seiner Freilassung hielt er in Frankfurt im Saale „zum goldenen Rosse" Vorlesungen über deutsche Geschichte, die, von zahlreichen Hörern der niederen Volksklasse besucht, gar bald behördlich eingestellt wurden; auch bildete Funk eine Exerziertruppe, deren Angehörige sogenannte Hambacherbärte trugen und mit allerlei Spottliedern die Straßen von Frankfurt durchzogen. Am 24. Februar 1834 berichtete der kurhessische Polizeidirektor Hupfeld an sein Ministerium, daß die Gesellschaft der Liberalen in Frankfurt einen Bund geschlossen habe, an dessen Spitze Funk stehe. Von seinen Flugschriften erregten „Eckteine", „Zeitspiegel", „Der bodenlose Krieg", „Tischreden", „Ernst und Scherz" großes Aufsehen, weshalb er und auch wegen Verbreitung des „Bauern-Konversationslexikons" im März 1834 verhaftet wurde. Das Polizeiamt in Frankfurt berichtete über dieses Lexikon am 30. Juni 1834, daß es von Zeit zu Zeit in einzelnen Blättern von je vier Seiten Oktav erschienen sei. Von den fünf ausgegebenen Blättern enthalte das erste als Probeblatt die Artikel: Republik und Staat; das zweite: Abgabe, Bürger, Briefgeheimnis; das dritte: Aristokraten, Bund; das vierte: Konstitution; das fünfte: Soldat. Alle diese Blätter, in demselben Stil wie viele Schriften Funks, seien in Frankfurt und auch in Bockenheim, Hanau, Darmstadt stark verbreitet worden. Bereits am 3. Februar 1834 machte Metternich den Grafen Colloredo in Dresden auf die Einladung zur Subskription dieses bei Brockhaus in Leipzig erscheinenden Lexikons aufmerksam. Ein Blick auf jenes Blatt genüge, um zur Überzeugung zu führen, daß es sich hier um eine die Bearbeitung des Volkes in dem entschieden revolutionären Sinne planmäßig bezweckende Unternehmung handle. Die Nachforschungen ergaben aber, daß diese Ankündigung nicht von Leipzig, sondern von Darmstadt ausgegangen war und die Firma Brockhaus nur fälschlich angegeben wurde. Nach Mitteilung des Buchhändlers Anger in Thorn soll sie bei Sauerländer in Aarau erschienen sein. Während seines Prozesses hatte Funk seine republikanischen Gesinnungen rückhaltlos verteidigt und sein politisches Glaubensbekenntnis auch zu Protokoll gegeben; er wurde zu fünfjähriger Zuchthausstrafe verurteilt, die aber auf drei Jahre herabgesetzt wurde. — Zacharias Löwenthal, Buchhändler aus Mannheim, 1833 bei Cotta, dann bei Reimer in Berlin und hierauf bei Hoffmann und Campe in Hamburg tätig. Getauft, nannte er sich Karl Löning. Auch er wurde als Verleger Gutzkows von Menzel heftig angegriffen. In einer Erklärung in der „Neuen Speyerer Zeitung" vom 8. Jänner 1836 wirft diesem Löwenthal vor,

daß er, um seinem Privathaß eine angeblich nationale Bedeutung zu geben, sich mit Wiederbelebung des absurdesten Judenhasses abmühe; er überlasse dem Publikum die Beurteilung eines Mannes, der, endlich die Schlupfwinkel der Heuchelei unbesonnen verlassend, vor der Menge ebenso entlarvt dastehe, als er es vor den Tieferblickenden längst schon war. Menzel habe sich selbst gerichtet durch die Art, wie er seit vier Monaten in Deutschland durch Denunziation und Verleumdung die Geistesfreiheit zu untergraben suchte. Löwenthal hatte sich vergebens um eine Konzession zur Gründung eines Verlages beworben. Auch seine Beschwerde beim badischen Staatsministerium wurde zurückgewiesen. Dieses verordnete vielmehr am 20. Oktober 1835, Löwenthal den Weiterbetrieb des Verlages zu verbieten. — Der Roman „Seraphine" erschien 1837. In den Rückblicken bemerkt Gutzkow, daß der erste Teil dieses Romans selbsterlebt sei. Die dort geschilderte Beklagenswerte hieß Leopoldine Spohn. — „Philosophie der Geschichte", geschrieben im Gefängnisse zu Mannheim.

17. November 1835. Da die „Deutsche Revue" nicht erscheinen konnte, beabsichtigte Gutzkow, diese Zeitschrift unter einem anderen Titel in Frankfurt in dem Andräeschen und Varrentrappschen Verlag erscheinen zu lassen. Über die „Deutschen Blätter", nicht wie hier gemeldet wurde „Athenäum", enthält der Bericht vom 25. November 1835 nähere Mitteilungen.

25. November 1835. Ein Exemplar des ersten Bogens der „Deutschen Blätter" besitzt die Frankfurter Stadtbibliothek. — Gutzkows Gesuch um Aufnahme als Bürger von Frankfurt wurde abgelehnt. Am 21. November 1835 schrieb der Fürst an den Präsidialgesandten Grafen Münch, es läge am Tage, daß er der gemeinsamen guten Sache nicht gleichgültig sein könne, „gerade den Wortführer und Vorkämpfer der gottlosen Sekte, deren Treiben jetzt Gegenstand der gerechten Aufmerksamkeit der Regierungen ist, in der Bundesstadt und noch dazu als Teilnehmer an ihren Souveränitätsrechten angesiedelt zu sehen." Bereits am 12. Dezember 1835 berichtete Graf Münch, es sei gelungen, „die Vorsprecher des Jungen Deutschland, Gutzkow und Wienberg, aus Frankfurt auszuweisen und dem ersteren das durch die Verehelichung mit der Tochter des schwedischen Konsuls Freinsheim angesuchte Bürgerrecht zu verweigern". — Der „Leuchtturm". Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst und Leben. Verlag Franz Varrentrapp. — Dr. Johann Baptist Rousseau, Dichter und Schriftsteller, kurhessischer Hofrat, geb. Bonn 29. Dezember 1802, gest. Köln 8. Oktober 1867. Über sein Leben und seine Werke vergl. Goedeke, 2. Auflage, Bd. IX, 364—380, wo auch die von ihm herausgegebenen Zeitschriften verzeichnet sind. Zu ergänzen wäre noch die Zeitschrift „Das deutsche Nationalblatt für Unterhaltung, Literatur, Kunst und öffentliches Leben", die Rousseau in Berlin herausgab, in deren Probenummer er Herwegh, Dingelstedt und die „Freien" beschimpfte. Im November 1845 kam er nach Wien und trat mit J. N. Vogl wegen Ankaufes des Morgenblattes in Unterhandlung, die jedoch zu keinem Resultat führte. Im Mai 1846 suchte er um Bewilligung zur Herausgabe einer „Wiener Abendzeitung für Unterhaltung, Literatur, Kunst und Geselligkeit" an, wurde aber abgewiesen. „Aus seinen früheren Arbeiten" — berichtete die Polizei-Oberdirektion am 10. Juni 1846 „läßt sich seine Gesinnung als dem monarchischen Prinzip und dem Katholizismus ergeben bezeichnen. Bei den hiesigen Literaten hat jedoch

Rousseau keinen ausgezeichneten Ruf, man will ihn nicht unter die Befähigten stellen, behauptet, daß er seine Gesinnungsäußerungen nach Bedarf der durch materielle Gründe bestimmten Klugheit zu ändern wisse und nennt ihn einen Groß-Hoffinger ohne dessen Talent". In einem anderen Berichte wird gegen Rousseau, ein Freund des russischen Emissärs Freiherrn von Schweitzer, der zuletzt in Stuttgart auf glänzendem Fuße lebte und von hieraus geheime Missionsausflüge unternahm, der Verdacht erhoben, daß er ein russischer Aussendling zu sein scheine. 1848 wurde er wegen seiner schwarz-gelben Gesinnung am Leben bedroht. Sein Abgang von Wien wird bei Goedeke in das Jahr 1854 verlegt.

2. Dezember 1835. Der Roman „Wally" wurde zu allererst in Kurhessen verboten (am 1. November 1835), in Frankfurt am 24. November, am 6. Dezember in Karlsruhe, am 10. Dezember in Dresden und im Großherzogtum Hessen. — Am 1. Dezember reiste Gutzkow wegen seines Prozesses nach Karlsruhe, worauf er sich nach Mannheim begab, wo er im Pfälzerhof verhaftet wurde. — Gutzkows Broschüre führt den Titel „Appellation an den gesunden Menschenverstand. Letztes Wort in einer literarischen Streitfrage". Frankfurt. Streng, 20 SS. (Vergl. den Bericht vom 9. Dezember 1835.) — Karl Ferdinand Friedrich von Nagler, geb. Ansbach 1770, gest. Berlin 13. Juli 1846, seit 1821 preußischer Generalpostmeister, seit 1836 Staatsminister, war preußischer Gesandter am Bundestage von 1824 bis 1835. — Joel Jacobi, Literat und preußischer Geheimagent. Näheres über ihn in Gutzkows „Rückblicken" und in Laubes „Erinnerungen", Ges. Werke, I, 307. Geschildert auch in Gutzkows „Seraphine" (3. Buch) und in Th. Mügges Roman „Tänzerin und Gräfin". Auch das Tagebuch des Königsberger Professors Karl Rosenkranz enthält Aufzeichnungen über diesen Renegaten, der früher liberale Broschüren herausgegeben hatte, später reaktionäre und denunzierende Artikel schrieb. In Varnhagens Tagebüchern finden sich unterm 8. November 1844 und 10. Jänner 1852 Bemerkungen über Jacobi, der 1853 zum Kanzleirat ernannt und an die Spitze des Zentralamtes für Preßangelegenheiten gestellt wurde.

9. Dezember 1835. Freinsheim war schwedischer Generalkonsul in Frankfurt und Stiefvater von Gutzkows Braut. Eine am 2. Dezember vom Fürsten Wittgenstein an Metternich gesendete Abschrift eines Geheimberichtes über Freinsheim ist teilweise abgedruckt bei Geiger: „Das junge Deutschland", S. 192. Metternich bemerkte, es erhelle daraus mit großer Wahrscheinlichkeit, daß es gerade die Bundesstadt sei, die Gutzkow zum Werk- und Stapelplatz seines Treibens auserſehen dürfte. „Jede besondere Aufforderung von meiner Seite an E. E., an Aufsicht und Abwehr in dieser Beziehung es nicht fehlen zu lassen, ist wohl überflüssig. Einen eigenen Schritt in Stockholm, die Umtriebe des Generalkonsuls Freinsheim betreffend, zu tun, behalte ich mir übrigens noch besonders vor."

17. Dezember 1835. Heinrich Eberhard Gottlob Paulus, geb. Leonberg 1. September 1761, gest. Heidelberg 10. August 1851. Von 1811—1844 Professor der Exegese und der Kirchengeschichte zu Heidelberg, der alle Wunder der Bibel natürlich zu erklären versuchte; er schrieb auch ein „Leben Jesu" (Heidelberg 1828). Die Verteidigungsschrift „Sendschreiben an Karl Gutzkow. Von einem Freunde der Wahrheit" erschien bei Hoff in Mannheim. — „Didaskalia", das Beiblatt des „Frankfurter Journals", erschien seit 1823 mit dem Untertitel:

„Blätter für Geist, Gemüt und Publizität". — Am 25. Dezember 1835 teilte Fürst Metternich dem Grafen Sedlnitzky den Beschluß der deutschen Bundesversammlung „gegen die Verbreitung der Produkte der unter dem Namen der jungen deutschen Literatur sich ankündigenden antichristlichen und unmoralischen Schule" mit, wobei er bemerkte, daß Gutzkows „Wally" in Wien „mit sehr weniger Zurückhaltung" von den Buchhändlern verkauft worden sei.

24. Dezember 1835. Karl Friedrich Beyme, geb. Königsberg 10. Juli 1765, gest. Steglitz 10. Dezember 1838, von 1808—1810, dann von 1816—1819 preußischer Justizminister, resignierte, nachdem er gegen die Karlsbader Beschlüsse Protest erhoben hatte.

Paris 1835, S. 54. Dr. Daniel Ludwig Pistor aus Bergzabern entfloh 1832, wegen Aufreizung zum Umsturz der deutschen Staatsregierungen verfolgt, nach Frankreich; er ist der Verfasser des „Bürgerkatechismus für ganz Deutschland" (gedruckt bei Volkhardt in Augsburg). Auch in Frankreich betätigte sich Pistor publizistisch; er war unter anderm Mitarbeiter an dem von Lamennais herausgegebenen Journal „Le monde". — Heinrich Christian Gustav Kombst aus Fürstenwald, wurde gegen Ende 1831 der königl. preußischen Mission am Bundestag zur Dienstleistung zugewiesen; doch behagte ihm dieses Amt nicht. Er begab sich nach Zürich und wurde einer der Hauptredakteure des „Schweizerischen Republikaners". In einem von Noé im April 1835 aus Mainz eingesendeten Verzeichnisse wird über Kombst berichtet: „Ci-devant als kgl. preußischer Gesandtschaftssekretär dem Herrn von Nagler adjungiert. Warf sich mit einem Male in die revolutionäre Karriere, ging nach der Schweiz und wurde zu Zürich das Haupt der dortigen Flüchtlinge und der Handwerksvereine. Als Redakteur des „Republikaners", dem er einen ausgezeichneten Ruf zu begründen wußte, war er besonders für das junge Deutschland tätig. Er geriet mit Hans Schnell (dessen Organ der „Volksfreund" ist) in gröbliche Kontroverse, ja selbst mit Hirzel in offenkundige Feindschaft — entsagte hierauf der Redaktion des Blattes und versprach, die Schweiz völlig zu räumen. Lebt jedoch fortwährend in Zürich. Seine Verbindungen mit der französisch-italienischen Emigration, mit Frankfurt und Paris sind ausgedehnt."

Frankfurt, im Dezember 1835. Konrad Schwenk, geb. Lich 1793, gest. Frankfurt 1864, Prorektor des Gymnasiums in Frankfurt. Noe berichtet über diese Erklärung am 30. Dezember: „Ursprünglich war dieselbe in viel virulenteren Ausdrücken gegen Dr. Menzel verfaßt. Die Zensur veranlaßte die Umarbeitung des Aufsatzes, welcher jedoch selbst auch in seiner neuen Form weder von der Frankfurter ‚O. P. A. Z.', noch auch von dem deutschen ‚Courier' zur Veröffentlichung übernommen werden wollte."

6. Jänner 1836. Friedrich Clemens, Pseudonym für Friedrich Klemens Gerke, geb. Osnabrück 22. Jänner 1801, gest. Eimbüttel bei Hamburg 21. Mai 1888, Dichter, war zuerst Bedienter, dann Musiker, hierauf Inspektor der elektromagnetischen Telegraphie in Hamburg und Redakteur des „Hamburgischen Beobachters". Über die Schrift „Das Manifest der Vernunft" berichtet der österreichische Resident Binder in Hamburg am 8. Jänner 1836 an Metternich: „Nicht geringes Erstaunen hat es hier und wahrscheinlich überall erregt, wie die königlich dänische Zensur den Druck des bei Hammerich in Altona verlegten, höchst gefährlichen Buches, betitelt „Manifest der Vernunft, eine Stimme

der Zeit in Briefen an eine schöne Mystikerin", erlauben konnte. Dieses, die Offenbarung leugnende, somit die christliche Religion umzustoßen bezweckende Buch ist bereits in seiner zweiten Auflage erschöpft und in jedermanns Händen. Der Verfasser ist ein auf hamburgischem Gebiet lebender obskurer Mensch namens Gerke — nicht Clemens, wie er sich bezeichnet — welcher bisher sein Brot mit Musizieren an öffentlichen Belustigungsorten verdiente und einiges Dichtertalent besitzen soll. Nachdem der hiesige königlich preußische Gesandte seine Regierung auf die Erscheinung dieses gefährlichen Buches aufmerksam gemacht, hat derselbe die Weisung erhalten, bei dem hiesigen Senat das Verbot des Debits desselben hierorts zu erwirken, welches ihm auch gelungen; allein, wie natürlich, ohne den diesfalls beabsichtigten Zweck zu erreichen, indem der öffentliche Verkauf desselben in dem dieser Stadt so nahe gelegenen Altona geduldet ist und es somit schwerlich den deutschen Regierungen gelingen wird, das Einschleichen dieses höchst gefährlichen Buches zu verhindern, wenngleich, wie Baden solches bereits getan, den Debit und das Ausleihen desselben strenge verbieten sollten. Man kann sich um so weniger die diesfalls beobachtete Nachsicht der dänischen Behörden erklären, als das in Frage stehende Buch keine zwanzig Druckbogen stark ist, somit nur mit Autorisation der Zensur erscheinen konnte. Die hiesige Polizei hat den Verfasser persönlich vor sich beschieden, ihm das Gefährliche seiner Lehre vorgehalten und ihn befragt, ob er nicht befürchte, sich einer jenseitigen Verantwortung dadurch auszusetzen, worauf er erwidert haben soll, daß sein Gewissen ihm deshalb keine Vorwürfe mache und er nur einer inneren Stimme gehorcht habe, welche ihm zugerufen, das, was er für Wahrheit halte, seinen Mitbürgern und Zeitgenossen zu eröffnen". Nachträglich (am 12. Jänner) berichtete Binder, daß das Buch nicht in Altona, sondern in Leipzig gedruckt wurde, nachdem es die Zensur in jener Stadt nicht bewilligt hatte. Diese Schrift, aus der Offizin Teuber hervorgegangen, sei in Leipzig gedruckt und der sächsische Zensor nicht nur seiner Funktion entsetzt, sondern auch mit einer Strafe von 20 Talern belegt worden. „Die angegebene Tendenz dieses Buches", berichtet der Leiter des Mainzer Informationsbureaus am 9. Jänner 1836, „soll Bekämpfung der christlichen Mystik aus Gründen der Vernunft sein. Ohne Ehrfurcht für das Göttliche in Glaubenssachen und für die Heiligkeit der Kirche wirft jedoch der Verfasser alles Bestehende in Religionssachen, die Bibel rc., über den Haufen, nennt die Offenbarung geradezu Unsinn, widerspricht der Gottheit Christi und predigt überhaupt eine totale, auf den krassesten Rationalismus basierte Reform des christlichen Glaubens und Kultus. Die großherzoglich badische Regierung hat von der verderblichen Tendenz dieses Buches bereits Notiz genommen und den Verkauf desselben untersagt (‚Frankfurter Journal', 3. Jänner 1836). Zur selben Zeit kündigte die Buchhandlung Kupferberg in der ‚Mainzer Zeitung' (31. Dezember 1835, Nr. 362) diese Schrift an. Der Abgang war so reißend, daß seit gestern alle Exemplare vergriffen sind." (Siehe auch Geiger: „Das Junge Deutschland", S. 235, wo es statt Friedrich Brennes richtiger Friedrich Clemens heißen soll. Mundt in den Briefen über Hamburg im Taschenbuch „Delphin" erzählt, wie der Musikant Gerke in einer Matrosenkneipe während der Orchesterpausen Spinoza liest). Vor dieser Schrift ließ Clemens „Natürliche Klänge des Herzens" (Lieder) 1833 und „Der Exzentrische" 1835 erscheinen. — Über Laubes Lossagung findet sich

auch eine Stelle in der über „Das Junge Deutschland“ von Varnhagen an Metternich am 6. April 1836 gerichteten Denkschrift. Varnhagen bemerkt hier, daß Laube bemüht sei, die Unbesonnenheiten früherer Jahre vergessen zu machen und seine inzwischen gereifte Bildung und Einsicht den Behörden darzutun (Geiger: „Das Junge Deutschland“, S. 82). — Am 9. Jänner 1836 berichtet Noé, daß die Broschüre: „Die Jeune Allemagne in Deutschland“, Stuttgart, Verlag von S. G. Liesching, von Paul Pfizer herrühren solle; sie zeichne sich durch den darin vorherrschenden Haß gegen alles Franzosen- und Judentum aus.

11. Jänner 1836. Aus Paris schrieb am 3. April 1836 Kombst an Fein: „Seine (Börnes) Balance hat tüchtige Aufsätze; es ist dies Unternehmen aber eine verfehlte Spekulation. Der Zweck desselben ist, die Franzosen mit deutscher Literatur und deutschem Wesen bekannt zu machen. Bis jetzt hat sich nur erst ein Franzose abonniert. Börne muß die Franzosen zuwenig kennen, wenn er glaubt, sie werden sich von einem Fremden etwas vorräsonieren lassen“. (Außerordentliche Beilage zur „Allgemeinen Zeitung“, 1836, Nr. 174 und 175.)

16. Jänner 1836. Louis de la Haye Vikomte von Cormenin, Publizist und Politiker, geb. Paris 1788, gest. daselbst 1868. — Peter Franz Audry de Puyravault, Industrieller und Politiker, geb. Puyravault 1783, gest. 1852, Deputierter von Rochefort, heftiger Gegner der Bourbonen. — Marc René de Voyer Argenson Marquis, Politiker, geb. Paris 1771, gest. 1842. — Armand Carrel, französischer Publizist, Republikaner, Redakteur des „National“, geb. 8. Mai 1800 in Rouen, gest. 24. Juli 1836 nach schwerer Verwundung in einem Duell mit Emile Girardin. — Josef Mainzer, geb. 1807 zu Trier, gest. 10. November 1851 zu Manchester, flüchtete wegen politischer Umtriebe nach Brüssel, dann nach Paris, wo er als Musikschriftsteller wirkte. 1841 begab er sich nach London, später nach Manchester. — Friedrich Wilhelm Hübotter aus Prine in Hannover, Jurist, wegen Teilnahme an dem Göttinger Aufruhr in Untersuchung gezogen, entfloh nach Frankreich und wurde Lehrer in einer Pensionsanstalt in Paris.

28. Jänner 1836. Die Bemühungen Rousseaus, seinem „Leuchtturm“ einen Absatz nach Österreich zu ermöglichen, hatten keinen Erfolg, trotz der Unterstützung Metternichs, der am 25. Dezember 1835 dem Präsidenten der Polizeihofstelle mitteilte, daß sich der Bundespräsidialgesandte zu Frankfurt für die Aufnahme des „Leuchtturms“ in das Verzeichnis der erlaubten Zeitungen verwende, weshalb er bei dem günstigen Zeugnisse, welches Graf Münch dem Herausgeber erteile, keinen Anstand nehme, dessen Gesuch zur Berücksichtigung zu empfehlen. Sedlnitzky antwortete hierauf am 11. Jänner 1836, daß nach der bisherigen Übung die Zulässigkeit eines im Auslande neu erscheinenden periodischen Blattes, erst dann ausgesprochen werden könne, wenn der Inhalt und die Tendenz desselben aus einer fortgesetzten Reihe von Nummern mit voller Umsicht erkannt und beurteilt werden könne. — Johann August Wilhelm Neander, geb. Göttingen 17. Jänner 1789, gest. Berlin 14. Juli 1850, einer der angesehensten protestantischen Kirchenhistoriker.

18. Februar 1836. Friedrich Christian Baron von Pechlin, dänischer Gesandter für Holstein und Lauenburg am Deutschen Bundestag, von 1852—1856 Gouverneur und Landdrost im Herzogtum Lauenburg, war auch als Dichter tätig. — Freiherr Karl Wilhelm du Thil, geb.

Braunfels 22. April 1778, gest. Darmstadt 17. Mai 1859, seit 1829 dirigierender großherzoglich-hessischer Staatsminister.

19. Februar 1836. Die Mitteilungen über Börne und Heine fast gleichlautend mit dem bei Dräger (Theodor Mundt), S. 17, veröffentlichten Geheimbericht. — Johann Friedrich Ancillon, geb. Berlin 30. April 1767, gest. 19. April 1837, preußischer Staatsminister. — Über das Einschwärzen von Büchern nach Deutschland durch Schuler in Straßburg bemerkt Engelshofen in einem Berichte vom 14. Mai 1836, daß Schuler, seitdem der Zollverein für die deutschen Nachbarländer Frankreichs in Wirksamkeit getreten sei, die kaufmännische Übung eingeführt habe, gegen eine angemessene Prämie solche Ware durch Kolporteure auf Vereinsgebiet schaffen zu lassen, wo sie entsendete Kommissionäre deutscher Buchhändler übernehmen. — Am 25. Juli 1834 übersendete Metternich dem Hofkanzler Fürsten Lobkowitz das Protokoll der 27. Bundestagssitzung vom 10. Juli betreffend die Entziehung des Debits sämtlicher Artikel der Heideloff und Campeschen Buchhandlung zu Paris, die sich vorzugsweise mit dem Betriebe der aufregenden deutschen Schriften nach Deutschland befaßt.

25. Februar 1836. R. O. Schöler, preußischer General, geb. 2. Oktober 1772, gest. Frankfurt 27. Oktober 1840. Bundestagsgesandter in Frankfurt.

2. März 1836. Von dem Aufsatz über Goethe im Wendepunkt zweier Jahrhunderte wurde der erste und zweite Abschnitt in der Beilage Nr. 27—29 und 32—34 der „Allgemeinen Zeitung" abgedruckt.

16. März 1836. Am Tage vor der Niederschrift dieses Berichtes, am 15. März, hatte Gutzkow sich an den Geheimen Oberregierungsrat und Zensor Gustav Adolf Tzschoppe (1794—1842) mit der Bitte um ein versöhnliches Entgegenkommen gewendet. „Was Sie für mich tun können, tun Sie für einen jungen Mann, der zum erstenmal bürgerliche Verhältnisse mit ruhigem Auge betrachtet, und von dem, was jetzt Notwendigkeit geworden ist, nicht bloß die Klugheit sondern auch die Einsicht erlernen will." Gutzkows Brief (zuerst gedruckt bei Dräger „Theodor Mundt und seine Beziehungen zum jungen Deutschland", 1909, S. 164—166) wurde von dem Fürsten Wittgenstein am 24. März 1836 an Metternich gesendet, der sich hierüber auf das abfälligste äußerte. — Gustav Adolf Rochus von Rochow (1792—1842), preußischer Minister. — Die Audienz Gutzkows bei dem Grafen Joachim v. Münch-Bellinghausen hatte wirklich stattgefunden, wie ein Bericht aus Frankfurt am 4. Mai 1836 meldete.

23. März 1836. Heinrich Moritz, geb. Leipzig 1800, gest. Wien 8. Mai 1867, seit 1833 Mitglied des Hoftheaters in Stuttgart, wirkte auch auf österreichischen Bühnen; in Brünn (1821—1823), dann in Prag (1826—1833). — Über den Roman von August Schäfer „Die Revolution. Historisch romantisches Sittengemälde der neuen Zeit", 1835 bei Hoff in Mannheim erschienen, berichtete Wagemann am 26. März aus Frankfurt an Metternich: Der kürzlich erschienene politische Roman „Die Revolution" von August Schäfer ist von sehr gefährlicher Art, weniger für die gebildeten Stände, als für den großen Haufen, der durch eine dramatisierte Einkleidung gefesselt, unbewußt die bösesten Grundsätze des Verfassers einsaugt. Das Buch ist leider über 20 Bogen hinausgedehnt. Frank-

furter Zeitungen kündigen diesen Roman öffentlich an. Da vermöge der öffentlichen Blätter A. Schäfer wegen dieses offenbar auf Verderbung des Volkes berechneten Buches in Heidelberg zur Untersuchung gezogen worden sein soll, so hat die Zentralbehörde am 17. d., noch an demselben Tage, wo diese Ankündigung geschehen ist, das hiesige Polizeiamt ersucht, die vorfindigen Exemplare in Beschlag zu nehmen. (Geiger in seinem Werke „Das Junge Deutschland", S. 222, teilt mit, daß der Verfasser dieses Romanes österreichischer Konfident gewesen ist, eine Behauptung, die den Tatsachen nicht entspricht.) August Schäfer, der Redakteur der „Deutschen Volks- und Familienbibliothek", der Übersetzer von Hugos „Geschichte des Kaisers Napoleon", von Lavals „Maria von Medici", von Mignets „Geschichte der Französischen Revolution" und der „Geschichte von Irland" von Thomas Moore, war niemals österreichischer Konfident; er ist also nicht mit jenem Geheimagenten zu verwechseln, der seine Berichte unter dem Decknamen Schäfer gezeichnet hatte.

28. März 1836. Karl Theodor Barth, Rechtskandidat aus Rheinbayern, Mitglied des „Jungen Deutschland" in der Schweiz, Verfasser des Aufrufes an die „Teutschen Soldaten", weswegen er am 18. Juni 1834 aus Bern ausgewiesen und nach England transportiert wurde. — Wirth verbüßte zu dieser Zeit seine Strafe im Gefängnisse zu Kaiserslautern, wo er die „Fragmente zur Kulturgeschichte der Menschheit" schrieb. — Jean François Granier, ehemals Redakteur des „Proscrit", eröffnete in Zürich einen Cours de litterature und hielt als Privatdozent an der Universität vor einem zahlreichen Auditorium Vorlesungen über die französische Revolution. — Karl Friedrich Mathy, geb. Mannheim 17. März 1807, gest. Karlsruhe 3. Februar 1868, entfloh, wegen Verbreitung revolutionärer Schriften in Untersuchung gezogen, nach der Schweiz, wo er sich während seines mehrjährigen Aufenthaltes durch Charakterfestigkeit und Einfachheit seiner Lebensweise hohe Achtung erwarb. Er war Mitglied des „Jungen Europa" und beteiligte sich als Redakteur an der „Jungen Schweiz". 1840 nach Baden zurückgekehrt, wurde er 1842 Abgeordneter, redigierte von 1846 bis 1847 „Die Rundschau" und nahm 1847 an der Gründung der „Deutschen Zeitung" teil. 1848 war er Mitglied des Frankfurter Parlaments. In den fünfziger Jahren in verschiedenen Bankinstituten tätig, wurde er 1864 badischer Handelsminister und 1866 Ministerpräsident. Seine Biographie schrieb Gustav Freytag, mit dem er freundschaftlich verbunden war.

30. März 1836. Friedrich Gleich, geb. Vogelsdorf 1782, gest. Altenburg 1842, war einige Zeit Theaterdirektor in Erfurt, errichtete 1831 in Altenburg eine Verlagsbuchhandlung und gründete die Zeitschrift „Der Eremit". (Vergl. Brümmes Lexikon der deutschen Dichter und Prosaisten bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, S. 144.)

Straßburg, März 1836, S. 74. Aus seinem Dienste entlassen, eignete sich Kombst mehrere Aktenstücke an, die er mit „gesinnungstüchtigen Zusätzen" 1835 in Straßburg bei G. L. Schuler unter dem Titel: „Authentische Aktenstücke aus den Archiven des Deutschen Bundes zur Aufklärung über die hochverräterischen Umtriebe der deutschen Fürsten" erscheinen ließ. Die erste Auflage in 4000 Exemplaren war schon nach 14 Tagen vergriffen. Die preußische Regierung ließ die Exemplare durch Agenten ankaufen. Einen Aufsatz über diese Broschüre enthält der „Reformateur" (18. juillet).

8. Juni 1836. Kombsts: Der „Deutsche Bundestag" wurde auf Einschreiten der preußischen Gesandtschaft von der französischen Regierung mit Beschlag belegt, doch war der weitaus größere Teil der Auflage bereits in Sicherheit gebracht. Am 23. Mai 1836 übermittelte der österreichische Gesandte in Bern, Graf Bombelles, ein Exemplar dieser Schrift an den Fürsten Metternich. „La préface", heißt es in dem Begleitschreiben, „suffit seule pour placer l'auteur dans la cathegorie de plus effrontès scéleráts. Monsieur Kombst ayant été chassé de Paris est venu s'etablir à Liesthal ou il se trouve avec son digne confrère Georges Fein." In einer anderen Druckschrift: „Was wollen die deutschen Republikaner? Beantwortet in 50 Fragen" stellte Kombst das Programm einer deutschen Föderativrepublik auf.

9. September 1836. Johann Küchler, Rechtskandidat in Heidelberg, hatte bei dem Feste zu Weinheim am 1. April 1832 eine aufreizende Rede gehalten, die darin gipfelte, zum Schwert zu greifen und Gewalt durch Gewalt abzuwehren; er wurde wegen Teilnahme an der Burschenschaft zu sechs Monaten Festung verurteilt.

23. September 1836. Am 19. September 1836 übermittelte Graf Sedlnitzky diese ihm von dem Innsbrucker Polizeidirektor eingesendete Broschüre dem Fürsten Metternich, der hierauf am 15. Oktober antwortete es habe ihm große Überwindung gekostet, diese Schrift („Europäische Geheimnisse" rc.) bis ans Ende zu lesen. Unzweifelhaft sei Langenschwarz der Verfasser, auch halte er es für wahrscheinlich, daß keine Hamburger, sondern eine Schweizer Presse dieses in religiöser, sittlicher und politischer Rücksicht gleich schändliche Werk zutage gefördert habe. Am 14. März 1837 schrieb Metternich, es bestehe kein Zweifel mehr, in Langenschwarz ein höchst bedenkliches und auch gefährliches Werkzeug der Bewegungspartei zu gewahren. Seine zur völligen Evidenz erwiesene Autorschaft der „Geheimnisse" sowie anderer schändlicher Pamphlete, darunter „Der Hofnarr", reiche vollkommen hin, Langenschwarz für immer von dem Eintritt in die k. k. Staaten auszuschließen. Sedlnitzky wies hierauf sämtliche Länderchefs an, diesen Fremden, falls er an der k. k. Grenze erscheine, zurückzuweisen.

23. Oktober 1836. Über den „Reformateur", den François Vincent Raspail (Naturforscher und Politiker 1794—1878) redigierte, schrieb Kolloff 1836 in einem Aufsatz für Gutzkow: Ich kenne kein Blatt, das binnen der kurzen Dauer seines Bestehens so viel innere Lebenskraft gezeigt hätte, als der „Reformateur". Als Mitarbeiter gehörte diesem Blatte noch ein anderer Deutscher an: J. Mainzer, der später auch in dem republikanischen „National" Aufsätze über Musik schrieb.

24. Oktober 1836. Der Dichter Karl Baldamus, geb. 14. Oktober 1784 zu Roßla am Harz, hielt sich einige Zeit in Wien auf, wo er sich mit der Tochter des fürstl. Liechtensteinschen Leibarztes Tschebulz vermählte, und begab sich sodann nach der Schweiz. Am 17. Dez. 1834 schrieb Engelshofen aus Bern an Noe: „Eine neue auffallende Erscheinung macht hier ein Wiener, der als Dichter bekannte Karl Max Baldamus. Er kam vor ungefähr drei Wochen über Stuttgart nach Bern, brachte honorable Empfehlungsbriefe mit und drängte sich an die Koryphäen der Bewegung. Er gab vor, nicht mehr in Österreich leben zu wollen, da er daselbst allen Schikanen der Polizei ausgesetzt gewesen wäre. 1836, nach dem Tode seines Schwiegervaters, suchte Baldamus

um die Erlaubnis zum Aufenthalt in Wien an. Am 15. Dezember d. J. schrieb er an Metternich: „Ich lebe im Stande der politischen Unschuld, ich bin frei von der Erbsünde des Liberalismus, die man wohl sonst bei der Mehrzahl der deutschen Literaturmännern zu suchen gewohnt ist... Die mir zur Last gelegte Autorschaft der „Europäischen Geheimnisse" ist längst aufgeklärt. Jener Artikel im „Frankfurter Journal" rührte von einer nichtswürdigen Judenfeder her. Vielleicht hatte ihn Langenschwarz selbst verfaßt."... Metternich schrieb hierauf am 23. Dezember: „Besagter Literator, dem man wohl mit Recht vielen Dünkel und einige Überspannung vorwerfen könnte, ist hingegen, nach allem, was ich weiß, ein politisch unbedenklicher, ja selbst von der revolutionären Partei perhorreszierter Mensch."

6. Dezember 1836. Unter den hier Genannten sind besonders zu bemerken: Friedrich List, der berühmte Volkswirt, geb. Reutlingen 6. August 1789, gest. Kufstein 30. November 1846. In der Korrespondenz des österreichischen Generalkonsuls Verks in Leipzig findet sich ein Bericht vom 26. Oktober 1834 an den Fürsten Metternich gelegentlich der Bestellung Lists zum nordamerikanischen Handelskonsul in Leipzig. Verks ist entsetzt darüber, daß ein wegen Aufreizung gegen Staatseinrichtungen zur Kriminalstrafe Verurteilter ganz unbedenklich in dem Lande eines der deutschen Bundesfürsten die Ehrenstelle als Agent eines auswärtigen Staates bekleide, „es wäre denn" — fährt er fort — „daß man als staatsrechtlichen Grundsatz die Doktrin des hiesigen französischen Konsuls gelten lassen wollte, welcher zufolge politische Verbrechen lediglich in eine und dieselbe Kategorie mit den politischen Meinungen zu setzen sind und keine sonstige Ahndung oder Beachtung verdienen, als das Strafgericht, welches der augenblicklich Mächtige an dem Unterliegenden ergehen läßt. Alles, was über diese Grenzlinie hinausreicht, ist politischer Fanatismus, Faktionsgeist und persönliche Feindschaft." Es könne, so meinte Verks, nur von dem amerikanischen Bürger, nicht aber von dem geächteten württembergischen Untertan die Rede sein. Da List von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten befugt worden sei, auch Vizekonsuln aufzustellen, so dürfe man sich gefaßt halten, daß in den sächsischen Fabrikstädten des Erzgebirges und des Voigtlandes bald Faktionsmenschen derselben Sinnesart wie ihr Prinzipal auftreten werden. Es habe sich ziemlich klar herausgestellt, daß List die Seele der buchhändlerischen Betriebsamkeit des rätselhaften Buchhändlers Otto Wigand sei, an den die Unterstützungsgelder für die polnisch-republikanische Fration einfließen und der die Verteilung der höchst verpönten revolutionären Druckschriften besorge. Am Schlusse seines Berichtes bemerkte Verks, er werde ein unausgesetztes Augenmerk auf List lenken, der „mit vorzüglichen Geistesgaben, ausgebreiteten Kenntnissen und einer unglaublichen Betriebsamkeit in den verschiedenartigsten Fächern eine Weltklugheit, Gewandtheit und Abgeschliffenheit verbindet". — August Adolf Ludwig Follen, geb. Gießen 21. Jänner 1794, gest. Bern 26. Dezember 1855, wegen burschenschaftlicher Umtriebe von 1819—1821 im Gefängnis, begab sich sodann nach der Schweiz, wurde Professor an der Kantonsschule zu Aarau und übersiedelte später nach Zürich. 1843 wegen kommunistischer Umtriebe angeklagt, wurde er freigesprochen. Im nächsten Jahre erhielt er ein Paßvisum der österreichischen Gesandtschaft zu Bern zu einer Reise nach Österreich. Da aber inzwischen erhoben wurde, daß Follen, der sich den Adoptivvater Herweghs nannte, am

„Literarischen Comptoir“ zu Winterthur beteiligt sei, wurde der Gouverneur von Tirol Graf Brandis, angewiesen, ihn zur schleunigen Durchreise durch Tirol zu verhalten und über ihn eine polizeiliche Überwachung zu verhängen. Sein Bruder Karl Follen, Dozent an der Universität Jena, ebenfalls ein Schwärmer für die Republik, der in Revolutionsgedichten den Tyrannenmord verherrlichte, kam im April 1820 in die Schweiz, wo er als Professor der alten Sprachen wirkte. — Johann Georg Duttlinger, Universitätsprofessor in Heidelberg, Mitglied der badischen Kammeropposition, gest. 24. August 1841. — Heinrich Aman, Professor des Kirchenrechtes an der Universität Freiburg, Verfasser einer Denkschrift gegen den Zölibat, energischer Verfechter des staatlichen Oberaufsichtsrechtes über die Kirche, offener Gegner des Ultramontanismus, wurde wegen seiner Vorträge 1840 vom Lehramt enthoben. Gestorben 23. November 1849.

Mainz. 1836, Seite 81. Über die Preßverhältnisse in Bayern vergl. Salomon: Geschichte des deutschen Zeitungswesens, III, 440—463.

„Die deutsche Tribüne“ wurde im Juli 1831 von August Wirth gegründet, dessen Artikel allgemeines Aufsehen erregten. In einem derselben (Nr. 35) trat er für eine Nationalrepräsentation Deutschlands ein. Die bayrische Regierung bereitete diesem Blatte die größten Zensurschwierigkeiten, aber Wirth ließ sich nicht abhalten, für die Unverletzlichkeit der Verfassung einzutreten und druckte trotz des Verbotes die gestrichenen Stellen dennoch ab. Nach vielerlei Strafen übersiedelte Wirth mit seinem Blatte nach Homburg in der bayrischen Rheinpfalz. Hier errichtete er eine Druckerei, die jedoch die Regierung, da die Angriffe gegen sie fortdauerten, versiegeln ließ. Die letzte Nummer wurde am 18. März 1832 ausgegeben. In dieser Zeitschrift erschienen auch mehrere Artikel gegen Österreich. Um den Verfasser zu eruieren und über die Umtriebe der Druckerpresse in Bayern zu berichten, wurde auf Metternichs Veranlassung im Februar 1832 ein Polizeibeamter nach München entsendet. Während des Aufenthaltes dieses Beamten in Bayern erfolgte der Beschluß der deutschen Bundesversammlung (2. März 1832), wodurch die zwei rheinbayrischen Journale „Deutsche Tribüne“ und der „Westbote“, dann das hessische Journal „Die Zeitschwingen“ unterdrückt wurden. Zwei Tage darauf, am 4. März 1832, teilte Minister Baron Giese dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Österreichs am bayrischen Hofe, Grafen von Spiegel, mit, daß der König mit tiefster Betrübnis den für den Geist der öffentlichen Meinung so gefährlichen Charakter der bayrischen Journalistik wahrgenommen und bereits seit Anfang dieses Jahres dem neuernannten Ministerium zur ernsten und eifrigsten Aufgabe gemacht habe, jener hohnsprechenden revolutionären Tendenz eines Teiles der bayrischen Journalistik mit aller gesetzlich zu Gebote stehenden Macht zu begegnen. Der Bundesbeschluß vom 2. März konnte aber in Bayern nicht vollzogen werden, weil nach dem bayrischen Preßedikt vom 26 März 1818 der König das Erscheinen eines Journals nur so lang untersagen konnte, bis es sich der vorhergehenden Zensur unterwarf; auch durfte eine rein administrative Verfügung nicht stattfinden, weil verfassungsmäßig niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden durfte. — Unter den Korrespondenten der „Tribüne“ ist auch das Mitglied der bayrischen Kammer Freiherr von Closen angeführt, gegen den wegen Verbreitung des Gedichtes „Lebe wohl“ von Dr. Grosse die Untersuchung eingeleitet

worden war die jedoch eingestellt wurde. — „In der zu Zweibrücken erscheinenden Zeitschrift ‚Rheinbayern‘ (herausgegeben von dem königl. Appellationsrate Hoffmann und dem königl. Landkommissär Siebenpfeiffer)“ — schrieb am 4. Februar 1831 Graf Spiegel an den Fürsten Metternich — „wurde, wie es nur von dem ultraliberalsten oder revolutionärsten Kopfe der französischen Deputiertenkammer zu erwarten wäre, alles in der Gesetzgebung und Verwaltung angegriffen, was nach den seitherigen Begriffen achtungswert oder doch unschädlich erachtet war, sowie die ganze seitherige Staatenordnung nach den Doktrinen der revolutionären Publizisten herabgewürdigt, namentlich auch die vorzüglich in landständischer Beziehung in der deutschen Föderation beim Bundestag noch zurzeit vorherrschenden Lehren als veraltete Ausgeburten der Feudalzeit dargestellt, die Beschlüsse des Wiener Kongresses als die Quelle der Volksunzufriedenheit gestempelt, endlich die gefährdevollsten Ratschläge für die Zukunft den Regierungen gegeben.“ — Siebenpfeiffers „Bote aus dem Westen“ mit dem Motto: „Licht, Freiheit, Ordnung“ erschien seit Ostern 1831 bei G. Ritter in Zweibrücken. — Ein Heft der Zeitschrift „Deutschland“, ebenfalls von Siebenpfeiffer herausgegeben, voll Invektiven gegen Österreich, sendete im März 1832 Metternich an den österreichischen Gesandten in Bayern mit der Frage, ob denn die bayrische Regierung nicht gewillt sei, solche Erzeugnisse zu verhindern. Der Bundestag habe dem Dr. Siebenpfeiffer die Teilnahme an der Redaktion einer Zeitschrift durch fünf Jahre untersagt. „Wenn dieser Beschluß in Bayern nicht beachtet werden will, werden die Verunglimpfungen anderer Regierungen nicht aufhören.“ Spiegel solle diese Frage mit offizieller Klage gegen die Duldung dieser Zeitschrift verbinden. — In einem Berichte vom 1. September 1832 teilt Graf Münch dem Fürsten Metternich mit, daß ihn die Verhöhnung landesherrlicher Autorität, durch welche sich die rheinbayrischen Blätter auszeichnen, und die Schwäche, mit welcher die bayrische Regierung bisher gegen diese vorgegangen sei, veranlaßt habe, die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung auf diese Blätter zu richten. Die auffallendsten Blätter, die Zweibrücker und Kaiserslauterner Zeitung, habe er dem König von Bayern durch Freiherrn von Lerchenfeld nach Brückenau gesendet, worauf von dem König resolviert wurde: „Es ist unglaublich, daß so etwas in meinen Staaten gedruckt werden konnte; Ich werde die strengste Untersuchung einleiten und die schärfste Zensur anbefehlen.“ — Das „Bayrische Volksblatt“, begründet von Dr. Gottfried Eisenmann (1795—1867) um die Hofpartei (Seinsheim, Pappenheim, Werder, Wallerstein) zu bekämpfen. Eisenmann wurde 1832 verhaftet und zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt. Nach 15 Jahren begnadigt, wurde er 1848 ins Frankfurter Parlament gewählt. — Eduard von Schenk, bayrischer Minister von 1828—1831, wirkte auch als lyrischer und dramatischer Dichter. — Josef Ludwig Graf v. Armansperg geb. Kötzting 28. Februar 1787, gest. 3. April 1853, war von 1826—1831 bayrischer Staats- und Finanzminister. Von 1833—1837 stand er an der Spitze der Regentschaft in Griechenland. — Wilhelm Josef Behr, geb. Sulzheim 26. August 1775, gest. 1. August 1851. Staatsrechtslehrer, liberaler Politiker. Seine Wahl zum Abgeordneten der Städte Unterfrankens wurde 1831 nicht bestätigt. Wegen einer am Konstitutionsfest in Gaibach gehaltenen aufrührerischen Rede verhaftet, wurde er zur unbestimmten Festungshaft und zur Abbitte vor dem Bild des Königs von Bayern verurteilt. 1839 aus der Haft entlassen,

wurde er zuerst in Passau, dann in Regensburg interniert. — „Der Wächter am Rhein", erschienen in Mannheim, wurde mit Beschluß der Bundesversammlung vom 19. Juli 1832 unterdrückt. Der Redakteur Franz Strohmeyer wurde später österreichischer Konfident. — Der „Hochwächter", ein Tagblatt, in Stuttgart, zum erstenmal am 1. Dezember 1830 erschienen, das Organ der Unzufriedenen und das Orakel der kleinstädtischen Politiker in Württemberg, nahm großen Einfluß auf die Wahlen in die Ständeversammlung. Die Herausgeber (Friedrich Rödinger, Gottlob Tafel und Rudolf Lohbauer) ließen die von der Zensur gestrichenen Artikel in einem mehr als 20 Bogen starken Quartband in Pforzheim drucken. — Der Leiter der „Donau- und Neckarzeitung" war der Buchhändler Franckh in Stuttgart. Zu den Redakteuren soll auch von Eichen, ein österreichischer Untertan, gehört haben. Schon im November 1832 wurde Metternich durch den österreichischen Gesandten in Stuttgart „auf die sträflich entschieden revolutionäre Tendenz" dieser Zeitung aufmerksam gemacht. Am 1. März 1833 schrieb Schönburg an Metternich, er habe schon vor Eröffnung der Ständeversammlung wiederholt angetragen, daß diese Zeitung von Bundes wegen unterdrückt werde, wozu auch der König seine Einwilligung gegeben habe; dagegen sei Metternichs Vorschlag einer Vereinigung unter den verschiedenen konstitutionellen Staaten wegen Beschränkung des Druckes der ständischen Verhandlungen ohne Erfolg geblieben, vielmehr sei der damit getriebene Unfug allenthalben erweitert worden. Die Unterdrückung dieses Journals erfolgte am 14. November 1833. — Zu den hervorragendsten Mitarbeitern der „Rhein- und Mainzeitung" zählte der Advokat Dr. Maximilian Reinganum zu Frankfurt geb. 31. Dezember 1798, gest. 22. Juni 1878, Verfasser der in Hanau nach kurhessischer Zensur gedruckten Protestation gegen die die Preßfreiheit beschränkenden Bundesbeschlüsse. Das Frankfurter Appellationsgericht ordnete gegen Reinganum eine peinliche Untersuchung an, doch erkannte die Juristenfakultät zu Göttingen, daß hierzu kein Grund vorhanden sei. Reinganum erhielt von Frankfurter Bürgern einen Ehrenring, worin die Worte eingegraben waren: „Dem Kämpfer für Freiheit und Recht von seinen Freunden." — Dr. Friedrich Siegmund Jucho, geb. Frankfurt 4. November 1805, gest. daselbst 24. August 1884, wegen burschenschaftlicher Bestrebungen von der Universität Halle entfernt, wurde, nachdem er 1826 zu Gießen den Doktorhut erworben, Advokat und Notar in Frankfurt. Nach der Julirevolution zählte er zu den eifrigsten Radikalen, weshalb er 1834 verhaftet und nach vierjähriger Untersuchungshaft vom Oberappellationsgericht der vier freien Städte mit Urteil vom 18. Mai 1839 wegen Beförderung des Vaterlandsvereines und wegen Verbreitung von Flugschriften zur Aufreizung des Volkes zur Zuchthausstrafe von sechs Monaten und zur Entsetzung vom Notariat verurteilt wurde. Nach seiner Wiedereinsetzung als Notar beteiligte er sich nicht mehr aktiv an der Politik, bis er 1848 als Abgeordneter für Frankfurt in die Nationalversammlung gewählt wurde. 1850—1865 Mitglied der gesetzgebenden Versammlung wurde er 1877 Geheimer Justizrat und Vorsitzender des Deutschen Notarvereins. — Dr. Gustav Bunsen, Mediziner, einer der Teilnehmer am Frankfurter Aufstand, studierte in Heidelberg und wirkte während der polnischen Insurrektion als Militärarzt in Warschau. Am Tage nach dem Frankfurter Putsch entwich er nach Nordamerika. Auch Bunsens Bruder, der in Frankfurt ein Erziehungsinstitut leitete, zählte zu

den Häuptern der Frankfurter Verschwörung. — Durand, Redakteur des „Journal de Francfort", stand im russischen Sold. Nach Frankreich zurückgekehrt, gab er, von Louis Napoleon beauftragt, in Paris das Blatt „La Colonne" heraus. — „Funkania", vergl. Anmerkung zu 15. November 1835. — „Der Freisinnige" erschien unter der Leitung Rottecks, Welckers und Duttlingers in Freiburg. Hauptredakteur war F. Giehne. Das Verbot dieser Zeitung erfolgte durch Beschluß der Deutschen Bundesversammlung am 19. Juli 1832. Am 16. August 1832 verbot die Deutsche Bundesversammlung die von Rotteck im Cottaschen Verlag herausgegebene Zeitschrift „Allgemeine politische Annalen" wegen ihres der Erhaltung des Friedens und der Ruhe in Deutschland zuwiderlaufenden und die Würde des Bundes verletzenden Inhaltes. — „Der Zeitgeist" — meldete am 2. Oktober 1834 Graf Buol, Österreichs Vertreter am badischen Hofe — „ein Blatt, das sich vor allem durch seine revolutionäre Tendenz auszeichnete, erscheint nicht mehr und bald hofft man auch das ‚Volksblatt', dessen würdiges Seitenstück, zum Schweigen zu bringen. Andere Blätter, wie zum Beispiel die ‚Freiburger Zeitung', stimmen seit kurzem einen merklich bescheideneren Ton an." — Über diese Zeitung vermochte ich nichts Näheres aufzufinden, sie soll in Augsburg erschienen sein. Salomon, IV, 483, führt eine Zeitschrift, „Bayerns Deputiertenkammer", an, die anfangs der dreißiger Jahre von dem Literarhistoriker Heinrich Kurz in München herausgegeben wurde. „Das Journal" — bemerkt Salomon — „wurde jedoch bald unterdrückt, worauf Kurz in Augsburg das konstitutionelle Oppositionsblatt ‚Die Zeit' ins Leben rief." Kurz saß auf der Wülzburg in den Jahren 1833 und 1834. — „Die Biene" erschienen in Leipzig, wurde 1833 unterdrückt. Der Verleger Richter kündigte hierauf eine neue Zeitung „Die Sonne" an und gab auch mit großer Mäßigkeit geschriebene Probeblätter aus; doch wurde diesem Blatte die königliche Konzession nicht erteilt. Salomon, IV, 483, verzeichnet eine Zeitschrift „Die Sonne", die 1841 Dr. Eduard Theodor Jäkel bis 1845 herausgab. Ein Blatt gleichen Titels erschien vom Mai 1848 bis Mitte 1849 in Stuttgart. — Die „Sachsen-Zeitung" erschien in Leipzig. Über diese Zeitung, wie auch über die von dem Verlagsbuchhändler C. H. F. Hartmann seit 1830 in Leipzig erschienene „Sachsen-Zeitung" vergl. Salomon, IV, 398 und 523. — Die „Deutsche Nationalzeitung" erschien seit September 1831 in Braunschweig bei Friedrich Vieweg und Sohn und wurde 1837 von der braunschweigischen Regierung unterdrückt. Redakteur dieser Zeitschrift war Karl Hermes, geb. Kalisch 12. Februar 1800, gest. Stettin 19. Oktober 1856, später Redakteur der „Kölnischen Zeitung", jedoch bald wegen regierungsfreundlicher Richtung seiner Artikel entlassen, worauf er in die Redaktion der „Preußischen Allgemeinen Zeitung" in Berlin eintrat.

Paris, im Jänner 1837. „Der Geächtete" erschien 1834. In der Ankündigung dieser Zeitschrift in den französischen Blättern wurden als Mitarbeiter Börne, Savoye und Spazier genannt. — Joachim Lelewel, Politiker und polnischer Geschichtsschreiber, geb. Warschau 1786, gest. Paris 1861, einer der Hauptführer der polnischen Revolution, nach der er zuerst nach Frankreich flüchtete, worauf er sich nach Brüssel begab.

Frankfurt, im Jänner 1837. Philarète Chasles, geb. Mainvilliers 1798, gest. Venedig 1873, Professor am College de France. Seine Memoiren wurden 1877 veröffentlicht. — Dr. Friedrich Wilhelm German Maürer, Dichter, geb. 18. Februar 1813 zu Bensberg, ehe-

mals Oberlehrer in Berlin, mußte wegen politischer Verhältnisse flüchten, wirkte in Paris als Lehrer und Schriftsteller. Nach Deutschland 1848 zurückgekehrt, wurde er ausgewiesen, worauf er sich nach Zürich und von da wieder nach Frankreich begab. 1837 erschien von ihm in Paris „Poetische Lehrjahre". — Während seines Aufenthaltes in Paris stand Eduard Beurmann, der kurz vorher in den österreichischen Geheimdienst trat, mit Börne sowie mit Heine im persönlichen Verkehr. Bald nach seiner Rückkehr ließ er die Schrift „Ludwig Börne als Charakter" erscheinen. Ein Aufsatz über „Heinrich Heine in Paris" erschien in Nr. 12 und 13 des „Frankfurter Telegraph" (Neue Folge 1837). Hier berichtet Beurmann, daß kein Deutscher sich in Paris so um die deutschen Journale kümmere wie Heine. Dieser sei niemals Politiker gewesen, sondern nur ein in die Strömungen der Zeit geratener Lyriker. Die flüchtigen Handwerker seien auf Heine nicht gut zu sprechen, der Heideloff und Campe den Auftrag gegeben, seine Wohnung keinem Deutschen anzugeben. — Daß Heine bei seinen Landsleuten in Paris „keine besondere persönliche Achtung" genoß, geht auch aus einem Brief Kombsts vom 3. April 1836 an Georg Fein hervor. (Außerordentliche Beilage zur „Allgemeinen Zeitung", 1838, Nr. 174 und 175.) Über Börne dagegen berichtet Kombst (ebenda), daß er „große Achtung und Popularität" genieße. Auch Hermann Marggraff bemerkt in seinem Buche „Deutschlands jüngste Literatur- und Kulturepoche. Leipzig 1839": „Börne hatte sogar viel von einem Charakter, Heine hat von einem gesetzten, konsequenten Charakter wenig, wenn man nicht etwa meint, es gebe Personen, deren Charakter eben darin besteht, keinen zu haben." Eine Gegenüberstellung Heines und Börnes findet sich bereits in einem Geheimberichte, der dem Fürsten Metternich 1835 vorgelegt wurde. (Vergl. Dräger: Theodor Mundt, S. 157 f.)

5. Jänner 1837. Dr. Ernst Johann Hermann von Rauschenplatt aus Alfeld, Privatdozent in Göttingen, flüchtete nach dem Aufstand vom 8. Jänner 1831 daselbst nach Frankreich, nahm an dem Hambacher Fest teil, ebenso an dem Frankfurter Wachensturm, floh dann nach der Schweiz, wo er sich an dem Savoyerzuge beteiligte, zog 1835 nach Spanien, um gegen die Karlisten zu kämpfen, kehrte hierauf wieder nach der Schweiz zurück und begab sich, von dort ausgewiesen, nach Straßburg, wo er Unterricht in der deutschen Sprache gab. 1848 nach Deutschland zurückgekehrt, starb er am 21. Dezember 1868 im Wahnsinn.

11. Februar 1837. F. W. Carové, philosophischer Schriftsteller, geb. Koblenz 20. Juni 1789, gest. Heidelberg 18. März 1852, ein Schüler Hegels, gehörte der ultraliberalen Partei an, ohne Mitglied einer speziellen politischen Verbindung gewesen zu sein; er war Hauptmitarbeiter an Dullers „Phönix". (Nähere Mitteilungen über ihn S. 220 f.)

15. Februar 1837. Von Pfizer erschien 1835: „Entwicklung des öffentlichen Rechtes in Deutschland durch die Verfassung des Bundes."

18. Mai 1837. Das von Savoye und Mainzer im Verlag von Brockhaus und Avenarius in Paris herausgegebene „Panorama de l'Allemagne" enthält im zweiten Heft einen von dem Grafen Dohna verfaßten Artikel über Anastasius Grün mit dessen Porträt. Während seines Pariser Aufenthaltes verkehrte A. Grün auch mit Savoye. „Was hören Sie", schrieb er von Thurn am Hart 8. April 1838 an

Eduard Duller in Darmstadt, „über Savoyes Unternehmung? Da er, seiner neuerlichen Durchsuchung und ich glaube gar Verhaftung (?) zufolge, noch immer in revolutionären Verbindungen und Operationen befangen scheint, wird aus Deutschland seinem Panorama wenig Unterstützung werden, da sich niemand gern wird kompromittieren wollen. Ich begreife diese kleinlichen törichten Umtriebe gewisser Leute, die leider das Feldgeschrei der Edleren sich auch zur Losung angemaßt haben, durchaus nicht, sie kommen mir vor, wie Schuljungen, die ihrem Lehrer Knallknügelchen unter die Kanzel und Raketen an den Steiß praktizieren — am Ende findet der Präzeptor aber doch seine Rute für sie. Doch ich will Savoye nicht voreilig verdammen, da man über den Stand der Sache zuwenig unterrichtet ist, und eine Haussuchung in Paris dem honettesten, ruhigsten Mann begegnen kann." Für dieses „Panorama" hatte sich 1838 auch Adolf Ritter von Tschabuschnigg, nachmals österreichischer Justizminister, als Mitarbeiter angetragen. (Näheres über Tschabuschnigg S. 151 [Triest, 10. Oktober 1838] und die dazu gehörige Anmerkung.)

8. Juni 1837. Die „Neue Würzburger Zeitung". (Siehe Treitschke, „Deutsche Geschichte", IV, 722, und Salomon, „Geschichte des deutschen Zeitungswesens", III, 463.) Ernst Zander, geb. Schwerin 12. August 1803, gest. Salzburg 29. Juli 1872, klerikaler Journalist. Seine Angriffe gegen den preußischen Hof, die zu wiederholten Beschwerden der preußischen Gesandtschaft in München führten, wurden von König Ludwig als „undeutsch und nichtswürdig" bezeichnet. Nach seiner Entfernung von diesem Blatte übernahm Zander die Redaktion des „Fränkischen Couriers". Von 1848—1869 redigierte er den „Münchener Volksboten". — Der Hermesianismus, nach seinem Begründer Georg Hermes (geb. Dreierwalde 22. April 1775, gest. Bonn 26. Mai 1831) benannt, wurde durch ein Breve Gregors XVI. als ketzerisch erklärt, worauf der Erzbischof von Köln, Droste zu Vischering, gegen die Hermesianer einschritt. — Hornthal, der Eigentümer des „Fränkischen Merkur", hatte durch die Gesandtschaft in München gebeten, daß vom Jahre 1838 an, seinem Blatte (mit den Beiblättern „Bayrisches Sonntagsblatt" und „Literarischer Salon von und für Bayern") der Eingang in die k. k. Staaten erlaubt werde. Metternich meinte in einer Zuschrift an Sedlnitzky (13. Dezember 1837), es scheine nicht angemessen, den Bittsteller, der sich der Unterstützung des bayrischen Ministeriums erfreue, geradezu abzuweisen, sondern so zu verbescheiden: „Der ‚Fränkische Merkur' sei bisher der Aufmerksamkeit der österreichischen Behörden entgangen, man werde ihn jedoch einer näheren Prüfung unterziehen und wolle für den Fall, als kein Anlaß zur Beschwerde gegeben werde, die Bewilligung für 1839 erteilen". Im April 1838 überreichte Hornthal abermals ein Gesuch. Sedlnitzky äußerte sich hierüber, der „Merkur" und die Beiblätter verraten ein Hinneigen zu solchen Ansichten, welche mit den Grundsätzen der österreichischen Regierung nicht vereinbarlich seien, weshalb die Aufnahme in das Verzeichnis erlaubter Zeitungen nicht zulässig wäre. — „Schwäbischer Merkur", gegründet von Prof. Christian Elben, nach dessen Tode (1829) geleitet von Karl und Dr. Emil Elben. (Vergl. Otto Elbens „Geschichte des „Schwäbischen Merkurs", Stuttgart 1855.) — „Deutsche Nationalzeitung für Braunschweig und Hannover", herausgegeben von Friedrich Vieweg und Sohn, bestand seit 1831, bis sie Ende 1837 von der braunschweigischen Regierung unterdrückt wurde. (Salomons „Geschichte des deutschen Zeitungs-

wesens", III., 378.) — Eigentümer und Redakteur des „Deutschen Couriers" war K. Weil, der nach Mitteilungen eines Geheimagenten vom 24. Oktober 1838 schon seit der Julirevoluton mit der französischen Regierung in Verbindung stand; er soll anfänglich 12.000 Franken jährlich bezogen haben, die Graf Molé später auf 3000 Franken reduzierte, worauf der „Courier" ankündigte, daß er nur einmal in der Woche als Revue erscheinen werde. Zu den Mitarbeitern dieses Blattes zählte auch ein Wiener, Josef Chimani, Aktuar des Kriminalsenats, dessen Onkel der Zensor Leopold Chimani war. Die Polizei durchsuchte seine Papiere, worauf er die Mitwirkung als Korrespondent zugestand. Er erhielt wegen Übertretung der Vorschrift, daß k. k. Untertanen ohne inländische Zensurbewilligung nichts im Auslande drucken lassen dürfen, einen Verweis.

1. Juli 1837. Schon unterm 23. Juni 1837 wird in einem Notizenblatt aus London berichtet, Kombst habe eine Darstellung der schweizerischen Verhältnisse und der geheimen Umtriebe zur Vertreibung der Flüchtlinge in der Schweiz geschrieben, in welcher die Schweizer Parteien mit großer Sachkenntnis dargestellt sind.

20. Juli 1837. Ludwig Löwe, geb. Rinteln 29. Jänner 1795, gest. 7. März 1871, Mitglied des Hofburgtheaters seit 1826. — Gustav Bacherer, geb. Mülheim 27. Februar 1813, gest. daselbst 4. April 1850, Schriftsteller. Außer einer Tragödie „Elisabeth Cromwell" und einem historischen Roman „Die letzten Salier" schrieb er geschichtliche und literarische Charakteristiken. 1835 erschien von ihm „Die junge Literatur und der Roman Wally". Ein Vademekum für Herrn Karl Gutzkow, dem deutschen Publikum zugeeignet von Dr. Gustav Bacherer, Stuttgart, Hallberger. Die bayrische Regierung machte sämtliche Regierungspräsidien auf diese Druckschrift und ihren gefährlichen Inhalt durch Mitteilung der verderblichen Stellen aus diesem Roman aufmerksam. Im Spätsommer 1842 übernahm Bacherer eine Reise nach der Schweiz, wo er mit den politischen und literarischen Notabilitäten in persönliche Beziehung trat. Einige Zeit hielt er sich auch in München auf, wo er für die „Kölnische Zeitung" korrespondierte. Von seinen Schriften sind besonders zu bemerken: „Parzen und Eumeniden", Frankfurt 1838. „Süddeutsche Rufe aus Norddeutschland", Leipzig 1839. „Sterne und Meteore in Deutschlands Zukunft und Gegenwart", Leipzig 1839. „Cartons eines deutschen Publizisten."

7. September 1837. Das Jubiläumsfest betraf die Hundertjahrfeier der 1737 vom Kurfürsten Georg II. gegründeten Universität. — Im fürstlich Thurn-Taxischen Palais hatte bis 1866 der Bundestag seinen Sitz.

2. Oktober 1837. Blumenfeld, ein Pole, veröffentlichte auch ein Bändchen Gedichte „Politische Seufzer". — Theodor Hell (Pseudonym für K. G. Th. Winkler, 1775—1856), Herausgeber der in Dresden seit 1817 erschienenen „Abend-Zeitung", in der Ludwig Tieck die Leistungen des Dresdner Hoftheaters besprach. Im Juni 1837 wurde die „Abend-Zeitung" in Österreich verboten, auf Bitten Winklers jedoch in das Verzeichnis der erlaubten Zeitungen für das Jahr 1838 wieder aufgenommen. Zu den eifrigsten Mitarbeitern aus Österreich zählte bis 1838 Castelli, der seine Korrespondenzen in Form eines Tagebuches aus Wien lieferte. Um den Zensurschwierigkeiten zu begegnen, schrieb er

seit 1829 an Winkler nur Privatbriefe, aus welchen dieser dann Auszüge brachte. Im Jahre 1822 schrieb für den damals erkrankten Castelli der Dichter Johann Gabriel Seidl das Tagebuch.

7. Dezember 1837. Die „Leipziger Allgemeine Zeitung" erschien am 1. Oktober 1837 unter der Redaktion von Wilhelm Adolf Lindau, der sie bis 1839 führte. Über die Gründung dieses Blattes berichtete am 26. September der österreichische Generalkonsul in Leipzig, Lothar von Berks, an den Fürsten Metternich: „Schon kurze Zeit nach dem Ausbruche der Julirevolution 1830 ist der Gedanke, die seit vielen Jahren bestandene und jederzeit einer mehr oder minder strengen Zensur unterworfene ‚Leipziger Zeitung' durch eine umfangreichere und freisinnigere zu verdrängen oder doch wenigstens in den Schatten zu stellen, vielfältig in Anregung gebracht worden." Längere Zeit habe die sächsische Regierung dem Geschrei der liberalen Partei kein Gehör gegeben, bis sie sich endlich doch fügte und Brockhaus die Herausgabe einer politischen Zeitung gestattete. Zur Deckung der Voranslagen seien 2000 Abonnenten erforderlich. Als eine schwer zu umgehende Klippe stelle sich das Bestreben dar, die Liberalen zufriedenzustellen, ohne den deutschen Regierungen, vorzüglich Österreich und Preußen, zu mißfallen. Was Österreich betrifft, so habe eine erst beginnende politische Zeitung eine harte Probe zu bestehen und überzeugende Beweise von Unverfänglichkeit abzulegen, bevor auf ihre Einbringung gezählt werden dürfe. Daher werde sie sich sobald nicht schmeicheln können, der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" gleichgestellt zu werden. Der aus Dresden als Redakteur berufene Dr. Lindau sei zwar kein Publizist, doch gewissermaßen bekannt als früherer Redakteur der „Zeitgenossen", als Mitarbeiter an den „Blättern für literarische Unterhaltung", als Verfasser einiger Romane, als Übersetzer mehrerer französischer und englischer Romane. Am 31. Oktober 1837 richtete Brockhaus ein Gesuch an die Polizeihofstelle, worin er um Zulassung seines Blattes in Österreich bat. „Meine Zeitung" — schrieb er — „wird stets nach Wahrheit streben, jeder Leidenschaftlichkeit fernbleiben und keiner Partei huldigen, sie wird sorgfältig vermeiden, irgendetwas aufzunehmen, woran in Österreich nur im entferntesten ein Anstoß genommen werden könnte." Metternich aber brachte dem Blatte keine Sympathien entgegen; es unterliege — so äußerte er sich am 26. November 1837 — keinen Zweifel, daß dieses Blatt durch und durch konstitutionell im modernen Sinne dieses Wortes sei; es enthalte nicht bloß Erzählungen historischer Tatsachen, sondern gleich der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" Korrespondenzartikel, wodurch der Polemik ein neues Feld eröffnet werde. „Wenn man" — fährt er fort — „nun erwägt, wie schwer es sei, die ‚Augsburger Allgemeine Zeitung' stets innerhalb der Schranken gehöriger Mäßigung zu erhalten und wie oft die österreichische Staatsverwaltung schon auf dem Punkt war, die jenem Blatte zugestandene Begünstigung des freien und ungehinderten Debits zu beschränken, so scheint es wohl nicht rätlich, die Anzahl derlei polemischer Blätter zu vermehren und sich dadurch neue Verlegenheiten und Schwierigkeiten zu bereiten, denn sind derlei Zeitungen einmal zugelassen und bekannt, so können dieselben auch nicht so leicht und nicht ohne Aufsehen wieder abgeschafft werden." Sonach wurde die „Leipziger Allgemeine Zeitung" in das Verzeichnis der erlaubten Zeitungen nicht aufgenommen, und als im Februar 1838 Sedlnitzky bei Metternich anfragte, ob sie einzelnen Personen erga

schedam (das ist gegen Erlaubniszettel) zu gestatten wäre, meinte dieser, die Tendenz sei doch nicht so verwerflich und gefährlich, daß es notwendig erscheine, dieses Blatt schon jetzt mit dem strengsten Verbot zu belegen, weshalb also einzelnen Bittstellern mit Rücksicht auf ihre Individualität der Bezug gestattet werden könne.

20. Dezember 1837. Alexander Andryanne, ein Franzose, Emissär einer mit der in Modena bestandenen Sekte der sublimi maestri perfetti gleichartigen geheimen Gesellschaft, die sich l'academie des parfaits maçons nannte, wurde 1824 wegen Hochverrates zu lebenslangem schweren Kerker verurteilt, 1832 begnadigt und außer Land gesetzt. Von seinen „Memoires d'un prisonnier d'état au Spielberg" erschien 1838 bei Philipp Reclam jun. eine deutsche Übersetzung, betitelt: „Die Geheimnisse des Spielberges, Denkwürdigkeiten eines österreichischen Staatsgefangenen 2c. und seine Schicksale auf dem Spielberge in Gemeinschaft mit dem Grafen Confalonieri." 1. u. 2. Bd. Leipzig. — Wie Graf Sedlnitzky dem Gouverneur in Mailand, Grafen Hartig, am 18. Oktober 1837 meldete, habe der nach Amerika deportierte italienische Hochverratssträfling Frederigo Confalonieri die Rückreise nach Europa unternommen und sei im September in Paris erschienen. Am 29. reiste er, da ihm die französische Regierung den Aufenthalt in Frankreich nicht bewilligt hatte, von Paris ab, um sich nach Belgien und England zu begeben. Die Geschäftsträger von Brüssel und London wurden angewiesen, falls Confalonieri in das Land komme, ihm zu eröffnen, daß die österreichische Regierung, fremd dem Geiste der Verfolgung, seine Rückkunft nach Europa insolang ignorieren wolle, als er die Regierung nicht selbst zwingen werde, sich mit ihm zu beschäftigen. Fast gleichzeitig mit Confalonieris Ankunft in Paris wurde daselbst eine Broschüre des begnadigten Hochverräters Andryanne angekündigt, bezüglich welcher die Länderchefs gebeten wurden, die Einschleppung zu verhindern. Am 31. Oktober 1837 teilte Fürst Metternich dem Grafen Sedlnitzky mit, daß ihm vor einigen Tagen Andryannes Werk „Memoires d'un prisonnier d'état au Spielberg" zugekommen sei. Der Inhalt der bis jetzt erschienenen zwei Bände umfasse nebst einigen kurzen biographischen Notizen Andryannes Unternehmung, dessen Verhaftung, Untersuchung und Aburteilung und endlich seine Reise nach Brünn. Die wohl zu gewärtigende Fortsetzung werde eine Darstellung der den Sträflingen zuteil gewordenen Behandlung liefern. Was das Werk selbst betreffe, so sei das demselben zugrunde liegende Räsonnement sehr einfach. Andryanne sagt: „Ich habe Italien von der fremden Herrschaft befreien wollen, bin dabei Mitglied der Sekte der Carbonari geworden, habe in Genf eine Sendung nach Mailand, deren Zweck die Aufwieglung der Untertanen gegen ihren Landesherrn war, angenommen. Bei meiner Ankunft in Mailand überzeugte ich mich, daß mein Apostolat erfolglos bleiben mußte, weil Österreichs strenge Wachsamkeit das Volk zu sehr im Zaum hielt. Ich gab daher mein Vorhaben auf und meldete dies dem Buonarroti. Mein Verbrechen ist also bei der Absicht stehengeblieben . . . Demnach war meine Verurteilung ungesetzlich und ungerecht." Andryanne werfe auch die Frage auf, ob die politischen Verbrechen mit den gemeinen Verbrechen auf eine Linie zu stellen seien, was er, wie die ganze moderne Schule, negiere, weil die Tat aus edlen Motiven entsprungen sei. Metternich beabsichtigte, diese Schrift widerlegen zu lassen, stand jedoch von diesem Plane wieder ab, zumal die von einem ehemaligen Mitge-

fangenen Andryannes und Confalioneris gelieferten Notizen kein hinlängliches Material hierzu geboten hatten. — In Noés Nachlaß fand sich folgende Aufzeichnung: „Die Pariser Julirevolution von 1830 war in vollem Gange. Das System hatte gewechselt und dringende Anforderungen gelangten von dem französischen Gouvernement an die k. k. Regierung wegen Freilassung eines Franzosen namens Andryanne, der zu Anfang der zwanziger Jahre ein Schreiben der revolutionären Junta zu Florenz an jene von Mailand zu bestellen übernommen hatte. Das Schreiben aufrührerischen Inhalts wurde entdeckt, der Träger verhaftet und der in Venedig ausschließlich für Hochverratsuntersuchungen bestehenden Kommission eingeliefert. Hier wurde er ursprünglich zum Tode verurteilt, dann aber zu zwanzigjähriger Kerkerstrafe begnadigt. Diese trat er am Spielberge an, von wo er jedoch infolge der gedachten französischen Requisition über Auftrag des Kaisers nach zehnjähriger Strafdauer freigegeben wurde."

9. Jänner 1838. Über den Streit des Grafen Anton Auersperg (Anastasius Grün) mit dem Schriftsteller von Braunthal vergl. meinen Aufsatz „Anastasius Grün" im Jahrbuch der Grillparzer-Gesellschaft. (Elfter Jahrgang, S. 105—124.) Ein hartes Urteil über Braunthal gibt Kürnberger 1867 in seinem literarischen Gutachten für die deutsche Schiller-Stiftung; er bezeichnet Braunthals längst vergessene Leistungen als ein keckes after-geniales Experimentieren. „Mag" — schließt Kürnberger — „diese ‚moderne' Natur goutieren, wer ihr verwandter ist; ich muß jene effektvolle Wirkungsleere, an welcher B. sein Talent vergeudet hat, durchaus nichtig und unfruchtbar finden." (Goehler, Geschichte der deutschen Schiller-Stiftung, Berlin 1909, Band II, S. 19.)

17. Jänner 1838. Moriz Lieber, geb. Blankenheim 1790, gest. Kamburg 29. Dezember 1860, klerikaler Publizist, herzogl. nassauischer Legationsrat. — Am 5. April 1838 schrieb Fürst Wittgenstein an Metternich, es sei ein Irrtum, wenn man vermute, „daß bei den stattgefundenen Maßregeln gegen den Erzbischof die Rede von einem Kampf des Protestantismus gegen den Katholizismus gewesen wäre, man hat hieran nie gedacht. Diese Maßregel war nur ein notgedrungener Kampf der Staatsgewalt gegen die Kirchengewalt, die sich der ersteren mindestens gleich, wo möglich über sie stellen will, die einen seit einem Jahrhundert ruhenden Kampf dieser Art wieder aufgenommen — und in welchem sie für den Augenblick die revolutionäre Partei zum Alliierten hat . . ." Preußen erfülle nur seine Pflicht; vom Katholizismus sei hierbei gar nicht die Rede, dieselbe Tendenz, sich von der Staatsregierung unabhängig zu machen, herrsche auch zum Teil in der evangelischen Kirche und es sei Zufall, daß sich gerade in der katholischen ein Mann von dem Charakter und den Eigenschaften des Herrn v. Droste-Vischering gefunden habe.

23. Jänner 1838. Dr. Friedrich Giehne, gest. Wien 13. August 1879, Publizist, Verfasser der „Studien und Skizzen aus der Mappe eines Zeitschriftstellers" und des Buches „Deutsche Zustände und Interessen" (Cotta, 1864).

7. Februar 1838. Über die Ovationen, welche dem am 20. Dezember 1837 nach Leipzig gekommenen Professor Dahlmann bereitet wurden, erstattete Lothar von Berks am 23. Dezember dem a.-o. österreichischen Gesandten in Dresden, Freiherrn von Binder einen Bericht, in welchem er ausführte, daß dieser Aktus, wenige Ausnahmen abgerechnet, durchweg keinen Anklang und Beifall gefunden.

Die Geldaristokratie habe sich nur beteiligt, um diejenige Popularität wiederzugewinnen, deren sie seit geraumer Zeit wegen ihrer habsüchtigen und wucherischen Operationen in fast allen Aktien- und Industrieunternehmungen verlustig gegangen sei. Am 27. Jänner 1838 übersendete Berks dem Fürsten Metternich den ersten Band der „Politik" von Dahlmann und dessen Porträt. Es leuchte — schrieb Berks — aus Dahlmanns Äußerungen das Geständnis vor, daß nicht er, sondern Gervinus, der ihm an Verstandeskräften und an Entschlossenheit, aber auch an bösem Willen weit überlegen, — der eigentliche Urheber gewesen sei. Es werde erzählt, daß Brockhaus in Dahlmann dringe, die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung" zu übernehmen, wofür er ihm 2000 Taler angeboten habe. Dahlmann soll der Köder sein, um die Zahl der Abonnenten der „Leipziger Allg. Zeitung" zu vermehren, von welcher bisher nur 700 Abdrücke genommen werden, indes 2000 erforderlich wären, um die Betriebskosten zu decken. Dahlmanns Mitwirkung werde aber nur vorübergehend sein, bis zu einer bleibenden Stelle an einer protestantischen Universität. Die „Kjöbenshavenspost" habe ihn bereits für das in Kopenhagen erledigte Lehramt der Staatswissenschaften vorgeschlagen, wozu er als dänischer Untertan und schon deswegen geeignet sein möchte, weil die Literatur und die ganze Richtung der wissenschaftlichen Bildung sich in Dänemark und den Herzogtümern fortwährend in den Gewinden einer unauflöslichen Polemik gefällt und alles Positive mit Geringschätzung behandelt. In einem anderen Berichte vom 29. März 1838 spricht sich Berks über die Zulassung der Göttinger Professoren und der ihnen anhängenden Göttinger Studenten zur Leipziger Universität aus. Dahlmann habe sich als Privatdozent der Staatswissenschaften in den Lektionskatalog setzen lassen, das königliche Ministerium in Dresden aber die Ankündigung untersagt. Zur selben Zeit starb der Dozent der Staatswissenschaften Professor Pölitz, als dessen Nachfolger Dahlmann von seinen Anhängern bezeichnet wurde. Bei einem Gastmahl des Rittergutsbesitzers Dr. Crusius, dem auch Kriegsminister Zeschwiz anwohnte, stellte diesen der Professor der Beredsamkeit Dr. Gottfried Hermann wegen der Verfügung des Ministeriums zur Rede. Der Minister versuchte die Regierung zu entschuldigen und richtete an Dahlmann das Ersuchen, nur noch einige Monate zu warten. Auf die erneute Anregung des Rektors der Universität wurde dann auch die Eintragung Dahlmanns in den Lektionskatalog zugelassen. — Das „Frankfurter Journal", redigiert von J. L. Heller, erreichte in den vierziger Jahren eine Auflage von 9000 Exemplaren. (Salomon, „Geschichte des deutschen Zeitungswesens", III, 407.) — Der Geheimsekretär des Erzbischofs Droste von Vischering, Kaplan Eduard Michelis (geb. St. Mauritz 6. Februar 1813, gest. Luxemburg 8. Juni 1855, gründete das „Münstersche Sonntagsblatt" und gab 1857 „Lieder aus Westfalen" heraus. Eine Kabinetsorder vom 3. März 1841 verfügte Michelis Entlassung aus seiner Haft in Erfurt. — Aus Brüssel meldete ein geheimer Berichterstatter am 8. Dezember 1837, daß unmittelbar vor Einschreiten der preußischen Regierung gegen den Erzbischof von Köln daselbst Plakate affichiert wurden, die das Volk zu den Waffen riefen. — In Österreich waren die Stimmen über die Kölner Wirren geteilt. In einem Berichte der Linzer Polizeidirektion für die Monate Februar und März 1838 wurde gemeldet, daß der größte Teil des Publikums in dieser Streitsache, bei allem politischen

Antagonismus gegen Preußen, doch immer mehr auf dessen Seite stehe, „je mehr man glaubt, daß Plan und Zweck der römischen Kurie bloß darauf abgesehen waren, das richtige Verhältnis der Kirche zum Staat zu verrücken, in Österreich die kirchlich-politische Ordnung aufzuheben und durch Zurückführung des mittelalterlichen Obskurantismus ihre Oberherrschaft behufs weltlicher Interessen neuerdings zu begründen". — Diese Stimmung in der Hauptstadt von Oberösterreich gewann dadurch einige Bedeutung, weil zu den Verteidigern Drostes auch der Bischof von Linz, Dr. Gregorius Thomas zählte, von dem 1838 eine Schrift: „Sechzehn Thesen, welche der Erzbischof Klemens Augustus seinem Klerus zu unterzeichnen vorgelegt hat... Linz 1838" erschien Wie man im Ausland über das Verhalten Österreichs in dieser Frage dachte, dafür spricht eine Mitteilung des „Morning chronicle", worin Österreich beschuldigt wird, in der erzbischöflichen Angelegenheit die Hand gegen Preußen mit im Spiele zu haben. Wie sehr Metternich daran lag, über die oppositionellen Stimmen unterrichtet zu sein, zeigt ein Auftrag den der Fürst im Juni 1838 dem Leiter des Mainzer Bureaus erteilte, „denjenigen Umtrieben, welche aus Anlaß der Kölner Religionszerwürfnisse von seiten der revolutionären Partei in Rheinpreußen und in den Nachbarländern stattfinden, eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen und zu diesem Ende ein vertrautes Individuum an Ort und Stelle zu emittieren".

13. Februar 1838. Karl Freiherr v. Stein zum Altenstein, geb. Ansbach 7. Oktober 1770, gest. Berlin 14. Mai 1840, von 1817—1838 preuß. Unterrichtsminister. — Ernst von Bodelschwingh, geb. Velmede 26. November 1794, gest. Medebach 18. Mai 1854, damals Oberpräsident der Rheinprovinz, von 1842—1848 Minister.

20. März 1838. Die Briefe von Kombst und Fein erschienen in der außerordentlichen Beilage zur „Allgemeinen Zeitung", Nr. 126, 127, 130—135, 144, 145, 166, 167, 174, 175, 185, 186.

27. März 1838. Gutzkows Schrift gegen Görres führt den Titel „Die rote Mütze und Kapuze". Zum Verständnis des Görresschen „Athanasius". Hamburg bei Hoffmann & Campe, 1838

28. März 1838. Der „Rheinische Postillon" (vergl. Salomon, III., 425) war vorzüglich am Mittelrhein sehr verbreitet und mit Vorliebe gelesen. Der Titel wurde später in „Der deutsche Postillon" verändert, dessen Redakteur Wilhelm Fischer war, der am 1. September 1840 zurücktrat. Bei Heinrich Hoff in Mannheim erschienen außer dem „Postillon" auch der Roman „Die Revolution" von Schäfer, dann „Fragmente aus Österreich" (1839) und ähnliche verbotene Schriften.

2. April 1838. Ernst Schüler aus Darmstadt, Lehrer, hatte an dem Frankfurter Aufstand teilgenommen, flüchtete hierauf nach der Schweiz und wurde Gymnasiallehrer in Biel. Hier gründete er 1833 den ersten deutschen Arbeiterverein in der Schweiz. Er war einer der eifrigsten Partisane des „Jungen Deutschland" und dessen eigentlicher „Vertreter im Komitee des Jungen Europa". Am 19. Juni 1836 wurde er wegen Hochverrates verhaftet. 1837 erschien von ihm „Die Regierung der Republik Bern und die Verfolgten der Könige. Als Verteidigung gegen eine Anklage auf Hochverrat vor den Gerichten der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur Geschichte Berns im Jahre 1836." In einem vertraulichen Schreiben aus Lausanne vom 7. Juli 1847 heißt es: „Schüler von Biel ist aus der älteren Zahl der Flüchtlinge beinahe der

einzige, der noch einiges Interesse für die revolutionäre Partei äußert. Die meisten derselben sind ihre Gegner geworden."

30. April 1838. François Wille, Teilnehmer am Hambacher Fest, spielte in der Schweiz unter dem Kriegsnamen „Löwenzahn" in den Klubs des „Jungen Deutschland" eine hervorragende Rolle. 1836 befand er sich kurze Zeit in Wien, wurde aber bald über die österreichische Grenze gewiesen. — „Hamburgische Neue Zeitung und Adreß-Kontor-Nachrichten", so nannten sich seit Februar die „Adreß-Kontor-Nachrichten", die ihr Erscheinen 1846 einstellten. — Die Beilage der „Hamburger Börsenhalle", „Literarische und kritische Blätter der Börsenhalle", redigierte von 1838—1840 Franz von Florencourt (Salomon, III, 380).

30. Mai 1838. Gerhard Friedrich, geb. Frankfurt 2. Jänner 1779, gest. daselbst 30. Oktober 1862, Stadtpfarrer in Frankfurt; als Dichter schrieb er unter dem Pseudonym Gustav Waller. Das bei Pabst in Darmstadt erschienene Buch ist betitelt: „Der Freimaurerbund und die jesuitisch-hierarchische Propaganda". Eine historische Parallele nebst Anhang, die beiden Fragen beantwortend: „Darf in dieser unserer Zeit ein katholischer deutscher Bischof überall nicht Freimaurer sein?" und „Darf ein katholischer deutscher Bischof Jesuit sein?"

13. Juni 1838. Heinrich Karl Jaup, geb. Gießen 27. September 1781, gest. 5. September 1860, zuerst Professor der Rechte in Gießen, seit 1815 Geheimrat im Staatsministerium, 1832 oppositioneller Landtagsabgeordneter, 1833 pensioniert, von 1848—1850 Minister. Jaup war auch Mitarbeiter der von Gervinus begründeten „Deutschen Zeitung". Aus seiner Feder stammt der Artikel „Preßfreiheit" in Rottecks und Welckers „Staatslexikon".

15. Juni 1838. Karl Friedrich Buchner, geb. Darmstadt 12. Februar 1800, großherzoglich hessischer Justizrat und liberaler Schriftsteller, wurde 1835 „wegen unterlassener Anzeige ihm bekannt gewordener sein sollender hochverräterischer Umtriebe" in Untersuchung gezogen, 1837 aber von der Instanz freigesprochen. Als politischer Schriftsteller äußerst tätig, erschienen von ihm viele Aufsätze in den zu Darmstadt erschienenen „Hessischen Blättern", in der Stuttgarter „Deutschen Allgemeinen Zeitung", in der „Neckarzeitung", „Hanauer Zeitung", im „Hessischen Volksblatt" und im „Beobachter in Hessen bei Rhein". Er war ferner Mitarbeiter der „Allgemeinen Justiz-, Kameral- und Polizeifama", der „Literarischen und kritischen Blätter der Börsenhalle", wo er 1835 über die Mentzel-Gutzkowsche Angelegenheit und 1837 den Nekrolog G. Büchners schrieb, der „Blätter für literarische Unterhaltung", des „Phönix", der „Mitternachtszeitung", des „Piloten", des „Telegraphen für Deutschland" und der „Deutschen Monatschrift" von Biederman. Buchner wirkte auch auf dem Gebiete der schönen Literatur als Lyriker und Erzähler. Ein Trauerspiel „Heinrich VI" erschien 1825 (Stuttgart, Metzler). Im Jänner 1833 gab er den „Deutschen Volksboten" heraus, der jedoch schon im Februar unterdrückt wurde. — Am 16. Dezember 1838 schrieb Ministerresident Freiherr von Handel an den Fürsten Metternich: Das Interessanteste der zwei ersten Hefte der in Hanau erscheinenden „Studien und Kritiken der deutschen Journalistik" besteht in der Angabe der Korrespondenten und Verfasser anonymer Artikel der „Allgemeinen Zeitung", des „Nürnberger Korrespondenten von und für Deutschland", des „Hamburger unparteiischen Korrespondenten", sowie der

Art und Weise wie das kaiserlich österreichische Kabinett mit der Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ in direkter Verbindung stehen und Preußen dagegen bezüglich der Kölner Wirren auf den „Nürnberger Korrespondenten von und für Deutschland“ u. a. m. einwirken soll. Den preußischen Zeitungen sowie der belletristischen periodischen Presse (dem „Jungen Deutschland“) sind eigene Kapitel gewidmet.

4. Juli 1838. Am 10. Juni 1836 wurde in der außerordentlichen Beilage zur „Allgemeinen Zeitung“ als eine nordamerikanische Zeitschrift für Deutschland „Das Westland“ angekündigt. Begründet wurde sie von dem aus Frankfurt entflohenen Dr. Körner. Redakteur war Kapitän Neyfeld.

11. Juli 1838. „Rotteck rechtfertigt seine Verteidigungsschrift für den Erzbischof von Köln“ — berichtete Polizeidirektor Graff aus Linz am 12. Oktober 1838 — „damit, daß er die Frage nicht von dem religiösen, sondern von dem rechtlichem Standpunkt aufgestellt habe; übrigens der preußischen Regierung durch die eingetretenen Wirren nur ihr Recht widerfahren sei, indem sie in der Richtung einer gewissen theokratisch-aristokratischen Partei und im Geiste der römischen Kurie offenbar dem Pietismus zu huldigen sich bestrebte und sich nun genötigt sehe, zu dem entgegengesetzten System ihre Zuflucht zu nehmen.“

13. Juli 1838. Uffo Daniel Horn, Dichter, geb. Trautenau 18. Mai 1817, gest. daselbst 23. Mai 1860. „Der Aufsatz ‚Intuitionen eines Poeten‘ in Nr. 85 und 86 des ‚Telegraphen‘ habe“ — so berichtet die Wiener Polizei-Oberdirektion am 15. Juni 1838 — „im ganzen das Gepräge der Libertinage und jener Schule, die erst vor kurzer Zeit unter dem Namen des ‚Jungen Deutschland‘ auf dem Felde der Literatur ihr Unwesen getrieben. Der Aufsatz sei ohne inländische Zensur zum Druck ins Ausland befördert worden und deshalb Horn zur Rechenschaft zu ziehen.“ Am 18. Juli 1838 beantragte die Polizei, den Untersuchungsakt an den Magistrat, dem damals die Judikatur zustand, zu leiten, um so mehr, als Horn die bei Hoffmann und Campe herausgegebene Flugschrift „Nikolaus Lenau“ ebenfalls ohne Zensurbewilligung habe drucken lassen. Horn wurde wegen Übertretung der Zensurvorschriften zu einer vierwöchigen Arreststrafe verurteilt. Ein anderer Polizeibericht vom 25. Juli 1842 bezieht sich auf Horns Autorschaft an dem Pamphlet „Der oesterreichische Parnaß“. Polizeidirektor Muth berichtet hierüber aus Prag: „Was diesen Gegenstand betrifft, so lehnte Horn gegen alle seine Umgebungen mit einer für sie sich zur Wahrheit stempelnden Bestimmtheit die Autorschaft an diesem Machwerke ab, bezüglich dessen man glaubt, daß es durch den dermal in Leipzig lebenden Literaten Rudolf Hirsch, welcher im vorigen Jahre von Herloßsohn die Redaktion des „Kometen“ übernommen hat, zum Druck befördert wurde. Jedoch hält man ihn keineswegs für den alleinigen Verfasser, sondern hegt vielmehr die Meinung, daß Hirsch vor seinem Abgehen aus Österreich manche Schilderungen von anderen erhalten habe, indem die Durchlesung der Charakteristiken deutlich eine Verschiedenheit des Stils bemerkbar macht; man betrachtet zugleich als Grund dieser Unternehmung die Behandlung, welche früher Hirsch bezüglich mehrerer seiner Leistungen von anderen österreichischen Literaten erfahren hat, wodurch er irritiert worden war. Da übrigens Horn mit Hirsch in näherer vertrauter Beziehung steht, so ist es wohl möglich, daß er von dem Unternehmen Kenntniß gehabt habe, obschon er dies hartnäckig in Abrede stellt.“ Auch

die Autorschaft von „Oesterreichische Städte, Länder, Personen und Zustände“, Hamburg 1843, wurde Uffo Horn zugeschrieben. „Es sei wahrscheinlich“, berichtete Muth am 7. Dezember 1842, „daß es von Horn herrühre, weil nicht nur sein charakteristischer Stil im ganzen Werke herrsche und seine bekannten Tendenzen in jedem Kapitel ersichtlich seien, sondern auch Schilderungen vorkommen, die er schon vor Jahren im persönlichen Verkehr auch mündlich berührt hatte.“

30. Juli 1838. Über Rottecks Reise nach Wien berichtete am 12. Oktober 1838 der Polizeidirektor Graff in Linz, daß diese Reise in Württemberg und Baden Sensation hervorgerufen habe. Es sei die Meinung, Rotteck werde in Baden ein Ministerportefeuille erhalten, seine Reise nach Wien habe bezweckt, sich in der Ansicht des Fürsten Metternich zu orientieren. Man wolle seit seiner Rückkehr eine schillernde Farbe in seinem politischen Charakter bemerkt haben. — In Nr. 247 der „Freiburger Zeitung“ vom 4. September 1838 wird über die Aufnahme Rottecks und Uhlands in Wien berichtet. Es heißt daselbst: „Herr v. Rotteck soll sich Anfangs nicht recht getraut haben, das Weichbild dieser Stadt zu betreten. Er übernachtete den ersten Abend vor der Linie und schickte des Morgens nach der Stadt zu einem seiner Freunde, um durch diesen gewissermaßen eine Garantie für seine Sicherheit zu erhalten. Dieser aber fuhr sogleich zu dem zaghaften Historiker und lachte ihn weidlich aus ob seines Mißtrauens. Am zweiten Tage seiner Anwesenheit ließ der Fürst Metternich Rotteck zu sich laden, empfing ihn auf das Ehrenvollste und forderte ihn auf, seine Ansichten über die Kölner Angelegenheiten ihm mitzuteilen. Die Unterredung dauerte über anderthalb Stunden, und diese beiden Repräsentanten der gegeneinander kämpfenden Prinzipien, welche die Ideenströmung unserer Zeit am stärksten aufregen, sollen mit vieler Zufriedenheit geschieden seyn. Dieselbe Auszeichnung, welche Herrn v. Rotteck bei dem großen Diplomaten zu Teil wurde, fand er hier allenthalben und sein liebenswürdiges „savoir faire“ unterstützte noch die Würde und Celebrität seines Namens. Nicht so zufrieden war man dagegen mit Uhland. Auch er fand allenthalben die gastfreundlichste und glänzendste Aufnahme. Alle literarischen und sonstigen Celebritäten machten ihm ihre Aufwartung; der greise Held der Teutschen, der Erzherzog Karl, lud ihn zur Tafel in die Weilburg. Alles war bemüht, ihm Achtung und Teilnahme zu zeigen, und Alles fand sich durch seine Schroffheit, durch seine Rüdität verletzt.“

6. August 1838. In einem Berichte aus Paris vom 15. Februar 1842 wird gemeldet: „Dr. Auerbach aus Bayern, mit Schuster und Venedey auf gutem Fuß, wegen einiger Peccadillen aus Deutschland flüchtig. Zurückgekehrt, hielt er sich in Mainz auf und begab sich im April 1844 nach Karlsruhe, um hier die ‚Karlsruher Sonntagsblätter‘, die Dr. Andrée ‚Familienbuch‘ betitelt hatte, fortzusetzen.“

10. Oktober 1838. Der Dichter Adolf Ritter v. Tschabuschnigg, geb. Klagenfurt 20. Juli 1809, gest. Wien 1. November 1877, war vom 12. April 1870 bis 11. Februar 1871 österreichischer Justizminister, in welcher Eigenschaft er für die Aufhebung des Konkordats mit Entschiedenheit eintrat. — Aus einem Gesuche, datiert Triest, den 11. November 1838, an den Präsidenten der Zensurhofstelle Grafen Sedlnitzky gerichtet, ist zu ersehen, daß auch Tschabuschnigg die Fesseln der vormärzlichen Zensur zu empfinden hatte. „Ich beschäftige mich“ — schrieb er — „seit ein paar Jahren, meine poetischen und prosaischen Schriften zu

ordnen und zu revidieren. Nachdem ich es beendet hatte, fand ich an der Cottaschen Buchhandlung auch einen ehrenwerten Verleger und vorteilhafte Bedingungen. Cotta verlangte jedoch schnelle Ablieferung des Manuskriptes, mindestens der ersten Lieferung. Schon im September l. J. überreichte ich daher durch meinen Kommissionär in Wien das Manuskript meiner Gedichte zur Zensurierung. Es befinden sich kaum sechs Gedichte darunter, die nicht schon einzeln das hohe kais. österr. imprimatur erhalten haben, der größte Theil derselben erschien auch bereits gesammelt in der ersten Auflage. Ich wagte die Dringlichkeit der Erledigung in einem besondern Gesuche darzustellen, mein Kommissionär wird von Woche zu Woche zur Wiederanfrage bestellt, aber obwohl das Heft kaum zwei Stunden zur Durchleiung erfordert, kann ich die Erledigung bis nun in eben so vielen Monaten nicht erhalten. Noch in diesem Monate werden die zwei folgenden Theile, Novellen, und mit Ende des Jahres der Roman ‚Ironie des Lebens' zur Zensurierung vorgelegt werden. Wird mir nicht das Glück einer baldigen Erledigung zu Theile, so wird der Verlagsvertrag rückgängig. Das Fach der Novelle und des Romans steht in Österreich den diesfälligen Leistungen des deutschen Auslandes noch immer nach; mir gelang es in den letzten Jahren, eben darin einigen Ruf zu erwerben, ich schmeichle mir, mit dieser Sammlung meinem Vaterlande nicht Unehre zu machen. Ich lege darin und insbesonders in ‚Ironie des Lebens' die Resultate vieljähriger Studien und Fleißes dar. Meine Tendenzen sind überall redlich auf das Gute, Wahre und Schöne gerichtet, die Grundsätze der erhabenen Regierung Österreichs sowie seiner hohen Zensurstellen sind der Gegenstand meiner innigsten Überzeugung und Verehrung, und meine Ansicht davon so durchdrungen, daß ich nicht einmahl denselben zuwider schreiben könnte. Gleichwohl ist die Schilderung der Irrthümer, ja des Lasters in erzählenden Schriften unausweichlich; ein einzelner Satz, irgend eine spezielle Ansicht, herausgerissen aus ihrem Zusammenhange, könnte anstößig erscheinen, und doch trägt sie, mit dem Ganzen verbunden, eben nur zum Triumphe der guten Sache bei und ihre Weglassung würde auch noch die künstlerische Rundung des Werkes stören. Ich wage Euer Exzellenz zu gestehen, daß ähnliche delenda meinen einzelnen Werken bereits widerfahren sind und daß bei einer zweiten Vorlage oft gerade die delenda der ersten Erledigung nicht verfügt wurden, dafür aber andere zum Vorscheine kamen. Im Bewußtsein der untadeligen, mit den Zensurvorschriften übereinstimmenden Grundlage meiner Schriften würde es mir schmerzlich fallen, wenn ein Zufall, ein Mißverständniß den Zusammenhang und Werth meiner einzelnen Novellen zereissen oder stören und mich außer Lage setzen würde, der Clique der sogenannten jungen, sich gegenseitig zu den Wolken erhebenden Literatur gegenüber wenn auch einzeln doch würdig in die Schranken zu treten."

28. Oktober 1838. Die erste Nummer der „Pariser Zeitung" erschien im September 1838. Chefredakteur war Bornstedt; Gerant: Graf von Mesle; Spazier schrieb die literarischen Aufsätze, Eduard Stollé jene über Kunst. Auch Chateaubriand, Guizot und George Sand stellten sich mit Beiträgen ein.

12. Dezember 1838. Ignaz Heinrich von Wessenberg, geb. Dresden 4. November 1774, gest. Konstanz 9. August 1860, Theolog, Generalvikar des Fürstprimas Dalberg bekannt durch seine Ausfälle gegen den Papst, trat mit Dalberg für eine deutsche Nationalkirche ein. Seine Schriften: „Geist des Zeitalters" (1801), „Deutsche Kirche" (1816),

„Stellung des römischen Stuhles gegenüber dem Geist des 19. Jahrhunderts" (1833) ꝛc. erregten großes Aufsehen. Außerdem versuchte sich Wessenberg auch als Dichter.

26. Dezember 1838. Ferdinand von Eckstein, Publizist, geb. Kopenhagen 1790, gest. 1861, Mitglied des Tugendbundes, war 1812—1814 Offizier im Lützowschen Freikorps. Nach der Restauration in Frankreich wurde er Generalinspektor im Polizeiministerium, hierauf Historiograph im Ministerium für auswärtigs. Durch die Julirevolution seines Amtes verlustig geworden, zog er sich ins Privatleben zurück und wurde Mitarbeiter mehrerer Zeitungen. 1826 gründete er die Zeitschrift „Le Catholique".

6. Februar 1839. David Friedrich Strauß, der Verfasser des Werkes „Das Leben Jesu", geb. Ludwigsburg 27. Jänner 1808, gest. ebenda 8. Februar 1874 Seine Berufung nach Zürich veranlaßte die Geistlichkeit und die Konservativen das Volk aufzuhetzen und hatte den Sturz der liberalen Partei zur Folge. „Die Berufung des Dr. Strauß nach Zürich" — schrieb am 16. Februar 1839 der preußische Minister Fürst Wittgenstein an Metternich — „ist eine höchst traurige Zeiterscheinung und ein sehr wichtiger Beweis, daß sich die Revolutionäre aller Masken und auch der Religion bedienen, um ihre Zwecke zu erreichen." — Als die „Allgemeine Zeitung" vom 1. Oktober 1837 die Nachricht veröffentlichte, daß „Das Leben Jesu" von Strauß in den österreichischen Staaten einen bedeutenden Absatz finde, bezeichnete die Prager Polizei die Mitteilung als lügenhaft und als einen Buchhändlerkniff. Das Prager Bücherrevisionsamt berichtete am 11. Oktober 1837, daß dieses Werk wegen seiner gelehrten und kritischen Bearbeitung im Geiste der Hegelschen Philosophie häufig die Hegelsche Christologie genannt wird. Der hohe Ladenpreis (9 fl. 30 kr. C. M.), dann der Umstand, daß die Hegelsche Philosophie im österreichischen Kaiserstaate zu wenig bekannt sei, hätten diesem Werke sowie den Gegenschriften im Inlande keinen bedeutenden Absatz finden lassen. Bemerkenswert ist auch eine Note der Polizeihofstelle vom 23. Juni 1837 an sämtliche Länderstellen, womit diese angewiesen wurden, den gefährlichen Schriftsteller und berüchtigten Doktor der Philosophie David Friedrich Strauß, Verfasser des gotteslästerlichen Werkes „Das Leben Jesu", der von der württembergischen Regierung einen Paß zu einer Erholungsreise erhalten habe, im Falle seines Aufenthaltes in einem österreichischen Gouvernementgebiete genau überwachen zu lassen. Als heitere Episode mag noch verzeichnet werden, daß 1839 ein Wiener Drechsler am Laurenzerberg denunziert wurde, Pfeifenköpfe mit dem Porträt des Dr. Strauß zu verkaufen. Eine Revision in diesem Geschäftslokale und auch bei anderen Gewerbsleuten ergab ein negatives Resultat. Es wurde nur erhoben, daß Josef Rößler, Fabrikant in Rixdorf, solche Pfeifenköpfe mit einem von dem Maler Josef Kittel in Gablonz hergestellten Porträt des Dr. Strauß angefertigt habe. Rößler, hierüber vernommen, gab an, er habe geglaubt, es sei der Kopf des Walzerkomponisten Johann Strauß.

20. Juli 1839. Gutzkows „Richard Savage", Trauerspiel in 5 Aufzügen, wurde am Burgtheater zum ersten Male am 6. September 1842 aufgeführt, mit Fichtner in der Titelrolle und der Rettich als Lady Macclesfield. Das Stück fand keinen unbedingten Beifall. Eine ausführliche Kritik von Meynert in Nr. 216 der Bäuerleschen „Theaterzeitung". — Dr. Ignaz Kuranda, geb. Prag 1811, gest. Wien

3. April 1884, Publizist und Politiker. Ausführliche Biographie in Wurzbachs „Biographischem Lexikon", XIII, 407—416. Das Hof- und Staatsarchiv und das Archiv der Polizeihofstelle enthalten mehrere Aktenstücke, die sich auf Kuranda beziehen. Zum ersten Male kommt sein Name 1838 vor, gelegentlich der Bitte, ihm die Übernahme der Redaktion des „Telegrafen" zu gestatten, eines Blattes, das von dem Hofschauspieler Lembert begründet wurde. Kuranda, Sohn eines Bücherantiquars in Prag, trat als Lehrling in das Geschäft seines Vaters ein, übersiedelte sodann nach Wien, wo er einige Zeit als Kommis bei dem Antiquar Gräffer bedienstet war und kehrte dann wieder nach Prag zurück. Hier begann er seine literarische Tätigkeit mit kleinen Aufsätzen in der „Bohemia" und mit Korrespondenzen für mehrere Journale, insbesondere für den „Telegrafen" in Wien, dessen Herausgeber ihn aufforderte, wieder nach Wien zu kommen, um sich an der Redaktion zu beteiligen. „Seine Aufsätze" — so berichtete die Polizeioberdirektion am 5 August 1838 — „waren nie von bedenklicher Tendenz"; er wird als junger Mann von guter Moralität und solidem Betragen, großem Fleiß und Sparsamkeit und in politischer Beziehung als frei vom „Schwindelgeist" geschildert. Eine Erledigung dieser Bitte erfolgte nicht, da der „Telegraf", obwohl er zu den besseren Zeitschriften Wiens gehörte, inzwischen eingieng. Durch die Intervention des Großhändlers Lämel, der sich bereit erklärte, Kuranda als Korrespondenten in sein Geschäft zu nehmen, wurde diesem noch ein einjähriger Aufenthalt in Wien zugebilligt. — „Dieser Literat" — schrieb Metternich am 6. Juli 1841 an Sedlnitzky — „scheint im Auslande eine Tätigkeit, eine Erwerbsquelle gefunden zu haben, die sich ihm im Vaterlande nicht eröffnet haben dürfte. Da Kuranda nichts Sträfliches begangen habe, würde eine unzeitige Strenge einen Widersacher Österreichs aus ihm machen." Inzwischen hatte aber Kuranda, ohne die Erledigung abzuwarten, Prag verlassen und sich nach Frankfurt begeben. Das werfe — so urteilte Sedlnitzky — ein schlechtes Licht auf ihn, Kuranda werde nun seinen Aufenthalt im Auslande benutzen, um mit Übergehung der österreichischen Zensurvorschriften staatsgefährliche Schriften drucken zu lassen. Es entstehe nun die Frage, ob das gesetzliche Verfahren wegen unbefugter Abwesenheit einzuleiten und ob unter solchen Umständen dem Gesuche Kurandas zu willfahren sei? Hierauf erwiderte Metternich am 15. Oktober 1841, er sei weit entfernt, Kurandas Benehmen zu entschuldigen, aber der Aufforderung sich zu stellen, würde Kuranda nicht Folge leisten, vielmehr gegen die Regierung eine Erbitterung veranlassen, die sich in Zeitungsblättern Luft machen dürfte. „Es ist doch immer ratsam", — meinte der Staatskanzler — „die Presse nicht ohne Not gegen sich zu haben." Von Paris begab sich Kuranda nach Brüssel, wo er 1841 das Wochenblatt „Die Grenzboten" gründete und Vorträge über deutsche Literatur hielt. Als er 1842 um Verlängerung seines Aufenthaltes einschritt, sprach sich Sedlnitzky dafür aus, in der Voraussetzung, daß er auch fernerhin durch vollständige Korrektheit seiner Haltung und seiner literarischen Erzeugnisse und durch ein in jeder Hinsicht vorwurfsfreies Benehmen die gegen ihn geübte Nachsicht der k. k. Regierung rechtfertige. Auch Metternich schien mit der Tendenz dieser Zeitschrift zufrieden zu sein. Am 11. Juli 1842 sendete er an Sedlnitzky die Nummern 12 und 16, woraus zu ersehen sei, daß Kuranda es sich allen Ernstes angelegen sein lasse, dem der österreichischen Regierung gegebenen Versprechen, in der bisherigen korrekten Haltung seines Journals fortzufahren, treu zu bleiben.

Man schien also mit Kuranda zufrieden, zumal auch die vertraulichen Berichte über ihn günstig lauteten. „Dieser Literat" — so wurde im Dezember 1842 aus Mainz berichtet — „ist zwar nach seiner Eigenschaft als Redakteur der ‚Grenzboten' in vielerlei Verbindungen mit den liberalen Notabilitäten Belgiens und Deutschlands; einer geheimen Assoziation dürfte derselbe jedoch bei seiner großen Vorsicht und den von ihm bekannten, zwar freisinnigen, aber durchaus nicht revolutionären Tendenzen kaum angehören." Kurandas kluges Verhalten gegen Österreich ließ das Gerücht erstehen, er sei von der Regierung nach Brüssel gesendet worden, weswegen Preußen dem Unternehmen nicht günstig gesinnt sei. Der Absatz der „Grenzboten" ließ am Anfang keine lange Zukunft erhoffen; er stellte sich erst ein, als am 1. Juni 1842 Ludwig Herbig in Leipzig den Verlag übernahm. Im Gegensatz zu dem Aufschwung dieser Zeitschrift zeigte sich gar bald eine Abnahme der Zufriedenheit seitens der österreichischen Regierung. In einem Schreiben vom 2. März 1844 an Sedlnitzky drückte Metternich sein Bedauern aus, daß Kuranda den Erwartungen, die sich der Fürst von dessen Gesinnung machte, nicht entspreche, da er zensurwidrige Aufsätze in sein Blatt aufnehme, die eine strengere Behandlung dieses Journals zur Folge haben müßte. Kuranda, der sich damals in Wien aufhielt, wurde eröffnet, daß er, falls sein Journal in der in neuerer Zeit eingeschlagenen Richtung fortfahre, er es sich selbst zuzuschreiben haben werde, wenn ihm die Bewilligung zum ferneren Aufenthalt und zur Herausgabe seines Journals im Auslande entzogen würde. Der Günstling Metternichs war also in Ungnade gefallen. Daß in den „Grenzboten" „unverkennbar österreichischer Geist" herrsche, mußten selbst seine Gegner zugestehen, wenn auch in diesem Journal sich allmählich oppositionelle Stimmen erhoben, die freilich die Machthaber nicht angenehm berührten. „Nie stand" — schrieb aus Leipzig Kuranda am 30. September 1845 an seinen Vater — „in meinem Blatt eine Beleidigung gegen Österreich, gegen unser Kaiserhaus; was sonst vielleicht dieser oder jener Person unangenehm darin sein mag, dafür kann man mich nicht zur Rede stellen, denn das Blatt ist unter hiesiger Zensur erschienen; es ist ein ausländisches Blatt und wenn ich nicht Redakteur wäre, so wäre es ein anderer. Aber ich habe die Mittel in Händen zu beweisen, daß gerade weil ich Redakteur dieses Blattes bin, ich ein Verdienst um mein Vaterland erworben habe. Die patriotische Gesinnung, die in den ‚Grenzboten', trotz aller kleinen Nebendinge durchleuchtet, ist niemandem entgangen, der das Blatt mit Aufmerksamkeit liest. Bin ich doch sogar hier in den Verdacht gekommen mein Blatt werde von Österreich unterstützt! Die ‚Grenzboten' sind (nebst der ‚Allgemeinen Zeitung') das einzige Blatt, das es mit Österreich ehrlich meint. Nur mit dem Unterschiede, daß dies die ‚Allgemeine Zeitung' aus Interesse tut, während ich es aus Liebe und treuer Anhänglichkeit tue. In Mitten eines konstitutionellen, in Mitten eines protestantischen Landes haben die ‚Grenzboten' immer für Österreich gefühlt. Nie ist in meinem Blatte ein Wort gegen die katholische Religion vorgekommen Und ich hatte ja alle Freiheit, war mir ja selbst überlassen." In gleicher Weise äußerte sich Kuranda auch dem österreichischen Generalkonsul Hübner in Leipzig gegenüber, als dieser ihm anfangs Oktober 1845 mitteilte, daß sein am 24 d. M. abgelaufener Paß nicht erneuert werden könne, und er sich daher unverweilt nach Prag zu begeben habe. „Ich bin" — sagte damals Kuranda — „ein feuriger Patriot, ein treuer Untertan

des Kaiserhauses, aber ein Mann des Fortschrittes und der Opposition." Diese exzeptionelle Stellung sei ihm stillschweigend von der Staatsverwaltung eingeräumt worden. Hübner dagegen erwiderte, daß es in Österreich keine legale Opposition gebe und Kuranda daher der k. k. Regierung gegenüber nicht die Stellung eines Oppositionsmannes in Anspruch nehmen könne. In einem Briefe an Hübner vom 2. Oktober 1845, worin Kuranda den Generalkonsul ersuchte, seine Bitte an das Prager Landespräsidium um Verlängerung seines Aufenthaltes in Leipzig zur Regelung seiner Angelegenheiten zu befürworten, kam Kuranda nochmals auf die Stellung seines Blattes in Österreich zurück. „Während der langen Zeit meines Aufenthaltes im Auslande" — heißt es an einer Stelle — „ist mein Name niemals in Verbindung mit einer jener zahllosen Schriften gebracht worden, welche in den letzten Jahren über und gegen Österreich erschienen sind . . . Wer nur einigermaßen den Inhalt meiner Zeitschrift mit prüfendem Blick verfolgt hat, der wird nicht verkennen, daß eine Zeitschrift, die im Auslande erscheint, zum Teil anderes Material suchen muß, als eine österreichische. Manche untergeordnete Rücksicht gegen geringfügige Zustände und Personen muß da bei Seite gesetzt werden, um die höheren und wichtigeren mit desto mehr Energie vertreten zu können, ohne daß man den Schein der Parteilichkeit und Einseitigkeit auf sich ladet..." Kurandas Bemühen, die Bewilligung zu fernerem Aufenthalt im Auslande zu erlangen, blieb erfolglos; er entschloß sich daher, ohne Paß nach Belgien zu reisen, wo ihm ein solcher von der dortigen Regierung ausgestellt wurde, worauf er sich nach Berlin begab, um daselbst sein literarisches Standquartier aufzuschlagen. Aber auch die preußische Regierung hatte sich — wie Hübner dem Fürsten Metternich am 20. September 1846 berichtete — „in Anbetracht mehrerer für Preußen beleidigender Artikel, der ‚Grenzboten' veranlaßt gesehen, Kuranda die Weisung zu erteilen, die königlich preußischen Staaten binnen drei Tagen zu verlassen." „Kurandas Ausweisung aus Berlin liefert" — berichtete Hübner am 4. Oktober 1846 — „den Beweis, wie wenig man in Berlin gemeint ist, die bei jedem Anlaß ausgesprochenen Sympathien für Fortschritt und Entwicklung auf dem Gebiete der Presse gegen sich selbst in unfreundlicher Weise in Anwendung gebracht zu sehen." Trotz der trüben Erfahrungen, die Kuranda gemacht hatte, ließ er sich doch nicht abhalten, in allen auswärtigen Fragen die Politik Österreichs in seinem Blatte zu verfechten. In sein Vaterland kehrte er erst 1848 zurück, nachdem er die Redaktion der „Grenzboten" aufgegeben hatte. Von nun an spielte Kuranda im politischen Leben eine gewichtige Rolle, zunächst als Herausgeber der „Ostdeutschen Post", in welcher er für ein freies Verfassungsleben in Österreich eintrat, und als Abgeordneter im Reichsrat, wo er als Großösterreicher auftrat und seiner liberalen Gesinnung jederzeit Ausdruck gab.

6. August 1839. Ferdinand Johannes Wit, genannt Döring, Schriftsteller, geb. Altona 1800, gest. auf seinem Gute bei Ratibor um 1860, war bereits 1822 der österreichischen Regierung durch das preußische Ministerium als in demagogische Umtriebe verwickelt signalisiert. Einvernehmlich mit Preußen richtete die österreichische Regierung an die fremden Staaten das Ersuchen, Wit zu verhaften. Dies geschah in Piemont, worauf Wit nach Mailand gebracht wurde, wo er sich der österreichischen Regierung antrug, über die Absichten, Pläne und Verbindungen der Revolutionäre Aufklärung zu geben.

18. August 1839. Friedrich Karl Landolin Freiherr von Blittersdorf, geb. Mahlberg 14. Februar 1792, gest. Frankfurt 16. April 1861, badischer Minister des Äußern und des großherzoglichen Hauses von 1835 bis 1843.

22. August 1839. Johann Heinrich Hennenhofer, geb. Gernsbach 12. März 1793, gest. Freiburg 12. Jänner 1850, Günstling des Großherzogs Ludwig von Baden, bekannt durch die Kaspar-Hauser-Affäre. — Zu den bedeutendsten, im Auslande befindlichen deutschen Flüchtlingen zählte der rheinbayrische Erdeputierte Dr. Friedrich Schüler aus Bergzabern, der vom Assisengerichte zu Landau wegen Aufreizung zum Umsturz der Staatsverfassungen in contumaciam verurteilt wurde. Dem Bunde der Deutschen in Paris angehörend, ersahen die deutschen Behörden in ihm den gefährlichsten Agitator gegen die staatliche Ordnung in Deutschland. Wirth nennt ihn in der "Tribüne„ „die Stütze des Volkes, den Koloß an Geist und Charakter". — Ludwig Snell, geb. Idstein 6. April 1785, gest. Küßnacht 5. Juli 1854, Direktor des Gymnasiums in Wetzlar, wurde seiner politischen Haltung wegen entlassen, begab sich hierauf nach London, sodann nach Basel, wo er 1831 den „Republikaner" herausgab; er zählte zu den Führern der radikalen Partei in Zürich und Bern. — Wilhelm Snell, Jurist und Politiker, geb. 8. April 1789, gest. 8. Mai 1851, war Untersuchungsrichter in Dillenberg, verlor aber dieses Amt wegen einer Schrift über die nassauischen Domänensysteme; 1819 Professor in Dorpat, wurde er von dort ausgewiesen, worauf er nach der Schweiz zog. Über seine Tätigkeit an der Hochschule in Bern siehe Eduard Müller: Die Hochschule in Bern 1834—1884. 1845 nach dem Mißlingen des Freischarenzuges, zu dessen Urhebern er zählte, aus dem Kanton Bern ausgewiesen, wurde er Landrat in Basel.

3. September 1839. Der richtige Titel lautet: „Pilger-Bueß Predig des schwäbischen Pater Abraham. A Predigle, schaut! i bin druf stolz. Mit a me Stohlstich im Nußbohmholz. Gedruckt zu Trippstrill in der Pelzmühle St. Gallen, 1839, Scheitlin und Zollikofer."

14. September 1839. Karl Gottlieb Theodor Winkler, geb. Waldenburg 9. Februar 1775, gest. Dresden 24. September 1856 (Pseudonym Theodor Hell), Schriftsteller, Herausgeber der „Abendzeitung", Theatersekretär; später Vizedirektor des königl. Hoftheaters in Dresden. — Karl v. Wachsmann, geb. Grünberg 27. September 1787, gest. Dresden 28. August 1862. Verfasser zahlreicher Erzählungen und Novellen. — (Bacherer.) „Sterne und Meteore in deutscher Zukunft und Gegenwart." Leipzig. Fest. 1839. Inhalt: Politische Standrede. — Parlamentarische Porträts. — Katastrophen und Schlagschatten.

22. September 1839. Europäische Pentarchie, Warnung an die deutschen Staaten, sich an Preußen oder Österreich anzuschließen. Einzige Rettung sei, sich mit Rußland enger zu verbinden. — Bacherers „Stellungen und Verhältnisse" erschien 1840 in der Müllerschen Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

5. November 1839. Nicht nur in der „Volkshalle" trat Wirth den maßlosen Provokationen französischer Blätter entgegen, er zeigte auch in seiner Schrift: „Die politisch-reformatorische Richtung der Deutschen im XVI. und XIX. Jahrhundert. Bellevue, im Canton Thurgau 1841", Frankreich gegenüber, wie wenig das deutsche Volk von seinem westlichen Nachbar zu erwarten habe und wie es alles nur durch sich selbst werden müßte. Diese Schrift hatte große Verbreitung

und erregte — wie Noé berichtete — allgemeines Aufsehen durch seine blühende Sprache, die unumwunden feindliche Gesinnung gegen die dermalige Ordnung in Deutschland, wie auch durch die ausführliche Schilderung der Mittel zu seiner Wiedergeburt. Seine eigentliche Tendenz sei, das deutsche Volk auf die Notwendigkeit politischer Reformen aufmerksam zu machen. — Dr. Elsner, Württemberger, durch seine Übersetzungen der Geschichte der französischen Revolution, der Geschichte Napoleons bekannt, stand im Solde des Prinzen von Montfort und liierte sich mit den Anbetern Louis Bonapartes, dem er in Arenenberg oft den Hof machte. Er wurde bis zum Komplott von Boulogne von Louis Bonaparte unterstützt. (Aus einem Verzeichnisse der im Auslande befindlichen deutschen Flüchtlinge. Vorgelegt im März 1842.)

Die „Deutsche Volkshalle" erschien in Konstanz dem Hauptplatz des badischen Seekreises. Hier gründete der Führer der Demokraten, Advokat Vernotti, 1838 den „Leuchtthurm", dessen erster Redakteur Dr. Heinrich Elsner war; ihm folgte Wirth, der den Titel in „Deutsche Volkshalle" umänderte. Das Blatt, dessen kritischen Teil Georg Herwegh leitete, stand in beständigem Kampf mit der Zensur. Außerdem erschienen in Konstanz die „Seeblätter" von Johann Fikler, die ebenfalls liberale Grundsätze verfochten, sich aber auf streng verfassungsmäßigem Wege hielten.

11. Dezember 1839. Dr. Theodor Creizenach, Dichter, geb. Mainz 17. April 1818, gest. Frankfurt 6. Dezember 1877, begann seine Studien in Frankfurt und wurde, nachdem er 1839 die philosophische Doktorwürde erworben hatte, Erzieher im Hause des Freiherrn Anselm von Rothschild in London. Nach Frankreich 1842 zurückgekehrt, wurde er Lehrer an der israelitischen Philantropie und gründete 1843 den israelitischen Reformverein. 1854 trat er zur protestantischen Kirche über. Mit Otto Müller leitete er die Wochenschrift „Frankfurter Museum"; er war auch Mitarbeiter an der „Rheinischen Zeitung". Sein Bruder Dr. Julius Creizenach, geb. Mainz 16. Mai 1876, Advokat in Frankfurt, beteiligte sich an der Redaktion des von Professor Biedermann herausgegebenen „Herold".

10. Jänner 1840. Gustav Adolf Rochow, preuß. Minister des Innern von 1834—1842, von dem der Ausspruch vom „beschränkten Untertanenverstand" herrührt. Über seinen Sturz heißt es in einem Geheimberichte vom Juni 1842: „Daß Minister Rochow auf die eine oder die andere Weise beseitigt werden würde, war längst vorauszusehen, ja als der König die Gebrüder Grimm nach Berlin berief, dieselben Brüder, die zu jenen Göttingern gehören, welche nach der Ansicht des Herrn von Rochow es gewagt, den Maßstab ihrer beschränkten Einsicht an die Handlungen des Staatsoberhauptes zu legen — als der König dies getan, da glaubte man, Herr v. Rochow würde sofort resignieren. Jetzt ist er beseitigt und nicht nur jene Gelehrten, nein, besonders der Staatsminister von Schön und mit ihm die große Partei des Fortschrittes feiert einen Triumph." — Georg Andreas Gabler, geb. Lendorf 30. Juli 1786, gest. Teplitz 13. September 1853. Nachfolger Hegels an der Berliner Universität. — Die Halleschen Jahrbücher, das Organ der Junghegelianer, begründet 1838 von Arnold Ruge und Theodor Echtermayer, erschienen bei Otto Wigand in Leipzig. Als im Mai 1841 die preußische Regierung forderte, daß dieses Blatt, das bisher in Sachsen zensuriert wurde, nunmehr unter preußischer Zensur erscheinen müsse, erwarb Ruge das sächsische Staatsbürgerrecht, übersiedelte

nach Dresden und änderte den Titel in „Deutsche Jahrbücher" um. Nachdem die Bundesversammlung die Jahrbücher im ganzen Umfang der deutschen Bundesstaaten verboten hatte, wanderte Ruge aus Sachsen nach Paris aus, wo er die „Deutsch-französischen Jahrbücher" herausgab, von welchen jedoch nur zwei Hefte erschienen. — Georg Friedrich Rheinwald, Professor der Theologie zu Berlin, der auch die „Berliner Allgemeine Kirchenzeitung" redigierte.

26. Februar 1840. Von den in diesem Berichte genannten Flüchtlingen ist besonders zu bemerken Ludwig von Rochow, richtig Rochau, aus Wolfenbüttel, der als Teilnehmer am Frankfurter Attentat einen Tag nach Verkündigung des Urteils mit seinem Wächter nach Paris entfloh. Am 18. Jänner 1841 wird über ihn aus Paris berichtet: „Der Flüchtling Rochau gibt sich mit sozialem Mystizismus ab, gehört zum Hof der Mme Duderant (George Sand) und schreibt bombastreiche Artikel in der „Phalange". Gutzkow gedenkt dieses Flüchtlings im 25. Brief seiner „Pariser Reise", er nennt ihn „einen Charakter von ebensoviel Kraft wie Grazie."

11. Mai 1840. Kurandas „Die letzte weiße Rose" wurde in Wien am 16. November 1844 zum erstenmal aufgeführt („Theaterzeitung", 1844, Nr. 277). Am 8. Februar 1844 schrieb Kuranda an seinen Freund Kaufmann in Leipzig: „Hier ist das Stück vorgestern angenommen worden. Graf Kolowrat hat es verlangt, ‚weil man einen österreichischen Schriftsteller nicht aus Kaprice ersticken soll'. Laß dies vor der Hand dein Geheimnis bleiben: ich werde die Unterredungen erzählen, die dir beweisen werden, daß es der hiesigen Literatur ihrer eigenen Feigheit willen so schlecht geht. Es ist ein trauriges unmännliches Volk."

6. August 1840. Dr. Freiberg, preußischer Geheimagent, war mit der Beobachtung in Frankfurt betraut. — Dr. Karl Andrée, geb. Braunschweig 20. Oktober 1808, gest. Wildungen 10. August 1875, bekannt als bedeutender Geograph und hervorragender Publizist, redigierte seit 1838 die „Mainzer Zeitung", leitete dann die „Oberdeutsche Zeitung" in Karlsruhe und von 1844 an die „Kölnische Zeitung", von der er bereits 1845 infolge Einflusses der katholischen Geistlichkeit zurücktreten mußte; er übernahm hierauf die „Bremer Zeitung", 1848 die „Deutsche Reichszeitung" in Braunschweig und 1851 das „Bremer Handelsblatt". Von 1858—1869 war er Konsul der Republik Chile für das Königreich Sachsen.

9. September 1840. Karl Freiherr von Brints war seit 1837 auch Oberpostmeister. Das „Journal de Francfort", das auch späterhin den Interessen Rußlands diente, ging im Juli 1866 ein.

16. Oktober 1840. Dingelstedt redigierte den „Salon" nur sechs Monate; er hatte früher an der 1837 begründeten „Kurhessischen Allgemeinen Landeszeitung", und zwar an dem Beiblatt „Die Wage", mitgewirkt. Der „Salon" erschien bis 28. Dezember 1842; er hatte, wie Oetker in seinen „Lebenserinnerungen" (Stuttgart 1877) berichtet, „fast ebenso viele Mitarbeiter wie Abonnenten".

Leipzig, 28. Oktober 1840. K. Tropus redigierte 1840 in Leipzig „Die Eisenbahn", Zeitschrift zur Beförderung geistiger und geselliger Tendenzen. 1842 erschien von ihm „Lebensgeister. Gegenwärtiges und Zukünftiges". 1845 gab er ein „Taschenbuch für Reisende auf der Havel und Elbe" heraus. — Der hier genannte Hammer

dürfte der Schriftsteller Julius Hammer (geb. Dresden 7. Juli, gest. Pillnitz 23. August 1862) sein, der von 1845—1859 das Feuilleton der sächsischen „Konstitutionellen Zeitung“ redigierte und in Nr. 93 dieser Zeitung vom 24. April 1855 den Vorschlag machte, eine Schiller-Stiftung zur Unterstützung von Hinterbliebenen armer Schriftsteller zu begründen. Näheres bei Göhler: „Geschichte der deutschen Schiller-Stiftung“, Berlin 1909.

28. Oktober 1840. Buchhändler Körner, einer der eifrigsten Liberalen in Frankfurt.

31. Oktober 1840. „Der badische Courier“ sollte ein Oppositionsblatt sein. „Unsere Regierung will“ — schrieb im August 1848 Wilhelm Fischer — „Opposition, die sich auf Gründe stützt, und die anderen Regierungen müssen es sich gefallen lassen, sobald man sich nur in den gesetzlichen Schranken bewegt. Humor, Ironie, Witz, Satre und Laune müssen angewendet werden, um ins Ziel zu treffen, dabei darf man nicht unterlassen, Preußen anzuregen ...“ — Die erste Nummer der „Oberdeutschen Zeitung“, herausgegeben von Friedrich Giehne, erschien am 1. Jänner 1841. Über dieses Blatt, das bereits Ende September 1842 aufhörte und an dessen Stelle die „Deutsche Wochenschrift“ erschien, schrieb Metternich am 20. Mai 1841 an Sedlnitzky: „Die freie Zulassung dieses politischen Blattes, welches sich durch seine Haltung vorteilhaft auszeichnet und unstreitig zu den besseren Erscheinungen der politischen Tagespresse gehört, unterliegt nicht nur keinem Anstande, sondern erscheint in mehrfacher Beziehung als wünschenswert.“

4. November 1840. Nikolaus Becker, geb. Bonn 8. Oktober 1809, gest. Hünshoven 28. August 1845, schrieb das Lied „Der deutsche Rhein“ in Geilenkirchen und veröffentlichte es zuerst in der „Kölnischen Zeitung“ am 8. Oktober 1840. — Julian Chownitz recte Chowanetz wurde, nachdem er die Kadettenschule in Olmütz besucht hatte, Offizier, mußte aber krankheitshalber in den Pensionsstand treten. Während seines Aufenthaltes in Wien arbeitete er für mehrere Journale und schrieb das Epos „Das Herzogskind“. Im Jahre 1837 beabsichtigte er, eine belletristische Zeitschrift für die Armee herauszugeben, doch vermochte er nicht die behördliche Bewilligung zu erlangen. Seit März 1838 in Pest, sendete er Korrespondenzen an den in Österreich verbotenen „Kometen“ und lieferte Beiträge zu dem von Siegmund Saphir herausgegebenen „Pester Tagblatt“. Als er im April 1839 eine humoristische Vorlesung angekündigt hatte, wurde er von der Militärbehörde wegen Verletzung des Militärdekorums verhaftet, worauf er seine Charge zurücklegte. Wegen seiner sehr bedrängten finanziellen Verhältnisse aus Pest entflohen, begab er sich nach Leipzig, wo er bis 1841 das Journal „Die Eisenbahn, ein Unterhaltungsblatt für die gebildete Welt“, redigierte. In Leipzig erschienen: „Maria-Kapelle“ (1841); „Geld und Herz“ (1842); „Leontine, Skizzen aus dem modernen Residenzleben“ (1842); „Heinrich Sternfels, Zeit- und Sittengemälde“ (1842). „Chownitz' Wirken als Schriftsteller“ — schrieb Graf Sedlnitzky 1842 an die ungarische Hofkanzlei — „könne nur als gemein, unsittlich und politisch bedenklich bezeichnet werden, daher auch mehrere seiner Romane verboten werden mußten.“ Ende 1842 verließ Chownitz Leipzig, worauf er nach Mainz kam und Redakteur des „Rheinlandes“ wurde. In den darauffolgenden Jahren lenkte er seine literarische und publizistische Tätigkeit aus der Opposition gegen die österreichische Regierung in eine für diese servile Richtung, die sich besonders in der Schrift „Österreich und seine Gegner“

zeigte, in welcher er, wie Hübner am 7. Jänner 1846 aus Leipzig dem Fürsten Metternich berichtete, „die in der letzten Zeit gegen Österreich erschienene Schmähliteratur zu wiederlegen und namentlich Gutzkows ‚Wiener Eindrücke‘ auf ihren wahren Wert zurückzuführen versuchte“. — Raupach schrieb das Lustspiel „Der Narr seiner Freiheit“ 1837. — Therese Dessoir, die Gattin des berühmten Schauspielers Ludwig Dessoir, war von 1837 bis 1844 Mitglied des Leipziger Stadttheaters. — Karl Friedrich Baudius, der Pflegevater der Hofschauspielerin Auguste Baudius, war von 1834 bis 1843 Mitglied des Leipziger Stadttheaters; 1844—1849 am Wiener Burgtheater; nach einjährigem Engagement in Prag kehrte er nach Leipzig zurück, wo er am 19. März 1860 starb.

6. November 1840. Ferdinand Leopold Graf Schirnding, geb. Prag 7. Juni 1808, gest. ebenda 28. Juli 1845. Wurzbach, XXX, 36—38. Die daselbst veröffentlichte Biographie bedarf einiger Ergänzung. Schirnding, ein Neffe des Feldmarschalleutnants Grafen Tiege, absolvierte 1826 die philosophischen Studien an der Prager Universität, trat hierauf in den Militärdienst, den er 1830 verließ. 1833—1836 als Diurnist, teils bei dem ständischen Ausschuß in Prag, teils bei der Kameralbezirksverwaltung V. O. und U. W. W. beschäftigt, verließ er den Staatsdienst, betätigte sich hierauf publizistisch und begab sich 1841 nach Leipzig. Aus einigen Gesuchen an den Oberstburggrafen Chotek in Prag und an den Grafen Sedlnitzky um Unterstützung, ist zu entnehmen, in welcher trostlosen Lage sich der Graf befand. Als Sedlnitzky sich nicht bewegen ließ, ihm eine Unterstützung zu verabreichen, schrieb ihm Schirnding am 6 August 1842, er verlange keine Hilfe mehr, sondern fordere von dem Präsidenten, daß er für den Übertreter der Zensurgesetze in irgendeinem Arbeitshause einen Winkel auffinden werde, wo ein verzweifelnder Familienvater bis zur endlichen Entscheidung seines Schicksals vor dem Verhungern geschützt sei. Schirndings literarische Tätigkeit erstreckte sich hauptsächlich auf die Verfertigung von Flugschriften über Österreich. Nach seiner eigenen Angabe verfaßte er ohne Zensurbewilligung die Schriften: „Österreich im Jahre 1840“, „Österreichs Staatsmänner“, „Revue österreichischer Zustände“, „Böhmens Provinzialstände auf dem Schachbrett der Öffentlichkeit“, „Die Juden in Preußen, Österreich und Sachsen“, „Splitter und Balken aus Österreich“, „Böhmens Zukunft und Österreichs Politik“, „Zwei Fragen aus Böhmen“, „Prag und die Prager“, „Spiegelbilder aus dem weiblichen Kunst- und Berufsleben“, „Das Zeichen der Zeit in Böhmen“. Auch bekannte Schirnding, der 1845 in Prag schwer erkrankte, daß er noch ein Buch „Die Zeichen der Zeit in Böhmen“ an das literarische Comptoir in Zürich abgesendet habe, in welchem zunächst die Unruhen in Prag, die Ursachen ihrer Entstehung und die Mittel ihrer Abhilfe besprochen wurden; auch erklärte er, daß, wenn er wieder genesen würde und seine unglücklichen Verhältnisse sich nicht ändern sollten, er unbedenklich das Verfassen von Aufsätzen und größeren Werken politischen Inhalts als das einzige vor Not und Elend schützende Rettungsmittel fortsetzen werde. Noch in seinem Sterbejahre sandte er nach Leipzig ein Manuskript „Der Geist der Zeit in Böhmen“, dem aber die sächsische Zensur das imprimatur verweigerte. — Franz von Florencourt, Publizist, geb. 1803, gest. 1886, ehemaliges Mitglied der Burschenschaft, weswegen er 1834 in Untersuchung gezogen, jedoch freigesprochen wurde. Von 1838 bis 1840 leitete er zu Hamburg die „Literarischen und kritischen Blätter

der Börsenhalle"; 1847 redigierte er den „Sächsischen Verfassungsfreund" und übernahm 1848 die Redaktion des „Hallischen Volksblattes für Stadt und Land", 1849 jene des „Norddeutschen Korrespondenten". Nach seinem Übertritt zur katholischen Kirche lebte er seit 1851 in Wien. Unter dem Titel „Politische, kirchliche und literarische Zustände in Deutschland" gab er seine, im katholischen Sinne geschriebenen Aufsätze heraus.

16. November 1840. Viktor Amadeus Coremanns, ein Belgier, geb. 1802, gest. 1872. Im Buch- und Kunsthandel in Wien bedienstet, widmete er sich der Schriftstellerei, schrieb für Gräffers „Conversationsblatt" und gab eine französische Zeitschrift „Le spectateur français" heraus, die im Verlag Schrämbl erschien. Von Wien zog er nach Deutschland, wo er infolge seiner Schriften von den Behörden verfolgt wurde. In Bayern gab er die „Freie Presse" heraus, in der vor jeder Abstimmung ein Manifest an die Volksvertretung erschien sowie nach erfolgter Abstimmung die Namen der Gesinnungstüchtigen rot gedruckt wurden. Er war ferner Herausgeber des „Zuschauers an der Pegnitz" und des „Beobachters". Coremanns hielt sich später in der Schweiz auf, wo er ebenfalls verfolgt wurde. 1834 erschien von ihm bei Geßner in Zürich „Kerkerblumen", 1835 bei Fr. Schmid in Glarus „Der Verbannte aus dem Königslande. Eine Darstellung der Verfolgungen, die derselbe in letzter Zeit in Bayern erlitt. Aktenmäßig, einfach, treu und wahr von ihm selbst verfaßt". 1835 erschienen „Stimmen aus dem Kerker an König Ludwig von Bayern." Coremanns wurde später am belgischen Staatsarchiv angestellt. — Günther war einer der tätigsten Verfechter des sächsischen Liberalismus und nächst Robert Blum einer der Hauptleiter der Leipziger politischen Klubs; er hielt sich auch einige Zeit in Prag auf, wo er mit den jungen Literaten häufig verkehrte. (Aus einem Berichte Noés vom 16. April 1841.)

23. November 1840. Karl Georg Reginald Herloßsohn (recte Herloß), geb. Prag 1. September 1804, gest. Leipzig 10. Dezember 1849, beliebter Romanschriftsteller, Dichter der Lieder „Wann die Schwalben heimwärts ziehen" und „Ob ich dich liebe, frage die Sterne", redigierte von 1830 bis 1840 und von 1844 bis 1848 die Zeitschrift „Der Komet". Wegen seines Liberalismus waren ihm die österreichischen Behörden nichts weniger als günstig gesinnt, wie nachfolgender Polizeibericht aus dem Jahre 1847 beweist: „Karl Georg Reginald Herloßsohn, 42 Jahre, studierte zu Prag anfänglich mit der Bestimmung zum geistlichen Stand, entschied sich später für die juridische Laufbahn und begab sich zum Studium der Rechte nach Wien. 1825 verfügte er sich ohne Paß nach Leipzig, wurde Mitarbeiter der damals in Altenburg erscheinenden ultraliberalen Journale, begann Romane herauszugeben, in welchen die heftigsten Ausfälle gegen Österreich und gegen die katholische Kirche vorkommen, und gründete dann im Jahre 1830 das Journal ‚Der Komet', worin er seinem Liberalismus Luft machte und es an Schmähungen gegen die österreichische Staatsverwaltung nicht fehlen ließ. Als Schriftsteller ist er gewandt und genießt besonders in der Belletristik einen ziemlichen Ruf durch seine Romane und satirischen Schriften, in denen freilich oft die Keckheit, alles zu sagen und über alles sich hinwegzusetzen, den Witz ersetzen muß. Besonders hat er es auf die katholische Geistlichkeit, auf den Absolutismus und auf alle Maßregeln abgesehen, welche irgendeine, wenn auch notwendige Beschränkung auferlegen, wobei er sich nicht nur mit dem leidenschaftlichen Sarkasmus nicht begnügt,

sondern sogar unumwunden zur Gewalttat animiert. Die meisten seiner Schriften sind verboten sowie auch sein Journal ‚Der Komet‘ wegen seiner gegen Österreichs Regierung und Zustände aufregenden Richtung von jeher zu den verbotenen gehörte.“ — Über seine Auswanderung aus Österreich schrieb er 1845 in den „Grenzboten“ (III, 49—67). Ein Edikt in der „Wiener Zeitung“ vom 11. März 1847 fordert ihn auf, binnen Jahresfrist aus dem Königreich Sachsen zurückzukehren. Seine meisten Schriften waren in Österreich verboten. Als besonders anstößig wurden befunden: „Löschpapier aus dem Tagebuch eines reisenden Teufels“, Leipzig 1827; „Die Venezianer“, Leipzig 1829; „Hahn und Henne“, Leipzig 1830; „Mephistopheles“, Leipzig 1833; „Memoiren eines preußischen Offiziers“, Leipzig 1833; „Kometenstrahlen“, Leipzig 1833; „Der letzte Taborit“, Leipzig 1834; „Die Wahnsinnige“, Leipzig 1837; „Scherben“, Leipzig 1838; „Zeit- und Lebensbilder“, Leipzig 1839; „Böhmen von 1414 bis 1429“, Leipzig 1840; „Wallensteins erste Liebe“, Hannover 1844; „Vier Farben“, Leipzig 1845.

30. November 1840. Der Literatenverein bezweckte die Vertretung des Schriftstellerstandes den Verlegern und den Regierungen gegenüber. Im April 1845 hielt er einen Schriftstellertag ab; der zweite, der im nächsten Jahre in Weimar stattfinden sollte, wurde verboten. In einem Berichte des Mainzer Bureaus vom 31. März 1843 wird auf die von Dr Buchner in Darmstadt, Robert Blum in Leipzig und Dr. Bacherer in Braunschweig unternommenen Versuche Literatenvereine zu gründen, hingewiesen. Blums Bemühungen sei es gelungen, einen solchen Literatenverein in Leipzig zu begründen, der gleich bei seinem Entstehen hundert Mitglieder zählte und der einen Einfluß auszuüben beginne, der, wenngleich in seiner äußeren Erscheinung noch nicht bedenklich, durch einige Handlungen, namentlich durch eine an den König von Württemberg gerichtete Adresse, unzweideutig die Absicht an den Tag gelegt habe, sich nach und nach auch politischen Tendenzen zuzuwenden. Die Tätigkeit dieses Vereins scheine jedoch die Schranken überschreiten zu wollen, die er sich in seinem Statut ursprünglich gesetzt habe. Der Einfluß desselben auf die Literatur und die Presse in Deutschland mag die Leiter zur Einsicht gebracht haben, wie zweckentsprechend es wäre, solche Vereine in allen bedeutenden Städten Deutschlands zu schaffen. Es seien Versuche eingeleitet worden, ähnliche Vereine in Berlin, Hamburg und am Rhein zu gründen. Auch Generalkonsul Hübner in Leipzig gedenkt in einem Berichte vom 18. April 1845 dieses Vereines. „Leipzig“ — schreibt er — „wie es scheint berufen, Wiege und Pflanzschule aller zweideutigen Bestrebungen in Deutschland zu werden, ist fürs erste als Ort des Zusammentritts gewählt, und die erste „Schriftstellerversammlung“ soll am 27. d. M. stattfinden. Die an der Spitze stehenden Namen: Biedermann, Laube, Wuttke, Kühne, Schletter bezeichnen im vorhinein die Richtung des Vereines, dessen ostensibler Zweck Bestimmung über Verlagsrecht, Nachdruck und eine größere Annäherung der deutschen Schriftsteller ist. Als ein charakteristisches Merkmal aller dieser Vereine, und mithin auch des von den Literaten zu gründenden, verdient der Mangel einer positiven, bauenden und schaffenden Richtung hervorgehoben zu werden. Wenn zum Beispiel wenige Tage vor dem Zusammentritte die Mitglieder aufgefordert werden, Gegenstände namhaft zu machen, über welche man sich etwa besprechen könne, so gibt dies den schlagendsten Beweis, wie unklar die Gründer des Vereines

sich selbst sind, und wie sehr sie vorzugsweise nur von einem negativen Gedanken geleitet werden: dem Kampf gegen das Bestehende. Von den genannten Literaten gehört übrigens keiner zu den rein Subversiven. Biedermann, der Herausgeber der ‚Deutschen Monatsschrift‘, huldigt dem gemäßigten Fortschritt, Laube hat sich, seit er durch Heirat ein wohlhabender Mann geworden, von den jungdeutschen Ideen der Gemeinschaft des Fleisches und des Besitzes entschieden losgesagt, die übrigen sind zu unbedeutend, um eine nähere Bezeichnung nötig zu machen.“ — Verfasser der beiden Schriften: „Nur nicht nach Norden!“ Bemerkungen auf meinen Reisen in den Jahren 1839 und 1840. Aus den Memoiren des Grafen von S****, Leipzig 1840, Brockhaus, und des im selben Verlag 1838 erschienenen Buches „Der Kavalier auf Reisen im Jahre 1837“. Vom Verfasser der „Ansichten aus der Kavaliersperspektive im Jahre 1835“ ist Johann Daniel Friedrich Neigebaur, preuß. Geh. Justizrat, geb. Dittmansdorf 24. Juni 1783, gest. Breslau 22. März 1866. (Vergl. Holzmann und Bohatta, Deutsches anonymes Lexikon Nr. 2299, 17.214 und 9104.) — Franz Graf von Hartig, seit 1836 Gouverneur in Mailand, später Staats- und Konferenzminister, 1860 Mitglied des verstärkten Reichsrates, 1861 Herrenhausmitglied, Verfasser des Werkes: „Genesis der Revolution in Österreich 1848“. — Franz Anton Kolowrat-Liebsteinsky (1778—1861), von 1809 bis 1825 Oberstburggraf von Böhmen, hierauf Staats- und Konferenzminister, war vom 21. März bis 4. April 1848 Ministerpräsident.

Leipzig, 1. Dezember 1840. Hermann Marggraff, geb. 14. September 1809, gest. 11. Februar 1864, Dichter und Publizist, Verfasser des Werkes „Deutschlands jüngste Literatur- und Kulturepoche“, Redakteur des „Berliner Konversationsblattes“ (1836), später der „Allgemeinen Zeitung“ in Augsburg 1847, der „Deutschen Zeitung“ in Heidelberg 1851 des „Altonaer Merkur“ 1852, des „Hamburger Korrespondenten“ von 1853—1863, der „Blätter für literarische Unterhaltung“.

28 Jänner 1841. Adalbert von Bornstedt, Schriftsteller in Paris, ehemals preußischer Leutnant. Von ihm erschienen unter anderem: „Pariser Silhouetten“ (Leipzig, Wigand 1835 und „Eine Reise durch Frankreich“, Berlin, Hahnsche Buchhandlung. — Ludwig Rellstab, Schriftsteller, bekannt durch seine satirische Schrift „Henriette, die schöne Sängerin“, war Redakteur des „Vossischen Zeitung“ und Korrespondent der „Augsburger Allg. Zeitung“. — Karl Heinrich Brüggemann, Publizist, geb. Hopsten 1810, gest. 1887, nahm als Burschenschafter aus Heidelberg am Hambacher Fest teil, wo er begeistert für Deutschlands Einheit sprach und die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen forderte; er beteiligte sich auch an dem Feste in Wilhelmsbad, wo er die Versammelten aufforderte, sich in Waffen fleißig zu üben. Wegen Hochverrat zum Tode verurteilt, wurde diese Strafe in lebenslängliche Festungshaft umgewandelt. Die Amnestie Friedrich Wilhelms IV. brachte ihm die Freiheit wieder. Von 1845—1855 war er Redakteur der „Kölnischen Zeitung“. — Der Romanschriftsteller Wilibald Alexis (Wilhelm Häring) war Mitarbeiter an der von Brockhaus herausgegebenen Zeitschrift „Hermes“, von 1827—1829 Mitherausgeber des „Berliner Konversationsblattes, später Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“. Als er sich 1843 wegen wiederholter Zensurplackereien an Friedrich Wilhelm IV. wendete, verwarf dieser die Beschwerde mit einem heftigen Tadel gegen Häring, worauf dessen Rücktritt von der „Vossischen Zeitung“ erfolgte.

Häring war auch Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung“. — Von Florencourt, der 1834 wegen burschenschaftlicher Umtriebe in Kiel verhaftet wurde, erschien 1841 bei Bösenberg in Leipzig „Die Burschenschaft“.

1. Februar 1841. Dr. Heinrich Wuttke, geb. Brieg 12. Februar 1818, gest Leipzig 14. Juni 1876. Geschichtsforscher und Publizist, seit 1841 Professor an der Universität zu Leipzig. Von seinen Schriften am meisten bekannt ist das Werk „Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur Geschichte des Zeitungswesens. Hamburg 1866“. Als sich Wuttke im April 1846 bei dem österreichischen Generalkonsul in Leizig um Vidierung seines Passes zu einer Reise nach Schlesien, Krakau und Wieliczka bewarb, wurde seinem Ansuchen nicht entsprochen, weil man befürchtete, Wuttke, der die Sache des Umsturzes in Wort und Schrift eifrig verfechte, werde die Verhältnisse Galiziens im Sinne der Bewegungspartei literarisch ausbeuten. — Abraham Weill, ein Elsässer, schrieb in deutscher und französischer Sprache; er ist der Verfasser der „Elsässer Dorfgeschichten“, die vor Auerbachs „Schwarzwälder Dorfgeschichten“ erschienen sind. „Er trieb sich“ — schrieb der österreichische Vertreter am Stuttgarter Hof, Graf Buol, am 28. Juni 1843 an Metternich — „viel in Paris herum, wo er, wie er es in seinem Buche selbst gesteht, beinahe alle Republikaner und Empörer kannte. Früher wollte er Tenorist werden und Mayer-Beer ließ ihm Unterricht geben. Gutzkow preist ihn in seinen Pariser Briefen, mit Varnhagen steht er in Briefwechsel und mit Bettina Arnim ist er ebenfalls in Verbindung. Weill scheint kürzlich in Berlin gewesen zu sein und soll sich jetzt in Leipzig aufhalten.“ (Vergl. Gutzkows Briefe aus Paris, 25. Brief) — Arenfeld, der „Starost“, wie ihn Laube in seinen Reisenovellen nennt, kam von Brody nach Leipzig, erwarb hier ein großes Vermögen und besuchte die Vorlesungen an der Universität daselbst. Mitte Dezember 1845 erhielt er vom Leipziger Polizeiamte den Befehl, als paßloses Individuum die Stadt binnen dreimal 24 Stunden zu verlassen. Er zog hierauf durch das nördliche Deutschland und kam anfangs März 1846 nach Dessau, wo er sich um Aufnahme in den Untertanenverband bewarb, die jedoch die österreichische Regierung vereitelte. Bald darauf erschien Arenfeld wieder in Leipzig mit einem Paß der Dessauer Polizeidirektion. „Dieser Fall“ — berichtete Legationsrat Hübner am 30. April 1846 — „ist bezeichnend für die gegenwärtigen Zustände Deutschlands: auf der einen Seite eine Polizeibehörde, welche gegen Israeliten in der Regel summarisch genug verfährt, in dem Augenblick aber, wo ein solcher eines politischen Vergehens beschuldigt wird, sich allsogleich gelähmt sieht, auf der andern Seite eine deutsche Bundesregierung letzten Ranges, welche es wagt, der ersten Regierung dieses Bundes in Ausübung eines unbestreitbaren Hoheitsrechtes einem eigenen Untertan gegenüber auf Schleichwegen und im offenen Bruche des von dem Souverän gegebenen Wortes hemmend in den Weg zu treten.“ Die Strenge der österreichischen Regierung gegen Arenfeld erklärt sich, weil dieser einen Teil seines Vermögens in Reclams Druckerei in Leipzig angelegt hatte, in der viele Schriften gegen Österreich hergestellt wurden.

10. Februar 1841. Robert Eduard Prutz, geb. 30. Mai 1816, gest. 21. Juni 1872, Dichter und Historiker. Sein Gedicht „Der Rhein“ erschien 1840. Bedeutendes Aufsehen erregte seine „Politische Wochenstube“. Engelshofen berichtete hierüber aus Mainz am 20. Dezember 1844:

„Es dürfte auf dem Felde politischer Poesie in neuerer Zeit kaum ein Werk erschienen sein, das an scharfer Satire, an Reichtum der Gedanken und Bilder, insbesondere aber an durchdringender Kenntnis der gesamten geistigen Zustände Deutschlands diesem gleichzustellen wäre, es tut unwiderleglich dar, daß Prutz unter den neuesten Dichtern der begabteste ist und keiner es besser versteht, die sogenannten ‚Zeitkrankheiten' zu geißeln, denn ärger sind wohl die Zustände der Gegenwart in Preußen nie verhöhnt worden . . ."

20. Februar 1841. Julius Seidlitz, richtig Itzig Jeitteles, geb. Prag 1815, gest. Wien 9. März 1857, einer der tätigsten Publizisten in Österreich. Ausführliche Biographie bei Wurzbach, Bd. 34. Im Vormärz hatte die Preßpolizei ein obachtsames Auge auf diesen, auch als Romanschriftsteller ungemein produktiven Schriftsteller. So berichtete u. a. der Prager Polizeidirektor Muth am 14. Jänner 1841, daß er bei J. Jeitteles eine Visitation vorgenommen und Korrespondenzen vorgefunden habe, die bereits im „Telegraf", in der „Leipziger Allgemeinen Zeitung" und in anderen Zeitungen erschienen waren. „Sämtliche Konzepte" — schreibt Muth — „durchweht ein gegen das österreichische Regierungssystem und zum Teil gegen die höchsten Verwaltungsbeamten gerichteter Geist, welcher den Konzipienten nicht nur wegen der wirklichen Verletzung der Zensurvorschriften, sondern auch wegen des Inhaltes selbst verantwortlich macht. Um die Untersuchung nicht zu erschweren, wurde er einstweilen in Haft genommen." Am 20. Juli berichtet Muth, daß Jeitteles bei seiner Vernehmung nur bei wenigen Aufsätzen die wirkliche Absendung eingestanden und er behauptet habe, daß er diese des eigenen Studiums wegen aus verschiedenen Schriftstellern zusammengetragen und manches aus französischen Blättern übersetzt und mit eigenen Reflexionen durchflochten habe. — Karl Friedrich Nebenius, badischer Staatsmann und Schriftsteller, geb. Rhodt 29. September 1784, gest. Karlsruhe 8. Juni 1857, Vorkämpfer für die Zolleinigung Deutschlands. — Verfasser der 1841 erschienenen Broschüre „Vier Fragen" ist der Arzt Johann Jacoby (geb. Königsberg 1. Mai 1805, gest. ebenda 6. März 1877), der deshalb wegen Hochverrat verurteilt, dann aber freigesprochen wurde. Die Broschüre wurde mit Bundesbeschluß vom 13. März 1841 verboten. Bereits im Mai 1841 lag ein Bericht aus Mainz vor über den Eindruck dieser Schrift sowie eine Beurteilung der gerade erschienenen Gegenschrift „Erörterungen zu den vier Fragen eines Ostpreußen", Berlin 1841. Der geheime Berichterstatter schildert Jacoby als einen Mann, der mit Recht zu den seltenen Erscheinungen gezählt werden muß, denn ein Mann, der neben dem schwierigen Berufe eines Arztes noch so viel Muße gewinne, auch die geistigen Bedürfnisse seines Volkes zu studieren, sich mit den Gebrechen des Staates bekannt zu machen und wie ein Anatom den Organismus desselben zu prüfen, der müsse mit außerordentlichen Fähigkeiten ausgestattet sein. Nichterfüllung der Verheißungen sei die Quelle, aus der die gegenwärtige Stimmung in Deutschland ihre Nahrung schöpfte. — Bacherers Broschüre erschien 1841 bei Fest in Leipzig.

1. März 1841. „Österreich im Jahre 1840. Verwaltungs- und Kulturfortschritte. Von einem österreichischen Staatsmann", erschien auch unter dem Titel „Österreich und seine Staatsmänner. Ansichten eines österreichischen Staatsbürgers über Österreichs Fortschritte seit dem Jahre 1840". Leipzig 1843 und 1844. — Dr. Karl Josef Kreutzberg,

literarisch sehr verdient um die Industrie in Böhmen, Mitarbeiter der „Halleschen Jahrbücher", der „Augsburger Allgemeinen Zeitung", der „Kölnischen Zeitung", der „Grenzboten" und des „Konversationslexikons der Gegenwart" (Brockhaus), war in Österreich einer der ersten, die sich mit sozialen Fragen der arbeitenden Klasse beschäftigten. Auf dem Congrès scientifique, der 1842 in Straßburg stattfand, hielt er einen Vortrag über die Verbesserung der Lage der armen Fabrikarbeiter, der auszugsweise im „Bulletin de la dixième session du Congrès scientifique de France" (Nr. 6) enthalten ist. Wie alle anderen Literaten wurde auch Kreutzberg polizeilich überwacht. „Das ist der Fluch, der auf uns lastet" — schrieb er am 20. September 1840 an Brockhaus — „daß unser Schicksal weniger von den milden Gesetzen, weniger von den höheren Beamten, als von dem Troß der Diener des Tintenfasses abhängt, deren Willkür sich Dinge erlaubt, die gegen Gesetz und Recht sind." Und 1841 schrieb er an Goldschmidt und Söhne in Berlin: „Ich teile das Los so vieler bei uns, daß die Polizei ihre Spürnase in meine Briefe steckt, eine Prozedur, von der man in Preußen gewiß so glücklich ist, nichts zu wissen, da die bei Ihnen herrschende Gesetzlichkeit solche Akte der Willkür ausschließt, die selbst die von allen zivilisierten Völkern geachtete Heiligkeit des Briefgeheimnisses mit Füßen tritt." Auch Metternich hielt Kreutzberg für gefährlich. Am 22. März 1845 schrieb er an Sedlnitzky: „Ich brauche Eurer Exzellenz als hochdemselben wohlbekannt nichts über die Person des Dr. Kreuzberg zu sagen; tätig in allen Richtungen der Bewegung, ist er seit langem der Korrespondent fremder Zeitungen, die den sogenannten Fortschritt und die Veränderungen in Österreich anstreben. Industrieller, hat er seine Klasse zu Lesern und gibt sich als ihr Vertreter aus. Daß er in letzter Zeit die neue ‚Kölner Zeitung' besonders bedient, daß er sich wieder in Verbindung mit Württemberg setzte, daß er sich zur Aufgabe macht, alles, was in Prag in Aussicht gestellt oder angetragen und höheren Orts vorgelegt wird, als schon beschlossen oder zu beschließend in Deutschland und Böhmen durch die ‚Leipziger Allgemeine Zeitung' auszuposaunen, beweist, daß er jene mißbraucht und auf falsche Wege führt, die ihn vielleicht zu brauchen wähnen." — Metternich mußte wohl wissen, wie Kreutzberg über ihn urteilte. So schrieb dieser am 8. November 1841 an Wigand in Leipzig, kurz nach der Lektüre von Schirndings „Österreich im Jahre 1840": „Wie kann man im Jahre 1840 über Österreich und seine Politik schreiben, ohne die fortwährenden Mißgriffe und politischen Niederlagen des Fürsten Metternich zu erwähnen? Wie kann man in einer solchen Schrift das versöhnende und redlich gemeinte, die Notwendigkeit des Fortschrittes stets im Auge habende Wirken eines Kolowrat mit der hinter demselben stehenden Elite aller Geistesbegabten so gänzlich desavouieren?" (Über Kreutzbergs Lebensgang. Vgl. Wurzbach, Biographisches Lexikon, Bd. XIII.)

18. April 1841. Die „Genrebilder" enthalten: „Geschichte eines Verlangzettels." Von Bartholf Senff. — „Der Ballon kommt!" Von G. A. Vogel. — „Erinnerungen aus Wien." Von H. A. Brügmann, mit einem Stahlstich: „Die Wiener Zensur."

21. April 1841. Karl Ferdinand Dräxler-Manfred, geb. Lemberg 17. Juni 1806, gest. Darmstadt 31. Dezember 1879. Ein Bericht des Wiener Polizeidirektors Amberg vom 6. Mai 1840, veranlaßt durch eine Anfrage Sedlnitzkys, ob Dräxler geeignet sei, die Redaktion der „Oberpostamts-Zeitung" in Frankfurt zu übernehmen, ent-

hält folgende biographische Angaben: „Karl Dräxler — in der literarischen Welt auch unter den Namen K. L. W. Klinger, Dr. F. C. Claudius und insbesondere Dräxler-Manfred bekannt — von Lemberg in Galizien gebürtig, 35 Jahre alt, ledig und Sohn eines zu Prag verstorbenen k. k. Kameralrates, hat die Philosophie in Prag und die Rechte in Wien studiert und im Jahre 1829 die Würde eines Doktors der Philosophie erhalten. Schon frühzeitig fing Dräxler an, sich nebst seinen Studien mit Literatur zu beschäftigen, und das Jahr 1823 ist es, seit welchem er in der literarischen Welt einigen Namen erhielt. Während seines hiesigen Aufenthaltes, der beiläufig in den Zeitraum von 1828 bis 1837 fiel, waren es insbesondere seine lyrischen Ausarbeitungen, seine mitunter sehr gehaltvollen Rezensionen über Theater und Schauspieler und größtenteils auch seine angenehme soziale Bildung, welche ihn allenthalben beliebt machten, ihm den Zutritt in die Kreise von literarischen Notabilitäten verschafften und ihn als eine für Redakteure von Journalen wünschenswerte Akquisition vielfach in Anspruch genommen erscheinen ließen. Er war Mitarbeiter der ‚Theaterzeitung', späterhin der ‚Wiener Zeitschrift', lieferte zahlreiche Beiträge in hiesige und ausländische Taschenbücher und war auch als Mitarbeiter des ‚Leipziger Pfenning-Magazins' bekannt. Da ihm sein Vater nur ein unbedeutendes Vermögen hinterließ und Sparsamkeit nie seine Sache war, so befand sich Dräxler trotz des ihm oftmals im höheren Betrage zufließenden Honorars nicht selten in Geldverlegenheit und sah sich genötigt, die Hilfe seiner Bekannten, die er unter seinen Geistesverwandten und unter den hiesigen Schauspielern in der Menge hatte, häufig in Anspruch zu nehmen, die ihm denn auch bei seiner Beliebtheit willig geleistet wurde. So lebte Dräxler unter wechselnden Schicksalen, jedoch ohne sich deshalb Entbehrungen aufzulegen, auf hiesigem Platze bis in das Jahr 1837, wo er sich in Gesellschaft einer unter dem Namen Madame Fischer bekannten und beim Theater in der Josefstadt angestellten Schauspielerin — mit welcher er in sehr vertrautem Verhältnisse gestanden haben soll — wie man sagt, über ihre Aufforderung und wohl auch auf ihre Kosten ins Ausland begab, und nachdem er einige Zeit vom literarischen Horizont verschwunden, erst nach einer geraumen Zeit wieder als Mitarbeiter ausländischer Zeitschriften und Herausgeber kleinerer poetischer und prosaischer Erzeugnisse auftauchte. Was seine religiösen und politischen Gesinnungen anbelangt, so ist in ersterer Beziehung durchaus nichts Widriges gegen ihn vorgekommen und auch in letzterer Hinsicht hat ihn sein, bei einigem Leichtsinn dennoch vorherrschendes treues Gemüt von den Verirrungen, welche in den damaligen bewegten Zeiten viele erfaßten, bewahrt und er scheint auch, trotz seiner vielen Verbindungen im Auslande, seine Anhänglichkeit an den österreichischen Staat nicht verloren zu haben. Indem ich noch die Bemerkung beifüge, daß Dräxler wegen Außerachtlassung der gehörigen Aufmerksamkeit auf die Führung der durch Brockhaus besorgten Redaktion des Leipziger ‚Pfenning-Magazins', — als dessen Mitredakteur ich ihn oben bezeichnete — infolge hohen Auftrages vom 27. April 1837 mit einem strengen Verweise geahndet wurde, glaube ich meine unvorgreifliche Meinung ehrfurchtsvoll dahin aussprechen zu dürfen, daß Dr. Dräxler, was seine literarische und szientifische Bildung betrifft, allerdings zur Übernahme der Redaktion der in Frage stehenden Zeitschrift geeignet erscheine und wohl ein Mißbrauch dieser seiner Stellung in politischer Beziehung kaum zu befürchten

sein dürfte." Über Dräxlers Schicksale seit seinem Abgang von Wien bis Mitte des Jahres 1840 gibt uns folgender Brief Aufschluß, den der Dichter von Meiningen am 25. Juli 1840 an seinen Schwager Peschka, Bezirkskommissär zu Leitmeritz, gerichtet hatte: „Es sind nun, Gott sei Dank, drei volle Jahre, daß mich mein Glücksstern aus Österreich geführt hat, wohin ich auch vorderhand nicht so bald zurückkehren werde. Ihr wißt wohl am besten, wie mir von Jugend auf Zensur, Polizei, Maut, Pfaffenwesen und ähnliche freundliche Schindereien immer ein gelindes Erbrechen verursachten und in dieser Hinsicht habe ich als Mann auch keinen besseren Magen bekommen. Ich befinde mich daher hier außen, wo mir derlei Dinge nicht oder in leidlicher Gestalt vor Augen kommen, weit besser als bei Euch, wo sie mir wahrscheinlich schon eine Cholera zugezogen hätten. Ich will Euch nun auch Bericht abstatten, wie und wo ich diese drei Jahre zugebracht. — Nachdem ich von Wien aus die Reise nach München und Stuttgart gemacht, dann Karlsruhe und Straßburg besucht, setzte ich mich in Mannheim fest und blieb da, mit dem Aufenthalt sehr zufrieden und fleißig arbeitend, fast ein Jahr hindurch. Von hier aus bereiste ich den schönen Rhein und was so drum und dran ist, Rheinbayern und Hessen-Darmstadt, ging endlich nach Frankfurt, wo ich über meine Schriften ziemlich glücklich kontrahierte, und machte nun die Reise nach dem Norden, nach Kassel, Hannover, Bremen, Oldenburg, nach Hamburg, wo ich mehrere Monate verweilte und endlich den Entschluß faßte, in Lande zu gehen, wo die deutsche Sprache nicht mehr an mein Ohr schlägt, und zwar zuvörderst nach Holland. Ich schiffte mich sofort in Hamburg zu Dampfschiff ein, um zur See nach Amsterdam zu gelangen; aber da hatte ich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Wir kamen in einen Schneesturm, unsere Dampfmaschine brach und wir mußten Gott danken, nach fünf Tagen, die wir in Lebensgefahr zugebracht, wieder in die Elbe und zurück nach Hamburg einlaufen zu können. Ich hatte nun, wie leicht begreiflich, für einige Zeit allen Respekt vor dem Meere, ruhte aus und entschloß mich zu einer Fahrt zu Lande, auf welcher ich dann über Braunschweig und Pyrmont nach Köln und Aachen ging und mich in das neue Königreich Belgien verfügte, wo ich längere Zeit in Brüssel verweilte. Ich hatte erst im Sinne, von da nach Paris zu gehen, wohin mich auch von jeher meine Wünsche zogen; da mir jedoch der österreichische Gesandte meinen Paß dahin nicht visiren wollte, so entschied ich für eine Reise nach dem gastfreundlichen England, wo man gar keinen Paß braucht; schiffte mich in Ostende ein und war bald darauf in London, wo ich natürlich längere Zeit blieb und endlich mit leichter Mühe Pässe nach Paris bekam. Ich betrat in Boulogne französische Erde und sah drei Tage später Paris, wo mir mehrere Monate wie Tage verstrichen. Hört, Kinder, ich habe die zwei großen Weltstädte London und Paris gesehen, studiert, genossen, und Ihr mögt mir glauben, daß ich Deutschlands Erde mit keiner besonderen Rührung wieder betrat! — Doch ich will Euch ja kein Buch, sondern einen Brief schreiben und darf mich daher nicht auf einzelnes einlassen. Ich fuhr von Paris über Metz nach Frankfurt a. M., wo ich ein halbes Jahr verweilte und wo mehreres von mir gedruckt wurde, dann zog ich mich hierher in die Thüringer Wälder zurück, weil sich's hier angenehm und wohlfeil lebt, und nun bin ich über Jahr und Tag hier, habe im vorigen Herbste von hier aus die Bäder Kissingen und Brückenau, dann Nürnberg und Würzburg, endlich auch Frankfurt wieder besucht. Im vorigen Monat machte

ich einen Ausflug nach Bad Liebenstein, nach Eisenach, Erfurt, Gotha und Weimar, was wohl für dieses Jahr alles sein wird. Ich arbeite fleißig und darf wohl ohne Unbescheidenheit sagen, daß mein Name in Deutschland nicht ohne Geltung ist. Vieles von meinen Schriften habe ich der Mutter nach Prag geschickt, wo Ihr es, wenn Ihr zufällig dahin kommt, wohl sehen werdet. Leider habe ich das Unglück, daß meine Bücher fast alle im Österreichischen verboten sind, allein es wird wohl auch für diesen Übelstand einmal eine Zeit geben. Meine übrigen Verhältnisse anlangend, so wird es Euch wohl nicht unbekannt sein, daß ich in einem recht glücklichen Verhältnisse mit einer Frau, der verheirateten Schauspielerin Fischer, lebe, welches schon in Wien bestanden hat und nun schon ins siebente Jahr geht und daß ich unter diesem glücklichen Stern noch älter zu werden hoffe und mich in dieser Hinsicht über die Vorurteile der Welt längst hinweggesetzt habe. . . ." Erst 1845 nahm Dräxler dauernden Aufenthalt in Darmstadt, wo er das „Rheinische Taschenbuch" herausgab und bis 1852 die „Darmstädter Zeitung" redigierte. Im nächsten Jahre wurde er zum Dramaturgen am Hoftheater daselbst ernannt, welches Amt er bis zu seinem Tod versah.

26. April 1841. Von des Berliner Humoristen Adolf Glaßbrenner (pseudonym Brennglas), geb. Berlin 27. März 1810, gest. daselbst 25. September 1876 erschienenen Schriften gaben einige der preußischen Regierung Anlaß, deren Verbot in auswärtigen Staaten zu erwirken. Als 1844 die Schrift: „Die Berliner Gewerbe-Ausstellung" (2 Bändchen) im Verlag von Hermann zu Leipzig erschien, wandte sich der preußische Gesandte am Wiener Hof, am 27. Oktober an die österreichische Regierung wegen Verbotes dieser Schrift, „in welcher der Verfasser darauf ausgehet, auf die öffentliche Meinung im Sinne derjenigen Partei einzuwirken, welche die deutschen Regierungen und namentlich die preußische auch durch die Presse nötigen möchte, ihre Institutionen den politischen und sozialen Theorien des sogenannten Liberalismus anzupassen". Auf Ersuchen Metternichs sprach die Zensurhofstelle das „Damnatur" über diese Schrift aus.

5. Mai 1841. Bernhard Lindenau, geb. Altenburg 11. Juni 1779, gest. ebenda 12. Mai 1854, sächsischer Minister, Schöpfer der konstitutionellen Verfassung vom Jahre 1831. — E. Schulz, richtig Wilhelm Schulz, geb. Darmstadt 13. März 1797, gest. Hottingen bei Zürich 9. Jänner 1860, war anfänglich Leutnant in hessischen Diensten, wurde aber wegen seiner freisinnigen Richtung verabschiedet und widmete sich hierauf der Publizistik. Er sprach zuerst die Idee eines deutschen Parlaments aus und trat auch dafür ein, daß Preußen sich an die Spitze Deutschlands stellen müsse. Seine Schrift „Deutschlands Einheit durch Nationalrepräsentation", die 1832 im Schweizerbartschen Verlag in Stuttgart erschien, erregte damals großes Aufsehen. Deswegen und wegen der Schriften: „Über Landwehr und Bürgergarden", „Scherz und Ernst", „Zur Lust und Lehre in einer trüben Zeit, ein Buch für Bürger, Bauern und andere, die es lesen wollen. Offenbach, Bredesche Buchhandlung", 1833 in Untersuchung gezogen, wurde Schulz vom Kriegsgericht in Darmstadt am 18. Juni 1834 zu fünfjähriger strenger Festungshaft verurteilt und nach der Festung Babenhausen gebracht, aus der er jedoch im Dezember desselben Jahres nach Straßburg entfloh und sich sodann nach Zürich begab, wo er an der Universität als Privatdozent wirkte. 1848 kam er, von Darmstadt in das Frankfurter Parlament

gewählt, nach Deutschland und kehrte dann wieder nach Zürich zurück. Von seinen Schriften sind noch bemerkenswert: „Die Bewegung der Produktion, eine geschichtlich statistische Abhandlung zur Grundlegung einer neuen Wissenschaft des Staates und der Gesellschaft. Zürich 1843“ und „Briefwechsel eines Staatsgefangenen und seiner Befreierin“. 2 Bände. Mannheim 1846.

1. Juni 1841. Am 23. Dezember 1845 teilte Legationsrat Hübner in Leipzig dem Fürsten Metternich mit, daß die preußische Regierung den „Vaterlandsblättern“ wegen ihrer fortgesetzten böswilligen und gefährlichen Tendenz die Konzession entzogen habe, so daß dieses erste deutsche Organ der Revolution zu erscheinen aufhören werde. „Dem Verbote der ‚Vaterlandsblätter‘“ — schreibt Hübner am 3. Jänner 1846 — „läßt sich die Bedeutung einer politischen Demonstration mehr noch als eines isolierten Aktes von Stärke oder besser Erstarkung nicht absprechen, ganz abgesehen von der unmittelbaren Folge für die Partei des Umsturzes, welche sich ihres angesehensten und verbreitetsten Organs beraubt sieht.“ — Schäfer, ehemaliger sächsischer Ministerialbeamter, beabsichtigte eine Verbindung zwischen allen liberalen Deputierten der deutsch-konstitutionellen Staaten zu erzielen. — „Genesis der Julirevolution oder die Staatsidee in Frankreich in ihrer notwendigen Entwicklung von Ludwig XIV. bis auf Ludwig Philipp, mit einem Rückblick auf Deutschland. Siegen und Wiesbaden 1841. Friedrichsche Verlagsbuchhandlung.“ Über den Verfasser Dr. Carové siehe I. S. 220. „Daß dieses Buch“, bemerkt Noé, (14. August 1841), „welches als ein Panegyrikus der Französischen Revolution und der Preßfreiheit angesehen werden kann, in Siegen und Wiesbaden, mithin in Nassau, und infolge der geringen Bogenanzahl mit dortiger Zensur erschien, möchte allerdings einige Verwunderung erregen.“

10. August 1841. Nach dem Berichte der Wiener Fremdenkommission kam Emil de Girardin, Herausgeber des Journals „La Presse“ (geb. Paris 22. Juni 1806, gest. daselbst 27. April 1881), nach Deutschland, in der Absicht, um durch eigene Überzeugung jene Motive wahrzunehmen, welche der politischen Annäherung der deutschen Staaten an Frankreich förderlich sein könnten. Girardin — wird berichtet — habe schon längst die französische Oppositionspartei verlassen und sich dem konservativen Justemilieu zugewendet; es stehe zu erwarten, daß er bei einer künftigen Ministerialänderung in Frankreich unter dem wahrscheinlich folgenden Ministerium des Grafen Molé mit dem Portefeuille des Innern werde betraut werden. — Louis Debraux, aus Triest gebürtig, studierte in Wien Rechtswissenschaft, begab sich dann nach Italien, wo er zu Pavia das Doktorat erwarb, worauf er sich in Rom und Neapel aufhielt. In der Absicht, sich dem diplomatischen Dienst zu widmen, begab er sich, um eine größere Vollkommenheit in der französischen Sprache zu erwerben, nach Paris, wo er heiratete. Da er sich verpflichtete, Frankreich bei Lebzeiten der Eltern seiner Frau nicht zu verlassen, wendete er sich um eine seinen Kenntnissen entsprechende Beschäftigung an die österreichische Botschaft in Paris. Auf deren Verwendung wurde er Korrespondent der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, später auch Mitarbeiter an dem Journal „La Presse“ und Korrespondent der „Morning-Post“ sowie der „Oberdeutschen Zeitung“; er genoß das Vertrauen des österreichischen Botschafters, von dem er auch Informationen erhielt. Nebstbei scheint er auch als geheimer Agent gewirkt zu haben. Er übernahm auch die Korrespondenz für die Redak-

tion des österreichischen „Beobachters“. — Girardin kam Ende August 1841 mit seinen Reisebegleitern Peter Teisserenc und Debraux nach Wien; er hatte Empfehlungsbriefe an den Fürsten Friedrich Schwarzenberg und an den Generalmajor de Monti-Varchi und besuchte häufig die Bankiers Wertheimstein und Rothschild, dann den Freiherrn von Üchtriß. Am 8. September reisten sie über Prag nach Dresden.

6. September 1841. Über die Broschüre „Deutschland und seine fränkischen Repräsentativverfassungen“ berichtete Noe am 17. September 1841, daß sie durch Neuheit und Schärfe der Gedanken sowie durch kräftige Behandlung des Gegenstandes großes Aufsehen zu machen beginne. Über Bernays Tätigkeit als Redakteur der „Mannheimer Abendzeitung“ vergl. den Bericht vom 18. April 1843. — Von einem Vetter dieses Autors, Ferdinand Zölestin Bernays, erschienen 1843 zu Straßburg „Schandgeschichten zur Charakteristik des deutschen Zensoren- und Redaktorenpacks . . .“

4. Oktober 1841. Der Dichter Ludwig Braunfels, geb. Frankfurt 22. April 1810, gest. daselbst 25. September 1885, war Advokat und langjähriger Mitarbeiter der „Frankfurter-Zeitung“; er beschäftigte sich eifrig mit dem Studium der spanischen Literatur und lieferte eine vortreffliche Übersetzung des „Don Quixote“. Braunfels war von 1864—1885 Vorsitzender des Zweigvereines der deutschen Schiller-Stiftung zu Frankfurt. — Über Welckers Aufenthalt in Berlin schrieb Metternich am 19. Oktober an den preußischen Kabinettsminister Maltzan, er könne es nicht genug bedauern, daß Berlin in der Reihe des Umsturzes stehe. Die Geschichte wie die Welckersche Kunde gehöre zu den größten Skandalen der Zeit. Fünf Tage vorher hatte der König in einem Kabinettschreiben dem Minister Rochow bedeutet, er sei nicht geneigt, Individuen, welche ihre Tendenz so deutlich ausgesprochen haben, in seiner Residenz ohne hinlänglichen Grund zu dulden. Teilnehmer, die nur eine temporäre Erlaubnis zum Aufenthalt in Berlin haben, seien fortzuschaffen, die anderen einer scharfen polizeilichen Aufsicht zu unterwerfen.

15. November 1841. Ferdinand Gustav Kühne, Schriftsteller, geb. Magdeburg 1806, gest. Dresden 1888, redigierte von 1835 bis 1842 die in Leipzig erschienene „Zeitung für die elegante Welt“. — Ernst Willkomm, geb. Herwigsdorf 10. Februar 1810, gest. Zittau, 24. Mai 1886, Romanschriftsteller. — Dr. Burkhardt, vermutlich Ernst Burckhardt (gest. Leipzig 12. Dezember 1870), der auch eine „Allgemeine Geschichte der neuesten Zeit“ schrieb. — Friedrich Karl Biedermann, Historiker und Publizist, geb. Leipzig 25. September 1812, gest. ebenda 5. März 1901. Seine Monatschrift wurde in Österreich nur für „höhere Gebildete“ erga schedam, also nur gegen Erlaubniszettel, zugelassen, da, wie der Zensor, der das Programm dieser Zeitschrift zu begutachten hatte, bemerkte, „es mit zu den Tendenzen der neuen Monatschrift gehören soll, auf die Auflösung des Katholizismus hinzuarbeiten“. Dem publizistischen Wirken Biedermanns wendete auch der österreichische Generalkonsul in Leipzig Josef Alexander Hübner seine volle Aufmersamkeit zu. Am 11. April 1846 berichtete er an Metternich, daß nachdem die sächsische Regierung durch Unterdrückung der sächsischen „Vaterlandsblätter“ und anderer radikaler Zeitschriften entgegengetreten sei, sich die revolutionäre Journalistik unter den Schirm des alle über 20 Bogen starken Druckwerke zensurfrei stellenden Preßgesetzes geflüchtet habe. Der Bericht enthält weiter Aufschlüsse über Biedermanns band-

weise erschienene „Gegenwart und Zukunft", die nunmehr bringe, was in den einzelnen Nummern der unterdrückten Zeitschriften enthalten war. Die Kreisdirektion habe das Buch mit Beschlag belegt, das Ministerium es aber wieder freigegeben. Der zweite Band sei nach zwei Richtungen für die deutschen Zustände bezeichnend, insoferne, als dieses Werk neben dem „Königsberger Taschenbuch" und dem in niedriger Sphäre sich bewegenden Taschenbuch „Vorwärts" von Robert Blum das Hauptorgan der revolutionären Federn Deutschlands geworden sodann weil es ein helles Licht auf die deutschen, wenigstens auf die sächsischen Zensurverhältnisse werfe. — Nach Erscheinen des dritten Bandes berichtete Hübner am 2. August 1846, daß die Revue „Gegenwart und Zukunft" von der liberalen Partei viel gepriesen, aber wenig gelesen werde. Der ihrem Herausgeber eigentümliche Charakterzug doktoraler Langweiligkeit beeinträchtige die Verbreitung dieses übrigens nicht ohne Talent geschriebenen Organs der Umwälzung. Bei Vorlage des sechsten Bandes lenkte Hübner Metternichs Aufmerksamkeit auf den Aufsatz „Polnische Fragmente", in welchem „insbesondere interessante Aufschlüsse über die Verhältnisse der Emigration in Paris und ihre Revolutionsklubs gegeben werden".

22. November 1841. Der zweite Teil des „Mephistopheles" erschien in Kassel 1843, der 3. bis 5. Band in Münster.

21. Jänner 1842. Karl Gotthilf Todt, geb. Auerbach 20. Oktober 1803, gest. Rußbach bei Zürich 10. August 1852, seit 1832 Bürgermeister und Stadtrichter in Adorf. — Die „Dorfzeitung", gegründet 1818 von Dr. K. L. Nonne, erschien in Hildburghausen.

29. Jänner 1842. Karl Christian Tenner, geb. Grünstadt 16. April 1791, gest. Darmstadt 30. Oktober 1866, trat 1840 als Steuerrevisor in den Ruhestand und beschäftigte sich seither mit poetischen Arbeiten. Von ihm erschienen 1827 „Liebe um Liebe", ein lyrisches Spiel, ferner Gedichte in Gebauers Taschenbuch „Aurora" und in verschiedenen Zeitschriften. — Ferdinand Alexander Schnezler, geb. Freiburg i. B. 4. August 1809, gest. München 11. April 1843, Dichter und Publizist. Das Unterhaltungsblatt „Gutenberg" erschien von 1842 bis Mitte 1844. Zuletzt war Schnezler Redakteur des „Münchner Tagblattes".

16. Februar 1842. Der Brief Freiligraths bezieht sich auf Friedrich Rohmer, geb. Weißenburg 21. Februar 1814, gest. München 11. November 1856. Dieser kam, wie aus dem Beiblatt zu Nr. 55 der „Rheinischen Zeitung" zu ersehen ist, 1841 nach Zürich, in der Hoffnung, das literarische Comptoir werde auf sein schriftstellerisches Anerbieten eingehen. Als er seinen Zweck nicht erreichte, trat er in Beziehung zu Bluntschli und stellte seine Feder dem Organ der Regierung, dem „Beobachter aus der östlichen Schweiz", zur Verfügung, wodurch er in eine Polemik mit dem „Schweizerischen Republikaner" geriet, während die aristokratischen, ultramontanen und jesuitischen Blätter, wie die „Basler Zeitung", „Allgemeine Schweizer Zeitung" und der „Waldstätter Bote" seine Partei ergriffen. Fröbel (Ein Lebenslauf, 2 Bde. 1890) nennt ihn einen in reaktionärer Politik machenden Industrieritter, Herwegh im „Republikaner" einen bewußten, berechnenden Charlatan. Einen großen Artikel gegen ihn brachte am 22. April 1842 der „Schweizerische Republikaner". Sein Bruder Theodor Rohmer, der ebenfalls 1841 nach Zürich kam, verfaßte die Schrift „Deutschlands Beruf in Gegenwart und Zukunft", worauf Karl Fröbel die Gegenschrift

„Die großen Bestrebungen unserer Zeit, eine Bloßstellung der kürzlich erschienenen Schrift von Theodor Rohmer," erscheinen ließ.

27. Februar 1842. Wohl derselbe J. P. Jordan, der zu Leipzig die „Slawischen Jahrbücher" herausgab. Vergl. die Anmerkung zum 8. Dezember 1842.

28. Februar 1842. Eduard Hobein geb. Schwerin 24. März 1817, gest. 28. März 1882, Advokat und Konsulent des Hoftheaters in Schwerin. Seine Dichtungen verzeichnet Brümmer I 173. — „Pfarrer Haas aus Dickscheid" — wird unterm 19. November 1844 aus Frankfurt berichtet — „wollte ein zweiter Pater Mathew (irischer Mäßigkeitsapostel 1790—1856), wie ihn Zschokke einmal nannte, werden; er ergriff den Stock, um Deutschland zu durchwandern. Um sich Reisegeld zu verschaffen, ließ er seine „Vermischten Schriften" drucken; er ging zuerst nach Bonn, dann nach Baden, hierauf zu Zschokke in die Schweiz, dann nach Württemberg, wo ihn sogar der König in Audienz empfing." Haas trat energisch für die Errichtung von Volksbibliotheken zur Aufklärung der Massen ein.

1. März 1842. Das Verbot der Wigandschen Verlagsartikel in Österreich erfolgte mit kaiserlicher Entschließung vom 13. März 1846. „Das Verbot" — schrieb am 1. April 1846 Hübner aus Leipzig an Metternich — „hat hier große Sensation und unter den Buchhändlern eine heilsame Bestürzung hervorgerufen." Wigand, der am selben Tage eine scharfe Erklärung in der „Leipziger Allgemeinen Zeitung" erscheinen ließ, zog es aber gar bald vor, Frieden zu machen, indem er um Aufhebung dieses Verbotes bat und sich verpflichtete, die am 1. April erschienene Erklärung zu widerrufen, was auch in Nummer 134 der „Leipziger Allgemeinen Zeitung" erfolgte, worauf Kaiser Ferdinand am 5. Juni 1846 entschied, daß es von dem Verbote sein Abkommen habe. Wigands Verlag war in den vierziger Jahren von der österreichischen Zensurbehörde auf das schärfste überwacht. Als Wigand 1845 versuchte, Sues „Ewigen Juden" und „Das heilige Rockalbum" nach Österreich einzuschmuggeln, indem er die Titelblätter dieser verbotenen Schriften durch andere von erlaubten Werken vertauschte, befahl, nachdem das Bücherrevisionsamt diesen Schlich entdeckt hatte, Graf Sedlnitzky die strengste Überwachung dieses Verlegers und fragte bei Metternich an, ob und inwiefern er sich veranlaßt finde, die sächsische Regierung auf diesen, dem Leipziger Buchhandel gewiß nicht zur Ehre gereichenden, offenbar auf die Täuschung der Behörden abzielenden betrügerischen Unfug aufmerksam zu machen. Auf Anregung des österreichischen Gesandten am sächsischen Hofe wurde Wigand von dem Leipziger Stadtrat zu einer Polizeistrafe von 10 Talern verurteilt. Von einer kriminellen Verfolgung wurde abgesehen, weil, wie es in der Motivierung hieß, der vom Verbrechen des Betruges handelnde § 245 sich nur auf die Verhältnisse zwischen Privaten und nicht auch auf jene zwischen Staat und Privaten beziehe. „Diese Erklärung" — bemerkte Metternich in einer am 1. Dezember 1845 an Sedlnitzky gerichteten Note — „hat zur Folge, daß die auswärtigen Regierungen sich in einem Zustande völliger Hilflosigkeit gegen die frechsten Umtriebe des Leipziger Buchhandels befinden. Wo aber ein solcher Zustand obwaltet, tritt das Gebot der Selbsthilfe ein." Am Schlusse stellt Metternich die Frage, ob man nicht in der Monarchie den Debit sämtlicher Produkte von Verlegern und Kommissionshandlungen verbieten könnte, welche sich solcher Vergehen schuldig machen.

16. März 1842. Goldmann ist auch der Verfasser der Schriften „Über Deutschlands Zustand und Zukunft“ und „Europas Kabinette und Allianzen“. Leipzig 1862.

Mainz, April 1842. Das Organ der Junghegelianer, die „Rheinische Zeitung“, deren erste Nummer am 1. Jänner 1842 erschien, fand gleich im Beginne den Beifall aller liberal Gesinnten. „Seit ihrem kurzen Bestehen“ — so berichtet im Oktober desselben Jahres ein Geheimagent — „hat dieses Blatt ein Terrain gewonnen, das fast ans Fabelhafte grenzt. Von allen Seiten strömen ihr Beiträge zu. Die gesamte hannoversche Opposition ist für sie tätig.“ Auch der Verfasser von „Deutschlands politische Presse“ Zürich 1842 ist voll Lobes und stellt sie weit über die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ und deren Beilage. Ihr Bestehen war nur von kurzer Dauer, denn bereits am 31. März 1843 wurde ihre Unterdrückung mit der Motivierung beschlossen, daß sie die Verfassung des Staates in ihrer Basis angreife, Theorien entwickle, die auf Erschütterung des monarchischen Prinzips abzielen, die Regierung in der öffentlichen Meinung böswillig verdächtige, die einzelnen Stände gegeneinander aufreize und feindselige Richtungen gegen befreundete Mächte begünstige“. (Salomon, IV, 363 ff.) Die Unterdrückung dieses Blattes erregte großes Mißvergnügen. Aus verschiedenen Städten langten Petitionen um Aufhebung des Verbotes ein, die jedoch nicht erfolgte. Eine Deputation der Aktionäre dieser Zeitung, die nach Berlin kam, um dem König Vorstellungen zu machen, wurde nicht vorgelassen. „Bald darauf“ — so berichtet ein Vertrauensmann — „veranstalteten die Aktionäre in Köln ein Festessen. Sie verboten dem Gastwirt, niemand einzulassen, den sie nicht mitbrächten. Als das Essen begann, wurde der Wirt gerufen und ihm der Vorwurf gemacht, daß doch Nichteingeführte da seien. Zugleich wurde auf das an der Wand hängende Bild des Königs gezeigt. Über diesen Vorfall berichtete der Kabinettsrat Uhden dem König. „Als dieser“ — setzt der Bericht fort — „bei diesem Vortrage heftig auffuhr, machte Uhden die Bemerkung: ‚Es sei freilich für die Leute sehr verletzend gewesen, den weiten Weg von Köln nach Berlin gemacht zu haben, ohne zur Adienz gelassen zu werden‘“. Der König wurde darüber höchst aufgebracht und sagte zu Uhden: „Er habe sich nicht um das, was Er (der König) tue, zu bekümmern, er habe zu schweigen, und anderes mehr.“ Uhden tief beleidigt, bat um seinen Abschied, den zu erhalten kein Zweifel war. Während er nun eine Zeitlang täglich auf die Ausfertigung seines Abschiedes wartete, erhielt er zu seinem größten Erstaunen eines schönen Nachmittags die „Staatszeitung“, worin er las, daß er zum geheimen Kabinettsrat ernannt sei. — Heinrich Leo, geb. Rudolstadt 19. März 1799, gest. Halle 24. April 1878, reaktionärer Geschichtschreiber, Professor in Halle.

Frankfurt, im April 1842, S. 280. Gustav Höfken war nur 18 Tage Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, worauf Dr. Ruthenberg folgte, der jedoch auf Verlangen des Ministers Eichhorn entlassen werden mußte, worauf im September 1842 Karl Marx die Redaktion übernahm. (Salomon, IV, 364.) — „Der Welt- und Staatsbote“, dessen letzter Redakteur Dr. Rave war, wurde 1839 mit der „Kölnischen Zeitung“ verschmolzen. Rave erhielt hierauf die Konzession für eine neue Zeitung in Köln, die aber nicht erschien, da dem Unternehmer das zur Kaution erforderliche Geld fehlte. Rave verkaufte seine Konzession an eine Kommanditgesellschaft, die hierauf die „Rheinische Zeitung“ mit einem Aktienkapital von 30.000 Talern gründete. (Salomon, IV, 362.)

13. April 1842. Friedrich Arnold Steinmann, geb. Cleve, 7. August 1801, gest. Münster 9. Februar 1875, Sekretär des Obergerichtes in Münster, wurde 1854 wegen seiner „Geschichte der Revolution in Preußen" verabschiedet. Von „Mephistopheles, Revue der deutschen Gegenwart" erschienen 1842—1844 5 Hefte.

30. April 1842. Heinrich Josef König, geb. Fulda 19. März 1790, gest. Wiesbaden 23. September 1869. Romanschriftsteller. Vergl. Heinrich Kurz: „Geschichte der deutschen Literatur", IV, 709 ff. Ein Zensurgutachten „Wien, 26. September 1837" über Königs Aufsatz „Religions-Metamorphosen" im „Frankfurter Telegraphen" (Nr. 26—28) lautet: „Der talentvollste Koryphäe des Jungen Deutschland, Dr. König aus Hanau, konstruierte in den ‚Religions-Metamorphosen' das Christentum aus der Naturgeschichte. Die ganze christliche Resignation sei sprungfederlicher geworden und statt der alten, verfallenden Kirche müßte der Freiheit eine neue gebaut werden, wozu das Fundament schon gegeben wird. Statt einzelner Angriffe und Schismen wird hier das ganze Christentum auf den niedrigsten Tierstufen verhöhnt und sein unausbleiblicher, naturgemäßer Verfall und Untergang zur Zielscheibe eines politischen Messias gesetzt. Und dies in Frankfurt, unter der unmittelbaren Aufsicht der hohen Bundesbehörde, unter der man sich erfrecht, auch fast in allen späteren Nummern die bittersten Sarkasmen über Zensur und Geistlichkeit auszustoßen und die deutschen Gemüter durch Androhung heftiger, politischer Bewegungen und religiöser Katastrophen fortwährend in Furcht und Aufregung zu erhalten." — Lorenz Diefenbach, geb. Ostheim 29. Juli 1806, gest. Darmstadt 28. März 1883, Philolog und Dichter. (Brümmer, „Lexikon der deutschen Dichter und Prosaisten", I, 256.)

5. Mai 1842. Am 13. Jänner 1842 berichtete der geheime Agent Graf Mailath, daß das Werk von John Paget über Ungarn und Siebenbürgen in Pest großes Aufsehen erregt habe. Die Zensurbehörde habe sich der noch vorrätigen Exemplare der deutschen Übersetzung bemächtigt und den Zensor zur Verantwortung gezogen. Auch der Polizeidirektor in Lemberg (Sacher) teilte am 14. November 1842 mit, daß Pagets „Ungarn und Siebenbürgen" in Galizien häufig gelesen werde. Das Werk sei zwar mit „transeat" erledigt, folglich als unbedenklich anerkannt worden, es enthalte jedoch in den aufgenommenen Verhandlungen des ungarischen und siebenbürgischen Landtages, in der Schilderung des Verfahrens der Regierung, in der Sache des Barons Wesselenyi, in der Darstellung der Sympathien Ungarns für Polen und in den vielen böswilligen Bloßstellungen der österreichischen Regierung und deren Politik Piecen, die zur Publizität nicht geeignet scheinen. — Über Moriarty, einen Irländer, berichtet Engelshofen am 11. August 1843, er habe sich schon früher durch mehrere Jahre in Sachsen aufgehalten und durchziehe seit einigen Monaten wieder Norddeutschland, um, wie es scheine, an die englische Regierung Berichte zu erstatten. Auch der Bericht, Leipzig, 4. August 1843, enthält Mitteilungen über ihn.

8. Mai 1842. Graf Fröhlich aus Schweden beabsichtigte eine allgemeine Gesellschaft für Statistik und Staatswirtschaft in Deutschland zu stiften und verkehrte zu diesem Zwecke mit Soetbeer in Hamburg. Doch blieb es nur beim Versuch. Nachdem er sich einige Zeit in London aufgehalten, kam er nach Brüssel, wo er auch vertrauliche Beziehungen zu den einflußreichsten Leitrn der Bewegungspartei hatte. Im Oktober 1841 hielt er sich einigeZeit in Frankfurt auf.

28. Mai 1842. Depping, Belletrist in Paris, schrieb auch in Mundts „Freihafen".

4. Juni 1842. Die Firma Reclam gab der österreichischen Regierung wiederholt Anlaß, ihre Aufmerksamkeit auf die publizistischen Erzeugnisse dieses Verlages zu lenken. Generalkonsul Berks in Leipzig hatte die Aufgabe, über die Verlagsartikel der genannten Firma jederzeit zu berichten, auch erhielt er oftmals Weisungen, teils von dem Gesandten in Dresden, Grafen Kuefstein, teils von der Wiener Polizeihofstelle. In einem im Februar 1844 dem Gesandten in Dresden vorgelegten Berichte klagt Berks darüber, daß seit einer Reihe von Jahren fast alle deutschen Regierungen die gegründetste Ursache gehabt hatten, sich über oftmalige, ihnen durch die Leipziger Presse zugefügte Verunglimpfungen zu beklagen. „Der Grund dieser Erscheinungen" — fährt Berks fort — „liegt in der übergroßen Vorliebe der sächsischen Regierung für die pekuniären Interessen des Buchhandels. Schon seit dem ersten Viertel des siebzehnten Jahrhunderts ist diese große Sorgfalt, durch welche allerdings 4—6 Millionen Taler jährlich umgesetzt werden. Es sind Jahr für Jahr bei 7000 neue Erscheinungen und wird diese Bücherfabrikation und Journalistik durch 18.000 ‚Skribenten' betrieben." Metternich übersandte die darauf bezügliche Korrespondenz an den Grafen Sedlnitzky mit dem Ersuchen, auf Mittel zu sinnen, wie diesem immer mehr überhandnehmenden und in seinen Folgen höchst schädlichen Unfuge in wirksamer Weise zu begegnen wäre, ohne jedoch darum zu unnötigen, den rechtlichen Buchhandel beeinträchtigenden Plackereien zu schreiten. Am 16. April 1844 berichtete Graf Kuefstein aus Dresden, die Firma Reclam in Leipzig habe gefunden, daß die ergiebigste Mine à exploiter für ihre pekuniären Interessen die österreichische Monarchie sei und sie scheine sich das Monopol dieser Ausbeutung durch Verträge mit Korrespondenten gesichert zu haben, welche alles, was sie an Skandal auftreiben können, gewissenhaft einsenden. Auch Alexander Hübner, Berks Nachfolger im Generalkonsulat, hatte mehrmals Gelegenheit genommen, über Reclams Unternehmen zu berichten. Als 1845 im Jännerheft der Biedermannschen Monatschrift ein Aufsatz über „Das Ständewesen im deutschen Österreich" erschien, sandte er dieses Heft an den Fürsten Metternich und schrieb dazu: „Wie tief die Reclamsche Presse selbst in der Achtung derjenigen gesunken ist, welche, wie Herr Biedermann, der Reformpartei angehören und namentlich auf eine Umwälzung im Kaiserstaate hinarbeiten, wollen Eure Durchlaucht pag. 78 ersehen, wo den Österreich behandelnden Schmähschriften dieses Verlegers die gerechte Geißlung zuteil wird. Übrigens scheint Herr Reclam junior, nach der Meinung mehrerer hiesiger Buchhändler, in der letzteren Zeit schlechte Geschäfte gemacht und der Absatz seiner Pamphlete innerhalb der österreichischen Monarchie bedeutend abgenommen zu haben." Das Debitverbot seiner sämtlichen Verlagsartikel in den österreichischen Staaten scheint Reclam hart betroffen zu haben, da er zweimal um Aufhebung dieser Maßregel mit der Versicherung bat, „niemals wieder eine Oppositionsschrift gegen Österreich verlegen oder drucken zu lassen". Sein erstes Gesuch wurde abschlägig beschieden und ihm weiter bedeutet, daß sich das Verbot nicht bloß auf die von ihm verlegten, sondern auch auf sämtliche in seiner Offizin für andere Firmen gedruckten Artikel beziehe. Als Reclam zum zweitenmal, am 20. September 1846, um Aufhebung des Verbotes einschritt, bemerkte Hübner, daß sich durch diese energische Verfügung die bisher im Ausland verbreitet gewesene Meinung,

der Absatz verbotener Werke bringe dem deutschen Buchhandel mehr Gewinn als jener erlaubter Artikel, als unrichtig erwiesen habe, wie denn kein Verleger in Deutschland die gänzliche Entziehung des österreichischen Büchermarktes durch ein allgemeines Verbot seiner Impressen in die Länge ertragen könne, ohne total ruiniert zu werden. Mit Rücksicht auf die wiederholte Versicherung Reclams, keine gegen Österreich gerichteten oppositionellen Schriften mehr zu verlegen oder zu drucken, empfahl Metternich dem Grafen Sedlnitzky am 9. Oktober 1846, das Verbot zurückzunehmen.

14. Juni 1842. Verfasser von „Woher und wohin", einer damals großes Aufsehen erregenden Broschüre, worin dem König von Preußen die Mängel des Staatswesens aufgezeigt und als Abhilfe die reichsständische Verfassung empfohlen wird, war der damalige Oberpräsident von Ost- und Westpreußen Heinrich Theodor Schön, geb. Löbegallen 20. Jänner 1773, gest. auf dem Gute Arnau 22. Juli 1856. Diese Schrift, von der nur 30 Exemplare gedruckt wurden, war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Eines dieser Exemplare gelangte in die Hände Feins, der sie mit einem von ihm verfaßten „Nachwort" bei G. L. Schuler in Straßburg erscheinen ließ. Die Broschüre fand einen so raschen Absatz, daß schon nach kurzer Zeit eine zweite Auflage mit einem zweiten Nachwort und nach wenigen Wochen ein dritter Abdruck erfolgte. Da gegen das Nachwort Einwendungen erhoben wurden, veranstaltete Theodor Sehring. (vergl. Anmerkung zu „Frankfurt", April 1843,) 1843 ebenfalls bei Schuler in Straßburg, einen Abdruck des Originals ohne Zusätze.

2. Juli 1842. Der Dichter Wolfgang Müller, geb. Königswinter 5. März 1816, gest. Neuenahr 29. Juni 1873, ließ sich 1842 als Arzt in Düsseldorf nieder. (Brümmer, II, 117.) — Jakob Becker, geb. Dittelsheims bei Worms 15. März 1810, gest. Frankfurt 22. Dezember 1872, bekannt durch seine ländlichen Genreszenen, zählte zu den Familienfreunden Bismarcks.

13. Juli 1842. Johann Karl Buddeus, geb. 1780, gest. 1844, war bis 1830 in verschiedenen Stellungen als Beamter tätig und widmete sich dann schriftstellerischen Arbeiten. — Als Zweck des „Bundes der Freien" gibt Engelshofen in einem Berichte vom 29. Juli 1842 an „sich von allen Fesseln in kirchlicher und religiöser Beziehung loszumachen". In dieser Hinsicht sei der Bund identisch mit jenem des organisierten Vereines der „Philalethen" (Mitglieder der 1773 in Frankreich gegründeten Freimaurerloge der Amis réunis, dann der „Wahrheitsfreunde", die eine dogmenlose Religion anstrebten). Beider Angriffe seien gegen die Kirche gerichtet; durch die Abschaffung aller positiven Religion glaubten sie die Herrschaft des freien Willens und der Umwälzung im Staate sicher herbeizuführen. Dem Supernaturalismus der Freien, der sich auf die Forschung stützte, stand der Pietismus gegenüber, der an der Offenbarung festhielt und dessen Hauptvertreter der Historiker Heinrich Leo in Halle war. — Von den in diesem Berichte genannten Mitarbeitern an den Organen, die für den Verein der Freien eintraten, sind besonders zu bemerken: Karl Rosenkranz, seit 1831 Professor der Philosophie an der Universität Königsberg; Witt, Oberlehrer am Stadtgymnasium in Königsberg, von seinem Lehramte suspendiert, weil er sein Verhältnis zur Redaktion der „Königsberger Zeitung" nicht aufgeben wollte; Eduard Meyen, Publizist, geb. Berlin 5. März 1812, gest. Danzig 4. April 1870, redigierte gemeinschaftlich mit Dr. Karl

Riedel die unter Berliner Zensur erschienene Zeitschrift „Athenäum", die jedoch wegen ihrer liberalen Richtung unterdrückt wurde; Theodor Mügge, Schriftsteller (gest. 18. Februar 1861), Verfasser vieler Romane und Teilnehmer an der Gründung der „Nationalzeitung"; Karl Ludwig Michelet, Professor der Philosophie und Theologie an der Universität Berlin; Heinrich Gustav Hotho, Professor an der Universität Berlin, Mitherausgeber von Hegels Werken, Korrespondent des „Morgenblattes" und Mitarbeiter an den „Jahrbüchern für wissenschaftliche Kritik". Minister Eichhorn verweigerte ihm die Herausgabe der Zeitschrift „Wissenschaft und Leben"; Karl Werder, Philosoph und Dichter, Professor an der Universität Berlin. Hegelianer; Bruno Bauer, seit 1839 Professor in Bonn, 1842 wegen seiner „Kritik der evangelischen Geschichte der Synoptiker" vom Lehramte enthoben; Karl Hagen, Verfasser von „Deutschlands religiöse und literarische Verhältnisse im Zeitalter der Reformation", 1848 vom Wahlkreis Heidelberg als Abgeordneter in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt, seit 1855 Professor in Bern; Dr. Karl Grün (gest. 18. Februar 1887 in Wien), Publizist, der 1842 die radikale „Mannheimer Abendzeitung" gründete und 1868 dauernden Aufenthalt in Wien nahm, wo er eine intensive literarische Tätigkeit entfaltete und u. a. eine Kulturgeschichte des 16. und 17. Jahrhunderts schrieb. In einem Berichte aus Mainz (1. Juni 1842) wird Grün als eingefleischter Hegelianer geschildert, der in geistiger Beziehung zu dem „Jungen Köln" gehöre, das an der Spitze der „Rheinischen Zeitung" stehe. In einem geheimen Berichte aus Berlin (12. April 1844) wird mitgeteilt, daß die „Freien" eigentlich nur aus Ruthenberg Bruno und Edgar Bauer und Meyen bestehen; letzterer wird als galliger, mit sich und der Welt zerfahrener Mensch geschildert, der stets geneigt sei, Opposition zu machen.

2. August 1842. Otto von Corvin-Wiersbitzki, geb. Gumbinnen 12. Oktober 1812, gest. Wiesbaden 2. März 1886, ehemals preußischer Leutnant (siehe dessen Erinnerungen „Aus dem Leben eines Volkkämpfers", Amsterdem 1861, 4 Bde.). Seine Werke über die braunschweigsche Revolution wurden von der sächsischen Regierung konfisziert.

5. August 1842. Julius Heinrich Ahrens, geb. 14. Juli 1808, gest. 2. August 1874, ehemals Privatdozent an der Universität in Göttingen, Teilnehmer an dem Aufstande daselbst, hielt sich nach seiner Flucht einige Zeit in Paris auf und folgte 1837 einem Rufe an die Université libre in Brüssel, wo er sich anfänglich mehr mit wissenschaftlichen Forschungen als mit Politik beschäftigte; später trat er zu Itzstein und Welcker in nähere Beziehung; auch stand er mit dem Schweizer Snell in Korrespondenz. 1848 Mitglied des deutschen Parlaments in Frankfurt, später Professor in Graz, von 1860 an in Leipzig.

15. August 1842. Gustav Kolb, geb. 6 Mai 1798, gest. 16. März 1865, langjähriger Redakteur der „Allgemeinen Zeitung" wurde 1825 vom Kriminalsenat des Gerichtshofes für den Neckarkreis zu Eßlingen wegen Teilnahme an einer hochverräterischen Verbindung zu vierjähriger Festungshaft verurteilt. Hierüber schrieb Wagemann, der Vorsitzende der Bundeszentralbehörde in Frankfurt, am 28. März 1837 an Metternich: „Kolb hat, nachdem er die Schulanstalten seiner Vaterstadt (Stuttgart) besucht hatte, im Herbst 1818 die Universität Tübingen bezogen, wo er bis zum Früjahr 1822 sich dem Studium der Staatswissenschaften widmete. Ein halbes Jahr nach seiner Ankunft zu Tübingen

trat er daselbst in die Burschenschaft und kam als Abgeordneter derselben im Sommer 1820 zu dem Burschentage nach Dresden, wo er auch die Freiburger Burschenschaft zufolge eines von ihm geltend gemachten Auftrages vertreten wollte, was aber von der Versammlung zu Dresden für unzulässig erklärt wurde. Kolb war auch Mitglied des geheimen Bundes deutscher Studierender, des sogenannten ‚Bundes der Jungen‘. Im März und April 1821, während der Unruhen in Italien, machte er eine Reise dahin, angeblich als Korrespondent der damals in Stuttgart erschienenen ‚Neckar-Zeitung‘. Seine Beteiligung bei dem geheimen Bunde wurde durch die im Jahre 1824 zu Hohenasperg geführte Untersuchung ermittelt und der Gerichtshof zu Eßlingen vom 26. Mai 1825 verurteilte diesen Angeschuldigten wegen Teilnahme an einer hochverräterischen Verbindung zu vierjähriger Festungsstrafe." 1826 aber enthaftet, trat er in die „Allgemeine Zeitung" ein, deren Chefredakteur er 1837 nach Stegemanns Tode wurde. Vergl. Heyck: Die „Allgemeine Zeitung", München 1898, und Salomon: Geschichte des deutschen Zeitungswesens, IV, 457 ff.

12. September 1842. Dingelstedts Braut war die berühmte Sängerin Jenny Lutzer, geb. Prag 4. März 1816, gest. Wien 3. Oktober 1877, seit 1837 an der Wiener Hofoper; nach ihrer Verehelichung mit Franz v. Dingelstedt zog sie sich von der Bühne zurück. — Adolf Bäuerle, Theaterdichter und Herausgeber der „Wiener Theaterzeitung", geb. Wien 9. April 1786, gest Basel 19. September 1859. Gutzkow hatte ihn im „Telegraph" mit Spott übergossen.

15. September 1842. Samuel Sugenheim, Geschichtschreiber, geb. 8. Mai 1811, gest. 15. März 1877. Sein erstes Werk „Staatsleben des Klerus im Mittelalter" erschien 1839, sein bedeutendstes „Geschichte des deutschen Volkes" 1866. Von dem Werke „Bayerns Kirchen und Volkszustände" ist nur der erste Band bei Heyers in Gießen erschienen.

26. September 1842. Anton Hungari, geb. Mainz 10. Mai 1809, gest. Rödelheim 17. Dezember 1881, seit 1842 Pfarrer in Rödelheim. Eine Sammlung seiner religiösen Gedichte erschien 1840 unter dem Titel „Christodora".

27. September 1842. Georg Gotthard Gervinus, geb. Darmstadt 20. Mai 1805, gest. Heidelberg 18. März 1871, Geschichtschreiber, Verfasser der „Geschichte der deutschen Dichtung", Gründer der „Deutschen Zeitung" (1847). — Die hier Genannten waren zumeist Teilnehmer am Hambacher Fest oder am Frankfurter Aufstand, wie Christian Scharpff aus Hamburg, die Heidelberger Studenten Eduard Fries aus Grünstadt und Gelgke aus Braunschweig und der Pfarrer Hochdörfer. Von E. F. Gelgke erschien 1846 „Das Schul- und Unterrichtswesen des regenerierten Kantons Bern". In literarischer Beziehung ist besonders der Schriftsteller Dr. Grosse aus Rheinbayern zu bemerken, über den Noés Verzeichnis folgende Bemerkung enthält: „Seine Schriften atmen den wütendsten Jakobinismus; er wurde von der bayrischen Regierung des Landes verwiesen und publizierte hierauf die famose Adresse an König Ludwig von Bayern." — Über Lelewel berichtet 1833 Noé: „Er errichtete in Frankreich zwei geheime Gesellschaften. Sein Agent heißt Januszkiewitz. Lelewels demagogische Begeisterung soll zuweilen in wirklichen Wahnsinn ausarten."

6. Oktober 1842. Über den Aufenthalt der Flüchtlinge in Straßburg berichtet auf Grundlage von amtlichen Akten Otto Wiltberger in

seiner Schrift: „Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg 1830 bis 1849". Berlin und Leipzig. Dr. Walter Rothschild 1910. — Hoffmann verweilte vom 27. September bis 4. Oktober 1842 in Straßburg, wo er häufig mit Fein verkehrte, mit dem er am 5. Oktober nach Basel reiste. — Viktor Considerant, geb. Salins 12. Oktober 1808, gest. Paris 27. Dezember 1893, französischer Sozialist. — Viktor Hennequin (1780—1854), Advokat am Gerichtshofe zu Paris, schrieb „de Charles Fourier (1847) Organisation du travail d'après la theorie de Charles Fourier (1848)".

14. Oktober 1842. Außer Welcker und Itzstein zählte auch Adolf Sander (geb. Karlsruhe 20. April 1801, gest. Rastatt 9. März 1845) zu den hervorragendsten Mitgliedern der liberalen Partei in der badischen Kammer, wie auch zu den heftigsten Gegnern des Ministeriums Blittersdorf.

Mainz, 22. Oktober 1842. Das „Mannheimer Journal" bestand bis zum 30. Juni 1838. — Jean Baptist Baison, geb. Haltersdorf bei Mainz 24. Oktober 1812, gest. Hamburg 13. Jänner 1849, hervorragendes Mitglied des Frankfurter Stadttheaters, trat 1844 auch am Wiener Hofburgtheater als Gast mit großem Erfolg auf.

2. November 1842. Die Hauptleitung der „Oberpostamtszeitung" lag seit 1842 in den Händen des Dr. Ernst Freiherrn v. Röder, während die Redaktion des „Konversationsblattes" Dr. Schuster besorgte der 1844 daselbst eine Übersetzung des „Ewigen Juden" von Sue erscheinen ließ, weswegen das Blatt in Österreich verboten wurde. Schusters Nachfolger war Otto Müller, der in dieser Zeitung seinen ersten Roman „Bürger, ein deusches Dichterleben" erscheinen ließ. Diese zahme Zeitung schlug später unter der Leitung des Professors Dr. Malten eine antikonservative Richtung ein, die Metternich veranlaßte, sich deshalb an den Fürsten Thurn und Taxis zu wenden. In einem Schreiben vom 7. November 1847 teilte diesem Metternich mit, es sei ihm von mehreren Seiten der Unwille zu erkennen gegeben worden, daß dieses Blatt sich zum Arsenal der subversiven Partei herabwürdige. Nur die Rücksicht für den Fürsten habe ihn zurückgehalten, den Debit dieser Zeitung in den österreichischen Staaten zu untersagen. Fürst Thurn und Taxis antwortete hierauf: Für die Größe seiner Betroffenheit könne bloß die Anerkennung einen Maßstab bilden, die der Staatskanzler seiner treuesten Anhänglichkeit an das Kaiserhaus zuteil werden lasse; er dürfe hinzufügen, daß es die Abscheu vor den alles unterwühlenden Bestrebungen der jetzigen Zeit sei, die ihn von der periodischen Presse regelmäßig Kenntnis zu nehmen abhalte; er habe der Redaktion seine Mißbilligung eröffnen lassen und eine strenge Untersuchung sowie die Rückkehr in das Geleise der konservativen Grundsätze angeordnet. Über die weiteren Schicksale der O.-P.-A.-Z. vergl. Salomon IV, 610.

5. November 1842. Über Bacherers „Cartons" berichtete Engelshofen am 9. September 1842: „Die Tendenz dieser Schrift ist nicht schwer zu ermitteln, denn aus den drei Aufsätzen: ‚Badische Zustände in ihrer neuesten Entwicklung', ‚Manuskript aus Österreich', ‚Preußen und die Hegemonie in Deutschland', geht hervor, daß der Verfasser die Stimmung des deutschen Volkes ganz besonders gegen Österreich in Harnisch bringen will, oder vielmehr gegen den Fürsten Metternich. Man glaubt, daß die ‚Cartons' im Interesse Preußens geschrieben wurden. Bacherer hat bereits im Laufe des Jahres 1841 ein ‚Manuskript aus Österreich'

der hiesigen Buchhandlung Kupferberg angeboten, die jedoch den Antrag abgelehnt hat."

14. November 1842. Der „Pilot". Allgemeine Revue der einheimischen und ausländischen Literatur und Volkszustände. Herausgegeben von der Redaktion des „Freihafens". I. Jahrgang. 1840. Altona, Hammerich. — Dr. Friedrich Saß aus Lübeck, der unter dem Pseudonym Alexander Saltwedel schrieb, gab 1843 die „Ostseeblätter" heraus. Aus Leipzig im Mai 1843 verwiesen, übersiedelte er nach Berlin und 1848 nach Paris, wo er ebenfalls ausgewiesen wurde. Er lebte hierauf teils in London, teils in Brüssel und starb am 13. November 1851.

16. November 1842. Josef Freiherr v. Hammer-Purgstall, Orientalist, geb. Graz 9. Juni 1774, gest. Wien 23. November 1856 — Die Gesellschaft „Nr. 16", so genannt nach der Nummer des Zimmers im Gasthof „zum Schwan", bestand aus Künstlern, Gelehrten und Literaten.

8. Dezember 1842. Dr. Johann Peter Jordan, Lektor der slawischen Sprachen und deren Literatur an der Leipziger Universität, ein eifriger Förderer panslawistischer Interessen, Herausgeber der „Slawischen Jahrbücher", unternahm Ende 1846 eine Reise in die Militärgrenze, um Daten zu einer Broschüre zu sammeln. Im Jänner 1847 kam er nach Prag und verkehrte hier häufig mit den slawischen Literaten Hanke, Palacky, Jungmann und Schaffarčzik. Jordan begründete in Leipzig die „Slawische Buchhandlung". Am 28. April 1847 beauftragte Graf Sedlnitzky die Stadthauptmannschaft in Prag, auf das Einlangen der Verlagsartikel dieser Buchhandlung aufmerksam zu sein und deren Tendenz im Auge zu behalten, da die Tätigkeit der „Slawischen Buchhandlung" vorzüglich auf die österreichische Monarchie berechnet sein dürfte. Bis Ende 1847 waren in diesem Verlag außer den „Slawischen Jahrbüchern" noch fünfzehn andere den Slawismus betreffende Schriften erschienen. Über Jordan berichtete das Mainzer Bureau am 24. Februar 1847, daß in Leipzig kein einziger Literat und kein Liberaler mit ihm Umgang pflege, da man es nicht bezweifle, daß er im Interesse Rußlands dahin wirke, die slawischen Völker einander näher zu bringen.

11. Dezember 1842. Heribert Rau, geb. Frankfurt 11. Februar 1813, gest. daselbst 26. September 1876, fruchtbarer Romanschriftsteller und Anhänger der freireligiösen Bewegung, gehörte anfänglich dem Kaufmannstande an, studierte dann Theologie und wurde deutsch-katholischer Prediger. Außer seinen Romanen erschienen von ihm auch Gedichte unter dem Titel: „Natur, Welt und Leben" und eine Anzahl philosophischer und theologischer Schriften.

15. Dezember 1842. Richtiger Titel „Revue österreichischer Zustände". Verlag Reclam jun. Als 1845 der vierte Teil dieser Schrift der Zensur in Leipzig vorlag, wurde ein aus der Feder des Grafen Schirnding stammender Artikel über die religiösen Verhältnisse Böhmens beanständet. Generalkonsul Hübner kam damals mit dem sächsischen Kreisdirektor Broizem überein, dieses Werk als eine periodische Publikation zu betrachten, die ohne Konzession erscheine und daher weder zur Zensur noch zum Druck zugelassen werden könne. Dieser Meinung trat auch das sächsische Ministerium bei, worauf die Zensur dieses vierten Teiles verweigert wurde. „Die gegen Österreich gerichtete Schmähliteratur" — schrieb am 2 Juli 1845 Hübner an Metternich — „verliert auf diese Weise eines ihrer wesentlichsten Organe." — Der Verfasser von „Österreich und dessen Zukunft" ist Viktor Freiherr von Andrian-War-

burg. (1813—1858.) Diese Schrift erregte seinerzeit das größte Aufsehen. Grillparzer erzählt, er habe sie einen Kutscher auf seinem Bocke lesen gesehen. Bauernfeld tadelt den Stil, nur das Negative (gegen die Bureaukraten) sei gut, das Positive schwach. Zensor dieser Schrift war Em. Th. Hohler, der sich jedoch in eine Kritik nicht einließ und am Schlusse seines Berichtes, der nur einen Auszug enthielt, den Antrag stellte, die Hamburger Verlagshandlung zu verhalten, den Verfasser namhaft zu machen. Napoleon — so meinte er — habe den Buchhändler Palm erschießen lassen, weil er den Verfasser von: ‚Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung‘ nicht verraten wollte. Man werde eine solche Gewalttat nicht nachahmen, aber man könne von dem Hamburger Senat als deutschem Bundesmitglied fordern, diese Schrift zu konfiszieren und außer Umlauf zu setzen. Das Büchlein wurde mit „Damnatur“ qualifiziert. Am 4. April 1843 verständigte die Polizeihofstelle sämtliche österreichischen Landeschefs, daß die allzu große Verbreitung der Schrift „Österreich und seine Zukunft“, worin die österreichische Regierung in einem äußerst ungünstigen Lichte dargestellt und als einziges Heil die Bildung einer modernen Repräsentativverfassung in Antrag gebracht werde, durch das Damnatur der Zensur verhütet worden sei. Die Verbreitung der bevorstehenden zweiten Auflage solle nicht mehr durch ein bloßes Verbot gehindert, sondern deren Einfuhr und Verbreitung durch die Beschlagnahme sämtlicher im k. k. Gebiete vorkommender Exemplare paralysiert werden. Die verpönte Schrift hatte übrigens auch eine diplomatische Intervention zur Folge, da Metternich den österreichischen bevollmächtigten Minister in Hamburg Herrn von Kaisersfeld beauftragte, der Hoffmann-Campeschen Buchhandlung das Verbot ihrer Verlagsartikel in Österreich anzudrohen. Campe aber erklärte dem Mandatar Metternichs, er verspreche sich von der Ausführung eher einen Vorteil als einen Nachteil, woran — wie Metternich meinte — „etwas Wahres zu liegen scheine“, weshalb es wirksamer sei, dem Vertrieb der Campeschen Buchhandlung auch bei erlaubten Artikeln die Hand der Regierung fühlen zu lassen. Zugleich beauftragte Metternich den österreichischen Geschäftsträger in Kopenhagen, bei dem dänischen Ministerium Vorkehrungen zu erwirken, daß die Voigtsche Druckerei in Wandsbeck sich nicht mehr zum Werkzeug der Hoffmann-Campeschen Buchhandlung gebrauchen lasse und Werke einer fremden Firma mit Angabe eines fremden Verlagsortes in Druck lege. Auch diese Intervention hatte keinen Erfolg, denn kurz darauf teilte Sedlnitzky den Länderchefs mit, daß Hoffmann und Campe eine dritte Auflage von „Österreich und seine Zukunft“ vorbereiten und auch mehrere andere Schriften über Österreich veröffentlichen wollen, darunter auch „Spaziergänge eines zweiten Wiener Poeten“, deren Inhalt äußerst feindselig gegen Österreich und um so anstößiger sei, als die poetische Darstellung die Gemüter mehr zu erregen und einen tieferen Eindruck zu hinterlassen vermöge. — Auch diese „Spaziergänge“ wurden mit dem strengsten Verbot belegt, von dem auch die ebenfalls bei Hoffmann und Campe erschienene Broschüre „Österreich im Jahre 1843“ betroffen wurde. In einer Note an den Fürsten Metternich (9. August 1843) gab Sedlnitzky seinem Bedauern Ausdruck, „daß dergleichen freche Schmähungen der österreichischen Regierung straflos von dem Senate der Stadt Hamburg geduldet werden, obgleich dieser Stadt zur Erleichterung ihrer bedrängten Lage nach der dortigen Feuersbrunst von der österreichischen Monarchie auf den Impuls der Regierung die wirksamste und ergiebigste Hilfe ge-

leistet worden ist". Eine Übersetzung von „Österreich und seine Zukunft" ins Italienische erschien 1843 mit Angabe des Druckortes „Paris 1843", sie ist aber — wie Graf Spaur, Gouverneur in Mailand, am 18. März 1847 an Sedlnitzky schrieb — zweifelsohne im Kanton Tessin gedruckt oder wenigstens nachgedruckt worden; sie ist mit einer Vorrede, gezeichnet „Alcuni Italiani de regno Lombardo Veneto", und mit Anmerkungen versehen, welche die im Text enthaltenen Angriffe noch verschärfen und zuletzt einen förmlichen Aufruf zum Aufstand enthalten. Im selben Jahre erschien auch eine französische Übersetzung. Ein zweiter Teil dieser Schrift kam 1847 heraus; ihr folgte 1850 von demselben Verfasser: „Zentralisation und Dezentralisation in Österreich", worin Andrian für die volle Autonomie der einzelnen Länder eintrat. — Kuhninge (nicht Kuning, auch nicht Kuhnike, wie es in einem späteren Berichte heißt), mutmaßlich ein russischer Agent, der von Petersburg nach Leipzig kam, Jordans Freundschaft suchte und sich anheischig machte, den „Slawischen Jahrbüchern" in Rußland Eingang zu erwirken. Kuhninge, der mit dem Minister Uwarof in Verbindung stand, drang auch darauf, daß diese Jahrbücher in Böhmen, Ungarn und Schlesien verbreitet werden. Zu bemerken wäre noch, daß 1844 bei Reclam die Schrift „Slawen und Magyaren" erschien.

18. Dezember 1842. Die Leipziger „Lokomotive", Volksblatt für tagesgeschichtliche Unterhaltung. Herausgegeben und redigiert von Held, wurde 1842 begründet. Friedrich Wilhelm Alexander Held, ehemals preußischer Leutnant, ist auch der Verfasser der „Censuriana oder Geheimnisse der Zensur", Kassel 1844, einer Schrift, die außer einer das Institut der Zensur schmähenden Vorrede alle Stellen aus den von Held herausgegebenen Schriften, namentlich aus der „Lokomotive", enthält, die in Sachsen und in Preußen von der Zensur gestrichen wurden. Am 25. Juli 1843 benachrichtigte der sächsische Minister von Zeschau den österreichischen Geschäftsträger Legationsrat Emmerich, daß die sächsische Regierung sich bewogen gefühlt habe, die Konzession zur Herausgabe der „Lokomotive" zurückzunehmen. Im Oktober 1843 gab Held bei Reclam den „Morgenstern" heraus. Deinhardstein, der die erste Nummer zur Zensur erhielt, fand nichts Anstößiges, doch sei bei den Ansichten des Herausgebers, dem die Herausgabe des projektierten „Deutschen Michels" untersagt wurde, eine vorläufige Beschränkung der Zeitschrift rätlich. Held, dem auch der Aufenthalt in Sachsen untersagt wurde, begab sich nach Berlin, wo er 1845 eine Monatschrift „Die Volksvertreter" herausgab, deren erstes Heft konfisziert wurde. Einen Teil seines Lebens beschrieb er in den „Irrfahrten eines Komödianten".

20. Dezember 1842. Franz Wiest, geb. Wien 1814, gest. daselbst 1. Juni 1847, war seit 1834 Mitarbeiter verschiedener Wiener Blätter: „Morgenblatt", „Wanderer", „Sammler" und seit 1837 der Bäuerleschen „Theaterzeitung". 1838 verließ er Wien und begab sich nach Leipzig, wo er im August desselben Jahres bei Pönike und Sohn das Journal „Die Eisenbahn" erscheinen ließ, das in Österreich mit dem strengsten Verbot belegt wurde, weil Wiest mit Umgehung der Zensurgesetze sich ins Ausland begeben hatte, um dort sein Journal herauszugeben. Nach Ablauf eines Jahres verließ er Leipzig und zog nach Mainz, um die Leitung der seit 1837 bestehenden Zeitschrift „Das Rheinland" zu übernehmen, die er bis 1842 redigierte. Außerdem gab er die „Narrhalla" heraus. 1843 nach Wien zurückgekehrt, hielt er humoristische Vorlesungen,

wofür er ein zahlreiches Publikum fand. In einem Berichte der Wiener Polizeioberdirektion vom 11. September 1838 heißt es: „Sein natürlicher Verstand und der Vorrat abgerissener Kenntnisse aus verschiedenen Wissenschaften, verbunden mit dem Hang, seinen geistigen Werken einen Anflug von Satire zu geben, stellen ihn in die Klasse der bedenklichen Schriftsteller.“

21. Dezember 1842. Der Hinweis auf die Reaktion gegen die Presse und den Kontrast zwischen Ende Dezember 1841 und denselben Monat 1842 bezieht sich auf die gesetzlichen Bestimmungen innerhalb dieses Zeitraumes. Während mit Ministerialreskript vom 24. Dezember 1841 die Zensoren angewiesen wurden, einer anständigen und wohlmeinenden Freimütigkeit keine Beschränkungen aufzuerlegen, wurde mit Kabinettsorder vom 4. Oktober 1842 bezüglich der Bücher über 20 Bogen zwar die Präventivzensur aufgehoben, jedoch verordnet, daß solche Schriften 24 Stunden vor ihrer Ausgabe der Polizei zur Prüfung vorgelegt werden müssen, wodurch die Aufhebung der Zensur illusorisch wurde Vergl. Burckhardt, Allg. Geschichte der Jahre 1840—1846, S. 48.

Frankfurt, Jänner 1843. Auch in Preußen trieb die Institution der Zensur gar seltsame Blüten, bis im Beginn der vierziger Jahre durch eine freisinnigere Gesetzgebung der Geistesdruck gemildert wurde, freilich nur für kurze Dauer, denn allzubald wurde die Presse in ihrer Entwicklung durch scharfe Repressivmaßregeln gehemmt, die durch die Furcht vor der neuhegelischen Schule veranlaßt wurden. Varnhagen gibt an verschiedenen Stellen seines Tagebuches der Stimmung über die Unterdrückung der Presse Ausdruck. Im Gegensatz zu Varnhagen berichtete Graf Trauttmansdorff dem Fürsten Metternich am 14. Dezember 1844: . . . „Wenn man den Zustand der Presse in Preußen in Erwägung zieht, so gelangt man unwillkürlich zu der Frage, ob in diesem Staate noch eine Zeitungszensur besteht. oder, wenn dies der Fall ist, warum man sich die Mühe gibt, dieses Institut noch am Leben zu lassen. Aufsätze, welche die Zensoren streichen, werden sehr oft vom Zensurgericht freigegeben. Selbst engverbündete Staaten erfahren die schonungslosesten Beurteilungen und manches, was früher der Leserwelt, die sich mit Broschüren befaßt, dargeboten wurde, hat nun den Weg in die Tagesblätter gefunden.“ Trauttmansdorff klagt über die vielen Angriffe gegen Österreich, während der österreichischen Presse keine verunglimpfenden Artikel gegen Preußen gestattet werden. Auch in den Berichten des Generalkonsuls Hübner wird der preußischen Presse gedacht. In einem derselben (12. Juli 1846) weist er auf den Umschwung der öffentlichen Meinung in Preßsachen hin. „Sowohl die Wohlgesinnten“ — schreibt er — „wie die Gegenseite gehen von der Ansicht aus, daß die Zensur, wie sie heute in Preußen geübt wird, ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen ist. Darum, meinen die Freunde der Ordnung, müsse nach anderen Mitteln gegriffen werden und diese Mittel glauben sie in Preßfreiheit und einem durch ganz Deutschland gleichmäßig verbindlichen und gleichmäßig ausgeübten Strafpreßgesetze zu finden.“ — Philipp August Böckh, Philolog, geb. Karlsruhe 24. November 1785, gest. Berlin 3. August 1867, seit 1811 Professor an der Universität Berlin.

2. Jänner 1843. Am 27. Jänner 1843 berichtete Engelshofen aus Mainz: „Es ist eine auffallende Erscheinung unserer Zeit, daß zwei Liederdichter wie G. Herwegh und Hoffmann v. Fallersleben die öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland in so hohem Grade auf sich zu ziehen

vermochten und in weniger als zwei Jahren eine politische Bedeutsamkei erlangt haben, wie sie früher selten Literaten zuteil wurde. Beide erhoben sich beinahe gleichzeitig und sprachen in einer früher nie gehörten Sprache zum Volke; beide verfolgten mit erstaunlicher Hast ihre subversiven Zwecke, aus welchen sie übrigens kein Hehl machten, und beinahe gleichzeitig ereilte sie die Strafe ihrer unzweideutigen, in Schrift und Rede verfolgten Tendenzen. Niemals haben im Laufe der letzten Jahre unter den Gegnern der guten Sache Männer mit so ungewöhnlichem Erfolge auf die öffentlichen und sozialen Zustände Deutschlands gewirkt wie Herwegh und Hoffmann durch ihre Poesien, in welchen Gesinnungen und Ansichten kundgegeben wurden, die besonders bei der deutschen Jugend einen Geist wiederzuerwecken imstande waren, der schon an sich als höchst verderblich gesehen werden kann, und keinem unter den revolutionären Partisanen ist es in so kurzer Zeit gelungen, auf die öffentliche Meinung in Deutschland einen so entschiedenen Einfluß zu äußern, als diese beiden jungen Dichter." — Dr Gustav Julius, geb. 1810, gest. 1851, seit 1842 Redakteur der „Leipziger Allgemeinen Zeitung", wurde von Brockhaus nach dem Verbot seiner Zeitung in Preußen entlassen. „Dr. Julius" — so heißt es in einem Geheimbericht vom 21. November 1842 — „der neue Redakteur der ‚Leipziger Allgemeinen Zeitung' hat sein reizloses Probestück in der Beilage des Blattes vom 16. November unter der Rubrik ‚Österreich' gegen einen Korrespondenten der ‚Augsburger Allgemeinen Zeitung' aus Wien gemacht." Julius war einige Zeit hindurch Hilfsarbeiter in der Redaktion des „Grenzboten" und gab seit 1846 die „Berliner Zeitungshalle" heraus. — Silvester Jordan, geb. Omes bei Innsbruck 30. Dezember 1792, gest. Kassel 15. April 1861, Sohn eines Schuhmachers, 1814 in Wien Hauslehrer, seit 1822 Professor in Marburg, war der Schöpfer der freisinnigen kurhessischen Verfassung vom 5. Jänner 1831. Am 17. Juni 1839 wurde er wegen Hochverrates verhaftet, 1843 wegen Nichtverhinderung hochverräterischer Unternehmungen zu fünf Jahren Festung verurteilt, von dem Oberapellationsgerichte aber 1845 freigesprochen. 1833 berichtete Noé über ihn, daß er mit den deutschen Demagogen in Paris in fortgesetzter Korrespondenz stehe und nach den Aussagen des Leutnants Koseritz nach gelungener Revolution in Württemberg an die Spitze der provisorischen Regierung gestellt werden sollte.

3. Jänner 1843. Wilhelm Bernhardi, geb. Berlin 15. Juni 1800, gest. Leipzig 21. August 1878, Tiecks Neffe, einige Zeit Bibliothekar der Seckendorffschen Familienbibliothek zu Meuselwitz, Shakespeare-Forscher, gab 1826 mit Hermann Schiff (Isaak Bernays, einem Vetter Heinrich Heines) die Monatsschrift „Der Dichterspiegel" heraus. 1842 redigierte er den „Sächsischen Hausfreund". Näheres bei Brümmer, I, 110. Dort nicht verzeichnet: „Tausendblättrige Liederkrone des deutschen Volkes", Grimma 1845; „Theateralbum", Berlin 1847; „Album für Liebhabertheater, Schauspieler und Freunde der Schauspielkunst. Mit einem Vorwort und einer Anleitung zur richtigen Auffassung und Darstellung der Rollen", Berlin 1848; „Zur dramatischen Literatur der Gegenwart. Luas Tragödie ‚Tomasine' kritisch beleuchtet", Leipzig 1874. Corvin in seinen Erinnerungen „Aus dem Leben eines Vorkämpfers", II, 330, spricht über ihn sehr ungünstig. — Philipp Konrad Marheineke, geb. Hildesheim 1. Mai 1780, gest. Berlin 31. Mai 1846, protestantischer Theologe, seit 1811 Professor zu Berlin, Anhänger Hegels. — Johann

Albrecht Friedrich Eichhorn, geb. Wertheim 2. März 1779, gest. Berlin 16. Jänner 1856, reaktionärer preußischer Kultusminister. — Der Berliner Schriftsteller Meyen wurde 1847 verhaftet. Nach einem Berichte vom 19. Februar 1847 erfolgte die Verhaftung, „weil man ihn, sein böses Maul und seine Artikel in der ‚Mannheimer Abendzeitung‘ und der ‚Trierer Zeitung‘ eine Zeitlang beseitigen wollte, und zwar der neuen Verfassung wegen.“ — Der hier als Privatlehrer genannte Schmidt dürfte Kaspar Schmidt (geb. Bayreuth 25. Oktober 1806, gest. Berlin 26. Juni 1856) sein, bekannt als Max Stirner durch sein Werk: „Der Einzige und sein Eigentum.“ In Österreich wurde diese Schrift am 4. Dezember 1844 „wegen ihres in religiöser, sittlicher und sozialer Beziehung höchst verwerflichen Inhaltes“ mit dem strengsten Verbot (damnatur nec erga schedam) belegt, nachdem Metternich von dem preußischen Gesandten zu Wien verständigt worden war, daß diese höchst verwerfliche Druckschrift in sämtlichen Provinzen der preußischen Monarchie sowie im Königreich Sachsen mit Beschlag belegt worden sei.

14. Jänner 1843. Josef Meyer, geb. Gotha 9. Juni 1796, gest. Hildburghausen 27. Juni 1856, Gründer des Bibliographischen Instituts. — Über Reinganum und andere Häupter der liberalen Bewegung berichtet Engelshofen am 8. Juni 1843: „Die Stellung der Frankfurter Bewegungspartei ist in vielen Beziehungen eingeengt und der Einfluß gesunken, den die liberalen Klubs auf den öffentlichen Geist ehemals ausgeübt haben Der Abfall eines Reinganum, der seit seinem Eintritt in den Senat die frühere (ultraliberale) Haltung gänzlich aufgegeben zu haben scheint, die Verarmung der eifrigsten und einflußreichsten Koryphäen der liberalen Schule, welche wie Theisinger, Körner, Breitschlag und andere beinahe ihr ganzes Vermögen und das Wohl ihrer Familie der Sache zum Opfer brachten, insbesondere auch das warnende Beispiel der politischen Untersuchungen der letzteren Jahre trugen nicht wenig dazu bei, den Geist der Gärung und den Wunsch nach politischen Reformen im Volke zu unterdrücken.“ — Friedrich Bülau, geb. Freiberg 1805, gest. Leipzig 26. Oktober 1859, Professor der Staatswissenschaften, war von 1837—1844 Zensor, von 1843—1848 Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, von 1851—1854 Redakteur der „Leipziger Zeitung“.

16. Jänner 1843. Verfasser des Buches „Der Jakobiner in Wien, Österreichische Memoiren aus dem letzten Dezennium des 18. Jahrhunderts, Zürich und Winterthur 1842. Literarisches Comptoir“ ist Franz Ernst Pipitz (geb. Klagenfurt 1815, ein ehemaliger Angehöriger des Benediktinerordens, der 1838 nach der Schweiz entfloh, Dozent an der Universität in Zürich wurde, 1850 nach Österreich zurückkehrte und die Redaktion der „Triester Zeitung“ übernahm).

20. Jänner 1843. „Charivari“, satirisches Blatt, 1842 begründet und bis 1852 redigiert von Eduard Maria Oettinger, geb. Breslau 19. November 1808, gest. Blasewitz 26. Juni 1872, Dichter, Herausgeber und Redakteur mehrerer Zeitschriften, bekannt durch seine Arbeiten auf biographischem und bibliographischem Gebiete: „Moniteur des Dates“; „Bibliographie biographique universelle“. In einem Berichte (Paris, 31. Oktober 1845) wird Oettinger als direkt affiliierter und der französischen Propaganda entschieden ergebener Agent bezeichnet, der seine Aufmerksamkeit insbesondere den österreichischen Landen zuwende. Am 27. August 1845 beauftragte das preußische Ministerium die

preußische Gesandtschaft in Wien, dahin zu wirken, daß Oettingers Schrift „Narrenalmanach für 1846", die eine auf die frechste Verunglimpfung preußischer Verhältnisse gerichtete Tendenz an den Tag lege, auch in Österreich keine Verbreitung finden möge. — Rudolf Hirsch, Schriftsteller und Komponist, verließ 1843 Leipzig, um in den österreichischen Staatsdienst zu treten. 1852 wurde er Bibliothekar der Obersten Polizeihofstelle. Am 16. Februar 1843 teilte Sedlnitzky dem Gouverneur Grafen Ugarte in Wien mit, daß Hirsch die früher von dem literarischen Glücksritter Grafen Schirnding gegründete Zeitschrift „Revue österreichischer Zustände" fortzusetzen beabsichtigt habe und zu diesem Zwecke von dem jüdischen Rauhwarenhändler Arenfeld mit allerhand Notizen über Österreich versehen werden soll. Da Hirsch soeben nach Brünn zurückgekehrt sein soll, so glaubte Sedlnitzky, diese Daten um so mehr mitteilen zu sollen, da aus denselben ein Motiv mehr hervorgehe, Rudolf Hirsch vorschriftsmäßig zu behandeln und die Bewilligung zur Rückreise in das Ausland zu versagen. Hirsch wurde wegen Zensurübertretung mit 25 Dukaten bestraft, diese Strafe aber vom Gubernium auf 50 fl. C. M. gemildert.

Frankfurt, 21. Jänner 1843. Unter Josef Du Mont, der 1831 die „Kölnische Zeitung" übernahm, begann der Aufschwung dieses Blattes, das seit 1838 täglich erschien und sich in der Feuilletonrubrik durch höchst gediegene Aufsätze auszeichnete. Näheres über ihn und die „Kölnische Zeitung" bei Grieben, „Geschichte der Kölnischen Zeitung", Köln 1880, und Salomon, II, 356 ff. — Franz Holbein v. Holbeinsberg, geb. Zillersdorf 27. August 1779, gest. Wien 6. September 1855 Direktor des Hofburgtheaters von 1841—1849.

Februar 1843. Persin de Suzor, Redakteur des ministeriellen Blattes „Elsaß", ein damals auch in Frankfurt wohlbekannter Literat, der nach dem Sturze Gisquets, dessen Privatsekretär er war, Paris verlassen mußte und hierauf mehrere Jahre in Wiesbaden und Frankfurt Vorlesungen über französische Literatur hielt. — Renard, Publizist, suchte bereits 1832 in Aachen um ein Zeitungsprivileg nach, das ihm aber nicht bewilligt wurde. — Edgar Quinet, Schriftsteller und Politiker, geb. Bourg en Bresse 17. Februar 1803, gest. Versailles 27. März 1875. Eine Gesamtausgabe seiner Werke in 30 Bänden erschien 1877–1822. — Bölsche. Wahrscheinlich Dr Karl Bölsche aus Fallersleben, der längere Zeit Redakteur der „Mainzer Zeitung" war und von dem auch Gedichte und Kritiken in der „Zeitung für die elegante Welt" sowie in der „Mitternachtszeitung" erschienen. — Wilhelm Wachsmuth, Geschichtsschreiber, geb Hildesheim 28. Dezember 1787, gest. Leipzig 23. Jänner 1866, seit 1825 Professor der Geschichte an der Universität Leipzig. Von 1831—1835 gab er im Verein mit Bülau und Julius Weiske „Das Vaterland: Blätter für Proposition und Opposition" (seit 1833 „Blätter für deutsches Volks- und Staatsleben") heraus. Salomon, III, 479. — In Noés „Verzeichnis mehrerer in Paris befindlicher deutscher liberaler Schriftsteller" (1842) heißt es: „Depping, bekannter liberaler Feuilletonist" — Julius Fürst, geb. Zerkow 12. Mai 1805, gest. Leipzig 9. Februar 1873, Orientalist, Herausgeber der Zeitschrift „Orient". — Ernst Theodor Echtermeyer, geb. Liebenwerda 1805, gest. Dresden 6. Mai 1844, Mitbegründer der „Halleschen Jahrbücher". — Alexander Jung, Schriftsteller, geb. Rastenburg 28. März 1799, gest. Königsberg 20. August 1884, einer der ältesten Angehörigen des „jungen Deutschland". — Dr. Adolf Friedrich Rutenberg, geb.

Berlin 30. Oktober 1808, der Nachfolger von Gustav Höfken in der Leitung der „Rheinischen Zeitung“, mußte auf Andringen der Regierung seiner Stelle entsagen; er war Mitarbeiter an den „Halleschen“, nachmals „Deutschen Jahrbüchern“, an Rottecks und Welckers „Staatslexikon“. 1845 erschien von ihm: „Die Jesuiten des 19. Jahrhunderts“. 1848 übernahm er gemeinsam mit Zabel den politischen Teil der in diesem Jahre begründeten „Nationalzeitung“. — Theodor Hermann Lueders, geb. 27. September 1823, gest. Hebeggen 2. Jänner 1858, schleswigscher Publizist. — Karl Mathy, geb. Mannheim 17. März 1807, gest. Karlsruhe 2. Februar 1868, floh als politisch Verdächtigter nach der Schweiz, wo er von 1835—1840 als Publizist und Schullehrer wirkte. Nach Baden zurückgekehrt, wurde er 1842 Abgeordneter, 1862 vorsitzender Rat im badischen Finanzministerium, 1866 Ministerpräsident. Sein Leben hat 1877 Gustav Freytag beschrieben. In einem Geheimberichte über badische Zustände (Juni 1842) findet sich über Mathy folgende Stelle: „Mathy ist von unerschütterlichen Gesinnungen beseelt, dabei kalt und entschlossen, zugleich aber so klug, daß er sich auf nichts einläßt, was nicht auszuführen ist. Er hat sich während eines sechsjährigen Aufenthaltes in der Schweiz durch Charakterfestigkeit, Einfachheit seiner Lebensweise, Sittenreinheit und Tätigkeit hohe Achtung erworben, besitzt umfassende Kenntnisse. An Geistestiefe und Scharfsinn möchte er vielleicht den ersten Platz unter allen Deputierten behaupten.“ — Karl Marx übernahm nach Rutenbergs Abgang die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ und übersiedelte, nachdem sie unterdrückt worden war, nach Paris, wo er sich an der radikalen deutschen Wochenschrift „Vorwärts“ beteiligte. 1848 gründete Marx die in Köln bis 19. Mai 1849 erschienene „Neue Rheinische Zeitung“, für die auch Ferdinand Freiligrath tätig war. — Friedrich Johannes Frommann, geb. Züllichau 9. August 1797, gest. Jena 6 Juni 1886, Buchhändler. — Wilhelm Zimmermann, geb. Stuttgart 2. Jänner 1807, gest. Mergentheim 22. September 1878. Dichter und Geschichtsschreiber. Die „Geschichte des großen Bauernkrieges“ erschien 1843. Zimmermann setzte auch Wirths „Geschichte der Deutschen“ fort. — Dr. Claus, sächsischer Deputierter; er stellte in der zweiten sächsischen Kammer den Antrag auf öffentliches Gerichtsverfahren.

4. Februar 1843. Karl Heinzen, geb. Grevenbroich (Rheinpreußen) 22 Februar 1809, gest. 12. November 1880, einer der radikalsten Vorkämpfer der Revolution, „berüchtigter Verfasser kommunistischer Brandschriften“, wie ihn Hübner in einem Berichte vom 11. September 1847 nennt, Publizist, Mitarbeiter der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“ und der „Rheinischen Zeitung“; er war als holländischer Soldat früher auf Java und trat in einer Broschüre gegen das holländische Wehrsystem auf. 1845 ließ er bei Leske in Darmstadt die aufsehenerregende Schrift „Die preußische Bureaukratie“ erscheinen, mit heftigen Ausfällen gegen die preußische Regierung. Deswegen angeklagt, flüchtete er nach Belgien, hierauf in die Schweiz, wo er eine große agitatorische Tätigkeit entfaltete. Aus der Schweiz verwiesen, begab er sich nach Amerika, kehrte jedoch 1848 zurück, nahm an der badischen Revolution teil und floh nach kurzem Aufenthalt in der Schweiz abermals nach Amerika, wo er eine radikale Zeitung herausgab. Über sein publizistisches wie agitatorisches Wirken wurde Fürst Metternich genau unterrichtet. Seine Schrift „Die preußische Bureaukratie“ wurde auf Ansuchen des preußischen Gesandten in Wien, Freiherrn von Canitz, auch in Österreich verboten. Ebenso die Flugschriften:

„Zur Vorbereitung“, „Der Demokrat“, „Das Patent mit dem Druckort Berlin“, „Katechismus für die deutschen Soldaten“, „Über deutschen Servilismus und Liberalismus“, „Der deutsche Bürger und die deutschen Fürsten“, die wie viele andere durch Kolporteure nach Baden gebracht und von da weiter versendet wurden. Als 1846 Heinzens Broschüre „Dreißig Kriegsartikel der neueren Zeit für Offiziere und Gemeine in despotischen Staaten“ erschien, teilte Seldnitzky dem Fürsten Metternich mit, daß der Zensor sich veranlaßt gesehen habe, das strengste Verbot und die Beschlagnahme dieses Werkes zu beantragen, worin das Militär als blindes Werkzeug des Despotismus, der Fahneneid als nichtig und rechtswidrig dargestellt und das Militär aufgefordert werde, seine Hilfe lediglich dem Volke zur Erlangung der Freiheit zu widmen. Die Staatskanzlei erklärte sich mit der Zensurentscheidung einverstanden, da dieses Preßprodukt darauf abziele, die Treue des Militärstandes zu berücken und dadurch die Regierungen der mächtigsten Stütze zur Aufrechthaltung der äußeren und inneren Sicherheit des Staates zu berauben. In einem Geheimberichte vom Dezember 1846 wurde mitgeteilt, daß sich in Zürich eine Flugschriftenfabrik aufgetan habe, in der wahre Donnerkeile gegen Deutschland geschmiedet werden. An der Spitze des Unternehmens stehe Heinzen. Tendenz und Maßlosigkeit der zahlreichen Pamphlete beweise das erste Heft des „Deutschen Tribuns“, einer im kleinsten Taschenformat erschienenen Schrift. Durch Metternich veranlaßt, wies Sedlnitzky die Länderchefs an, gegen etwaige Versuche, „diese im frechsten Ton Aufruhr predigende Schrift“ in das k. k. Gebiet einzuschmuggeln, geeignete Maßregeln zu treffen. Eine Fortsetzung dieser Schrift erschien 1847 unter dem Titel „Zweites Heft. — Mühlhausen, Druck und Verlag“. Inhalt: I. Eine einfache Abhandlung über einfache Dinge. II. Der schleswig-holsteinische Nationallärm. III. Ein deutsches Rechenexempel. — IV. Kommunistisches. (Dieser letzte Teil ist gegen Hermann Püttmann, den Herausgeber des „Prometheus“, und gegen den Kommunismus gerichtet.) Als Heinzen 1847 seine literarischen Erzeugnisse unter dem Titel „Die deutsche Revolution“ bei Jenni in Bern erscheinen ließ, teilte Graf Sedlnitzky den Landespräsidien von Brünn, Prag und Innsbruck mit, daß „dieses neue Produkt der den Umsturz aller gesellschaftlichen Ordnung bezielenden Revolutionspresse“ hauptsächlich für Deutschland bestimmt und in 300 Exemplaren über Basel und Karlsruhe nach Leipzig an den Buchhändler Jurani versendet worden sei. Einer der Hauptverbreiter von Heinzens Schriften war dessen Schwager, der Literat Moras aus Cleve, der deswegen auf Ersuchen der badischen Regierung in Mainz verhaftet wurde, um nach Cleve abgeführt zu werden. Man brachte ihn, von Gendarmen geleitet, auf ein Dampfboot, ließ ihn jedoch auf dem Verdeck frei wandeln. Als das Boot in die Nähe der sogenannten Kertalsau (bei Ellfeld) gelangte, fiel von da ein Schuß, worauf sich Moras von dem Hinterteil des Schiffes ins Wasser stürzte und einem ihm von der Au entgegenkommenden Nachen zuschwamm, in den er gehoben und schnell ans Land gebracht wurde, wo ihn ein bereitstehender Wagen aufnahm, ehe die Gendarmen in den Notnachen zu steigen vermochten. Als diese ans Land gelangten, war der kühne Flüchtling längst verschwunden. Aus Zürich ausgewiesen, begab sich Heinzen nach Liestal, und da ihm auch dort der Aufenthalt verweigert wurde, nach Bern, wo er die Bewilligung der französischen Regierung zur Reise nach Marseille abwartete, um sich von da nach Amerika einzuschiffen, wozu ihn Freiligrath ermuntert haben soll. Dieser lernte

Heinzen in Köln kennen, der dem Dichter, als dessen bekanntes Gedicht an Herwegh erschienen war, öffentlich die Freundschaft kündigte, sich aber später mit ihm wieder versöhnte. „Bekanntlich" — berichtete Engelshofen bald nach Heinzens Ankunft in Neuyork — „wirkt in dieser Stadt die Verbindung des ‚Jungen Amerika' auf die Herbeiführung einer allgemeinen Verbrüderung hin, wobei das alte Vaterland nicht aus dem Auge gelassen und schon seit Jahr und Tag durch Zeitungen und daselbst gedruckte Schriften kommunistischen Inhalts bearbeitet wird. An der Spitze jener Partei steht der Redakteur des ‚Volkstribuns' Hermann Kriege, der mit Weitling, Fein u. a. auf Deutschland zurückwirkt und namentlich mit der deutschen Faktion in Brüssel und Lausanne in direktem Verkehr steht, wohin viele Exemplare jenes Blattes zur Verbreitung versendet werden. Mit großer Sehnsucht wurde daselbst, wie Freiligrath schreibt, ‚der Abgeordnete der stummen, unterdrückten und gebundenen Deutschen in Europa' erwartet. Wie bisher schon in Neuyork gedruckte, gegen die monarchischen Institutionen gerichtete Schriften häufig in Deutschland, vornehmlich aber am Rhein bemerkbar wurden, so dürfte dies in der Folge um so mehr der Fall sein, wenn Heinzen die Neuyorker deutsche Clique vermehrt und sie völlig zu dem vorgesetzten Zweck organisiert haben wird." Über Heinzens Anteil an der Revolution des Jahres 1848 vergl. Wiltberger, „Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg 1830—1849", SS. 78, 106 ff., 121 f., 181 ff., 190, 191. — In einer Korrespondenz vom 8. Jänner 1843 sprach sich Dingelstedt in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" über die Wiener Journalistik in keineswegs schmeichelhafter Weise aus; er meinte, dem Zustand dieser Literatur könne durch Erleichterungen und Zugeständnisse nicht aufgeholfen werden. Es gelte vielleicht nur um die Möglichkeit, einen armen Komödianten zwanglos und so recht con amore herunterzureißen oder auswärtige Zeitschriften in allen Rubriken plündern zu dürfen. Die Wiener Journalistik möge erst nur selbst Hand an sich legen, ehe sie fremde Hände um Hilfe angeht. Die Wiener Tagesblätter verderben das Publikum, statt es zu erziehen und heranzubilden. Dingelstedts W. W. Briefe erregten große Mißstimmung. In einem Briefe an Kolb (1. Februar 1843) schreibt er: „Die ungeheure Reaktion, welche meine letzten zwei Briefe dahier hervorgebracht haben, bestätigt mich in meinem Entschlusse Wien zu verlassen, sobald ich meine Augen und meine Reputation wieder hergestellt habe. Sie werden mir eine Art Verteidigung und Erklärung in der ‚Allgemeinen Zeitung' nicht verweigern wollen. die Anklagen auf Felonie, Gesinnungslosigkeit und Verrat werden zu schreiend, um selbst im Interesse der Zeitung ignoriert werden zu können. Decken Sie mich einstweilen nur persönlich und literarisch gegen die Rheinischen, die Leipziger, die Schweizer . . . die Wiener Polemiken in der ‚Leipziger Allgemeinen Zeitung', im ‚Nürnberger Korrespondenten' in den ungarischen Blättern und in den hiesigen darf man wohl passieren lassen. Ich sitze rat- und hilflos in all dem Zeug darin und fürchte, auch draußen verloren zu haben, was nicht wieder zu erwerben ist . . . Dr. L. A. Frankl hat auf dem jurid.-polit. Leseverein, dessen Gast ich war, auf meine Ausschließung angetragen und, persönlich von mir deshalb angegangen, mir jede Erklärung und Genugtuung verweigert. Ich trat natürlich aus. Die Stimmung ist acharniert und allgemein gegen mich." Auch Bauernfeld bemerkt in seinem Tagebuche (24. Februar 1843): „Dingelstedt hat sich durch ein paar Artikel in der ‚Allgemeinen Zeitung' totgeschlagen."

Während seines Wiener Aufenthaltes, der sich bis 10. April 1843 erstreckte, wurde Dingelstedt polizeilich überwacht. Am 11. April 1843 berichtete die Polizeioberdirektion, daß Dingelstedt zu keinen nachteiligen Wahrnehmungen Anlaß gegeben, die Sängerin Lutzer öfters besucht und im Hotel „zur Stadt Frankfurt" mit Lenau gespeist habe. Von einem langwierigen Augenübel befallen, sei er in Behandlung des Dr. Jäger gestanden und am 10. April mit Eilwagen nach Linz abgereist. Am 26. April meldete der Linzer Polizeidirektor Graff, daß Dingelstedt am 13. die Grenze überschritten habe.

Frankfurt, 4. Februar 1843. Josef Maria von Radowitz, geb. Blankenburg 6. Februar 1797, gest. Berlin 25. Dezember 1853, preußischer General, Staatsmann und politischer Schriftsteller.

10. Februar 1843. Das Ministerium Reizenstein-Blittersdorf hatte den in die zweite Kammer gewählten Gerichtsbeamten Peter und Aschbach den Urlaub zur Ausübung ihres Mandats verweigert, wogegen die Opposition und auch Anhänger der Regierung protestierten. Die Kammern wurden hierauf vertagt.

20. Februar 1843. Adolf Wiesner (recte Wiener), geb. Prag 1807, gest. Neuyork 23. September 1867. Dichter und publizistischer Schriftsteller, zählte zu jenen Österreichern, die es vorzogen, sich dem Geistesdruck im Vaterlande durch den Aufenthalt im Auslande zu entziehen. Als 1843 von dem in Wien lebenden russischen Staatsrat Tegoborski die Aufsehen erregende Schrift „Die Finanzen, der öffentliche Kredit, die Staatsschuld und das Besteuerungssystem des österreichischen Kaiserstaates" erschien, veröffentlichte Wiesner eine patriotische Schrift: „Russisch-politische Arithmetik", in der Tegoborskis Werk einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Da aber Wiesner seine Schrift ohne Bewilligung der österreichischen Zensur in Leipzig hatte drucken lassen, wurde er deshalb zur Verantwortung gezogen. Die Schrift wurde dem Hofkammerpräsidenten Kübeck zur Beurteilung übergeben, der hierauf erklärte, von seinem Standpunkt gegen die Zulässigkeit nichts einzuwenden, „weil die Polemik über die Zweige der Staats- und Volkswirtschaft zu den Lieblingsthemen der Tagesliteratur gehöre und die Gegensätze in den Ansichten und Behauptungen am meisten beitragen, das Publikum womöglich von der Schwierigkeit des Gegenstandes und der Notwendigkeit der Vorsicht im Urteile zu überzeugen". Metternich dagegen erklärte, für eine unbedingte Zulassung dieses Werkes nicht stimmen zu können, „weil der Verfasser darin nicht allein mit Animosität gegen einen hier allgemein geachteten russischen Staatsmann auftrete und ihn persönlich verunglimpfe, sondern auch die kaiserlich-russische Regierung gehässiger Tendenzen beschuldige. Rücksichten gegen den mit Österreich befreundeten kaiserlich russischen Hof machen daher eine Beschränkung notwendig, welche jedoch, da dem Verfasser anderseits redlicher Wille und patriotische Gesinnungen nicht abgesprochen werden können, durch Anwendung der Formel Transeat genügen dürfte". Was diese Formel bedeutete, hierüber gibt Wiesner in einem Brief an Kaufmann (24. August 1848) Aufklärung: „Transeat" — schrieb er — „heißt der Spruch, der der gesamten hölzernen Kritik des Vaterlandes verbietet, ein Wörtchen darüber zu verlautbaren, der auch die Anzeige in öffentlichen Blättern oder sonstwo untersagt." Wiesners Schrift wurde offenbar im Auftrag Metternichs von dessen Leibpublizisten Zedlitz in der „Allgemeinen Zeitung" getadelt, worauf Wiesner, da diese Zeitung eine Entgegnung nicht aufnehmen

wollte, 1844 in Leipzig eine Broschüre: „Zwanzig Spalten über ein Pamphlet" erscheinen ließ. Über seinen Aufenthalt in Leipzig siehe II, S. 100. Lebhafte Indignation der österreichischen Regierung erregten jedoch Wiesners „Denkwürdigkeiten der österreichischen Zensur vom Zeitalter der Reformation bis auf die Gegenwart". (Stuttgart 1847.) Dieses an Quellen reiche Werk wurde selbstverständlich mit dem strengsten Verbot belegt, ja man ging so weit, dem juridisch-politischen Leseverein das ihm von dem Autor gespendete Exemplar abzunehmen Große Bestürzung in den Kanzleistuben veranlaßte der Abdruck des Zensurgutachtens hierüber in dem „Grenzboten". Das Aktenstück war auf dem Wege von der Polizeihofstelle ins Bücherrevisionsamt in Verstoß geraten und gelangte auf heimlichem Weg in die Redaktion der verpönten „Grenzboten". Wiesner, der nun zu den Verfemten zählte, wurde 1848 von dem Wahlbezirke Feldsberg in Niederösterreich in das Frankfurter Parlament gewählt. 1852 wanderte er nach Amerika aus. Von seinen Dramen wurde „Inez de Castro" 1846 im Burgtheater mit Beifall aufgeführt. — Treumund Welp (nicht Walp, wie es im Texte steht), Pseudonym für Eduard Pelz, Buchhändler, der mit Fröbel die in Mannheim seit 1848 im Verlag von Heinrich Hoff erschienene „Deutsche Volkszeitung" redigierte, die schon nach kurzem Bestehen eingestellt wurde. Pelz schrieb u. a.: „Geschichte Peters des Großen" (XIV u. 336 S.) in der von Friedrich Bülau herausgegebenen „Hausbibliothek"; „Eine Auswanderungsgeschichte", Leipzig 1849; „Offener Brief an Heinrich Wuttke über den Stand der deutschen Verfassungsfrage", Leipzig 1850; „Wie können wir eine bessere Zukunft herbeiführen? Ernster Vorschlag für die einzelnen Menschen und die Familie", Leipzig 1850.

28. Februar 1843. Lorenz Oken (richtig Okenfuß), geb. Bohlsbach 1. August 1779, gest. Zürich 11. August 1851. Philosoph und Naturforscher, Professor in Zürich, Begründer der Jahresversammlungen deutscher Naturforscher und Ärzte.

2. März 1843. Nach der preußischen Zensurinstruktion vom 4. Februar 1843 sollte keine ernsthafte und bescheidene Untersuchung der Wahrheit gehindert, dagegen alle Schriften verboten werden, die der Religion, der Moral und den guten Sitten widersprechen, die Würde des preußischen Staates und der deutschen Bundesstaaten verletzen. Im Juli desselben Jahres wurde das Oberzensurgericht eingeführt, mit der Aufgabe, über Beschwerden gegen Verfügungen der Zensur zu entscheiden. — Wilhelm Christian Weitling, geb. Magdeburg 5. Oktober 1808, gest. Neuyork 15. Jänner 1871, erlernte bei seinem Stiefvater das Schneidergewerbe und ging dann auf die Wanderschaft. Arbeitslos geworden, war er genötigt zu betteln und wurde deshalb verhaftet. „Während der ersten sächsischen Verfassungsfeier" — berichtete der Geheimagent Kuhlmann — „war Weitling in Leipzig. Der Beifall, den ein von ihm für ein Transparent gedichteter Vers fand, brachte ihn zuerst zum Bewußtsein seiner schriftstellerischen Anlage. Einige Zeit hielt sich Weitling auch in Wien auf, wo er ein Liebesverhältnis einging mit einem Frauenzimmer, das die Mätresse eines hochgestellten österreichischen Staatsbeamten war. Diese leidenschaftliche Person versuchte es, sich und Weitling durch vergifteten Kaffee aus der Welt zu schaffen, aber nur sie starb; er witterte die Gefahr und trank nicht. In Wien machte er eine in seine Profession einschlagende Erfindung und ging dann nach Paris, um sie auszubeuten, verdiente viel Geld, kam wieder nach Wien, um eine

Schneiderin zu heiraten. Bei seiner Ankunft die Braut im Gefängnis wegen Diebstahls; bei seiner Rückkehr nach Paris die Kleidergarnituren, welche er auf seiner Maschine verfertigt hatte, aus der Mode. Haß und Erbitterung waren es, was ihn aufstehen machte; er betrachtete das Leben nur vom Standpunkt des Handwerkers und wollte alle Menschen nach dem Maßstab des Handwerkers messen. Als solcher Mensch wurde er in Paris zuerst in die revolutionären Umtriebe hineingezogen. Damals, 1838, gab es in Paris zwei deutsche Verbindungen: ‚Junges Deutschland' und ‚Die Geächteten'. Weitling sah bald ein, daß den arbeitenden Klassen auf dem Wege der politischen Reform nicht zu helfen sei. Während seiner Anwesenheit in Paris bildete sich der ‚Bund der Gerechten'. Von dieser Gesellschaft wurde die erste deutsche Kommunistenschrift: ‚Die Menschheit, wie sie ist und sein soll', zum Druck befördert oder vielmehr einzelne Mitglieder der Gesellschaft setzten und druckten sie selbst in Paris in einem elenden Winkel, auf einer elenden Holzpresse, auf elendem Papier. Voll Druckfehler. Manche Stellen wurden mit Papierstreifen überdeckt, auf welchen ein verbesserter Text zu lesen ist. Dieser Bund schickte Weitling nach Genf, um dort eine Arbeiterzeitung zu gründen. Ein Intrigant verdächtigte ihn als französischen Spion." Im Dezember 1842 erschien die Schrift „Garantien der Harmonie und Freiheit", die in Vivis auf Kosten der Arbeiter herausgegeben wurde. Nach Vollendung der „Garantien" kam Weitling nach Lausanne und begab sich zunächst in den Kanton von Neuenburg, wo er an drei verschiedenen Orten Vereine errichtete, die 1845 von der Regierung aufgelöst wurden. Nach längerem Aufenthalt in Langenthal (Kanton Bern) kam er 1843 nach Zürich, wo er die Herausgabe seines „Evangeliums des armen Sünders" begann, das die nächste Veranlassung seiner Verhaftung wurde. „Dieses Buch" — so wurde am 5. Jänner 1843 nach dem Erscheinen der „Garantien" aus Frankfurt berichtet — „ist mit großem Ernst und tiefer Forschung geschrieben und kann allerdings, so viel Unhaltbares darin vorkommt, doch sehr zum Nachdenken reizen. Bis jetzt ist nur ein Exemplar nach Frankfurt gekommen, das Weitling an Gutzkow gesendet hat." Das „Evangelium" erschien erst 1845 in Bern im Verlag von Jenni & Sohn und wurde von Winterthur aus durch vertraute Agenten in Deutschland verbreitet. Der Staatsanwalt hatte Weitling nach dem Erscheinen des Prospekts vom „Evangelium" der Gotteslästerung angeklagt. Weitling wurde verurteilt, das Obergericht aber entschied, daß er nur der Aufreizung zum Aufruhr durch seine „Garantien" sowie auch der Teilnahme an geheimen Verbindungen schuldig sei. Dem Auftreten Weitlings hatte selbstverständlich das Mainzer Informationsbureau die vollste Aufmerksamkeit zugewendet, besonders nachdem Bluntschlis Bericht über die kommunistische Bewegung erschienen war, der mancherlei falsche Tatsachen enthielt. Bereits am 16. Juni 1843 meldete Engelshofen: „Eine auffallende Erscheinung ist es, daß mehrere der angesehenen deutschen Literaten, wie Gutzkow, Weill, Bacherer u. a. mit dem berüchtigten Schneider Weitling in Berührung stehen und die Lehren des Kommunismus zum Objekt eindringlicher Prüfungen gemacht haben; es dürfte dies ein Beweis mehr sein, daß jene sektiererischen Bestrebungen größere Aufmerksamkeit in Deutschland, namentlich im Norden erregt haben, als man dem Anschein nach anzunehmen berechtigt sein dürfte." Und am 14. Juli 1843: „Wie in den Jahren 1834—1835 die Assoziation des „Jungen Deutschland" von der Schweiz aus den Prinzipien der

Freiheit und Gleichheit auch in Deutschland Eingang zu verschaffen suchte und zu diesem Ende hauptsächlich durch die in der Schweiz zahlreich anwesenden deutschen Arbeiter ihre Zwecke verfolgte, in ähnlicher Weise, nur unter anderen Formen, scheint es sich Weitling zur Hauptaufgabe gemacht zu haben, seinen neuen, nichts weniger als den Umsturz der gegenwärtigen Ordnung der Dinge in Deutschland bedingenden Lehren unter den deutschen Handwerkern in der Schweiz und durch diese in Deutschland Geltung zu verschaffen. Welchen Einfluß derselbe auf seine Umgebungen ausgeübt, wie erfolgreich derselbe gewirkt, dafür sprechen die vielen Klubs, welche Weitling allenthalben, wo er persönlich erschienen ist, hinterlassen hat und nicht weniger die Wichtigkeit, welche die Züricher Regierung, durch das auffallende Umsichgreifen der neuen Lehren auf sein Treiben aufmerksam gemacht, seinen Bestrebungen beigemessen hat." Über die Beziehungen Gutzkows zu Weitling schrieb Engelshofen am 8. August 1843: „Die Verhaftung Weitlings und der Bericht Bluntschlis hat den kommunistischen Umtrieben Vorschub geleistet, weil durch Bluntschlis Bericht die auswärtigen Regierungen bei der Unzuverlässigkeit und teilweisen Unrichtigkeit der Daten auf falsche Spuren und die Aufmerksamkeit auf Personen gelenkt wurde, die meist gar nicht an der Sache beteiligt waren. Dies ist in der Tat der Fall, denn durch die Beschuldigung Gutzkows, der mit Weitling weiter in keiner Berührung gestanden, als daß er letzteren im vorigen Jahre zu Lausanne besuchte und ihm schriftlich für die Zusendung des Werkes gedankt hat, und durch die Beschuldigung eines Wilhelm Schulz, der sich jüngst in einer größeren Schrift gerade als Gegner des Kommunismus erwiesen hat, und durch viele andere Umstände sind die eigentlichen Meneurs der Sache in den Hintergrund gestellt." Weitlings Schriften waren in Österreich strengstens verpönt und den Behörden die größte Aufmerksamkeit befohlen. Als 1845 der Gouverneur in Tirol, Graf Brandis, ein Exemplar der Broschüre „Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte" mit dem Bemerken einschickte, daß der Verfasser darin sein Hirngespinst über die materielle Gütergemeinschaft habe entfalten wollen, wurden die Länderchefs angewiesen, alle Maßnahmen anzuwenden, um das Einschwärzen dieser verderblichen Druckschrift zu verhindern. Am 27. Mai 1845 übermittelte der Gouverneur von Tirol Graf Brandis die zweite Auflage dieser Broschüre. „Jedes Blatt" — schrieb Brandis — „atmet nur höchst Verderbliches und es scheint, daß der Verfasser darin sein unglückliches Hirngespinst über die materielle Gütergemeinschaft vollends habe entfalten wollen." Sedlnitzky antwortete hierauf am 21. Juni, daß diese Broschüre wegen der darin enthaltenen gefährlichen Lehren des Kommunismus, nach welchem Haß und Feindschaft gegen alles Höherstehende gepredigt, sohin zur Gewalttat und zum Umsturz der bestehenden Ordnung aufgefordert wird, mit damnatur nec erga schedam erledigt worden sei.

4. März 1843. Dullers „Vaterland" erschien bis 1845.

7. März 1843. Julius Eduard Hitzig, geb. Berlin 26. März 1780, gest. daselbst 26. November 1849, Kriminalist und Schriftsteller, Herausgeber des „Neuen Pitaval", Biograph Werners und E. T. A. Hoffmanns.

12. März 1843. Das Lustspiel „Der Lügner und sein Sohn", nach dem Französischen von Kurländer, wurde im Wiener Burgtheater zum erstenmal am 19. März 1811 aufgeführt.

Paris, 18. März 1843. C. A. Mebold, von 1828 an Redakteur der von Cotta begründeten Zeitschrift „Das Ausland“, dann Redakteur der „Allgemeinen Zeitung“.

18. März 1843. Georg Friedrich Puchta, geb. Kadolzburg 31. August 1798, gest. Berlin 8. Jänner 1846, hervorragender Rechtslehrer, seit 1842 Professor an der Universität Berlin. — Friedrich Julius Stahl, Staatsrechtslehrer und Politiker, geb. München 16. Jänner 1802, gest. Brückenau 10. August 1861, seit 1840 Professor an der Universität Berlin.

26. März 1843. Fürst Felix Lichnowski, geb. 5. April 1814, gest. 19. November 1849, trat nach seinem Austritt aus der preußischen Armee als Brigadegeneral in die Dienste des Don Carlos. 1848 war er im Frankfurter Parlament ein heftiger Gegner der Radikalen und wurde von den Aufständischen ermordet. In einem Berichte vom 5. August 1844 wird er ein moderner Kondottiere genannt. — Costa Cabral, geb. Fornos de Algodres 9. Mai 1803, gest. São João da Foz 1. September 1889, portugiesischer Staatsmann, stellte 1842 die Verfassung Don Pedros wieder her und regierte als Diktator mit großer Willkür. Von 1870—1885 war er Botschafter am Vatikan.

Leipzig, 4. April 1843. Daß Saphir in München zu geheimen Diensten verwendet wurde, ist durch Prokesch' Tagebuch unzweifelhaft festgestellt. Die auf Saphir bezüglichen amtlichen Berichte wurden von mir in dem Aufsatze „Saphir“, „Österreichische Rundschau“, XVI, 5, benutzt. — Über die Untersuchungen gegen die Burschenschaft in Leipzig und Halle wird in einem Berichte vom 22. April aus Leipzig gemeldet: „Die Untersuchungen gegen die Burschenschaft führen, wie es scheint, hier zu keinem Resultat. In Halle dagegen sollen viele Papiere entdeckt worden sein. Die Papiere in Leipzig sollen eine Zeitlang bei dem Literaten Willkomm, dem Bruder eines verhaftet Gewesenen, verborgen worden sein. Indessen sind plötzlich wieder fünf Studenten wegen burschenschaftlicher Verbindung arretiert worden, andere wurden flüchtig. Wer diese unbedeutenden, unschuldigen Menschen sieht, kann nicht begreifen, was sie mit der Politik zu tun haben. Jedermann begreift, daß es bei ihnen mehr ein verbotenes Spiel als böser Ernst war.“

Frankfurt, 4. April 1843. Das königliche Reskript an Häring (Wilibald Alexis) wurde zuerst in der „Mannheimer Zeitung“ abgedruckt. — Dr. Julius Fröbel, geb. Griesheim 16. Juni 1805, gest. Zürich 6. November 1893, Publizist. 1833—1845 Professor der Mineralogie in Zürich, Begründer des literarischen Instituts in Zürich, wo unter anderem auch Herweghs „Gedichte eines Lebendigen“ erschienen sind, leitete auch einige Monate hindurch das Blatt „Der schweizerische Republikaner“. Fröbel war 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments und von diesem mit Moritz Hartmann und Robert Blum nach Wien gesandt, wo er verhaftet und zum Tode verurteilt, von Windischgrätz aber begnadigt wurde. Nach längerem Aufenthalt in Amerika zurückgekehrt, lebte er als Publizist von 1862—1866 zu Wien, gründete 1866 zu München die „Süddeutsche Presse“, war 1873—1889 deutscher Generalkonsul in Smyrna und Algier. Die vormärzliche österreichische Polizei hatte auf ihn ein scharfes Auge; er zählte in ihren Listen zu den „berüchtigten Demagogen“ und als er 1845 eine Reise nach Deutschland unternahm, beauftragte Sedlnitzky einverständlich mit Metternich die Länderchefs, Fröbel von dem k. k. Gebiet fernzuhalten, „da dieser De-

magoge hinsichtlich seiner politischen Umtriebe als höchst gefährlich geschildert wird und aus seiner literarischen Anstalt seit Jahren die verwerflichsten Produkte der Presse hervorgehen".

18. April 1843. Karl Ludwig Bernays (unrichtig Berneys), der Nachfolger Grüns in der Redaktion der „Mannheimer Abendzeitung", die er 1845 zurücklegte, worauf er sich nach Paris begab und mit Ruge, Marx und Börnstein den „Vorwärts" begründete. Nach dessen Verbot wanderte Bernays nach Amerika aus, wo er den „Anzeiger des Westens" leitete. (Salomon III, 424.) — Daniel Friedrich Bassermann, geb. Mannheim 24. Februar 1811, gest. 29. Juli 1855, badischer Politiker, Haupt der Opposition gegen das Ministerium Blittersdorf, Verleger der „Deutschen Zeitung". In einem Geheimberichte (Ende September 1843) heißt es: „Bassermann, jetzt einige dreißig Jahre alt, der reichste unter sämtlichen Deputierten, studiert jetzt noch die Rechte und Naturwissenschaft in Heidelberg, um seinen Beruf als Volksvertreter ganz zu erfüllen. Seine Unabhängigkeit hat ihm eine Rücksichtslosigkeit eingeflößt, die ihn schon mehrmals die parlamentarischen Schranken übertreten ließ." Am 7. Oktober 1843 meldete Engelshofen aus Mainz: „Bassermann, Mathy und Hecker, diese drei Männer, von welchen Mathy mit dem Umtriebswesen im Auslande genau vertraut und zweifelsohne auch noch immer mit den Koryphäen des Schweizer Radikalismus in Verbindung ist, scheinen in der Tat dazu bestimmt zu sein, bei den nächsten Ereignissen eine wichtige Rolle zu spielen und dürften vielleicht gar die Hauptführer der Opposition werden, die bisher eines durch äußere Glücksumstände gänzlich unabhängigen und entschiedenen Leiters wie Bassermann entbehrte." — Das von Karl Grün von 1842—1844 geleitete Blatt führte den Titel „Sprecher für Rheinland und Westfalen". Sein Vorgänger in der Redaktion dieses Blattes war Roderich Benedix. (Salomon XIV, 368.)

Frankfurt im April 1843. Wilhelm Theodor Sehring (nicht Schering, wie sein Name wiederholt geschrieben wurde), geb. Königsberg 12. April 1816, Dichter und Publizist, hielt sich in den Jahren 1837—1839 zu Wien auf, wo er für einige Zeitschriften Beiträge lieferte, begab sich 1841 nach Straßburg, wo er bis 1846 blieb, worauf er sich in Stuttgart bis 1855 aufhielt, dann durch ganz Deutschland zog und literarische Vorträge hielt, bis er endlich nach kurzem Aufenthalt in Karlsruhe in seine Heimat Ostpreußen zurückkehrte, die er aber bald wieder verließ, um in Karlsruhe dauernden Aufenthalt zu nehmen. Von seinen Dichtungen sind besonders hervorzuheben: „Gedichte eines Ostpreußen" (1843), die „Zensoriade", die der Präfekt in Straßburg als „une espèce de satyre en vers" bezeichnete, und „Nur ein Menschenleben" (1863). (Vergl. Wiltberger, Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg, S. 42 u. 178.) Im Februar 1843 berichtete der Geheimagent Schäfer aus Straßburg: „Eine wichtige Person ist der Ostpreuße Sehring, ein Seitenstück zu Herwegh, dessen Kühnheit ihm jedoch abgeht. Seine Niederlassung datiert vor zwei Jahren her. Derselbe ist Junghegelianer und Poet und machte sich in Straßburg zuerst als Feuilletonist im ‚Courier du Bas-Rhin' bemerklich. In erster Zeit trieb er sich ausschließlich mit den polnischen Demokraten herum und trat erst vor nicht langem mit Rauschenplatt, Schlund und Pistor durch Vermittlung des Archäologen Stöber in nähere Berührung. Im Jahre 1843 gab er eine erste Reihe ostpreußischer Gedichte heraus. Für 1843 ist ein politisches

Werklein ‚Teufeliade‘ angekündigt. Alles im Stil des verstorbenen Hundt-Radowsky. Sehring ist indessen ziemlich beredt, hat ein gewinnendes Äußere und ist einer von den Männern, welche in der jetzigen Periode einige Bedeutung gewinnen können, da er Korrespondent mehrerer auf Preßfreiheit hinarbeitender deutscher, namentlich preußischer Blätter ist, unter welchen man die ‚Stettiner Zeitung‘ anführen kann.“ Über die „Gedichte eines Ostpreußen“ berichtete Engelshofen aus Mainz am 21. April 1843: „In diesen Gedichten feiert Sehring den raschen Aufschwung des politischen Geistes in seiner Heimat und kündigt in dem seine politische Denkungsweise deutlich bezeichnenden Nachwort eine Folge von Schriften an, in welchen seine Tendenzen noch entschiedener hervortreten sollen.“ In einem Berichte Engelshofens vom 28. August 1845 wird mitgeteilt, daß Sehring, der seit Jahren einen nachteiligen Einfluß auf Deutschland ausübe, nach der Schweiz abgegangen sein soll, wo er mit Fröbel zusammentreffe. Während seines Wiener Aufenthaltes konnte sich Sehring des besonderen Wohlwollens Grillparzers erfreuen, den er noch in späterer Zeit seinen „Wohltäter, Schützer und Freund seines Jugendlebens und Jugendstrebens“ nennt. In einem Brief aus Berlin (20. März 1856) versichert er Grillparzer, daß er ihm noch immer mit inniger und unendlicher Liebe zugetan sei und nie aufhören werde, der von ihm empfangenen Wohltaten eingedenk zu bleiben und ihn als den großen, herrlichen und hochgefeierten Dichter zu verehren, zu dessen vortrefflichen Werken er immer von neuem aus dem Gewühle des Lebens zurückkehre, um in denselben immer neue, schöne Genüsse zu suchen und zu finden. „Was mein Leben und Streben betrifft“, — fährt er fort — „so hat sich dasselbe ungeachtet mancher Sorgen und Mühen noch immer recht freundlich gestaltet und mich an vielen Orten eine sehr günstige Aufnahme finden lassen, wiewohl ich freilich auf eine ganz andere Bahn gekommen als jene war, für die ich einst in Österreich mich vorzubereiten suchte, denn ob ich auch noch glaube, wie dies ja Ihr geschätztes Urteil so freundlich mir bestätigte, für dichterische Schöpfungen nicht ohne Anlage zu sein, so ist dieselbe doch mir nicht zur Reife gekommen und namentlich in früheren Jahren durch die Politik erstickt worden und jetzt lediglich die Prosa, teils in einzelnen Aufsätzen, teils und vor allem in meinen öffentlichen Vorlesungen mein eigentliches Feld, welches jedoch auch einer poetischen Auffassung und eines wesentlich poetischen Elements und Hauches nicht entbehren dürfte. Dies hat denn auch vor allem meinen Vorlesungen eine so günstige Aufnahme verschafft, daß ich dieselben nicht nur in Stuttgart, sondern auch in Karlsruhe und Frankfurt a. M. und gegenwärtig in Berlin zu halten und dadurch für mich und meine Familie den Lebensunterhalt zu gewinnen vermochte. . .“ Auch in einem zweiten, nahezu sieben Jahre später (15. Jänner 1863) an Grillparzer gerichteten Brief mit den innigsten Segenswünschen zu dessen Geburtstag gedenkt Sehring der unvergeßlichen Tage, in denen er des Dichters Umgang genießen durfte und sendet ihm eine Sammlung von Gedichten („Nur ein Menschenleben“), „die nichts weiter sind, als Herzensergießungen aus dem eigenen Leben. Wie hätte sich aber in diesen Herzensergießungen vor allem auch das abspiegeln sollen, was Sie einst für mich getan haben und mir gewesen sind? Lesen Sie die vier Gedichte, welche ich an Sie gerichtet habe, Seite 79—91, mit freundlicher Nachsicht und ebenso die Lieder aus Schwarzenau, Seite 40—78. Es sind Klänge, wie sie in jener fernen Zeit zuerst entstanden, dann aber später noch umgestaltet wurden . .

Wie glücklich hätte ich sein können, wenn ich damals ganz den von Ihnen gegebenen Anregungen gefolgt wäre. Leider aber riß mich die Politik in ihren Strudel hinein und Lebensglück und Poesie gingen dabei gleich sehr verloren. Wohl habe ich später so manches zu wirken vermocht. doch es geschah auf anderen Gebieten als auf jenem der literarischen Produktion. Zehn Jahre wirkte ich in Stuttgart als Lehrer der deutschen Literatur, während ich zugleich dort und in anderen süddeutschen Städten literaturgeschichtliche Vorträge hielt, die sich einer sehr günstigen Aufnahme zu erfreuen hatten. Im Jahre 1848 noch einmal von der Politik ergriffen, suchte ich nur im Sinne einer friedlichen Vermittlung zu wirken, indem lange ehe der jetzige Nationalverein ins Leben trat, zu Stuttgart von mir ein solcher Verein gestiftet und geleitet wurde. Währenddessen erwachte aber in mir immer gewaltiger die Sehnsucht zu meinem fernen Heimatlande. Ich suchte sie dadurch zu stillen, daß ich über die Geschichte seiner großen ritterlichen Vorzeit, auf deren Schauplatz einst auch der so herrlich von Ihnen besungene Ottokar auftrat, in Stuttgart, Karlsruhe, Frankfurt und anderen Städten Vorträge hielt. Da dies meine Sehnsucht aber nur noch steigerte, so kehrte ich im Jahre 1855 mit meiner Familie nach Preußen zurück. Meine zu Berlin in der Singakademie darüber gleichfalls gehaltenen Vorträge berechtigten mich zu den schönsten Hoffnungen einer glücklichen Zukunft; doch in meiner Vaterstadt Königsberg selbst sollte ich von neuem den traurigsten Tagen entgegengehen. Alles schlug mir dort fehl und zu den Hemmungen meiner fast gänzlichen Erblindung traten noch sonstige Körperleiden. Ich muße die Heimat heimatlos wieder verlassen, bis ich endlich wie in den Tagen der Jugend zweimal ein ländliches Asyl fand und durch einen in Elbing zu meinen Gunsten zur Zeit des Schillerfestes gebildeten Verein Erleichterung erhielt. Von neuem drängte es mich da nach neuer Schriftstellertätigkeit; aber nicht nach poetischem Schaffen, denn jene Zeit ist für mich, den früh Gealterten, längst vorüber — sondern nach umfassenden prosaischen Arbeiten über Pädagogik, Literatur und Geschichte. Da aber diese Arbeiten, mit denen ich jetzt beschäftigt bin, noch in einigen Jahren nicht zum gänzlichen Abschluß kommen können, so entschloß ich mich dennoch zu der Herausgabe meiner Gedichte. Die Vorrede sagt Ihnen das Weitere. Wollen Sie freundlichst alles dasjenige erwägen und gewähren, was darin ausgesprochen ist. Das Buch strömt mein ganzes Herz und Leben aus und stellt meine stufenweise unter mancherlei Wandlungen fortschreitende Geistesentwicklung dar, wie sie in dem Frieden eines religiösen Stillebens ihren Ausgang und Abschluß gefunden. Ich bitte daher. auch nicht nach einzelnen Stücken, sondern nur nach dem Zusammenhange des Ganzen zu urteilen und namentlich daran keinen Anstoß zu nehmen, daß ich auch den politischen Radikalismus meiner Jugend in einzelnen seiner Kundgebungen hier dargestellt habe. Ich bin noch entschieden für den politischen Fortschritt und für eine gesetzmäßige konstitutionelle Freiheit, aber nur für eine solche, die unentweiht, heilig und rein ist und die mit den Forderungen des christlichen Glaubens übereinstimmt . . . Mein Herz jauchzte laut auf, als ich in der ‚Illustrierten Zeitung‘ die Skizze über Sie von Otto Prechtler las, die so ganz nach meiner eigenen Empfindung und Erfahrung geschrieben war. Das Bild Ihres Geburtshauses und Ihres Arbeitszimmers, in dem wir Sie selbst erblicken, hängt über meinem Schreibtisch. Wie oft durft' ich dort neben Ihnen sitzen und Ihre Worte vernehmen. Wo ist sie hin, die schöne, selige Jugendzeit! Wie vieles hat

sich seitdem verändert! Mit tiefem Schmerz las ich die Kunde von dem Falle des Hauses Arnstein. So Gott will, ist doch alles wieder in Gang gekommen . . ." Auch in diesem Briefe, wie in den vorhergehenden, bittet Sehring ihn doch einmal durch ein paar Zeilen zu erfreuen. Bei der Abneigung Grillparzers vor dem Briefschreiben, scheint diese Bitte nicht erfüllt worden zu sein. — Gustav Mühl, geb. Straßburg 7. Mai 1819, gest. daselbst 27 August 1880, gehörte dem Kreise jener elsässischen Dichter (Candidus, Stöber, Ungerer, Jäger) an, die für das Deutschtum im Elsaß begeistert eintraten. Nach der Wiedergewinnung des Elsasses wurde er Bibliothekar an der Universitätsbibliothek in Straßburg. „Die deutsche Partei (im Elaß)" — schrieb im Mai 1847 ein Geheimagent — „hat auch unter einer Anzahl Literaten und Volksdichtern Anhänger. Die Brüder Stöber, Dr. Mühl, die Volksdichter Hirz und Bernhard (ein Setzer) gehören hierher. Sie alle sind Deutsche im besten Sinne des Wortes und tun und leiden vieles, um deutsches Wesen und deutsche Ehre bis zur Stunde der Wiedervereinigung mit dem einigen freien Deutschland zu erhalten."

23. April 1843. Johann Kaspar Bluntschli, geb. Zürich 7. März 1808, gest. Karlsruhe 21. Oktober 1881, Staatsrechtslehrer, früher konservativ, dann liberal. Über Bluntschlis Wirken in der Schweiz vergl. seine „Denkwürdigkeiten". (Nördlingen 1884.) Über seine energische Haltung dem Kommunismus gegenüber und über die strenge Handhabe der Fremdenpolizei im Kanton Zürich, die durch ihn eingeführt wurde, liegen mehrere Schweizer Berichte vor. Im Gegensatz zu Zürich fand der Kommunismus im Aargau selbst unter den Mitgliedern des Regierungsrates offene Anhänger. Wiederholt wird geklagt, daß von den einzelnen Kantonen keine gemeinsamen Maßregeln gegen den Kommunismus ergriffen werden. Über Bluntschlis Wiener Aufenthalt (1842) legte der Bregenzer Polizeikommissär Bernhardt ein Schreiben aus Zürich vom 16. Dezember 1842 vor, worin es heißt: „Allerdings ist Johann Kaspar Bluntschli mit einer Mission in Postangelegenheiten und wegen der Verbindungen mit Italien nach Wien geschickt worden. Es ist aber nicht bekannt, daß Bluntschli diesen Auftrag auch in persönlicher Absicht übernahm. Derselbe hat sich durch seine Zeitungsfehden und durch seine derbe Bekämpfung der revolutionären Partei und die Herbeiführung der Gebrüder Rohmer bei dieser in einen unauslöschlichen Haß gesetzt. Allein auch bei den Anhängern des Zustandes vor 1830, zu dessen Sturz er ebenfalls beigetragen, wird er nicht gern gesehen. Bluntschli sieht sich daher um eine Retraite um; er soll von Metternich ausgezeichnet empfangen und täglich zum Speisen eingeladen worden sein." — Bischof Friedrich Rulemann Eylert, geb. Hamm 5. April 1770, gest. Potsdam 3. Februar 1852, der Berater Friedrich Wilhelms III., Verfasser des Werkes „Charakterzüge und historische Fragmente aus dem Leben Friedrich Wilhelms III." (nicht wie im Text Friedrich Wilhelm IV); 3 Teile, 1843—1846.

27. April 1843. Laube traf am 22. Oktober 1845 in Wien ein und verblieb bis 19. November; er hatte ein Jahr vorher sein Stück „Struensee" dem Hofburgtheater eingereicht. Schon waren die Dekorationen gemalt, als eines Tages die Nachricht kam, daß das Stück verboten sei. — Jenen österreichischen Schriftstellern, die sich dem Geistesdrucke durch den Aufenhalt im Auslande entzogen haben, gesellte sich auch der junge Dichter Alfred Meißner (geb. Teplitz 15. Oktober 1822, gest. Bregenz

29. Mai 1885); auch er zog nach Leipzig, wie die Österreicher Herloßsohn, Kuranda, Moritz Hartmann, Karl Beck, Uffo Horn, Hermann Rollett, Johannes Nordmann und Eduard Mautner, und auch er hatte die Quälereien der Zensur zu empfinden. Schon seine erste Gedichtsammlung, die 1845 im Verlag von Reclam in Leipzig erschien, brachte ihn mit der österreichischen Zensur in Konflikt; er hatte im Dezember 1844 zwei Manuskripte dem Bücherrevisionsamte in Prag vorgelegt, wovon eines das Imprimatur erhielt, in dem anderen dagegen die Gedichte „An die Frauen", „Ein Atheist", „Nachtwache der Liebe", „Versöhnung", „Trübe Stunden" gestrichen wurden. Trotzdem nahm sie Reclam in die Sammlung auf. Meißner, deswegen zur Verantwortung gezogen, wies ein Schreiben Reclams vor, worin dieser mitteilte, diese Gedichte gegen Meißners Willen aufgenommen zu haben. Nach Erscheinen seiner Dichtung „Ziska", die ohne Zensurbewilligung bei Friedrich Herbig erschien, wurde er abermals in Untersuchung gezogen. Auch die Korrespondenz Meißners wurde überwacht, namentlich sein Briefwechsel mit Moritz Hartmann sowie die Briefe, die er fern von der Heimat an die Eltern gerichtet hatte. Wie begeistert schrieb er an Freund Hartmann nach dem Erscheinen von „Kelch und Schwert": „Bei Gott, ich kenne nichts Schöneres als die ‚Lieder an die lebende und an die tote Therese' die ‚Polenlieder', die ‚Balladen' die ‚Böhmischen Elegien'. Du verdienst es, Lenaus Freund zu sein." Voll Freude schreibt ihm Hartmann aus Leipzig zurück (17. Jänner 1845), nicht ohne der Heimat zu gedenken: „Du weißt nicht, wie sehr man sein Vaterland liebt, wenn man über der Grenze ist, und wie sehr es mich schmerzt, nicht zurückkehren zu können ... Wenn meine Verse irgendeinen Beifall finden, möchte ich diesen Beifall doch am liebsten in meiner Heimat genießen ..." Am 2. Februar 1845 zeigt Meißner seinem Freunde an, daß dessen Gedichte der Gegenstand eifriger polizeilicher Nachforschungen seien. „Gestern trat ein schöngelockter Jüngling mit einem Schnurrbärtchen in alle Buchhandlungen (Prags) und äußerte den Wunsch, ‚Kelch und Schwert' zu kaufen; als man ihm das Buch hinlangte, da winkte er mit dem Finger und herein traten fünf Polizeibirren, die den ganzen Vorrat auffaßten." Am 16. Februar 1845 berichtet Meißner abermals über das große Aufsehen des Buches, doch sei der Erfolg bei den echten Tschechen kleiner, als er erwartet habe. „Sie sind sämtlich russisch gesinnt und werden Dir den Vers ‚An Deutschlands Halse wein' dich aus' nicht verzeihen können." Einige Wochen waren seitdem verflossen und Hartmann hatte nicht geantwortet; er ärgerte sich über Meißners furchtsames Betragen in der Zensurangelegenheit. „... Hast Du einmal den Mut gehabt" — schrieb er — „die Sachen zu schreiben und drucken zu lassen, so hättest du auch den Mut haben sollen, sie zu vertreten." In den Briefen an seine Eltern kommt Meißner wiederholt auf seine literarische Produktion zu sprechen. Die Nachricht, daß die böhmischen Ultras mit ihm nicht zufrieden seien, berührt ihn recht empfindlich. „Die lächerliche Klasse" — schrieb er am 16. Dezember aus Dresden an seine Mutter — „sollte froh sein, daß zwei Männer wie Hartmann und ich die böhmische Nation in Deutschland zu Ehren bringen, wo Böhmen bisher für ein Land der Böotier gehalten wurde." Den erzürnten Vater, dem die polizeilichen Aktionen nicht behagten, die sein Sohn durch die Übertretung der Zensurvorschriften hervorgerufen hatte, suchte der Sohn zu besänftigen. „Ein ganzes Jahr von Arbeit und Sinnen" — schrieb er aus Dresden am 16. Dezember 1846 — „eine ganze Welt

von Hoffnungen und Freuden hing an meinem ‚Ziska‘ — sollte ich, konnte ich sagen: er soll ungedruckt, ungekannt bleiben, weil er unter österreichischer Zensur nicht erscheinen durfte.“ Auch einige Tage später, am 25. Dezember, schüttet er dem Vater sein Herz aus, mit dem Geständnis, daß er nicht zur ecclesia militans gehöre und kein Revolutionär sei, vielmehr das Bedürfnis des Friedens in sich habe. Nicht ohne Behagen weist er auf einen Artikel der „Mannheimer Abendzeitung“ hin, wo geschrieben stand, „die Panslawisten wollen Böhmen vindizieren, aber ein Land, das zwei Poeten wie Meißner und Hartmann zum Kontingent deutscher Poeten geschickt habe, ist ein deutsches Land“. Der Vater ist versöhnt, und der Sohn freut sich nun, daß die väterliche Liebe es ihm vergönne, sich frei und ungebunden in der Welt umzutun; er gibt im Jänner 1847 seinen Reiseplan bekannt. Und auf der Wanderung schreibt er von Hannover aus am 23. Jänner 1847 an Frau Schäffer in Prag: „Oft scheint es mir, ich sollte die Heimat erst wiedersehen, wenn tiefeingreifende politische Änderungen dort vorgegangen. Wer einmal die Süßigkeit der Freiheit genossen hat, wer es einmal empfunden, wie schön es ist, nur dem eigenen Genius gehorchend zu schaffen, der mag sich nicht mehr von Polizeifingern sein reines Manuskript betasten lassen.“ Mit einem von Köln aus an den Vater gerichteten Schreiben (27. Jänner 1847) schließt die Reihe der interzipierten Briefe. Darin erklärt er, sich bei seiner Rückkehr zu wehren; er sei der schüchterne Junge nicht mehr, der er vor einem Jahre war. „Wenn man durch allgemeine Akklamation etwas vor der Welt und dem Publikum geworden, findet sich ein wunderbarer Mut, von selbst seine Sache offen und männlich zu vertreten.“

4. Mai 1843. Aurel Buddeus hielt sich vom 11. Oktober 1842 bis Mitte April 1843 in Wien auf, um hier medizinische Studien zu machen. Von Sedlnitzky aufgefordert, Laubes Schwager zu überwachen, berichtete am 14. Juni die Polizei, daß Buddeus keinen bedenklichen Umgang habe, vielmehr in mehreren distinguierten Häusern verkehre, unter anderen in jenem des Fürsten Esterhazy.

5. Mai 1843. Über Gutzkows Aufenthalt in der Lombardei vergl. die Berichte vom 16. Juni und 16. Juli 1843. Metternich, der von der Reise Gutzkows in österreichisches Gebiet erfuhr, unterließ es nicht, den Gouverneur in Mailand, Grafen Spaur, auf das Erscheinen dieses „Touristen“ aufmerksam zu machen. „Herr Gutzkow“ — schrieb er an Spaur am 18. Mai 1843 — „der Gründer des sogenannten Literarischen Deutschlands, ist ein Schriftsteller, dem es keineswegs an Talent gebricht, und der Verstand genug besaß, um die Bahn zu verlassen, die er sich anfangs gebrochen hatte und durch welche er Ruf erwarb. Wenn Gutzkow auch nicht mehr zu den eigentlichen revolutionären Schriftstellern gezählt werden kann, so bewahrt er doch sorgsam den liberalen Anstrich und steht noch immer mit allen Notabilitäten des sogenannten Fortschrittes in freundschaftlichen Verhältnissen. Auf den Ertrag seiner Feder für den Lebensunterhalt angewiesen, sammelt er auf seinen Reisen Materialien zu Beurteilungen der Zustände der bereisten Länder, und diese Urteile, wie dies mit den Pariser Briefen der Fall war, sind gewöhnlich scharfsinnig, jedoch ohne Gründlichkeit, und sind mit Anekdoten gewürzt, die den Leser anziehen, ohne daß dieser selbe zu konstatieren sich bemühte. Der vorherrschende Zug in Gutzkows Charakter ist ein ungewöhnlicher Grad von Eitelkeit und Eigendünkel; aus dieser schwachen Seite läßt sich nun Vorteil ziehen. Es ist zu wünschen, daß dieser Schriftsteller

überall einen guten, freundlichen Empfang antreffe, daß dessen Berührungen mit literarischen und sonstigen Notabilitäten durchaus kein Hindernis in den Weg gelegt, ihm nirgends mit Argwohn begegnet werde. Ich baue auf E. E. bewährten Takt, um zwischen einem leicht verletzenden Mißtrauen und einer der Würde der k. k. Behörden nicht geziemenden Gefallsucht die rechte Mitte zu finden. Die Beobachtung dieses Reisenden muß übrigens ganz unauffällig sein, und es wird in ihm einen günstigen Eindruck zurücklassen, wenn er die Überzeugung mit nach Hause bringt, daß die Plackereien der Unterbehörden, über welche so oft ungerechterweise geklagt wurde, entweder gar nicht bestehen oder nur solche Leute treffen, die dies im vollen Maße verdienen. Völlige Unbefangenheit und gehörig begrenzte Offenheit dürften ihre Wirkung auf Gutzkow nicht verfehlen." — II. S. 86. Ludwig Döbler, der berühmte „Zauberkünstler", geb. Wien 1801, gest. Gstettendorf 17. April 1864, gab seine ersten öffentlichen Vorstellungen im Theater in der Josefstadt, unternahm dann Kunstreisen durch ganz Europa, erwarb ein ansehnliches Vermögen und zog sich Mitte der vierziger Jahre ins Privatleben zurück. Dingelstedt, der ihm befreundet war, schrieb seine Biographie.

7. Mai 1843. Am 28. April 1843 schrieb Gutzkow an Beurmann: „Folgende Notiz wird Dir so interessant sein, wie sie mir's war: Dingelstedt ist mit vorläufig 1500 fl. beim König von Württemberg als Privatsekretär angestellt. Er schrieb es mir soeben selbst. Er hat, was er wünschte, und wenn diese Stellung nicht verdächtigt wird, ist sie schon des besten Glückwunsches wert. Er läßt Dich grüßen, bittet aber um diskrete Behandlung dieser für ihn allerdings wichtigen Angelegenheit." Die Befürchtung, Dingelstedt werde nach seiner Abreise von Wien animose Artikel gegen Österreich veröffentlichen, veranlaßte den Leiter des Mainzer Informationsbureaus, Dingelstedt durch seinen Freund Dr. Beurmann zur Mäßigung und Klugheit auffordern zu lassen. „Ich empfinde" — schrieb hierauf am 15. Mai Dingelstedt an Beurmann — „das Richtige Deiner Bemerkungen hinsichtlich meiner hiesigen Stellung und der Art und Weise, wie solche von der deutschen Journalistik ausgebeutet und dargestellt wird. Indessen kann und will ich zurzeit ebensowenig dagegen auftreten, wie unlängst gegen die Wiener Schurken, um so weniger, als mein ganzes Verhältnis annoch ein provisorisches ist, aus dem sich viel machen läßt, mit Schonung, Mäßigkeit und Diskretion angefangen. Einstweilen beruhige Deine freundliche Teilnahme die Versicherung, daß es mir wohl geht und daß der König fortwährend voll Güte und Interesse mir begegnet Näheres bald. Wenn ich nicht mit dem König gehen muß, der wahrscheinlich anfangs Juli nach Livorno reist — Stillschweigen darüber — so komme ich auf ein paar Stunden hin zu Dir und sehe dann die Meinen einmal wieder." — Ernst von Münch, geb. Rheinfelden 25. Oktober 1798 gest. daselbst 9. Juni 1841, Historiker, folgte 1831 einem Ruf als Bibliothekar der königl. Privatbibliothek in Stuttgart.

21. Mai 1843. Gemeint dürfte hier der „Sprecher für Rheinland und Westfalen" sein, der früher der „Westfälische Anzeiger" hieß.

28. Mai 1843. Es dürfte Graf Dominik Teleky (geb. 1810, gest. 1876) gemeint sein, der als Publizist und nationalökonomischer Schriftsteller eine fruchtbare literarische Tätigkeit entfaltete. Sein Lehrer war Karl Szász, geb. 25. Jänner 1798, gest. 23. Oktober 1853. Biographie bei Wurzbach, 41, S. 185 f. In einigen Berichten wird auch

Graf Ladislaus Teleky genannt, wegen seiner Verbindung mit den politischen Chorführern während seines Pariser Aufenthaltes.

Mainz, Juni 1843. Kuhlmann aus Holstein hielt in Deutschland öffentliche Vorlesungen über sozialistische Fragen; allenthalben ausgewiesen, begab er sich nach der Schweiz, wo er im Interesse des Sozialismus tätig und mit den Führern der Bewegung in Verbindung getreten war; er stand in Beziehung zu den Leitern der kommunistischen Sekte in Lausanne. August Becker und S. Schmidt, die anfangs seine Gegner, später aber entschiedene Anhänger seines Systems wurden. Aus dem Kanton Waadt gewiesen, begab er sich wieder nach Deutschland, und zwar zuerst nach Württemberg (Ende 1845), dann in die Rheinprovinzen; er hatte in der Schweiz die Masse der Kommunisten zu Gegnern und nur eine kleine Fraktion für sich. (Aus dem Protokolle der Zentral-Informationskommission.) Kuhlmann, der zu den geheimen Berichterstattern zählte, lieferte umfassende Berichte über die kommunistische Bewegung in der Schweiz. Vergl. Einleitung, III, S. LXXXIV.

Frankfurt, Juni 1843. Das „Frankfurter Journal" verdankte die Zunahme seiner Leser der Parteinahme für den Deutschkatholizismus, wehalb es von dem Bischof Arnoldi in Trier mit dem Interdikt belegt wurde. — Philipp Veit (1793—1877) war von 1830 bis 1843 Direktor des Städelschen Instituts. — Eduard v. Steinle (1810—1886), Historienmaler, von 1850 an Professor am Städelschen Institut.

Leipzig, 1. Juni 1843. Eduard Heinrich von Flottwell, Oberpräsident von Posen, dann von Sachsen, Westfalen, Preußen und Brandenburg, von 1844—1846 preußischer Finanzminister, 1858 Minister des Innern.

24. Juni 1843. Theodor Oelkers, geb. Leipzig 21. Juni 1816, gest. daselbst 20. Jänner 1869, Schriftsteller. Wegen seines Anteils an der Revolution 1850 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, jedoch 1859 begnadigt, machte er sich in Porto Allegre in Brasilien ansässig und redigierte daselbst die „Deutsche Zeitung". 1862 kehrte er in die Heimat zurück.

27. Juni 1843. Leberecht Dreves, geb. Hamburg 12. September 1816, gest. Feldkirch 19. Dezember 1870, Advokat in Hamburg, trat 1846 in Wien zur katholischen Kirche über; 1862 übersiedelte er nach Feldkirch. Josef von Eichendorff, sein langjähriger Freund, gab 1849 dessen Gedichte heraus.

8. Juli 1843. Die „Dresdener Abendzeitung" wurde 1817 von Winkler (Theodor Hell) und Friedrich Kind begründet; Lewalds „Europa" 1835.

21. Juli 1843. Ignaz Wildner von Maithstein, hervorragender österreichischer Jurist, gest. 13. November 1854. Von ihm erschien 1843 „Ein Haupthindernis des Fortschrittes in Ungarn."

24. Juli 1843. Ein Dr. Henle (Hänle?) war lange Zeit Redakteur des in Nürnberg erscheinenden „Korrespondenten von und für Deutschland".

Leipzig, 4. August 1843. Über Moriarty vergl. Anmerkung zu 5. Mai 1842. Für die bei Weber in Leipzig erschienene Boz-Ausgabe übersetzte er „Master Humphreys Wanduhr"; 1841 erschien eine Übersetzung von Turnbulls „Reise durch die österreichischen Staaten"; 1843 gab er „Leben und Wirken O'Connells" heraus; auch erschien von

ihm eine „Chrestomathie aus englischen Autoren in Prosa und Poesie". — Friedrich Steger, geb. Braunschweig 1811, gest. Leipzig 30. September 1874, Schriftsteller, gab 1843 mit Blum das Taschenbuch „Vorwärts" heraus, schrieb Gedichte wie auch historische und kunstgeschichtliche Werke, übersetzte Romane aus dem Englischen, ließ Ergänzungsblätter für Konversationslexika erscheinen und redigierte einige Zeit die von Lewald begründete „Europa." — Über Kaufmanns Streit mit Laube vergl. Anmerkung zu Leipzig, 15. August 1843.

Frankfurt, 5. August 1843. Therese von Bacheracht, Schriftstellerin, geb. Stuttgart 4. Juli 1804, gest. auf einer Reise in Tjilatjag 16. September 1852.

14. August 1843. In der Schrift „Dies Buch gehört dem König" fordert Bettina von Arnim einen neuen Staat, den nur ein von allgemeinster Menschenliebe erfülltes Königtum schaffen könne. Über die sozialistischen Bestrebungen in Berliner Kreisen wurde 18·7 berichtet: „Selbst in den Teegesellschaften wurden soziale Fragen behandelt. Die Tendenz dieser Teegesellschaften ist eine sozialistische, indem die Versammelten sich vorzugsweise über ein in Wesen und Form zu verbesserndes Leben unterhalten und besprechen. Vorzüglich ist es das weibliche Geschlecht, das sich nach Befreiung von den Fesseln des Herkommens, der Mode, der Konvenienz sehnt. Unter allen Frauen dieser Art in Berlin, die einen öffentlichen Ruf genießen, ist Bettina von Arnim unstreitig die erste und bedeutendste. Daß ihre Abendzirkel den bezeichneten Charakter haben, ist hier allgemein und selbst dem Hofe bekannt. Man läßt sie gewähren, da sie hier in allgemeiner Achtung steht und man ihr von Rechtswegen nichts anhaben kann."

Leipzig, 15. August 1843. In einem Briefe vom 9. August 1843 beruhigte Jakob Kaufmann seine Schwester Henriette in Prag über seine „Ausschreitung"; er beabsichtige entweder nach Brüssel zu gehen, um dort seinen Unterhalt durch Unterricht in der deutschen Sprache sowie durch die Feder zu erwerben. Es sei auch möglich, daß er in Deutschland bleibe, da sich Kühne bemühe, ihm eine Anstellung bei einem Journal zu verschaffen. In einem Briefe vom 10. August d. J. an Julius Seidlitz teilt Kaufmann mit, daß es sich bald entscheiden werde, ob er in Leipzig bleiben könne. „Du wirst" — setzt er fort — „im ‚Komet' einen leider etwas verstümmelten Aufsatz von mir gegen H. Laube wegen seines Kohls über das Slawentum in Böhmen finden. Sein Unsinn in der „Eleganten" war zu groß. Ich wunderte mich, daß Ihr in Prag davon keine Notiz nahmt, oder vielmehr ich wunderte mich nicht." Über diesen Artikel im „Komet" gibt folgende Stelle aus einem Briefe Kaufmanns vom 21. Oktober 1843 an seinen Bruder Aufschluß: „Ich sah mich genötigt, die Tschechen gegen eine ihnen feindliche Partei in Deutschland in Schutz zu nehmen, und wie ich höre, hat meine Verteidigung in Prag vielen Lesern gefallen."

Frankfurt, 23. August 1843. Der II, S. 120, Z. 16, im Druck verstümmelte Name lautet richtig: Heller.

1. September 1843. Der Göler-Habersche Streit reicht in das Jahr 1838 zurück. Als 1843 der badische Oberleutnant Göler auf einer Einladungsliste zu einem Ball den Namen Haber erblickte, erklärte er, ein Fest nicht besuchen zu können, woran ein derartiger Mensch teilnehme, der wegen eines früheren Streites keine Genugtuung gegeben habe. Haber wurde infolgedessen von dem badischen Offiziers-

korps als nicht satisfaktionsfähig erklärt, worauf Habers Sache der russische Leutnant Beresskin übernahm und ein Duell mit Göler herbeiführte. Schwer verwundet, gab Göler noch einen Schuß ab, der seinem Gegner den Tod brachte. Nun kehrte sich der Groll der Bevölkerung gegen Haber, der nur durch einen Verhaftsbefehl des Kriegsministeriums vor Lynchjustiz gerettet wurde.

18. September 1843. Dr. M. Heß, sozialistischer Schriftsteller, war Redakteur der „Rheinischen Zeitung", dann Pariser Korrespondent der „Mannheimer Abendzeitung." — Georg Schirges, geb. Lüneburg 16. März 1811, gest. Mannheim 23. Februar 1879, einer der eifrigsten Anhänger des Sozialismus, redigierte den „Telegraphen" nach Gutzkows Rücktritt von 1841—1845. Rollett, der ihn besuchte, schildert ihn als einen vortrefflichen Menschen, still und bewegt. „Sein Laden, das Schlachtfeld des Jungen Deutschland" — schrieb er — „interessierte mich mehr als er selbst." Von ihm erschien: „Blätter eines Humoristen" (1838); „Wellenschläge" (1840); „Der Balgentreter von Eilersrode" (1845).

30. September 1843. „‚Das Buch der Frau' von Arnim" — wird im September 1843 aus Frankfurt berichtet — „das bekanntlich in zwei Teilen erschienen ist, trägt durch seine Schilderungen des Elends in Berlin, seine freimütige Sprache über Staat und Kirche, oder vielmehr Politik und Religion, nicht wenig dazu bei, sich mit dem Kommunismus in seiner gelinderen Form zu befreunden. Sehr erstaunt ist man aber, daß das Buch der Bettina in Berlin die Zensur passieren konnte. Die Verfasserin sendete das Manuskript davon dem König, und dieser befahl, nachdem er es gelesen, dem Druck desselben keine Hindernisse entgegenzusetzen". In Österreich wurde dieses Buch im November 1843 verboten.

28. Oktober 1843. Im Burgtheater kam „Zopf und Schwert" erst am 30. Dezember 1861 zur ersten Aufführung.

9. Dezember 1843. Franz Schuselka, geb. Budweis 15. August 1811 (nach einem amtlichen Bericht des Kreisamtes Budweis vom 14. Oktober 1845). Sein Vater war keineswegs Beamter, wie dies verschiedene Biographen Schuselkas behaupten, sondern ein Invalidenkorporal. Schuselka absolvierte seine Gymnasialstudien in Budweis und hierauf die Rechtsstudien in Wien, wo er bis 1838 verblieb, und sodann sich anfänglich in Weimar, dann in Jena aufhielt, wo er den juridischen Doktorgrad erwarb. „Dieser Lebenswechsel" — schrieb er an den Redakteur der „Allgemeinen Zeitung" G. Kolb am 12. September 1843 aus Klosterneuburg, wo er bei seiner Mutter mit kurzen Unterbrechungen bis Juli 1845 wohnte — „trug ungemein viel zur Klärung und Festigung meines Sinnes bei." Ein ziemlich geschraubter, auf Effekt Jagd machender Erstling erschien nach mancherlei Schicksalen in Hamburg als „Deutsche Worte eines Österreichers"; die erste Frucht gereifterer Ansicht war das Schriftchen: „Ist Österreich deutsch?" Diese Schrift wurde von der österreichischen Zensur mit „Transeat" zugelassen und diese Beschränkung von der Staatskanzlei mit dem Bemerken genehmigt, daß man sich mit den am Schlusse ausgesprochenen Folgerungen und Hoffnungen nicht einverstanden erklären könne. Kurze Zeit nachdem Schuselka nach Wien gekommen, wurde er eines Tages von der Polizei mit einer Hausdurchsuchung überrascht. „Eben war ich mit einem Einleitungsartikel beschäftigt" — schrieb er am 4. November 1843 an Kolb — „als mich eine politische Visitation überraschte und meine sämtlichen Papiere und

Korrespondenzen wegnahm. Tagsdarauf begann meine Untersuchung, jedoch auf freiem Fuß und bisher mit jeder möglichen Höflichkeit und Schonung." Nachdem Schuselka Wien verlassen, begab er sich wieder nach Jena, wo er die Schrift „Der Jesuitenkrieg gegen Österreich und Deutschland" schrieb. Generalkonsul Hübner in Leipzig übersandte am 19. April 1845 ein Exemplar an den Fürsten Metternich mit folgender Bemerkung: „Insofern dieses Buch, wie so manch andere der Art, eine hie und da in den k. k. Staaten anzutreffende Gesinnung repräsentiert, bietet es allerdings einiges Interesse dar, so wenig sich im übrigen dem Verfasser Neuheit der Gedanken oder sonstige Talente nachrühmen lassen." Über die im Juni erschienene Schrift „Mittelmeer, Ost- und Nordsee" berichtete Hübner dem Fürsten Metternich: „Wenn es noch des Beweises bedurft hätte, wie wenig der Verfasser zum politischen Schriftsteller berufen ist, so würde ihn das gegenwärtige Buch liefern. Nichtsdestoweniger finden diese mit einer gewissen Wärme des Gefühles vorgebrachten Traumgebilde bei einem nicht unbeträchtlichen Teil des deutschen Publikums Anklang und erwerben insofern Anspruch auf eine Beachtung, deren ihr innerer Gehalt nicht wert wäre." Beide Schriften wurden ohne Genehmigung der österreichischen Zensurbehörde gedruckt, weshalb Graf Sedlnitzky sich an den Landeschef von Böhmen, Erzherzog Stephan, mit der Bitte wandte, Schuselka im Wege der k. k. Missionen im Auslande zur Rückkehr an seinen Zuständigkeitsort (Budweis) zu verhalten, nach erfolgter Ankunft aber zur Verantwortung zu ziehen und zur Verhütung weiterer literarischer Umtriebe ihm keinen Paß mehr zur Reise in das Ausland zu verabfolgen. Das Ministerium in Weimar wurde nun durch den österreichischen Gesandten in Dresden ersucht, Schuselka den Auftrag des Guberniums in Prag, unverweilt nach Budweis zu kommen, bekanntzugeben. Schuselka aber leistete der Aufforderung keine Folge, vielmehr richtete er von Jena aus an den österreischen Gesandten am 14. September folgendes Schreiben:

„Gegen diese hohe Zustellung erlaube ich mir zu oberst zu meinen, daß ich in polizeilichen Sachen überhaupt und namentlich in preßpolizeilichen unmöglich dem Budweiser Magistrat unterstehen kann, da ich zwar in Budweis im Jahre 1811 geboren bin und dann vom Jahre 1822 bis 1829 dort studierte, aber von 1829 bis 1842 in Wien domizilierte und seit 1842 meinen festen Wohnsitz in Klosterneuburg habe, wie auch in meinem vom k. k. Gubernium in Prag ausgestellten Paß zu lesen ist.

Übrigens bin ich zu der Erklärung gezwungen, daß mir die Befolgung jenes hohen Befehles durchaus unmöglich ist. Erstlich fehlt es mir dazu, wie ich selbst amtlich zu beweisen erbötig bin, an Geld. Dann würde ich durch die Reise nach Wien in meinem Beruf und Erwerb so sehr gestört, daß ich samt meiner Mutter offenbarem Notstand ausgesetzt würde. Auch widerspricht jener hohe Befehl direkt dem Zwecke, zu welchem mir von einer hohen Behörde der Reisepaß ausgestellt worden ist. Dieser Zweck, den ich offen angebe, ist, mir außer Österreich eine meinen Gesinnungen und Kräften angemessene Lebensstellung zu erringen. Daß ich dies nur auf literarischem Wege tun und in welcher Richtung ich es tun würde, konnte der hohen Behörde im voraus nicht zweifelhaft sein, da ihr meine ganze frühere Laufbahn, der Inhalt meiner Schriften bekannt war und überdies die Akten vorlagen, indem ich bei der im Jahre 1843 über mich verhängten Untersuchung offen und ausführlich meine inneren und äußeren Verhältnisse dargestellt hatte. Daß ich fortfahren würde, frei-

sinnige politische Schriften zu schreiben, konnte die hohe Behörde als gewiß voraussetzen und ich habe daraus auch kein Geheimnis gemacht. Dennoch wurde mir zu dem genannten Zweck ein Paß erteilt und nun soll ich mitten in den Arbeiten, die mich diesem Zwecke nähern, unterbrochen werden.

Die mir bevorstehende Untersuchung soll eine Übertretung der Zensurvorschriften zum Gegenstand haben. Diese Übertretung besteht darin, daß ich ohne österreichische Zensur in Deutschland drucken lasse. Dies begründet nach einem vom Präsidium der hohen Polizei- und Zensurhofstelle erlassenen Dekret bloß ein Polizeivergehen, welches durch eine Geldstrafe gebüßt wird. Ich glaube nun als österreichischer Jurist erklären zu dürfen, daß es weder dem Wortlaut noch dem gerechten und milden Geist unserer Gesetze gemäß ist, daß die Polizei jemanden eines bloßen Polizeivergehens wegen derart verfolgt, ihn schon im vorhinein zu einem ganz unverhältnismäßigen Kostenaufwand verurteilt, ihn in seinem Lebenslauf und Erwerb stört, ihn durch ausländische Behörden aus einem ruhigen wissenschaftlichen Asyl vertreiben läßt, ihn zwingen will, die Kräfte, die ihm Gott verliehen, in der Heimat entweder ruhen zu lassen und dadurch samt einer hochbetagten Mutter Not zu leiden, oder die Zensurgesetze auf heimatlichen Wegen zu übertreten. Ein Verfahren, wie das gegen mich begonnene, kann nur gegen Verbrecher, und zwar nur gegen schwere Verbrecher gerecht sein; und doch war die hohe Behörde gerecht und billig genug, in ihrem Erlaß an die großherzogliche Regierung ausdrücklich zu erklären, daß ich nur wegen eines Vergehens untersucht werden soll, und zwar wegen eines Vergehens, welches ausnahmsweise in Österreich ein Vergehen ist, indem sonst in ganz Deutschland jede Regierung die andere anerkennt und in ganz Deutschland Schriften über 20 Bogen bundesrechtlich zensurfrei sind. Auch ist in betreff dieses meines Zensurvergehens durchaus keine weitere Untersuchung notwendig, da der Tatbestand klar vorliegt und meine Gesinnung bekannt ist. Ich habe während meines jetzigen Aufenthaltes folgende Schriften ohne österreichische Zensur drucken lassen: 1. ‚Der Jesuitenkrieg gegen Österreich und Deutschland.' Leipzig, Widdemann. 2. ‚Mittelmeer, Ost- und Nordsee.' Leipzig, Widdemann. 3. ‚Die preußische Verfassungsfrage und das nordische Prinzip.' Von einem Österreicher. Jena, Fr. Frommann. 4. Kritik über das Werk: ‚Aus der Kaserne.' (In den Blättern für literarische Unterhaltung.) 5. Zur Volksliteratur. ‚Über Adam Gunß.' (Do.) 6. ‚Opposition nach unten.' (‚In den Grenzboten.') 7. ‚Politische Äußerlichkeit.' (‚In den Grenzboten.') Über die Beweggründe meines Strebens kann ich nur wiederholen, was ich bei meiner Untersuchung zu Protokoll gegeben. Ich schreibe politische Schriften, weil ich mich dazu berufen fühle und in diesem Gefühle durch das öffentliche Urteil und durch die Aufmunterung gewiegter und hoher Staatsmänner bekräftigt worden bin. Ich schreibe über österreichische Zustände, weil ich mich dazu bürgerlich verpflichtet halte. Ich habe meine Schriften nicht in die österreichische Zensur gesandt, weil dies soviel geheißen hätte, als diese Schriften zu vernichten; und doch hege ich und Hunderttausende mit mir die Überzeugung, daß Österreich solche politische Schriften von der entschieden treuösterreichischen Tendenz, die ich verfolge, dringend notwendig braucht. Ich habe das feste, frohe und stolze Bewußtsein, durch meine Schriften dem österreichischen Gemeinwesen nach dem Maß meiner Kräfte genutzt zu haben. Wenn ich auch manches tadeln und dadurch diesem und jenem mißfällig werden mußte, dem Kaisertum Österreich

und dem österreichischen Kaiserhause habe ich durch meine Schriften treu und ehrlich gedient.

Dies und nur dies ist mein Bekenntnis und zugleich meine Verteidigung. Hält mich die österreichische hohe Polizeibehörde für strafbar, so können mit dieser meiner Erklärung die Akten geschlossen und es kann das Urteil gesprochen werden, ohne daß ich durch eine kostspielige Reise, durch Störung meiner Studien, durch Zerreißung alles dessen, was ich bereits für meine Zukunft gebaut habe, tausendmal mehr gestraft werde, als das Polizeidekret es fordert.

Ich ersuche eine hohe k. k. Gesandtschaft, diese meine Erklärung im Original an die hohe Behörde gelangen zu lassen. Ich werde die Entscheidung in Jena abwarten oder, wenn mir die großherzogliche Regierung den Aufenthalt nicht so lange gestattet, meinen Wohnort selbst anzeigen."

Aber es wurde weder ein Urteil gesprochen, noch kam Schuselka in die Heimat, dagegen erschienen weiters mehrere Flugschriften, darunter auch eine über den „Deutschkatholizismus", zu welchem Schuselka im November 1845 übertrat. In ein Zerwürfnis mit den Professoren und Gelehrten in Jena geraten, begab er sich 1846 nach Hamburg, wo bei Hoffmann & Campe „Die preußische Verfassungsfrage und das nordische Prinzip" und noch im selben Jahre „Deutschland, Polen und Rußland" erschienen. Gelegentlich der Übersendung dieses Buches an Metternich schrieb Hübner am 13. Mai 1846: „Dies in durchaus revolutionärem Geiste geschriebene Buch ist schwerlich bestimmt, einen großen Eindruck hervorzubringen, denn einerseits hat Schuselka seine nie bedeutende Popularität in Deutschland bereits überlebt, anderseits verliert sich in auffallender Weise in dem deutschen Publikum das Interesse an politischen Schriften." Als im nächsten Jahre bei G. W. Niemayer in Hamburg Schuselkas „Die Lösung der preußischen Verfassungsfrage" erschien, schrieb Metternich am 31. Juli an Sedlnitzky; er glaube sich sowohl „in Anbetracht der höchst verwerflichen Tendenz, die auf das feindseligste gegen die preußische Regierung und mitunter auch gegen Österreich gerichtet ist, als auch im Hinblick auf die anerkannte Gefährlichkeit und Unverschämtheit des Autors für die Beschlagnahme sämtlicher in den k. k. Staaten einlaufenden Exemplare aussprechen zu sollen". Im Februar 1847 wurde abermals erwogen, ob Schuselka aus dem Auslande zurückzuberufen und zur Verantwortung zu ziehen sei, aber man kam davon ab, da Metternich meinte, „daß in Anbetracht des Übertrittes Schuselkas zum Deutschkatholizismus von der Zurückberufung jenes Apostaten in seine Heimat zurzeit keine Rede sein könne". Die Märzereignisse des Jahres 1848 lockten auch Schuselka nach Wien. Über seine weiteren Lebensschicksale berichtet ausführlich Wurzbach, XXXII, 225—233.

6. Jänner 1844. Am 28. Jänner 1844 meldet Engelshofen, daß bei Brodmann in Schaffhausen (einer bei den politischen Meneurs sehr in Aufnahme gekommenen Firma) eine Sammlung politischer Aktenstücke unter dem Titel „Wiener Protokolle" verlegt werde, die teilweise aus dem Kombstschen Archiv entlehnt, von dem Refugiés Handschuh und von Scherb bearbeitet wurden.

Zürich, 6. Jänner 1844. Das Literarische Comptoir in Zürich und Winterthur unter Fröbels Leitung gab wiederholt Anlaß zu diplomatischen Korrespondenzen und zu strenger Überwachung seines Verlages. Man betrachtete es als ein Institut einer organisierten

Partei, die sich berufener Literaten bediene. Es sollen auch Verträge mit deutschen Buchhändlern abgeschlossen worden sein, mit der Verpflichtung, solche Manuskripte zu senden, deren Drucklegung in Deutschland Hindernisse fände. Es gelang auch, den Buchhandel zu veranlassen, den Absatz der Verlagsartikel des Comptoirs raschest zu bewerkstelligen, so daß die polizeiliche Aktion zumeist erfolglos war. „Die Tätigkeit des Literarischen Comptoirs in Zürich" — berichtete Engelshofen am 24. März 1843 — „welches erst durch seine Verbindung mit G. Herwegh die allgemeine Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich gezogen hatte, hat seit kurzem eine so feindselige Richtung gegen die bestehende Ordnung der Dinge in Deutschland eingeschlagen, daß an dem Einfluße einer Clique deutscher Literaten auf dasselbe und an seine gefährliche Tendenz nicht mehr gezweifelt werden kann. ‚Die gute Sache der Freiheit und meine eigene Angelegenheit' von Bruno Bauer; ‚Anektode zur neuesten deutschen Philosophie und Publizistik' von Arnold Ruge (ein Werk, in welchem sich der krasseste Nihilismus veranschaulicht); ‚Die Geschichte des deutschen Michel' von Schulz in Zürich; endlich die ‚Zensurflüchtlinge' von Prutz haben jüngst die dortige Presse verlassen und bezeichnen durch ihren Inhalt unleugbar die Zwecke, welche die Verfasser fortan zu verfolgen beabsichtigen." In einem anderen Berichte (10. Juli 1844) wird gemeldet, daß das Institut die sozialistisch-kommunistische Bewegung entschieden unterstütze und die rein politische Richtung seit einiger Zeit gänzlich aus den Augen verloren habe. Nicht zu verkennen sei, daß die Verlagshandlungen zu Belle-vue (unter Vanotti) und die Brodmannsche zu Schaffhausen in politischer Beziehung immer größere Wichtigkeit gewinnen. In einer Note vom 19. Oktober 1844 an den Grafen Sedlnitzky teilte Fürst Metternich mit, daß das Literarische Comptoir zu Zürich und Winterthur im Besitze der Mittel sei, ganze Ballen der von ihm herausgegebenen, gegen Österreich gerichteten Brandschriften in die k. k. Staaten einzuschmuggeln. Ebenso gelang es der Verlagshandlung der „Neuen Züricher Zeitung", Orell, Füßli & Comp., verbotene Druckschriften nach Österreich zu befördern. Ruge, der 1845 Kommanditär des Comptoirs wurde, bemühte sich, auch dieses Institut finanziell zu kräftigen; er wendete sich zu diesem Zwecke an Kreuzberg nach Prag mit dem Ersuchen, den Grafen Buquoi zu einem Darlehen zu bestimmen, zumal er wisse, daß der Graf sich für die Bewegung interessiere. Der Polizei war dieses Schreiben nicht entgangen und Fürst Metternich meinte, Ruges Brief bezeichne deutlich einen wesentlichen Fortschritt in der von der umwälzenden Partei gegen Österreich begonnenen Aktion. Der Staatskanzler schrieb am 22. Februar 1845 an Sedlnitzky: „Die äußere und innere politische Stellung Österreichs als Tatsache weltkundig und gerade durch die Ereignisse der letzten fünfundzwanzig Jahre von dem Schleier falscher Ansichten befreit und durch die Ergebnisse bewährt, stellt diese Macht als diejenige dar, welche berufen ist, dem öffentlichen Frieden den sichersten Rückhalt zu gewähren, indem sie, nach außen aller persönlichen ambitiösen Politik fremd, dem völkerrechtlichen, traktatenmäßigen Bestand der europäischen Gesellschaft ihr Streben und ihre Kräfte unausgesetzt widmet und indem sie nach innen in dem Maße der ihr staatsrechtlich gebotenen Mittel die ihr anvertrauten Völker in Ruhe und Ordnung und ohne Aufregung an jenen Fortschritten und Entwicklungen der bürgerlichen, wissenschaftlichen, kommerziellen und industriellen Verhältnisse teilnehmen läßt, welche ein langer Friede mit

sich bringt. Die öffentliche Stimme hat sich, seit sie das Feld der leeren Spekulation und Deklamation verlassen hat, wiederholt dahin ausgesprochen, daß viele politische und soziale Fragen in den dem alleinigen Einfluß der Regierung überlassenen Erblanden eine ruhigere und bessere praktische Lösung erhalten hätten, als dies anderwärtig auf konstitutionellem oder revolutionärem Wege bisher möglich gewesen sei. Diese beiden Tatsachen hatten aber zur Folge, daß in neuester Zeit die Umwälzungspartei ihren vollen Haß und ihre ernstesten Anstrengungen gegen Österreich in der Überzeugung zu richten begann, daß von dort aus sowohl die bisher erlittenen Niederlagen als der fortdauernde Widerstand ausgehen." Ruges Bemühen scheint erfolglos geblieben zu sein, denn am 25. März 1843 meldete der Polizeidirektor Muth in Prag, daß Kreuzbergs Beziehungen zu dem Grafen Buquoi sich sehr gemindert hätten, weshalb er kaum geneigt sein dürfte, die Freigebigkeit des Grafen für andere Interessen auszubeuten als für die seinen. Hatten in den dreißiger Jahren die bei Schuler und Silbermann in Straßburg erschienenen Schriften die größte Aufmerksamkeit der Regierungen erregt, so war dies in dem nächsten Jahrzehnt in weit höherem Maße bezüglich der vom Literarischen Comptoir verlegten Druckwerke der Fall. Und wie die Bundesversammlung gegen die Straßburger Verlagsartikel durch deren Verbot ankämpfte, so erfolgte auch gegen die des Literarischen Comptoirs am 12. Juni 1847 der Beschluß: die Regierungen zu ersuchen, den Debit sämtlicher Publikationen des Literarischen Comptoirs zu Zürich und Winterthur in ihren Staaten möglichst zu hindern. Von diesem Beschlusse wurden in Österreich sämtliche Länderstellen verständigt, und als bald darauf die Buchhandlung C. E. Rothpletz in Zürich bekanntmachte, daß sie einen großen Teil der verbotenen Schriften des Literarischen Comptoirs erworben habe, wurden alle Bücherrevisionsämter in Österreich angewiesen, auf das Erscheinen dieser verpönten Verlagsartikel die gespannteste Aufmerksamkeit zu richten. — Emanuel Scherb gab in Winterthur die mit den beliebten Disteli-Karikaturen illustrierte, früher von Fröbel redigierte Zeitschrift „Die freie Schweiz" heraus, die rückhaltlos kommunistische Prinzipien vertrat. Im Mai 1844 hörte sie zu erscheinen auf.

29. Jänner 1844. Moritz von Sachsen wurde mi Burgtheater zum erstenmal am 21. Februar 1845 aufgeführt.

5. Februar 1844. Ludwig Kalisch, geb. Lissa 7. September 1814, gest. Paris 3. März 1882, satirisch-humoristischer Schriftsteller, gab 1843—1846 die Karnevalszeitung „Narhalla" heraus.

18. März 1844. Die Einführung der Tantième im Burgtheater erfolgte mit kaiserlicher Entschließung vom 10. Februar 1844. Als Quoten wurden 3 bis 10 Prozent bestimmt, je nachdem das Stück den ganzen Abend ausfüllt oder mit einem oder mehreren anderen dramatischen Werken dargestellt wird. Am 12. Februar schrieb Kuranda von Wien an den Verleger Herbig in Leipzig, daß Minister Kolowrat, der sich für das Hofburgtheater ganz besonders interessiere, dem Kaiser einen Plan vorgelegt habe, nach welchem den dramatischen Dichtern aller möglicher Vorschub geleistet werden solle, um sie durch erhöhten Ehrensold und Auszeichnung aller Art zu bestimmen, sich der Nationalbühne zuzuwenden. Der Minister habe buchstäblich gesagt: „Jeder Stand will seine Ehre und jedes Streben will seinen Lohn. Der Dichter, der von der Bühne herab Tausende erheitert und erhebt, soll nicht trockenes Brot essen müssen."

3. April 1844. Perabeau (in einem späteren Berichte wird er Pirabeau genannt) wird von dem Leiter des Mainzer Informationsbureaus als ein Demagog geschildert, der sich in Frankfurt durch seine exzentrische Haltung und namentlich während der Anwesenheit Hoffmanns durch sein ungezügeltes Treiben bemerkbar machte; schließlich habe er sich veranlaßt gesehen, Frankfurt zu verlassen, weil er für seine subversiven Pläne keinen fruchtbaren Boden gefunden hatte und zuletzt von jedem Menschen gemieden wurde. — Trotzdem in keinem der Berichte über Hoffmann von Fallersleben von einer aggressiven Haltung des Dichters die Rede ist, sind doch sämtliche Frankfurter Berichte voll animoser Ausfälle gegen ihn und es zeigt sich deutlich das Bestreben, Hoffmanns Charakter im ungünstigsten Lichte erscheinen zu lassen.

12. April 1844. Im Februar 1844 legte die Direktion des Hofburgtheaters Gutzkows „Zopf und Schwert" der Zensurbehörde vor. Mit Rücksicht auf das Sujet und die politischen Beziehungen dieses Lustspiels erbat sich Graf Sedlnitzky die Meinung des Fürsten Metternich, der sich am 14. Februar 1844 gegen die Aufführung auf der k. k. Hofbühne aussprach, „weil, abgesehen von allen übrigen Konsiderationen, in diesem, wie man es nennen will, ‚geschichtlichen Charaktergemälde' das häusliche Leben einer Königsfamilie bis zur Fratze entstellt und herabgewürdigt wird".

20. April 1844. Ernst Moritz Arndt ward 1820 wegen demagogischer Umtriebe als Professor an der Universität Bonn pensioniert, von Friedrich Wilhelm IV. aber 1840 wieder in sein Lehramt eingesetzt.

30. April 1844. An der Zeitschrift „Der Vorwärts" wirkten Bakunin, Karl Ludwig Bernays, Engels, Heine, Herwegh, Marx und Ruge mit. Fröbel hatte in diesem Journal am 21. September 1844 ein revolutionär-kommunistisches Programm für Deutschland aufgestellt. Die radikale Tendenz dieses Blattes gab zu mancherlei Beschwerden der Diplomatie Anlaß, was zur Folge hatte, daß gegen die Redakteure und Mitarbeiter ein Ausweisungsbefehl erging, den jedoch die französische Regierung zurücknahm, da 1845 auf das weitere Erscheinen des „Vorwärts" verzichtet wurde. In Österreich wurde das Blatt schon im Beginn seines Erscheinens verboten. — Einer der Herausgeber, Heinrich Börnstein (geb. Hamburg 4. November 1805, gest. Wien 10. September 1892), der als Schriftsteller, Schauspieler, Theaterdirektor und Journalist wirkte, blieb bis Ende 1848 in Paris, wanderte sodann nach St. Louis in Amerika aus und leitete hier den „Anzeiger des Westens". Nach Deutschland zurückgekehrt, war er einige Zeit amerikanischer Generalkonsul in Bremen und übernahm 1869 gemeinsam mit Karl von Bukovics die Direktion des Josefstädter Theaters in Wien, von der er sich 1871 zurückzog, um sich wieder der Publizistik zu widmen.

10. Juni 1844. Gutzkow benutzte die Novelle „Die Selbsttaufe" für sein Schauspiel „Ottfried". (1854.)

Mainz, August 1844. Georg Ludwig Kriegk, Historiker, geb. Darmstadt 25. Februar 1805, gest. Frankfurt a. M. 28. Mai 1878, war von 1863—1875 Stadtarchivar zu Frankfurt.

September 1844. Der „Rheinische Beobachter", von Professor Bercht in Bonn gegründet, hörte 1848 zu erscheinen auf. — Über die „Trierische Zeitung", wurde berichtet, daß deren Mitarbeiter größtenteils Genossen der Kölner Atheisten seien; sie wurde 1851 unterdrückt.

Frankfurt, 9. September 1844. In einem Verzeichnisse „der hervorragendsten Individuen der aktiven Bewegungspartei" heißt es

bei Jung: „Mit Witt, Jacoby, Hagen in der Königsberger Bewegungspartei". — Über Hermann Püttmann, den Dichter der „Dithmarschen Lieder", der „Tscherkessenlieder" und der „Sozialen Gedichte", wird in einer geheimen Korrespondenz vom Bodensee (20. Jänner 1847) berichtet: „Püttmann leistet durch rastlose Verbreitung kommunistischer Flugschriften, durch mündliche Vorträge und durch Anwerbung kommunistischer Agenten unter den Handwerkern der Sache des Kommunismus unberechenbaren Vorschub." Am 5. Februar teilte das Mainzer Bureau mit, daß die badische Regierung Püttmann ausgewiesen habe, dem es gelungen sei, das Vereinswesen von dem badischen Seekreise nach allen Richtungen, insbesondere auch nach Württemberg auszudehnen. Püttmann zog sich nach Thurgau zurück, um hier mit Eifer seine Tätigkeit fortzusetzen. Seine Zeitschrift „Prometheus", Organ für soziale Reform, die in Herisau erschien, wurde in Österreich mit dem strengsten Zensurverbot belegt. Der Bregenzer Polizeikommissär Bernhart habe Püttmann — so schrieb Sedlnitzky am 26. Februar 1847 dem Staatskanzler — als ein Individuum bezeichnet, das sich nicht bloß durch seine politischen Gesinnungen bedenklich mache, sondern auch mit der Verbreitung verderblicher Druckschriften befasse. Das erste Heft des „Prometheus" wurde in mehr als 200 Paketen über Konstanz nach Leipzig geschickt, um von dort nach allen Richtungen Deutschlands verbreitet zu werden. Doch wurden die Kolli von der badischen Behörde konfisziert. Engelshofen berichtete über Püttmann und dessen Einfluß auf die Bevölkerung in Konstanz: „Im dortigen ‚Bürgermuseum', das unter persönlicher Leitung des Bürgermeisters steht, werden die Schriften Heinzens, Püttmanns, wie überhaupt alle Erzeugnisse der revolutionären Presse öffentlich vorgelesen. Der dortige Handwerkerverein ist durchaus kommunistisch. Die Gegend zwischen Friedrichshafen und Ulm ist mit einem Netz von Vereinen umzogen, worunter jene von Buchau, Ravensburg und Isny die bedeutendsten sind." Püttmann war auch Mitarbeiter an Heinzens „Deutschem Tribun". Wie alle seine Schriften, wurden auch die von ihm herausgegebenen „Rheinischen Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform" 1845 von der österreichischen Zensur mit dem strengsten Verbot belegt.

20. September 1844. Über die gegen Freiligrath gerichteten Angriffe schrieb Engelshofen (Mainz, 20. September 1844): „Diese fortwährenden Angriffe und die von der liberalen Partei ausgehenden Insinuationen, die vornehmlich auf das Ehrgefühl des deutschen Dichters berechnet waren, sind am Ende doch nicht ohne Erfolg geblieben, denn sie veranlaßten denselben zunächst, auf den aus der königlichen Schatulle bezogenen Unterstützungsbeitrag zu verzichten und in einem Zyklus von Gedichten sein politisches Glaubensbekenntnis zu veröffentlichen, welches zwar nicht auf einen gänzlichen Übergang zu der liberalen Partei, aber doch auf die Absicht hindeutet, lieber einer unsicheren Zukunft entgegenzugehen, als seine Meinung, seine Unabhängigkeit einer Geldsumme wegen zu opfern ... In dem Vorgange mit Freiligrath, der eine politische Rolle zu spielen so abgeneigt war, dürfte das planvolle Walten der nimmer ruhenden Propaganda zu erkennen sein, die es hauptsächlich darauf anlegt, geistige Notabilitäten für ihre Zwecke zu gewinnen und so ihre Macht und ihren Einfluß in allen Richtungen auszudehnen."

24. September 1844. Der „Wandelstern" trat an Stelle der ebenfalls von Philippi herausgegebenen Zeitschrift „Unser Planet". Redakteur war Ernst Keil, der 1845 zurücktrat, worauf nach

kurzer Zeit das Blatt einging. — Am 28. November 1845 schrieb Hübner aus Leipzig an Metternich: „Gestern und heute haben hier die Wahlen der Stadtverordneten Leipzigs stattgefunden. Im Widerspruche mit der Natur dieser Ämter, welche der Politik gänzlich fremd bleiben sollen, waren die Leiter der Bewegungspartei beflissen, ihnen den Charakter einer politischen Demonstration zu verleihen. Ihrer fortgesetzten Thätigkeit gelang es, bei den ersten oder Vorwahlen (nämlich der sogenannten Wahlmänner, welche sodann die Stadtverordneten zu wählen haben) den Häuptern der Exaltierten, Robert Blum, Professor Biedermann, Dr. Heiner und so fort eine sehr bedeutsame Majorität zu verschaffen. Dies Ergebnis erschreckte indes die Bürgerschaft; eine Reaktion im besseren Sinne fand statt, und die Behörden hofften, daß die genannten Revolutionäre von der Leitung der städtischen Angelegenheiten würden ausgeschlossen werden. Diese Erwartung ist jedoch nicht in Erfüllung gegangen, indem Blum und Biedermann wirklich, wenngleich mit sehr geringer Majorität, zu Stadtverordneten erwählt wurden. Sie haben nunmehr nur mehr einen Schritt in den Stadtrat. Beide befinden sich wegen ihrer Teilnahme an den Augustereignissen unter Kriminalaktion und genießen ihre Freiheit gegenwärtig nur auf Handgelöbnis. Solche Anormalien werfen ein grelles Licht auf die deutschen Zustände, in welchen das Element der Auflösung in diesem Augenblicke vorzuherrschen scheint."

6. Oktober 1844. Freiligraths „Mein Glaubensbekenntnis" veranlaßte den preußischen Minister des Auswärtigen Heinrich Freiherrn v. Bülow, den kgl. preußischen Gesandten am Wiener Hofe zu ersuchen, bei der österreichischen Regierung wegen Unterdrückung dieser Gedichte zu intervenieren. Bülow schrieb am 11. Oktober 1844, „daß diese im Verlag von Viktor Zabern zu Mainz erschienene Schrift, die abgesehen davon, daß in den darin befindlichen Gedichten die Person des Königs verunglimpft wird, nicht nur in spezieller Beziehung auf Preußen, wie namentlich in dem „Der Adler auf dem Mäuseturm" und „Das Fensterkreuz" überschriebenen Gedichte pag. 185 und 193, im höchsten Grade aufregender Natur ist, sondern auch in den Gedichten pag. 187, 253 und 317 eine gegen ganz Deutschland gerichtete revolutionäre Tendenz sich so unverhohlen ausspricht, daß der Herr Minister des Innern sich veranlaßt gefunden hat, ihre provisorische Beschlagnahme anzuordnen. Bei dem Interesse, welches auch die übrigen deutschen Regierungen dabei haben dürften, daß diese durch einen nicht zu verkennenden dichterischen Wert doppelt gefährliche Schrift in Deutschland keine Verbreitung finde, nehme ich keinen Anstand, dem Wunsche des Herrn Ministers gemäß E. E. zu ersuchen, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierung auf die in Rede stehende Schrift hinzulenken und deren Unterdrückung angelegentlichst bevorworten zu wollen". Canitz wendete sich an Metternich und dieser an Sedlnitzky, der am 2. November 1844 mitteilte, daß die mit dem strengsten österreichischen Zensurverbote belegte Druckschrift beschlagnahmt wurde und er die Länderchefs in diesem Sinne bereits verständigt habe. Sedlnitzky benutzte diese Gelegenheit um den Wunsch auszusprechen, daß auch die preußische Regierung in bezug auf die früher bei Hoffmann und Campe zu Hamburg, in neuester Zeit aber im Verlag Philipp Reclam und des Buchhändlers Otto Wigand zu Leipzig erschienenen und noch fortwährend erscheinenden Druckschriften, in welchen die österreichische Regierung auf das scham-

loseste verunglimpft werde, ein reziprokes Verfahren beobachte und die Beschlagnahme dieser Schriften innerhalb ihres Gebietes anordne. Trotz des preußischen und österreichischen Verbotes wurden vom „Glaubensbekenntnis" bis Ende des Jahres 1844 nicht weniger als 4660 Exemplare abgesetzt.

21. Oktober 1844. Am 11. Oktober 1844 machte Minister Bülow dem preußischen Gesandten am Wiener Hofe v. Canitz die Mitteilung von der Beschlagnahme der neuen Gedichte von Heine, weil darin nicht nur die Person des Königs von Hannover auf das gröblichste verunglimpft, sondern auch überhaupt eine offenbare revolutionäre Tendenz verfolgt und das Christentum auf das rücksichtsloseste angegriffen wurde. Der Zweck könne nur dann vollständig erreicht werden, wenn auch die übrigen deutschen Bundesregierungen der Verbreitung in Deutschland gleichfalls entgegentreten. In Österreich wurde nicht nur das Verbot ausgesprochen, sondern auch die Beschlagnahme angeordnet. — Die radikale New Yorker „Schnellpost" gab den deutschen Regierungen wiederholt Anlaß, Maßregeln gegen deren Verbreitung zu ergreifen. So ersuchte u. a. im Juni 1845 der preußische Minister Bülow den preußischen Gesandten v. Canitz, die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung auf dieses Blatt hinzulenken und zu bewirken, daß etwaigen Versuchen, es in Österreich einzuschmuggeln, entgegengetreten werde. Metternich verständigte hiervon Sedlnitzky mit dem Bemerken, daß dieses Blatt in einem höchst verderblichen und verwerflichen Geiste geschrieben sei und die schamlosesten Majestätsbeleidigungen gegen den König von Preußen und andere Souveräne enthalte. — „Der ewige Jude" von Eugen Sue erschien in deutscher Übersetzung in dem Beiblatt der „Ober-Postamtszeitung", dem „Frankfurter Konversationsblatt", das wegen dieses Romans in Österreich verboten wurde. Da auch ein großer Teil der Leser sich beschwerte, stellte die Redaktion die Fortsetzung ein. Am 20. März 1845 wurde das bisher in Österreich mit dem schärfsten Verbot belegte „Konversationsblatt" von der Zensur wieder zugelassen.

23. Oktober 1844. Über Schwinds Transparent zur Enthüllung des Goethe-Denkmals enthält Näheres der Katalog der Schubert-Ausstellung, Wien 1897, S. 151.

14. November 1844. Josef Pirazzi, geb. Offenbach 1799, gest. daselbst 1868. Stifter der deutschkatholischen Gemeinde in Offenbach.

16. November 1844. Blum wurde am 22. Februar 1844 wegen Beleidigung des Richterstandes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Hälfte der Gefängnisstrafe wurde in eine Geldstrafe umgewandelt. Über Blums Kriminalprozeß berichtete Hübner am 14. November 1846: „Ein Herr Blum, seines Amtes Kassier bei dem hiesigen Stadttheater, nebenbei Literat und einer der Vorkämpfer der Partei des Fortschrittes in Sachsen, war kürzlich wegen eines die hiesigen Gerichte verleumdenden Aufsatzes in den „Vaterländischen Blättern" als Kalumniant zu sechswöchentlicher Kriminalhaft verurteilt worden, in welcher er sich dermalen noch befindet. Hierbei erlaube ich mir zu bemerken, daß dieser Fall einzig in die Klasse der Kalumnien gehört und nicht in die der politischen Preßvergehen, denn der in Rede stehende Artikel ist nicht politischer Natur und war mit königlicher Zensur erschienen. Die Unwahrheit der darin enthaltenen Angaben hatte sich erst im Laufe der von dem k. Justizministerium angeordneten Untersuchung herausgestellt." — Über den Schiller-Verein schrieb Hübner in demselben Berichte: Von sehr

liberaler Gesinnung ist namentlich der Schiller-Verein beseelt, so daß alle wohldenkenden Teilnehmer sich längst zurückgezogen haben und selbst viele dem Fortschritte huldigende Männer über den immer konsequenter entwickelten Radikalismus des Vereines anfangen bedenklich zu werden. Einer der Vorstände des Leipziger Vereines ist Blum und seine Verurteilung ward um so mißfälliger aufgenommen, als sie ihn an der Teilnahme an dem auf den 11. November fallenden Schiller-Feste verhindern mußte. Da ließen sich aus Rücksicht auf diese Äußerungen die Behörden herbei, Herrn Blum für die Dauer des Festes freizugeben! Und so geschah es denn, daß die am Festabende versammelte Gesellschaft, etwa 500 Personen an der Zahl, höchlichst geehrt durch die Anwesenheit eines dem Kriminalgefängnis für die Veranlassung eigens entlehnten Sträflings, unter den Augen des gleichfalls anwesenden Kreisdirektors Herrn v. Broizem, der sich jedoch bald zurückzog, zur Feier schritt, die mit einer Rede des bekannten Laube begann. Herr v. Broizem wird mir als ein achtbarer und geachteter Mann geschildert und seine Nachgiebigkeit bei dieser Gelegenheit durch das Gesetz der Notwendigkeit entschuldigt. Ich bin noch zu neu, um mir ein eigenes Urteil zu erlauben. Die Tatsachen sprechen indes für sich. Über das Fest selbst versichern mir Augenzeugen, daß die zum Teil sehr radikalen Trinksprüche alles früher Gehörte der Art übetrafen. Mit großem Beifalle sprach auch Herr Blum, nach Schiller der Löwe des Tages. „Deutsche Einheit und Hilfe den bedrückten Brüdern" waren das Losungswort.

20. November 1844. Daß Goldmann von Rußland unterstützt wurde, bestätigt auch Generalkonsul Hübner in einem Berichte vom 18. September 1847, der das Tagebuch des russischen Obersten Karl v. Nostitz über den Wiener Kongreß betrifft. Hübner schreibt: „In seiner Beschreibung des Wiener Kongresses erwähnt Varnhagen v. Ense wegen seines Geistes und seiner Beobachtungsgabe des russischen Obersten Karl v. Nostitz. Früher Adjutant des Prinzen Louis von Preußen, später in russischen Diensten, kam dieser sächsische Edelmann während der Kongreßzeit nach Wien, wo er seine Beobachtungen in Form eines Tagebuches niederschrieb. Ein Teil dieser Blätter gelangte, ich weiß nicht wie, in die Hände des hier mit Unterstützung der russischen Regierung lebenden, seinerzeit als Verfasser des „Pentarchie" vielfach genannten Literaten Goldmann und durch ihn an den russischen Generalkonsul in Leipzig. Letzterer ließ mir in das Manuskript Einsicht und auf mein Verlangen, für den Gebrauch Eurer Durchlaucht von einzelnen Stellen Abschrift. nehmen. Wenn ich mir erlaube, Hochdenenselben diese Auszüge vorzulegen, so geschieht dies nicht, weil ich ihnen einen historisch-politischen Wert oder überhaupt die Bedeutung eines amtlichen Geschäftsstückes zuschreibe. Hierzu stand der Verfasser offenbar am Kongreß nicht hoch oder doch den Geschäften nicht nahe genug. In der Gesellschaft aber ist er augenscheinlich viel gewesen, hat scharf beobachtet und zum Teil treffend geurteilt und beschrieben. Seine Porträts aus den damaligen Wiener Salons (nicht aus den ihm unzugänglichen Kabinetten) haben mehr als ihre Originale, die ganze Frische der Farben bewahrt, manche von ihnen können noch heute, nach mehr als 30 Jahren, auf überraschende Ähnlichkeit Anspruch machen. Dagegen ist der politische Teil — zwar gleichfalls geistreich gehalten — weder durch Neuheit, noch durch eine richtige Auffassung und gründliche Sachkenntnis ausgezeichnet, daher ich ihn auch in meinen Auszügen unberücksichtigt ließ. Hieraus

geruhen Euer Durchlaucht zu entnehmen, daß das Tagebuch von Herrn v. Nostitz nichts weiter ist und insbesondere für Euer Durchlaucht nichts anderes sein kann, als ein Kuriosum, eine geistreiche, aber nichts weniger als wohlwollende Schilderung des geselligen Rahmens jener großen Weltepoche."

25. November 1844. Aus Frankfurt wurde am 13. November 1844 berichtet: „In Frankfurt hatte die Trierer Affäre und das Auftreten Ronges großes Aufsehen erregt; es wurde der Plan angeregt, Ronge einen silbernen Pokal zu verehren. Ein Gedicht, das die sächsischen ‚Vaterlandsblätter' gegen den heiligen Rock gebracht hatten, wurde dem damals in Frankfurt anwesenden Guido Görres auf dem Lesekabinett heimlich auf seinen Platz gelegt." Es sei jedoch nicht in Abrede zu stellen — meldete Engelshofen — daß die insultierenden Angriffe eines Wihl, Pirazzi und vieler anderer, die mit einer seltenen Insolenz zur Schau getragen wurden, selbst unter den eifrigsten Gegnern der Vorgänge in Trier die entschiedenste Mißbilligung gefunden haben.

30. November 1844. Ernst Hallenstein, Schauspieler am Stadttheater zu Frankfurt, Vater des Heldenspielers Konrad Hallenstein, der von 1858—1870 Mitglied des Deutschen Landestheaters in Prag und von 1870—1890 Hofschauspieler in Wien war.

1. Dezember 1844. Graf Reichenbach zählte zu den Häuptern der liberalen Partei in Breslau.

9. Dezember 1844. Gutzkows „Urbild des Tartüffe" lag 1845 der Wiener Zensurbehörde vor. Auf eine Anfrage des Grafen Sedlnitzky bei Metternich, ob das Stück mit Rücksicht auf die Art, wie die Person des Königs Ludwig XIV. in die Intrige verflochten erscheint, vom höheren politischen Standpunkt aus ohne wesentliche Veränderungen dargestellt werden könne, antwortete Metternich, er sehe nicht ein, daß, da eine weise Staatsverwaltung die Aufführung des Molièreschen „Tartüffe" nicht gestattet habe, die Darstellung des Urbildes zugelassen werden könne, zumal es mit der frivolen Rolle, die der Verfasser den König Ludwig XIV. darin spielen lasse, auf eine Herabwürdigung des Königtums abgesehen sei. Es würde der kaiserlichen Regierung nicht wohl anstehen, in jedem einzelnen Falle einem ausländischen dramatischen Dichter gegenüber über das, was nach den Regierungsgrundsätzen und Zensurvorschriften Österreichs auf einer Hofbühne zulässig ist, sich in eine Diskussion einzulassen, oder zum Teil selbst Abänderungen an die Hand zu geben, welches bei dem unter den jüngeren Dramatikern des Auslandes vorherrschenden Geiste überdies noch zu hämischen, der Würde der Regierung abträglichen Bemerkungen Anlaß geben könnte. — Dr. Otto Müller, der beliebte Erzähler, geb. 1816, gest. 1894, redigierte das „Konversationsblatt" bis 1848 und übernahm hierauf die Redaktion des „Mannheimer Journals". Mit Th. Creizenach und Ludwig Braunfels gab er später das „Frankfurter Museum" heraus.

16. Dezember 1844. Wegen der „Wochenstube", wohl unbestritten die beste deutsche Satire des Vormärzes, wurde Prutz in Untersuchung gezogen. Über seine „Neuen Gedichte", ebenfalls im Verlag des Literarischen Comptoirs in Zürich erschienen, schrieb am 14. April 1843 Engelshofen aus Mainz: „In jüngster Zeit wurden von dem Verfasser der ‚Zensurflüchtlinge' (Prutz) ‚Politische Gedichte' durch das Literarische Comptoir zu Zürich herausgegeben. Dieselben sind bereits allenthalben verbreitet, da der größere Teil der Auflage im Buchhändlerwege in Deutschland

abgesetzt wurde. Auch diese Lieder atmen den Geist ungezähmter Freiheitsliebe und dürften um so gefährlicher sein, als ihre Form sehr gelungen und die darin herrschende begeisternde Sprache ganz geeignet ist, die deutsche Jugend mit sich fortzureißen. Es ist nicht zu leugnen, daß die politische Poesie den Geist auf den deutschen Universitäten in ungewöhnlicher Weise aufgeregt und die Jugend für politische Eindrücke nur um so empfänglicher gemacht hat."

Mainz, Jänner 1845. Alexander von Dusch, Minister des großherzogl. badischen Hauses und des Auswärtigen von 1843—1849.

3. Jänner 1845. Die Zeitschrift „Jahreszeiten, Hamburger Neue Modezeitung", 1842 von Ludwig Lenz begründet, erschien einmal wöchentlich. Als Lenz 1843 um die Zulassung des Debits in Österreich nachsuchte, bestätigte der Chef der Hamburger Polizei, daß über Lenz nichts Nachteiliges zur Sprache gekommen und seine Zeitschrift in Rußland erlaubt sei. Die Bemühungen der österreichischen Zensurbehörde, den Quellen der Korrespondenzen in auswärtigen Blättern nachzuforschen, hatten nur geringen Erfolg, da die Eigentümer der politischen Blätter die Namen ihrer geheimen österreichischen Korrespondenten selbst gegenüber den Redakteuren und vertrauten Mitarbeitern als ein Geheimnis zu bewahren wußten.

18. Jänner 1845. Handschuh, deutscher Flüchtling in der Schweiz, war eines jener Mitglieder der Propaganda, die kommunistische Grundsätze in Tirol und Vorarlberg verbreiten wollten. Am 28. Juni 1844 berichtete Engelshofen: Handschuh, der auch als Vermittler der Verbindungen der Demagogen im Auslande mit den Eingeweihten in den k. k. Staaten dienen solle, unterhandle wegen Drucklegung eines von ihm verfaßten politischen Dramas, „Julius Rubner", das seinen Eindruck in Deutschland nicht verfehlen werde. (Rubner aus Wunsiedel war einer der Teilnehmer an dem Frankfurter Aufstand im April 1833, bei dem er sein Leben verwirkte. In Holzmanns und Bohattas „Anonymem Lexikon" wird als Verfasser dieses in Bellevue bei Konstanz 1844 in Druck erschienenen Dramas Julius Thankmar Alban genannt, der, wie aus Noës Verzeichnis der Mitglieder der revolutionären Partei (1833) zu ersehen ist, in Gräfentonna geboren, als Jenaer Student an dem Frankfurter Aufstande teilnahm.

28. Jänner 1845. Das Lustspiel „Er muß aufs Land" nach dem Französischen des Bayard und Vailly von Friedrich wurde im Burgtheater zum erstenmal am 7. Mai 1845 dargestellt.

Leipzig, 31. Jänner 1845. Am 9. Februar fand zu Leipzig eine Versammlung zur Gründung einer deutschkatholischen Gemeinde statt. „Herr Robert Blum" — berichtete hierüber Hübner an den Fürsten Metternich — „ein geborener Würzburger, hier als Theaterkassier und ultraliberaler Katholik lebend, in neuester Zeit durch seine Verurteilung als Kalumniant in der Gunst der Gleichgesinnten noch mehr gehoben und gegenwärtig als Mitgründer der jungdeutschen Kirche auftretend — Herr Blum eröffnete die Versammlung mit einer Entwicklung der Geschichte der Päpste in einem Geiste, den sein Aufsatz in den ‚Vaterlandsblättern' vom 23. Jänner 1845, Nr. 13, welchen er in großer Menge unter die Anwesenden verteilen ließ, hinlänglich beurkundet. Nichtsdestoweniger hörte ihn die keineswegs ausschließlich aus Neuerungssüchtigen bestehende Versammlung ruhig an. Als er aber am Schlusse seiner Rede ein Gebet anheben wollte, um den Hl. Geist auf die Versammlung herabzurufen — er, den keiner seiner Glaubensgenossen bisher beten, die

Kirche besuchen oder in anderer Weise die Pflichten seiner Konfession hatte erfüllen sehen — brach der verhaltene Unwille los und Herr Blum ward, erst noch Apostel und jetzt schon Märtyrer, unter ungeheurem Tumult zum Saale hinausgeworfen. Zwar schritt die Polizei zu seinen Gunsten ein, aber die Ordnung konnte nicht gänzlich wiederhergestellt werden und die Versammlung ging auseinander, ohne zu irgendeinem Beschlusse gelangt zu sein."

26. März 1845. Moritz Hartmann, geb. Duschnik 15. Oktober 1821, gest. Wien 13. Mai 1872 (Wurzbach, Biographisches Lexikon, VIII, 4—11). Von seinen Dichtungen erschienen im Vormärz: „Kelch und Schwert" (1845) und „Neuere Gedichte" (1847). Beide erschienen im Ausland ohne vorherige Zensurbewilligung der österreichischen Behörde. Überdies gab die erstgenannte Gedichtsammlung Anlaß zu krimineller Verfolgung. Am 13. April 1847 eröffnete Erzherzog Stephan als Landeschef von Böhmen dem Grafen Sedlnitzky, daß nach Vorlage der vom Prager Kriminalgerichte aus Anlaß der Herausgabe der Gedichte „Kelch und Schwert" gepflogenen Erhebungen mit Hofdekret vom 10. März 1847 erkannt worden sei, daß wegen nicht tunlicher Sicherstellung des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe des Staates von der kriminalgerichtlichen Abhandlung gegen Moritz Hartmann abzulassen sei. Am 2. Mai d. J. erfolgte dann die Mitteilung, daß der Prager Magistrat, politische Abteilung, wegen der Zensurübertretung gleichfalls in eine Strafamtshandlung nicht eingegangen sei. Zugleich sprach der Erzherzog den Wunsch aus, daß in dem gegenwärtigen Augenblick, wo von vielen inländischen Literaten bedenkliche, und zwar größtenteils verwerfliche Manuskripte mit Umgehung der Zensurvorschriften dem Druck im Ausland zugeführt werden, die von dem Grafen Sedlnitzky erfolgte Anregung einer legislativen Frage für so strafbare Vergehen um so mehr ehemöglich erfolge, als nach den gegenwärtigen Gesetzen die höhere Behörde gar kein Mittel habe, ein Individuum, welches von dem ersten Richter losgesprochen wurde, einer weiteren Untersuchung und Strafe zu unterziehen. Am 28. November 1847 schrieb Sedlnitzky, er habe vernommen, daß der durch die Herausgabe der in politischer Beziehung verwerflichen Gedichte „Kelch und Schwert" berüchtigte Literat Moritz Hartmann nunmehr aus dem Auslande nach Prag zurückgekehrt sei. Hartmann habe, trotzdem ihm die gerichtliche Untersuchung hätte zur Warnung dienen sollen, dennoch seit jener Zeit abermals eine ähnliche Zensurgesetzübertretung sich zuschulden kommen lassen, und zwar durch die im Verlag von Georg Wigand 1847 erschienene Sammlung „Neuere Gedichte", welche wegen ihres höchst anstößigen Inhalts bei der Zensurbehandlung mit Damnatur nec erga schedam erledigt worden sei. Hartmann, der wirklich nach Prag zurückgekehrt war, wurde in Untersuchung gezogen, doch kam es zu keinem Urteilsspruch, da mittlerweile die Revolution ausbrach.

Frankfurt, 14. April 1845. In den Jahren 1844 und 1845 sind folgende kirchliche Streitschriften erschienen: Der heilige Rock zu Trier im Jahr 1844. Brief des katholischen Priesters Ronge mit einem Vorwort eines Laien. Darmstadt 1844, bei L. Pabst. — Ein Wort an Rom und seine Hierarchie. Hagen 1844, bei Thieme und Butz. — Katholische Stimmen über die Trierische Ausstellung im Jahr 1844. Frankfurt a. M., bei Karl Körner. — Johannes Ronge und der heilige Rock. Ein Beitrag zur Geschichte des 19. Jahrhunderts. Arnstadt 1844,

bei Meinhardt. — Der Seifenblasenjubel über den Rongeschen Brief oder Götzendienst in allen Ecken. Stimmen eines Predigers in der Wüste. Leipzig 1844, bei C. W. B. Naumburg. — Zwei Widerlegungen des Briefes über den Leibrock Christi zu Trier von dem suspendierten Priester Ronge. Ravensburg 1844, bei J. Knapp. — Offenes Glaubensbekenntnis der christlich-apostolisch-katholischen Gemeinde zu Schneidemühl. Stuttgart 1844, bei F. H. Köhler. — Ein Wort an die Römlinge in Deutschland und nur an diese zu Neujahr 1845. Von J. Ronge. Aus den „Sächsischen Vaterlandsblättern" abgedruckt. Rechtfertigung von J. Ronge. Leipzig 1845, bei Reclam jun. — Die Trennung der christkatholischen Gemeinde zu Schneidemühl von der römisch-katholischen Kirche. Darmstadt 1845, bei Pabst. — Der Kampf zwischen Licht und Finsternis. Von Robert Blum, Katholik. Darmstadt 1845, bei L. Pabst. — Beiträge zur Enthüllung des Papsttums und der jesuitisch-hierarchischen Umtriebe. Darmstadt 1845, bei Pabst. — Ronge, seine Gegner und sein Verhältnis zur katholischen Kirche. Leipzig 1845, bei Otto Wigand. — Trier, Ronge, Schneidemühl in staats- und bundesrechtlicher Hinsicht von Professor Heinrichs, zu Neujahr 1845. Halle 1845, bei E. A. Schwetschke. — Die Wunder des heiligen Rocks. Von R. Blum. Frankfurt a. M. 1845, bei Körner. — Ein Hirt und eine Herde. Leipzig 1845, bei E. Goetz. — Lyser und Ronge und der Rationalismus. Würzburg 1845, bei Voigt & Mocker. — An die niedere katholische Geistlichkeit. Von J. Ronge. Altenburg 1845, bei Schnuphase. — An die katholischen Lehrer. Von J. Ronge. Altenburg 1845, bei Schnuphase. — An meine Glaubensgenossen und Mitbürger. Altenburg 1845, bei Schnuphase. — Offene Antwort auf das Schreiben des Herrn J. Ronge an die katholische niedere Geistlichkeit mit besonderer Rücksicht auf dessen Rechtfertigungsschrift. Von Mauritius Moritz. Frankfurt a. M. 1845, bei Varrentrapp. — J. Ronges offenes Sendschreiben an den Bischof Arnoldi zu Trier. Ferner: Der kurze Kampf zwischen Licht und Finsternis. Von R. Blum. Offenbach a. M. 1845, bei Ph. Wagner. Aufruf an alle Christen aller Konfessionen zur Bildung einer allgemeinen christlichen Kirche. Leipzig 1845, bei E. Goetz. — Aller Streit hat nun ein Ende. Frankfurt a. M. 1845, bei Körner. — Der Hirtenbrief des Bischofs Arnoldi zu Trier, beleuchtet von R. Blum. Darmstadt 1845, bei L. Pabst. — Der katholische Katechismus der Diözese Mainz. Darmstadt 1845, bei L. Pabst. — Absagebrief des Professors Regenbrecht von der römisch-katholischen Kirche an den Weihbischof Dr. Latussek. Darmstadt 1845, bei L. Pabst. — Rechtfertigung meines Abfalls von der römischen Hierarchie. Von Czerski. Bromberg 1845, bei L. Levit. — Traurede am 21. Februar 1845 bei der kirchlichen Trauung des katholischen Predigers Czerski in Schneidemühl von dem evangelischen Ortspfarrer Grützmacher. Berlin 1845, bei W. Hermes. — Aufforderung zur Teilnahme an der Sache der Gemeinde zu Schneidemühl. Von Ulrich Rudolf Schmidt. Darmstadt 1845, bei Jonghans. — Glaubensbekenntnis und Verfassungsgrundzüge der katholisch-christlichen Kirche. Von Dr. Lorenz Diefenbach. Frankfurt a. M., bei Karl Körner. — Ronges Beruf zum Reformator seiner Kirche. Von Wilhelm Schmakowski. Breslau 1845, bei F. E. C. Leukart. — Offener Brief eines deutschen Katholiken an die deutschen Bischöfe. Darmstadt 1845, bei Jonghans. — Deutschlands Zukunft in kirchlicher Hinsicht. Von einem deutschen Patrioten. Leipzig 1845, bei Berger. — Die Jesuiten. Darmstadt 1845, bei Jonghans. — Praktische Bedenken gegen den Versuch, eine sogenannte

apostolisch-katholische Kirche zu stiften. Von J. Sporschil. Leipzig 1845, bei F. Volkmar. — Abfertigung der Sporschilschen praktischen Bedenken. Von Dr. Edwin Bauer. Grimma 1845, Verlagscomptoir. — Czerski, Ronge und Herr Sporschil. Von einem katholischen Laien. Leipzig 1845, bei Berger. — Über die Verehrung der Reliquien und besonders des heiligen Rockes zu Trier. Eine Vorlesung von Dr. J. J. Ritter. Breslau 1845, bei Ph. Aderholz. — Ein Wort zur Verständigung über die deutsche Volkskirche als die höhere nationale Einheit von Protestantismus und Katholizismus. An J. Ronge von einem Protestanten. Stuttgart 1845, bei C. A. Sonnewald. — Die Fürsten. Stimme eines deutschen Katholiken. Von E. Duller. Darmstadt 1845, bei Jonghans. — Notwendige und gründliche Verteidigung des hochwürdigen Bischofs Arnoldi zu Trier, wegen der ihm zum Vorwurf gemachten Ausstellung des heiligen Rockes. Von L. Luzianus Christold. Leipzig 1845, bei Otto Wigand. — Offenes Glaubensbekenntnis der deutsch-katholischen Christengemeinde in Berlin. Berlin 1845, bei W. Hermes. — Deutschlands zweites Ostern oder die Auferstehung der Kirche. Stuttgart 1845, bei J. B. Metzler. — Vertrauensvolle und dringende Bitte katholischer Einwohner der Stadt Offenbach a. M. um Beistand und Anführung gegen die Feinde des katholischen Christentums. Hanau 1845, bei F. König. — Heiliger Rock-Album. Leipzig 1845, bei Mayer & Wigand. — Die Wallfahrt nach Trier. Eine Stimme aus Nassau. Siegen und Wiesbaden 1845, bei Friedrich. — Wundertäter und Ablaßkrämer des 19. Jahrhunderts. Wesel 1845, bei J. Bagel.

Alle diese Schriften waren in Österreich strengstens verboten. Die Vorsicht der Zensurbehörde ging so weit, daß 1847 sogar der bei C. P. Melzer in Leipzig erschienene sogenannte Hinrich'sche Katalog wegen der darin vorgenommenen Anzeigen „sogenannter deutschkatholischer Schriften" als zur unbeschränkten Verbeitung im Publikum nicht geeignet bezeichnet wurde. — Über die in Deutschland entstandenen Bildungsvereine für die arbeitenden Klassen berichtete Engelshofen am 18. April 1845, man bediene sich ihrer als sehr geeignetes Mittel, um kommunistische Prinzipien zu verbreiten.

Frankfurt, 18. April 1845. Gutzkow hielt sich vom 24. April bis 18. Mai 1845 in Wien auf. Er wohnte im Hotel „Stadt Frankfurt" und einige Zeit auch bei dem Hofschauspieler Löwe. Er hatte mit Brockhaus verabredet, fünf Bogen über Wien für die „Urania" zu schreiben. Schon am 1. Mai 1845 schrieb er an Brockhaus, es stürze ihm in dem Geräusche Wiens die Möglichkeit zusammen, Briefe über Wien zu schreiben, die für die Urania harmlos genug und seines freien Urteils würdig wären. „Denn das ist der Eindruck" — heißt es weiter — „den mir Wien macht. Ich kann nicht mit in die übliche Lustigkeit der Wiener Touristen einstimmen, ich kann die Schattenseiten des hiesigen Lebens nicht verwischen und würde in keinem Berichte über meinen hiesigen Aufenthalt mehr sagen müssen, als was sich für die „Urania" und ihre friedliche Tendenz geziemt." Gutzkows „Wiener Eindrücke" die im dritten Bande seiner gesammelten Werke erschienen sind, hatten übrigens einen lebhaften Notenwechsel zwischen Metternich und Sedlnitzky verursacht. Am 14. September 1845 teilte dieser dem Fürsten mit, daß Gutzkows Aufsatz nach der Äußerung des Zensors von Bitterkeit und Schonungslosigkeit dergestalt gegen die Zustände Österreichs durchsättigt sei, daß es nicht leicht eine Schrift geben dürfte, welche mehr geeignet wäre,

Unzufriedenheit mit allem Bestehenden zu verbreiten, „da in diesem Aufsatz unter dem perfiden Panier der Freimütigkeit, sowohl das Allerhöchste Kaiserhaus, als die Regierung und deren Politik auf eine dieselbe im höchsten Grade entwürdigende Weise angegriffen wird. Bevor ich hiernach dieses Buch und demzufolge zugleich die früheren Bände desselben Werkes dem allerstrengsten Zensurverbote, für dem es sich meines Erachtens vollkommen eignet, unterziehen lasse, erlaube ich mir, Euer Durchlaucht um die gütige Gewährung Ihrer geehrten Wohlmeinung über diesen Zensurantrag zu bitten. Zugleich aber nehme ich mir die Freiheit, das Augenmerk Eurer Durchlaucht auf den Umstand zu lenken, daß dasselbe den Verlagsort ‚Frankfurt am Main‘ auf dem Titel führt und wie höchst bedenklich es ist, daß in einer Stadt, welche der Sitz des Deutschen Bundestages ist, eine Schrift im Druck erscheinen konnte, welche unser Allerhöchstes Regentenhaus, die höchsten Organe der österreichischen Staatsverwaltung und die Politik Österreichs so frech verunglimpft. Zudem ist dieses Pamphlet eine Frucht des im Frühjahre seinerzeit stattgehabten mehrwöchentlichen Aufenthaltes des Verfassers in Wien, daher ein neuerlicher Beleg, wie angezeigt und notwendig die größte Vorsicht bei der Zulassung ähnlicher schlecht berüchtigter Literaten in die k. k. Staaten erscheint. In dieser Hinsicht glaube ich mir erlauben zu dürfen, die Frage, ob nicht dem Schriftsteller Karl Gutzkow, nachdem er in seiner vorliegenden Schrift so überaus vermessene und böswillige Schmähungen gegen das Allerhöchste Kaiserhaus und die österreichische Regierung veröffentlicht und eine bereits aus früheren Schriften desselben bekannte verwerfliche Gesinnung dermal auf die bedenklichste Weise betätigt hat, der Eintritt in die Monarchie unbedingt zu untersagen wäre, der erleuchteten Würdigung zu unterziehen, so, Eure Durchlaucht noch Hochdieselben zu bitten, mir die Anhandlassung Ihrer verehrlichen Ansicht darüber gütigst gewähren zu wollen". Metternich erwiderte am 2. Oktober, er könne sich nur vollkommen einverstanden damit erklären, daß Gutzkows sämtliche Werke wegen des im III. Bande unter dem Titel „Wiener Eindrücke" enthaltenen höchst perfiden und in politischer Beziehung wahrhaft gefährlichen Aufsatzes der allerstrengsten Zensurbehandlung unterzogen und mit Damnatur erledigt werden. „Ebenso" — fuhr er fort — „kann ich nur Eurer Exzellenz wohlbegründete Ansicht teilen, daß einem Literaten, der so verwerfliche Gesinnungen betätigt, das Allerhöchste Kaiserhaus und die österreichische Regierung in der offenbar böswilligen Absicht, Gärung und Unzufriedenheit zu erregen, zur Zielscheibe seiner gehässigen Angriffe macht, der Zutritt in die k. k. Staaten nicht mehr gestattet werden könne. Obgleich Gutzkow sich wohl selbst dahin bescheiden dürfte, daß er sich im Kaiserreiche infolge seiner Insulte keiner günstigen Aufnahme erfreuen dürfte, so läßt sich dennoch der Geist, welcher Menschen seines Gelichters belebt, nicht nach dem Maßstab gemeiner Klugheit abmessen. Für den Fall sonach, als Gutzkow eine neue Reise nach unseren Ländern beabsichtigen sollte, wäre ich bereit, den k. k. Gesandtschaften in Deutschland das Verbot: Pässe, welche eine solche Reise im Zwecke haben, mit ihrem Visa zu versehen, zu erteilen. Eine für seinen Übermut gemäß gemachte und zugleich empfindliche Strafe dürfte die sein, wenn sofort auf dem kaiserlichen Hoftheater in Anbetracht des Bezuges der Tantième die Aufführung seiner theatralischen Dichtungen untersagt würde, und ersuche ich Eure Exzellenz, diese Idee gefälligst in Überlegung zu ziehen. Höchst bedauerlich

ist es ohne Zweifel, daß das in Rede stehende Pamphlet in Frankfurt und sozusagen unter den Augen des Bundestages habe erscheinen können. Eine direkte Beschwerde läßt sich gleichwohl darüber nicht führen, da das Buch über 20 Bogen stark ist und daher der Zensur nicht unterlag; gleichwohl werde ich die erste sich darbietende Gelegenheit benützen, dem Senat der freien Stadt Frankfurt das Befremden der k. k. Regierung über diesen leidigen Vorgang zu erkennen zu geben." Sedlnitzky berichtete hierauf am 19. Oktober 1845, daß die erforderliche Anordnung bereits getroffen sei, damit sowohl die bisher erschienenen als alle künftig erscheinenden Bände von Karl Gutzkows sämtlichen Werken mit dem strengsten Zensurverbote: damnatur erledigt werden. „Da übrigens Euer Durchlaucht meine Ansicht zu teilen belieben, daß einem Literaten, der in seinen Schriften gehässige und verwerfliche Gesinnungen sowohl gegen das Allerhöchste Kaiserhaus als gegen die k. k. Regierung ausspricht, der Zutritt in die k. k. Staaten nicht mehr zu gestatten wäre, erübrigt mir nur Hochdenselben die gefällige Anordnung anheimzustellen, daß dem genannten Schriftsteller jede Visierung von Pässen, welche eine Reise desselben in das k. k. Gebiet bezielen, von seiten der k. k. Gesandtschaften in Deutschland unbedingt verweigert werde. Was den von Eurer Durchlaucht zur Sprache gebrachten Umstand anbelangt, die Darstellung der theatralischen Dichtungen des Karl Gutzkow auf den kaiserlichen Hoftheatern zu untersagen, um ihn durch diese Maßregel des unverdienten Genusses der dafür entfallenden Tantième zu entziehen, so erlaube ich mir hierüber unmaßgeblich zu bemerken, daß eine solche Verfügung, wenn dieselbe und ihr Motiv öffentlich ausgesprochen würde, die Aufmerksamkeit des Publikums auf das erwähnte Gutzkowsche Pamphlet erhöhen dürfte, während bisher nur ein einziges Stück des genannten Verfassers: „der 13. November" in den Tantièmengenuß fällt und dieses Stück seines geringen dichterischen Wertes wegen nur wenigen Anklang im Publikum gefunden hat, somit bald vom Repertoir gänzlich verschwinden und der Verlust des Verfassers an der Tantième ohnehin nicht bedeutend sein würde. Dagegen dürfte es keinem Anstand unterligen, daß dem k. k. Oberstkämmerer als obersten Hoftheaterdirektor im Allerhöchsten Auftrage der Wink erteilt werde, in dem Fall, wenn neue dramatische Dichtungen des genannten Schriftstellers dem k. k. Hofburgtheater zugesendet werden, die Annahme derselben abzulehnen." In der Tat erging an die Hoftheaterdirektion der Auftrag, daß kein Stück Gutzkows auf dem Hoftheater zur Aufführung gelangen dürfe; auch wurde den Gesandtschaften die Weisung erteilt, Gutzkow jede Visierung von Pässen, welche eine Reise desselben in die österreichischen Staaten bezwecken, unbedingt zu verweigern. Die Länderchefs wurden außerdem angewiesen, auf eine möglichst vorsichtige, jede Publizität vermeidende Weise die Anordnung zu treffen, daß Gutzkow bei seinem etwaigen Erscheinen an einem Grenzpunkt unfehlbar und unbedingt in das Ausland zurückgewiesen werde.

2. Mai 1845. Als gegen Österreich gerichtete Schriften werden in einem Verzeichnis gegen Ende des Jahres 1844 angeführt: Vier Fragen eines Österreichers; Österreich und Rußland; Die Juden in Österreich; Portfolio eines Österreichers; Slawen und Magyaren; Schattenrisse aus Österreich; Österreich und seine Staatsmänner; Politische Memorabilien aus Österreich; Böhmens Provinzialzustände auf dem Schachbrette der Öffentlichkeit; Revue österreichischer Zustände; Metternich;

Böhmens Zukunft und Österreichs Politik vom Standpunkt der Vergangenheit und Gegenwart; Austriaca; Ungarn als Quelle der Befürchtungen und Hoffnungen für Österreichs Zukunft; Ungarns Gegenwart; Zwei Fragen aus Böhmen; Österreich und das konstitutionelle Prinzip; Splitter und Balken aus Österreich; Ungarns Wünsche; Politische Nesselblätter. (Sämtliche Schriften im Verlag von Reclam jun.) Dies Buch gehört dem Vaterlande (bei Otto Wigand). In den Berichten Hübners aus Leipzig sind noch genannt: Prag und die Prager (1844); Die Unruhen in Böhmen (1844); Briefe aus Wien (1844); Traditionen zur Charakteristik Österreichs (1844); Fürst Klemens Metternich (von Dr. W. Bindner, 1845); Der Katholizismus und Protestantismus in Österreich (1845); Memoiren eines österreichischen Militärs (1845); Fürst Metternich und das österreichische Staatssystem (1845); Das Judentum in Österreich (1845); Aus der Kanzlei in Österreich (1845); Österreichs Gegenwart (1845); Die neuesten Gefahren für den Staat mit besonderer Beziehung auf den österreichischen Staat (1845).

9. Mai 1845. Friedrich Fürst Schwarzenberg, „der Lanzknecht“, wie er sich selbst nannte, geb. Wien 30. September 1800, gest. daselbst 6. März 1870 (Wurzbach, „Biographisches Lexikon“, XXXIII, S. 58—70). Er nahm zwar an der Schriftstellerversammlung teil, aber nicht an deren Debatten.

18. Mai 1845. Bauernfelds „Ein deutscher Krieger“, Schauspiel in drei Akten, wurde in Berlin zum erstenmal am 27. April 1845 aufgeführt. Im Wiener Burgtheater kam es am 20. Dezember 1844 zur ersten Darstellung. Im Gegensatze zu der in diesem Berichte zitierten Kritik schrieb Gutzkow in seinen „Wiener Eindrücken“ (1845): „Das Stück blitzt von Spott gegen das veraltete Schubfächer-, Akten- und Repositorienwesen des Regimes und ist in seiner polemisch-lokalen Bedeutung von Österreich wohl verstanden worden.“ In Dresden wurden gegen die Darstellung Bedenken erhoben, wegen der Figur des Kurfürsten Johann Georg. Ein Versuch der Wiener Zensur, nach der ersten Aufführung Striche vorzunehmen, mißglückte, da der Dichter entweder ungeschmälerte Darstellung oder gänzliches Verbot verlangte.

5. Juni 1845. Josef Freiherr v. Hormayr zu Hortenburg, geb. Innsbruck 20. Jänner 1782, gest. München 5. November 1848 (Wurzbach, IX, 277 ff.), verließ im Oktober 1828 Österreich und trat in bayrische Dienste, wurde 1832 bayrischer Ministerresident in Hannover, 1837 bei den Hansastädten, 1847 Direktor des Reichsarchivs in München. Nachdem Hormayr sein Vaterland verlassen hatte, erschienen mehrere Schmähschriften, hauptsächlich gegen Metternich und dessen System gerichtet, darunter „Lebensbilder aus dem Befreiungskriege“, „Kaiser Franz und Metternich“ und „Anemonen aus dem Tagebuch eines alten Pilgersmannes“. Am 18. Juni 1845, kurz nach Erscheinen der letztgenannten Schrift, schrieb Hübner an Metternich: „Durch seine (Hormayrs) Stellung und den ausdrücklichen Willen des Königs von Bayern auf einen den politischen Bewegungen des Tages fernstehenden Fleck gebannt, sucht der gekränkte Ehrgeiz dieses Mannes in literarischen Ergießungen Befriedigung oder Vergessenheit in den Freuden der Tafel, zum Ärgernis der Bewohner und zur Verlegenheit der Bürgermeister von Bremen. Wenn Herr von Hormayr nichtsdestoweniger in diesen Tagen während eines Besuches in Berlin der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit war, so muß dies weniger seiner verkommenen Persönlichkeit als seiner Preußen

auf Kosten anderer Staaten loberhebenden literarischen Richtung zugeschrieben werden."

8. Juli 1845. Itzstein und der Revolutionär Hecker, die sich auf einer gemeinsamen Reise nach Stettin in Berlin aufhielten, wurden am 23. Mai 1845 aus den preußischen Staaten ausgewiesen.

11. Juli 1845. Gustav Adolf Wislicenus, einer der Hauptbegründer der alten Burschenschaft, 1824 zu zwölfjähriger Festung verurteilt, 1829 begnadigt, Pfarrer der Freien Gemeinde in Halle, wurde wegen der Schrift „Bibel im Lichte der Bildung" (1852) zu zweijähriger Gefängnisstrafe verurteilt, entfloh jedoch nach Amerika, von wo er 1856 zurückkehrte und die Leitung einer Erziehungsanstalt in Zürich übernahm. Er starb am 14. Oktober 1875 zu Fluntern. Auch der Generalkonsul Hübner in Leipzig wendete Wislicenus seine Aufmerksamkeit zu. Am 2. Juli 1845 berichtete er, daß die Schrift von Wislicenus „Ob Schrift, ob Geist", die in Preußen verboten war, von dem Oberzensurgerichte freigegeben wurde. Und am 24. Jänner 1846, Wislicenus habe die Herausgabe einer Monatschrift (Kirchliche Reform) unternommen, welche die Reform, eigentlicher die Sozialrevolution auf kirchlichem Gebiete bezwecke.

19. Juli 1845. Mit dieser Petition (abgedruckt in Wiesners „Denkwürdigkeiten der österreichischen Zensur", S. 409—422) beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte dieser das Geistesleben in Österreich so vielfach hemmenden Institution, für welche bisher die Grundsätze galten, die in der Hauptinstruktion vom 11. Juni 1781, in jener vom 1. September 1790, in der Belehrung der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei für die Zensoren vom 10. Februar 1792 und in der Zensurinstruktion vom 14. September 1810 festgelegt worden waren. Diese letztere Instruktion wurde bei ihrem Erscheinen lebhaftest begrüßt; begann sie doch mit den Worten: „Kein Lichtstrahl, er komme, woher er wolle, soll in Zukunft unbeachtet und unerkannt in der Monarchie bleiben." Schöne Worte, die jedoch nur Worte blieben und die man bald vergessen hatte. Abgesehen von den zahlreichen Verboten, war es auch der Geschäftsgang, der jeden verzweifeln machte, der mit der Zensurbehörde zu tun hatte, Schriftsteller wie Buchhändler. Alle Zensurobjekte kamen zuerst an das Bücherrevisionsamt, wurden dort vorgemerkt und hierauf den Fachzensoren zugesendet. War der Antrag des Zensors eingelangt, wurde in den meisten Fällen das Werk mit dem Gutachten des Zensors der Zensurhofstelle vorgelegt. Unter allen Umständen mußten dieser Behörde vorgelegt werden: alle Druckschriften, welche die Zensoren zu verbieten oder zu beschränken beantragten oder die sich auf den österreichischen Kaiserstaat, sei es in historischer, politischer, statistischer oder militärischer Hinsicht bezogen: ebenso ausländische politisch-literarische, theologische Schriften; alle Zeitschriften, die Aufsätze aus und über Österreich zu bringen pflegten, auch alle Programme und ersten Nummern der im Ausland erschienen Tagesblätter; Handschriften, wenn sie von Politik, Staatsverwaltung, Gesetzgebung, Religion oder Philosophie handelten; Kunstsachen, die sich auf den Landesfürsten, auf das Kaiserhaus, auf innere oder äußere Staatsverhältnisse, auf Religion und Kirche bezogen. Und dieses Amt verwalteten nicht etwa Männer, die in diesen Zweigen der Literatur und Kunst vertraut waren. Sedlnitzky hatte die Zensur nur vom streng polizeilichen Standpunkt aufgefaßt und literarische wie bibliographische Vorbildung bei den höhergestellten Beamten nicht nur nicht notwendig erachtet, sondern sogar systematisch ausgeschlossen. Gegen diese Verwendung

von zu dem Zensurgeschäfte nicht qualifizierten Beamten hatte sich der damals als Bücherrevisor tätige, seit 1848 als Publizist wirkende K. E. Bauernschmid vor den Stufen des Throns beschwert. „Man entwerfe sich" — schrieb er — „ein getreues Bild von der bedauerswürdigen Ratlosigkeit eines solchen Mannes und es wird nicht schwer fallen, die unabsehbare Reihe von Inkonsequenzen, Unzukömmlichkeiten und Skandalen ganz natürlich zu finden." Für die Unabhängigkeit der Zensoren sowie für die Beseitigung des Zwiespaltes zwischen Gesetz und dessen Handhabung und für die Erlassung eines Zensurgesetzes traten die Wiener Schriftsteller in der Denkschrift vom 11. März 1845, die als erste Unterschrift den Namen Grillparzer trägt, mit beredten Worten ein. Monate waren seither verflossen. Vergebens harrten die Schriftsteller einer Antwort. „Mit ungeduldiger Spannung" — berichtete der Wiener Polizeidirektor Muth — „verfolgen die Literaten den amtlichen Gang ihrer Petition; da dieser ihren Erwartungen nicht zu entsprechen scheint, so tritt ihr Unmut in verschiedenen Äußerungen über öffentliche Angelegenheiten hervor." Es wäre aber falsch, das Stillschweigen dahin zu deuten, daß Metternich diese Eingabe ignoriert habe, vielmehr beschäftigte er sich eingehend damit in einem Gutachten, das mir in Abschrift vorliegt und folgenden Wortlaut hat:

„Die Denkschrift, welche eine Zahl zu Wien residierender Gelehrter und Literaten über die gegenwärtigen Zustände der Zensur in Österreich am 11. März 1845 einreichte, ist keiner Beantwortung von seiten der höchsten Regierungsbehörde würdig. Sie kann nur ad acta deponiert werden, bietet anderseits jedoch Stoff zu ernsten Betrachtungen, deren Elemente ich mir in der nachstehenden gedrängten Vorlage zu bezeichnen zur Pflicht mache.

Die in Rede stehende Denkschrift hat den Wert eines Ereignisses, welches in der Richtung der Zeitumstände, wie in jener der in ihr aufgestellten Ansichten eine ernstliche Erwägung verdient.

Deutschland steht heute in einer gefahrvollen Aufregung, zu welcher das Benehmen der preußischen Regierung seit dem Regierungsantritt des Königs den Zündstoff lieferte. Wirft man die Blicke auf die Lage, in welcher sich die deutsche Presse im Moment des Überganges der alten zur neuen Regierung befand und stellt man einen Vergleich zwischen dieser Lage und der heutigen auf, so springen die Riesenschritte, welche die Zügellosigkeit der Presse in dem kurzen Verlaufe weniger Jahre gemacht hat, deutlich in die Augen des unparteiischen Beobachters.

Daß dieser Fortschritt der Lage der gesellschaftlichen Zustände auch auf unser Reich rückwirken mußte, dies ist ein ganz natürliches Ergebnis. Die Regierung hat es gefühlt und deshalb bereits im Jahre 1841 das Zensurwesen einer Revision zu unterziehen beschlossen. Die Kunde, daß ein derartiges Unternehmen im Werke sei, entging dem schriftstellerischen Publikum nicht und mußte anregend auf dasselbe einwirken.

Stets bereit, das, was im natürlichen Verlauf der Dinge liegt, durch natürliche Gewalten zu erklären, ergeht für mich aus dem jüngsten Schritte der Literaten keine Anklage gegen die Sache, aber ein aufrichtiges Bedauern über die Wahl der Form.

Die der Würde der Regierung allein angemessene Rüge finde ich in der stummen Niederlegung der Eingabe ad acta.

Anders steht es mit der Beurteilung des Operats selbst. Folgende Bemerkungen, zu denen mir dessen Kenntnisnahme den Stoff geboten hat, werden meine Ansichten und Gefühle über dessen Wert und Unwert deutlich bezeichnen.

Meine Bemerkungen zerfallen in die Prinzipienfragen und in den der Regierung unterlegten Vorschlag der Regelung des Zensurwesens: Von der Zensur ist allein in der Denkschrift die Rede; das Repressivverfahren wird in selber nicht in Anspruch genommen.

In den Vordergrund der möglichen Analyse der Eingabe auf dem Prinzipienfelde drängt sich eine gänzliche Unklarheit in den Begriffen auf diesem Felde vor.

Als die allein denkbare Grundlage für die Denkschrift muß man — um eine aufzufinden — die annehmen, daß die Schriftstellerei eine Kaste bilde und als soche eigene Rechte im Staate in Anspruch zu nehmen habe.

Der Begriff von Rechten der Schriftsteller stellt einen Aufruf an die Rechte der Gesellschaft. Legt man diese Rechte in die Schalen einer Wage, so wird die mit den Rechten, welche die Gesellschaft auf Schutz hat, belastete die weit überwiegendere sein.

Schriftsteller sind mit einem Talent begabte Individuen, welche als solche der Rechte der übrigen Staatsbürger weder in einem höheren noch in einem geringeren Maße teilhaft sind.

Die Schriftstellerei fließt in die Industrie über und die Rechte, welche auf die letztere passen, gehören auch ihr an. Im Rechtssinne bilden Schriftsteller ebensowenig eine Korporation als Mathematiker, Philosophen, Naturforscher, Theater- oder sonstige Dichter.

Den Verlegern ihrer Werke gegenüber stehen sie in der Lage, in welcher sich die Erfinder irgend einer Sache den Exequenten der Erfindung gegenüber befinden. Die Schriftsteller können Verträge mit den Verlegern ihrer Werke schließen und dieselben werden unter dem Schutze der Gesetze stehen. Der Gesellschaft gegenüber haben sie keine ihnen eigens angehörende Rechte in Anspruch zu nehmen, man wollte den Rechten der Schriftsteller nur jene der Käufer und Leser ihrer Produkte in Rechnung stellen. Die Intelligenz ist allerdings eine Gewalt; in Beziehung auf bürgerliche Rechte löst dieser Anspruch sich aber in Dunst auf.

Ebensowenig stichhaltig ist der Begriff einer Zensurgesetzgebung, welche die Denkschrift als eine dringende Notwendigkeit bezeichnet. In

dem Bereiche der Gesetzgebung steht nur der Ausspruch, ob im Staate die Vorzensur (das präventive Verfahren) oder die Nachzensur (die Repression der Preßvergehen) stattzufinden habe. Alles, was diesen Ausspruch überschreitet, ist Sache der Manipulation. Von dem Gesetze mehr fordern, würde zum Nachteil der Schriftstellerei wie zu jenem des Staates durch unlösbare Verwicklungen führen.

‚Die Schriftsteller werden nach Normen gerichtet, die sie nicht kennen‘ — sagt die Denkschrift — ‚und sie befinden sich sonach in einer schlechteren Lage als die Handwerker und Taglöhner.‘

Die Proposition, wie der aus ihr fließende Vergleich, hat entweder keinen verständlichen Sinn oder er ist das Ergebnis eines dunkeln Gefühls der Konnexität, welche sich auf dem materiellen Felde zwischen der Schriftstellerei und dem Handwerk, ja selbst mit dem Taglohn allerdings veroffenbart. Nicht der Schriftsteller, sondern die Schrift, der der Industrie heimgefallene und durch sie ausgebeutete Gedanke, unterliegt der Zensur. Die Gedanken sind frei, die gesprochenen wie die geschriebenen Worte unterliegen dem Sittengesetz und gereichen dem, von welchem sie ausgehen, zum Nutzen oder zum Schaden; der Druck, das Handwerk, steht im Bereiche der öffentlichen Gewalt und hierzu genügt es des gesetzlichen Ausspruches: gedruckt darf im Lande nichts werden, ohne der Zensur unterlegt oder a priori von derselben enthoben worden zu sein. Das, was über diesen Ausspruch hinausgeht, fällt in das diskretionelle Verfahren. Dasselbe kann, wie jedes andere, ein gutes oder schlechtes sein. Es sei das erstere.

Die Normen, welche auf die Schriftstellerei passen, sind dieselben, welche aus dem Sittengesetze, den Klugheits- und den gesamten Lebensregeln ergehen und auf alle Äußerungen des Geistes anwendbar sind. Ungemessen sprechen, schreiben oder drucken lassen trägt böse und in der Natur der Sache liegende, also unvermeidliche Folgen. Eine in Gesetzesform zu erlassende, in alle denkbaren Details eingehende Norm für die Produkte der Presse wäre ein ebenso unmögliches Unternehmen als die Aufstellung einer derartigen Norm in Beziehung auf das Sprechen. Wehe dem Schriftsteller, welcher im Gesetzbuche die Anleitung dessen, was ihm das Sittengesetz, die Klugheit und die Gefühle des Guten und des Schlechten lehren sollten, erst zu suchen hätte.

Von der moralischen Höhe des Standpunkts, welcher den Produkten des Geistes gebührt, steigt die Schriftstellerei allerdings herab, sobald sie auf dem Felde der Industrie ins Handwerk eintritt. Mit wenigen Ausnahmen sind die Schriftsteller die Sklaven der Verleger ihrer Werke. Auf dem Gebiete der industriellen Unternehmen aber ist das Feld der Gesetzgebung ebenfalls ein bewegtes. Für eine Zensurgesetzgebung, hat es keine Stelle, welche dem Zwecke entsprechen könnte.

Den in der Denkschrift aufgestellten Satz: ‚Daß es sich bei der Presse um die geistigen Güter der Menschen und die höchsten Interessen der Wissenschaft, um die heiligsten Ansprüche der Wahrheit handelt‘, nehme ich nicht nur als einen gegründeten an, sondern er bildet die wahre Grundlage für die in bezug auf das Preßwesen zu lösenden Aufgaben und führt alsbald zur Erwägung der Frage: wessen Ansprüche auf Schutz die dringenderen sind, die der Gesellschaft oder die der Schriftsteller? Die Entscheidung ist nicht in Zweifel zu ziehen; da das Ganze mehr Wert hat als Bruchteile, so hat das Staatswohl den Rang vor dem Interesse der Schriftsteller; ich sage, vor dem Interesse der Schriftsteller, nicht vor jenem der Wissenschaft, welche in ihrem echten Begriff auf der Wahrheit ruht und dieselbe in sich auffaßt und zur Behauptung deren Rechte die Presse eben einer Überwachung unterliegen muß.

Die Behauptung, ‚daß die Regierungen sich durch diese Überwachung des Mittels berauben, zur Kenntnis der öffentlichen Meinung zu gelangen‘, ist ein falscher, abgedroschener Satz. Eine geregelte, mit Intelligenz begabte Regierung bedarf nicht der Presse, um zur Kenntnis der öffentlichen Meinung zu gelangen, und wo einer Regierung die Intelligenz abgeht, würde die Information durch die Presse ebenfalls nichts nützen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle vertritt die Presse nicht die öffentliche, sondern die Meinungen, welche der Parteigeist oder individuelles Interesse für die vox populi auszugeben sich anmaßt. In der durch die Erfahrung aller Zeiten niedergeschlagenen Behauptung, daß die Presse die öffentliche Meinung vertrete, liegt deren verkappte Prätension, die höchste Regierungsgewalt zu sein; das Streben nach einer Stellung, welcher die lösenden Gewalten, nicht aber die bindenden zu Gebote stehen.

Die in der Denkschrift in Anspruch genommene Zulassung sans plus aller von österreichischen Schriftstellern im Auslande gedruckten Werke, weil Zensur in diesen Ländern (wohl den zum Deutschen Bunde gehörenden) besteht und nicht zu vermuten ist, daß die auswärtigen Zensoren das Erscheinen von Werken, die etwas Feindseliges oder Gehässiges gegen die österreichische Regierung enthalten, zu gestatten vermöchten‘, ist ein durch die tägliche Erfahrung widerlegtes Absurdum.

Anführungen, wie die des § 17 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und des Gesetzes über das Zensur- und Druckersach vom Jahre 1781, sind nicht überdachte. Zwischen dem allen Staatsbürgern zustehenden Rechte, seine Gedanken zu äußern, und der Niederlegung der Gedanken in einer Druckschrift, liegt eine Kluft; und bei der Anführung des Ediktes vom Jahre 1781 haben die Verfasser der Denkschrift in jedem Fall unterlassen, Notiz von dessen historischen Folgen zu nehmen.

Um den Mangel an praktischem Sinn, der in der Denkschrift vorherrscht, zu beweisen, genügt es, das auf die Verpflichtung der Zensoren, ihre jedesmaligen Aussprüche unter Anführung der dieselben betreffenden Gesetzesstellen kundzugeben, gestellten Antrages. Dieser Vorschlag, welcher auf dem der Möglichkeit in der Ausführung ermangelnden Grunde der Abfassung eines alle denkbaren Zensurfälle umfassenden Werkes beruht, würde er selbst im Falle, daß die Möglichkeit der Abfassung eines derartiges Werkes bestünde, sich in der Praxis nicht als eine Quelle endloser Gefährdungen bewähren? Täglich müßten nämlich Fälle eintreten, in denen ein Zensor einem literarischen Produkt das auf den Ausspruch des Artikels 150 des Zensurgesetzes gegründete Imprimatur erteilen würde, während ein anderer Zensor infolge des Artikels 75 desselben Gesetzkomplexes über ein anderes, dasselbe enthaltende, aber im Wortlaute verschieden gestelltes, in einer anderen Druckschrift das Damnatur aussprechen würde. Wer würde zwischen dem Für und Gegen den Ausspruch fällen? Höchstwahrscheinlich würde der Stock im Kampfe zwischen den Autoren und Zensoren häufig in seine Rechte eintreten und in allen Fällen solcherart ist es die bürgerliche Gesellschaft, welche die Streiche treffen!

Nach diesen, auf die Worte der Denkschrift gegründeten Bemerkungen bleibt nur eine ernste Betrachtung übrig, welche sich auf den Gegenstand in seiner Gesamtheit bezieht.

Große Übel lasten heute auf der menschlichen Gesellschaft und unter denselben nimmt der Hang einer großen Zahl von Individuen, sich zu den schweren Geschäften des Gesetzgebens und Regierens zu drängen, eine der ersten Stellen ein. Zu den seltsamsten Erscheinungen auf diesem Felde gehört nicht minder meines Erachtens das in Frage stehende Produkt einer mit den Unterschriften unserer literarischen und szientifischen Notabilitäten versehenen Eingabe so durchaus seichter Art. Diese Rüge fällt insbesondere seriösen Justizmännern zur Last, deren Fach die Beurteilung des Wertes und des Unwertes der Staatseinrichtungen ist! Der Tatbestand erweckt in mir das Gefühl tiefen Bedauerns und es hat für mich den Wert einer Aufforderung an diejenigen, welche das Staatsruder in Händen halten, festen Schrittes auf der Bahn vorzuschreiten, welche in ihrer Pflicht steht und ihnen, fern von allem Parteigeist und Zeitschwindel, durch das Festhalten auf den in allen Richtungen bestehenden und durch die Erfahrung erprobten Grundlagen des Staatsgebäudes die Mittel reichlich bietet, das, was Zeit und Umstände fordern, zum allgemeinen Besten zu leisten."

So ganz ohne Erfolg blieb aber die Denkschrift der Wiener Literaten doch nicht, denn mit kaiserlicher Entschließung vom 15. August 1845 wurde die Errichtung einer eigenen Zensuroberdirektion angeordnet sowie auch die eines obersten Zensurkollegiums als höherer und letzter Instanz.

In einem Vortrage vom 7. Jänner 1847 erstattete Sedlnitzky dem Kaiser seine Vorschläge, wobei er daran festhielt, die Oberdirektion der Polizeihofstelle zu unterordnen und sich die Oberleitung des obersten Zensurkollegiums vorzubehalten. Seine Vorschläge wurden am 20. Februar 1845 genehmigt. Mit dem Besetzungsvorschlag schien es ihm jedoch nicht eilig zu sein, bis Metternich nachdrücklich dazu drang. „Wie nachteilig" — schrieb er am 25. Jänner 1847 an Sedlnitzky — „die Lockerung der Bande, welche die deutsche Presse nur noch mehr oder weniger in Ordnung halten, auf diejenigen Regierungen einwirken muß, welche, den gesunden Regierungsgrundsätzen treu, an den Präventivmaßregeln festhalten, wird Eurer Exzellenz nicht entgangen und E. E. einverstanden sein, daß es um Ruhe und Ordnung im Kaiserstaate geschehen wäre, wenn auch wir uns von den Theorien und Umtrieben des Tages hinreißen lassen. Es ist dies notwendig für uns, damit die Mangelhaftigkeit der diesfälligen Institutionen unseren Gegnern nicht Waffen gegen uns in die Hände gebe und uns selbst die Handhabung der Zensur nicht mutwillig erschwere. Notwendig aus Rücksicht für die gleichgesinnten Regierungen, damit sie in der Art, wie wir die Zensur handhaben und den wahren Geist der Präventivmaßregeln praktisch hinzustellen wissen, den Stütz- und Haltepunkt für das auch von ihnen festgehaltene System finden mögen." Auf Sedlnitzkys Vorschlag wurde der Gubernialrat und Polizeidirektor Martinez zum Direktor der Zensuroberdirektion ernannt und am 27. Dezember 1847 der Vorschlag wegen Ernennung der Beisitzer des obersten Zensurkollegiums genehmigt. In einem Zirkular vom 14. Jänner 1848 wurden die Normen für die beiden neuen Institutionen kundgemacht und der Beginn ihrer Wirksamkeit mit dem 1. Februar 1848 festgesetzt. Diese beiden Behörden konnten jedoch eine Tätigkeit nicht entfalten, da inzwischen infolge der Märzereignisse die Zensur aufgehoben wurde.

7. November 1845. Daffner aus München, provisorischer Professor in Solothurn, wurde wie Fein als Teilnehmer am Luzerner Freischarenzug gefangengenommen und aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft verwiesen. Um diese Maßregel sicher durchzuführen, wurde die Mitwirkung der Regierungen von Österreich und Sardinien in Anspruch genommen und Daffner auf dem kürzesten Wege über Tirol nach München abgeführt.

19. November 1845. Der Angriff Gutzkows auf den Konvertiten Friedrich Emanuel v. Hurter (geb. Schaffhausen 19. März 1787, gest. Graz 27. August 1865), der, nachdem er vom Protestantismus zum Katholizismus übergetreten war, von Metternich als Reichshistoriograph nach Wien berufen wurde, erfolgte nach Erscheinen von Hurters Schrift „Geburt und Wiedergeburt". (Vergl. Gutzkows „Gesammelte Werke", Jena, Costenoble. IX. Bd: Öffentliche Charaktere, S. 377—416.)

Mainz, 20. Dezember 1845. Als Beispiel hierfür wurde der in der Hofbuchhandlung von G. Jonghaus in Darmstadt (eigentlich aber bei Gutsch und Rupp in Karlsruhe) erschienene „Neue Kalender für den Stadt- und Landbürger" vorgelegt, von welchem über 80.000 Exemplare (zu 9 kr das Stück) abgesetzt wurden.

10. Jänner 1846. Am 23. Dezember 1845 berichtete Hübner dem Fürsten Metternich, daß sich die königliche (sächsische) Regierung nunmehr bewogen gefühlt habe, den „Sächsischen Vaterlandsblättern" wegen ihrer fortgesetzt böswilligen und gefährlichen Tendenz

die Konzession zu entziehen, so daß dieses erste deutsche Organ der Revolution sofort aufhören werde zu erscheinen. Und am 3. Jänner 1846: „Dem Verbote der ‚Vaterlandsblätter‘ läßt sich die Bedeutung einer politischen Demonstration, mehr noch als eines isolierten Aktes von Stärke oder besser Erstarkung nicht absprechen, ganz abgesehen von der unmittelbaren Folge für die Partei des Umsturzes, welche sich ihres angesehensten und verbreitetsten Organs beraubt sieht.“ Aber schon am 2. Februar 1846 sah sich Hübner veranlaßt, Metternichs Aufmerksamkeit auf die in Altenburg erscheinende Zeitschrift „Panorama der Vergangenheit und Gegenwart“ zu lenken, welche seit dem Verbote der „Sächsischen Vaterlandsblätter“ die Mitarbeiter der „Vaterlandsblätter‘ für sich gewonnen hatte. Die königlich sächsische Regierung, meinte Hübner, werde, da sie in Erfahrung gebracht habe, daß dieses Organ der Revolution ohne Konzession erscheine, bei der Altenburgischen Regierung auf Unterdrückung desselben antragen.

Frankfurt, 12. Jänner 1846. Über Schuselkas Eifer für den Deutsch-Katholizismus berichtete Hübner am 24. Jänner 1846: „Dr. Franz Schuselka gebärdet sich im Großherzogtum Weimar fortwährend als eifriger Apostel des Deutsch-Katholizismus und hat nun neuerdings eine Broschüre ‚Das deutschkatholische Priestertum‘ erscheinen lassen. Er ist indes in seinen Bemühungen nicht sehr glücklich und die Zahl der dort der Sekte Beigetretenen beschränkt sich auf wenige Personen.“ — J. H. Schramm, geb. Teschen 1809, gest. Wien 7. März 1865, hervorragender Aquarellmaler, 1842 Hofmaler und Professor an der Kunstschule zu Weimar, ein in den höchsten Kreisen als Porträtist beliebter Künstler, der Anfang 1865 nach Wien übersiedelte, aber schon nach wenigen Wochen daselbst starb.

29. Jänner 1846. „Satan-Corsaire“, ein satirisches Pariser Blatt, enstand 1844 aus einer Vereinigung des „Satan“ und des „Corsaire“. Panin, der Eigentümer des „Satan“, hatte die Absicht, ein Journal politisch-progressiven Inhalts im großen Format erscheinen zu lassen; zu diesem Zwecke trat er mit Bethune von Vangirad und St. Laurent, den Eigentümern des „Corsaire“, in Unterhandlung. Das neue Blatt übernahm die Aufgabe, die Unabhängigkeit Italiens von Österreich im französisch-bonapartisch-republikanischen Sinne zu verteidigen. — Georg Simon Sina, geb. 20. November 1782, gest. 18. Mai 1856, einer der tüchtigsten Großhändler Wiens, wegen seiner Verdienste in den Freiherrnstand erhoben; dessen Sohn Simon Georg, geb. 15. August 1810, gest. 15. April 1876, bekannter Kunstfreund und Humanist. — Das Bankhaus Geymüller, errichtet von Johann Heinrich und Johann Jakob Geymüller aus Basel, mit welchen sich ihr Neffe Johann Heinrich Falkner, der den Namen seiner Mutter Geymüller angenommen hatte, in der Firma vereinigte. Alle drei wurden 1824 wegen ihrer Verdienste in den Freiherrnstand erhoben. Im Salon Geymüller fanden sich die Spitzen der Wiener Gesellschaft und die hervorragendsten Vertreter von Kunst und Wissenschaft ein. — Klemens Freiherr v. Hügel, geb. Koblenz 1792, gest. Hardenberg 3. Dezember 1849, seit 1840 Hofrat in der Staatskanzlei, wurde 1846 zum Direktor des geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchivs ernannt. Als Vertrauter Metternichs schrieb er gleichsam als Antwort auf die 1845 überreichte Schriftstellerpetition die Broschüre „Über Denk-, Rede-, Schrift- und Preßfreiheit“ in reaktionärem Sinne, worauf Bauernfeld mit einem „Sendschreiben eines Privilegierten in Österreich“ antwortete.

Frankfurt, 8. Februar 1846. Bereits am 7. Februar 1846 meldete Hübner, daß Schuselka mit den Professoren und Gelehrten Jenas dermaßen zerfallen sei, daß er sich genötigt sehe, diese Universitätsstadt zu verlassen und anderwärts seinen Wohnsitz aufzuschlagen. Der Nimbus, mit welchem er sich als angeblicher Märtyrer der Freiheit bei seinem Auftreten in Norddeutschland zu umgeben wußte, sei gänzlich verschwunden und seine Bücher wären hier ebensosehr in Mißkredit geraten als die literarischen Erzeugnisse Groß-Hoffingers.

21. März 1846. Wilhelm Salomon Reger, geb. Straßburg 1804, gest. Berlin 23. Februar 1857, zählte in den vierziger Jahren zu den beliebtesten Schauspielern in Frankfurt, von wo er 1835 ans Hoftheater in Berlin kam.

4. April 1846. In diesem Briefe schreibt Gutzkow unter anderem: „Ich habe es mir so bequem wie möglich gemacht, wohne Hôtel des Arts Cité Bergêre — teuer, aber still und leidlich freundlich und beschäftige mich weniger mit Paris als mit mir selbst und meiner Zukunft. Was soll ich auch groß tun, als wär es wunder ein Glück, dies Paris wiederzusehen. Seit vier Jahren hat sich hier nichts, gar nichts verändert. Die Personen sind alle auf demselben Fleck geblieben und die Verhältnisse wo möglich noch mehr versteinert. Deutschland ist in diesem Augenblick viel interessanter, anregender und selbst durch das polnische traurige Intermezzo dem Franzosen bedeutender. Niemand kann sich unglücklicher fühlen als die hiesigen Korrespondenten, die anerkennen müssen, daß Paris ein steiniger Boden ist, aus dem kein Quell mehr für sie fließt. Alles hofft auf die Regentschaft, die ein kleines pêle-mêle von Straßenlärm, aber ein größeres von Salons- und Kabinettsintrigen geben wird. Nemours, der ohnehin taub ist, ist ganz unpopulär. Joinville und Aumale sind beliebt. Die Herzogin von Orleans, die der König nicht leiden kann, ist ganz beiseitegeschoben, wird aber eine Partei bilden, die anführen zu dürfen Lamartine sich schmeichelt. Dieser macht auf diese Hoffnung hin eine Dummheit nach der anderen und hat eine halbe Million Schulden. Da ich mir vorgenommen habe, fleißig zu sein, so leb ich sehr zurückgezogen und benutze die großen Vormittage, die man hier hat, zu meinem Vorteil. Ich schreibe ein Trauerspiel in Versen, historisch, aber von einer zeitgemäßen Tendenz. Ich werde diese Arbeit fertig nach Deutschland mitbringen, ich müßte denn krank werden, was der Himmel verhüte. Von Deutschen seh ich so ziemlich alle Ihnen bekannten Namen, natürlich die feindlichen, Heine, Börnstein usw. ausgenommen. Heine gilt für krank, ob in Wahrheit oder à la Voltaire, der sich 30 Jahre lang einen sterbenden Greis nannte, um die Pariser Kritik zu rühren, weiß ich nicht. Seinen Haupthaß hat er auf Rießer jetzt geworfen, von dem er als Testamentsexekutor seines Onkels behauptet, daß er ihn um seine Erbschaft gebracht hätte. Wenigstens ist die Auszahlung seiner Rente an Besserung geknüpft! Er muß für jede Rimesse eine edle Tat nachweisen. Eine solche war zum Beispiel die Erklärung über Madame Strauß. Doch... pst! oder Chut! wie der Franzose sagt. Nichts geplaudert. Venedey, Rochau, Weill, Creizenach scheinen sich alle zu freuen, mich hier zu sehen. Herwegh gäbe ein eigenes Kapitel, das zu weit führte. Alle verachten ihn; ich glaube, er ist eher zu bemitleiden. Man kann hier mit Ophelia über Hamlet sagen: ‚O welch ein edler Geist ist hier zerstört' usw. Übrigens ist es wirklich wahr, daß sich Herwegh, aus Verachtung gleichsam an aller Schriftstellerei, mit Anatomie

und dergleichen beschäftigt, à la — Göthe. Göthe freilich schrieb außer über Mineralogie auch einen gewissen ‚Faust‘. Genug davon! Mündlich mehr; ich bitte Sie dringend, lieber Freund, keine Andeutungen! Die Erinnerung an Frankfurt lebt nicht freundlich in mir und es steht wohl fest, daß ich dieser Stadt Lebewohl sage, um mich in Berlin anzusiedeln — wo meine Wiege, sei mein Grab! Zwar gilt der Prophet nichts in seiner Vaterstadt; doch muß ich großartigere Anregungen haben, als ich hier in Frankfurt finde. Die Verbindung mit dem Theater, die mir sonst in Frankfurt Ersatz für anderes war, ist nun auch locker geworden: ich war den Herren immer lästig, die dort die Bretter regieren; jetzt sind sie sicher, daß ich ihnen keine Zumutungen mache. Herr Malß braucht künftig nicht mehr gegen mich zu zirndörfern. Apropos, glauben Sie denn, daß ich deswegen, weil ich eine Wiederholung von ‚Anonym‘ nicht wünschte, keine Ansprüche auf Honorar habe? Die bedungenen 10 Friedrichsdor schlag ich natürlich aus, aber auf die Hälfte hätte ich für die Proben, für Mühe und Sorge, mindestens ein Recht. Glauben Sie aber, daß seit dem 8. Februar einer ein Wort von Honorar hat fallen lassen? Ein Beweis, wie pünktlich die Geschäftsführung ist. Lassen Sie doch einmal bei Guhr ein Wort fallen. Um Meck tut mir's leid. Er schien endlich Vertrauen zu meinem dramatischen Berufe gewonnen zu haben. Jetzt wird es lange dauern, bis ich mich rehabilitiere. ‚Keine Jesuiten mehr!‘ oder keine Hämorrhoiden mehr! hat also Furore gemacht? Bon, wenn Herr Lubarsch Talent hätte! Aber Herr Lubarsch ist ein Stümper, der dies Stück durch die Schablone vom Glas Wasser gearbeitet hat und sein Plagiat für ein Originalwerk ausgibt! Lubarsch lebe, er wird den Leuten das Jesuitengetobe so verleiden, daß auch die Kritik endlich ruhen wird: Keine Jesuiten mehr! Hier in Paris Dramatiker zu sein, ist eine Lust, 22 Theater, die alle in Novitäten wetteifern. Dumas bekommt eine eigene Bühne: Theatre Montpensier. Ich lerne hier viel, was ich später nicht brauchen kann, es sei denn ich käme einmal selbst in eine leidliche Stadt — zu meinem finanziellen Ruin! — in ein Theater, wo man experimentieren könnte. Die Franzosen wagen viel mehr, weit Geistreicheres, als was die Herren Börnstein und Friedrich übersetzen. Paris ist mit deutschen Zeitungen überfüllt. Ich lese keine, deshalb teilen Sie mir bei Gelegenheit mit, was daheim geschieht, im Großen und Kleinen. Darüber, daß ich wieder ein Stück schreibe, sagen Sie beileibe nichts! Das deutsche Publikum glaubt sonst, das ginge wie beim Bäcker die Semmel. Das Publikum hat bei uns über Produktivität allerhand philisterhafte Begriffe, die man in Frankreich auslachen würde und noch in Spanien, als Calderon und Lope de Vega (sans comparaison) schrieben, ausgelacht hätte. Die Natur hat besser gewußt, warum die Löwin alle Jahre nur einmal wirft, als unsere poetische Kritik. Eine Löwenübervölkerung würde sehr schädlich sein und was wir machen, das sind so zahme Hämmel."

31. Mai 1846. Von den deutschen Buchhändlern waren es besonders Wigand und Reclam jun. in Leipzig, sowie Hoffmann und Campe in Hamburg, welche die vollste Strenge der österreichischen Zensur zu fühlen hatten. Fast keine der aktuellen Schriften über Zeitfragen wurde in Österreich unbedingt zugelassen. Desgleichen alle Schriften, die in der Schweiz erschienen sind. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Erzeugnisse der Buchdrucker Scheitlin und Zollikofer in St. Gallen; Jenni, Karl Stämpfli, J. A. Weingart und Christian Fischer

zu Bern; C. Langlois zu Burgdorf; Orell, Füßli & Comp. zu Zürich gerichtet. Von den Schweizer Buchhändlern, die sich hauptsächlich mit dem Verlag von revolutionären, radikalen und kommunistischen Schriften befaßten, sind am häufigsten genannt: die Brodmannsche Buchhandlung in Schaffhausen, die Bellevuesche im Thurgau, das Literarische Comptoir in Zürich und Winterthur, Jenni in Bern, Horneyer im Basselland.

12. Juli 1846. Am selben Tage schrieb Hübner aus Leipzig: „Das preußische Verbot der ‚Bremer-‘ und der ‚Weser-Zeitung‘ — werde es nun aufrechterhalten oder zurückgenommen — hat unter den gegenwärtigen Umständen die Bedeutung eines Ereignisses. Niemand, dem das Wohl Deutschlands am Herzen liegt, wird das Los dieser Blätter beklagen. Gleichwohl kann man nicht umhin, jene in Berlin ergriffene Maßregel als eine verhängnisvolle zu bezeichnen. Es handelt sich hier zunächst um die Frage nach den Gründen des Verbotes. Hierauf kommt alles an. So lange die bremischen Zeitungen sich darauf beschränkten, die erste deutsche Hauptmacht — freilich weit gemäßigter als viele in Preußen erscheinende Blätter — zu schmähen und zu verdächtigen und überhaupt an den Grundfesten des deutschen Staatenkörpers zu rüttteln, fand ihre Verbreitung in Preußen nicht die geringste Schwierigkeit; in dem Augenblick aber, wo die ‚Weser-Zeitung‘ in den Zollvereinsverhältnissen, den süddeutschen Forderungen und den Ansprüchen der Hansa das Wort redete, d. h. sich in einer Sache, in welcher das preußische Kabinett selbst Partei ist, gegen dieses erklärte, in demselben Augenblick traf sie der preußische Bannfluch. Darin liegt das Bedenkliche, daß diese Maßregel nicht ergriffen wurde aus Gründen höherer Staatsweisheit, welcher die Zensurwaffe allein ungestraft dienstbar ist, sondern in einer Parteisache, in einer Sache noch dazu, wo man ein sehr guter Staatsbürger und doch verschiedener Meinung sein kann, kurz, insofern die einzelnen Zollvereinsglieder als moralische Personen betrachtet werden, aus persönlichen Gründen. Unter gewöhnlichen Umständen wäre ähnlichen Mißgriffen eine so große Bedeutung wohl nicht beizulegen, inmitten des Gärungsprozesses aber, in welchem sich Deutschland und insbesondere die deutschen Zensurverhältnisse dermalen befinden, läßt sich diese nicht in Abrede stellen."

31. Juli 1846. Hermann Rollett, geb. Baden bei Wien 20. August 1819, gest. daselbst 30. Mai 1904, Dichter und Kunstschriftsteller, hatte wie alle Jung-Österreicher die Aufmerksamkeit der vormärzlichen Polizei erregt. Als er am 4. Februar 1845 an Wigand in Leipzig für den „Herold" ein Gedicht „Aus Schweizervolk" sandte, das einen Aufruf an die Schweizer enthielt, die Jesuiten aus dem Lande zu jagen, bemerkte Graf Sedlnitzky, es müsse aus einer solchen verwerflichen Richtung der schriftstellerischen Tätigkeit Rolletts auf eine höchst inkorrekte politische Gesinnung desselben geschlossen werden, weshalb die Polizeioberdirektion aufgefordert wurde, über ihn Erhebungen einzuleiten. Der Bericht lautete nicht ungünstig, denn Rollett wurde weder hinsichtlich seiner Verbindungen, noch bezüglich seiner staatsbürgerlichen Denkweise als gefährlich geschildert. Als im Juli 1845 im „Hamburger Telegraphen" zwei Gedichte: „An die freie Schweiz" und „An Dr. Steiger" erschienen, und außerdem in einer Notiz in dieser Zeitschrift gemeldet wurde, daß Rollett eine Dichtung „Christus" unter der Feder habe, überdies an den antikatholischen religiösen Vorgängen in Deutschland lebhaftes Interesse nehme und gesonnen sei, ins Ausland zu reisen, wurde die Polizei beauftragt, eine genaue Revision

seiner Papiere vorzunehmen. Dieser Befehl konnte aber nicht vollzogen werden, da Rollett mittlerweile nach Deutschland abgereist war. (Leipzig, Berlin, Hamburg und hierauf nach Jena, wo er bei Schuselka wohnte.) Am 1. Dezember 1845 berichtete Hübner, daß Rollett mit einem Band Gedichte, betitelt „Frühlingsboten aus Österreich" (Jena, Friedrich Luden) vor das Publikum getreten sei. „Rollett will offenbar" — bemerkte Hübner — „den Fußstapfen Schuselkas folgen, dessen Beispiel auf ihn gewirkt zu haben scheint. Seine destruktive Tendenz spricht sich am unverhohlensten in den Gedichten ‚Den Fürsten' und ‚Ein Gott' aus". Metternich verständigte hiervon den Grafen Sedlnitzky. „Es gehören" — schrieb er — „die fraglichen Gedichte nach Tendenz und Inhalt in religiöser wie politischer Hinsicht unter die verwerflichsten Produkte der in Literatur solcher Art sonst gewiß nicht armen neueren Zeit." Sedlnitzky, der Metternichs Meinung beistimmte, verfügte nicht nur das Verbot dieser Gedichte und die Beschlagnahme der im österreichischen Gebiet vorkommenden Exemplare, sondern forderte auch den Regierungspräsidenten Talatzko auf, sich mit dem Präsidium des Appellationsgerichtes zu verständigen, ob nicht etwa der Inhalt dieser Gedichte den Tatbestand eines Verbrechens bilde. Als im nächsten Jahre Rollett sein „Wanderbuch eines Wiener Poeten" erscheinen ließ, berichtete Hübner am 13. Oktober 1846: „Die poetischen Ergießungen dieses Wanderers enthalten außer dem abermaligen Beweise, wie schwach die literarischen Kräfte sind, welche dermalen noch dem Radikalismus in Österreich und Deutschland dienen, nichts der Bemerkung Wertes, und werden daher auch wie so viele ähnliche Klänge, Lieder und Festreden in freier und gebundener Rede ungelesen und unbeachtet verhallen." Selbstverständlich wurde auch dieses Werk mit dem strengsten Verbot belegt. — Ernst Dronke, hanseatischer Dichter, Verfasser der 1845 erschienenen „Armensünderstimmen". In dem Werke „Berlin" wird Armut, Elend und Verbrechen in dieser Stadt geschildert und den Behörden Teilnahmslosigkeit vorgeworfen. An der von Karl Marx 1848 begründeten „Neuen Rheinischen Zeitung" wirkte Dronke als Redakteur.

24. Oktober 1846. Am 11. März 1845 reiste Freiligrath mit Heinzen von Brüssel ab, um nach der Schweiz zu ziehen, wo er zum erstenmal „reale, Fleisch und Blut gewordene Politik" sah. Wie mächtig den Dichter der Umgang mit den politischen Flüchtlingen auf dem Boden der Schweiz berührte, wie sehr sich der revolutionäre Geist regte, beweisen die sechs Lieder unter dem Gesamttitel: „Ça ira". Ungefähr um die Zeit des Erscheinens von Freiligraths Liedern wurde aus der Schweiz gemeldet, daß in Zürich zwei Parteien bestehen, die eine ausschließlich revolutionär, die andere vorzugsweise kommunistisch und atheistisch. Als ostensible Leiter der erstgenannten Richtung wurden Follen und Freiligrath genannt.

30. November 1846. Gustav v. Struve, geb. München 1805, gest. Wien 21. August 1870, Dichter und Publizist, radikaler Politiker, der im Frankfurter Vorparlament für die republikanische Verfassung Deutschlands eintrat, begründete, nachdem er 1846 wegen seiner ultraliberalen Gesinnung die Redaktion des „Mannheimer Journals" zurücklegen mußte, die Wochenschrift „Der deutsche Zuschauer". Als 1845 seine Schrift „Briefwechsel zwischen einem ehemaligen und einem jetzigen Diplomaten" bei Bensheimer in Mannheim erschienen war, verständigte hiervon Sedlnitzky am 12. August 1845 die Länderchefs mit dem Be-

merken, daß die darin höchst verwerfliche Tendenz dahin ziele, nicht allein sämtliche deutsche Regierungen auf die gehässigste Weise zu verdächtigen, sondern auch eine gewaltsame Auflösung der jetzigen politischen Zustände Deutschlands herbeizuführen.

24. Dezember 1846. Eduard Mautner, geb. Budapest 13. November 1824, gest. Baden bei Wien 1. Juli 1889, kam 1844 nach Leipzig um Philosophie und Ästhetik zu studieren.

21. Jänner 1847. In einer Depesche des preußischen Ministers Bülow vom 20. Jänner 1844 an den Gesandten Canitz in Wien findet sich die Bemerkung, daß der ehemalige preußische Offizier v. Bornstedt den Gang der französischen, besonders aber der Pariser Presse beobachte und durch Berichtigungen und Widerlegungen diejenigen Angriffe ohne Zeitverlust zurückzuweisen bemüht sei, die von dort aus gegen Preußen nicht selten gemacht werden. In einem vertraulichen Rapporte aus Paris (5. Dezember 1844) wird Bornstedt als Zwitterindividuum, politischer Antichambrier und vorwitziger Neuigkeitskrämer bezeichnet, er stehe mit Allerwelt in Verkehr, mit Polen und mit Deutschen, namentlich aber mit Franzosen, denen er durch seine Gaskonaden großes Zutrauen einflöße. 1847 wird gemeldet, Bornstedt habe sich 1839 an den Minister des Innern Montalivet herangedrängt und sich unter anderem auch auf einige dem Marschall Soult zugehändigte Memoiren über das Technische der preußischen Militärorganisation berufen, die jedoch unberücksichtigt geblieben seien. Da der Minister später eines deutschen Rapporteurs bedurfte, habe er sich an Bornstedt gewendet. 1840 nach Berlin zurückgekehrt, sei sein Aufenthalt daselbst, da er die vom König sehr geachtete Dichterin Paalzow verunglimpft hatte, unmöglich geworden, worauf er sich nach Brüssel begeben habe. Nach einem Pariser Berichte soll Bornstedt in Brüssel nicht nur von den deutschen Malkontenten unterstützt, sondern sein Unternehmen auch von der italienischen und polnischen Faktion gefördert worden sein. An der deutschen „Brüsseler Zeitung" wirkten Marx und Engels hervorragend mit.

25. Jänner 1847. Ernst Keil (gest. 1878), Buchhändler, leitete einige Zeit das in Grimma erschienene Blatt „Unser Planet" und gab von 1845—1849 die Zeitschrift „Der Leuchtturm" heraus; 1853 begründete er die „Gartenlaube". Auch Keil zählte zu jenen Leipziger Buchhändlern, deren Verlagswerke in Österreich verboten waren. Allein Keil wie auch Reclam jun. wußten der Zensur ein Schnippchen zu schlagen und die Wachsamkeit der Behörden zu täuschen, indem sie auf ihre Verlagsartikel fingierte Firmen setzten; jener „Kabinett für Literatur", dieser „Literarisches Institut". Reclam hatte übrigens im Jänner 1846 ein sogenanntes „Verlagsmagazin" gegründet und mittels dieser Firma ebenfalls seine verbotenen Verlagswerke in Österreich einzuschwärzen versucht. Ebenso hatte Arnold Ruge eine Verlagsbuchhandlung in Leipzig unter der Firma „Verlagsbureau" errichtet. Metternich ließ durch die Gesandtschaft in Dresden die sächsische Regierung unter Berufung auf § 9 des Bundespreßgesetzes vom 20. Dezember 1819 auffordern, geeignete Vorkehrungen zu treffen, daß mit den Firmen der Leipziger Buchhandlungen kein falsches Spiel getrieben werde.

28. Jänner 1847. Der in den Berichten öfters genannte Lehrer Dr. Haltaus (einigemal auch Halthaus geschrieben) schrieb unter anderem auch eine Weltgeschichte in drei Bänden. — Die erste Nummer der „Deutschen Zeitung", deren Leitung Gervinus übernommen

hatte, erschien am 1. Juli 1847 in Heidelberg, vom 2. Oktober 1848 an in Frankfurt. Mit Ende Dezember 1850 hörte sie zu erscheinen auf. In Österreich war sie verboten. Als Ludwig Graf Batthyany um die Bewilligung ihres Bezuges einschritt, schrieb Metternich am 29. Juli 1847 an den Grafen Sedlnitzky: „Eine auch nur oberflächliche Durchsicht der in Heidelberg erscheinenden, von Gervinus herausgegebenen ‚Deutschen Zeitung' wird die Überzeugung verschaffen, daß diese dem modernen Konstitutionalismus in höherer Potenz huldigende Zeitschrift zur Admittierung in die k. k. Staaten nicht geeignet ist Dies wird indessen nicht hindern, den Bezug derselben gleich anderen verbotenen Zeitungen an einzelne in politischer Beziehung verläßliche und daher vertrauenswürdige Personen ausnahmsweise, nämlich erga schedam zuzugestehen. Daß jedoch zu letzteren die Hauptkoryphäen der ungarischen Opposition nicht zu zählen seien, unterliegt wohl keinem Zweifel." Großen Beifall fand die Zeitung in Berlin wegen ihrer taktvollen Opposition gegen die Politik Preußens bezüglich der Reform seiner inneren Verhältnisse. Ein Versuch der „Preußischen Allgemeinen Zeitung", die maßvolle Kritik des Heidelberger Organs zu bekämpfen, mißglückte dergestalt, daß das preußische Ministerium sich veranlaßt sah, der „Allgemeinen Zeitung" die Fortsetzung des Kampfes zu untersagen.

16. Februar 1847. Ein Gutachten der Staatskanzlei vom 4. Februar 1847 enthält folgende Schilderung der drei politischen Zeitungen in Mannheim: „Das ‚Mannheimer Morgenblatt' ist konservativ und das eigentliche polemische Blatt der rechten Seite. Die räsonierenden Artikel desselben werden von dem früheren Abgeordneten Platz zuweilen glücklich, häufig aber mehr grob als einschneidend geschrieben. Unter den radikalen Blättern steht die ‚Mannheimer Abendzeitung' obenan. Ihre Gesinnung ist das äußerste Extrem des politischen und sozialen Radikalismus, und man kann ihr das Zeugnis nicht versagen, daß sie diese Ziele energisch und ohne Hehl verfolge. Unter dem jetzigen Redakteur Grohe hat das kommunistische Element eine Hauptstelle eingenommen, und wie ehrlich man dieses letzte Wort der Umwälzung auszusprechen sich nicht scheut, davon geben alle Nummern vollgültiges Zeugnis. Das ‚Mannheimer Journal' ist das Organ des politischen Justemilieu, seit es der Regierung gelungen ist, die Korporation des Bürgerspitals, welches das alte Privilegium dieser Zeitung besitzt, zu vermögen, den Redakteur Struve zu entlassen und einen früheren, Obermüller zur Redaktion zu berufen." Auch Engelshofen berichtete unterm 2. September 1847 über die radikale „Abendzeitung", die er als Brennpunkt für die antichristlichen Bemühungen am Oberrhein und ausschließlich im Interesse des Kommunismus wirkend darstellte.

26. Februar 1847. Am 7. April 1846 übermittelte der Gesandte und bevollmächtigte Minister in Hannover, Freiherr v. Kreß, dem Fürsten Metternich die Abschrift eines Berichtes des hannoverschen Ministerresidenten in Paris vom 14. März 1847 über den hannoverschen Flüchtling Dr. med. Schuster, der 1830 in Göttingen eine bedeutende Rolle gespielt hatte, dann nach Paris geflüchtet war und sich seitdem dort aufhielt. Vor mehreren Jahren habe er unter Buonarroti zu den Spitzen der Karbonari gehört und immer auf Mäßigung hinzuarbeiten gesucht. Von 1837 an sei die Karbonaria deswegen von den anderen Gesellschaften angefeindet worden, bis sie sich teils aufgelöst, teils in eine Art gewöhnlicher Maurerei verwandelt hatte. Schuster erfahre auch in seiner jetzigen

Stellung noch immer alles was vorgehe, und befinde sich in der Lage, hinsichtlich der neuerlichen Umtriebe und Pläne der Umsturzpartei Aufklärung zu geben. In früherer Zeit teilten sich die in Paris einheimischen und fremden Revolutionäre in eigentliche Republikaner und in Kommunisten oder Sozialisten. Gegenwärtig fänden sich keine konstituierten Republikaner mehr, sondern für Deutschland, Polen, Ungarn, Italien habe sich die Gesellschaft der Unitarier gebildet, die auf politische Einheit hinziele. Die zweite Gesellschaft sei noch immer die der Sozialisten und Kommunisten, die auf Umsturz der Eigentumsverhältnisse hinarbeite. — In einer Tabelle, in der Engelshofen die tätigsten Emissäre verzeichnete, wird Bruhn, ein in contumaciam zum Tode verurteilter deutscher Flüchtling, als einer der Leiter der deutschen Propaganda in der Schweiz bezeichnet. — Gemeint dürfte August Becker aus Gießen sein, der Freund Georg Büchners. In die Weidigsche Verschwörungsgeschichte verwickelt, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, aber begnadigt, kam er 1839 nach der Schweiz. Engelshofen berichtete am 22. April 1847, daß Becker lange Zeit für eines der Häupter des deutschen Kommunismus gegolten habe. Von den Kantonalbehörden verfolgt, sei er schließlich auch vom Baselland ausgewiesen worden. Engelshofen schildert ihn als einen Verfechter des geläuterten Sozialismus, der, voll Drang dem Materialismus des politischen Sektenwesens einen festen Damm entgegenzusetzen, sich der Zahl jener Männer anreihe, die den verderblichsten Auswüchsen der Propaganda abhold seien. — Ebenfalls in der Schweiz lebte der Arbeiterführer Johann Philipp Becker aus Frankental, ein Teilnehmer an dem Hambacherfest, der nach der Schweiz entfloh, dort den Wehrbund gründete und 1849 sich an dem badischen Aufstand beteiligte. — Einige Monate später berichtete Engelshofen auch über Wirth, der stets zu den wichtigsten Führern der deutschen Meneurs in der Schweiz gezählt wurde und in den letzten Jahren zurückgezogen in Emishofen im Thurgau lebte, daß seine Schicksalsgefährten es vergebens versucht hätten, ihn in das subversive Treiben jener Gegend, wo namentlich der Kommunismus seine Übergangspunkte nach Deutschland finde, hineinzuziehen. Wirth sei nun daran, seinen bisherigen Standpunkt zu verlassen, „da ihm infolge einer an den König von Bayern gerichteten, sehr geheim gehaltenen Immediateingabe die Bewilligung zuteil geworden sein soll, nach Bayern zurückzukehren und sogar in München seinen Aufenthalt nehmen zu dürfen“. — Als hervorragende Angehörige der aktiven Bewegungspartei werden in einem Geheimberichte aus dem Jahre 1846 bezeichnet: Bacherer, jungdeutscher Literat, Korrespondent des ehemaligen „Vorwärts“; Bernays, Exredakteur; Börnstein, Exredakteur; Böckh, Berlin, Mitglied des historischen liberalen Vereines; Bühl, Mitarbeiter Lewalds, Hegelianer, Lichtfreund; Burkhardt Edmund, Leipzig, in den Leipziger Unruhen bemerkbar; Depping, vom Institut, Protektor von Ruge und Echtermayer; Diethelm, Redakteur der „Neuen Züricher Zeitung“; Frommann, Jena; Dr. Gartenhof aus Fulda, Anhänger Murhards; Jaggi, Advokat; Dr. Jung, Königsberg; Lüders, Schwerin, zu den Lichtfreunden in Berlin haltend; Dr. Mebold, Haupt der Opposition in der württembergschen Kammer; Munzinger, Deputierter von Solothurn; Dr. Mügge. Berlin, Hegelianer; Murhard, Kassel, Ultraliberaler; Friedrich Rohmer, bayrischer Agent in der Schweiz; Scheitlin, St. Gallen, Radikaler im Großen Rat; Dr. Schlund, das sichtbare Oberhaupt der Deutschen in Straßburg; Wilhelm Wachsmuth, Mitglied des Jungen Literarischen

Deutschlands; Julius Zschokke, Redakteur des „Basellandschaftlichen Wochenblattes".

8. Oktober 1847. Ein Geheimagent meldete 1847, daß sich die „Kölnische", „Bremer und Weser Zeitung" vereinigt hätten, um entschieden gegen Österreich aufzutreten. In Worms bestehe eine eigene Kasse zur Anschaffung und Verbreitung der radikalen badischen Blätter. Dieser Koalition gehörten bedeutende Publizisten an, darunter Dr. Andree und Professor Mittermaier. Beweis hierfür seien die leitenden Artikel über Österreich und seine Politik.

13. Oktober 1847. Am 14. Oktober 1847 verständigte Sedlnitzky die Länderchefs, daß unter dem Titel „Österreichische Flüchtlinge" eine Sammlung von Gedichten erschienen sei, welche in schamloser Weise die bestehende Ordnung, Religion und Sitte auf das frechste angreifen, die österreichische Regierung und sogar die geheiligte Person des Monarchen auf eine freche und vermessene Art anzutasten wagen. Zu gleicher Zeit wendete er sich an den Fürsten Metternich, dessen Ermessen er es anheimstellte, ob dieser Fall, in welchem die ausländische deutsche Presse die keckſten und vermessensten Schmähungen gewagt habe, nicht geeignet wäre, um im diplomatischen Wege gegen den Verfasser einzuschreiten und bei dem deutschen Bundestag diesen neuen Beweis der Zügellosigkeit der Presse zur Sprache zu bringen.

16. November 1847. 1847 wurde aus Frankfurt gemeldet daß die „Oberpostamtszeitung" von der fürstlich Thurn und Taxisschen Generaldirektion dem Buchhändler Osterrieth in Verlag übergeben worden sei, mit der Auflage, die Tendenz des Blattes nicht zu ändern. Osterrieth wolle aber die Zeitung zu einer milchenden Kuh machen und glaube deshalb mit dem Strom schwimmen zu müssen. Die Redakteure Riehl, O. Müller und Sattler seien „verzwickte Jungdeutsche" und Berly, der nominelle Redakteur, habe keinen Einfluß mehr. Die Auflage dieser Zeitung betrug damals 3000 Exemplare. — Lommel wird in einem Geheimberichte (14. Mai 1847) als ein echter Demagog geschildert, der nichts verabsäume, um die Sympathien der Radikalen zu gewinnen; er gedenke fortan seinen Wohnsitz im Badischen zu nehmen, wo er im Interesse des Radikalismus bereits zu wirken angefangen habe.

Bericht

über die

einundzwanzigste Jahresversammlung der Grillparzer-Gesellschaft.

Von Emil Reich.

Montag, den 31. Oktober 1910 um 4 Uhr fand an gewohnter Stätte im Stadtratssitzungssaale des Rathauses die einundzwanzigste Jahresversammlung statt, zu der durch die Tageszeitungen und die Vortragsprogramme entsprechend eingeladen worden war.

Obmannstellvertreter Geheimer Rat Dr. Gustav Marchet entschuldigte zunächst den durch Kuratorpflichten ferngehaltenen Obmannn Markgrafen Alexander Pallavicini und hielt hierauf folgenden, von der Versammlung stehend angehörten Nachruf für das dahingegangene Vorstandsmitglied Josef Kainz:

Knapp vor dem Feste der Toten versammeln wir uns heute und einem vor kurzem Dahingeschiedenen weihen wir unsere Gedanken, einem großen Toten aus dem Reiche des Geistes und der Kunst: Josef Kainz. Alle jene, welche im Theater eine bedeutsame Kulturstätte erblicken, eine Stätte, an welcher der immaterielle Teil des Menschen gehoben und gefördert werden kann, alle diese betrauern Kainz, den großen Darsteller der Vorgänge und Konflikte in der menschlichen Seele. Elf Jahre nur hat er dem Burgtheater angehört, dem Burgtheater, aus welchem der Knabe die dauernden Vorbilder seiner Wirksamkeit heimtrug und in dem schließlich die hohe Kunst des reifen Mannes gipfelte. Wiener mit Herz und Gemüt, hat Kainz mit naiver Freude seine Rückkehr in die Heimat gefeiert und rührend war es, wie er betonte: bei allen Erfolgen im Norden habe er sich doch stets nach unserer wärmeren Sonne gesehnt. Die Grillparzer-Gesellschaft hat aber noch ganz besonders die Ehrenpflicht, sich daran zu erinnern, daß der große Dichter-Schauspieler gleich in den ersten Monaten seiner

Wiener Tätigkeit sich uns zur Verfügung stellte. Er las im November 1899 im Bösendorfersaale Gedichte von Grillparzer, an dem er mit der vollen Liebe eines Sohnes dieser Scholle hing. Grillparzer, der ja auch in der österreichischen Erde wurzelt, zog unseren Kainz mächtig an. Schon in München und Berlin waren manche Werke Grillparzers durch ihn zur vollen Wirksamkeit gelangt. Sein König Alfons in der „Jüdin von Toledo" war durch ihn erst dauernd der Bühne gewonnen, sein Leon in „Weh dem, der lügt!", sein Rustan in „Traum ein Leben", sein König in „Esther" waren gleich unvergeßlich für Berlin wie für Wien und erst diese Meisterleistungen sicherten diesen Stücken in Berlin vollen Erfolg. Jaromir und Leander reihten sich an. Den Primislaw in „Libussa" auf der Bühne entstehen zu lassen, dieser sein Herzenswunsch blieb ihm leider auch in Wien versagt. Doch als Kainz nach dem Tode des Altmeisters Lewinsky als dessen berufenster Nachfolger in unseren Vorstand eintrat, da las er, in vornehmer Uneigennützigkeit unserer Sache dienend und jeden Ehrensold zurückweisend, die ganze „Libussa" im großen Musikvereinssaale. Und wiederum ein Jahr später, am Abend des Allerseelentages, las er für uns „Esther" und „Hannibal" sowie alle jene Gedichte Grillparzers, die unserem Kaiserhause galten. Und wie er da schließlich aufsprang und mit edlem Pathos Grillparzers Neudichtung unserer Volkshymne in den dichtgefüllten Saal hinausrief: da toste patriotischer Jubel von zweitausend Mitgerissenen — ein Vorgang, welcher für alle, die ihn miterleben durften, einen unvergeßlichen Beweis erbrachte für die emporhebende Kraft echter Poesie und poetisch durchglühter Redekunst. Diese Kaiserfeier war Kainzens letztes Wort in unserem Kreise. Was wir Lewinsky vor Jahren ins Grab nachriefen, es gilt auch für Kainz. An jenen drei Festabenden bewunderten wir in ihm: die klarste Prägung des Wortes, erfüllt von tiefster Erfassung des Gedankens, die geistige Intelligenz und die stärkste Kraft des Ausdruckes in wunderbarer Vereinigung. Doch seine wandlungsfähige Proteusnatur erschöpfte sich nicht in der Durchdringung und Wiedergabe der Schöpfungen anderer. Kainz besaß auch starke dramatische Begabung und sein „Saul"-Fragment hat es soeben bewiesen. Ein scharfer Denker von umfassender Bildung, bewährte er sich auch hier als das, was er war: ein tiefbohrender, in die letzten Falten des menschlichen Denkens und Fühlens eindringender Geist, ein Geist, welcher sich in dem feinspürenden Durchdringen und Wiedergeben

dichterischer Schöpfungen zeigte und sich auch im selbständigen Schaffen nicht verleugnete. Alle Kunstfreunde trauern um einen Genius, der durch das, was er uns gab, hinwies auf das, was wir zu erhoffen hatten, was uns aber unwiederbringlich verloren gegangen. Bewahren wollen wir uns die Erinnerung an die leuchtenden Schöpfungen, die wir genießen durften an den seltenen Menschen, der dahinging. Der Kranz, mit welchem die Grillparzer-Gesellschaft seine Bahre schmückte, sprach es aus, als was der Kreis unserer Gesellschaft den Dahingeschiedenen immerdar dankbar anerkennen wird: als ihren genialen Förderer!

Zur Erstattung des Rechenschaftsberichtes erhielt hierauf der Schriftführer Universitätsprofessor Dr. Emil Reich das Wort:

Einundzwanzig Jahre erreichen bedeutet in vielen Staaten die Volljährigkeit. Diesen Winter wird die Grillparzer-Gesellschaft, die wir als zartes Kind in diesem Haus aus der Taufe hoben, jene Grenze überschreiten, mündig und selbständig möge sie dann bald auch der Pfleger ihrer Jugend entraten können. Ins wehrpflichtige Alter tritt sie jetzt, wehrfähig aber hat sie sich längst gezeigt, stets auf der Wacht an der Donau zum Schutz und Schirm heimischen, deutschösterreichischen Schrifttums, von Grillparzer ausgehend, doch ihre Fürsorge bis auf die jüngsten hervortretenden Talente erstreckend, so war es und so soll es bleiben. Dies zeigt ein Rückblick auf das abgelaufene Jahr wie ein Vorblick in die Vortragsordnung der eben beginnenden Saison.

Heute vor einem Jahr, am 29. Oktober 1909, eröffnete Hofschauspieler Max Devrient, ein rasch in unserem Kreis eingelebter Gast, unsere Vortragsabende mit der Novelle aus dem Wertheimsteinpark, wo Ferdinand von Saar so oft lustwandelte, „Die Heirat des Herrn Ständl“ und der Erzählung „Der Deserteur“ von Franz Schamann, deren erschütternd lebenstreuer Vortrag leider nur noch eine Totenklage um ihren glücklos früh geschiedenen Dichter bedeutete; auch Gedichte des deutschgesinnten Priesters Ottokar Kernstock und Saars gelangten zur kräftigen Wirkung. Am 19. November las Hofschauspieler Ferdinand Gregori zur Vorfeier des 80. Geburtstages der Freifrau Marie von Ebner-Eschenbach ihre köstliche Novelle „Die Freiherren von Gemperlein“ und reizvolle Abschnitte aus „Meine Kinderjahre“. Den 20. Todestag Ludwig Anzengrubers ehrten wir am 10. Dezember durch eine prächtige Rezitation seines Freundes Ludwig Martinelli aus den Werken des Dichters, dessen vorletzter Brief seine Zustimmung zu unserem

Gründungsaufrufe gebracht hatte. Am 21. Jänner 1910 berichtete Professor Dr. August Sauer (nach einem kleinen Rückblick auf die an diesem Tag abgelaufenen ersten 20 Jahre unserer Gesellschaft) über „Neue Funde zur Wiener Grillparzer-Ausgabe", deren berufener Herausgeber er ist. Am 18. Februar sprach, jubelnd begrüßt, ein Heimgekehrter, der all diese 20 Jahre unserem Vorstand angehört, Alfred Freiherr von Berger, über „Das Szenische bei Grillparzer", ein Stück Programm der Burgtheaterleitung entwerfend, die er am 1. März mit einer Neuinszenierung der „Sappho" antrat. Für den abermals erkrankten R. H. Bartsch einspringend, trug Franz Karl Ginzkey am 18. März neben einer Feldzugsskizze eine reiche Ausbeute ernster und heiterer eigener Balladen und Gedichte vor, dafür den Dank und die Anerkennung unserer Mitglieder erntend, die allen sechs Vortragenden in vollem Maße zuteil wurde. Der Festsaal des Architektenvereines hatte an diesen Freitagabenden nur einen Fehler, keine elastischen Wände zu besitzen. Verlassen wollen wir diesen so vorzüglich akustischen Raum nicht, so blieb nur die schon in früheren Jahren angewendete harte Maßregel der Mitgliedersperre übrig, die wir bereits im Anfang des Kalenderjahres bald verhängen mußten und vor Jahresschluß keinesfalls aufheben können, um die Rechte der früher Beigetretenen halbwegs zu schützen.

Waren wir im vorigen Jahr in der mißlichen Lage, kein Jahrbuch vorlegen zu können, so durften wir dafür zwei in Aussicht stellen. Heuer können wir das 19. Jahrbuch, das soeben, knapp zur Jahresversammlung, herauskam, vorlegen und zwei weitere erwarten. Allerdings mußte dazu eine Verschiebung in der geplanten Reihenfolge stattfinden. Während nämlich die genaue Sorgfalt für jene große, hier schon wiederholt besprochene, zwei Bände umspannende Publikation immer neue Quellennachforschungen benötigte und schließlich ein ärztliches Veto dem Herausgeber, unserem bewährten Karl Glossy, die Weiterarbeit für längere Zeit untersagte, hatte sich der Stoff für ein weiteres Jahrbuch bereits vollkommen angesammelt. Regierungsrat Glossy entschloß sich daher, diese Aufsätze als 19. Jahrbuch (für 1908) jetzt zu veröffentlichen und will die umfassende Publikation, von welcher der größere Teil bereits gedruckt ist, möglichst bald als 20. und 21. Jahrbuch (für 1909 und für 1910) herausbringen. Angesichts der zwingenden Notwendigkeit, seine Gesundheit zu schonen, blieb kein anderer Ausweg.

Den neuen Band leitet jener Vortrag von Johannes

Volkelt: „Die Psychologie der Liebe in Grillparzers Dramen" ein, welcher bei uns so gut gefiel. Glanzvoll schließt sich ein anderer unserer Vorträge an, Alfred Freiherr von Berger: „Das Szenische bei Grillparzer". Der nordamerikanische Hochschulprofessor P. G. A. Busse bespricht die Stellung unseres Dichters zu dem französischen Kaiser vor und nach dessen Sturz im Aufsatze „Grillparzer und Napoleon". Ein junger Südfranzose, Elie Lambert, bietet seine in Wien entstandene Pariser Dissertation „Eine Untersuchung der Quellen der ‚Jüdin von Toledo'". Umfangreiche „Briefe von Anastasius Grün an Karl Julius Schröer" teilt Eduard Castle mit. Viktor Klemperer widmet „Marie von Ebner-Eschenbach" eine Jubiläumsbetrachtung. Neben dieser nunmehr Hochberühmten sucht das Jahrbuch drei mit mehr oder minder Recht in weiteren Kreisen Unberühmte der Vergessenheit zu entreißen, wenn Hubert Badstüber über „Matthias Leopold Schleifer", Franz Ilwof über den „Steirischen Theodor Körner Johann Georg Fellinger" und Richard Maria Werner über den Galizianer „Max Reinau" berichtet, wobei Proben aus der Lyrik die biographisch-kritische Würdigung ergänzen. Als Abschluß erhalten wir einen noch unbekannten Brief Grillparzers und eine Vermutung Josef Lesowskys, daß Castelli Grillparzers Novelle „Das Kloster von Sendomir" plagiiert habe.

Im Jahre 1909 erhöhte sich unser Mitgliederstand abermals, jedoch leider nur in Wien, wo wir darum den Zuzug künstlich hemmen müssen; von 752 Teilnehmern wohnten 644 in Wien, 108 in der Provinz und im Ausland. Von den österreichischen Mittelschulen zählen nur 48 (12 in Wien, 36 in der Provinz) zu uns, ein oft beklagter Übelstand, der allerdings mit den Jahrbuchverspätungen in Zusammenhang steht. Unser Vermögensausweis ist ein sehr günstiger, obschon natürlich die Kosten der Jahrbücher 19 und 20 noch nicht, dagegen Voreinnahmen für 1910 bereits ausgewiesen sind; das lastenfreie Vermögen kann mit 21.500 K veranschlagt werden. Die Zinsen dieser Summe ermöglichen allein den Gebarungsüberschuß des letzten Jahres und würden sie abgerechnet, ergäbe sich sogar ein kleines Defizit, das künftig durch die minimale Erhöhung des Wiener Mitgliedsbeitrages von 7 auf $7^1/_2$ K vermieden werden soll. Die Kosten der in Wien abgehaltenen Vorträge steigen eben beständig, sowohl Lokalmiete als Honorare wachsen und ein größerer Saal würde unverhältnismäßig teurer sein, auch könnten dann schwächere Stimmen gar nicht mehr durchdringen.

Erst im nächsten Kassaausweis werden die Ausgaben für die Beteilungen weiterer 60 Volksbüchereien mit Grillparzers Werken erscheinen, die wir gemäß dem Beschluß der letzten Jahresversammlung zur Erinnerung an den 20jährigen Bestand der Grillparzer-Gesellschaft im Jänner 1910 vornahmen. Wir haben jetzt im ganzen 300 Volksbibliotheken mit den Schriften unseres größten Dichters versehen, wie wir auch dafür sorgen, daß unsere überall anerkannten freien Volksbildungseinrichtungen in Wort und Schrift unserer Poeten gedenken und ihr Andenken in den breitesten Schichten lebendig erhalten, denn nicht dort, wo eine kleine Zahl Hochgebildeter die Kunst schirmt, nein, nur dort ruht sie fest verankert, wo sie unentwurzelbar das ganze Volksleben durchdrungen hat.

„Ein Buch, das gern ein Volksbuch werden möchte", nannte aus gleicher Empfindung heraus Marie von Ebner-Eschenbach eine knappe Auswahl aus ihren Schriften. Sie und ein Volksdichter, Peter Rosegger, sind die beiden einzigen Ehrenmitglieder unserer Vereinigung. Wenn andere Korporationen beim 80. Geburtsfest der verehrten gütigen Frau daran mahnten, daß sie schon vor zehn Jahren der Greisin ihre Ehren verliehen hätten, so konnten wir dies in unserer Glückwunschadresse nur darum nicht, weil wir es schon vor 20 Jahren getan. Wir wußten diese seltene Dichterin bereits hochzuschätzen, als sie noch um Anerkennung ringen mußte, wir sind stolz darauf, daß sie mit zu den Gründern unserer Gesellschaft gehörte und daß an vielen Vortragsabenden ihre klugen und weisen Worte von den Lippen glänzender Interpreten erklangen; so war es auch im vorigen Winter, so soll diese Saison beginnen. Von Grillparzer zuerst anerkannt, hat die edle Frau stets im Geiste Grillparzers gewirkt.

Wie Grillparzer in immer fernere Kreise weiterwirkt, zeigt schon die Beteiligung französischer und amerikanischer Forscher an unserem Jahrbuche. Besonders eindringlich wird dazu gewiß die im Auftrage der Stadt Wien von August Sauer veranstaltete Ausgabe „Grillparzers Werke" in 25 Bänden beitragen, von denen der erste, lang schon erwartete, seit wenigen Wochen vorliegt und die nun im beschleunigten Tempo bis 1915 (statt 1917) zu Ende geführt werden soll. Wir freuen uns dieser schönen, kritisch gemehrten und gereinigten monumentalen Ausgabe, durch deren Veranstaltung die Stadt Wien in einem ihrer größten Söhne sich selber ehrt. Wiener durch und durch, typischer Vertreter unseres südlicheren österreichischen Deutschtums

ist Grillparzer gewesen, stets aber eingedenk der innigen Verknüpfung mit der gesamten deutschen Art und mit der Weltliteratur. In diesem seinen Sinn erfassen wir unsere bescheidenere Aufgabe als Hüter seiner Tradition, jedoch offenen Herzens für jede neue starke Begabung unserer Heimat.

Es folgte die Mitteilung der von den Rechnungsrevisoren gebilligten Bilanz per 31. Dezember 1909 durch den Schatzmeister Dr. Edmund Weissel:

		K	h	K	h
Bestand am 1. Jänner 1909.					
K 15.000 Kronenrente		15.000	—		
Barsaldo am 1. Jänner 1909 . . .		9.791	13		
Einnahmen.					
Mitgliederbeiträge für 1908		76	—		
" " 1909		3.989	—		
" " 1910		1.491	—		
Eintrittsgebühren		123	—		
Zinsen v. Konto Anglobank	K 264·16				
" " " Postspark.	" 23·88				
Kuponseingänge	" 600·—				
Summe der Zinseneingänge		888	04		
Ausgaben.					
Vortragsabende				1.472	—
Drucksorten				204	40
Gebührenäquivalent				26	05
Spesen				666	46
Bestand am 31. Dezember 1909.					
K 15.000 Kronenrente	K 15.000·—				
Guthaben bei der Anglobank	" 11.606·—				
Saldo bei der Postsparkasse	" 1.391·31				
Saldo bei dem Rechnungsleger	" 991·95			28.989	26
		31.358	17	31.358	17

Dr. Weissel stellte hierauf den einstimmig genehmigten Antrag, den Mitgliedsbeitrag nunmehr mit $7^1/_2$ K für Wien (Eintrittsgebühr $2^1/_2$ K) und 6 K außerhalb Wien (ohne jede Eintrittsgebühr) festzusetzen. Ebenso wurde das Absolutorium auf Antrag des Hofrates R. M. Werner einmütig erteilt. Mit Akklamation berief die Versammlung auf Antrag des Geheimen Rates Dr. Max Grafen Wickenburg in das Schiedsgericht die Herrenhausmitglieder Geheimer Rat Johann Freiherr von Chlumecky, Hofrat Dr. Theodor Gomperz, Geheime Räte Dr. Josef Unger und Graf Hans Wilczek sowie Universitätsprofessor Dr. Laurenz Müllner, zu Rechnungsrevisoren Hofrat Dr. Hermann Hallwich und Herrenhausmitglied Ludwig Lobmeyr, als deren Ersatzmänner Sektionschef Dr. Georg von Thaa und Hofrat Richard Maria Werner, womit die Tagesordnung erschöpft war.

Bericht

über die

zweiundzwanzigste Jahresversammlung der Grillparzer-Gesellschaft.

Von Emil Reich.

In gewohnter Weise einberufen, wurde die zweiundzwanzigste Jahresversammlung Montag, den 30. Oktober 1911 um 4 Uhr im Stadtratssitzungssaale des neuen Rathauses abgehalten.

Obmann Markgraf Alexander Pallavicini eröffnete die Versammlung. Er gedachte der Toten des letzten Jahres in warmen Worten. Drei Männer beklagt die Grillparzer-Gesellschaft, die ihr alle drei seit Anbeginn zugehörten, von denen zwei Hofrat Anton E. Schönbach (Graz) und Adolf Wilbrandt (Rostock) auch zu ihrem Vorstand zählten, obschon die Entfernung von Wien ihre aktive Beteiligung in der Regel verwehrte. Professor Schönbach hat weit über die Grenzen seines Faches hinaus vor allem durch das vielverbreitete Buch „Über Lesen und Bildung" ersprießlich gewirkt, in seinem engeren Arbeitsgebiet, der älteren Germanistik, die österreichischen Klöster emsig durchforscht. Wilbrandt war durch seinen langen Aufenthalt in Wien und seine Bedeutung als Burgtheaterdichter wie als Burgtheaterdirektor halb zum Österreicher geworden; sein langjähriger Feund unser Obmannstellvertreter Graf Albrecht Wickenburg sprach für uns an seinem Grabe. In bescheideneren Grenzen hatte Gymnasialprofessor Regierungsrat Jakob Zeidler verdienstlich an der Kenntnis des heimischen Schrifttums fleißig mitgearbeitet. Ihnen allen bewahrt die Vereinigung ein ehrendes Andenken; dessen zum Zeichen erhoben sich die Versammelten von den Sitzen.

Nunmehr folgte der Rechenschaftsbericht, den Universitätsprofessor Dr. Emil Reich als Schriftführer verlas:

Geehrte Versammlung!

Ende Oktober, wenn die ersten Schatten des nahendem Winters über die letzten hellen Sonnentage fallen, pflegen wir uns hier zu versammeln, aber nicht in Vorahnung des Erlöschens, nein in Vorbereitung neuen Schaffens. Mitten aus der Arbeit heraus berichten wir über Vollbrachtes und Begonnenes, dann schreiten wir sofort wieder zur Weiterführung des Werkes, an dessen gedeihlicher Fortentwicklung wir schaffen. Ein kurzer Augenblick des Aufatmens ist uns hier gegönnt, um Ihnen und uns selbst Rechenschaft zu geben. So gleite in gewohnter Knappheit rasch vorbei, was das Jahr gab.

Bald nach seinem 25jährigen Burgtheater-Jubiläum las am 11. November unser oft bewährter Freund Hofschauspieler Georg Reimers drei rührende Erzählungen von Marie von Ebner-Eschenbach, „Der Spitz", „Der Fink" und „Er laßt die Hand küssen", als Nachfeier ihres 80. Geburtstages. Der 25. November 1910 wird ein bemerkenswerter Markstein bleiben, weil an diesem Abend Karl Schönherr den 1. Akt seiner Tragödie eines Volkes „Glaube und Heimat" las, so daß drei Wochen vor den schier beispiellos erfolgreichen ersten Theateraufführungen dies wurzelechte Drama zuerst in unserem Kreise durch lebendige Stimme Klang gewann. Fünf jungen österreichischen Dichtern verhalf am 16. Dezember Hofschauspieler Max Devrient zu lauter Anerkennung; er trug mit starkem Schwung Abschnitte aus E. G. Kolbenheyers (bald darauf mit dem Bauernfeldpreis ausgezeichneten) Spinoza-Roman „Amor dei" und Lyrisches von Wladimir Freih. v. Hartlieb, Anton Wildgans, dem kranken Arbeiterdichter Alfons Petzold und dem Studenten Ludwig Ullmann, vor, neue Talente zum Siege führend. Da Baron Alfred Berger plötzlich durch ein schon länger schleichendes Unwohlsein verhindert war, trat am 20. Januar 1911 Eduard Stucken ohne Vorbereitung liebenswürdig in die Bresche und las am Abend nach der erfolgreichen Burgtheater-Premiere seines „Lanval" zwei Akte aus seinem Drama „Lanzelot". Am 17. Februar begrüßten viele in Ferdinand Gregori, nunmehr Intendant des Hof- und Nationaltheaters in Mannheim, einen ungern Vermißten; sein Abend war Rudolf Hans Bartsch gewidmet, brachte Kapitel aus den Romanen „Elisabeth Kött", „Zwölf aus der Steiermark", „Die Haindlkinder" sowie die Erzählungen „Die Schauer im Don Giovanni" und „Der steirische Weinfuhrmann" farbenprächtig zur Geltung. Am 17. März

las Arthur Schnitzler eigene Dichtungen, die barocke Tragik derjenigen Szenen des „Jungen Medardus“, die Zeitmangel bei der Aufführung strich, ein sinnendes Dreigespräch eus dem Roman „Der Weg ins Freie“ und die übermütige Groteske „Zum großen Wurstel“. So brachte dieser Winter neben drei hervorragenden Schauspielern jene drei Dramatiker, die in dieser Spielzeit die Bühnen unbestritten beherrschten und schuf aus der Not unerwarteter Absage die Tugend eines kleinen Übergriffes ins Norddeutsche, während sonst Deutschösterreich mit verdienten Ehren bei uns das Wort erhält und führt.

Die seit drei Jahren nicht nur geplante, sondern längst in Gang befindliche große Publikation von Geheimberichten aus dem Vormärz schwillt unter dem förmlich wie mit einer Wünschelrute stets neues wertvolles Material herbeizaubernden Fleiß unseres verdienten Jahrbuchredakteurs Karl Glossy derart an, daß sie fast das Doppelte des ursprünglich in Aussicht genommenen Umfanges betragen dürfte. Der Ausschuß beschloß drei Jahrbücher dieser hochinteressanten Veröffentlichung einzuräumen, die Regierungsrat Glossy uns unter den Weihnachtstisch legen will, inzwischen aber ließen wir als 20. Jahrbuch (pro 1909) einen der gewohnten Sammelbände erscheinen, der in diesen Tagen unseren Mitgliedern bereits zugestellt wurde.

August Sauer, seit mehr als einem Vierteljahrhundert um Grillparzer bemüht, eröffnet den neuen Jahrgang mit einer Quellenuntersuchung über „Erzherzog Karl in Grillparzers Dichtung“. Über „Lenau und Sophie Löwenthal“ unterrichtet im Anschluß an E. Castle's Forschungen A. Hildebrand, während Bernhard Münz versucht, „Robert Hamerling als Dichter und“ (noch eingehender als) „Philosoph“ zu würdigen. Eine ungedruckte, sehr beachtenswerte Würdigung Stefan Milows, an dessen 75 Jahr-Feier wir in diesem Monat teilnahmen, von Ferdinand Kürnberger hebt nach mehr als einem Menschenalter O. E. Deutsch ans Licht, der Herausgeber der sämtlichen Werke des streitbaren österreichischen Lessing. Interessante Aktenstücke über „Jean Paul und den Nachdruck in Österreich“ gräbt der Schatzspürer Glossy aus, dem wir auch drei Briefe von Zedlitz an Metternich und einen Polizeibericht über den von Grillparzer so hochgeschätzten Börne verdanken. „Grillparzers Anteil an Bauernfelds Bekenntnissen“ widmet Siegfried Ascher eine aufmerksame Studie. Der Sauer-Schüler Max Milrath erwägt am „Goldenen Vlies, Libussens Geschmeide

und Rahels Bild" die Vergeistigung des Requisits in Grillparzers Dramen in ansprechender Weise. „Aus dem alten Burgtheater" berichten Hans Dassis und Gustav Gugitz. So dürfte auch dieses Jahrbuch unseren Mitgliedern eine willkommene Gabe sein.

Beweist doch das Anwachsen unserer Mitgliederziffer deutlich die Anerkennung für das Dargebotene und würde dies noch weit umfassender dartun, müßten wir in Wien den Andrang nicht künstlich hemmen, ja geradezu das Schlagwort ausgeben: Zuzug fernzuhalten. Hier nämlich ist uns der viele Jahre gewählte Festsaal des Architektenvereines längst zu eng geworden und als vor einigen Monaten behördliche Vorschriften den Fassungsraum einengten, mußten wir uns, obschon zögernd und ungern, doch zur Auswanderung entschließen. Nach manchen Mühen gelang es, dank dem freundlichen Entgegenkommen des Rektorates der technischen Hochschule und des Vorstandes des elektrotechnischen Instituts, den durch treffliche Akustik berühmten Hörsaal dieses Instituts zu sehr annehmbaren Bedingungen für unsere Vorträge zu erlangen. Natürlich waltet dort jene fast spartanische Einfachheit vor, durch welche alle unsere Hochschulen den Zusammenhang mit dem klassischen Altertum wahren, doch hoffen wir, daß unsere Vereinigung ihre Mitglieder als lauter Studenten des Schönen, Guten und Wahren betrachten darf, denen bei den Vorträgen Deutlichkeit des Wortes höher steht als schimmernder Prunk des Saales. Auch bietet der neue Raum erheblich mehr Sitzplätze dar. Trotzdem müssen wir für 1911, wo zu Beginn nur die Lücken der Austritte ergänzt werden durften, nun die Sperre der Aufnahme tunlichst aufrechterhalten und können erst 1912 etwas weitherziger und weichherziger werden, falls der elektrotechnische Hörsaal dies im wirklichen Gebrauch zu gestatten scheint.

Betrug doch die Zahl der Mitglieder für 1910 schon 801, davon 698 in Wien, 103 in der Provinz und im Ausland, gegen 620 in Wien für 1908 und 644 für 1909, während die Ziffer der auswärtigen Mitglieder stationär blieb, was wir besonders bei den bloß 46 Mittelschulen (13 in, 33 außerhalb Wiens) stets bedauern; 14 Bibliotheken befinden sich unter unseren auswärtigen Mitgliedern, von denen einzelne in London, Paris, Gent, Utrecht, Basel, Rom, Stockholm, New-York seßhaft sind, ein Zeichen der international werdenden Anerkennung Grillparzers. Da die Ausgaben für 1910 unter Einrechnung des Jahrbuches und der Buchspenden rund 6000 K,

die Einnahmen aber rund 6500 K betragen, ergibt sich bei Mitverwendung der Vermögenszinsen ein Überschuß und das lastenfreie wirkliche Vermögen der Gesellschaft kann mit 21.750 K beziffert werden. Eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages ist daher nicht geplant, obschon die Honoraransprüche der Vortragenden naturgemäß bald stärker ansteigen dürften, weil bei der allgemeinen Teuerung dasselbe Honorar wie vor zwei oder gar vor sechs Jahren eben nicht mehr dasselbe bedeutet.

Einen vor unserer Vereinigung lange vertretenen Wunsch erfüllt nunmehr die Burgtheaterdirektion im Einvernehmen mit der Generalintendanz. Die sterblichen Reste des größten Burgtheaterleiters, des Entdeckers Grillparzers, sollten schon in diesem Oktober vom Währinger Friedhof in ein von der Gemeinde Wien gewidmetes Ehrengrab am Zentralfriedhof überführt werden. Die feierliche Neubestattung Josef Schreyvogels dürfte jedoch erst im nächsten Frühjahr stattfinden, da Hofschauspieler Treßler, der das Porträtmedaillon meißelt, zu seiner künstlerischen Arbeit noch Zeit bedarf. Seit einem Jahrhundert waren erst Schreyvogel, der Entdecker, dann Laube, der Wiedererwecker Grillparzers, die bedeutendsten Führer des Burgtheaters; über Schwierigkeiten des Tages hinweg hoffen wir, daß nun der verständnisvolle Grillparzer-Kenner Alfred von Berger auf Österreichs erster Bühne Österreichs erstem Dichter wiedergibt, was ihm gebührt.

Aber längst hängt Grillparzers Ruhm nicht mehr von den Schicksalen einer Bühne, einer Stadt oder eines Staates ab. Er überflog die Grenzen seiner österreichischen Heimat, ja des deutschen Sprachgebietes. Und mit freudigem Stolz sehen wir das ganze deutsche Volk seine Besten unter den Lebenden im Reich der Dichtung heute zumeist auf österreichischem Boden und da wieder vornehmlich in Wien suchen und finden. Deutschösterreichs Schrifttum, dem wir dienen, behauptet und mehrt seinen wohlverdienten Platz an der Sonne. Sollten Sie glauben, daß unsere Arbeit in ihren bescheidenen Grenzen dazu ein klein wenig beigetragen habe, so wollen wir, falls es gewünscht wird, in der bisherigen Weise getreulich fortwirken.

Hierauf trug Schatzmeister Dr. Edmund Weissel folgende von den Rechnungsrevisoren überprüfte Bilanz per 31. Dezember 1910 vor:

Bestand am 1. Jänner 1910.		K	h	K	h
K 15.000 Kronenrente al pari . .		15.000	—		
Barsaldo ab 1. Jänner 1910 . .		13.989	26		
Einnahmen.					
Mitgliederbeiträge für 1908 . . .		5	88		
" " 1909 . . .		11	87		
" " 1910 . . .		3.733	95		
" " 1911 . . .		1.581	50		
Eintrittsgebühren		223	50		
Zinsen v. Konto Anglobank	K 376·83				
" " " Postspark.	" 55·40				
Kuponseingänge	" 600·—				
Summe der Zinseneingänge . . .		1.032	23		
Ausgaben.					
Vortragsabende				1.330	—
Publikationen				4.274	70
Buchspenden				588	24
Kranzspenden				132	—
Gebührenäquivalent				25	85
Spesen				666	98
Bestand am 31. Dezember 1910.					
K 15.000 Kronenrente	K 15.000·—				
Guthaben b. d. Anglo-Bank	" 11.338·—				
Saldo bei der Postsparkasse	" 2.641·01				
Zusammen . .	K 28.979·01				
ab Guthaben des Rechnungslegers	" 468·59				
Gesamtbestand				28 510	42
		35.578	19	35.578	19

Der Jahresbeitrag wurde unverändert mit K 7·50 für Wien und K 6.— außerhalb Wien beibehalten; ebenso die nur in Wien für das erste Halbjahr giltige, im zweiten Halbjahr nicht einzuhebende Eintrittsgebühr von K 2·50.

Für die Neuwahl des Gesamtvorstandes auf drei Jahre waren zahlreiche Stimmzettel im Postweg eingelaufen, die sämtlich die vorgeschlagenen Namen enthielten; ebenso einmütig wählten die Anwesenden unter Akklamation:

Als Obmann: Alexander Markgraf Pallavicini, k. u. k. Geheimer Rat, k. u. k. Kämmerer; als Obmannstellvertreter: Dr. Gustav Marchet, k. k Unterrichtsminister a. D., k. u. k. Geheimer Rat, Herrenhausmitglied; Albrecht Graf Wickenburg, k. u. k. Kämmerer, Schriftsteller; als Ausschußmitglieder: Dr. Alfred Freiherr von Berger, Professor, Direktor des k. k. Hofburgtheaters; Dr. Karl Glossy, Regierungsrat; Ferdinand Gregori, Hoftheaterintendant (Mannheim); Dr. Stefan Hock, Privatdozent; Dr. Karl von Kelle, k. k. Sektionschef im Unterrichtsministerium; Dr. Karl Graf Lanckoronski, k. u. k. Geheimer Rat, korr. Mitglied der Akademie der Wissenschaften, k. u k. Kämmerer, Herrenhausmitglied; Dr. J. Minor, Hofrat, k. k. o. ö. Universitätsprofessor und Mitglied der Akademie der Wissenschaften; Adam Müller-Guttenbrunn, Schriftsteller; Dr. Emil Reich (Schriftführer), Universitätsprofessor; Dr. August Sauer k. k. o. ö. Universitätsprofessor (Prag); Dr. Erich Schmidt, Geheimrat, o. ö. Universitätsprofessor (Berlin); Dr. Karl von Thaler, Schriftsteller; Christiane Gräfin Thun-Salm, Sternkreuzordens- und Palastdame, Schriftstellerin; Dr. Johnnes Volkelt, Geheimrat, o. ö. Universitätsprofessor (Leipzig); Dr. Edmund Weissel (Kassier), Hof- und Gerichtsadvokat; Dr. Max Graf Wickenburg, k. k. Minister des Innern, k. u. k. Geheimer Rat; J. von Winternitz, Regierungsrat.

Im Namen der Gewählten dankte Markgraf Pallavicini. Zu Schiedsrichtern wurden auf Vorschlag des Sektionschefs Dr. Karl von Kelle berufen: Geheimer Rat Johann Freiherr von Chlumecky, Hofrat Professor Dr. Theodor Gomperz, Professor Dr. Laurenz Müllner, die Geheimen Räte Dr. Josef Unger und Hans Graf Wilczek; zu Rechnungsrevisoren Hofrat Dr. Hermann Hallwich und Ludwig Lobmeyr, als Ersatzmänner Hofrat Professor Dr. Richard Maria Werner und Sektionschef Dr. Georg Ritter von Thaa. Hierauf schloß der Obmann die Sitzung.

* * *

Im Winterhalbjahr 1911/12 fanden folgende Vorträge statt: Am 10. November sprach Burgtheaterdirektor Dr. Alfred

Freiherr von Berger über „Grillparzer und Kleist“, am 24. November las Emil Ertl (Graz) aus seiner österreichischen Romantrilogie: „Die Leute vom blauen Guguckshaus“, „Freiheit, die ich meine“, „Auf der Wegwacht“; am 29. Dezember lasen (nach mehrfachen Burgtheaterabsagen) jüngere Wiener Schriftsteller Stefan Zweig und Anton Wildgans eigene Dichtungen; am 19. Januar sprach Dr. Ludwig Fulda (Berlin) über „Grillparzer als Lustspieldichter“; am 16. Februar las Intendant Ferdinand Gregori (Mannheim) Romankapitel von K. F. Ginzkey und E. G. Kolbenheyer, Gedichte und Skizzen von R. M. Rilke, E. Rheinsch, J. M. Unger, G. Albert, Max Mell, H. Salus, F. Himmelbauer und Alfons Petzold; am 15. März trug Hofschauspieler Georg Reimers Grillparzers Trauerspiel „Die Argonauten“ vor.

Personenregister.

E = Einleitung, I = Erster Teil, II = Zweiter Teil, A = Anmerkungen.

Verzeichnis der Zeitungen und Zeitschriften.

Druckfehler und Berichtigungen.

Einleitung:

S. XXXI, Zeile 9 richtig: Funk
„ XXXII, „ 4 „ Funk
„ XXXV, „ 15 „ Czatoryski
„ XXXVI, „ 19 „ Czatoryska
„ LXV, „ 2 „ Ruffinis
„ XC, „ 20 „ Georg Büchner
„ CVII, „ 29 „ reaktionäre Zeitgenossen

Erster Teil:

S. 9, Zeile 3 richtig: Lammenais
„ 23, „ 15 „ Ortlepp
„ 24, „ 4 „ Schnell
„ 27, „ 12 „ Hundt-Radowsky
„ 32, „ 30 „ Andräeschen
„ 37, „ 6 „ Kosmopolit
„ 41, „ 3 „ 1. Dezember
„ 59, „ 29 „ Andry
„ 67, „ 25 „ Tzschoppe
„ 69, „ 11 „ im Haag
„ 89, „ 1 „ Rotteck und Welcker
„ 89, „ 3 „ Buonarroti
„ 99, „ 28 „ Wintzingerode
„ 108, „ 27 „ Stabstrompeter
„ 120, „ 33 „ Jacoby
„ 127, „ 8 „ Pfitzer
„ 128, „ 31 „ Michelis
„ 129, „ 25 „ Bodelschwingh
„ 135, „ 18 „ Bamberg

S. 139, Zeile 5 richtig: J. Schweiz
„ 165, „ 1 „ Hennenhofer
„ 171, „ 4 „ Mügge
„ 173, „ 12 „ Rochau
„ 182, „ 32 „ Weill
„ 196, „ 33 „ Weill
„ 209, „ 16 „ Jacobys
„ 239, „ 3 „ Buchner
„ 247, „ 5 „ Buchuer
„ 284, „ 27 „ ausdrücke
„ 297, „ 9 „ 6000
„ 301, „ 15 „ Couleur
„ 307, „ 35 „ Hotho
„ 310, „ 13 „ Corvin
„ 312, „ 7 „ Deinhardstein
„ 317, „ 32 „ Buchner
„ 320, „ 12 „ 29. September 1842
„ 324, „ 28 „ Buonarroti
„ 353, „ 26 „ Berlin
„ 360, „ 10 „ Österreich

Zweiter Teil:

S. 8, Zeile 28 richtig: Jeitteles
„ 32, „ 6 „ Kosmopolit
„ 41, „ 13 „ Welp
„ 41 „ 17 „ Pelz
„ 46, „ 4 „ Sukzeß
„ 63, „ 27 „ Lichnowsky
„ 67, „ 26 „ demagogischen
„ 67, „ 32 „ Oettingen-Wallerstein
„ 70, „ 10 „ Bernays
„ 72, „ 5 „ Sehring
„ 72, „ 12 „ Jacoby
„ 73, „ 14 „ Bluntschli

S. 77,	Zeile 18	richtig:	Marggraff
„ 89,	„ 17	„	Creizenach
„ 98,	„ 26	„	Unter-nehmern
„ 130,	„ 22	„	Bluntschli
„ 175,	„ 35	„	Dressel
„ 175,	„ 35	„	Geisenheim
„ 186,	„ 9	„	Hessel
„ 191,	„ 1	„	Bacheracht
„ 225,	„ 11	„	Rütten
„ 264,	„ 22	„	einzuschießen

Anmerkungen:

S. 21,	Zeile 6	richtig:	Rauschen-platt
„ 21,	„ 21	„	zügellosen
S. 39,	Zeile 42	richtig:	Brümmer
„ 49,	„ 36	„	keinem
„ 58,	„ 8	„	Auswärtiges
„ 63,	„ 15	„	Vanotti
„ 65,	„ 1	„	Dresden, 7. Juli
„ 78,	„ 31	„	Schnezler
„ 81,	„ 25	„	Theolog
„ 85,	„ 37	einzuschalten:	Mainz im Herbst 1842
„ 91,	„ 34	richtig:	Koseritz
„ 115,	„ 14	„	Anekdote
„ 116,	„ 12	„	25. März 1845
„ 122,	„ 49	„	Mainz
„ 135,	„ 2	„	des Antrages



